

Andreas Kossert



# KALTE HEIMAT

DIE GESCHICHTE DER DEUTSCHEN  
VERTRIEBENEN NACH 1945

Siedler

Mit diesem Buch erschüttert Andreas Kossert den Mythos von der rundum geglückten Integration der Vertriebenen nach 1945. Erstmals erhalten wir ein wirklichkeitsgetreues Bild von ihrer Ankunft in der Bundesrepublik – dem Land, das ihnen zur neuen, kalten Heimat wurde. Wir erfahren von ihrem Kampf um den schwierigen Neuanfang und von den Lebensumständen der Menschen im »Wirtschaftswunderland«.

Nach dem Zweiten Weltkrieg flohen mehr als 14 Millionen Menschen aus den deutschen Ostgebieten, der überwiegende Teil in die westlichen Besatzungszonen. Diejenigen, die Flucht und Vertreibung überlebt hatten, wurden von ihren deutschen Landsleuten aber nicht aufgenommen, sondern ausgegrenzt. Während die Vertriebenen schon alles verloren hatten, fühlten sich die Westdeutschen durch den Zustrom der »Fremden« bedroht, mit denen sie ihre glücklich durch den Krieg gebrachten Besitztümer teilen sollten. Vorurteile und der mit dem Lastenausgleich aufkommende Neid erschwerten das Zusammenleben zusätzlich.

Ohne die Vertriebenen, die mit Nichts begannen, hätte es jedoch ein »Wirtschaftswunder« nicht gegeben; sie waren ein wichtiger Motor der Modernisierung in der Bundesrepublik. So wurden sie zwar als Wähler heftig umworben, zugleich aber mit ihren Traumatisierungen alleingelassen. Andreas Kossert hat die schwierige Ankunfts-geschichte der Vertriebenen umfassend erforscht und beleuchtet erstmals diesen blinden Fleck der deutschen Nachkriegsgeschichte. In seinem Buch beschreibt er eindrucksvoll die Erfahrungen derjenigen, die durch den Krieg entwurzelt wurden und immense Verluste erlitten haben; und er fragt danach, welche Folgen das nicht nur für die Vertriebenen und ihre Nachkommen, sondern auch für die ganze Gesellschaft bis heute hat.

© Sebastian Pfitze



ANDREAS KOSSERT, geboren 1970, studierte in Deutschland, Schottland und Polen Geschichte, Slawistik und Politik. Der promovierte Historiker arbeitet am Deutschen Historischen Institut in Warschau und ist ein ausgewiesener Kenner des östlichen Mitteleuropa. Auf seine historischen Darstellungen Masurens (2001) und Ostpreußens (2005) erhielt er begeisterte Reaktionen.

ISBN 978-3-88680-861-8



9 783886 808618

www.siedler-verlag.de





**FSC**

**Mix**

Produktgruppe aus vorbildlich  
bewirtschafteten Wäldern und  
anderen kontrollierten Herkünften

Zert.-Nr. SGS-COC-1940  
[www.fsc.org](http://www.fsc.org)  
01996 Forest Stewardship Council

Verlagsgruppe Random House FSC-DEU-0100  
Das für dieses Buch verwendete FSC-zertifizierte  
Papier *Munken premium* liefert Arctic Paper AB, Schweden.

Erste Auflage

Copyright © 2008 by Siedler Verlag, München,  
in der Verlagsgruppe  
Random House GmbH

Alle Rechte vorbehalten,  
auch das der fotomechanischen Wiedergabe.

Schutzumschlag: Rothfos + Gabler, Hamburg  
Redaktion und Satz: Ditta Ahmadi, Berlin  
Karten: Peter Palm, Berlin  
Reproduktionen: Mega Satz Service, Berlin  
Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pössneck  
Printed in Germany 2008  
ISBN 978-3-88680-861-8

[www.siedler-verlag.de](http://www.siedler-verlag.de)

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

# Inhalt

## **Vertriebene als Opfer?**

Die Geschichte eines politischen Drahtseilakts 9

## **«Aus dem Osten»**

Die Herkunftsgebiete der deutschen Vertriebenen 17

## **Der Exodus der Deutschen aus dem Osten**

Flucht, Vertreibung, Zwangsausweisung 27

## **«Die Polacken kommen»**

Deutsche Vertriebene nach 1945 43

    Traumatisierung und Schmerz 43

    Elend, Hunger und Nissenhütten 47

    Deutscher Rassismus gegen  
    deutsche Vertriebene 71

## **«Deutschlands Problem Nr. 1»**

Eingliederungsbemühungen und Lastenausgleich 87

    Zwischen Rückkehrhoffnung und Neuanfang 87

    Das Lastenausgleichsverfahren 92

    Die Flüchtlingssiedlungen 110

    Missverständnisse und Vorurteile 121

<b>«Verzicht ist Verrat»</b>	
Interessenvertretung und Politisierung der Vertriebenenfrage	139
Die Entstehung der Vertriebenenverbände	139
Die Parteien und die Vertriebenen	165
Die Radikalisierung der Vertriebenenverbände	182
Realer Sozialismus, die Linke und der «Revanchismus der Ewiggestrigen»	185
<b>«Verschwiegene vier Millionen»</b>	
Vertriebene in der SBZ und in der DDR	193
Radikale Zwangsassimilation	193
Vom Verschwinden der «Umsiedler»	215
<b>«Mit den Vertriebenen kam Kirche»</b>	
Kirchen und Frömmigkeit	229
Traditionstransfer aus dem Osten	229
Evangelische Vertriebene	238
Katholische Vertriebene	252
<b>Ein deutsches Thema</b>	
Flucht, Vertreibung und Vertriebene in Literatur und Medien	269
«Nacht fiel über Gotenhafen»	269
Vertreibung und Vertriebene in der (west-)deutschen Belletristik	274
Vertriebene in der Literatur der DDR	290
<b>Mehr als Trachten und Heimattümelei</b>	
Das kulturelle Erbe der Vertriebenen	301
Das Vermächtnis der verlorenen Landschaften	301
Von Knoblauch, Königsberger Klopsen und Mohnkuchen	317

<b>Unbewältigter Schmerz</b>	323
«Eine Flucht, die niemals endet»	323
Gesamtdeutsche Verpflichtung zu Dokumentation und Erinnerung	335
<b>Kalte Heimat</b>	
Vertriebene als Opfer	345
<b>Anhang</b>	355
Anmerkungen	357
Ausgewählte Literatur	397
Personenregister	421
Bildnachweis	429



## Vertriebene als Opfer?

### Die Geschichte eines politischen Drahtseilakts

Am 29. Mai 1999 bekannte Bundesinnenminister Otto Schily auf einer Veranstaltung des Bundes der Vertriebenen (BdV): «Die politische Linke hat in der Vergangenheit, das lässt sich leider nicht bestreiten, zeitweise über die Vertreibungsverbrechen, über das millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde, hinweggesehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden, oder sei es in dem Irrglauben, durch Verschweigen und Verdrängen eher den Weg zu einem Ausgleich mit unseren Nachbarn im Osten zu erreichen. Dieses Verhalten war Ausdruck von Mutlosigkeit und Zaghaftigkeit.»<sup>1</sup>

Das war eine späte Einsicht. Viele der 14 Millionen Deutschen, die nach dem Krieg ihre Heimat verloren, hat sie nicht mehr erreicht. Damals kamen 2 Millionen Menschen bei Flucht und Vertreibung um, Deutschland verlor ein Viertel seines Territoriums. Abgesehen von der Vertreibung und Ermordung der europäischen Juden hat nichts, was auf die NS-Wahnherrschaft zurückzuführen ist, der deutschen Gesellschaft so schwere Wunden geschlagen und das Land so versehrt. Doch die meisten Deutschen wollten das nicht sehen, nicht hören, nicht wissen. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Krieges hat Günter Grass in der Novelle *Im Krebsgang* betroffen bekannt: «Niemals, sagt er, hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennde Reue in all den Jahren vor-dringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsge-strickten überlassen dürfen. Dieses Versäumnis sei bodenlos.»<sup>2</sup> Dass mit dem Osten nicht nur die Vertriebenen, sondern alle Deutschen viel verloren hatten, dieses Bewusstsein schwand bald nach dem Krieg.

Schon der materielle Wert der deutschen Ostgebiete lässt sich kaum bemessen. Schlimmer jedoch wiegt der kulturelle Verlust. Es ist schwer, das Geschehen in angemessene Worte zu fassen und Pseudologiken, Abstraktionen sowie eine Rhetorik der Zwangsläufigkeit zu vermeiden.<sup>3</sup> Die

Geschichtsschreibung zur Vertreibung ist aus vielerlei Gründen besonders anfällig für Rechthaberei, oberlehrerhaftes Moralisieren und politische Instrumentalisierung, denn alle sind Betroffene, jeder hat seine eigene Wahrheit. Obwohl äusserlich kein Unterschied mehr feststellbar ist, so Karl Schlögel, besteht die mentale Kluft zwischen den Deutschen, die ihre Heimat verloren, und denen, die dieses Schicksal nicht erlitten haben, nach wie vor.<sup>4</sup>

In Millionen deutschen Wohnzimmern wurde nach dem Krieg geweint um den Verlust der Heimat. Man muss diese Trauer und diesen Schmerz benennen, das gehört zur geistigen Hygiene, sagt Rüdiger Safranski: «Es gibt eine deutsche Neurose. Alles, was deutsches Schicksal ist, steht unter Verdacht, das sitzt tief. Deutsche Vergangenheit hat die Vergangenheit des deutschen Grossverbrechens zu sein, basta.»<sup>5</sup>

14 Millionen Deutsche waren nach 1945 ohne Heimat. Im allgemeinen Chaos des Zusammenbruchs trafen sie in den Besatzungszonen ein, und die Behörden wussten nicht, wie und wo sie diese Massen unterbringen und verwaltungsmässig einordnen sollten. Vor 1953 findet man für die Heimatlosen Bezeichnungen von grösster Beliebigkeit. Man sprach von Aussiedlern und Vertriebenen, von Flüchtlingen, Ostvertriebenen, Heimatvertriebenen, Ausgewiesenen und Heimatverwiesenen. 1947 setzte sich dann allmählich «Vertriebene» – *expellees* – durch, auch weil die amerikanische Besatzungsmacht das anordnete. Der Begriff sollte zum Ausdruck bringen, dass die Vertreibung endgültig war und keine Hoffnung auf Rückkehr bestand. Nach Gründung der Bundesrepublik wurde «Vertriebener» aus semantischen Gründen dem Begriff «Flüchtling» vorgezogen.

Flüchtling oder Vertriebener? Unterschiedliche Wahrnehmungen lassen erkennen, dass es eine gemeinsame Geschichte aller Vertriebenen nicht gibt; zu verschieden sind deren Schicksale und Erfahrungen. Hier sollen dennoch alle der Einfachheit halber als «Vertriebene» bezeichnet werden. Im Bundesvertriebenengesetz (BVFG) ist das Wort «Flüchtling» für diejenigen reserviert, die aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) geflohen sind.

Die Sowjetische Besatzungszone war bis 1949 Aufnahme- und Transitland für schier endlose Ströme von Flüchtlingen und Vertriebenen. Insgesamt nahm sie 4,3 Millionen Menschen auf; in Mecklenburg stellten Vertriebene die Hälfte der Bevölkerung. Trotzdem war das Thema Flucht und Vertreibung in der SBZ und späteren DDR tabu. Mit Rücksicht auf die Sowjetunion und die anderen «sozialistischen Bruderländer» durfte über



Egerländertreffen in Schwäbisch Hall, 26. August 1950

Die Wahl des Mottos «Wir bleiben der Heimat treu» erfolgte unter dem Eindruck der Vertreibung, noch herrschte der Rückkehrwunsch vor. Doch die vielen Millionen Vertriebenen aus dem Osten sollten für immer bleiben und für alle eine schwere Herausforderung darstellen. «Aus ihrem Land waren sie vertrieben worden, und in unserem wurden sie nicht heimisch. Sie hatten sich bei uns niedergelassen, sie hatten in unserer Stadt ihr Quartier aufgeschlagen, aber eigentlich bewohnten sie ihre verschwundene Heimat. Fortwährend sprachen sie darüber, was sie alles verloren hatten, und davon wollte keiner in der Stadt etwas hören», schreibt Christoph Hein in dem Roman *Landnahme*.

Ausweisung und Vertreibung, gewaltsame Übergriffe der «Freunde» auf die deutsche Bevölkerung sowie Deportation und Zwangsarbeit nicht gesprochen werden. Das schlug sich im Sprachgebrauch nieder: Flüchtlinge und Vertriebene wurden als «Umsiedler» bezeichnet, bis auch dieser Begriff spätestens 1950 durch den «Neubürger» ersetzt wurde. Die Vertriebenen wurden zwangsassimiliert, doch nach der Wiedervereinigung offenbarte sich, dass trotz der Unterdrückung durch das SED-Regime kulturelle Inseln und einzigartige Milieus erhalten geblieben waren.

Während in der DDR das totalitäre Regime das Thema Flucht und Vertreibung unterdrückte, wurde es in der alten Bundesrepublik beinahe von selbst gemieden. Die Westdeutschen sahen sich in der unsicheren und chaotischen Lage der ersten Nachkriegszeit überrollt vom Strom der vertriebenen Deutschen aus dem Osten, denen es ganz ohne Zweifel noch elender ging als ihnen selbst. Und für viele Vertriebene, die auf Solidarität oder einfach nur auf Mitgefühl gehofft hatten, war der Empfang im Westen ein Schock. Auf die Vertreibung folgte nun die bittere Erfahrung von Ausgrenzung und Ablehnung als unerwünschte Fremde. Mitleid müsse man mit ihnen nicht haben, denn sie seien allesamt Nazis, war eine weitverbreitete Ansicht. Walter Dirks und Eugen Kogon warnten deshalb schon 1947: «Die Nation gilt als eine Einheit im Guten, im Stolz, im Gewinn, im Sieg – sie wird auch im Bösen beim Wort genommen, als eine Einheit behandelt auch in der Niederlage und in der Schande. Die armen Opfer in Schlesien und Ostpreussen leiden stellvertretend für die wahren Schuldigen, und es ist ein Zufall, dass nicht wir es sind, du und ich, die stellvertretend leiden und sterben müssen.»<sup>6</sup>

Im Zusammenbruch von 1945 zerfielen die Deutschen in «zwei Schicksalsgemeinschaften» – in die der Einheimischen und die der Vertriebenen –, und diese beiden Lager traten zueinander in «Opferkonkurrenz».<sup>7</sup> Dieser Konkurrenzkampf trug «deutliche Züge eines Nationalitätenkampfes und eines Klassengegensatzes».<sup>8</sup> Dass aus dem Osten vertriebene Deutsche im Westen als «Polacken» oder «dahergelaufenes Gesindel» beschimpft und gemieden wurden, zeigt, wie schnell jeder ein Fremder werden und von Diskriminierung bedroht sein kann.

Die erlittenen Traumata während der Vertreibung, soziale Isolation und Deklassierung sowie das Ringen um eine Identität zwischen Hier und Dort machte das Heimischwerden in der fremden Umgebung oft geradezu

unmöglich. Die Betroffenen schwiegen oder öffneten sich allenfalls spät und nur zögernd ihren nächsten Angehörigen.

Seit den 1960er Jahren spielte das Schicksal der Vertriebenen in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit kaum noch eine Rolle, und auch die Erinnerung an das historische Ostdeutschland schwand zusehends, bewahrt nur noch in den landsmannschaftlichen Biotopen. Man tolerierte es jetzt sogar, wenn die ostmitteleuropäischen Staaten die Inkorporation Ostdeutschlands als die Rückkehr «urpolnischer Gebiete» feierten und verschwiegen, dass hier einmal Deutsche gelebt hatten. Vertriebene galten pauschal als Revanchisten, weshalb es unter Intellektuellen verpönt war, sich mit Flucht und Vertreibung der Deutschen zu beschäftigen.

In den 1980er Jahren gelang es allmählich, wenn auch stockend, die Mauer des Schweigens zu durchbrechen und die Geschichte von der Ankunft der 14 Millionen Deutschen aus dem Osten zu erzählen. Einen Auftakt stellte die erste kritische wissenschaftliche Bilanz dar, die 1987 auf einer Tagung unter Leitung von Helga Grebing zum Thema Vertriebene und Flüchtlinge gezogen wurde.<sup>9</sup> Bis dahin lieferten Autoren zur Ankunft der Vertriebenen nach 1945 für gewöhnlich eine allgemein akzeptierte Erfolgsgeschichte und sprachen von einer gelungenen Integration. Anpassung und Eingliederung waren demnach das Ergebnis der gemeinsamen Anstrengung von Einheimischen und Vertriebenen. Die enormen Anpassungsschwierigkeiten der ersten Jahre, die diskriminierende und rassistische Ausgrenzung der Ortsfremden durch Dorf- und Kleinstadtbewohner wurden nicht erwähnt. Man betrachtete das Geschehene vorzugsweise aus dem Blickwinkel der Westdeutschen, während die Perspektive der Vertriebenen, die auch deren persönliche Vorgeschichte bis zu Flucht, Vertreibung, Ankunft und Eingliederung im Westen umfasst, kaum zur Geltung kam. Daran haben auch die vielen landesgeschichtlichen und methodisch innovativen Forschungsarbeiten, die in den vergangenen Jahren entstanden sind, kaum etwas zu ändern vermocht, da sie wegen ihres räumlich begrenzten Schwerpunkts meist nur wenig Beachtung finden.

Integration soll mehr sein als die Summe der vereinigten Teile. Die Deutschen der Nachkriegszeit verstanden unter Integration aber rein bürokratisch-zweckrationales Handeln. Es überwog eine ausgeprägt materialistische Vorstellung, während persönliche Betroffenheit, Trauer, Traumatisierung und Schmerz nicht wahrgenommen wurden,<sup>10</sup> obwohl viele Anzei-

chen dafür sprechen, dass Millionen Deutsche schwer traumatisiert waren. Gustav Seibt sieht in der bundesrepublikanischen Landschaft Hinweise dafür: «Man hat noch nicht über die Anthropologie der deutschen Nachkriegsgesellschaft nachgedacht. Aber wer sie zu schreiben versuchte, der müsste von der massenhaften Elementarerfahrung von Obdachlosigkeit und Flucht ausgehen. Ist sie nicht einbetoniert in der sichtbaren Oberfläche dieser Gesellschaft? In den Hunderttausenden Eigenheimen, in ihrer peniblen Reinlichkeit, ihrer heimatlosen, frostig anmutenden Gleichförmigkeit und ihren überheizten Wohnzimmern? In den Fussgängerzonen und Einkaufszentren, in der geschrubhten Ordentlichkeit, Befestigkeit und Solidität der Lebensumstände? (...) Das Gefühl für die Heimat stand, jedenfalls in den Dichtungen der Menschheit, immer neben der Erinnerung an Flucht und Entwurzelung. Warum sollte das ausgerechnet heute anders sein?»<sup>11</sup>

Der Schmerz über den Verlust der Heimat sass tief und konnte durch den Lastenausgleich allenfalls gemildert werden. Das war ein Tropfen auf den heissen Stein, eine Hilfe für den Neuanfang in der Fremde, in der man sich auf Dauer würde einrichten müssen. Aber eine Entschädigung, das konnte und sollte er nicht sein, obwohl man es in der nach Westen ausgerichteten Republik gerne so gesehen hätte.

Die oft gepriesene materielle Integration der Heimatlosen im Wirtschaftswunderland gelang letztlich, weil die Vertriebenen nicht in der Rolle der Betroffenen verharrten, sondern selbst Hand anlegten und durch ihre Leistungs- und Anpassungsbereitschaft, ihre Arbeits- und bald auch ihre Kaufkraft das Wirtschaftswunder ganz entscheidend mittrugen. Überliefert ist aber die Geschichte der Einheimischen, die, überschwemmt vom Flüchtlingsstrom, angeblich ganz allein durch gewaltige Leistungen die Heimatlosen integrierten. Für die Historikerin Helga Grebing gehört die Ignoranz gegenüber den Landsleuten aus dem Osten zu den deutschen Verdrängungsleistungen nach 1945, war gleichfalls eine «Unfähigkeit zu trauern».<sup>12</sup>

Die Aufnahme und Ansiedlung der Entwurzelten war ein langer, bis heute nicht abgeschlossener Prozess voller Spannungen und Rückschläge und keineswegs eine ungebrochene Erfolgsgeschichte. Er forderte Anpassung und Veränderung von der zwangsweise zugezogenen Bevölkerung wie von den Einheimischen. Die Fremden brachen ein in die bis dahin weitgehend homogenen Gesellschaften auf dem Land. Ihre Andersartigkeit führte dazu, dass überkommene Abgrenzungen sich auflösten und Gegensätze aufeinandertrafen. Mit der Ankunft der ost- und südostdeutschen

Vertriebenen veränderte sich das Antlitz West- und Mitteleuropas in einem bis dahin ungekannten Ausmass. Sie leisteten einen substantiellen Beitrag zu Entprovinzialisierung, Säkularisierung und Urbanisierung Deutschlands und stellten damit einen gewichtigen Modernisierungsfaktor dar.<sup>13</sup>

Es ist an der Zeit, die Vertriebenen selbst in den Mittelpunkt der Untersuchungen zu stellen, wie es die vom Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland initiierte Ausstellung «Flucht – Vertreibung – Integration» 2005 getan hat. Unter grosser medialer Beachtung wurde hier erstmals mit den Augen der Opfer auf die Ankunftsgeschichte geschaut.

Es ist an der Zeit, ideologische Gräben zuzuschütten und sich der Zäsur zu widmen, die die Ankunft der Vertriebenen für Deutschland darstellt und es so nachhaltig prägte wie kaum ein Ereignis zuvor.

Es ist an der Zeit, deutsche Vertriebene endlich als Opfer zu begreifen, die nicht nur unter Flucht und Vertreibung gelitten haben, sondern auch unter der Hartherzigkeit ihrer eigenen Landsleute.

Das massgeblich vom Bund der Vertriebenen (BdV) propagierte «Zentrum gegen Vertreibungen» erhitzte längere Zeit nicht nur in Deutschland die Gemüter. Sechzig Jahre nach Kriegsende trat plötzlich vehement die Erinnerung daran zutage, dass auch Deutsche im Zweiten Weltkrieg und danach Opfer von Grausamkeiten geworden sind, Opfer des Bombenkrieges oder von Flucht und Vertreibung. Das liess bei vielen Besorgnis aufkommen.<sup>14</sup> Dieser Wendepunkt im öffentlichen Bewusstsein wurde – so Michael Schwartz – von ihnen nicht als Chance, sondern als Bedrohung empfunden. Es steht nicht die kollektive Verantwortungsgemeinschaft zur Disposition, sondern es geht um die Aufnahme der deutschen Opfer von Krieg und Nachkrieg in die allgemeine Erinnerung. Der Kampf um Anerkennung der Vertriebenen als Opfer richtet sich weniger gegen die ostmitteleuropäischen Nachbarvölker als vielmehr auf die deutsche Mehrheitsgesellschaft.

Auf gesellschaftlicher Ebene sind es gerade Vertriebene und Aussiedler mit ihren Nachkommen, die Interesse an unseren östlichen Nachbarn zeigen und persönliche Beziehungen zu ihnen unterhalten; auf der politischen Ebene sollen sie jedoch nichts zu melden haben.<sup>15</sup> Gesellschaft und Politik müssen zusammengeführt werden, ebenso Erinnerung und Geschichte, aber das kann nur geschehen, so Karl-Peter Schwarz, «wenn die Erinnerung gesellschaftlich akzeptiert und ernst genommen wird. Geschichte, die ganzen Opfergruppen das Recht auf Erinnerung abspricht und ihnen den Zutritt zum öffentlichen Raum verwehren will, ist einer offenen

Gesellschaft nicht zuträglich. Sie verhindert, dass ein frischer Wind auch jene Nischen erfassen kann, in denen sich ideologischer Mief festgesetzt hat. Sie ist auch nicht hilfreich in den Beziehungen zu den Nachbarländern, wo sich mutige Historiker und Intellektuelle den nationalistischen und postkommunistischen Geschichtsklitterungen widersetzen und die Vertreibung der Deutschen als das bezeichnen, was sie war, nämlich ein Unrecht und ein Verbrechen.»<sup>16</sup>

Die aktuelle Debatte bietet allen Deutschen die Chance, sich der eigenen Vergangenheit zu öffnen. Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, wirbt dafür, der Geschichte der Vertriebenen endlich mehr Raum zu geben: «Das Thema gehört nicht Verbänden, Interessengruppen oder Ideologen (...), das Leid von Flucht und Vertreibung geht uns alle an.»<sup>17</sup>

Als sich die Westfälische Landessynode im November 1948 mit der «Aufgabe der Westkirchen an den Ostvertriebenen» befasste, zeichnete einer der Referenten ein erschütterndes, aber durchaus realistisches Bild: «Die seelische Verfassung der Flüchtlingsmassen kann man in diesem Moment vielleicht am besten dadurch charakterisieren, dass sie irre geworden sind am guten Willen der Besatzungsmächte, der Behörden, der Parteien, auch der Kirche, ihnen zu helfen.» Das Flüchtlingspotential sei «voller revolutionärer Antriebe», hiess es, «Millionen Menschen im deutschen Volk verwandeln sich in asoziale Typen. Sie gehören nirgendwohin.»<sup>18</sup>

Dass die Aufnahme der 14 Millionen nicht zur politischen Dauermaïaise wurde und die befürchtete Radikalisierung ausblieb, dafür zahlten die Vertriebenen mit Verleugnung ihres Schmerzes und kultureller Selbstaufgabe. Schlesier, Ostpreussen, Pommern, Deutschböhmen und Banater Schwaben, die über Jahrhunderte beigetragen haben zur Vielfalt der deutschen Identität, hatten fern der Heimat nichts mehr zu melden. Sie mussten sich anpassen im Westen ihres Vaterlandes, das ihnen zur kalten Heimat werden sollte.



## «Aus dem Osten» Die Herkunftsgebiete der deutschen Vertriebenen

Berlin lag bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs mitten in Deutschland; Görlitz und Frankfurt an der Oder waren keine hoch subventionierten Gemeinden in Grenzregionen, sondern prachtvolle Städte inmitten des Reiches. Noch heute erinnern in Berlin die historischen Kopfbahnhöfe an die Verbindungen in die einstmals deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neisse. Vom Stettiner Bahnhof, den man zu DDR-Zeiten zum Nordbahnhof machte, und vom Schlesischen Bahnhof, der in der späten DDR Hauptbahnhof hiess und nach der Wende zum Ostbahnhof wurde, fuhren die Züge nach Breslau, Stettin, Danzig und Königsberg ab. Noch gibt es Spuren, die daran erinnern, dass Deutschland jahrhundertlang über Oder und Neisse hinausreichte. Wer auf dem Berliner S-Bahnhof Friedrichstrasse die Stahlkonstruktion sorgsam betrachtet, wird anhand der Firmenstempel feststellen, dass die Produzenten der Träger in «Grünberg/Schlesien» oder «Stettin» beheimatet waren.

Deutschlands einstiger Osten – Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreussen sowie die brandenburgische Neumark – machten mehr als ein Viertel des Reichsterritoriums aus. Breslau, Königsberg, Danzig und Stettin waren wichtige Metropolen Deutschlands. Rudolf von Thadden fragt sich verwundert, wie die Erinnerung an sie innerhalb einer Generation aus dem kollektiven Gedächtnis der Deutschen verschwinden konnte: «Versteht man unter deutschem Osten einfach die DDR, oder evoziert der Begriff noch die Vorstellungen, die man früher einmal mit ihm verband, nämlich Gedanken an deutsche Lebenswelten östlich von Oder und Neisse? Noch vor anderthalb Generationen lagen Leipzig und Dresden in Mitteldeutschland, nicht in Deutschlands Osten.»<sup>1</sup>

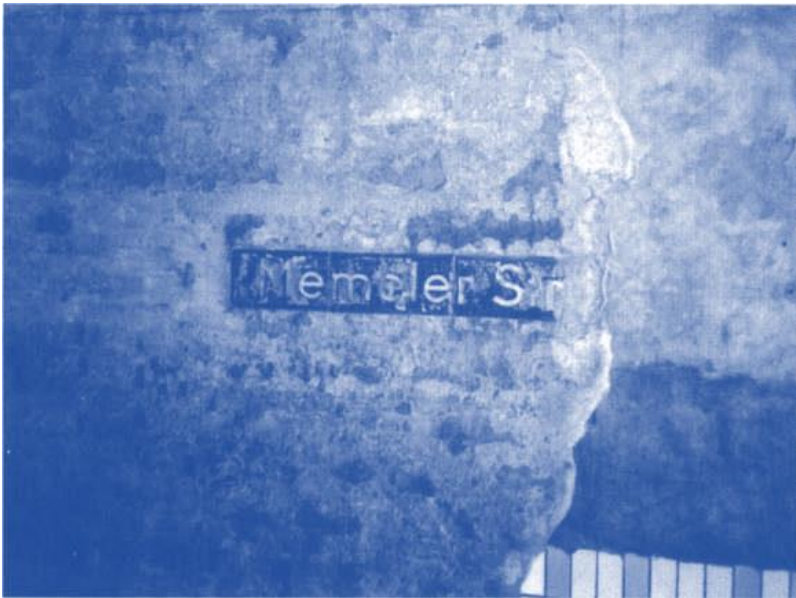
Mit dem Erinnern an Flucht und Vertreibung kehren die Herkunftsgebiete der Vertriebenen, alte deutsche und deutsch geprägte Regionen, ins allgemeine Bewusstsein zurück. Beinahe vergessen scheint, dass ganze Landstriche jenseits der heutigen deutschen Ost- und Südostgrenzen einst

deutsch oder massgeblich von Deutschen geprägt waren. Dort lagen die Wurzeln der 14 Millionen vertriebenen Deutschen.

Der Kalte Krieg ist vorbei, die ideologischen Angriffe, der Revanchismusverdacht, dem man sich aussetzte, wenn man Schlesien nur erwähnte, gehören der Vergangenheit an. Aber nun stellt sich die Frage: Wie weit ist den Deutschen der historische deutsche Osten bereits entrückt? Viele Dokumentationen sorgen für mediale Präsenz und vermitteln den Eindruck grosser emotionaler Nähe. Bei näherem Hinsehen offenbart sich aber, dass den meisten Deutschen das historische Ostdeutschland und die deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa gleichgültig sind. Deutsche Reiseunternehmen bieten ganz unbeanstandet Fahrten «in die Masuren» an, während sie sich niemals erlauben könnten, für einen Urlaub «in Toscana» zu werben. Die einstigen deutschen Kulturlandschaften im Osten sind dem innerdeutschen Wahrnehmungshorizont entrückt.

Es scheint, als sei dieser Verlust, die «halbseitige Reduktion der deutschen Existenz», wie Karl Schlögel es bezeichnet, ohne Folgen für das innere Gleichgewicht der Deutschen geblieben.<sup>2</sup> Seit sechzig Jahren gehören Schlesien, Ost- und Westpreussen, Pommern und die brandenburgische Neumark nicht mehr zu Deutschland. Seit sechzig Jahren leben die Deutschen nicht mehr in Prag, Brünn und Karlsbad, im Böhmerwald, in Eger und Gablonz. Dessenungeachtet hat Hannah Arendt viele Jahre nach dem Ende des Krieges bekannt: «In meiner Art zu denken und zu urteilen komme ich immer noch aus Königsberg.»<sup>3</sup> Das Erbe des deutschen Ostens bleibt ein Teil deutscher und europäischer Geistesgeschichte. Joseph von Eichendorff, Simon Dach, Johann Gottfried Herder, E.T.A. Hoffmann, Käthe Kollwitz, Lovis Corinth, Hannah Arendt, Erich Mendelsohn, Johannes Bobrowski, Siegfried Lenz, Alfred Döblin, Andreas Schlüter, Andreas Gryphius, Arthur Schopenhauer, Kurt Schumacher, Gerhart Hauptmann, Horst Bienek, Günter Grass, Christa Wolf, Rudolf Virchow, Adalbert Stifter, Janosch, Rainer Maria Rilke, Franz Kafka – sie alle sind Teil des Kulturerbes, das der historische deutsche Osten hervorgebracht hat.

Deutschland reichte einst bis an die Memel und darüber hinaus bis nach «Nimmersatt, wo das Reich sein Ende hat». Dieser heute in Litauen gelegene Ort war der nördlichste des Reiches im fernen Ostpreussen. Mit der Provinz Ostpreussen und ihrer Hauptstadt Königsberg verband man nicht nur Königsberger Klopse, Trakehner Pferde und Bernstein, sondern



U-Bahnhof Weberwiese in Berlin, vormals Memeler Strasse

Am 21. Dezember 1930 wurde der nach der ostpreussischen Stadt Memel benannte Bahnhof in Betrieb genommen. Mit der einseitigen Anerkennung der Oder-Neisse-Linie als «Friedensgrenze» durch die DDR-Machthaber 1950 erhielt er dann den Namen des Mitbegründers der Polnischen Sozialistischen Partei Julian Marchlewski. Mitte der 1990er Jahre fielen die zu Ost-Berliner Zeiten angebrachten Wandkacheln allmählich von den Wänden, und der ursprüngliche Name wurde wieder sichtbar. Bei der Sanierung im Jahre 2003 wurden die unerwünschten Spuren der Erinnerung restlos getilgt. In ähnlicher Weise verfuhr man in Berlin mit dem Stettiner Bahnhof (heute Nordbahnhof) und dem Schlesischen Bahnhof (heute Ostbahnhof).

auch die Weltbäder Rauschen, Cranz, Nidden und Neukuhren, wo Thomas Mann Urlaub machte. Die ehrwürdige Hansestadt Danzig mit der Marienkirche und dem weltbekannten Krantor gehören zum alten Westpreussen, ebenso die in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommene Marienburg an der Nogat, die grösste Burganlage der Welt und einst Sitz des Deutschen Ordens.

Westlich schliesst die seit 1945 geteilte Provinz Pommern an mit der Hauptstadt Stettin am unteren Lauf der Oder. Zu Hinterpommern gehören die Ostseebäder Misdroy, Leba und Kolberg. Heute ist fast vergessen, dass der östliche Teil Brandenburgs, immerhin ein Drittel seiner Fläche, zur Neumark östlich von Frankfurt an der Oder gehört.

Das kulturell reichste Land des alten deutschen Ostens ist Schlesien mit der Hauptstadt Breslau. Schlesien, das sind barocke Kulturlandschaften, das Hirschberger Tal, das Riesengebirge, das Glatzer sowie das Waldenburger Bergland, das sind die Friedenskirchen von Jauer und Schweidnitz sowie die reichen Städte entlang der Oder bis nach Oberschlesien, dem grossen Industrieviertel mit Oppeln, Beuthen, Königshütte, Ratibor und Gleiwitz.

Aus dem engeren Staatsverband des Deutschen Reiches und der Habsburgermonarchie schieden neben der Provinz Posen und Teilen Westpreussens nach den Pariser Vorortverträgen die deutschen Gebiete in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien aus. Damit gerieten das Egerland, die Kulturlandschaften entlang der Elbe und im Riesen- und Isergebirge, Prag und Mährisch Schlesien, die jahrhundertlang deutsch geprägt waren, in den Strudel des Nationalitätenkampfes.

Im Zuge des Landesausbaus und der Kolonisation haben sich deutsche Siedlungen und Siedlungsgebiete auch ausserhalb des geschlossenen deutschen Sprachraums im südöstlichen Europa herausgebildet.<sup>4</sup> Die Landnahme erfolgte auf friedlichem Weg, denn die jeweiligen Landesherren selbst haben die Siedler gerufen und durch Zusicherung besonderer Rechte dazu gebracht, in öden und menschenarmen Gebieten Land unter den Pflug zu nehmen. Diese Gebiete zogen sich vom äussersten Nordosten, dem Baltikum, wo seit dem Mittelalter eine deutschbaltische Führungsschicht in Reval, Riga und Dorpat Kultur und Landesausbau nachhaltig prägte, bis in das historische Polen, wo deutsche Siedler im mittelpolnischen Lodzer Industrieviertel sowie in Wolhynien und Galizien ansässig waren. Im Zarenreich traf man in den Städten Russlands, an der Wolga, am Schwarzen



Caspar David Friedrich, Böhmisches Landschaft mit dem Milleschauer, 1808

Caspar David Friedrich wurde 1774 im vorpommerschen Greifswald geboren. Seine Familie hatte das katholische Schlesien zu Beginn des 18. Jahrhunderts wegen ihres protestantischen Glaubens verlassen müssen. Wenn man die stimmungsvollen böhmischen Landschaften des Malers betrachtet, meint man darin noch die Sehnsucht seiner Vorfahren nach der alten Heimat zu entdecken. Ein Vierteljahrtausend später verschlug es wiederum viele böhmische Vertriebene an die Ostseeküste, die dort niemals heimisch wurden, denn – so beschrieben Sudetendeutsche ihre Eindrücke von der Landschaft – «der Wind hat gestört», «die Berge fehlten», und «Strohdächer kannten wir nicht».

**Deutsche Bevölkerung in den deutschen Ostgebieten sowie in den deutschen Siedlungsgebieten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa zu Beginn des Zweiten Weltkriegs<sup>5</sup>**

Länder, Landesteile, Provinzen (nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937)	Deutsche Bevölkerung (im September 1939)
Deutsche Ostgebiete gesamt	9 955 000
Ostpreussen	2 473 000
Pommern	1 884 000
Ostbrandenburg	642 000
Schlesien	4 576 000
Freie Stadt Danzig	380 000
Baltische Staaten gesamt	250 000
Estland	17 000
Lettland	63 000
Litauen*	118 000
Litauen (übriges Staatsgebiet)	52 000
Polen gesamt	1 200 000
Posen-Westpreussen	335 000
Ost-Oberschlesien	330 000
Östliches Teschener Schlesien	40 000
Mittelpolen	360 000
Wolhynien	65 000
Galizien	70 000
Tschechoslowakei gesamt	3 544 000
Sudetendeutsche Gebiete	3 012 000
übriges Böhmen und Mähren	259 000
westliches Teschener Schlesien	67 000
Hultschiner Ländchen	52 000
Slowakei	130 000
Karpato-Ukraine	24 000
Ungarn gesamt	600 000
Westungarn	70 000
Ungarisches Mittelgebirge	220 000
Budapest	30 000
Schwäbische Türkei	220 000
Batschka und Banat	40 000
übrige Gebiete	20 000

\* mit dem 1923 annektierten ostpreussischen Memelgebiet

Länder, Landesteile, Provinzen (nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937)	Deutsche Bevölkerung (im September 1939)
Übertrag	15 549 000
Rumänien gesamt	782 000
Siebenbürgen gesamt	253 000
Banat	274 000
Sath ma r/Bi bor/Ma ra m u res	34 000
Buchenland (Bukowina)	81 000
Dobrudscha	15 000
Bessarabien	93 000
Alt-Rumänien	32 000
Jugoslawien gesamt	536 000
Banat	126 000
Batschka und Baranja	191 000
Syrmien	72 000
Slawonien	69 000
Bosnien, Serbien, Herzegowina	30 000
Kroatien	14 000
Untersteiermark und Übermurgebiet	13 000
Krain	6 000
Gottschee	15 000
Sowjetunion gesamt	1 400 000
Wolgagebiet	420 000
Wolhynien (Ost)	60 000
übrige Ukraine	360 000
Krim	60 000
Nordkaukasus	100 000
Südkaukasus	30 000
übrige europäische Gebiete	160 000
asiatische Gebiete	210 000
gesamt	18 267 000

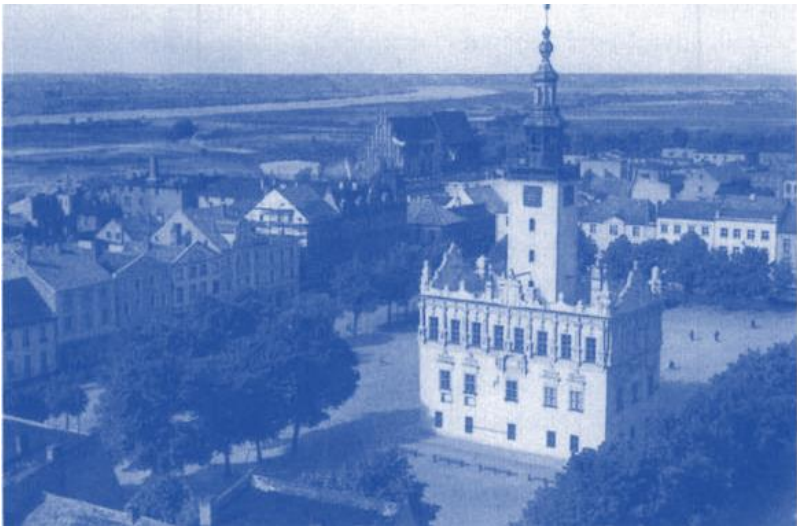
Meer und auf der Halbinsel Krim auf bedeutende deutsche Minderheiten. Am Mittel- und Unterlauf der Donau und ihrer Nebenflüsse bis zum Schwarzen Meer, in den Hochländern am Fusse der Tatra und der Karpaten sowie in der Krain haben sich seit dem Mittelalter deutsche Siedler niedergelassen.

Im Mittelalter war es der König von Ungarn, der seine Grenzgebiete im Norden und Osten durch deutsche Wehrbauern, Handwerker, Bergleute und Kaufleute erschliessen und verteidigen liess. Auf diese Initiative geht das Siedlungswerk der Zipser Sachsen in der heutigen Slowakei mit den Städten Käsmark und Leutschau zurück. Es folgten die Siebenbürger Sachsen im heutigen Rumänien. Ihre prächtigen Kirchenburgen um Klausenburg und Hermannstadt prägen seit mehr als achthundert Jahren die fruchtbaren Landstriche Transsylvaniens. Krain, die Gottschee, die Untersteiermark um Marburg an der Drau und Laibach waren ebenfalls seit dem Mittelalter mit deutschen Siedlungen durchsetzt.

In der Neuzeit liess das Habsburgerreich jene Gebiete besiedeln, die man den Osmanen abgerungen hatte: Die Donauschwaben kamen im 18. Jahrhundert nach Ungarn, in die «Schwäbische Türkei» südlich des Plattensees um Fünfkirchen herum, in das Ofener Bergland zwischen Raab, Donauknie und Plattensee mit dem Zentrum Budapest, in die Batschka zwischen Donau und Theiss mit dem Zentrum Neusatz in der heute serbischen Vojvodina, sowie in das Banat, die Grenzregion zwischen Serbien und Rumänien mit dem Zentrum Temeswar. Nach dem Ende der Habsburgermonarchie fanden sich rund 1,5 Millionen Donauschwaben in den drei Nachfolgestaaten Ungarn, Rumänien und Jugoslawien wieder. Deutsche zogen in das Buchenland mit der Hauptstadt Czernowitz, also in die heutige Bukowina, die zwischen Rumänien und der Ukraine aufgeteilt ist, nach Sathmar in der nordöstlichen Grossen Ungarischen Tiefebene sowie in Teile des späteren Jugoslawien zwischen Save und Donau mit der Stadt Esseg (Slawonien, Bosnien, Syrmien) sowie in die Dobrudscha im heutigen Bulgarien. Die russischen Zaren riefen im 19. Jahrhundert die Bessarabiendeutschen in Gebiete, die heute zu Moldawien und zur Ukraine gehören. Ein Nachfahre dieser bessarabiendeutschen Siedler ist Bundespräsident Horst Köhler.

Die friedliche Landnahme hat das Zusammenleben mit den alten Bewohnern dieser Landstriche gefördert. Der wechselseitige Einfluss hat sich in der Wirtschaftsweise, im kulturellen Leben, in den Sitten und Gebräuchen niedergeschlagen. Konflikte blieben nicht aus, aber das Neben- und





Marktplatz in Kulm

Von Kulm ging der Missionsfeldzug des Deutschen Ordens in Preussen aus. Im Jahre 1233 stellte er hier die sogenannte Kulmer Handfeste für die Städte Thorn und Kulm aus. Sie wurde zum Vorbild für die Stadtrechte in Preussen, und auch die Rechte von Bauern und anderen Landbesitzern lehnten sich an das in der Handfeste formulierte Recht an. Auf diese Weise wurde die Kulmer Urkunde zu einer Art preussischem Grundgesetz. In der Kulmer Altstadt, die beherrscht wird von dem 1567 bis 1572 erbauten Renaissancerathaus, wurde 1895 Kurt Schumacher geboren, der erste Nachkriegs vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Oft wird spekuliert, wie sich die SPD und die Bundesrepublik entwickelt hätten, wenn dieser Vorsitzende nicht so früh verstorben wäre. Sehr wahrscheinlich hätte der Lastenausgleich für die Vertriebenen ganz anders ausgesehen.

Miteinander trat stärker in Erscheinung als das Gegeneinander. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kam dann mit dem Nationalismus Zwietracht auf im habsburgischen Vielvölkerstaat: Die bis dahin privilegierten Deutschen wollten sich mit ihrem Minderheitenstatus nicht abfinden, und die Staatsvölker strebten nach ethnisch homogenen Nationalstaaten.

Die Unterdrückung ethnischer, nationaler und religiöser Minderheiten gehörte seit den ersten fragilen friedenspolitischen Gehversuchen in Versailles und Saint Germain zur Tagesordnung, so dass Präsident Wilsons Friedensordnung zu einer Farce wurde. Nach dem Ersten Weltkrieg galten die Deutschen in Ost- und Südosteuropa als Angehörige des Staatsvolkes, das den Krieg verloren hatte. Trotz des allseits proklamierten Selbstbestimmungsrechts der Völker nahm man in Versailles bei der Festlegung der neuen Staatsgrenzen wenig Rücksicht auf sie. Ihre Siedlungsgemeinschaften wurden zum Teil willkürlich auseinandergerissen. Als Minderheit mussten sie ihre Eigenständigkeit gegen die nationalstaatlichen Ambitionen der jeweiligen Staatsvölker verteidigen. Da die Agrar- und Schulgesetze nach 1918 fast überall gegen die deutsche Minderheit gerichtet waren, bargen sie nicht nur sozialen, sondern auch nationalen Sprengstoff. Kleinliche Schikanen der Behörden waren an der Tagesordnung. Die Deutschen wehrten sich dagegen durch Zusammenschluss ihrer Siedlungsgemeinschaften innerhalb der jeweiligen Staaten und durch gemeinsame Aktionen der europäischen Minderheiten im Rahmen des Völkerbundes, doch es gelang ihnen nicht, wesentliche Verbesserungen durchzusetzen.

Die wachsende Unzufriedenheit mit den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen hatte zur Folge, dass unter den bis dahin weitgehend liberal-konservativen oder apolitischen Deutschen ausserhalb der Reichsgrenzen radikal-nationalistische Bewegungen Fuss fassten. Diese gerieten nach 1933 zunehmend in den Sog der nationalsozialistischen «Volkstums- und Grenzlandpolitik» – mit verheerenden Konsequenzen: Infolge des von Deutschland ausgehenden Zweiten Weltkriegs und des nationalistischen Wahns wurden die Deutschen – sofern sie nicht bereits geflohen waren – aus den Ostgebieten sowie aus den alten Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa vertrieben. 14 Millionen Menschen verloren ihre Heimat.

# Der Exodus der Deutschen aus dem Osten

## Flucht, Vertreibung, Zwangsausweisung

Der vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselte Zweite Weltkrieg hat rund 60 Millionen Menschen – Soldaten und Zivilisten – das Leben gekostet. Unter den Toten waren über 25 Millionen Sowjetbürger sowie 6 Millionen Juden (??), die Opfer des industriellen Massenmords in den deutschen Vernichtungslagern oder der Mordaktionen von Polizeibataillonen des SD und der SS in Osteuropa wurden. Auch Polen hat unter der NS-Besatzungs- und Germanisierungspolitik schwer gelitten. Diese Politik der Gewalt, die in den totalen Vernichtungskrieg mündete, kehrte sich schliesslich gegen die Deutschen selbst. Es setzte die Vertreibung ein: der Deutschen aus dem östlichen Europa, der Finnen aus Karelien, der Polen aus den ostpolnischen Gebieten, der Ungarn aus der Slowakei und der Italiener aus Istrien. Begonnen hatte das verbrecherische Treiben schon während des Krieges mit den Zwangsdeportationen von Krimtataren, Tschetschenen, Wolgadeutschen und Einwohnern der baltischen Staaten innerhalb der Sowjetunion, den Zwangsumsiedlungen von Polen aus dem seit 1939 besetzten Westpolen in das Generalgouvernement und der Vertreibung, Deportation und Vernichtung der europäischen Juden.<sup>1</sup>

Der sich über mehrere Jahre hinziehende Prozess von Flucht und Vertreibung der Deutschen kann in drei Phasen unterteilt werden. Er nahm je nach Gebiet, aus dem sie vertrieben wurden, verschiedene Formen an. Hier zu unterscheiden ist wichtig, denn nicht nur der Zeitpunkt von Flucht und Vertreibung, auch das Herkunftsgebiet – etwa in exponierter Lage weit im Osten – wirkte sich auf das Schicksal der Vertriebenen aus.

Der Exodus begann mit der Flucht vor der Sowjetarmee, es folgten sogenannte wilde Vertreibungen durch polnische und tschechoslowakische Machthaber, die vor Beginn der Grenzverhandlungen Fakten schaffen wollten; am Ende stand die vertraglich festgelegte Vertreibung nach dem Potsdamer Abkommen.

Im Juli 1944 wurden die Bewohner des Memellandes hinter die Memel evakuiert, im Oktober zogen die ersten sowjetischen Truppen in Ostpreussen ein. Trotz des ausdrücklichen Verbots von Gauleiter Erich Koch machten die Zivilisten sich nun auf den Weg nach Westen, vor allem als die Schreckensmeldungen von Nemmersdorf, das am 21. Oktober 1944 nach sowjetischer Besetzung noch einmal von der deutschen Wehrmacht zurückerobert werden konnte, die Runde machten. Die von der NS-Propaganda veröffentlichten Bilder des Grauens lösten eine Massenpanik unter der ostpreussischen Zivilbevölkerung aus. Mit der daraufhin einsetzenden Fluchtwelle aus Ostpreussen begann der grosse Exodus.

Noch weit mehr Menschen setzten sich in Bewegung, als die Sowjetarmee Mitte Januar 1945 in einer Grossoffensive über die Weichsel nach Westen vorsties. Rund 4 bis 5 Millionen flüchteten aus Danzig, Ost- und Westpreussen, Ober- und Niederschlesien, Hinterpommern und Ostbrandenburg. Hunderttausende starben an Entkräftung und Kälte, ertranken in der Ostsee, verbluteten nach sowjetischen und anglo-amerikanischen Bombenangriffen oder wurden von der Front überrollt und von sowjetischen Soldaten vergewaltigt.

Ein wichtiger Chronist der Ereignisse ist Lew Kopelew, der 1945 als Offizier am Einmarsch der Sowjets in Ostpreussen beteiligt war und später wegen humaner Behandlung des Feindes nach Sibirien verbannt wurde. Der zeitlebens für Frieden und Menschlichkeit streitende russische Schriftsteller und Bürgerrechtler hat sich damals gefragt: «Warum müssen Polen und wir uns Ostpreussen, Pommern, Schlesien nehmen? Lenin hatte seinerzeit schon den Versailler Vertrag abgelehnt, aber dies war schlimmer als Versailles. In den Zeitungen, im Radio riefen wir auf zur heiligen Rache. Aber was für Rächer waren das, und an wem haben sie sich gerächt?»<sup>2</sup>

Im Frühjahr 1945 dachte kaum einer der Flüchtenden, dass er die Heimat nie wiedersehen würde. Vor allem viele Reichsdeutsche aus Schlesien, Ost- und Westpreussen, Ostbrandenburg und Pommern warteten nur auf das Ende der Kampfhandlungen und machten sich dann unverzüglich auf den Heimweg. Allein nach Breslau kehrten Zehntausende zurück, insgesamt waren es über eine Million Flüchtlinge. Auch wenn die Heimkehr mit vielen Gefahren verbunden war, zogen sie dieses Risiko der Flucht ins Ungewisse vor.

Nach der Kapitulation strömten auch aus der Sowjetischen Besatzungszone und den deutschböhmischen Gebieten Flüchtlinge zurück in ihre Heimat, weil niemand wusste, wohin mit ihnen. Sowjetische Ortskom-

Gegründet von Dr. Wilhelm [Saav] Freyhan ז"ל

ידיעות של ארגון יוצאי ברסלאו בישראל

# MITTEILUNGEN No. 55

1991  
א"ת תשנ"א

DES VERBANDES EHEMALIGER BRESLAUER IN ISRAEL E. V.

VORSTAND: Moshe Goldstein (Vorsitzender), Chaja Bar-Or, Edith Bende,  
Arie Grynolitzer, Lotte Lewand, Maa Liposka

P.O.B. 3391; 61035 Tel-Aviv

## „In jedem Zeitalter erhebt man sich wider uns um uns zu vernichten“ (Gedanken zu Pessach)

Die Haggeleh, welche wir jedes Jahr am Sederabend lesen, ist ein Buch von ungewöhnlicher Aktualität. Die Lehren und Verfassungen des jüdischen Volkes — von der Knechtschaft in Ägypten bis heute — sind das Leitmotiv (und das Leitthema) unserer Geschichte.

Auch heute, infolge der Geißnisse, hat die friedliche Bevölkerung des Staates Israel, welcher null Stärke daran nicht beistimmt, seit von den islamischen-terroristischen Angriffen des Diktators von Bagdad zu hören. Dieser Nachfolger der Verfolger von Hitler im zweiten Weltkrieg — der Mufti von Jerusalem und Raschid Ali in Irak — wehrt sich nachhersten seiner Diktatorstellung zum Opfer fallen, hat sich u.a. auch die Bombardierung des Staates Israel zum Ziel gesetzt. Aber zu seinem eigenen Wohlbefinden, seiner eigenen christlichen, östlichen und islamischen Welterben der Menschheit.

(Aus der Haggeleh von Pessach)

manches wäre Saddam Hussein ohne die schließliche Hilfe der europäischen Wissenschaftler und Experten und der geistigen Waffenindustrie der meisten europäischen Staaten nicht gelungen. Und die „Stiefelenden“ Demokraten in Europa, gegen Amerika und die anderen Alliierten, saßen still zu Hause und gingen nicht auf die Straßen, um gegen die Waffenlieferungen an Irak zu protestieren, obwohl man genau wusste, dass diese Waffensysteme hauptsächlich gegen Israel und seine jüdischen Bürger gerichtet sind. Aber jetzt, da Amerika und seine Alliierten versuchen, diese Waffen des Massenmordes zu vernichten und den weltweiten Östern von dem irakischen Diktator zu befreien, hört man das Geschrei dieser „Stiefelenden“ Welterben. Die Welt auch Hitler kann es sich nicht erlauben, dass irgendwo auf dem Erdball

ein neuer Utopie-Hilfsaufstand und die Welt der Vernichtung erzwängt. Einer der größten Nationalisten und Demokraten, der Gründer der republikanischen Republik, Thomas Jefferson, sagte: „Die Demokratie hat Nr. die Demokratie für die anderen hat die Partei“. Auch der Papst, ein treuer Nachfolger von Pius XII, welcher zu Zeiten des Holocausts am nicht für nötig fand, gegen die Verbrechen der Nazis zu kämpfen, verpasst nicht zu betonen über das „Unglück, welches die Welt betrifft“. Auch er setzt sich einhellig für die Unterstützung von Angreifern und Angegriffenen nicht, und besonders wenn die Angegriffenen jüdische Bürger im jüdischen Staat sind. Trotz allem geht die Aufmerksamkeit des jüdischen Staates weiter, die Hilfe, insbesondere aus Russland und Asien, kommt nach wie vor in unser Land, und auch Delegationen von anderen Ländern und jüdischen Gemeinden aus aller Welt können nach Israel, um sich mit uns solidarisieren zu erklären.

Deutsche Juden waren die ersten, die aus Deutschland vertrieben wurden, und zwar nicht durch die Sieger, sondern durch ihre Landsleute. Breslauer, die sich nach Israel retten konnten, haben dort den Verband ehemaliger Breslauer gegründet und erinnern in einer deutschsprachigen Publikation bis heute an die Heimat, die sie unter den Nationalsozialisten verloren haben. In Breslau befand sich eine der wichtigsten jüdischen Gemeinden Deutschlands. Während man in der Bundesrepublik gern von «Wroclaw» spricht, erinnert man in Israel ganz selbstverständlich an die reiche deutsch-jüdische Vergangenheit der Hauptstadt Schlesiens. Unter den 1938 aus Breslau verjagten Juden war auch der Historiker Fritz Stern, der 1995 in einem Vortrag bekannte: «In einem Interview gefragt: ‘Was fällt Ihnen bei dem Wort Heimat ein?’ , gab ich die mich völlig überraschende sofortige Antwort: ‘Heimatlos’ .»

mandanten in der SBZ, die infolge Nachschubmangels nicht einmal ihre Truppen versorgen konnten, wiesen die Flüchtlinge häufig ab. Man entledigte sich ihrer, indem man sie auf eine Irrfahrt ins Ungewisse schickte. Das lief aber den polnischen Anstrengungen zuwider, die Deutschen in den «wiedergewonnenen Gebieten» loszuwerden, und so sperrten polnische Kommandos Ende Mai 1945 die Oder- und Neissebrücken zunächst vorübergehend und von Juli an endgültig. Schon nach kurzer Zeit stauten sich auf dem Westufer der Flüsse die Massen, die in den Osten zurückkehren wollten, während auf dem Ostufer jene ausharrten, die von dort abgeschoben wurden.

Bis es zu diesem Stau kam, waren schon etwa 400' 000 Flüchtlinge aus der SBZ in ihre Heimat zurückgekehrt, die Hälfte davon nach Schlesien. Weitere 800'000 Schlesier kamen bis Ende Juni aus dem Sudetenland zurück. Das bedeutete, dass von knapp 10 Millionen Einwohnern aus den Gebieten östlich von Oder und Neisse rund 7,5 Millionen bis in den Mai 1945 hinein vor der Sowjetarmee flohen, danach aber machten sich 1,5 Millionen auf den Rückweg. Von der Entvölkerung besonders betroffen war Ostpreussen, dessen Population von 2,65 Millionen auf 800'000 sank, während die anderen Gebiete immerhin die Hälfte der Bewohner behielten, Schlesien zum Beispiel 2,5 von knapp 5 Millionen Ende 1944.

In den Ländern Ostmitteleuropas und bei den alliierten Siegermächten war bereits sehr früh die Entscheidung gefallen, die Deutschen aus den Gebieten östlich von Oder und Neisse zu vertreiben. Während der ersten Kriegskonferenz Ende November 1943 in Teheran verständigten sich Roosevelt, Churchill und Stalin darauf, dass die sowjetisch-polnische Nachkriegsgrenze längs der Curzon-Linie verlaufen solle, wo sie bereits nach dem Ersten Weltkrieg gezogen worden war, bevor Polen sie 1921 nach dem Polnisch-Sowjetischen Krieg weit nach Osten verschoben hatte.

Spätestens seit der Konferenz von Teheran war Churchill und Roosevelt klar, dass Stalin die polnischen Ostgebiete bis hin zur Curzon-Linie, die Hitler ihm im Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 zugesprochen hatte, zu behalten gedachte. Dass Polen für die Verluste im Osten entschädigt werden sollte, indem es entsprechend nach Westen verschoben wurde, war damit im Prinzip beschlossene Sache.

Bei ihrer Zusammenkunft in Jalta im Februar 1945 bestätigten die drei Regierungschefs die Curzon-Linie als polnische Ostgrenze und fassten als

Westgrenze die Oder-Neisse-Linie ins Auge. Polen wurde im Osten eine Fläche von 180'000 Quadratkilometern mit einer ethnisch mehrheitlich nichtpolnischen, national gemischten Bevölkerung – allerdings inklusive der grossen polnischen Kulturmetropolen Lemberg und Wilna – zugunsten der Sowjetunion genommen; dafür wurden dem Land im Westen 103'000 Quadratkilometer mit fast rein deutscher Bevölkerung – inklusive der bedeutenden Städte Stettin, Breslau und Danzig – zu Lasten Deutschlands zugesprochen.

Während der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 einigten sich die Siegermächte sowohl auf die vorläufigen Grenzziehungen bis zum Abschluss eines Friedensvertrages als auch auf die Massenausweisung der Deutschen aus dem sowjetischen Vorfeld in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn. Im Artikel XIII des Potsdamer Protokolls legten sie fest: «Die drei Regierungen haben die Frage unter allen Gesichtspunkten beraten und erkennen an, dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss. Sie stimmen darin überein, dass jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemässer und humaner Weise erfolgen soll.»<sup>3</sup>

Als Vorbild für die zwangsweise Massenausiedlung diente den Westmächten der im Vertrag von Lausanne 1923 sanktionierte griechisch-türkische «Bevölkerungsaustausch», der trotz der Härten für die Betroffenen als Erfolg galt. Der Entscheidung lag die Hoffnung zugrunde, dass durch die «Entmischung» historisch gewachsener Gemeinschaften in Ostmittel- und Südosteuropa und die Schaffung ethnisch homogener Staaten schwelende Minderheitenkonflikte beseitigt und damit der Frieden in diesen Regionen gesichert werden könne. Eine Rolle spielte auch, dass die Nationalsozialisten selbst 1939/40 grossangelegte Aus- und Umsiedlungsaktionen in Osteuropa durchgeführt hatten. Churchill machte keinen Hehl daraus, dass «reiner Tisch» mit den Deutschen gemacht werden müsse. Aus seiner Sicht war die Massenvertreibung eine unschöne, aber unvermeidliche Begleiterscheinung der Neuordnung Europas nach 1945.

Im Artikel XIII verständigten sich die Alliierten zudem darauf, dass der gemeinsame Kontrollrat als höchste Regierungsinstanz in Deutschland die «gerechte Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszonen» zu prüfen habe, darüber hinaus sollte er über den Umfang bereits erfolgter «Überführungen» berichten und eine Schätzung zu Zeitplan und

Ausmass weiterer Transporte vorlegen. Die polnische und die tschechoslowakische Regierung sowie der Alliierte Kontrollrat in Ungarn wurden ersucht, «inzwischen weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung einzustellen, bis die betroffenen Regierungen die Berichte ihrer Vertreter an den Kontrollausschuss geprüft haben».<sup>4</sup> Die USA und Grossbritannien erklärten sich damit einverstanden, dass die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neisse unter polnische und das nördliche Ostpreussen unter sowjetische Verwaltung gestellt wurden. Die endgültige Regelung der Grenzfrage sollte einer Friedenskonferenz vorbehalten sein.

Die Nationalsozialisten hatten Rassismus und Nationalismus gesät, jetzt traf Deutschland die Rache der Opfer. Alle einst vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten mittel- und osteuropäischen Staaten haben in der Vertreibung der Deutschen eine Vergeltung für das Unrecht des NS-Regimes gesehen, doch die Vertreibung und die Errichtung einer polnischen Administration in den deutschen Ostgebieten gingen, so bemerkte schon Martin Broszat, «über die Liquidierung der Herrschaft des Dritten Reiches weit hinaus».<sup>5</sup> Man wollte unumkehrbare Fakten schaffen, bevor die (west-)alliierte Bereitschaft zur Vertreibung nachliess. Bereits vor der Potsdamer Konferenz wurden 450'000 Deutsche aus der Tschechoslowakei und ebensoviele aus dem polnischen Machtbereich vertrieben. Das war die erste Phase der Vertreibung.

Die «wilden» Vertreibungen durch Polen setzten am 20. Juni 1945 ein und dauerten ungefähr einen Monat. Die nicht unvorbereitete Armee veranstaltete Razzien und liess die Menschen, die ihr dabei ins Netz gingen, den Weg bis zur Oder zu Fuss zurücklegen; selbst für Kranke gab es keine Transportmittel. Aufgrund des Einspruchs sowjetischer Militärs und polnischer Behörden, welche die Deutschen als Arbeitskräfte benötigten, wurden die Aktionen jedoch Mitte Juli gestoppt.

Am 21. November 1945 beschloss der Alliierte Kontrollrat, die im nördlichen Ostpreussen, in den polnisch besetzten Gebieten, in der Tschechoslowakei und in Ungarn verbliebenen Deutschen auszuweisen und nach Deutschland abzuschieben. Von den 6,6 5 Millionen Menschen sollten 2,75 Millionen in der sowjetischen, weitere 2,25 Millionen in der amerikanischen, 1,5 Millionen in der britischen und 150'000 in der französischen Zone aufgenommen werden. Nach Berechnungen der Alliierten mussten in den vier Besatzungszonen knapp 15 Millionen Neubürger ver-



sorgt und integriert werden, und zwar vor allem in ländlichen Gebieten. Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins stieg damals um 73,1, die Niedersachsens um 51,9 und die Bayerns um 32,7 Prozent.

Die Alliierten hatten zwar vertraglich vereinbart, dass die «Überführung» der Deutschen «in ordnungsgemässer und humaner Weise erfolgen» solle, doch davon konnte unter den herrschenden Verhältnissen keine Rede sein. Nach einer Anweisung des polnischen Ministeriums für öffentliche Verwaltung vom Juni 1945 war die «freiwillige Ausreise» zu fördern, und zwar indem man die Deutschen so lange drangsalierte, bis auch die «hartnäckigsten Feinde des Polentums den Mut verlieren», in Polen zu bleiben. Probate Mittel waren Enteignung, unzureichende Versorgung, Verweigerung von ärztlicher Behandlung, Ausschluss der Kinder vom Schulbesuch, die Beseitigung der «Spuren des Deutschtums» und die Duldung von Diebstählen und Vergewaltigungen, wenn die Opfer Deutsche waren. Unter diesen Umständen verliessen annähernd 550'000 Deutsche Polen bis Ende 1945 «freiwillig». Noch in den Zügen wurden sie ausgeraubt.

Das im November 1945 eingerichtete «Ministerium für die wiedergewonnenen Gebiete» warb zugleich nachdrücklich für die Umsiedlung in die ehemals deutschen Gebiete, weil die dort lebenden 1,7 Millionen Polen (davon 1,4 Millionen vertriebene Polen aus den abgetretenen polnischen Ostgebieten) bei Weitem nicht ausreichten, die 103'000 Quadratkilometer zu bevölkern. Als aber über Jahre kein nennenswerter Zuzug erfolgte, entschloss sich Warschau, die zunächst wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit ebenfalls schikanierten Masuren, Ermländer, Kaschuben und Oberschlesier nach rassistischen Kriterien als Autochthone – also als «repoionisierbar» – zu klassifizieren und von der Verfolgung auszunehmen.

Die Ausweisung der Deutschen verlief in mehreren Etappen. Nach der Zwangsräumung eines hundert bis zweihundert Kilometer breiten Streifens unmittelbar östlich von Oder und Neisse im Mai 1945 folgte im Juni die Vertreibung der Bewohner Danzigs. Mitte Juli 1945 beendeten die Sowjets die wilden Vertreibungen der Deutschen aus Ostbrandenburg sowie Hinterpommern und Niederschlesien, da die von ihnen kontrollierte SBZ überfüllt war und die Westmächte um Aufschub der Transporte bis in den Herbst gebeten hatten. Die im Herbst 1945 angesetzte Räumung Hinterpommerns, Westpreussens, des südlichen Ostpreussen und Oberschlesiens wurde in den Wintermonaten unterbrochen, aber im Frühjahr 1946 wieder aufgenommen.

Dadurch kamen im Zuge der «Operation Schwalbe» 1,37 Millionen Deutsche direkt in die Westzonen. Von Februar bis Dezember 1946 erfolgten organisierte Aussiedlungen in Absprache mit den Alliierten. Etwa 1,5 Millionen Menschen gelangten in die britische und 1,84 Millionen bis November 1947 in die sowjetische Zone. Insgesamt verliessen in dieser Zeit fast 3,5 Millionen Deutsche die Ostgebiete.

Noch bis 1950 trafen vereinzelt Transporte mit Frauen, Kindern und Alten aus Ostpreussen ein, wo vor allem junge Frauen von den Sowjets zur Zwangsarbeit herangezogen worden waren, andere kamen aus den polnischen Internierungslagern, in denen Angehörige der deutschen Minderheit Zwangsarbeit leisten mussten. Die ein bis zwei Millionen Deutschen – darunter die als «repopulationierbar» geltenden «Autochthonen» im Ermland, in Masuren und in Oberschlesien –, die nach 1950 in Polen blieben, wurden zwangspolonisiert: Sie mussten polnische Namen annehmen und sich zu Polen erklären.

In der Tschechoslowakei kam es vor allem in Prag, aber auch im Sudetenland schon in den ersten Nachkriegstagen zu Übergriffen des Militärs, «revolutionärer Gardes» und auch von Zivilisten. Staatspräsident Edvard Benes gelobte am 12. Mai 1945 in Brünn: «Wir werden Ordnung machen unter uns, insbesondere auch hier in der Stadt Brünn mit den Deutschen und allen anderen. Mein Programm ist – ich verhehle es nicht –, dass wir die deutsche Frage in der Republik liquidieren müssen. Bei dieser Arbeit werden wir alle eure Kräfte brauchen.»<sup>6</sup> Nicht zuletzt die Popularität der Henlein-Partei vor dem Krieg hat dazu beigetragen, dass die Sudetendeutschen nun pauschal zu Verrätern an der ersten tschechoslowakischen Republik und zu Nationalsozialisten erklärt wurden.

Wie es damals massenpsychologisch um die tschechische Gesellschaft bestellt war, hat Emilia Hrabovec deutlich gemacht: Der Entschluss zur Vertreibung der Deutschen sei auch aus dem kollektiven schlechten Gewissen eines Volkes entstanden, «das mit der eigenen jüngsten Vergangenheit, dem im wesentlichen kampf- und widerstandslosen Hinnehmen der Rückschläge der letzten sieben Jahre, nicht fertig werden konnte». So sei «manche hypernationalistische Gebärde in Wirklichkeit nur ein verzweifelter Versuch» gewesen, «die unrühmliche persönliche Vergangenheit, die Feigheit, Untätigkeit oder gar (...) die Kollaboration mit dem Feind zu kaschieren».<sup>7</sup>

Die Diskriminierung der Deutschen bestand unter anderem in der Ver-



Aussiedlung von Sudetendeutschen, 1947 (Filmausschnitt)

In Böhmen, Mähren und Schlesien waren tausend Jahre Deutsche zu Hause. 1918 fanden sie sich in einem Staat Tschechoslowakei wieder, der für die meisten nicht der ihre werden sollte. Diese fortan «Sudetendeutsche» Genannten waren für die Forderung nach Anschluss an Deutschland empfänglich, die der Vorsitzende der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein, erhob. Nachdem der «Anschluss» 1938 tatsächlich erfolgt war, sahen viele Tschechen und Slowaken in den mehr als 3 Millionen Deutschen im tschechoslowakischen Staat vor allem Verräter. Nach 1945 rächten sie sich an den Sudetendeutschen, indem sie diese enteigneten, drangsalierten und schliesslich vertrieben. In Viehwaggons schaffte man sie aus dem Land. Beim Überqueren der tschechisch-deutschen Grenze warfen die Sudetendeutschen ihre weissen Armbinden aus dem Zug, die sie als Deutsche brandmarkten.

pflichtung, weisse oder gelbe Armbinden zu tragen oder weisse Stofffliken mit einem «N» (für *Nemec* – Deutscher). Öffentliche Verkehrsmittel durften sie nicht benutzen, Amtsstellen nur mit Genehmigung betreten. Die ihnen zugestandenen Lebensmittelmengen entsprachen den Rationen, die Juden während der Kriegszeit erhalten hatten. Jederzeit konnten sie interniert werden. Ein Dekret vom 21. Juni 1945 ordnete die sofortige Einziehung des landwirtschaftlichen deutschen Besitzes an. Die vollständige und entschädigungslose Enteignung aller Deutschen regelten weitere Dekrete, erlassen zwischen dem 19. Mai und dem 25. Oktober 1945. Lediglich jene, die sich «entweder aktiv am Kampf für die Befreiung beteiligt oder unter dem nazistischen Terror gelitten haben», blieben von der Beschlagnahmung ihres Vermögens zunächst ausgenommen, aber auch sie ereilte schliesslich das Schicksal der Vertreibung.

In dem mehrfach preisgekrönten Roman *Die Unvollendeten* hat Reinhard Jirgl die Vertreibung auf seine Weise geschildert: «Zuerst (...) drangen von überall her die Warnschreie menschlicher Stimmen an: ‚Heut morgen sind viele schon erschlagen & erschossen worden‘. In der kleinen Stadt Komotau im Sudetenland wurden seit Stunden Strassen & Gassen mit immer denselben Durchsagen in tschechischer Sprache beschallt.

30 MINUTEN ZEIT – MIT HÖCHSTENS 8 KILO GEPÄCK PRO PERSON – AM BAHNHOF SICH EINZUFINDEN – DIEJENIGEN, DIE GEGEN DIESEN BEFEHL VERSTOSSEN; WERDEN NACH DEN KRIEGSGESETZEN BESTRAFT – (...) Die Flüchtlinge kamen ein halbes Jahr zu früh, denn die tschechischen Behörden hatten der Willkür freien Lauf gelassen & die *Sudetendeutschen* nach eigenem Gutdünken aus dem Land geschmissen (die sowjetische Seite liess gewähren ...).»<sup>8</sup>

Bis heute wird die Vertreibung der sudetendeutschen Bevölkerung in der Tschechischen Republik vielfach beschönigend als *Odsun* – Abschub – bezeichnet. Dabei war die Lage der Bedrängten so beängstigend und demütigend, dass tschechische Quellen allein für das Jahr 1946 unter den Deutschen 5'558 Selbstmorde verzeichneten – manchmal von ganzen Familien gemeinsam begangen, nachdem man die Sonntagskleider angelegt hatte.<sup>9</sup>

Von Herbst 1944 an kam es zu massiven Evakuierungen und Fluchtbewegungen aus den deutschen Siedlungsgebieten im südlichen Mitteleuropa. So wurden bis März 1945 rund 100'000 der insgesamt 140'000 Deutschen

aus der Slowakei und fast alle der 95'000 Deutschen aus Kroatien in das «Protektorat Böhmen und Mähren», ins Sudetenland oder nach Österreich umgesiedelt. Ebenfalls im Herbst 1944 flüchtete ein grosser Teil der Deutschen aus Jugoslawien, andere wurden evakuiert. Vor dem Zweiten Weltkrieg lebten 540'000 Deutsche in Jugoslawien, vor allem im Westbanat, in der Batschka, in Syrmien, Slawonien, dem Baranja-Dreieck und in Kroatien. Zu diesen donauschwäbischen Gruppen kamen noch 30'000 Deutsch-Untersteirer und Gottscheer im slowenischen Siedlungsraum. Bei Kriegsende 1944/45 verblieben 195'000 Donauschwaben unter jugoslawischer Herrschaft, von denen die meisten in Lagern Zwangsarbeit verrichten mussten.

Die Deutschen in Jugoslawien wurden kollektiv schuldig gesprochen und der Kollaboration mit ihren Landsleuten bezichtigt. Über Nacht wurden sie zu rechtlosen Staatsfeinden. Die Beschlüsse des «Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens» (AVNOJ) von 1943 und vom November 1944 sahen die Enteignung allen deutschen Besitzes sowie die Internierung aller Deutschen in Lagern vor, von denen viele nach der Machtübernahme durch die jugoslawische Volksbefreiungsarmee im «Blutigen Herbst» 1944 Opfer von Racheakten der Partisanen wurden.

Der katholische Erzbischof von Freiburg und Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, hat als kleiner Junge die Massaker an deutschen Zivilisten, unter ihnen sein erst sechzehnjähriger Bruder, in Philippsdorf (Filipova) miterleben müssen. «Ich war damals sechs Jahre alt und erinnere mich an viele Details: Wie am Morgen alle Männer zwischen sechzehn und sechzig antreten mussten, und wie gegen Abend, als die Dämmerung einsetzte, 212 Männer begleitet von Titos Partisanen und von Wagen mit Schaufeln, Spaten und Pickeln unter Gewehrfeuer hinausgetrieben wurden, um sich ihr Grab zu schaufeln. Sie mussten sich nackt ausziehen und wurden brutal niedergemetzelt und verscharrt. Ich höre die Schüsse heute noch – nach sechzig Jahren. In meinen Ohren klingen noch die bangen Fragen, das Weinen und die Verzweiflung der Mütter, der Ehefrauen, der Kinder.»<sup>10</sup> Rund 67'000 deutsche Zivilisten sind in den jugoslawischen Arbeits- und Vernichtungslagern, etwa dem berüchtigten Lager in Rudolfsgnad, wo allein 11'000 Donauschwaben starben, umgekommen.

Aus Rumänien wurden Ende August und Anfang Oktober 1944 etwa 100'000 Deutsche evakuiert. Der grössere Teil der Siebenbürger Sachsen

und Banater Schwaben blieb hingegen zurück. Anfang 1945 deportierte man rund 75'000 von ihnen zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ungarn begann im Januar 1946 in den Ortschaften entlang der Grenze zu Österreich, in denen die donauschwäbische Bevölkerung zusammengedrängt worden war. Die Revanchegelüste der ungarischen Gesellschaft gegen die Donauschwaben waren wohl hauptsächlich auf «eine schwer definierbare Neigung» zurückzuführen, «die Wut über die eigene Niederlage» auf einen Bevölkerungsteil zu übertragen, «der eben mit Deutschland, dem Partner in Krieg und Niederlage, identifiziert werden konnte».<sup>11</sup> Ursprünglich war unter Hinweis auf die Kollektivschuld der Deutschen die Aussiedlung der gesamten, etwa 500'000 Menschen zählenden deutschen Minderheit in Ungarn geplant. Betroffen waren von den Massnahmen schliesslich etwa 117'000 Deutsche. Nach einer Unterbrechung im Juni wurden die Transporte in die amerikanische Zone im November 1946 wieder aufgenommen, im Dezember aber vollständig eingestellt.<sup>12</sup>

In Ungarn gab es einen engen Zusammenhang zwischen der Politik der Vertreibung und der Bodenreform, die im östlichen Teil Europas nach 1945 umgesetzt wurde. In der Ungarischen Tiefebene konnte der von Kommunisten und Nationalisten geweckte Landhunger nämlich nur mit dem Boden der «Schwaben» gestillt werden, und so wurden gerade nicht die «Naziaktivisten», die meist nur wenig oder kein Land besaßen, sondern die Eigentümer der mittelgrossen und grösseren Hofstellen vertrieben, die den «Naziaktivitäten» überwiegend ablehnend gegenübergestanden hatten. Vor diesem Hintergrund führte der ungarische Minister für Wiederaufbau, József Antalls, auf einer Kabinettsitzung am 22. Dezember 1945 aus, es sei «aus nationalpolitischer Sicht nicht zu bezweifeln, dass es im Interesse Ungarns liegt, wenn möglichst viele Deutsche das Land verlassen. Es wird nie wieder eine solche Gelegenheit geben, die Deutschen loszuwerden.»<sup>13</sup>

Die wenigen Stimmen in den westlichen Ländern, die sich kritisch zu den Vorgängen in Mitteleuropa äusserten, verhallten ungehört. Das galt auch für den Leserbrief des britischen Philosophen und Mathematikers Bertrand Russell, der am 23. Oktober 1945 in der *Times* veröffentlicht wurde: «In Osteuropa werden jetzt Massendeportationen von unseren Alliierten durchgeführt in einem beispiellosen Rahmen, und ein offensichtlich vorsätzlicher Versuch wird unternommen, viele Millionen Deutsche auszurot-

ten, nicht durch Gas, sondern, indem man ihnen ihre Häuser und Nahrung wegnimmt, um sie einen langsamen quälenden Hungertod sterben zu lassen. Das wird nicht gemacht als ein Akt des Krieges, sondern als Teil einer vorsätzlichen 'Friedens'-Politik. (...) Sind Massendeportationen Verbrechen, wenn sie während des Krieges von unseren Feinden begangen werden, und gerechtfertigte Massnahmen sozialer Regulierung, wenn sie durch unsere Alliierten in Friedenszeiten durchgeführt werden? Ist es humaner, alte Frauen und Kinder herauszuholen und in der Ferne sterben zu lassen, als Juden in Gaskammern zu ersticken?»<sup>14</sup>

Die *New York Times* vom 13. November 1946 bezeichnete die Potsdamer Protokolle als den «unmenschlichsten Beschluss, der jemals von zur Verteidigung der Menschenrechte berufenen Regierungen gefasst wurde». <sup>15</sup> Die Menschen, die den Einmarsch sowjetischer Truppen und die damit einhergehenden Verbrechen überlebt hatten, waren noch immer nicht in Sicherheit. Sie wurden zu Hunderttausenden Opfer von Mangelkrankungen und Seuchen, oder sie wurden nach dem Abzug sowjetischer Truppen östlich von Oder und Neisse durch Polen und in der Tschechoslowakei durch Tschechen und Slowaken misshandelt und ermordet. Deutsche, die vor dem Zweiten Weltkrieg auf polnischem Gebiet gelebt hatten, wurden nun von der polnischen Sicherheitspolizei als Verräter betrachtet und zur Zwangsarbeit abkommandiert.

In einem Bericht des Bundesarchivs über die Gewalttaten der Vertreibung wird zur Lage in Polen unter anderem Folgendes festgestellt: «Die Gewaltakte bestanden vorwiegend in Misshandlungen brutalster, teils sadistischer Art mit Peitschen, Gummiknüppeln oder Gewehrkolben, teils bis zur Todesfolge, ferner in willkürlichen Erschiessungen und Erschlagungen wie auch Vergewaltigungen von Frauen.»<sup>16</sup> Ähnlich wie im sowjetischen und polnischen Machtbereich war es in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien, während es in Ungarn zu deutlich weniger Übergriffen auf die Deutschen kam.

Katharina Eiliger, geboren 1929, erlebte als Sechzehnjährige die Vertreibung aus ihrer oberschlesischen Heimatstadt. Aus Angst vor polnischen Übergriffen flüchtete sie mit Mutter und Schwester auf die böhmische Seite und irrte Ende 1945 südlich der Grafschaft Glatz im tschechischen Herrschaftsgebiet umher: «An einem Abend kamen wir an einen Hof, der abgelegen in einer Mulde lag. (...) Wir gingen in die weitläufige Diele hinein. Dort brannte Licht. Um den grossen runden Eichentisch knieten sechs

oder sieben Personen. Sie waren ganz still und bewegten sich nicht. Ihre Köpfe waren nach vorn gefallen. Als wir näherkamen, sahen wir, dass sie mit der Zunge an der Tischkante festgenagelt worden waren.» Später erfuhren sie, «dass Horden durch den Ort gezogen waren und Jagd auf die Deutschen gemacht hatten. Einige seien erschossen worden, bei anderen hätten sie geplündert. Wir dürften auf gar keinen Fall weitergehen.»<sup>17</sup>

Das Motiv der Täter war in erster Linie Vergeltung, aber nicht selten spielten auch der Wunsch, sich zu bereichern, und ganz gewöhnliche kriminelle Absichten eine Rolle. Die Deutschen galten als vogelfrei, denn die Regierungen, die ja wünschten, dass sie das Land verliessen, unternahmen nichts zu ihrem Schutz. Als «Goldgräber» haben die Tschechen jene Landsleute bezeichnet, die nach Kriegsende in die sudetendeutschen Gebiete eindringen, Menschen ausplünderten und sich deren Vermögen aneigneten. In Polen nannte man sie zutreffend «Raubritter» und in Jugoslawien «Titos Bande».

Hunderttausende deutsche Zivilisten – darunter viele Frauen und Mädchen – wurden von 1944 bis Ende April 1945 aus den Ostprovinzen des Deutschen Reiches sowie aus den Siedlungsgebieten in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien als «lebende Reparationen» zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeitslager abtransportiert. Im sowjetisch besetzten Königsberg hielten sich im April 1945 noch 126'000 deutsche Zivilisten auf. In der Zeit bis zur Aussiedlung der letzten Deutschen starben mehr als 100'000 an Epidemien, Hunger sowie Terror und Gewalt. Nur 24'000 wurden 1947/48 nach Deutschland abtransportiert. Auch in Polen, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei gab es zahlreiche Arbeits- und Internierungslager, in denen Deutsche gefangengehalten wurden. Das Schicksal dieser verschleppten deutschen Zivilisten – in der sowjetischen Terminologie «mobilisierte Internierte» – ist von der deutschen Zeitgeschichtsforschung bisher kaum beachtet worden. Beinahe jeder zweite der insgesamt 700'000 Verschleppten überlebte die Lagerhaft nicht.

Man schätzt, dass 1,9 Millionen deutsche Frauen am Ende des Krieges Opfer von Massenvergewaltigungen sowjetischer Soldaten wurden.<sup>18</sup> Die meisten ereigneten sich in den Vertreibungsgebieten Ostpreussen, Ostbrandenburg, Pommern und Schlesien. Wieviele Vergewaltigungen durch polnische und tschechoslowakische Soldaten und Milizionäre verübt wurden, hat man bisher nicht untersucht.



14 Millionen Vertriebene gelangten in die Besatzungszonen West- und Mitteldeutschlands, während 2,5 Millionen Deutsche freiwillig oder zwangsweise in den Vertreibungsgebieten zurückblieben. Die Angaben darüber, wieviele während Flucht und Vertreibung zu Tode gekommen sind, weichen voneinander ab. In der Dokumentation «Vertreibung und Vertreibungsverbrechen» gab das Bundesarchiv die nachweislichen Todesopfer mit 610'000 an; weitere 2,2 Millionen Schicksale seien ungeklärt. «Die Gleichsetzung dieser Zahlenangaben mit der Gesamtheit der Todesopfer» verbiete sich jedoch.<sup>19</sup> Gerhard Reichling geht in seinen statistischen Untersuchungen von 1,44 Millionen «Vertreibungsverlusten» aus, denen 370'000 Tote hinzuzurechnen seien infolge von Verschleppungen in die Sowjetunion. Die Zahl deutscher Opfer von Flucht und Vertreibung dürfte mithin knapp unter 2 Millionen liegen. Rüdiger Overmans hat in einer jüngeren Untersuchung die Zahlen revidiert, die Bilanz insgesamt jedoch nicht in Frage gestellt. Danach lassen sich rund 500'000 deutsche Opfer nachweisen, bei weiteren 1,5 Millionen liegt das Schicksal im Dunkeln. Es bleiben 2 Millionen Opfer. Was mit den 1,5 Millionen Vermissten geschah, wird sich nie mehr klären lassen, da in den Wirren des Krieges und der Anarchie der ersten Nachkriegszeit niemand gezählt hat, wieviele Deutsche ermordet wurden, in den Lagern Hungers starben oder auf der Flucht umkamen.<sup>20</sup>

Schwer zu verstehen ist, dass es immer noch einige gibt, die die Vertreibung moralisch rechtfertigen. Wolfgang Benz setzt das Wort Vertreibungsverbrechen in Anführungszeichen;<sup>21</sup> die Zahl von 2 Millionen zivilen Opfern zweifelt er an: «Von zwei Millionen Toten als Folge der Rache, Verfolgung, schlechter Behandlung beim Exodus war, auch in der seriösen Literatur, lange Zeit die Rede. Inzwischen hat der Historiker Rüdiger Overmans vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt die tatsächliche Größenordnung, die bei rund 30'000 liegt, herausgearbeitet.»<sup>22</sup> Benz zitiert Overmans falsch, denn dieser rekonstruiert nur die Zahl nachweisbarer Vertreibungsoffer bei den Sudetendeutschen.<sup>23</sup> 30'000 Zivilopfer könnte man allein in wenigen ostpreussischen Landkreisen nachweisen.

Vertreibungen sind immer Unrecht. Peter Glotz hat sich vehement «gegen die längst alltäglich gewordene, alerte Heuchelei» gewandt, «die Vertreibungen von gestern mit diplomatischer Miene verurteilt, nicht ohne darauf zu verweisen, dass damals aber andere Verhältnisse herrschten. Damals sei rechtens gewesen, was heute unrecht wäre. (...) 'Die Henker wol-

len sich als Opfer darstellen', heisst eine weitverbreitete polnische These. Wir haben nicht vergessen, wer den Zweiten Weltkrieg angefangen hat – Hitler, und zwar mit Zustimmung vieler Deutscher. Das heisst aber nicht, dass es Täter- oder Opfervölker gäbe. Jedes Volk ist eine vertrackte Mischung aus Tätern, Mittätern, Mitläufern und Opfern. Wir haben nie bezweifelt, dass das deutsche Volk im Griff Hitlers viel zu viele Täter, Mitäter und Mitläufer hatte. Das ist aber kein Grund, der deutschen Opfer, die es eben auch gab, nicht zu gedenken.»<sup>24</sup>

Man darf die Augen nicht verschliessen vor dem Leid, das Deutsche durch Flucht und Vertreibung erlitten haben. Den ehemaligen Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye, als Kind aus Danzig geflüchtet, hat dieses Geschehen immer verfolgt: «Mit grösser werdendem zeitlichen Abstand von der Flucht aus Danzig rückte die Erinnerung daran näher. (...) immer wieder fand ich mich auf Bahnhöfen, in die überfüllte Züge hinein- und hinausfahren. (...) Noch heute spüre ich Unbehagen, wenn ich in überfüllten Bahnhöfen auf einen Zug warte. Es ist dann, als ob die Zeit stehenbliebe und mich zurückversetzte in die Schrecken dieser Jahre. In Warnemünde schrie ich jede Nacht meine Angst hinaus, oft stundenlang.»<sup>25</sup>

Emotionale Verletzungen mögen in den ersten Nachkriegsjahren, als es ums nackte Überleben ging, nicht im Vordergrund gestanden haben. Als aber die Integration der Millionen in Form der Anpassung an die einheimische Bevölkerungsmehrheit vollzogen war, liessen sich die psychischen Wunden nicht länger verbergen. Seit der Vertreibung aus ihrer Heimat in Ostmitteleuropa wurden diese Deutschen kollektiv und unabhängig von ihrem Verhalten oder ihrer persönlichen Schuld für die Verbrechen des NS-Regimes verantwortlich gemacht. Deutsche Minderheitengruppen wurden komplett zur «fünften Kolonne» Hitlers erklärt. Der Internationale Militärgerichtshof hat die nationalsozialistischen Massenmörder in Nürnberg zur Verantwortung gezogen und dabei die ethnische Säuberungspolitik der Nationalsozialisten in Polen und Frankreich sowie die Deportation von Angehörigen der Zivilbevölkerung als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt.<sup>26</sup> Zur selben Zeit fand mit Billigung der Siegermächte die grösste «ethnische Säuberung» in der neueren Geschichte statt – die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten und Südosten Europas.

# «Die Polacken kommen»

## Deutsche Vertriebene nach 1945

### Traumatisierung und Schmerz

Im Grunde waren nach dem Krieg alle Deutschen auf der Flucht vor dem, was gestern noch gegolten und die meisten begeistert hatte. Sie waren Deklassierte, moralisch geächtet von den Siegern. Indem sie sich auf Arbeit und Leistung konzentrierten, dachten sie weniger an die Vergangenheit und mehr an die Zukunft. Viel schneller, als man hätte erwarten können, schritt der Wiederaufbau voran. Damit verbunden war die Entlastung von drängenden Fragen und die Aussicht auf ein neues Selbstwertgefühl.

«Inmitten der Ruinen schreiben die Deutschen einander Ansichtskarten von den Kirchen und Marktplätzen, den öffentlichen Gebäuden und Brücken, die es gar nicht mehr gibt. Und die Gleichgültigkeit, mit der sie sich durch die Trümmer bewegen, findet ihre genaue Entsprechung darin, dass niemand um die Toten trauert; sie spiegelt sich in der Apathie wider, mit der sie auf das Schicksal der Flüchtlinge in ihrer Mitte reagieren. Dieser allgemeine Gefühlsmangel, auf jeden Fall aber die offensichtliche Herzlosigkeit, die manchmal mit billiger Rührseligkeit kaschiert wird, ist jedoch nur das auffälligste äusserliche Symptom einer tief verwurzelten, hartnäckigen und gelegentlich brutalen Weigerung, sich dem tatsächlich Geschehenen zu stellen und sich damit abzufinden.»

Das sind Eindrücke, die Hannah Arendt während einer Rundreise durch das zerstörte Deutschland fünf Jahre nach Kriegsende sammelte.<sup>1</sup> Gefühlsmangel und Verdrängung waren Begleiterscheinungen des Wiederaufbaus, Schmerz und Trauer störten in der heilen Welt des Wirtschafts Wunders. Der Freiburger Psychoanalytiker und Schriftsteller Tilmann Moser mutmasst, dass das Kurwesen, das in Westdeutschland so weit verbreitet ist wie sonst nirgendwo, ein stillschweigendes Angebot ist an diejenigen, die noch immer an den Kriegsfolgen leiden. Die im Ausland weitge-

hend unbekannte Diagnose «Vegetative Dystonie» reichte den Krankenkassen in den 1960er und 1970er Jahren für die Bewilligung einer Kur.<sup>2</sup>

Flucht und Vertreibung, dieses Schicksal traf vor allem Frauen und Kinder. Sie haben die damit verbundenen sozialen und kulturellen Spannungen aushalten müssen und besonders zu spüren bekommen, was Fremdsein bedeutet. Die Welt, in der sie sich auskannten, gab es nicht mehr, von dort hatte man sie vertrieben. Sie waren ganz auf sich allein gestellt, abgeschnitten von den gewachsenen familiären und nachbarschaftlichen Verbindungen. Da die Männer abwesend waren, trugen die Frauen die Verantwortung für die Familie, und sie setzten alles daran, diese während Flucht und Vertreibung zusammenzuhalten und zu schützen. Sie waren abhängig vom Wohlwollen und vom Mitleid fremder Menschen, sie mussten vor Bürgermeisterern auftreten, verhandeln und Entscheidungen treffen, das erforderte Durchsetzungskraft und Ausdauer. Bisher hatte man dergleichen nicht von ihnen verlangt, doch nun veränderte sich die Rolle der Frau in der Familie entscheidend.

Elisabeth Pfeil hat sich schon 1948 in der Studie «Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende» mit den langfristigen Auswirkungen der Vertreibung befasst. Pfeils Untersuchung war eine der ersten zu diesem Thema und lange Zeit die am häufigsten zitierte. Die Vertreibung der Deutschen, schrieb die Soziologin, sei ein Geschehen, das alle Deutschen betreffe, nicht nur die Vertriebenen. Nicht nur Güter und Menschen seien in Bewegung geraten, sondern auch Vorstellungen und Werte. Alles, was einem Leben Halt gibt, gehe bei der Vertreibung verloren, und es setze ein Prozess der Entbürgerlichung ein. Zunächst, so die Soziologin, stellen sich infolge der radikalen Veränderung Wahrnehmungsprobleme ein, Selbsteinschätzung und Fremdeinschätzung bieten keine verlässliche Orientierung mehr: «Die selbstverständliche Einordnung in die mitmenschliche Welt fehlt. Damit ist auch die soziale Einbettung weggefallen, und es zeigt sich, welcher Stützen der Mensch damit beraubt ist. Ohne die hegende Umwelt der Heimatgemeinschaften ist der Mensch auf sich verwiesen: Alle Einschätzungen, sowohl die Selbstachtung wie die Beurteilung anderer und die Bewertung der Lagen des täglichen Lebens sollen aus ihm selber kommen. Dazu erweist sich ein Teil der Menschen nicht in der Lage, und auch daraus erwächst dem Ostflüchtling, wie jedem Entwurzelten, Lebensunsicherheit.»<sup>3</sup> Wie soll er sich in der fremden Welt, in die er gestellt ist, verhalten, wie kann er sich behaupten? «Wo ist die Grenze zwischen Bewahrung und Erstarrung? Wo die Grenze zwischen Anpassung und Er-

liegen? Das Sichgehenlassen in der Lage des Flüchtlings ist ebenso wenig eine Bewältigung wie das Tragen der alten starren Rüstung. Alles Gehenlassen ist keine Anpassung, sondern ein Erliegen. Es bringt höchstens für den Augenblick eine Erleichterung. Der Flüchtling spürt es wohl, und er ringt darum, das Niveau zu halten.»<sup>4</sup>

Schon die ganz kleinen Kinder lernen, dass mit ihnen und ihrer Familie etwas anders ist, aber was genau das ist, wissen sie nicht: «Wir waren doch Flüchtlinge, hiess es immer, und es klang in meinen Ohren, als handelte es sich dabei um eine besondere Kategorie von Menschen. (...) Als ich ein ganz kleines Mädchen war, war ich überzeugt, dass man bereits als Flüchtling zur Welt kommt.»<sup>5</sup>

Was die Kinder erleben sind Eltern, denen der Krieg die Zuversicht geraubt hat, dass die Welt ein sicherer Ort ist. Überanpassung sowie ein permanentes Gefühl des Bedrohtseins sind die Folge. Der Stuttgarter Ernst Klett Verlag hat 1952 vier Bändchen mit Kriegsschicksalen von Kindern herausgegeben. Sie enthalten Ratschläge zur Kindererziehung und beschreiben die häufig ganz unscheinbaren Spuren der Gewalt. Den Erwachsenen wird nahegebracht, was während der Flucht in den Köpfen der Kinder vorging: «Auf dem Treck ist es zuerst ganz lustig, jedenfalls ungeheuer interessant. Die Kinder sehen sich mit grossen Augen um. Als aber die Dämmerung kommt, wird es ihnen unheimlich! (...) sie sind verzweifelt wie aus dem Nest gefallene Vögel, überwältigt von dem Unbekannten.»<sup>6</sup> Schnell lernen sie, dass für ihre Bedürfnisse kein Platz mehr ist. Es geht ums nackte Überleben. Sie bemühen sich, Fehler zu vermeiden und Erwartungen zu erfüllen, oft ihr Leben lang.

In dem Roman *Menschenflug* erzählt Hans-Ulrich Treichel von der Verwirrung eines nachgeborenen Vertriebenenkindes: «Es waren während seiner Kindheit immer mal wieder Freunde, Nachbarn, Bekannte oder auch Verwandte seiner Eltern aus dem Osten aufgetaucht, die ein seltsames Deutsch sprachen, altmodisch gekleidet waren und über Dinge redeten, von denen er keine Ahnung hatte. Der Osten und alles, was damit zusammenhing, waren ihm als Kind und Jugendlichen vollkommen unverständlich geblieben, den topographischen und historischen Wirrwarr, als der sich die Gespräche der Erwachsenen über Schlesien, Ostpreussen und Pommern, über Breslau, Königsberg und Lodz, über Masuren und Siebenbürgen, über Aussiedlungen und Umsiedlungen, Fluchten und Vertreibungen vor, wäh-

rend und nach dem Ersten Weltkrieg sowie vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg für ihn darstellten, hätte er nie entwirren können.»<sup>7</sup>

Petra Reski, geboren 1958 im Ruhrgebiet, hat in *Ein Land so weit* die Flucht, die sie nicht miterlebt hat, die aber ihre Kindheit prägte, literarisch verarbeitet: «Meine Freundin Ingrid hatte einen Dachboden, auf dem Möbel von drei Generationen standen. Ich hatte die Geschichte von der Flucht. Als ich zum ersten mal auf dem Dachboden meiner Freundin Ingrid stand, war ich schockiert. Es war ein riesiger Bauch, der über Jahrzehnte mit Möbeln vollgestopft worden war. Noch nie hatte ich so viele alte Möbel gesehen. Anrichten, Schränkchen, Stühle stapelten sich in ihm, von Zeit zu Zeit holte sich Ingrid eine Kommode, ein Tischchen mit geschwungenen Füßchen in ihr Zimmer, strich es weiss an und erwähnte beiläufig, dass es ihrer Urgrossmutter gehört hatte. In meiner Familie gab es nicht mal einen Lampenschirm, der älter war als ich. Hatten sie am Ende alles weggeworfen? Wussten sie alte Möbel einfach nicht zu schätzen? Irgendetwas musste sich doch auch bei uns noch finden. Wenigstens ein kleines Tischchen. Irgendwo. Vielleicht mussten sie einfach nur mal richtig nachsehen, auf dem Dachboden und im Keller. Meine Mutter blickte mich an, als sei ich schwer von Begriff. Und wiederholte den Satz, den ich schon so gut kannte: Wir haben doch alles auf der Flucht verloren. (...) Die Flucht, die Flucht, immer die Flucht. Die Geschichte von der Flucht wurde jedes Mal erzählt, wenn zwei Erwachsene zusammenkamen. Sie begann mit ALS DER RUSSE KAM und endete damit, dass geweint wurde.»<sup>8</sup>

Bis in die dritte Generation hinein wirkte sich das Geschehen aus, egal ob darüber geschwiegen oder gesprochen wurde. Die Vertreibung hat im Leben der Familien alles verändert und prägte den Familienalltag, je nachdem, wieviel Bedeutung die Geschichten von der alten Heimat und der Flucht hatten. Ausserhalb der Familie tauchte dieses Thema dagegen kaum auf.

Kinder von Vertriebenen werden beim Tod der Eltern oft noch einmal mit der Katastrophe der Vertreibung konfrontiert. So erging es auch dem Journalisten Martin Tschechne: «Es war nicht viel, was meine Mutter an persönlichen Dingen hinterliess, als sie vor sechs Jahren starb. Kleider, Briefe, ein paar Schmuckstücke – und die ausgeblichene Kopie eines Handzettels aus dem Frühjahr 1945. Alle deutschen Bewohner des Ortes, so stand darauf zu lesen, erst auf Tschechisch, dann auf Deutsch, sollten sich mit je einem Gepäckstück auf dem Marktplatz einfinden. Die Häuser

seien sauber zu hinterlassen, die Betten frisch zu beziehen. Für die neuen Bewohner. Meine Mutter wurde vertrieben. Über den Verlust ihrer Heimat im Sudetenland ist sie nie hinweggekommen. Es war, ich übertreibe nicht, ein Schmerz, der sie für den Rest ihres Lebens an keinem Tag losliess. Und ich wundere mich eigentlich, dass sie meinem Bruder und mir so selten davon erzählt hat. Wir haben aber auch selten danach gefragt. Weil es uns nicht interessiert hat? Weil es zu bitter war? Oder wollten wir Rücksicht nehmen, ihre Gefühle nicht aufwühlen? Ach, da kommt vieles zusammen.»<sup>9</sup>

Ruhe- und Rastlosigkeit, Trauer, der Verlust von geliebten und vertrauten Menschen, von Besitz und Heimat, sozialer Abstieg und Ausgrenzung, das alles zehrte an den Menschen. Viele machten sich auch Vorwürfe, die Gräber der Eltern und Vorfahren zurückgelassen zu haben.<sup>10</sup> Auf den west- und mitteldeutschen Friedhöfen kündeten bald Inschriften von der ungestillten Sehnsucht nach der Heimat, die die Verstorbenen mit ins Grab genommen hatten: «Fern der geliebten Heimat ruht hier» oder der einfache Zusatz des Heimatortes. Aus einem religiösen Urtrieb strebt der Mensch danach, so der Volkskundler Josef Hanika, in der Heimaterde zur letzten Ruhe gebettet zu werden. Das Grab in fremder Erde ist ohne Trost. Vielen Vertriebenen wird daher heute eine Handvoll Heimaterde, beim Besuch der alten Heimat eingesammelt, mit ins Grab gegeben. Diese Erde soll, dem fremden Boden beigemischt, die Fremde zur Heimat werden lassen, die neue Heimat an die alte binden und den Segen der alten Heimat auf die neue übertragen. So ruht der Tote in der geliebten Heimaterde.<sup>11</sup>

### **Elend, Hunger und Nissenhütten**

Mit der Ankunft im Westen lag das Schlimmste hinter den Vertriebenen, aber ihr Unglück setzte sich fort. Denn die Einheimischen waren keineswegs bereit oder in der Lage, deren schweres Schicksal mitzutragen. Abwehr und Verachtung schlugen ihnen entgegen, und zuweilen liess man ihnen nicht einmal das Nötigste zukommen. Im Lipper Land titelte die *Freie Presse* 1946 empört: «Soll so die Welt gesunden? Neuer Vertriebenentransport für den Kreis Lemgo – Die Elendsbilder werden immer schrecklicher – Eine böse Saat für die Zukunft».<sup>12</sup> Und im Emsland hiess es noch lange nach dem Krieg: «Die drei grossen Übel, das waren die

Wildschweine, die Kartoffelkäfer und die Flüchtlinge.»<sup>13</sup> Die Vertriebenen konnten sich nicht aussuchen, wohin man sie brachte, im Grunde war es auch gleichgültig, denn die meisten wollten ohnehin nur zurück in die Heimat: «Lieber Herrgott, lass uns bald nach Haus, denn in Oldenburg halten wir's nicht länger aus. Wo die Bauern sturer als die Panzer sind, da ist keine Heimat für ein Schlesierkind.»<sup>14</sup>

Für Frauen, die kleine Kinder zu versorgen hatten, war es besonders schwer. Ein Siebenjähriger aus Schlesien, der im Sommer 1946 ins Emsland kam, schrieb 1952 in einem Schulaufsatz: «Ein Lastwagen brachte uns von Lingen nach Gersten. Hier standen wir auf dem Schulplatz. Wir wurden von den Bauern wie Vieh abgeschätzt. Die Bauern nahmen nur die, die arbeiten konnten. So standen dann nur noch mein kleiner Bruder und ich mit meiner Mutter da. Meinen grossen Bruder hatte ein Bauer gebrauchen können.»<sup>15</sup> Von Bauern wie Vieh taxiert zu werden, das war für viele Vertriebene die erste Erfahrung im rettenden Westen nach Jahren der Entbehrung und der Gewalt. Katharina Eiliger gibt in *Und tief in der Seele das Ferne* ihr erstes Gespräch mit einem westfälischen Bauern folgendermassen wieder: «‘Wo kommt ihr denn wech?’ Ich fand seine Aussprache lustig. Auf meine Antwort: ‘Aus Schlesiern schüttelte er den Kopf: ‘Kalte Heimat, watt? Polacken! Kieschitzki und Co!’ Wir waren entsetzt. Mit einem Schlag war uns klar, wofür man uns hielt: dahergelaufenes Pack mit zweifelhafter Herkunft.»<sup>16</sup>

Sudetendeutsche Frauen, die in die kleinen Dörfer Hessens kamen, litten darunter, dass man sie für Hinterwäldler ohne Kultur und Zivilisation hielt. Eine 1940 in Budweis geborene Frau erzählte von ihrer Mutter: «Wir galten als arme Leute, und ich erinnere mich an entwürdigende Szenen. Abends kamen oft die Wirtsleute zu uns ins Zimmer und boten sehr ehrlich und herzlich an: ‘Wir haben Kartoffelsalat übrig. Bevor wir es den Säuen geben, wollen Sie es nicht haben?’ Meine Mutter empfand es als entsetzlich, dass wir sozusagen vor den Säuen rangierten (...). Sie erzählte uns, was für eine feine Familie wir in Budweis gewesen waren, in welchem Wohlstand und Reichtum wir gelebt hatten, wie kostbar ihre Garderobe und ihr Schmuck waren (...). Das gleiche erzählte sie auch den Bauern. Die glaubten es ihr aber wohl nicht. Sie hatte ja keinen Beweis dafür, nicht einmal ein Foto. Sie prägte uns einfach ein, dass das Chaos und Provisorium, in dem wir lebten, etwas Vorübergehendes sei und wir in diese Umgebung nicht hineingehören.»<sup>17</sup>



Häufig ist die Rede von der «Stunde Null», dem totalen Zusammenbruch Deutschlands und der deutschen Gesellschaft 1945, doch die hat es in Wahrheit nie gegeben. Zwar lag die staatliche Macht nun in den Händen der Sieger, und die Verwaltungen waren in der Tat zusammengebrochen, aber die deutsche Gesellschaft in den Besatzungszonen blieb intakt. Die Menschen gingen, soweit dies möglich war, ihrer gewohnten Arbeit nach, die Familien bewahrten ihren Zusammenhang, die zahllosen Regeln und Normen des menschlichen Miteinanders blieben gültig. In dieser Welt störten die Vertriebenen durch ihre pure Existenz. Denn diejenigen, die glücklich über den Krieg gekommen und ihren Besitz weitestgehend gerettet hatten, sollten nun teilen mit den Habenichtsen, über deren Besitzverhältnisse Erich Kästner gereimt hat:

Ich trag Schuhe ohne Sohlen,  
und der Rucksack ist mein Schrank,  
meine Möbel hab'n die Polen  
und mein Geld die Dresdner Bank.

Wenn die Viehwaggons mit den Vertriebenen in den westlichen Besatzungszonen eintrafen und man die Türen aufsperrte, fielen Tote aus den Wagen – auch zwei Jahre nach Kriegsende noch. Dieser grausame Anblick hat die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft tief erschüttert. Die Zeitungen nahmen sich der Sache an; insbesondere die Vertriebenentransporte 513, 514 und 515 aus Schlesien fanden starke Beachtung. Doch schon bald wurden die Überlebenden beschimpft als «Flüchtlingsschweine, Polacken, Rucksackdeutsche, 40-kg-Zigeuner». Was fremd an ihnen wirkte, was als Abweichung von der eigenen Norm empfunden wurde, nutzte man, um sie herabzusetzen, ferner alles, was in abträglicher Weise auf Flüchtiges hinwies, etwa «feige», «fliehend», «nicht sesshaft», «herumzigeunernd», «entwurzelt», «heimatloser Geselle» oder einfach «asozial». Man nahm die Vertriebenen insgesamt als Unterschicht wahr, die in Baracken wohnte, «faul und arbeitsscheu» war, «dreckig», «verlaust» und «voller Flöhe».<sup>18</sup>

Den so Ausgegrenzten setzte besonders hart zu, dass man ihre Gemeinschaften auseinandergerissen hatte und sie nichts von ihren Angehörigen wussten. Sie waren isoliert, konnten den Verlust nicht verschmerzen und sich den neuen Lebensumständen nicht anpassen. Sie kannten nur ein Ziel: Rückkehr in die Heimat. Als dies in immer weitere Ferne rückte und

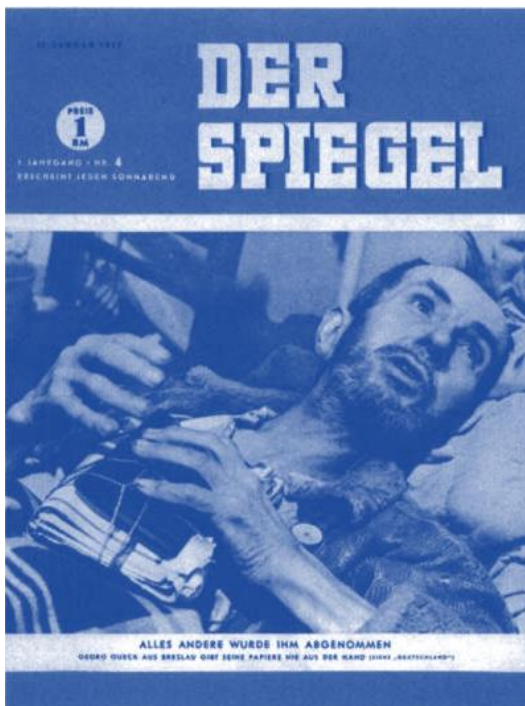
schliesslich unerreichbar wurde, schwand ihr Lebenswille in dem Masse, wie die alte Lebenswelt versank, an die sie sich klammerten. Die Folge war so manche Verzweiflungstat. Am Morgen des 1. Mai 1947 etwa wurde auf einem Bauernhof der bayerischen Gemeinde Sallingberg ein vierzehnjähriges Mädchen vergiftet, seine Mutter mit aufgeschnittenen Pulsadern und die Grossmutter erhängt aufgefunden.<sup>19</sup>

Mehr als siebzig Prozent der Vertriebenen und viele der Evakuierten und Ausgebombten, Wohnungslosen, Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft und andere im übertragenen Sinne Heimatlose und Entwurzelte wurden auf dem Land untergebracht, wo die Kriegsschäden gering waren, so dass man kaum erkennen konnte, wie zerstört, wirtschaftlich zerrüttet und verarmt das Land war. Der Krieg, dessen Opfer sie alle auf unterschiedliche Weise waren, hatte ihnen eine schwere Schuld und schier unlösbare Aufgaben hinterlassen, die es nun gemeinsam zu tragen und zu bewältigen galt.

Das Zusammentreffen von Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, Konfession und Bildung, die überdies in ihren Wertvorstellungen und ihrem zivilisatorischen Status nicht übereinstimmten, musste zwangsläufig zu Spannungen führen. Oft kamen beruflich gut ausgebildete und angesehene Stadtbewohner aus Böhmen und Schlesien als Habenichtse in Bauerndörfer. Hier galten sie nichts und hatten nichts zu melden. Neben der Ignoranz der Einheimischen machte ihnen der abrupte soziale Abstieg zu schaffen. Ehemals selbständige Gutsbesitzer und Bauern mussten sich als Knechte und Landarbeiter verdingen, Fachkräfte aus Handel, Handwerk und Industrie sich oft jahrelang als Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft durchschlagen.

Millionen Heimatlose standen vor dem Nichts inmitten einer feindlich gesinnten Umwelt, die ihre Besitzstände zu wahren trachtete, und bei den Einheimischen breitete sich Fassungslosigkeit, ja Hysterie aus angesichts der Massen von Vertriebenen. Die aus der Neumark geflüchtete Eva S. berichtet über ihre Erfahrungen in einem thüringischen Dorf: «Im Sommer hat meine Mutti Brennesse in und Melden – das ist so ein dickblättriges Unkraut – zum Essen gesammelt, weil wir ja sonst nichts hatten. Im Dorf wurde dann gesagt: Jetzt fressen sie uns schon das Gänsefutter weg! Wir haben nichts für unsere kleinen Enten und Gänse.»<sup>20</sup>

Jede Plage, jedes Vergehen kreidete man den Vertriebenen an: Sie hatten das Ungeziefer mitgebracht, sie waren verdächtig, wenn etwas gestohlen worden war. Dass Geschlechtskrankheiten und uneheliche Gebur-



*Spiegel-Titel* vom 25. Januar 1947

Unter der Überschrift «Die 65. Tote. Ein Kälte-Experiment» befasste sich der *Spiegel* 1947 in seinem vierten Heft mit dem Transport 514. Im Mittelpunkt der Reportage standen die aus Breslau vertriebenen Mediziner Dr. Probst, ehemals Chefarzt der Universitätsfrauenklinik Breslau, und Dr. Loch, Chefarzt des dortigen St. Joseph-Krankenhauses, die ohne hinreichende Ausrüstung versucht hatten, den Menschen während des Transports zu helfen: «Es gab Erfrierungen ersten, zweiten und dritten Grades. Am dritten Tag zählte man schon sechs Tote. Zwischendurch gab es drei Entbindungen und zwei Fehlgeburten. Eine Frau mit Fehlgeburt war am Wagenboden festgefroren. Dr. Loch taute sie mit Hilfe eines Spirituskochers ab. Während dieser Hilfeleistung wurde Dr. Loch selbst Patient. Ihm erfroren beide Füße. Seine Frau verstarb an den Folgen des Transports.» Nach diesen Berichten intervenierten britische Militärs bei den polnischen Behörden.



Hinweistafel am Hauptbahnhof von Bremen, Ende der 1940er Jahre

Die Vertriebenen konnten ihren Aufenthaltsort nicht selbst bestimmen. Auf Anweisung der Alliierten wurden sie überwiegend auf dem Land und in Kleinstädten untergebracht, wo kaum etwas zerstört worden war. Aber in den intakten ländlichen Gesellschaften fanden sie keine Aufnahme, und es gab keine Arbeit. Aus diesem Grund strebten die Neubürger entgegen den alliierten Anordnungen und trotz Zuzugssperre in die Städte, die mit allen Mitteln versuchten, sich dieses Zustroms zu erwehren.

ten zunahmen, auch dafür wurden sie verantwortlich gemacht, da diese Entwicklung mit ihrem Eintreffen einsetzte. 1946 wurden in Bayern 39,3 Prozent aller unehelich Geborenen in Gemeinden mit weniger als 2'000 Einwohnern registriert, 1950 waren es sogar 43,9 Prozent. Ein sprunghafter Anstieg um das Vierfache ist zwischen 1946 und 1947 auch bei den Scheidungen festzustellen.<sup>21</sup> Obwohl vorwiegend die aus den zerbombten Grossstädten Evakuierten dies verursachten, schob man alles auf den angeblich verderblichen Lebenswandel der moralisch meist sehr strengen und sehr konservativen ostdeutschen Vertriebenen.

Staatliche und kirchliche Stellen bemühten sich indes mit aller Kraft, die Ankömmlinge unterzubringen und zu versorgen. Der baden-württembergische Innenminister konnte feststellen, «dass weite Kreise unserer badisch-württembergischen Bevölkerung vorbildliche Aufnahmebereitschaft und Opferwilligkeit zeigen», aber er verschwieг nicht, «dass auch einzelne Fälle von übler Renitenz und unsozialer, ja unmenschlicher Einstellung von Wohnungs-, Hof- und Hausbesitzern aus verschiedenen Landesteilen berichtet werden. Nicht selten handelt es sich bei diesen Renitenten um Leute, die während des Dritten Reichs nicht laut genug 'Heil Hitler' schreien konnten.»<sup>22</sup> Während der SPD-Politiker als Verfolgter des NS-Regimes in erster Linie ehemalige Nationalsozialisten für die Missstände verantwortlich machte, sah sein Kollege, der Arbeitsminister Kohl von der KPD, in den einheimischen Bauern die Übeltäter, die keinerlei Verständnis für die Lage der Vertriebenen aufbrächten. Der evangelische Landesbischof Theophil Wurm enthielt sich dagegen jeglicher Vorwürfe und appellierte an seine württembergischen Landsleute, die «ihrer Existenz beraubten Menschen wirklich nicht als lästige Ausländer aufzunehmen, sondern als Volksgenossen, als Menschen, die uns nahestehen».<sup>23</sup>

Appelle fruchteten oft nicht. Man liess seine Beziehungen spielen und versuchte es, falls das nicht reichte, mit Bestechung. In den *Hessischen Nachrichten* vom 23. Juni 1946 beklagte ein Vertriebener: «Wir wohnen mit vier Personen in einem kleinen Raum, während in den Nachbarhäusern mehrere grosse Zimmer freistehen. Ich habe den Fall beobachtet und festgestellt, dass viele Dorfbewohner miteinander verwandt sind, und so steht fast jeder Einwohner mit den Mitgliedern der Wohnungskommission in verwandtschaftlicher Beziehung. Diese Kommission aber wagt es natürlich nicht, bei den lieben Verwandten ein Zimmer zu beschlagnahmen.»<sup>24</sup> Ein anderer schrieb am 5. September 1945 an die britische Militärregie-

rung in Lübeck: «Befreien Sie den deutschen Osten und helfen Sie, dass wir gequälten Menschen nach Hause kommen noch in diesem Jahre. Oder können Sie uns bestimmt sagen, dass wir in diesem Jahre nicht mehr nach Hause kommen, so sagen Sie es uns bitte, damit wir nicht länger in Ungewissheit leben brauchen, denn die Ungewissheit ist zu schrecklich.»<sup>25</sup>

Die Militärverwaltungen waren vollauf damit beschäftigt, die Kontrolle nicht zu verlieren. Sie requirierten Wohnraum, ordneten Zwangseinsweisungen und Zwangsmietverträge an sowie den Wohnungstausch und die Meldepflicht für freiwerdende Wohnräume, und es kam nicht selten vor, dass Vertriebene «unter dem Schutz der Maschinenpistolen Einzug in die Häuser hielten».<sup>26</sup>

Anhand der in jeder Gemeinde aufzustellenden Wohnraumkarteien liess sich die Belegungsnorm leicht überprüfen, was die amerikanischen Verbindungsoffiziere in Württemberg-Baden im Zuge regelmässiger Inspektionen auch taten, da sie den deutschen Angaben – oft zu Recht – misstrauten. Der württemberg-badische Staatsbeauftragte für das Flüchtlingswesen erläuterte den Vertretern von Landkreisen, Gemeinden und den Flüchtlingsbetreuern im Rahmen einer Serie von Tagungen, die er im Oktober 1946 in Nord Württemberg durchführte, dass die Zuteilungsquoten für die einzelnen Kreise «auf Weisung der Militärregierung nach einem Schlüssel berechnet wurden, der (...) eine Aufteilung von 2 Personen in den Landgemeinden und [von] 2,5 Personen in den Stadtgemeinden pro Wohnraum vorsieht», dass jedoch verschiedene «Stichproben, die teilweise im Beisein von Vertretern der Militär-Regierung in den verschiedensten Gemeinden vorgenommen wurden», ergeben hätten, «dass in vielen Häusern noch gar keine oder zu wenige Flüchtlinge untergebracht sind. Es gibt zum Teil heute noch sogenannte Speisezimmer und sogar Jagdzimmer, ja in einem Falle wurde noch ein unbelegtes Hunde- und ein Orgelzimmer angetroffen. Auch konnte festgestellt werden, dass ein grosser Teil der sogenannten guten Häuser keineswegs richtig und den Vorschriften entsprechend belegt ist und dass bei manchen Gemeinden die Tendenz bestand und besteht, bestimmte Kreise von den Flüchtlingen zu verschonen.»<sup>27</sup>

In der amerikanischen Zone Baden-Württembergs wurden 1950 bei der Volkszählung 861526 Vertriebene und 144 140 Flüchtlinge ermittelt, was einem Gesamtanteil an der Bevölkerung von 15,5 Prozent entsprach, der sich jedoch sehr unterschiedlich auf die einzelnen Regionen verteilte.<sup>28</sup>

**Vertriebene in den Stadt- und Landkreisen der amerikanischen Zone (in Prozent)<sup>29</sup>**

Stadt/Land kreis	1950	1961	Stadt/Landkreis	1950	1961
Stadtkreis Stuttgart	6,4	13,4	Künzelsau	27,0	19,8
Stadtkreis Heilbronn	3,4	13,3	Leonberg	22,6	21,0
Stadtkreis Ulm	7,0	16,0	Ludwigsburg	25,6	23,4
Landkreis Aalen	26,1	22,6	Mergentheim	25,1	17,0
Backnang	22,4	20,6	Nürtingen	29,6	24,5
Böblingen	26,6	24,9	Öhringen	23,2	19,3
Crailsheim	22,3	15,5	Schwäbisch Gmünd	31,1	24,2
Esslingen	27,4	23,3	Schwäbisch Hall	22,7	16,8
Göppingen	25,1	23,1	Ulm	24,3	20,3
Heidenheim	25,5	25,3	Vaihingen	22,8	19,3
Heilbronn	18,0	16,9	Waiblingen	27,3	20,7
			Nordwürttemberg gesamt	20,3	19,6
Stadtkreis Karlsruhe	11,8	14,5	Karlsruhe	19,9	18,6
Stadtkreis Heidelberg	16,5	14,5	Mannheim	11,6	13,7
Stadtkreis Mannheim	5,4	11,0	Mosbach	28,6	22,8
Stadtkreis Pforzheim	2,3	15,9	Pforzheim	12,8	14,1
Landkreis Bruchsal	10,9	11,8	Sinsheim	29,8	23,4
Buchen	28,4	20,1	Tauberbischofsheim	28,7	19,1
Heidelberg	19,2	16,9			
			Nordbaden gesamt	15,6	15,4
			Württ.-Baden gesamt	18,5	18,2

Bereits im Sommer 1946 hatte der Flüchtlingsreferent des Evangelischen Hilfswerks nach einer Inspektionstour durch die württemberg-badischen Flüchtlingszwischenlager, die in zahlreichen Gemeinden gegen die Anweisungen der Besatzungsmacht und die gesetzlichen Bestimmungen zur Schonung der einheimischen Wohnkultur in Baracken, Turnhallen und Tanzsälen eingerichtet worden waren, erklärt: «Wenn mit Hilfe von ortsfremden Wohnungskommissionen die Städte und Dörfer durchkämmt werden, wird man für einige Tausend noch Platz finden. Wenn in einem Flüchtlingslager noch vierhundert Menschen auf Unterbringung warten, der zuständige Landrat aber mit seiner Frau ein ganzes Haus bewohnt, dann heisst das, dass eben mit zweierlei Mass gemessen wird.»<sup>30</sup>

Der Aalener Landrat zog daraus Konsequenzen und ordnete noch im Juli 1946 umfassende Massnahmen zur Wohnraumerfassung an, die lokale

Rücksichtnahmen unmöglich machten und die Vertriebenen selbst einbanden: «Es wird deshalb – auch auf vielfachen Wunsch der Gemeinden – angeordnet: a) In jeder Gemeinde ist eine *Erfassungskommission* zu bilden, die aus dem Bürgermeister, einem einheimischen Gemeindemitglied und einem Flüchtling bestehen soll. (...) b) Die Erfassungskommissionen werden von Gemeinde zu Gemeinde *ausgetauscht*.»<sup>31</sup>

Die örtlichen Flüchtlingsvertrauensmänner hatten keine leichte Aufgabe. Neben der Arbeit in der Wohnungskommission oblag es ihnen, Schrebergärten, Hausrat und andere Spenden zu verteilen. Was an Geschirr, Möbeln oder Kleidung fehlte, mussten sie herbeischaffen. Im Rechenschaftsbericht des Flüchtlingsvertrauensmanns Oskar Matzek in Ginsheim hiess es: «Der 9. Februar 1946 ist ein geschichtlich denkwürdiger Tag in der Gemeinde Ginsheim. Denn am Samstag, dem 9. Februar 1946, trafen die ersten Flüchtlinge aus dem Sudetenland, und zwar aus Reichenberg, in einer Stärke von 28 Personen (...) hier in der Gemeinde Ginsheim ein, besitz- und rechtlos, einer ungewissen, unsicheren Zukunft entgegensehend. (...) Bauern, Bürger, Arbeiter und Angestellte, jahrhundertlang mit dem heimatlichen Boden verbunden, kamen als Flüchtlinge mit ihrem kargen Besitz, den ihnen die Machthaber gnadenweise noch gelassen haben, hier gleich Bettlern an, brachten nichts weiter mit als den Willen zu leben, ihre reichen fachlichen und beruflichen Kenntnisse und gesammelten und ererbten Erfahrungen des Lebens.»<sup>32</sup>

Die Alliierten, die Unruhen befürchteten, achteten bei der Verteilung der Vertriebenen argwöhnisch darauf, dass diese nicht in geschlossenen Gruppen angesiedelt wurden. Indem man die Menschen weit verstreut unterbrachte, unterband man die sozialen Kontakte bis auf die Ebene der Familie, was die Assimilation beschleunigen sollte. Aus diesem Grund wurden 1947 Vertriebene aus einer 2'000 Seelen zählenden donauschwäbischen Gemeinde auf 158 Ortschaften der westlichen Besatzungszonen verteilt.<sup>33</sup>

Über das Hilfswerk Rüb, das seit Juli 1945 bestand und aus dem schliesslich das Hilfswerk für evangelische Umsiedler aus Bessarabien hervorging, gelangten 1945/46 dennoch 20'000 Bessarabiendeutsche geschlossen nach Nordwürttemberg und Nordbaden. Dies war die einzige Vertriebenenengruppe, die das Privileg genoss, Zuzugsgenehmigungen, die der Begründer Karl Rüb von den Ministerien pauschal erhielt, in eigener Regie auszugeben. Die Neuankömmlinge wurden im Raum Ludwigsburg untergebracht, wo sich bis heute ein Zentrum der Bessarabier befindet. Un-





Ankunft eines Vertriebenentransports aus Schlesien, 1946

Über das Eintreffen der Vertriebenen in Todenhausen berichtete das Kreiswohlfahrtsamt in Marburg an das Regierungspräsidium in Kassel: «Die Leute benehmen sich wie Bestien, es muss unbedingt mit Polizei eingegriffen werden.» Immer wieder wird von hässlichen Szenen berichtet, davon, dass es bei der Verteilung der Menschen zugehe wie auf Sklaven- oder Viehmärkten, aber es gab auch Menschen, die Brücken bauten: «Besonderes Glück hatten die Krämers mit ihrem Quartier in der Gastwirtschaft 'Zum grünen Wald'. Die Besitzer, ein Ehepaar Ruhland, traten ihnen ein Stückchen Garten ab und für die Küche 'Pott und Pann'. Sie waren, was damals Seltenheitswert hatte, an den Erlebnissen der Flüchtlinge interessiert, hörten ihnen angelegentlich zu und stellten sich frühzeitig darauf ein, dass sie bleiben würden. Mindestens einmal im Monat traf sich bei Ruhlands ganz Warzen zu einem 'Heimatabend'. Die Einheimischen sangen ihre Lieder, die Ostpreussen das 'Land der dunklen Wälders die Schlesier das 'Riesengebirgslied', und weil alle sich einig waren in ihrem Wunsch, sich kräftig zu amüsieren, verstand man sich gut miteinander» (Ulla Lachauer, *Ostpreussische Lebensläufe*).



Flüchtlingslager im Verwaltungsbezirk Oldenburg 1945/46

Die Unterkunft ist dürftig, die Mahlzeit karg, aber die Kinder sorgen bald für Abwechslung: «Einem Rudel vergleichbar, bestehend aus Kleinen und Grösserem, so ziehen die Schulkinder des Lager ins Dorf. Morgens grüssen die Tomaten der Gärtnerei noch hochrot herüber zur löchrigen Asphaltstrasse, dem Schulweg. Hinter dem Ortsschild – dorfeinwärts – sind die Strassen für eine Weile von Kindern wie leergefegt. Solange die Lagerkinder unterwegs sind – die Hauptstrasse entlang, dann an der Kreuzung links die Gestorfer Strasse hinunter, schliesslich in die Schulstrasse einbiegend –, so lange werden die Dorfkinder ins Haus gerufen. Was haben die Kinder aus dem Osten nur an sich? ... Mittags zurück in Richtung Lager. Es ist nur ein kurzer Seitensprung ins leuchtende Tomatenfeld, minutenschnell und von vielen flinken, kleinen und grösseren Händen besorgt: Im Nu verblasst das Feld. Zurück bleiben die grünen Früchte des Nachtschattengewächses, vielleicht bis zum übernächsten Tag, da wechseln die Farben naturgemäss wieder allmählich ins Rot» (Klaus Seiler, *Barackenkind*).

terstützung erfuhren sie durch die Kreisverwaltungen Ludwigsburg, Heilbronn und Nürtingen.<sup>34</sup> Rüb suchte auf diese Weise die letzten Kräfte der Menschen zu schonen, die diese dringend für den Neuanfang in der Fremde benötigten. Aus den «Existenzruinen der Umsiedler» sollten «neue Kräftermenschen hervorgehen, die lebensbejahend sich behaupten werden».<sup>35</sup> Das Hilfswerk verbreitete Zuversicht mit Spruchweisheiten und Bibelversen und stellte Verhaltensregeln für die neue Umgebung auf. Da diese an die tradierte, von pietistischer Moral und protestantischer Arbeitsethik geprägte Mentalität der Bessarabiendeutschen anknüpften, dürften sie ihre Wirkung nicht verfehlt haben.

In die Westzonen kamen rund 10 Millionen Menschen. Obwohl die Angaben schwanken, ergeben sich aus den Vertreibungsgebieten folgende Zahlen (ohne Flüchtlinge aus der Sowjetzone und Spätaussiedler):

**Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung nach den Volkszählungen von 1950, 1961 und 1970** <sup>36</sup>

	13. September 1950		6. Juni 1961		27. Mai 1970	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Schleswig-Holstein	858 000	33,0	630 000	27,2	696 000	28,3
Hamburg	116 000	7,2	206 000	11,3	274 000	15,8
Niedersachsen	1 848 000	27,2	1 612 000	24,3	1 881 000	27,2
Bremen	48 000	8,6	97 000	13,9	134 000	18,9
Nordrhein-Westfalen	1 323 000	10,0	2 298 000	14,5	2 854 000	17,6
Hessen	715 000	16,5	818 000	17,0	1 040 000	20,6
Rheinland-Pfalz	137 000	4,5	276 000	8,1	361 000	10,1
Baden-Württemberg	856 000	13,3	1 205 000	15,5	1 614 000	19,7
Bayern	1 932 000	21,0	1 645 000	17,3	2 056 000	20,4
Saarland	-	-	18 000	1,7	48 000	4,4
Bundesgebiet gesamt	7 833 000	15,7	8 805 000	15,6	10 958 000	18,9
Berlin (West)	148 000	6,9	151 000	6,9	236 000	11,5

Die aus dem ostmitteleuropäischen Herrschaftsbereich vertriebenen Deutschen hatten zunächst überhaupt keine Möglichkeit, ihren Aufenthaltsort in Deutschland zu bestimmen. Die Alliierten, die sich auf bestimmte Kontingente geeinigt hatten, brachten sie dort unter, wo noch Kapazitäten vorhanden schienen. Es zeigte sich aber, dass man die Dimension der Vertreibung völlig unterschätzt hatte, denn das vom Alliierten Kontrollrat am 20.

November 1945 für die einzelnen Besatzungszonen festgelegte Aufnahmesoll war bald bedenklich überschritten.

Die Transporte wurden in den Vertreibungsgebieten zusammengestellt und dann nach den von den Alliierten angegebenen Bestimmungsorten in Bewegung gesetzt. Die erste Station im Westen waren die Kreisdurchgangslager, wo die Ankömmlinge den deutschen Behörden übergeben wurden. Neben den bürokratischen Prozeduren der Registrierung nahm man hier eine medizinische Untersuchung, Impfungen und Entlausungen vor. Die örtlichen deutschen Fürsorgestellen, das Deutsche Rote Kreuz sowie kirchliche Einrichtungen sorgten dann für die weitere Verteilung und Unterbringung – vorzugsweise auf dem Land.

Im Mai 1949, nachdem ein Teil der Vertriebenen im Zuge der beruflich motivierten Binnenwanderung die ländlichen Aufenthaltsorte schon wieder verlassen hatte, waren noch 40 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns, nämlich 201'000 Höfe, mit insgesamt 852'000 Vertriebenen belegt.<sup>37</sup>

**Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung in den bayerischen Regierungsbezirken 1947 und 1949**<sup>38</sup>

Regierungsbezirk	1947 absolut	Prozent	1949 Prozent
Oberbayern	382 651	15,7	17,9
Niederbayern	259 879	23,6	25,2
Oberpfalz	176 364	19,3	21,0
Oberfranken	236 915	21,6	23,2
Mittelfranken	185 896	15,0	17,9
Unterfranken	142 121	14,0	15,5
Schwaben	273 939	22,3	24,9
Bayern gesamt	1657 765	18,4	20,4

Wie schwer es für die auf Improvisation angewiesenen Behörden war, im Chaos der Nachkriegszeit Millionen von Vertriebenen eine Unterkunft zu besorgen, ist heute fast vergessen. Wie die Kollegen in Baden-Württemberg wusste auch der Landrat des Rheingaukreises, Peter Paul Nahm, ein Lied davon zu singen. Am 15. Februar 1946 erliess er einen Aufruf an alle Bürgermeister seines Amtsbezirks: «Wie Sie dem Amtsblatt entnehmen konnten, ist täglich mit dem Eintreffen des ersten Flüchtlingstransportes zu rechnen. (...) Die Leute, die jetzt ankommen, haben etwas Gepäck bei

sich. Es besteht die Hoffnung, dass sie auch notdürftig Bettzeug mit sich führen. Es ist jedoch dafür zu sorgen, dass Zimmer, Schlafstellen und Kochgelegenheiten zur Verfügung stehen. Die Ankommenden dürfen nicht als vorübergehend Einquartierte oder Fremdkörper behandelt werden, sie sind Gemeindegossen, die so schnell wie möglich ein eigenes Zimmer und Kochgelegenheit haben sollen. Es gibt keine Möglichkeit, die Aufnahme zu verweigern.»<sup>39</sup> Doch schon wenig später musste der Landrat dem Flüchtlingskommissar Krüger einen Vorfall in Kiedrich melden: «Obwohl jemand 18 freie Zimmer hat, stellt er den Antrag, die Wohnräume unter Denkmalschutz zu nehmen, um so der Einweisung von Ostflüchtlingen zu entgehen. (...) *Bürgermeister und örtliche Kommissionen haben schier unlösbare Aufgaben zu bewältigen. Höhere Dienststellen, die nicht unmittelbar mit dem Flüchtlingsproblem zu tun haben, können die Schwierigkeiten, die sozialen Spannungen und politische Lage in den einzelnen Gemeinden nicht beurteilen.*»<sup>40</sup>

In der Lokalpresse wandte sich der Landrat am 19. April 1946 unter der Überschrift «Ernstere Worte in schwerer Zeit. Flüchtlingsdienst» an die Bevölkerung: «Nachdem die ersten vier Transporte Flüchtlinge in den Kreis gekommen sind, sehe ich mich veranlasst, allen Bürgermeistern Richtlinien zu erteilen. Wie die Erfahrungen gezeigt haben, sind die Flüchtlinge in vielen Gemeinden sehr schlecht und unwürdig empfangen worden. Es haben sich die unmöglichsten Szenen abgespielt. In einzelnen Orten haben die armen Menschen stundenlang auf ihrer einzigen Habe vor den Türen der Bauernhäuser gesessen und auf Unterbringung gewartet. Keiner wollte der erste sein, der diese Menschen in sein Haus nimmt. Ja, wenn es alles Arbeitskräfte wären, wäre auch das Problem der Unterbringung gelöst. Als in vergangener Zeit durch die Arbeitsämter ausländische Fremdarbeiter vergeben wurden, konnte kein Bauer genug auf seinen Hof bekommen. Diese Fremdarbeiter mussten, gezwungen durch ein vergangenes Regierungssystem, mit dem zufrieden sein, was man ihnen gab. Jetzt kommen aber keine Fremdarbeiter, sondern *deutsche Menschen*, genau wie wir selbst. (...) Vor allen Dingen hat jeder seine Heimat behalten. Wissen Sie, was das heisst, die Heimat zu verlieren? Können Sie sich vorstellen, wie Ihnen zu Mute ist, wenn Sie vor die Wahl gestellt werden, mit 100 kg Gepäck die Heimat zu verlassen oder auf dem Hof, auf dem Sie bisher Bauer gewesen sind, als Arbeiter zu arbeiten? Wie die Erfahrungen gezeigt haben, fehlt dieses Verständnis fast überall. Ich erwarte von meinen Bürgermei-



#### Notunterkunft im Münsterland

Auf dem Land wurde jeder Winkel, ob Kammer oder Hühnerstall, mit Vertriebenen belegt. Die Spannungen waren enorm. In der Gemeinde Egming (Kreis Ebersberg) tauchte im März 1947 folgender Anschlag auf: «Hinaus mit den Flüchtlingen aus unserem Dorf! Gebt ihnen die Peitsche statt Unterkunft – dem Sudetengesindel! Es lebe unser Bayernland!» Eine Wirtin im Münsterland handelte dagegen pragmatisch und liess einen separaten Eingang zur Notunterkunft der einquartierten schlesischen Vertriebenen einrichten, so dass jede Familie in ihrem Hausstand ungestört war und Reibereien weitestgehend vermieden wurden.

stern, dass Sie in Ihrer Gemeinde als leuchtendes Beispiel allen voran gehen und in jeder Sache der erste sind. Die Einwohner der Gemeinde sollen mit Stolz auf den Bürgermeister sehen, der von ihnen in freier Wahl nach zwölf Jahren Diktatur gewählt worden ist. Seit Oktober 1945 sind in allen Gemeinden Wohnräume für die Unterbringung von Flüchtlingen aufgenommen worden. Erfolg ist bisher nur in wenigen Gemeinden erzielt worden. Die kleinsten Kammern, die unwürdigsten Räume sind bereitgestellt worden. 'Wohnzimmer, gute Stuben' usw., die nur einmal im Jahr zum Putzen betreten werden, sind unangetastet geblieben. Diese Zeiten sind jetzt in Deutschlands grösster Notzeit vorbei. Es muss sich jeder bewusst sein, dass der Flüchtling, der eingepfercht auf engem Raum leben muss, ungeduldig wird, und dass dadurch Unzuträglichkeiten in jedem Haus entstehen. In verschiedenen Gemeinden haben meine Beauftragten eingreifen müssen. (...) Ich kann auf keinen Fall dulden, dass Zimmer vollkommen leer, der Lampenbirne beraubt, mit unfreundlichen Worten abgegeben werden, und dass die Möbel, die in diesem Raum standen, jetzt auf dem Speicher ungenutzt stehen.»<sup>41</sup>

Nicht alle haben sich der Flüchtlingsnot verschlossen. Dem Münsteraner Theo Breider (1903-1993), der vor dem Krieg Geschäftsführer des münsterischen Verkehrsvereins gewesen war, wurde nach Kriegsende vom Landrat des Kreises Lippstadt angetragen, sich um die Aufnahme und Unterbringung der dort eintreffenden Vertriebenen zu kümmern. Diese schwere Aufgabe übernahm er als Freiwilliger von November 1945 bis Mai 1946, und er bewältigte sie mit grossem Einfühlungsvermögen. Auch später, als er wieder in Münster als Verkehrsdirektor tätig war, liess ihn die Not der Vertriebenen nicht los.<sup>42</sup> Er verfasste eindringliche Gedichte, in denen er sich an seine westfälischen Landsleute wandte. Mit dem plattdeutschen Gedicht «Mak't uap!» (Macht auf!) versuchte er schon 1945 die Münsterländer aufzurütteln:

Mak't uap!

Wie rappelt bui Dage un kloppet bui Nacht  
an ueser Düar – sseo freoh un sseo laa?

(...)

Laot rin! Et ssint Menscken van uessem Blaut,  
die Heume un alles verloaten,  
t'sint duitske Mensken, t'sint uese Blaen,  
dei Männer wöern uese Saldaoten. –

Mak't uo Jiue Hiarten, Jiue Düarn mak't uap!  
De Hiarguat steuht ssehwer daovüar! –  
Weuh diam, die iahme nit uapen mak't! –  
Maoen steusht Diu vüar ssuiner Düar! –<sup>43</sup>

Die Militärgerichte griffen mit harten und zum Teil ungewöhnlichen Massnahmen durch. Das *Mitteilungsblatt für die Stadt und den Landkreis Sulzbach-Rosenberg* berichtete am 14. Dezember 1946 von der Verurteilung zweier Hauseigentümer, die sich der Zwangseinweisung widersetzt hatten. Neben einer Gefängnisstrafe wurde ihnen auferlegt, mit fünfzig Pfund Gepäck in ein Vertriebenenlager zu ziehen, «wo sie unter den harten Bedingungen, wie sie die Flüchtlinge im Allgemeinen zu ertragen haben, leben müssen».<sup>44</sup> Der schlesische Jesuitenpater Leppich, der in der Adenauer-Zeit den Spitznamen «Maschinengewehr Gottes» erhielt, kommentierte die Zustände mit den Worten: «Es wird eine Revolution kommen aus Bunkern und Baracken, wenn nicht geholfen wird.»<sup>45</sup>

Zu der Sorge um die Unterkunft trat der quälende Hunger, das grösste Problem, vor das sich die Gemeinden gestellt sahen. Im Frühjahr 1946 waren die Tagesrationen so niedrig, dass körperliche Arbeit fast unmöglich wurde. Die Deutschen litten vor allem unter dem Mangel an Fett und Kartoffeln. Auf dem Schwarzmarkt konnte man gegen Gebrauchsgüter und Zigaretten Lebensmittel eintauschen. Die Vertriebenen besaßen aber nichts, was sie hätten eintauschen können. Viele gingen Buheckern sammeln, aber selbst dafür benötigte man einen Erlaubnisschein, und sogar das Aufsammeln von Tannenzapfen war genehmigungspflichtig.

Im April 1947 protestierten in Braunschweig und Salzgitter-Watenstedt die Belegschaften zahlreicher Betriebe gegen die Hungerrationen. Am 1. April 1947 kam es in Braunschweig im Anschluss an eine Hungerdemonstration zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen einigen hundert Jugendlichen und der britischen Militärpolizei. Fensterscheiben wurden eingeworfen, Lastwagen umgestürzt, ein Mensch kam bei einem Unfall ums Leben. In Lebenstedt verfassten die Belegschaften einen «Aufruf»: «Ein grosser Prozentsatz der Bevölkerung ist unterernährt. (...) Der Hunger ist kein Lehrmeister der Demokratie, Verzweiflung ist ihr Tod. (...) Der Hunger, das Schreckgespenst unseres Lebens, muss ein Ende haben.»<sup>46</sup>

Aus Salzgitter berichtete der Schulrat Zobel im September 1949, also





Werbung um Unterstützung für die Flüchtlinge in München (links) und in Halle an der Saale, Ende der 1940er Jahre

Über die mangelnde Solidarität der Deutschen mit ihren Landsleuten aus dem Osten machte der letzte amerikanische Landeskommissar, General Charles P. Gross, im Juni 1951 gegenüber amerikanischen Pressevertretern einige kritische Bemerkungen. Im *Südkurier* war dazu am 16. Juni 1951 zu lesen: «General Gross erklärte, das deutsche Volk sei offenbar nicht bereit, seine Verantwortlichkeit für die Lösung des Flüchtlingsproblems anzuerkennen. 'Es gibt in der ganzen Welt kein Volk', fügte Gross hinzu, 'das so wenig bereit ist, eine Verantwortung zu übernehmen, wie das Deutsche'. Auch die deutsche Bevölkerung zeige Gleichgültigkeit und Mangel an Hilfsbereitschaft gegenüber ihren vertriebenen Landsleuten.»

kurz nach Gründung der Bundesrepublik: «In letzter Zeit kommt es immer häufiger vor, dass Kinder im Unterricht ohnmächtig oder völlig erschöpft zusammenbrechen. Ursache dürfte die durch mangelhafte Ernährung hervorgerufene allgemeine körperliche Schwäche sein.»<sup>47</sup> Nicht selten erhielten die Kinder einheimischer Bauern bessere Noten, da ihre Eltern den Lehrern Lebensmittel zusteckten: «Bloss weil wir keinen Speck hatten, kriegten wir eine andere Zensur, das sind so diese Sachen, das sitzt auch lange. Also von daher hat man das schon gespürt, dass man da so nicht das ist, was jetzt die anderen Kinder sind, wo die Eltern jetzt Butter und Speck geben können», klagte ein Vertriebenenkind in Lingen.<sup>48</sup>

Der Kampf zwischen Vertriebenen, Ausgebombten und anderen Habenichtsen um ein paar Früchte des Feldes, mit denen sie ihren ärgsten Hunger stillen konnten, und den Landwirten nahm zur Erntezeit bürgerkriegsähnliche Formen an. Die Bauern einer Gemeinde klagten am 12. Juni 1948: «Der unbewaffnete Flurschutz steht den oft in grösserer Zahl anrückenden Felddieben völlig machtlos gegenüber.»<sup>49</sup> Der Hunger veranlasste Vertriebene Dinge zu tun, die sie bis dahin nicht gekannt oder von denen sie nichts verstanden hatten. Flüchtlingsschicksal hiess Kartoffelsammeln und Ährenlesen, aber es kam vor, dass die einheimischen Bauern den hungrigen Vertriebenen selbst diese Ernte nicht gönnten: «Unerwartet biegt der Bauer mit Trecker und Gummiwagen in den Feldweg ein, steuert auf sein Feld zu. Wir rennen auf unsere Ernte zu. Der Bauer reisst bereits die Säcke vom Handwagen, wirft sie auf die Ladefläche des Anhängers. Im Motorenlärm des Treckers: Mein Vater brüllt, der Bauer schreit und fuchelt mit den Armen; Schimpfe, Fluchen, die Männer zerren an den Säcken. Da hebt mein Vater die Hacke, sie steht, sie zittert in der Luft – der Bauer direkt unter ihr; ganz nah. Wir halten den Atem an. Was ist, wenn sie herunterkracht? Es vergeht eine Ewigkeit. Mein Vater lässt die Hacke langsam sinken. Wir sind wie benommen. Unser Handwagen ist leer. Der Trecker fährt auf dem Acker eine Kurve. Geschlagen ziehen wir davon. Alle Augenblicke dreht sich mein Vater um, bebt noch, zittert, flucht, hebt drohend die Kartoffelhacke. Solange wir den Trecker sehen können, dreht er sich um und droht mit der Hacke. Keiner sagt ein Wort.»<sup>50</sup>

Die Stadtverwaltung Osnabrück suchte im April 1946 den Hunger einzudämmen, indem sie Gartenland an Vertriebene verteilte. Es wurden 89 Kleingärten mit einer Fläche von mehr als drei Hektar ausgegeben. Damit war der Landvorrat allerdings erschöpft, so dass 1947 kein weiteres Land

mehr verteilt werden konnte. Im Kampf gegen den allgegenwärtigen Hunger liess die Stadtverwaltung schliesslich zu, dass die Bewohner der vor dem Hauptbahnhof aufgestellten Nissenhütten Kartoffeln vor ihrer Tür anbauen durften.<sup>51</sup>

Mit dem abnehmenden Zuwanderungsdruck und der wachsenden Freizügigkeit nutzten viele Vertriebene die Möglichkeit, vom Land in die Stadt zu ziehen, da sie ein Lager in einem Industrieort oder in der Nähe von industriellen Arbeitsplätzen der Wohnung in einem entlegenen Dorf vorzogen. Aus diesem Grund gab es 1956 noch mehr als 300 Elendsquartiere im Kreis Osnabrück. Auf dem Land verzögerte sich die Auflösung der letzten Lager, weil sich die einheimische Bevölkerung der solidarischen Hilfe zunehmend verschloss. Sie leistete Widerstand, schöpfte alle gesetzlichen Möglichkeiten aus, indem sie Beschwerden, Klagen auf Eigenbedarf und Anträge auf gewerbliche Nutzung einreichte, um keine Vertriebenen aufnehmen zu müssen.

Barackenlager für Vertriebene und Ausgebombte gab es noch viele Jahre nach Kriegende. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieb 1952: «Der 'Homo barackiensis'! Das 20. Jahrhundert hat den Menschen eine furchtbare Wahrheit gelehrt: Fortschritt, Humanität und Selbstachtung gibt es nur in der intakten Welt. Wenn die Ordnung zerfällt, entsteht das Lager, das grauenvollste und grausamste Zeugnis menschlichen Unvermögens – entsteht die Brutstätte des Nihilismus.»<sup>52</sup>

**Lager mit dauernder Belegung im Bundesgebiet am 30. Juni 1955**<sup>53</sup>

Land	Lager der Kriegsfolgenhilfe (KFH-Lager) und übrige kriegsbedingte Lager	Lagerinsassen absolut	davon Vertriebene absolut	Prozent
Schleswig-Holstein	513	67 123	53 776	80
Hamburg	72	23 346	6 488	28
Niedersachsen	997	92 612	59 790	65
Bremen	11	3 317	1 762	53
Nordrhein-Westfalen	25	6 376	1 479	23
Hessen	7	737	754	43
Rheinland-Pfalz	10	710	152	21
Baden-Württemberg	77	9 031	2 158	23
Bayern	195	31 455	24 812	77
<b>Bundesgebiet</b>	<b>1 907</b>	<b>234 707</b>	<b>151 171</b>	<b>65</b>
Berlin (West)	39	20 891	2 090	10

Wissenschaftler des Kieler Instituts für Weltwirtschaft betrachteten die Lager mit Sorge: «Die Proletarisierung von Millionen Menschen, die Heim und Heimat verloren haben», und die zusätzliche Belastung der Einheimischen liessen «der Entfaltung eines gesunden politischen Lebens wenig Spielraum» und trügen «die Möglichkeit einer weitgehenden Radikalisierung der Politik und Wirtschaft Restdeutschlands in sich».<sup>54</sup> Ein solches Vertriebenenlager war das Barackenlager Schlotwiese in der Stuttgarter Gemarkung Zuffenhausen. Die meisten der 1'200 Lagerbewohner kamen aus der Batschka, aus Syrmien, Slawonien oder dem Banat. Fast alle Lagerbewohner zogen später nach Stuttgart-Rot in eine neue Wohnsiedlung. Die Strassenbahnlinie dorthin hiess im Volksmund «Knoblauchexpress», da die südosteuropäischen Deutschen aus Ungarn, Jugoslawien und Rumänien beim Kochen viel Knoblauch verwendeten, was den einheimischen Schwaben fremd war.<sup>55</sup>

Zu regelrechten Flüchtlingsgettos entwickelten sich die Lagerstadtteile Watenstedt und Heerte in Salzgitter. 1950/51 waren in Watenstedt 65,3 Prozent der Bevölkerung Vertriebene, 71,0 Prozent der Gesamtbevölkerung lebte in Lagern. Rund 60 Prozent der Barackenwohnungen hatten keine eigene Kochgelegenheit, rund 20 Prozent waren doppelt belegt (mit Untermietern).<sup>56</sup> In Schleswig-Holstein gab es am 1. April 1950 noch 728 Lager mit 127'756 Bewohnern, am 30. Juni 1955 zählte man 67'123 Bewohner, von denen 53'776 Vertriebene waren.<sup>57</sup> Eine Untersuchung über die soziologische Schichtung der Lagerbewohner in Schleswig-Holstein 1954 ergab: «Überwiegend handelt es sich bei den heute noch in den Lagern Verbliebenen um ländliche Bevölkerung, die mit Kleingartenbau und Kleintierhaltung, Gelegenheitsdiensten auf benachbarten Gütern oder Waldarbeit einen kümmerlichen Ersatz für die in der ostpreussischen oder pommerschen Heimat verlorene Existenz sucht.»<sup>58</sup>

«Flensburgs letzte Baracke geräumt» – hiess es triumphierend mehr als zwanzig Jahre nach Kriegsende in den *Flensburger Nachrichten* vom 21. Oktober 1966.<sup>59</sup> In Kiel waren nur 25,2 Prozent der Bausubstanz im Krieg unbeschädigt geblieben, dennoch musste die zerstörte Stadt unablässig Vertriebene aufnehmen. Zu Beginn des Jahres 1954 waren in 43 Flüchtlings- und Wohnungslagern 8814 Menschen untergebracht, 1958 in 29 Lagern 2906 Vertriebene. Die letzten drei Flüchtlingslager Brauner Berg, Schurskamp und Elmschenhagen Süd II wurden erst 1966 aufgelöst.<sup>60</sup>

Flüchtlingslager liefen der Eingliederungspolitik zuwider. Das Lager



Nissenhütten in Hamburg, 1947

Der «Homo barackiensis» war eine feste Grösse der Nachkriegszeit. In den Holzfässern neben den Hütten wurden Sauerkraut, Heringe und Kartoffeln aufbewahrt, gehungert wurde trotzdem. Der Kriegsheimkehrer Günter Grass erkannte damals seine aus Danzig geflohenen Angehörigen kaum wieder: «Der Sohn erschrak. Da standen sie, ärmlich in zu weit gewordene Mäntel gekleidet. Die Mutter verhärmt. Seinen Velourshut hatte der Vater übers Kriegsende hinweggerettet. Die Schwester ohne Zöpfe, kein Kind mehr. (...) Wir umarmten einander unter Wiederholungszwang. Keine oder nur hilflose Wörter. Zuviel und mehr als sich sagen liess, war im Verlauf einer Zeit geschehen, die ohne Anfang war und keinen Schlusspunkt finden konnte. Manches kam erst viel später, weil zu schrecklich, oder gar nicht zu Wort. Mehrmals erlittene Gewalt hatte die Mutter verstummen lassen. Sie war gealtert, kränkelte bereits. Wenig war von ihrer Heiterkeit und Spottlust geblieben. Und dieses klapprige Männlein sollte mein Vater sein? Er, der sich stets selbstsicher und stattlich um Haltung bemüht gegeben hatte?» (Günter Grass, *Beim Häuten der Zwiebel*)

wurde zum Stigma. In dem klein- und mittelbäuerlich geprägten Wewelsburg, einem Dorf im Kreis Paderborn mit knapp tausend Einwohnern,<sup>61</sup> gab es während des Krieges ein Konzentrationslager. Dieses sowie sieben Häuser der SS-Waldsiedlung und das SS-Gästehaus wurden 1946 zu Flüchtlingsunterkünften. Die Einheimischen, die schon eine SS-Stationierung erlebt hatten, erboste es, dass man ihnen nun aufgrund der vorhandenen Lagergebäude mehr Vertriebene als den umliegenden Gemeinden zuwies.<sup>62</sup> Sie setzten sich so massiv zur Wehr, dass die Einquartierung nur mit Polizeigewalt durchgesetzt werden konnte. Zwar waren die Vertriebenen unter sich und nicht ständig den Bevormundungen und Schikanen der Dorfbewohner ausgesetzt, aber sie wohnten in einem durch die Vergangenheit als KZ, Umsiedlungs- und DP-Lager stigmatisierten Ortsteil, der noch lange nach dem Abriss der letzten Baracke 1967 geringschätzig «Lager» genannt wurde.<sup>63</sup>

Manche Lagerbewohner schafften den Schritt nach draussen nicht, weil ein zu langer Lageraufenthalt ihren Eingliederungswillen untergraben hatte. Sie brachten nicht mehr die Kraft auf, das einigermassen erträgliche Lagerleben aufzugeben und in einer eigenen Wohnung noch einmal neu zu beginnen. Die jahrelange Gängelung durch die Behörden hatte ihr Selbstvertrauen und das Gefühl für Eigenverantwortung verkümmern lassen. Diese Lagerbewohner haben sich nicht selten der Lagerauflösung entgegengestellt. Viele von ihnen fanden sich nach 1969 in den Obdachloseneinrichtungen wieder.<sup>64</sup>

Der einzige Weg, «sich dieser Flüchtlinge zu entledigen», so hiess es in einem internen Bericht der niedersächsischen Flüchtlingskommissarin, sei die Einrichtung von «Arbeitslagern».<sup>65</sup> Diesen Weg zu beschreiten war allerdings schwieriger als gedacht, weil sich geeignete Lager nicht finden liessen und die britische Besatzungsmacht sich weigerte, beschlagnahmte Lager zu räumen. Für böses Blut sorgte der Plan dennoch. Während einer KPD-Kundgebung in Salzgitter konterte Landesminister Abel den Vorwurf, in der SBZ gebe es bereits wieder Konzentrationslager für politische Gegner, mit dem Hinweis: «Liebe Freunde, sie werden in 14 Tagen erleben, dass Frau Flüchtlingskommissar Fuchs Konzentrationslager für Flüchtlinge im Lande Niedersachsen einrichten wird, die noch ganz andere Methoden anwenden werden.»<sup>66</sup>

Wie stark der Gegensatz zwischen Einheimischen und Vertriebenen war, geht aus der Notiz eines amerikanischen Offiziers hervor: «In Bavaria or perhaps the whole of Germany there is no difference between a Nazi

Antinazi, Black and Red, Catholic or Protestant. The only difference is between natives and refugees.»<sup>67</sup>

In den zerbombten Grossstädten kam zu den üblichen Konflikten noch eine regelrechte Opferkonkurrenz. Eingesessene Bonner etwa waren der Ansicht, die Vertriebenen hätten mit ihren Ansprüchen zurückzustehen. Die Auseinandersetzungen zwischen Vertriebenen und Bombengeschädigten erfuhren hier eine besondere Zuspitzung.<sup>68</sup> Im Oktober 1947 schlossen sich die Opfer des Bombenkriegs nämlich zu einem «Bund der Fliegergeschädigten» zusammen, der ihre Forderung nach einer bevorzugten Berücksichtigung bei der Bedarfsgüterverteilung vertreten sollte.<sup>69</sup>

Zuweilen lösten die Konflikte auch seltsame Reaktionen aus. So suchten die 195 alteingesessenen Mitglieder der Gemeinde Wiesenbruck, Kreis Feuchtwangen, aus Furcht vor Überfremdung den 500 Vertriebenen im nahegelegenen Lager Voggendorf das Wahlrecht zu verweigern. Als die Bemühungen scheiterten, boykottierten die Einheimischen die Wahl, so dass am Ende alle Gemeinderäte und der Bürgermeister aus den Reihen der Vertriebenen kamen.<sup>70</sup>

### Deutscher Rassismus gegen deutsche Vertriebene

Schon immer pflegte man im Westen Vorurteile gegenüber den Menschen «aus dem Osten», aber erst durch die NS-Machthaber waren aus diesen «Untermenschen» geworden, gleichgültig ob es sich um Polen, Tschechen, Russen oder Ostpreussen handelte. Aus dem Osten kam das «Gesochse» – zuerst Saisonarbeiter zur Ernte, schliesslich Zwangsarbeiter und nun das «Flüchtlingspack».

Eine ganz spezifische Ausprägung erfuhr der «germanische» Rassismus in Schleswig-Holstein, dessen Bevölkerung sich im Mai 1939 auf 1'588'994 Menschen belaufen hatte, und das es im Oktober 1946 auf 2'653'084 Einwohner brachte; das war eine Zunahme um 67 Prozent. Im Kreis Eutin war es noch extremer, denn dort erreichte die Zunahme 118 Prozent, in Segeberg waren es 111 Prozent, in Eiderstedt 96, in Flensburg 75, in Husum 78, in Schleswig 73 und in Südtondern 80 Prozent.<sup>71</sup> Das nördlichste Bundesland verzeichnete den höchsten Vertriebenenanteil, den höchsten Bevölkerungszuwachs, den geringsten Wohnraum pro Kopf, eine hohe Fürsorgebelastung sowie hohe Arbeitslosigkeit.

Ein Ausländer, der die Flüchtlingsszene Schleswig-Holsteins im No-



Rattenfänger, Karikatur aus der Zeitschrift *Slesvigeren*, 1947

Viele Schleswig-Holsteiner versteckten sich hinter dem Rassismus der dänischen Minderheitenverbände, die gegen die Ankunft der deutschen Vertriebenen in Südschleswig Stimmung machten. Sie witterten nach Kriegsende die Gelegenheit, Südschleswig zu Dänemark zu schlagen. Allerdings durchkreuzten die Flüchtlinge und Vertriebenen, die in grosser Zahl nach Schleswig-Holstein kamen, diese Pläne. Der sozialdemokratische schleswig-holsteinische Ministerpräsident Hermann Lüdemann wurde in dieser Karikatur zum «preussischen» Rattenfänger, der Zigtausende «slawische» Flüchtlinge in das «germanische» Südschleswig lockte. Einheimische machten sich diese Propaganda nur allzu gern zu eigen, denn wenn die Vertriebenen die Preussen waren, waren sie auch für die NS-Diktatur verantwortlich, die Einheimischen hingegen waren keine Preussen, hatten demnach mit dem Nationalsozialismus überhaupt nichts zu tun und waren auch nicht zur Solidarität mit den Flüchtlingen verpflichtet.



vember 1946 beobachtete, war «sehr erstaunt darüber, dass ein so starkes Gefühl der Missstimmung und des Unverständnisses diesen Unglücklichen gegenüber» herrsche. Er habe den Eindruck, «dass hier augenscheinlich ein «fremdes Volk', das die schlechtesten menschlichen Eigenschaften besitzt, den Schleswig-Holsteinern aufgezwungen worden ist und mit ihnen Zusammenleben muss, wobei es ein Parasitenleben führt. Wenn ich mir überlege, dass dieser Eindruck mir von Deutschen über Deutsche vermittelt wurde, so kann ich nicht umhin, festzustellen, dass das deutsche Volk, sehr gelinde gesagt, in seinem Unglück wenig Solidarität zeigt.»<sup>72</sup>

In Südschleswig erfuhr die einheimische Bevölkerung eine grosse Fürsorge durch Dänemark, was den opportunistischen Wunsch nach einem Anschluss an Dänemark wachsen liess. Die sogenannten Speckdänen wollten die Gemeinschaft des besiegten Deutschland verlassen und sich damit zugleich des lästigen Flüchtlingsproblems entledigen. Die dänische Seite nutzte die Situation, indem sie die Anschluss willigen aufforderte, sich auf ihre schleswigsche Eigenart und ihre nordischen Wurzeln zu besinnen und den Vertriebenen die Rolle des «wahren Deutschen» zu überlassen.<sup>73</sup> Johannes Tiedje, der von Oktober 1945 bis Mai 1946 Flensburger Landrat war, hielt mit seiner Denkart nicht zurück. Auf Vorschläge, Vertriebene mittels Umstrukturierungen in der Landwirtschaft ansässig zu machen, entgegnete er, «dass wir Niederdeutschen und Schleswig-Holsteiner ein eigenes Leben führen, das in keiner Weise sich von der Mulattenzucht ergreifen lassen will, die der Ostpreussische nun einmal im Völkergemisch getrieben hat».<sup>74</sup>

Die Südschleswiger, die ihre eigene Sympathie für den Nationalsozialismus, ob nun deutsch oder dänisch gesinnt, verdrängten, unterstellten den Vertriebenen pauschal eine nationalsozialistische Gesinnung. «In de Nordsee mit dat Schiet»,<sup>75</sup> das war ein verbreiteter Vorschlag, häufig hörte man auch die Unterstellung: «Die Flüchtlinge haben ihre Sparbücher gerettet, aber ihre Parteibücher verloren.» Immer wieder trifft man in dänisch-südschleswigschen Quellen auf die Behauptung, die Flüchtlinge verbreiteten weiterhin den preussischen, grossdeutschen und nationalsozialistischen Geist, etwa wenn Hofbesitzer Hans Ohem aus Hohn 1947 schreibt: «Man soll nur nicht glauben, dass der Preussengeist mit dem Ende des Naziregimes und der Auflösung Preussens tot sei. Nein, er lebt in all den Menschen, die aus dem Osten zu uns gekommen sind und unter deren Fremdherrschaft wir jetzt nach den Landtagswahlen leben müssen. Die SPD ist

ja durch all die Flüchtlingsstimmen an die Macht gekommen und regiert jetzt allein über uns.»<sup>76</sup>

Wenn auch unterschiedliche Motive die Südschleswiger dazu trieben, sich der dänischen Minderheit anzuschliessen, so waren sich doch alle einig in der Ablehnung der Ostdeutschen. Südschleswig konnte sich mit Dänemark aber nur vereinigen, wenn die Vertriebenen aus diesem Landesteil entfernt wurden. Diejenigen, die sich der dänischen Minderheit zugewandt hatten, gleichsam aus der deutschen Nation ausgetreten waren, empfanden keinerlei Verpflichtung gegenüber den Vertriebenen, im Gegenteil: Man betrachtete sie als Eindringlinge, die, je länger sie blieben, den «nordischen Charakter» der Südschleswiger schwächten.

Im Oktober 1945 sandten Südschleswiger – und zwar auch solche, die nicht zur dänischen Minderheit zählten – eine Petition an Feldmarschall Montgomery. Sie baten darum, Schleswig und Holstein administrativ zu trennen, einen Einheimischen als Regierungspräsidenten für Schleswig einzusetzen, Einheimische als Landräte und Bürgermeister zu bestellen und zuletzt, «dass unser Land Südschleswig so bald wie möglich von den Flüchtlingen befreit wird. Dieser Strom von Fremden aus den Ostgebieten droht unseren angestammten nordischen Charakter auszulöschen und bedeutet die seit Jahrhunderten ernsthafteste Gefahr für unser Volk, preussisch zu werden.»<sup>77</sup> In einem erläuternden Begleitschreiben hiess es, die Flut von Flüchtlingen könne dazu führen, «unsere angestammte nordische Volkstümlichkeit zu ersticken oder doch biologisch zu überfremden», in der dänischen Fassung steht «rassenmässig auszulöschen». Die in diesen Schriften offenbarte unkritische eigene Idealisierung sowie die überhebliche Herabwürdigung der anderen sind eindeutige Merkmale rassistischen Denkens.

Im Oktober 1945 bereiste Morten Kamphovener, politischer Redakteur der Zeitung *Jyske Tidende*, Schriftsteller und guter Kenner des Grenzlandes, mit fünf Kollegen Südschleswig. In Lindholm in Nordfriesland beobachtete er spielende Kinder: «Es war sehr leicht, unter den hellblonden friesischen Kindern diejenigen zu erkennen, die von anderer Rasse waren. Auch in dieser Gegend befanden sich viele Ostpreussen.» Ein anderer, nicht weniger prominenter Journalist, Tage Mortensen, ebenfalls Schriftsteller und engagierter Anwalt der dänischen Minderheit, veröffentlichte 1946 eine Broschüre über die Flüchtlinge in Südschleswig. Diese Schrift, eine komprimierte Abfolge historischer und politischer Fehl- und

Vorurteile, stellt eine Art Rassenkunde der vertriebenen Ostpreussen dar, die sich kaum unterscheidet von antislawischen deutschen Traktaten. «Hitlers Gäste» nennt Mortensen die Vertriebenen in Südschleswig. Der Druck durch diese Zuwanderung sei eine Gefahr für die wahre Demokratie, die die Alliierten in ihren Zonen aufzubauen wünschten.

Mortensen lässt sich ausführlich zu den Gründen für seine Befürchtungen aus: «Sowohl rassenmässig als auch in kultureller und geistiger Hinsicht sind die Flüchtlinge artfremd in Südschleswig. Den grössten Teil bilden Ostpreussen von slawisch-germanischer Blutmischung, deren Mentalität die Grundlage für die ganze deutsche Eroberungspolitik von Friedrich dem Grossen bis Hitler ist, ein fleissiges, genügsames und arbeitsames Volk, das sich apathisch und kritiklos den Behörden und den Zuständen unterwirft. (...) Sie können sich demokratisch nennen, aber das geschieht nur, weil sie den Befehl dazu erhalten haben und weil sie instinktmässig Befehlen gehorchen. (...) Jahrhunderte hindurch waren die Ostpreussen zugleich die Barriere und die Avantgarde Deutschlands nach Osten. Ihre männliche Jugend bildete den Kern in den deutschen Heeren.»<sup>78</sup>

Und dann folgt die Beschreibung der ostpreussischen «Frau Schiddrigkeit», die 1945 bei den einheimischen Damen Kreinz in Kiel wohnt: «Frau Schiddrigkeits Haar changiert zwischen schwarz und dunkelbraun, ihre Augen sind grünlich, ihre Backenknochen breit und ihre Finger kräftig und untersetzt wie die der Polenmädchen, die in vergangenen Zeiten auf den südlichen Inseln Dänemarks in der Rübenernte arbeiteten. (...) Eine Mulattenrasse nennen die Südschleswiger die ostpreussische Flüchtlingsmasse. ‘Mischlinge’, Mischgut. Margaretha Schiddrigkeit ist ihrem Aussehen nach ein typischer ‘Mischling’, Nachkomme vieler Rassen und vieler Nationen.»<sup>79</sup>

Wie zuvor gegen Juden und Slawen, die angeblich die eigene Rasse und das Volkstum gefährdeten, wurde nun gegen Ostdeutsche, insbesondere Ostpreussen, gehetzt.<sup>80</sup> Otto Kähler, Landeshistoriker und überzeugter Schleswig-Holsteiner, bekannte am 11. Dezember 1946, dass er «den abgrundtiefen Hass gegen die eingedrungenen Osteuropäer von ganzem Herzen teile».<sup>81</sup> Dem Landesbibliothekar Volquart Pauls hatte er bereits am 18. Oktober seine Gesinnung offenbart: «Ich bin der Ansicht, dass unsere Schleswig-Holsteinische Geschichte nicht zuende sein darf. Aber da ist es m. E. vor allem auch nötig, dass wir das Flüchtlingsproblem so hart und ungeschminkt beurteilen, wie es unsere Interessen erfordern. Die



Fastnachtsumzug im badischen Lahr, Ende der 1940er Jahre

Karneval und Fastnacht boten den Einheimischen Gelegenheit, ungestraft ihre Gefühle gegenüber den unwillkommenen Deutschen zum Ausdruck zu bringen. Vor dem Hintergrund, dass Millionen Vertriebene noch immer in Baracken, Lagern und Elendsquartieren hausten, war der Spott oft schamlos. Bei einer Faschingsveranstaltung des Vereins «Liederkrantz» in Ichenhausen nahm man 1950 eine Bürgerversammlung aufs Korn, wobei man einem Referenten für das «Kaninchen- und Kleintierzuchtwesen» folgenden Beschluss in den Mund legte: «Um die Stadt vor Überfüllung ausländischer Rammler, incl aklimatisierter [!] zu schützen, wird hiermit bestimmt, dass für rechtzeitige, sowie verlässliche Deckung nur die Stadtväter besorgt sein dürfen. Einheimische Rammler und Böcke sind vorzuziehen.»

Flüchtlinge gehören nicht in unser Land hinein. Dass wir Preussen los sein sollen, *die* Preussen aber bekommen haben, ist eine schauerliche Ironie der Weltgeschichte. In allem widerstrebt mir dieses Volk.»<sup>82</sup>

Diese Stimmung schlägt sich auch in der Ausrichtung der Parteien nieder, die nach dem Krieg gegründet wurden. Die prodänische Einheimischenpartei, der spätere Südschleswigsche Wählerverband (SSW), konnte aufgrund seiner Anti-Vertriebenen-Position zeitweise die Mehrheit der einheimischen Wähler, etwa in Flensburg, gewinnen. Auch die «Schleswig-Holsteinische Wählervereinigung» (SHB) erzielte auf kommunaler Ebene beachtliche Erfolge. Sie zog 1954 dank ihrer klaren Position gegen die Vertriebenen mit 5,1 Prozent in den Kieler Landtag ein. Anlässlich der Landtagswahl vom 12. September 1954 äusserte sich auch die Schleswig-Holsteinische Landespartei (SHLP) in polemischer Weise über die Vertriebenen in der Stadt Lübeck: Der allgemeinen Bevorzugung und dem «Schindludertreiben» dieser «Diätenfresser» müsse ein Ende bereitet werden. Die Gründung des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) wurde als «verbrecherisch» bezeichnet und als «gegen die einheimischen Menschen» gerichtet. Die SHLP forderte demzufolge: «Entfernung aller 'A'-Flüchtlinge aus allen Regierungs- und Amtsstellen in unserem Lübeck sowie in ganz Schleswig-Holstein.» Die Lübecker Wähler erteilten dieser Abgrenzungspolitik eine klare Abfuhr, denn die SHLP brachte es bei der Landtagswahl nicht einmal auf ein Prozent der Stimmen. Aufgrund seiner Äusserungen wurde der erste Vorsitzende der SHLP wegen Diskriminierung und übler Nachrede zu einer Haft- und Geldstrafe verurteilt.<sup>83</sup>

Auch in anderen Ländern war man nicht zimperlich. In Nordrhein-Westfalen wurden Mitte der 1950er Jahre Ostdeutsche als «Pimoks» beschimpft, ein Wort, das die polnischen Saisonarbeiter bezeichnete, die im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zur Zeit der Getreide- und Rübenenernte nach Westfalen und in das Rheinland gekommen waren. In Köln kursierten Witze über die «Pimoks» und «Kaczmareks», die nach Ansicht des Vorsitzenden des Landesvertriebenenbeirats zwar nicht bössartig waren, aber doch Geringschätzung erkennen liessen.<sup>84</sup> Den Karnevalsschlager «Am dreissigsten Mai ist der Weltuntergang – wir leben nicht mehr lang!» dichteten rheinische Frohnaturen folgendermassen um: «Am dreissigsten Mai geht ein Flüchtlingstransport – wir lachen uns kaputt, dann sin se wieder fott!» Eine schärfere Version lautete: «... ach wären se schon fott, sonst

schlon mer se kapott!»<sup>85</sup> Noch Anfang der 1960er Jahre hielt es der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Konrad Grundmann für nötig, an die Karnevalsgesellschaften zu appellieren, das «Unglück der Vertriebenen und Flüchtlinge» nicht zum Gegenstand von Büttreden zu machen.<sup>86</sup>

In den schwäbischen Landkreisen Waiblingen und Aalen war 1946/47 ein Schmähebet in Umlauf:

Herrgott im Himmel, sieh unsere Not,  
wir Bauern haben kein Fett und kein Brot.  
Flüchtlinge fressen sich dick und fett  
und stehlen uns unser letztes Bett.  
Wir verhungern und leiden grosse Pein,  
Herrgott, schick das Gesindel heim.  
Schick sie zurück in die Tschechoslowakei,  
Herrgott, mach uns von dem Gesindel frei.  
Sie haben keinen Glauben und keinen Namen,  
die dreimal Verfluchten, in Ewigkeit Amen.<sup>87</sup>

Es ging noch drastischer. In einer südhessischen Zeitung war wohl um 1949/50 zu lesen: «Gehören die Flüchtlinge nach Auschwitz? Wiesbadener Schöffengericht sagt 'Nein!' und verhängt 1'000 DM Geldstrafe.» Der Weingutsbesitzer und Nationalökonom Dr. Wilhelm Weil aus Kiedrich hatte nämlich, als er eine Rechnung des Transportunternehmers Johann Rauch in Eltville beanstandete, seinem Ärger Luft gemacht mit den Worten: «'Ihr Flüchtlinge gehört alle nach Auschwitz in den Kasten!'<sup>88</sup>

Beispiele dafür, dass Einheimische Vertriebene drangsalierten, gab es zuhauf. Sie sahen in ihnen Bittsteller, und nicht selten unverschämte. Ihr Ärger entlud sich in groben Reimen wie dem folgenden:

Dreckzeug, elendes aus dem Osten  
Leben auf unsere Kosten  
wir haben schon geopfert Tag um Tag  
Noch und noch  
Bei uns ist selber schon ein Loch  
Wenn wir wollen unser Leben  
Müssen die anderen eben gegen Himmel schweben.

Das waren Worte, aber es kam auch zu tätlichen Übergriffen mit Verletzten und Toten, etwa wenn die hungernden Vertriebenen Früchte vom Feld stahlen und die Bauern sie dafür bestrafte, oder wenn die Einquartierung als unerträgliche Zumutung empfunden wurde und der Zorn darüber ausartete. «Die Leute, die am meisten verloren haben, sind jetzt in den engsten Kontakt gekommen mit den Bauern, die am wenigsten verloren haben»,<sup>89</sup> stellte Philipp M. Raup von der Food & Agriculture Branch im Oktober 1946 fest. Den einheimischen Bauern, die in ein überschaubares und seit Generationen vertrautes, noch immer relativ geschlossenes Sozialmilieu eingebunden und durch Krieg und Niederlage nicht aus ihrem angestammten Besitz verdrängt worden waren, stand der enteignete, durch die Vertreibung aus allen gewachsenen sozialen Bezügen gerissene, stigmatisierte Heimatlose gegenüber. Nur wenn dieser sich bereitwillig in die Gesinderolle fügte, gestaltete sich das Zusammenleben halbwegs erträglich.<sup>90</sup> Am niedrigsten waren die Barrieren zwischen Vertriebenen und dörflichen Randgruppen, die sich am ehesten mit den Vertriebenen solidarisch zeigten. Geholfen, das hört man immer wieder, haben nur die kleinen Leute.

Die allgemeine Not und das lediglich in der Landwirtschaft vorhandene Arbeitsplatzangebot zwangen die Vertriebenen, bei den Bauern in Stellung zu gehen. Diese nutzten die grosse Nachfrage nach Arbeit aus, indem sie den Lohn der Vertriebenen möglichst geringhielten. Das war vor allem für die vielen ehemals selbständigen Bauern unter den Vertriebenen nur schwer zu ertragen. Wie ihnen während der Zeit des Nationalsozialismus Zwangsarbeiter zugeteilt worden waren, erwarteten die Bauern nun die Zuteilung von Vertriebenen. Der Übergang von den Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen zu den Vertriebenen war für sie ein «blosser Austausch».<sup>91</sup> Doch viele Vertriebene – insbesondere die Sudetendeutschen – kamen nicht vom Land, verstanden nichts von der Landwirtschaft und waren als landwirtschaftliche Arbeitskräfte nicht geeignet. Schon zu Beginn des Jahres 1946, also noch vor dem Höhepunkt des Zustroms Sudetendeutscher in Bayern, wurden die Vertriebenen und Evakuierten deshalb als «Eiterbeule» betrachtet, die «reif» sei und endlich «aufgestochen werden» müsse.<sup>92</sup>

Im Grunde waren die Schwierigkeiten der Bauern nicht in erster Linie auf die einquartierten Vertriebenen zurückzuführen, ganz im Gegenteil: Weil die einheimischen jungen Männer lieber Arbeit in der Industrie annahmen als beim Bauern, fehlte es in der Landwirtschaft an Arbeitskräften.

Diese Landflucht wurde nach dem Krieg durch die Zuwanderung der Vertriebenen vorübergehend gebremst. Doch obwohl immer mehr Menschen auf dem Land eintrafen, konnte der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften nicht behoben werden. Der erste Generalsekretär des Bayerischen Bauernverbandes (BBV), Mitbegründer der CSU und langjähriger bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Alois Schlögl, schrieb im Februar 1946: «Diese Zustände schreien zum Himmel. Es muss Aufgabe des Bayerischen Ministerrates sein, endlich und rasch mit ganz radikalen Massnahmen vorzugehen. Wer in Bayern wohnen und essen will, muss auch hier arbeiten. Kein Dämchen ist zu fein und zu schön, um nicht auch Bauernarbeit leisten zu können.»<sup>93</sup>

Die Bauern mussten jedoch bald begreifen, dass die Neuankömmlinge nicht bereit waren, als billige Handlanger zu arbeiten, zumal die Tarifröhne aus dem Jahr 1935 allerorten unterlaufen wurden und die vertriebenen Landarbeiter für einen Hungerlohn arbeiten mussten.<sup>94</sup> Beklagt wurde, dass viele Vertriebene ihre Dienste gegen Naturalien anböten. Dem ohne Sachwerte dastehenden Vertriebenen blieb aber oft gar nichts anderes übrig, denn nur Naturalien verschafften ihm Zugang zum Schwarzmarkt, und nur dort konnte man das erstehen, was zum Überleben notwendig war. Die Bauern versuchten ja auch, einen möglichst grossen Teil ihrer Erzeugnisse vor der Pflichtablieferung zu bewahren und gegen ihre Produkte auf dem Schwarzmarkt die regulär kaum erhältlichen, zur Aufrechterhaltung der Produktion aber unentbehrlichen technischen Geräte und Ersatzteile zu erwerben; überdies konnten sie ihre Erzeugnisse gegen die Wertgegenstände und Luxusartikel eintauschen, die die hungernden Städte ihnen anboten.<sup>95</sup> Die Vertriebene Hilde S. hat berichtet: «Viele Bauern aus Unterelchingen haben nur den Leuten aus Ulm gegeben, die mit Bettwäsche und Porzellan bezahlen konnten. So mancher Bauer hat die Aussteuer seiner Tochter mit den Sachen der Ulmer zusammengesachert, und die Ulmer waren froh über das Brot. Wir Flüchtlinge hingegen gingen meistens leer aus.»<sup>96</sup>

Bereits 1950 analysierten Soziologen die demographischen Veränderungen in der westdeutschen Gesellschaft. Am Beispiel des Dorfes Gersdorf im hessischen Kreis Hersfeld wird die Dimension der Herausforderung besonders deutlich. 1945/46 gelangten 128 Vertriebene nach Gersdorf, von denen die allermeisten aus dem Sudetenland stammten. Die 310 Einwoh-



Leihvertrag

Grüßte dem Lesern diesen gegen Abtragung der Bielle  
mit Dankelshausen eines Pfluges mit dem Bauern Karl Voß  
mit Kesseln auszufüllen mit aufpassen in Leihvertrag geschlossen

§ 1

Die Bielle verleiht für 9 jährig hiermit Pfluge mit Blässe  
Wallach an den Bauern Karl Voß in Hemeln zur Ver-  
wendung in der eigenen Landwirtschaft.

§ 2

Die Verleihzeit beträgt ein Jahr und läuft erstmalig vom  
1. April 1947 bis zum 31. März 1948. Die Verleihzeit  
verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn  
von einem der Vertragsschließenden keine Kündigung  
erfolgt. Diese ist nur zulässig, wenn sie einen Monat  
vor Ablauf eines Verleihjahres erfolgt. Die Kündigung  
seitens des Verleihers ist jederzeit mit einer Frist von  
einem Monat aus nachstehendem Grund zulässig:  
Wenn auf höhere Anweisung eine Rückkehr nach der  
Heimat erfolgen sollte.

§ 3

Das Pferd wird für eine jährliche Leihgebühr von  
300 R.M. überlassen. Von diesen 300 R.M. sollen die  
mündlich zur Lieferung vereinbarten Naturalien dem  
Marktwert entsprechend in Abzug gebracht werden.

Vertrag

Zwischen dem früheren Bauern und jetzigen Flüchtling  
Otto Biella aus Dankelshausen einerseits und  
dem Bauern Karl Voß andererseits wird nachstehen-  
der Vertrag geschlossen

§ 1

Otto Biella verleiht sein 9jähriges Pferd mit Blässe  
Wallach an den Bauern Karl Voß in Hemeln zur Ver-  
wendung in der eigenen Landwirtschaft.

§ 2

Die Verleihzeit beträgt ein Jahr und läuft erstmalig  
vom 1. April 1947 bis zum 31. März 1948. Die Verleihzeit  
verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn  
von einem der Vertragsschließenden keine Kündigung  
erfolgt. Diese ist nur zulässig, wenn sie einen Monat  
vor Ablauf eines Verleihjahres erfolgt. Die Kündigung  
seitens des Verleihers ist jederzeit mit einer Frist von  
einem Monat aus nachstehendem Grund zulässig:  
Wenn auf höhere Anweisung eine Rückkehr nach der  
Heimat erfolgen sollte.

§ 3

Das Pferd wird für eine jährliche Leihgebühr von  
300 R.M. überlassen. Von diesen 300 R.M. sollen die  
mündlich zur Lieferung vereinbarten Naturalien dem  
Marktwert entsprechend in Abzug gebracht werden.

Vorderseite eines Leihvertrags, Februar 1947

Ein ostpreussischer Bauer, dem es gelungen war, mit Pferd und Wagen nach Niedersachsen zu flüchten, musste seine Tiere dort vermieten, da er sie nicht mehr versorgen konnte. Der wichtigste Passus in diesem Vertrag dürfte für ihn wohl die Möglichkeit zur kurzfristigen Kündigung gewesen sein, «wenn auf höhere Anweisung eine Rückkehr nach der Heimat erfolgen sollte».

ner des kleinen Ortes teilten sich auf in 176 Einheimische (57 Prozent), 128 Vertriebene (41 Prozent) sowie 6 Evakuierte (2 Prozent).<sup>97</sup>

Die Sudetendeutschen wunderten sich zunächst über die kleinen Felder, über die Küche, die weniger vielfältig und derber war als die ihnen vertraute. Mit ihrer österreichisch-böhmischen Mentalität, ihrem offenen und kontaktfreudigen Auftreten eckten sie bei den hessischen Bauern leicht an. Karl Kurz hat geschildert, wie befremdend das Verhalten der Sudetendeutschen auf die Gersdorfer wirkte: «Die Einheimischen bekamen in den ersten Tagen einen Schreck, als die Heimatvertriebenen aus Südmähren quer durch die bestellten Felder liefen. Da in der alten Heimat alles üppig wuchs, war es nicht darauf angekommen, wenn im Felde etwas zertreten wurde. Die Aufgeschlossenheit der Flüchtlinge wurde als Schwachhaftigkeit, das Zeigen von Gefühlen als Mangel an Selbstbeherrschung, Höflichkeitsformen als Kriecherei ausgelegt. So liess sich z.B. eine einheimische Bauersfrau nicht sehen, wenn eine alte Frau kam, die ihre Dankbarkeit durch einen Handkuss auszudrücken pflegte (...). Der häufige Kirchengang der Heimatvertriebenen wurde von den Einheimischen als Scheinheiligkeit angesehen.»<sup>98</sup>

Die Untersuchungen der selbst aus Ostpreussen vertriebenen Soziologin Elisabeth Pfeil entstanden in der ersten Nachkriegszeit noch unter dem Eindruck des eigenen Erlebens, erwiesen sich aber in der Folgezeit als zutreffend: «Wir fragen nicht nur, was in den Flüchtenden vor sich ging, sondern zugleich, was sich durch sie vollzog, indem sie in die Welt der Sesshaften eintraten. Denn ihr Erscheinen stört eine Welt auf, und was geschieht, das geschieht nicht nur den Geflohenen und Vertriebenen, sondern auch den anderen, denen sie ins Haus traten und denen sich ihre Unruhe mitteilte. Das deutsche Volk kann heute noch kaum übersehen, was ihm mit dieser grossen Wanderung geschehen ist.»<sup>99</sup>

Auf dem Land, wo der Löwenanteil der Vertriebenen Aufnahme fand, stand eine Revolution bevor. Jahrhundertalte Traditionen und Gewissheiten gerieten mit der Ankunft der Fremden ins Wanken. Tiefe Brüche in der Sozial-, Erwerbs- und Konfessionsstruktur waren die Folge. Nach Kriegsende setzte eine Modernisierung ungeahnten Ausmasses ein, eine Entprovinzialisierung des dörflichen Lebens, die die tradierten Autoritäten, Bindungen und die dörfliche Gruppenabhängigkeit schwächte, während sich die individuelle Leistung mehr und mehr durchsetzte.<sup>100</sup> Die Statistiken der ersten Jahre zeigen noch deutlich die Unterprivilegierung der Vertriebenen

und deren Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen. Im Dorf Oberlistingen, Kreis Wolfhagen, in Nordhessen sah das 1950 folgendermassen aus:

**Einheimische, Evakuierte und Heimatvertriebene unter den Fürsorgeempfängern<sup>101</sup>**

Fürsorgeempfänger Vertriebenenanteil an der Gesamtbevölkerung

Einheimische Evaku-	12	61,5
ierte Heimatvertrie-	22	11
bene Ausländer	66	27,0
		0,5

Über die Vertriebenen in Oberlistingen hiess es: «Viele der ehemaligen Bauern wollen sich keinem festen Beruf hingeben, sie wollen sich nicht binden. Ihre ganze innere Einstellung ist auf das, was sie besaßen, gerichtet. In ihnen lebt nur der eine Wunsch: nach Hause! Es ist wohl auch so, dass mehrere krank sind. Sie erklären, nicht arbeiten zu können, und bekommen Fürsorge. Bei manchen von diesen ist man aber gewiss, dass sie auf dem eigenen Hofe selbst die schwersten Arbeiten noch übernehmen würden. Sie lassen sich von der Zeit treiben und verharren in ihren Wünschen und Hoffnungen.»<sup>102</sup>

Insbesondere den alten Bauern, die Hof und Scholle hatten verlassen müssen, fehlte die Kraft zu einem Neuanfang. Sie konnten den Heimatverlust nicht verschmerzen und zerbrachen daran seelisch wie körperlich. Die Einheimischen, die das Leiden nicht begreifen konnten, hielten sie für faul: «Die Heimatvertriebenen können uns nicht immer auf der Pelle sitzen. (...) Wir sind nicht schuld, dass sie ihre Heimat verlassen mussten. Sie sprechen zwar immer davon, dass wir gemeinsam den Krieg verloren hätten; aber man kann doch nicht so einfach alles teilen wollen. Meinetwegen soll man die grossen Güter aufteilen, aber unsere kleinen Höfe in Ruhe lassen», äusserte sich einer der Oberlistinger Bauern, und ein anderer meinte: «Ich baue mein Haus nicht aus! Für wen denn? Will ich denn fremde Leute darin haben? Die Heimatvertriebenen müssen hier weg und kommen weg. Wenn es nötig ist, dann müssen sie eben Gewalt anwenden. Uns kleinen Leuten will man die Äcker abnehmen, damit die Heimatvertriebenen Höfe bekommen. Das sind die in der Zeitung besprochenen herrenlosen Höfe.»<sup>103</sup>

In die Ablehnung der «Fremden», die hier zum Ausdruck kam, mischte sich die Angst vor einer «Überfremdung», die auch Pfarrer und

Lehrer teilten: «Die Besatzung ist nicht gefährlich, für das Volk ist die Flüchtlingssache viel gefährlicher. (...) Es ist die grosse Frage, ob wir gänzlich überfremdet werden oder ob es für uns gut ist, frisches Blut zu bekommen durch die Flüchtlinge. Ob dieses Blut rein ist, ist sehr die Frage. (...) Der Zustrom der Flüchtlinge (...) trägt die Gefahr in sich, dass der ursprüngliche Charakter unseres Volkstums durch Mischung mit land- und artfremdem Charakter seine Echtheit verliert. Das Zurücktreten der plattdeutschen Sprache deutet bereits darauf hin. (...) Man darf ohne Übertreibung sagen, dass das Volksleben in unseren Heidedörfern in religiöser und kultureller, in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung das denkbar gesündeste und glücklichste war, jetzt scheint die Axt diesem alten Baum an die Wurzel gelegt zu sein.»<sup>104</sup>

Alte Vorurteile gegen Menschen «aus dem Osten», die durch den Nationalsozialismus noch verstärkt worden waren, trugen erheblich zu dieser Angst vor Überfremdung und dem Verlust der eigenen, in der Tradition verhafteten Identität bei.<sup>105</sup> Es gab deutliche Unterschiede im Grad der Ablehnung je nach Herkunft der Vertriebenen. In der Lüneburger Heide waren die Pommern insgesamt besser angesehen als Schlesier und Ostpreussen, während die Deutschen aus dem Wartheland und aus der Ukraine die stärkste Ablehnung erfuhren.

Eine Umfrage in der Bizone im März 1949 ergab, dass 60 Prozent aller Einheimischen der Auffassung waren, dass das Verhältnis zwischen einheimischer und zugewanderter Bevölkerung schlecht sei. Die Vertriebenen stellten überzogene Forderungen, seien arrogant, rückständig, gleichgültig und unzuverlässig; sie seien ein anderes Volk mit anderen Lebens- und Denkweisen und häufig anderer Konfession; sie seien neidisch auf die Einheimischen und deshalb unzufrieden. 96 Prozent der Vertriebenen beurteilten das Verhältnis zu den Einheimischen als schlecht. Diese seien egoistisch, herzlos und geizig, zeigten keinerlei Verständnis, drängten die Vertriebenen beiseite, behandelten sie als minderwertige Klasse, betrachteten sie als Eindringlinge, beuteten sie aus und verhielten sich feindselig.<sup>106</sup>

Einen Monat zuvor hatte der Militärgouverneur Brian Robertson Außenminister Ernest Bevin in einem Memorandum über das Verhältnis von Einheimischen und Vertriebenen unterrichtet: «The misery of the immigrants brings out all the latent impulses of the German character to persecute the underdog, and though the treatment of refugees is not everywhere uniform, they remain in most places, and particularly in areas of closest concentration, a class apart bearing a stigma which only the passage of

time combined with a marked improvement in their physical condition can hope to efface.»<sup>107</sup>

Herkunft, Sprache und Verhalten boten schon genug Stoff für Diskriminierungen, hinzu traten Armut und vor allem im ländlichen Raum die Zugehörigkeit zur anderen christlichen Konfession. Die Gräben waren tief, sie verliefen zwischen Einheimischen und Entwurzelten, zwischen Besitzenden und Mittellosen, zwischen Dorfbewohnern und ehemaligen Städtern, zwischen Protestanten und Katholiken, zwischen Welfen und Preussen, zwischen unterschiedlichen Temperamenten und Mentalitäten, politischen Traditionen und traditionellen Bräuchen. Die einheimische Bevölkerung hatte fast alles bewahren können, was einem Leben Halt und Kontinuität gibt: Heimat, Haus, Besitz, Erwerbsquelle, Land zur Sicherstellung der Nahrung und vor allem den angestammten sozialen Status und die gesicherte Identität. Den Vertriebenen fehlte fast alles.<sup>108</sup>

Der Flüchtlingsobmann in Winsen, selbst ein geflüchteter Gutsbesitzer aus dem «Warthegau», stellte im Juni 1946 fest: «Die seelische Einstellung der Flüchtlinge ist so, dass sie mehr unter Heimatlosigkeit leiden als unter dem Verlust der Sachwerte. Sie können nur heimisch hier werden, wenn sie von den Einheimischen nicht mehr als Fremdlinge oder Eindringlinge angesehen werden, wenn sie auf allen Gebieten mit aufbauen dürfen.»<sup>109</sup> Genau das suchte der Vertriebene Franz Reinelt, Gemeinderat in Nürtingen, zu erreichen mit einem Appell, den er 1948 an seine Ratskollegen richtete:

«Herr Bürgermeister!

Meine Herren Gemeinderäte!

Als Neubürger in dieser Gemeinde gestatten Sie uns für unsere Fraktion eine Erklärung abzugeben.

Die Neubürger bilden V2 der Bevölkerung dieser Gemeinde. Wir wissen, dass wir hier unerwünscht und nicht gern gesehen sind, aber auch uns, Sie können es glauben, wäre es lieber, wir wären in unserer Heimat und brauchten niemandem zur Last zu fallen. Wir sind durchaus keine Flüchtlinge. Wider jedes sittliche Recht aus unseren Wohnungen gejagt und der Heimat vertrieben, jeglicher Habe beraubt, sind wir ungewollt und ungefragt, jedenfalls nicht freiwillig hier (her)gebracht worden. Wir sind auch nicht schuld am Krieg, wie wir es öfters zu hören bekommen. Denn die Bewegung, die das grösste Unglück der deutschen Geschichte heraufbeschworen hat, ist hier gross geworden und zu uns herangetragen worden.

Wir sind auch durchaus keine minderwertigen Menschen aus dem Osten. Die Gegenden, aus denen wir kommen, Schlesien und Sudetenland, waren seit dem frühesten Mittelalter deutsch und deutsches Reichsgebiet, sie waren hochkultiviert, landwirtschaftlich und industriell hochentwickelt, sie besaßen die älteste deutsche Universität. Es besteht aber für uns keine Aussicht, dorthin zurückzukehren, wir werden also von nun an mit Ihnen Zusammenleben müssen. Dieses Leben, sozusagen das Einzige, das uns geblieben ist, soll menschenwürdig sein. Wir wollen als Deutsche von Deutschen, als gleichwertige Menschen und nicht als Objekt behandelt werden. Nun hat ein jeder von uns die Erfahrung gemacht, dass er auf Schritt und Tritt nur Schwierigkeiten und Ablehnung begegnet. Nach dem Gesetz steht uns wohl Gleichberechtigung zu, aber deren Durchführung ist ungenügend und wird auch von den Verwaltungsinstanzen oft hintertrieben. Bei Bewerbungen um freie Stellen, bei Ämtern und Anstalten lautet die erste Frage: Ist es ein Flüchtling? Wenn ja, erfolgt ein ablehnender Bescheid, bestenfalls eine Hilfsanstellung.

Die wohnmässige Unterbringung der Neubürger ist meist denkbar schlecht, oft menschenunwürdig. Das darf nicht ein Dauerzustand bleiben. Wir verlangen baldige Durchführung der gesetzlich verankerten Gründung von Siedlungen und der Bodenreform. – Unsere Handwerker, Facharbeiter und Angestellten und kaufmännischen Berufe wollen nicht dauernd die letzte Kategorie der Hilfsarbeiter bleiben und verlangen gerechten Anteil an der Stellenbesetzung. – Der grösste Teil von uns ist sehr schlecht ernährt, ohne Kleidung und Schuhwerk, besitzt keinen Hausrat, wir müssen an rasche Abhilfe denken.

Ich bitte zu bedenken, dass wir den Krieg nicht allein verloren haben, und wir können nicht glauben, dass wir allein ihn mit unserem ganzen Hab und Gut bezahlen sollen, wir erwarten da einen gerechten Ausgleich der Lasten. Wir bitten Sie deshalb um Verständnis für Lage und Unterstützung. Ich appelliere an Ihren Gerechtigkeitssinn, erinnern Sie auch an Ihre Versprechungen aus dem Wahlkampf und (möchte) der Überzeugung Ausdruck verleihen, dass Sie an eine Verbesserung der schweren Lage der vom Schicksal so hart betroffenen Neubürger mit Kräften mithelfen.

Wir bieten Ihnen allen hierzu unsere Hand und hoffen mit Ihrem vollen Verständnis und freudigen Entgegenkommen rechnen zu können ...

Nürtingen, den 14. Januar 1948, Reinelt Franz.»<sup>110</sup>

# «Deutschlands Problem Nr. 1»

## Eingliederungsbemühungen und Lastenausgleich

### Zwischen Rückkehrhoffnung und Neuanfang

Ohne Zweifel stellte das Flüchtlingsproblem für die Bundesrepublik in den ersten Jahren die schwerste Hypothek dar – eine «Zeitbombe im Gebäck des jungen Staates»,<sup>1</sup> wie Hans-Peter Schwarz es nannte. Diese Einschätzung bekräftigen die politischen Interessenvertretungen der Vertriebenen, die nach dem Wegfall des von den Alliierten verhängten Koalitionsverbotes überall wie Pilze aus dem Boden schossen und mit Nachdruck ihre aussen- und sozialpolitischen Anliegen vortrugen: Rückgabe der von Deutschland abgetretenen Gebiete und Rückkehr der Bevölkerung in ihre Heimatgebiete sowie Eingliederung der Vertriebenen in den neuen Staat Bundesrepublik Deutschland, womit Gleichstellung vor dem Gesetz, gerechte Verteilung der Lasten des Krieges und wirtschaftliche Integration gemeint waren. Die wirtschaftliche Integration war letztlich eine Art Selbstläufer, da die Vertriebenen in die ökonomischen und demographischen Lücken der Aufnahmegesellschaft stiessen.

Während der Besatzungsjahre lehnten sich die Integrationsmassnahmen eng an die Politik der Alliierten an, und auch nach Gründung der Bundesrepublik massen die Westalliierten der Vertriebenenfrage einen hohen Stellenwert bei, denn die Westintegration der Bundesrepublik konnte nur gelingen, wenn die Zwangsbürger wirtschaftlich, sozial und politisch in den westdeutschen Frontstaat eingegliedert wurden und zu dessen Wohl und Stabilität beitrugen.

Nach Auffassung der Besatzungsmächte hatten die Deutschen die Bürde des verlorenen Krieges in vollem Umfang selbst zu tragen, und dazu gehörte die Aufnahme und Versorgung der Zwangsausgewiesenen. Die Lasten wurden jedoch nicht gleich verteilt, wie eine Gegenüberstellung der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz zeigt. Während das in der amerikanischen Besatzungszone gelegene Hessen mit einem Vertriebenenanteil von 16,7 Prozent 1946 etwa im Durchschnitt der Länder in den Westzonen lag,

kam Rheinland-Pfalz in der französischen Zone lediglich auf ein Prozent, da Frankreich sich erbittert gegen eine Binnenmigration der Vertriebenen aus anderen Besatzungszonen wehrte. Unterstützt wurde die Besatzungsmacht darin von der deutschen Landesregierung, die eine «Überfremdung» durch Zuwanderer befürchtete und das Zuzugsverbot durchaus begrüßte. Erst als die USA die Beteiligung am binnendeutschen Vertriebenenausgleich zur Voraussetzung für die Zahlung von Marshall-Geldern an Frankreich machte, nahm der Vertriebenenanteil in der französischen Zone allmählich zu, blieb aber vergleichsweise niedrig. Von den elementaren Problemen der ersten Notzeit, als Millionen Vertriebene in die Westzonen strömten, blieb Rheinland-Pfalz verschont, während Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern übermäßig in Anspruch genommen wurden.

Die Vertriebenen waren der einheimischen Bevölkerung rechtlich gleichgestellt, durften aber keine eigenen politischen Parteien bilden. Dieses sogenannte Koalitionsverbot rundete 1946 das Bündel von Massnahmen der Besatzungsmächte zur Zwangsassimilation der Vertriebenen ab, das deren «organisches Aufgehen in der einheimischen Bevölkerung» fördern sollte.<sup>2</sup> Die Alliierten verlangten Integration um jeden Preis, die Neuankömmlinge hatten nichts zu verlangen, und die einheimische Bevölkerung vertrat den Standpunkt, die Vertreiberstaaten seien verantwortlich für das weitere Schicksal der Vertriebenen. 46 Prozent der einheimischen Deutschen in der US-Zone dachten so, und nur ein gutes Viertel sah die Sorge für die Vertriebenen als deutsche Aufgabe an, in Württemberg-Baden war es gar nur jeder fünfte, während dort 54 Prozent die Herkunftsländer für zuständig hielten.

Wie schwierig die Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren waren, zeigt die Tatsache, dass Anfang 1949 noch 82 Prozent der Vertriebenen in ihre Heimat zurückkehren wollten.<sup>3</sup> Das änderte sich nur ganz allmählich. In den Jahren 1961/62 hat das Meinungsforschungsinstitut Emnid den Rückkehrwunsch der Vertriebenen untersucht: 1'487 Vertriebene von 16 Jahren an, und zwar 26 Prozent aus Ostpreussen, 15 Prozent aus Pommern, 49 Prozent aus Ober- und Niederschlesien, 5 Prozent aus Ostbrandenburg und 5 Prozent aus Danzig, die einen Querschnitt durch die sozialen Gruppen der Bundesrepublik bildeten, wurden befragt. Der Rückkehrwille lag im Juli 1956 bei 65 Prozent, im September 1959 bei 57, im Dezember 1960 waren es 50 und in der Emnid-Umfrage von August 1961 bis März 1962 –



also nach dem Bau der Berliner Mauer – 52 Prozent.<sup>4</sup> Trotz der politischen Krisen während des Kalten Krieges nahm er also kaum ab.

Die Mitgliedschaft in einer Landsmannschaft förderte im Allgemeinen den Rückkehrwillen, aber 62 Prozent derjenigen, die bestimmt zurückkehren, und 76 Prozent von denen, die vielleicht zurückkehren würden, waren gar nicht organisiert. Nur 19 Prozent der Vertriebenen gehörten Landsmannschaften und lediglich 8 Prozent sozialen Vertriebenenverbänden an. Weit stärker als die Bindung an Verbände wirkten sich die persönlichen Kontakte zu den Landsleuten aus. Auf die Frage, wohin sie zurückkehren wollten, nannten 81 Prozent ihren Herkunftsort, ein deutlicher Hinweis auf die emotionale Bindung an die alte Heimat.<sup>5</sup> Von den Befragten, die Eigentum verloren hatten, wollte noch ein Drittel dieses testamentarisch angeben, während ein weiteres Drittel das für sinnlos hielt.

«Die Flüchtlinge sind – und das nicht erst seit gestern – integriert, das Flüchtlingsproblem ohne Rest gelöst», hat Franz J. Bauer 1982 in der Untersuchung «Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950» festgestellt und hinzugefügt, «dass es – weit über die wissenschaftliche Fragwürdigkeit eines solchen Beginnens hinaus – verwerflich wäre, die vernarbten Wunden der Vergangenheit etwa mutwillig wieder auf reissen zu wollen».<sup>6</sup> Paul Lüttinger spricht dagegen vom «Mythos der schnellen Integration».

Der Historiker Lutz Niethammer hält ein Beispiel aus seiner Schulzeit dafür bereit, was es bedeuten konnte, nicht aus der Gegend zu stammen: «Als ich 1953 im Schwäbischen in der dritten Klasse des Gymnasiums war, bekamen wir einen neuen Deutschlehrer. Vom Bundespräsidenten abwärts waren wir gewohnt, dass Schwäbisch Deutsch ist und Bildungsschwäbisch Hochdeutsch, und wir empörten uns mächtig darüber, dass wir unseren neuen Deutschlehrer nicht verstanden. Wie ich heute weiss, sprach er Deutsch, und zwar ein gutturales Oberschlesisch, aber bei uns gab es eine Initiative, dass wir den ‘Pollacken’ nicht mehr haben wollten und schon garnicht in Deutsch. Er wurde uns dann tatsächlich genommen, freilich auf für uns überraschende Weise, denn er wurde in den Bundestag gewählt. Er war der heutige Vertriebenenpräsident Czaja. Die Geschichte soll andeuten, wie gross die Fremdheiten damals waren, über die man heute im Rückblick aus einer relativen Einheitskultur, die sich durch die Medien usw. ausgebildet hat, nicht hinwegsehen sollte.»<sup>7</sup>

Die beschwichtigende Rhetorik der Politiker auf Vertriebenenreffen, ihre beständige Beschwörung des Integrationserfolges hat dazu beigetragen, dass die soziale Ungleichheit zu Lasten der Vertriebenen kaum wahrgenommen wurde. Vielmehr sahen sich diese dem Druck zu Anpassung und Verdrängung ausgesetzt. Das Geschehen der Flucht holte sie aber immer wieder ein, etwa wenn der Klassenlehrer wissen wollte, ob die Eltern aus der Zone kämen oder Flüchtlinge seien. Diese Frage konnte wie ein Keulenschlag wirken, denn der Begriff Flüchtling war untrennbar verbunden mit ärmlichen Verhältnissen oder gar Asozialität.

Bei den Vertriebenen, die die schlechtesten Startbedingungen hatten und sich mehr als alle anderen nach Normalität sehnten, war der Drang, einen höheren Lebensstandard zu erreichen, besonders stark ausgeprägt. Sie legten in Bezug auf Anstand, Sauberkeit, Arbeitsethos, Fleiss und Auswirkung strenge Massstäbe an – ein Zeichen für Überanpassung, der ein innerer Integrationsdruck zugrunde lag.<sup>8</sup> Den Vertriebenen wurde sprichwörtlicher Fleiss nachgesagt und geringe Konfliktbereitschaft im Vergleich zu den westdeutschen Industriearbeitern, bei denen gewerkschaftliche Traditionen stärker ausgeprägt waren. Als Angelernte waren sie bald allgemein geschätzt.

Mitte der 1950er Jahre hatten, wie eine Auswertung der Unterlagen von 5,7 Millionen Antragstellern auf einen Vertriebenenausweis ergab, 93 Prozent der vertriebenen Ärzte und Zahnärzte wieder in ihrem Beruf Fuss gefasst. Als Arzt zu praktizieren bedeutete aber keineswegs, dass man integriert oder gar anerkannt war. Das bestätigt Roland Chmelirsch, der aus dem Sudetenland vertrieben wurde und sich als Arzt im fränkischen Erlangen niederliess: «Für diese Menschen war ich der ‘Flüchtlingsdoktor’, und den brauchten sie nicht, den riefen sie nur nachts oder am Wochenende, wenn der ortsansässige Arzt keinen Dienst hatte und nicht aufstehen wollte oder auf Notrufe ungnädig reagiert hätte. Sicherlich spielte dabei auch eine Rolle, dass ich den Dialekt der Menschen nicht gesprochen habe. (...) im eigentlichen Sinne heimisch bin ich hier nie geworden.»<sup>9</sup>

Auch Handwerker, denen es gelang, im Westen einen eigenen Betrieb aufzubauen, hatten damit zu kämpfen, dass sie sozusagen zweite Wahl waren, profitierten aber auf der anderen Seite davon, dass die Vertriebenen als fleissig und zuverlässig galten.



Neisser Konfekt, Werbung aus den 1950er Jahren

Vertriebenen Handwerkern und Geschäftsleuten gelang vielfach ein Neuanfang in der vertrauten Branche. Oft setzten sie sich mit Spezialitäten aus ihrer Heimat durch, die im Westen nicht bekannt waren, aber dort bald geschätzt wurden. In Münster eröffnete die Neisser Konditorei Sandmann ein neues Geschäft und warb mit einer Ansicht der Kämmerei im oberschlesischen Neisse sowie des Rathauses im neuen westfälischen Standort Münster.

## Die Handwerksbetriebe der Vertriebenen und SBZ-Flüchtlinge 1956<sup>10</sup>

Gebiet	gesamt		davon Vertriebene		davon Sowjetzonenflüchtlinge	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Schleswig-Holstein	27 750	2 349	8,5		252	0,9
Hamburg	18 345	564	3,1		103	0,6
Niedersachsen	86 974	6 711	7,7		694	0,8
Bremen	7 433	254	3,4		45	0,6
Nordrhein-Westfalen	170 410	5 523	3,2		809	0,5
Hessen	77 026	4 416	5,7		569	0,7
Rheinland-Pfalz	53 836	822	1,5		142	0,3
Baden-Württemberg	135 953	4 344	3,2		482	0,4
Bayern	173 912	10 293	5,9		699	0,4
Bundesrepublik gesamt	751 639	35 276	4,7		3 795	0,5

Selbständige und Landwirte konnten die durch Flucht und Vertreibung erlittenen Statusverluste meistens nicht mehr kompensieren. Nur 6,3 Prozent der ehemals selbständigen Bauern schafften es, auf zumeist kleinen und bald unrentablen Höfen wieder eigenen oder gepachteten Boden zu bearbeiten. Aufgrund der agrarischen Struktur des Ostens gab es Millionen Landwirte, die sich nach dem Krieg als ungelernete Hilfsarbeiter verdingen mussten. Im Jahr 1939 betrug der Anteil der männlichen Erwerbstätigen, die ihren Unterhalt als unqualifizierte Arbeiter verdienten, im Gebiet der späteren Bundesrepublik 24,8 Prozent und in den Vertreibungsgebieten 23,2 Prozent, 1950 war er in der Bundesrepublik bei den Einheimischen auf 23,5 Prozent gesunken und verminderte sich bei diesen bis 1971 auf 20,3 Prozent, bei den Vertriebenen jedoch war diese Rate 1950 sprunghaft auf 39,2 Prozent gestiegen und lag mit 27,9 Prozent noch 1971 sowohl über dem der nichtvertriebenen männlichen Erwerbsbevölkerung wie über der entsprechenden Vorkriegsrate in der alten Heimat der Vertriebenen.<sup>11</sup>

### Das Lastenausgleichsverfahren

Flucht und Vertreibung waren eine gigantische Enteignungsmassnahme, dementsprechend umwälzend waren die Überlegungen, die nach dem Krieg in Bezug auf einen «Ausgleich» angestellt wurden. Sowohl die britische Labour-Regierung unter Premierminister Attlee als auch Präsident Truman befürworteten eine dauerhafte, aber rechtsstaatlichen Verfahren entsprechende Entmachtung der Grossgrundbesitzer, da diesen eine erheb-

liche Mitverantwortung am Aufstieg der Nationalsozialisten und am Zweiten Weltkrieg zukomme. Eine Bodenreform wurde erwogen, die die Eingliederung der Vertriebenen in die Landwirtschaft fördern sollte. In der deutschen Politik entwickelte man jedoch Vorstellungen, die nicht in erster Linie auf die Entschädigung erlittener Verluste zielten, sondern eher sozialpolitisch ausgerichtet waren. Der Lastenausgleich sollte danach für eine gerechtere Vermögensverteilung sorgen und sich nach der subjektiven Bedürftigkeit zum aktuellen Zeitpunkt richten.<sup>12</sup>

Die Diskussion um den Lastenausgleich begann schon in der frühen Nachkriegszeit. Die Sozialdemokraten strebten einen «gerechten und sozialen Lastenausgleich» an, den sie mit der Währungsreform zu verbinden trachteten. Die vom Krieg unberührten Vermögenswerte sollten zwischen den nach wie vor Besitzenden und denen, die alles verloren hatten, verteilt werden.<sup>13</sup> Eugen Gerstenmaier, damals Direktor des Evangelischen Hilfswerks, später Präsident des Deutschen Bundestages, meinte am 24. Juli 1947: «Wir werden zu einer Neuordnung der Besitzverhältnisse kommen müssen, die der Lage, in der wir uns heute befinden, angemessen ist und die Ausdruck der Solidarität eines Volkes sein soll, das unter schwerem Leiden das Recht und die Gerechtigkeit liebt.»<sup>14</sup>

Die Währungsreform am 20. Juni 1948 erfolgte dann aber ohne Rücksicht auf soziale Belange und Benachteiligungen durch Kriegsschäden. Der Verlust der Ersparnisse führte allen vor Augen, wie notwendig ein Lastenausgleich war. Viele Vertriebene, die sich als Hilfsarbeiter oder Knechte durchschlugen und als Besitzlose ohnehin zu den Verlierern der Währungsreform gehörten, wurden nun arbeitslos.

Überhaupt waren Vertriebene überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen und nicht selten Diskriminierungen durch einheimische Arbeitgeber ausgesetzt. «Oh, unglückselige Ignoranz dieser Bundesrepublikaner, die den Tenor in dem Chor der saturierten Egoisten singen!»,<sup>15</sup> rügte der *Sozialdemokratische Pressedienst* im Juli 1955. Die Arbeitslosigkeit unter den Vertriebenen sei weiterhin eklatant hoch, weil trotz gesetzlich vorgeschriebener Bevorzugung vertriebener Arbeitnehmer der Arbeitgeber häufig abweisend reagiere mit dem Hinweis: «Aber bitte keine Flüchtlinge!»

In Schleswig-Holstein stieg die Zahl der Arbeitslosen von 21'000 Mitte 1949 auf 221'000 zum Ende des Jahres. 58,5 Prozent aller Arbeitslosen waren Vertriebene. Sie blieben in der Regel auch wesentlich länger arbeitslos als ihre einheimischen Kollegen.

**Arbeitslose Vertriebene in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland am 31. Dezember 1949<sup>16</sup>**

	Arbeitslose gesamt	arbeitslose Vertriebene	prozentualer Anteil der Vertriebenen an den Arbeitslosen	Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung
Schleswig-Holstein	221 184	129 365	58,5	34,9
Hamburg	71 874	1 441	2,0	5,9
Niedersachsen	367 701	159 514	43,4	26,8
Nordrhein-Westfalen	196 107	25 514	13,0	9,1
Bremen	17 457	1 448	8,3	6,9
Hessen	132 977	36 304	27,3	15,4
Württemberg-Baden	68 298	23 818	34,9	18,4
Bayern	406 295	162 129	39,9	21,0
Baden	11 227	1 691	15,1	5,6
Württ.-Hohenzollern	12 229	5 426	44,4	8,0
Bundesrepublik gesamt	1 505 349	546 650	35,1	16,1

In Hessen betrug der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung 1950 rund 16,5 Prozent, aber sie stellten mehr als ein Viertel der Arbeitslosen, in einigen Regionen sogar mehr als 40 Prozent.

**Arbeitslosigkeit in Hessen 1950 und 1953 (Stichtag 30. September)<sup>17</sup>**

Arbeitsamtsbezirk	1950			1953 Arbeits-		
	Arbeitslose gesamt	davon absolut	Vertriebene Prozent	lose gesamt	davon absolut	Vertriebene Prozent
Darmstadt	9 951	2 487	25,0	9 024	2 138	23,7
Dillenburg	2 641	1 114	42,2	1 648	643	39,0
Frankfurt	1 553	1 038	9,0	13 712	1 712	12,5
Fulda	5 194	1 962	37,8	3 961	1 219	30,8
Giessen	9 752	4 142	42,5	9 102	3 708	40,7
Gross-Gerau	786	250	31,8	971	300	30,9
Hanau	4 555	1 330	29,2	5 043	1 334	26,4
Hersfeld	7 949	2 869	36,1	5 388	2 136	39,6
Kassel	19 790	4 901	24,8	16 305	3 981	24,4
Korbach	3 443	1 567	45,5	3 019	1 174	38,9
Limburg	3 398	1 341	39,5	1 856	590	31,8
Marburg	8 005	3 078	38,5	6 247	2 330	37,3
Offenbach	3 225	339	10,5	2 902	339	11,7
Wetzlar	2 063	827	40,1	1 970	632	32,1
Wiesbaden	4 823	914	19,0	4 645	819	17,6
Hessen gesamt	87 128	28 159	29,0	85 793	23 055	26,9

Im Februar 1950 war der Prozentsatz erwerbsloser Vertriebener, die bereits ein Jahr oder länger Arbeit suchten, mit 15,2 Prozent fast doppelt so hoch wie bei den Einheimischen (8,2 Prozent). In Baden-Württemberg waren 26,2 Prozent aller vor 1920 geborenen Vertriebenen als un- und angelernte Arbeiter beschäftigt. Diese Quote hat sich im folgenden Jahrzehnt kaum verändert und ist erst 1971, bedingt durch das Ausscheiden der älteren Arbeitnehmer aus dem Berufsleben, von 25,1 auf 14,8 Prozent gesunken, im Bundesdurchschnitt verringerte sie sich sogar nur von 20 auf 19,2 Prozent.

In den Städten gab es bald ausreichend Arbeit und ein nach den Kriegszerstörungen langsam wachsendes Wohnraumangebot. Auf dem Land, wo das Gros der Vertriebenen zunächst unterkam, war das nicht der Fall.<sup>18</sup> Für die Altersgruppe der vor 1920 Geborenen bestanden die Unterschiede in der beruflichen Stellung zwischen Einheimischen und Vertriebenen auch ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende noch; bei den einstmals selbständigen Landwirten, den mithelfenden Familienangehörigen und insbesondere bei den ungelerten und angelernten Arbeitern fielen sie unverhältnismässig stark zuungunsten der Vertriebenen aus: 1971 waren 45,5 Prozent der erwerbsfähigen Vertriebenen, die 1950 arbeitslos waren, als unqualifizierte Arbeiter tätig, bei den Einheimischen waren es nur 37,3 Prozent.<sup>19</sup> Für den Integrationsprozess ist das von besonderer Bedeutung, da Benachteiligungen sich nicht nur aus der Arbeitslosigkeit oder schlechten Berufschancen ergaben, sondern auch auf das frühzeitige Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zurückzuführen sind. Da die Höhe der Rentenbezüge nicht nur von der Höhe der Beitragszahlungen während der Erwerbstätigkeit abhängt, sondern auch von der Anzahl der Versicherungsjahre, in denen Beiträge gezahlt wurden, wirkte die Vertreibung bis ins Rentenalter fort: Es gab überproportional viele vertriebene Rentner mit kleinen Einkommen.

#### Nettoeinkommen von Rentnern 1971<sup>20</sup>

Einkommen in DM	bis 600	600 bis 800	800 bis 1 200	über 1 200
Vertriebene	51,5	25,8	16,2	6,5
Flüchtlinge	34,0	26,4	24,4	15,1
Einheimische	40,8	30,2	21,1	7,9
gesamt	42,5	29,2	20,4	8,0

Als im Sommer 1948 der Frankfurter Wirtschaftsrat – das Parlament der Bizone und Vorgänger des Bonner Bundestags – endlich daranging, ein Lastenausgleichsgesetz vorzubereiten, setzte eine Grundsatzdiskussion auf breiter gesellschaftlicher Basis ein, wobei die Positionen sich nicht einfach den politischen Richtungen der Parteien zuordnen lassen. Tendenziell neigten Konservative und Liberale mehr einer Entschädigung unter Berücksichtigung des verlorenen Vermögens zu, während die Sozialdemokraten vor allem in der Frühzeit der Debatte für einen rein sozialen Ausgleich und damit für die Beschränkung auf Eingliederungshilfen einschliesslich Hausratshilfen und Renten eintraten und sich gegen jedwede restaurative Tendenz wandten. In einem Grundsatzpapier zum Parteitag vom Juli 1948 hiess es: «Der Schlüssel für eine gerechte Verteilung der Mittel aus dem Lastenausgleich ergibt sich aus der allgemeinen Armut. Das Aufkommen muss nach Massgabe der Dringlichkeit und sozialen Bedürftigkeit sowie nach Gesichtspunkten des volkswirtschaftlich grössten Nutzens verwendet werden. (...) Für die im Rahmen des Lastenausgleichs den Geschädigten zustehenden Leistungen kann die Höhe des erlittenen Verlustes nicht massgebend sein. Es widerspräche der sozialen Gerechtigkeit, wollte man denen am meisten geben, die wertmässig am meisten verloren haben. Nach sozialdemokratischer Auffassung kann es – abgesehen von der praktischen Undurchführbarkeit – nicht der Sinn des Lastenausgleichs sein, den Versuch zu machen, die alten Besitzverhältnisse wiederherzustellen.»<sup>21</sup>

Typisch für die Befürworter des «sozialen Lastenausgleichs» war das Diktum des niedersächsischen Flüchtlingsministers Heinrich Albertz (SPD): «Ich habe kein Interesse daran, den Spiessbürger aus Breslau hier wieder zu installieren.»<sup>22</sup> In diesem Sinne sprach sich auch der aus Ostpreussen stammende SPD-Bundestagsabgeordnete Richard Kinat aus: Es könne keinesfalls im Interesse aller Vertriebenen sein, wenn die alten Besitzverhältnisse des Ostens wiederhergestellt würden, da «die Flüchtlinge keineswegs den Wunsch haben, diejenigen, die im Osten als Drohnen lebten, nun auch im Westen wieder ein Drohnedasein erlangen zu sehen».<sup>23</sup>

Darüber hinaus forderte die SPD eine weitreichende Enteignung und Neuverteilung des westdeutschen Besitzes. In einem Flugblatt vom Frühjahr 1947, mit dem sich die Partei an Flüchtlinge und Vertriebene wandte, hiess es: «Die Sozialdemokratie (...) kämpft (...) für einen gerechten Lastenausgleich, denn nicht Ihr allein, sondern das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat den Krieg verloren. Es ist nur recht und billig, dass die dar-



aus entstehenden Lasten von allen getragen werden, und es verdient schärfste Ablehnung, dass weite Volkskreise heute so tun, als ob sie das alles nichts angehe. Wenn krasser Egoismus die Wärme des Herzens erstickt, dann müssen Massnahmen getroffen werden, um durch ein einheitliches, für Gesamtdeutschland geltendes Flüchtlingsgesetz die Sicherstellung Eurer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechte zu gewährleisten.»<sup>24</sup>

Die baden-württembergische DVP/FDP hat 1949 in ihrem Neubürgerprogramm die «Bevorzugte Behandlung der aus dem Osten und Südosten vertriebenen deutschen Bauern und Gärtner bei der Aufteilung des aus Bodenreform und Neulandgewinnung anfallenden Bauernlandes» zwar gefordert, bestand als Mittelstandspartei aber grundsätzlich auf der «Ablehnung von kollektivistischen Tendenzen, die den Lastenausgleich zu sozialistischen Experimenten missbrauchen». Und die württemberg-badische CDU, die den Landwirtschaftsminister stellte, bezeichnete von Anfang an eine wie auch immer geardete Umverteilungspolitik als geradezu «unverantwortlich», sah «die sogenannte Bodenreform» als «eine Enteignung rechtmässig erworbenen Gutes», also als Unrecht, an und plädierte selbst in ihren Wahlaufufen an die Vertriebenen höchstens für die Umsetzung in einer «vernünftigen» Form, was letztlich hiess, dass die bestehenden Besitzverhältnisse nicht angetastet werden durften.<sup>25</sup> Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges gelang es den Koalitionsparteien, alte Ängste zu schüren und die Forderungen der SPD als ersten Schritt zu Kommunismus und Planwirtschaft zu diskreditieren, so dass am Ende die Vermögensumverteilung zugunsten der Vertriebenen unterblieb.

Nach zähen Auseinandersetzungen mit den Besatzungsmächten konnte der Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebiets schliesslich am 8. August 1949 das Gesetz zur Milderung sozialer Notstände, das sogenannte Soforthilfegesetz (SHG), erlassen, das die Hilfe für Vertriebene und Flüchtlinge, Kriegssach- und Währungsgeschädigte sowie politisch Verfolgte regelte. Die durch den Krieg nicht Geschädigten hatten danach rückwirkend ab dem 1. April 1949 jährlich eine Soforthilfeabgabe von drei Prozent ihres zum Stichtag der Währungsreform vorhandenen Vermögens in drei Raten abzuführen, sofern ihr Geld- und Sachvermögen 30'000 DM nicht überstieg unter Ansatz des Grund- und Immobilienbesitzes nach den Einheitswerten der Vorkriegszeit. Das betraf rund 1,5 Millionen Bundesbürger. Auf zwei Prozent ermässigt wurde die Abgabe für Einfamilienhäu-

ser, Mietwohnungsgrundstücke sowie land- und forstwirtschaftliches Vermögen, wenn der Wert unter 15'000 DM lag. Die Belastungen durch die Sondervermögenssteuer zugunsten der Kriegsgeschädigten und der Vertriebenen waren also durchaus zu verkraften.

Nach Gründung der Bundesrepublik nahm der Bundestag die Arbeit am Lastenausgleichsgesetz wieder auf, forcierte sie aber nicht übermässig, weil die wirtschaftliche Entwicklung noch nicht absehbar war und das SHG das dringend Notwendige regelte. Von einer Vermögensneuverteilung inklusive Bodenreform war keine Rede mehr, und die Vorstellungen darüber, wie stark man auf gerettete Vermögen zugreifen sollte, lagen sehr weit auseinander. Insbesondere die Regierungsparteien befürchteten, dass radikale Massnahmen zu erheblichen Unruhen und damit zu einer Verzögerung des Wiederaufbaus führen könnten. Da sie dem Wiederaufbau unbedingten Vorrang einräumten, neigten sie dazu, grundlegende Reformen vorerst zurückzustellen und sich der Entwicklung in kleinen Schritten anzupassen.

Ergänzend zum Soforthilfegesetz von 1949 trat am 1. September 1952 schliesslich das Lastenausgleichsgesetz (LAG) in Kraft, um das lange und zäh gerungen worden war. Nachdem es den Vermittlungsausschuss passiert hatte, stimmten am 14. August 1952 von 353 Bundestagsabgeordneten 208 dafür und 139 dagegen, sechs enthielten sich der Stimme. Auf Grundlage dieses Gesetzes konnten Vertriebene einen Antrag auf gestaffelte Entschädigung stellen. In den Anfangsjahren wurden das LAG und seine Nebengesetze durchschnittlich einmal im Jahr novelliert, die Leistungen verbessert, Unstimmigkeiten bereinigt. Bis 1987 gab es 31 Änderungsgesetze. Ein gezielter Vorstoss zur Umgestaltung der Sozialordnung war das Gesetz dennoch nicht. Mehr Gleichheit wäre möglich gewesen, aber der Wunsch des Gesetzgebers nach einem schnellen Wiederaufbau erwies sich als stärker.

Die im Lastenausgleich fixierte einmalige Abgabe in Höhe von fünfzig Prozent des Vermögens zum Stichtag der Währungsreform war eine langfristig zu tilgende Schuld, die erst nach dreissig Jahren – unter Anrechnung der bis dahin geleisteten Soforthilfeabgaben – abgetragen sein musste. Auf diese Weise wurden spürbare Eingriffe in die Vermögenssubstanz vermieden, denn die Tilgungsraten konnten leicht aus dem Zuge des Wirtschaftsaufschwungs anfallenden Vermögenserträgen und dem Wertzuwachs des Immobilienbesitzes aufgebracht werden, der ohnehin unterbewertet war, da als Bemessungsgrundlage längst überholte steuerliche Einheitswerte dienten.

Der Lastenausgleich hat weder zu einer Veränderung der Sozialstruk-



Kundgebung des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen und des Zentralverbandes der Fliegergeschädigten gegen den Regierungsentwurf zum Lastenausgleich am 18. Februar 1952 in Bonn

Der Vertriebenenpolitiker Linus Kather reiste 1951 mit einer Kommission nach Finnland, um sich über das Lastenausgleichsverfahren zugunsten der vertriebenen finnischen Karelrier zu informieren. Die Anregung zu dieser Reise ging von den Amerikanern aus, die auch die Kosten übernahmen. Die Kommission bestand aus zwölf Bundestagsabgeordneten und Beamten der Bundesministerien sowie Vertretern des Vertriebenen- und des Landwirtschaftsministeriums, unter ihnen Georg Baur vom Bauernverband der Vertriebenen und Peter Paul Nahm, Ministerialdirektor in Hessen. Kather erzählte später: «Als ich (...) den Reichstagsabgeordneten Vennamo danach fragte, wieviel Vertriebene bei der Verabschiedung der Gesetze im Parlament gewesen seien, kam die stolze und inzwischen berühmt gewordene Antwort: '1945 waren wir alle Karelrier'» (Linus Kather, *Die Entmachtung der Vertriebenen*).

tur der Bundesrepublik geführt, was manche gewünscht und andere befürchtet hatten, noch hat er die einheimischen Vermögen angetastet. Westdeutsche Grossgrundbesitzer und Bauern, Hausbesitzer und Industrielle wahrten ihren Besitz in vollem Umfang.

Das Verhältnis zwischen den einstmals selbständigen vertriebenen Bauern und ihren mithelfenden Familienangehörigen auf der einen und den einheimischen, an ihrem Besitzstand zäh festhaltenden Landwirten auf der anderen Seite blieb materiell wie immateriell prekär. Wie Flüchtlingsbetreuer immer wieder feststellten, war man sich «besonders auf dem Land viel zu wenig darüber klar, dass diese Ausgewiesenen, die jetzt als Knechte und Mägde beim kleinen Bauern arbeiteten, vor wenigen Jahren selbst noch sehr reiche Bauern waren».<sup>26</sup>

Die Auszahlungen aus der Hauptentschädigung setzten in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre ein und erreichten ihren Höhepunkt in den 1960er Jahren. Dies war die grösste sozialpolitische Transferleistung vor der Wiedervereinigung. Trotz dieser gewaltigen Summe fiel die Belastung weitaus geringer aus, als ursprünglich angenommen. Der Anteil der an den Soforthilfe- beziehungsweise Lastenausgleichsfonds abzuführenden Abgaben am gesamten Steueraufkommen von Bund, Ländern und Gemeinden belief sich 1952 lediglich auf 5,5 Prozent und sank 1956 durch den von den Vertriebenen mit erwirtschafteten Aufschwung auf 5,2 Prozent. Dennoch linderten die zunächst gewährten Entschädigungen für Hausrat, die Kriegsschadensrenten, Ausbildungshilfen und Existenzgründungsdarlehen die schlimmste Not.

Bis Ende 2001 beliefen sich die Zahlungen aus dem Lastenausgleich auf 145,3 Milliarden DM. Eine fühlbare Vermögensumschichtung hat es zwar nicht gegeben,<sup>27</sup> die finanziellen Unterstützungen kurbelten aber die Wirtschaft auf allen Gebieten an und wirkten zudem als Finanzspritze beim Ausbau einheimischer Unternehmen. Das Steueraufkommen der Kommunen stieg, so dass diese die Errichtung von Schulen und den Ausbau des Strassennetzes vorantreiben konnten. Es ist nicht zu bestreiten, dass diese Massnahme praktisch und psychologisch die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen förderte und in der zusammengewürfelten bundesdeutschen Gesellschaft eine nivellierende und integrative Wirkung entfaltete.

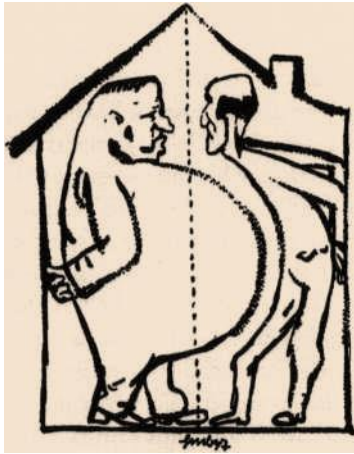
Nach umfangreichen Schadensfeststellungsverfahren erfolgte von 1957 an ein teilweiser Ausgleich für den verlorenen Besitz, ohne dass wei-

tergehende Entschädigungsansprüche der Vertriebenen ausser Kraft gesetzt wurden. Gemäss dem ausgehandelten Kompromiss zwischen einem sozialen, an der Bedürftigkeit orientierten, und einem individuellen, auf den Verlust bezogenen Lastenausgleich ersetzte die zum Teil erst an die Erben der Erlebnisgeneration ausgezahlte Ausgleichszahlung nur geringere Vermögensschäden bis zu einer Höhe von 4'800 RM in vollem Umfang. Höhere Verluste wurden lediglich zu einem stark degressiven Prozentsatz ausgeglichen (acht Prozent für Schäden, die über einer Million RM lagen). Nach Schätzungen wurden bis 1979 im Durchschnitt lediglich 22 Prozent der ohnehin unterbewerteten Vermögensverluste der Vertriebenen ausgeglichen.<sup>28</sup>

Dennoch sorgte der Lastenausgleich für Neid und Unmut. Bis heute hält sich die Behauptung, die Vertriebenen seien grosszügig entschädigt worden und hätten sich zudem durch fiktive Angaben zum verlorenen Besitz bereichert. Anhand von konkreten Schadensregulierungen wird jedoch deutlich, wie gründlich die Angaben in den teilweise jahrelangen Verfahren mit Hilfe von Zeugenaussagen und geretteten Unterlagen geprüft wurden. Weite Verbreitung fand auch das Gerücht, die Vertriebenen hätten die Häuser, die sie mit den Mitteln des Lastenausgleichs zumeist in Nachbarschaftshilfe oder im Eigenbau errichteten, geschenkt bekommen.

Die Zahlungen aus dem Lastenausgleichsfonds waren als Starthilfe für die Geschädigten gedacht. Falls diese schon vor dem Hauptentschädigungsverfahren Unterhaltshilfe oder Sozialhilfe erhalten hatten, wurden diese Beträge von der zu gewährenden Unterstützung abgezogen. Im Hauptentschädigungsverfahren hatten diejenigen, die einen geringeren Schaden belegen konnten, verhältnismässig mehr zu erwarten als jene, die Güter besessen hatten, da nicht eine wertangemessene Entschädigung, sondern eine Starthilfe gezahlt wurde. So erhielten Bauern, die den Verlust einer fünf Hektar grossen Landwirtschaft belegen konnten, im Hauptentschädigungsverfahren 5'000 DM, während es für einen Gutsbetrieb von 200 Hektar nicht dementsprechend 200'000 DM, sondern lediglich 33'880 DM gab. Wer keinen Grund und Boden oder Immobilien besessen hatte, konnte eine Entschädigung für Hausrat beantragen und erhielt zwischen 150 und 300 DM. Zusätzlich gab es zinsgünstige Baudarlehen, aber keine Geschenke.

In einem Artikel der Zeitschrift *Das vertriebene Landvolk* wurde der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, am 15. April 1965 gefragt: «Glauben Sie, Herr Minister, dass es dem Prinzip der glei-



Karikatur zum Lastenausgleich von Henry Meyer-Brockmann, 1947

Der Lastenausgleich ist noch immer von vielerlei Mythen umrankt. Viele Einheimische meinten, dass die Vertriebenen zu grosszügig entschädigt wurden, während diese wussten, was sie verloren hatten, und die Summen aus Soforthilfe und Lastenausgleich als Tropfen auf den heissen Stein empfanden. Letztlich war der Lastenausgleich keine Entschädigung für den verlorenen Besitz, sondern lediglich eine Starthilfe. Eine gerechte Vermögensumverteilung unterblieb, was auch die Karikatur unterstreicht. Das Wort Lastenausgleich gehört zum Vokabular der Nachkriegszeit wie zu den 1980er Jahren das Waldsterben. «Ich wusste nicht genau, was der Lastenausgleich war, hatte das Wort aber schon so oft gehört, dass es zu den häufigsten Worten meiner Kindheit gehörte», schreibt Hans-Ulrich Treichel in dem Roman *Der Verlorene*.

chen Behandlung entspricht, wenn dem heimatvertriebenen und geflüchteten Bauern der sogenannte Selbständigenzuschlag nur zuerkannt wird, wenn er arm ist, im Sinne des Lastenausgleichs, während dem westdeutschen Bauern nach Abgabe des Hofes ungeachtet seines sonstigen Einkommens und Kapitals ein mit Rechtsanspruch versehenes Altersgeld gezahlt wird? (...) wenn der heimatvertriebene Bauer für einen ha Wald weniger Entschädigung erhält, als er hier in Westdeutschland für einen Baum erzielt? Wenn sich der heimatvertriebene Bauer für die ihm für seinen 200 Morgen grossen Hof zuerkannte Entschädigung nicht einmal einen Bauplatz von 800 qm kaufen kann? (...) Ist das Gerechtigkeit, wenn man den heimatvertriebenen Bauern für den Verlust eines 80 Morgen grossen Hofes mit 9'000 DM entschädigt, dem besatzungsgeschädigten Bauern aber für einen gleich grossen Hof eine Entschädigung von 300'000 DM und einem Briefmarkensammler eine solche von 200'000 DM zahlt?»<sup>29</sup>

Während die Einheimischen die Entschädigungen für unangemessen hoch hielten, empfanden die Vertriebenen sie als Tropfen auf den heissen Stein und sprachen vom «Lasst-den-Ausgleich». In Salzgitter klagte ein vertriebener Jungbauer: «Ich sag Ihnen meine Meinung: ich war nicht zufrieden und dass die anderen zufrieden warn, glaub' ich auch nicht. Wir hatten einen Bauernhof von 200 Morgen, 4 Pferde, 4 Ochsen, die ganzen Maschinen usw., und ich habe nur zwölfhundert Mark bekommen, weil mein Vater noch Besitzer war und in der Ostzone verstorben ist. Dadurch war ich praktisch nur Mitarbeiter meines Vaters, es hat mir nichts gehört. Ich hab also nur so einen Grundbetrag von 1'200 Mark bekommen.»<sup>30</sup>

Weil die Zahl der Geschädigten gross war, fiel die Lastenausgleichszahlung für den Einzelnen gering aus. Dass so wenig zu verteilen war, lag nicht zuletzt an den Bauern, die zu niedrige Einkünfte angaben und dementsprechend wenig einzahlten. Der Prüfer eines Finanzamts bekannte: «Wenn wir die wirklichen Einnahmen der Bauern mit ihren Steuererklärungen vergleichen könnten, würde sich der Lastenausgleich wahrscheinlich aus den Strafen für Steuerhinterziehung finanzieren lassen.»<sup>31</sup>

Die Immobilienbesitzer hatten weniger Möglichkeiten, ihre Einnahmen herunterzurechnen. Diese «Benachteiligung» brachte den Vorsitzenden des Heidenheimer Haus- und Grundbesitzervereins so sehr auf, dass er sich bei einer Versammlung im Oktober 1950 zu einem fast «zweieinhalbstündigen Hassausbruch gegen die Flücht linge» hinreissen liess, «die



Alois Schlögl, bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, ist nach Rothenburg ob der Tauber gekommen, um den tausendsten Bauernhof an einen Bauern aus Siebenbürgen zu übergeben (1950).

Sichtbare materielle Erfolge feierte man gern, und die Politiker nutzten solche Gelegenheiten, um die Vertriebenen als Wähler an ihre Parteien zu binden. Von einer Deklassierung der Neubürger wollte man zu Zeiten des «Wirtschaftswunders» nichts wissen.



vor fünf Jahren noch gar keine Deutschen gewesen» und «mit schäbigen Kleidern gekommen» seien: Sie beherrschten «durch die politischen Parteien die übrige Bevölkerung» und hätten den Krieg gewonnen, den die Hausbesitzer, die man «so behandelt wie die Juden im Dritten Reich», verloren hätten.<sup>32</sup> Die *Stuttgarter Zeitung* vom 30. Oktober 1950 titelte daraufhin «Schwerer Angriff auf die Vertriebenen», und das Stuttgarter Innenministerium stellte Strafantrag wegen öffentlicher Verleumdung in Tateinheit mit Beleidigung. Ein Jahr später wurde der Angeklagte zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt.<sup>33</sup>

Um den Anspruch auf Hab und Gut in der alten Heimat nicht aufzugeben, haben einige Vertriebene auf den Lastenausgleich verzichtet, so stark war der Wunsch nach Rückkehr. Dass mit dem Lastenausgleich die Vermögensverluste ausgeglichen worden seien und Ansprüche auf Entschädigung somit hinfällig wurden, gehört ins Reich der Legende. In der Präambel zum Lastenausgleichsgesetz steht der ausdrückliche Vorbehalt, «dass die Gewährung und Annahme von Leistungen keinen Verzicht auf die Geltendmachung von Ansprüchen und Rückgabe des von den Vertriebenen zurückgelassenen Vermögens bedeutet».<sup>34</sup> Auch die Tatsache, dass die Hauptentschädigung gemäss Paragraph 349 des Lastenausgleichsgesetzes im Fall der Rückgabe des Eigentums zurückzugeben ist, steht dieser Behauptung entgegen.

Den aus dem Osten vertriebenen Bauern hätte nur eine Bodenreform wieder zu Land verhelfen können, da die Grundlage jeder bäuerlichen Existenz, der Boden, nicht vermehrbar war. Da es keine Bodenreform gab, war der überwiegende Teil von ihnen gezwungen, in andere, unselbständige Berufe zu wechseln. Das bedeutete in der Regel sozialen Abstieg und traf besonders ältere, weniger anpassungs- und leistungsfähige Vertriebene. Hinzu kam die Sorge um die Alterssicherung, da unzählige ehemals Selbständige die für eine Rentenzahlung nachzuweisende Mindestzahl von Beitragsjahren nicht mehr erreichen konnten, da sie gegen Ende des Krieges in ihren beruflichen Karrieren schon weit fortgeschritten waren. Sie leisteten ihre Pflichtbeiträge vergeblich. Viele verstarben, bevor ihnen eine Schadensregelung zugute kam.

Immer wieder wies Georg Baur, Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen, darauf hin, dass vor allem die Bauern das Nachsehen hatten: «Ich frage: 1. Ist es gerecht, wenn Unterhaltshilfe wegen Existenzverlust

auf Lebenszeit gewährt wird, auch wenn keinerlei Vermögen in der Heimat vorhanden war, während der Ostbauer sich seine Unterhaltshilfe auf seine Hauptentschädigung anrechnen lassen muss – eine Hauptentschädigung, die, nach dem unzumutbaren Einheitswert berechnet, nur einen Bruchteil des verlorenen Besitzes ausmacht und bei Tausenden alter Bauern bereits aufgezehrt ist, sodass den Erben eines heimatlichen Hofes kein Pfennig verbleibt?»<sup>35</sup>

Der Bauernverband der Vertriebenen hat eine Gegenüberstellung von Praxis und Theorie des Lastenausgleichs erarbeitet, wobei als Vermögenswerte aus der Vorkriegszeit angenommen wurden: ein Bauernhof von 10 Hektar (100'000 Quadratmeter), ein Maurerbetrieb mit 16 Mitarbeitern und ein Zweifamilienmietshaus. In allen drei Fällen belief sich der Verkehrswert auf 20'000 RM. Im Lastenausgleich erfolgte die Bewertung üblicherweise nach dem Einheitswert, nach dem dann die Entschädigung ermittelt wurde. Die Ausgleichszahlung wurde dem Verkehrswert von 1966 gegenübergestellt.

#### Vergleich von Entschädigungszahlungen nach dem LAG<sup>36</sup>

	Bauernhof	Maurerbetrieb	Mietshaus
Verkehrswert 1944	20 000 RM	20 000 RM	20 000 RM
Feststellungswert	8 961 RM	20 000 RM	12 500 RM
Entschädigung ohne Zuschläge	8 550 DM	20 000 DM	9 550 DM
Verkehrswert 1966	179 220 DM	50 000 DM	150 000 DM

Am schlechtesten schnitt danach der Bauernhof ab, und zwar umso schlechter, je grösser das Anwesen war, da grosse Verluste um ein Vielfaches schlechter bewertet wurden als kleine. Der vertriebene Kleinbauer erhielt über den Lastenausgleich für einen Hektar 855 DM, der Mittelbesitz für denselben Verlust nur noch 420 und der Grossgrundbesitz sogar nur 91 DM pro Hektar Land. Damit konnte man lediglich zwei bis drei Quadratmeter Bauland erwerben. Mit anderen Worten: Für ein Rittergut einen Bauplatz. Aufschlussreich sind auch Vergleiche mit anderen Geschädigtengruppen, etwa den Besatzungsgeschädigten und den sogenannten Nachkriegsgeschädigten. Die Besatzungsgeschädigten, die sich von den Kriegssachgeschädigten nur dadurch unterschieden, dass ihr Schaden nicht vor, sondern nach dem 31. Juli 1945 entstanden war, wurden weitaus grosszügiger abgefunden. Bezogen auf die oben genannten drei Objekte stellte sich das folgendermassen dar:

### Vergleich von Entschädigungszahlungen für Kriegssach- und Besatzungsgeschädigte <sup>37</sup>

	Bauernhof	Maurerbetrieb	Mietshaus
Verkehrswert 1944	20 000 RM	20 000 RM	20 000 RM
Entschädigung für			
Kriegssachgeschädigte	8 550 DM	11 750 DM	9 550 DM
Besatzungsgeschädigte	73 066 DM	30 000 DM	63 000 DM

Eine noch grössere Diskrepanz bei der Höhe der Entschädigungen ergab sich, wenn für Zwecke des Bundes, der Länder oder der Gemeinden, beispielsweise für den Strassenbau, enteignet werden musste. Die sogenannten Nachkriegsgeschädigten erhielten mehr als das Zehnfache dessen, was ein Vertriebener oder Kriegssachgeschädigter beanspruchen konnte. Letztlich hat vermutlich nur das Wirtschaftswunder verhindert, dass dieses Ungleichgewicht Unruhen auslöste.

In ihrer Denkschrift «Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn» von 1965 stellte die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) fest: «Immerhin dürfte der Personenkreis, dessen Einkommen am Rande des Existenzminimums liegt, bei den Vertriebenen etwa dreimal so hoch sein wie bei den Einheimischen. (...) Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass nur etwa halb so häufig Vertriebene Eigentümer der von ihnen bewohnten Wohnungen sind wie Nichtvertriebene (18,2%: 37,2%). Insofern hat also ein Ausgleich noch nicht stattgefunden.»<sup>38</sup>

Keine andere grosse Institution hat auf die sozialen Ungerechtigkeiten und die mangelhafte Integration der Vertriebenen so deutlich hingewiesen und zugleich so umfassend die Missstände aufgezählt wie die Evangelische Kirche: «(...) ein voller Ausgleich war dieser Lastenausgleich nie. Da sich die Erfüllung der Entschädigungen aus mancherlei Gründen stark verzögert hat, sind die Vertriebenen auch weiterhin hinter der allgemeinen volkswirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben und in der Vermögensverteilung benachteiligt worden. Es muss auch auf die grosse Unterschiedlichkeit der Entschädigung vergleichbarer Verluste in der Bundesrepublik und in den Vertreibungsgebieten aufmerksam gemacht werden, die von den Vertriebenen als ungerecht empfunden werden. Wenn von den Vertriebenen das Ja zum Gericht Gottes gesprochen werden soll, wenn es nur in der Solidarität mit der Gesamtheit des ganzen Volkes gesprochen werden kann, dann müsste das in dieser Gesetzgebung seinen wirtschaftli-

chen Ausdruck finden. Tatsächlich ist das aber nicht der Fall, so dass es hier dringend weiterer Verbesserungen bedarf.»<sup>39</sup>

Bei einer bundesweiten Allensbach-Umfrage von 1964 schätzten Vertriebene und SBZ-Flüchtlinge den Gesamtwert ihres Haushalts und ihrer Ersparnisse auf durchschnittlich 26'000 DM, die Einheimischen kamen dagegen auf 47'000 DM.<sup>40</sup>

**Verteilung von Wertobjekten in der Bevölkerung 1958 (in Prozent)<sup>41</sup>**

Wertobjekt	Vertriebene	Einheimische
eigenes Haus	19	36
Grundbesitz, Land, Garten	11	25
Erwerbsunternehmen	6	15
Pkw	12	18
Moped	11	10
Kühlschrank	18	27
Nähmaschine	51	63
Fernsehapparat	14	16

Die Ende der 1950er Jahre anlaufende Auszahlung der Hauptentschädigung nach dem Lastenausgleich, bei der zunächst die ältesten Antragsteller berücksichtigt wurden, ging bereits zu einem Viertel an die Erben.

Heinrich Albertz, geboren 1915 in Breslau, Flüchtlings- und Sozialminister in Niedersachsen von 1948 bis 1955, später Regierender Bürgermeister von Berlin, musste sich spätestens bei der Verabschiedung des Lastenausgleichsgesetzes eingestehen, dass eine Umverteilung des Volksvermögens illusorisch gewesen war. Im Mai 1953 schrieb Albertz im *Neuen Vorwärts*: «Das Endergebnis dieses Gesetzes hat mit dem Ausgleich der Lasten überhaupt nichts zu tun, berührt auch nicht im Entferntesten eine Revision der Besitzverhältnisse zugunsten der besitzlos Gewordenen und Entwurzelten und tastet nicht einmal die Gewinne, die nach der Währungsreform in der Bundesrepublik Deutschland von einigen wenigen erzielt worden sind, in irgendeiner spürbaren Weise an.»<sup>42</sup> Und 1984 resümierte er: Die SPD der Nachkriegszeit habe es nicht verstanden, die Besitzlosigkeit der Vertriebenen zum Hebel der Neuordnung der Besitzverhältnisse insgesamt zu machen.<sup>43</sup>

Die bereits Anfang der 1960er Jahre geplante und 1971 schliesslich durchgeführte Mikrozensus-Erhebung des Statistischen Bundesamtes zur Analyse der beruflichen und sozialen Umschichtung der westdeutschen

Bevölkerung legte zwar keinen besonderen Schwerpunkt mehr auf die Erhebung der Wohnungssituation, doch wurde nach dem Besitz von Wohneigentum in dieser Stichprobe anhand von einem Prozent der Gesamtbevölkerung gefragt. Es zeigte sich, dass die Vertriebenen keineswegs in einem bemerkenswerten Ausmass als Hauseigentümer hatten Fuss fassen können.<sup>44</sup>

**Prozentualer Anteil der Hausbesitzer an der Gesamtbevölkerung 1971<sup>45</sup>**

Gebiet	Einheimische	Vertriebene (ohne SBZ-Flüchtlinge)
Schleswig-Holstein	34,7	28,9
Hamburg	15,9	16,1
Niedersachsen	36,1	28,2
Bremen	23,7	20,3
Nordrhein-Westfalen	26,3	18,1
Hessen	33,8	25,9
Rheinland-Pfalz	41,2	27,3
Baden-Württemberg	39,3	26,5
Bayern	36,9	25,0
Saarland	45,4	37,0
Bundesrepublik gesamt	32,6	24,2
Berlin (West)	9,8	9,4

Eine Vermögensentschädigung hat es so wenig gegeben wie eine Boden- und Vermögensreform. Nicht zuletzt der Druck der Besatzungsmacht und die Alternativlosigkeit der Lage bewirkten, dass sich das beträchtliche Konfliktpotential zwischen Einheimischen und Vertriebenen nicht in Unruhen entlud. Nach einer gewissen Inkubationszeit hat dann der allgemeine Wirtschaftsaufschwung für Entspannung gesorgt.<sup>46</sup> Letztlich war der Lastenausgleich eine gigantische sozialpolitische Befriedungsmassnahme. «So etwas wie eine solidarische Teilung des erhalten gebliebenen Vermögens hat es nicht einmal ansatzweise gegeben», bemerkte der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg.<sup>47</sup> Tatsächlich ist die Lastenausgleichsabgabe nicht aus der Substanz, sondern aus den Erträgen erwirtschaftet worden. Und so war es auch gemeint gewesen.

## Die Flüchtlingssiedlungen

Es gibt kaum eine Gemeinde in der alten Bundesrepublik, in der seit den 1950er Jahren nicht ein geschlossenes Siedlungsgebiet am Ortsrand entstanden ist. Diese Siedlungen sind ein Charakteristikum der Nachkriegszeit und erzählen von der Ankunft der Vertriebenen. Strassennamen wie Allensteiner Strasse, Breslauer Strasse, Egerweg, Ermlandweg, Glatzer Weg, Königsberger Strasse, Kösliner Strasse, Landsberger Strasse, Masurenweg, Oberschlesierstrasse, Schneidemühler Strasse, Siebenbürgenweg und Stettiner Strasse offenbaren die spezifische Prägung. Mit dem ersten Spatenstich war klar, dass aus dem vorübergehenden Aufenthalt in der Bundesrepublik ein dauerhafter werden würde. Der Bau der Häuser signalisierte, dass die Vertriebenen auf eine Zukunft im Westen setzten.

Buchenländer, die nach 1945 in einem an der Magstadter Strasse in Stuttgart gelegenen Barackenlager lebten, haben mitgeholfen, die Häuser der «Siedlungsgenossenschaft Buchenländer Stuttgart-Büsnau eG» zu errichten. Die Baugenossenschaft, die sie 1946 gründeten, besteht bis heute als «Vereinigte Filderbaugenossenschaft eG».<sup>48</sup> Eine typische Anlage ist auch die Sudetenlandsiedlung in Bad Vilbel. Sie geht auf einen 1953 von Mitgliedern der Sudetendeutschen Landsmannschaft gegründeten Siedlungsverein zurück. Realisiert wurde das Bauvorhaben mit dem katholischen Gemeinnützigen Siedlungswerk Frankfurt. Zwischen 1955 und 1957 entstanden 146 Flachdachhäuser für 1'200 Menschen – die meisten Sudetendeutsche. Zum Bau der Häuser trugen die Siedler durch Eigenarbeit bei.

Die Kommunen haben mit ihrer Siedlungspolitik die Isolierung der Vertriebenen zuweilen gefördert. Im münsterländischen Vreden, wo im Ortsteil Kleinemast eine Siedlung mit 110 Siedlerstellen geplant war, versicherte die Kreiswohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft der katholischen Kirchengemeinde 1953, dass die Siedlung so weit von der Stadt Vreden entfernt liege, dass das «landsmannschaftliche Eigenleben» erhalten bleibe, und so nahe an der Stadt, dass die dortigen Arbeitsmöglichkeiten genutzt werden könnten. In einem Schreiben vom 10. August 1953 an das Düsseldorfer Sozialministerium pries der Kreisdirektor die Lage der Siedlung sogar mit dem Hinweis, dass die im Mittelalter nach Schlesien aufgebrochenen westfälischen Bauern sich dann am wohlsten gefühlt hätten, wenn ihre Höfe beieinander lagen.<sup>49</sup> Die Ansiedlungspolitik kam nach Ansicht der Verantwortlichen also den Interessen der Vertriebenen entgegen.

Auch den einheimischen Münsterländern war es wohl recht, wenn die Fremden unter sich blieben und möglichst wenig auffielen. Sie waren arm, oft sozialdemokratisch ausgerichtet und vor allem evangelisch, das hätte sie auch ausgegrenzt, wenn sie keine Vertriebenen gewesen wären. Manfred Reimann aus Ludwigsdorf im Riesengebirge hat über seine Vredener Schulzeit in den 1950er Jahren berichtet: «Unterwegs zur Schule wurden wir beschimpft als ‘evangelische Biberratten’, und unsere Siedlung wurde ‘Klein-Moskau’ genannt oder, manchmal bis heute noch ‘Partisanen-Siedlung’. Die ersten Jahre gab es wenig Kontakte zur einheimischen Bevölkerung. Auch waren ‘die aus der Siedlung’ nicht willkommen in Vereinen, z.B. im Schützenverein Kleinemast. (...) Ein Erlebnis werde ich nie vergessen. Ich war mit meiner Mutter bei der Vredener Caritas gewesen, um Kleidung zu erhalten. Kleidung war dort genug vorhanden. Ich erhielt eine Jacke, die mir auch gut passte. Doch dann kam die Frage der zuständigen Ordensschwester, ob wir katholisch seien. Als meine Mutter das verneinte, musste ich die Jacke wieder ausziehen.»<sup>50</sup>

Nachdem das Bundesland Nordrhein-Westfalen 1957 die Patenschaft für die Siebenbürger Sachsen übernommen hatte, entstand im Oberbergischen Kreis die Siedlung Drabenderhöhe, die grösste Sachsen-Siedlung ausserhalb Siebenbürgens. Die weit über 500 Bewerber auf die Siedlungshäuser stammten aus 130 Ortschaften Siebenbürgens. Der Einzug der ersten Familie erfolgte Ende 1964. Die Strassennamen erinnern an die Landschaften der alten Heimat: Nösnerland, Reenerland, Weinland, Kokeltal, Haferland, Burzenland, Altes Land, Harbachtal und Unterwald.<sup>51</sup> Drabenderhöhe galt als Erfolgsmodell. In der Broschüre zum zehnjährigen Bestehen der Siedlung heisst es: «Die überwiegende Mehrzahl hat die gesuchte neue Heimat gefunden.»<sup>52</sup> Bis heute ist in Drabenderhöhe das Vereinswesen siebenbürgisch geprägt: Es gibt den «Honterus-Chor», einen gemischten Trachtenchor, benannt nach dem Reformator Siebenbürgens, eine Siebenbürger Trachtenkapelle, ein Altenheim «Siebenbürgen», die Frauengruppe der Landsmannschaft, das Siebenbürgisch-Deutsche Heimatwerk sowie eine Siebenbürger Volkstanzgruppe.

Auf die einheimische Nachbarschaft wirkte es exotisch, wenn die Bewohner der Flüchtlingssiedlungen ihre heimatlichen Bräuche und Gewohnheiten pflegten mit Dialektabenden, Kulturveranstaltungen, Trachtentänzen, landsmannschaftlichen Treffen und Gottesdiensten, die der landsmannschaftlichen Selbstvergewisserung dienten. Um sich von der



Bauverein «Glaube und Tat» in Witten an der Ruhr, Anfang der 1950er Jahre

Der älteste Siedler, Herr Willi Klaer, erzählt von den Anfängen: «Nach Kriegsende hat es mich nach Niedersachsen, in den Kreis Uelzen verschlagen. Um den Jahreswechsel 1952/1953 gab es im Kirchenblatt eine kirchenweit gestreute Information, dass in Witten/Ruhr eine Siedlung für Heimatvertriebene gebaut werden solle. Es hiess in dem Artikel, am 15.4.1953 solle der erste Spatenstich sein. Viele sind dem Aufruf gefolgt und reisten termingerecht – mit Spaten – nach Witten (...). Der Bauverein «Glaube und Tat» wurde gegründet. Die Siedler mussten sich beim Arbeitsamt melden und wurden von der Arbeitssuche freigestellt, damit sie sich in Selbsthilfe Eigentum schaffen konnten. Alles lief unter der Federführung der ‚Lippisch – Westfälischen Heimstätten‘ (...) Als die Häuser bezugsfertig waren, stand Ende Juni 1954 die Verlosung der Häuser an; ausser dem Doppelhaus Kulosa, Schulz. Jeder Siedler zog aus einem Hut von Pastor Seefeld einen Zettel, auf dem die Strasse und die Hausnummer seines Hauses aufgeschrieben waren. Mitte Juli erfolgte die Umsiedlung der Familien nach Witten. Sie kamen aus verschiedenen Bundesländern, in die es die Siedlerfamilien nach der Vertreibung verschlagen hatte.» Ursprünglich waren die Bewohner in Ost- und Westpreussen, Schlesien, der Provinz Posen, der brandenburgischen Neumark und Pommern beheimatet gewesen.



«anderen» Frömmigkeit der Vertriebenen abzugrenzen, wandten sich die Dorfbewohner ihren alten Formen der Frömmigkeit wieder zu. Dörfliche Bräuche erlebten eine Renaissance in Abgrenzung zu Flüchtlingsbräuchen. Diese Rückbesinnung auf traditionelle Muster stand im Dienst der Hierarchiefestigung.<sup>53</sup>

Zum Synonym für die Vertriebenensiedlung schlechthin wurde Espelkamp. Heinz Rudolf Kunze, der als Vertriebenenkind in dieser Siedlung aufwuchs, hat sie besungen. Es begann damit, dass die britischen Militärbehörden dem Evangelischen Hilfswerk im September 1947 das Gelände einer Munitionsanstalt der Wehrmacht überliessen. Grundlegend und charakteristisch für Aufbau und Entwicklung dieses Gemeinwesens wurde die duale Verfassung aus kirchlich-karitativem und industriell-gewerblichem Ansatz. Das Land Nordrhein-Westfalen und die Evangelische Kirche von Westfalen waren je zur Hälfte an dem Projekt beteiligt. In der Präambel hiess es: «Zweck der Gesellschaft ist, die bisherige Wehrmachtsliegenschaft Espelkamp durch Massnahmen des Wohnungs- und Siedlungswesens, durch Ansetzung von gewerblichen Unternehmen und Förderung sozialer und caritativer Anstalten zu einem gesunden, dem Allgemeinwohl dienenden Gemeinwesen zu machen, das Flüchtlingen und Heimatvertriebenen eine neue Heimat bieten soll.»<sup>54</sup> Espelkamp war die erste kirchliche Gründung dieser Art, und die Ziele waren hochgesteckt: «Lasst uns aus dem Wort 'Espelkamp' einen Segen für die Flüchtlinge machen ebenso wie ein sichtbares Zeichen des bleibenden Gedankens christlicher Nächstenliebe in allen christlichen Nationen.»<sup>55</sup>

Im ländlichen Raum ein völlig neues, industriell geprägtes Gemeinwesen mit einer Bevölkerung unterschiedlicher Herkunft und Kultur aufzubauen, barg mancherlei Risiken. Man musste kein Pessimist sein, wenn man Zweifel am Erfolg des Projekts hegte. Präses Ernst Wilm erzählte über die Anfänge: «Als es darum ging, dass die Kirche selbst in die Aufbaugemeinschaft hineinging, hatten viele in der Kirchenleitung ernste Bedenken. Staat und Kirche, wenn das nur gut geht! Wie soll dann das Christliche erhalten bleiben? Wer weiss denn, was aus diesem Staat wird? Die Leute im Lübbecke Land und die Gemeinde Rahden, die eigentlich hier zuständig war, meinten: 'Da kommt uns ja der rote Fleck in die Landkarte! Das wollen wir nicht.' Die waren alle gut konservativ von alters her und hatten Angst, was hier passieren würde, wenn Industrie angesiedelt, Gewerkschaften und Parteien gegründet würden.»<sup>56</sup>

Die nordrhein-westfälische Landesregierung reagierte ebenfalls ablehnend: «Geschlossene Städte von 10'000-15'000 Vertriebenen erscheinen soziologisch gesehen unerwünscht, da sie eine Eingliederung in die übrige ansässige Bevölkerung erschweren.»<sup>57</sup> Die Baugenehmigungen wurden nur zögernd erteilt, was grossen Ärger bei den Bauwilligen auslöste und in einem Schreiben an den Regierungspräsidenten 1951 deutlich zum Ausdruck kam: «Wir Ostvertriebenen sind zwar gegen den Kommunismus immun, aber wenn man uns derart behandelt und entrechtet, werden wir wohl eines Tages zu dem bewussten Strohalm greifen. (...) Der Bezirksplaner wird es sich dann beim Planen in den Weiten Sibiriens überlegen können, ob es richtig war, einem aufbauwilligen Ostvertriebenen durch engstirnige Massnahmen den Aufbau einer Existenz zu unterbinden.»<sup>58</sup>

Die Proteste hatten Erfolg, die Genehmigungen wurden nun zügig erteilt, so dass mit dem Bau begonnen werden konnte. Die landsmannschaftliche Zusammensetzung der Bewohner gliederte sich 1957 wie folgt: Westdeutschland 20 Prozent, SBZ 13 Prozent, Schlesien 18 Prozent, Ostpreussen 16 Prozent, Westpreussen 6 Prozent, Pommern 11 Prozent, Warthegebiet 7 Prozent, übriges Osteuropa 9 Prozent. 1959 lag der Vertriebenenanteil bei 73 Prozent. Im selben Jahr zählte Espelkamp mehr als 10'000 Einwohner und erhielt das Stadtrecht. Espelkamps erstes Gasthaus war der «Pommersche Hof».

In der Grundsteinurkunde der 1963 eingeweihten Thomaskirche klingt die Zuversicht der Bewohner an: «Wir waren Flüchtlinge und Vertriebene und haben nun wieder eine feste Statt. Wir waren ausgeplündert, elend und arm, ohne ein schützendes Dach, ohne Arbeit, ohne Brot. Es ist uns alles wieder geworden. Wir hatten mit der Heimat Namen und Gesicht, Rang und Geltung verloren und sind nun wieder Bürger des Landes gleicher Verantwortung und gleichen Rechtes. Der Zusammenhang mit unserer Heimatkirche war zerrissen. Nun sind wir Glieder der Evangelischen Kirche von Westfalen. Wir waren Heimatlose, uns wurde an diesem Orte neue Heimat geschenkt.»<sup>59</sup>

Pastor Wilde erinnerte sich einige Jahre später in den *Espelkamper Nachrichten*: «Zunächst waren sie ja alle einander fremd, die hierher kamen in der Hoffnung auf eine mögliche Zukunft. (...) Sie wollten nun Eins werden. Es galt, Fremdheiten zu überwinden, das Besondere zurück-, das Gemeinsame voranzustellen. Traditionen wollten gepflegt werden, aber wichtiger war, die Gegenwart zu gestalten und die Zukunft zu planen. Son-



Modell der Siedlung Espelkamp, 1956

Espelkamp war die Modellstadt für Vertriebene schlechthin. Die moderne, aufge-lockerte Anlage der Stadt und die gute sanitäre Ausstattung der Häuser weckten Neid und Missgunst in der Nachbarschaft. Ein ehemaliger Mitarbeiter der Aufbau-gemeinschaft berichtete 1959: «Die umliegende Bevölkerung sieht zum Teil nur, dass aus ‚fremden Habenichtsen‘ Besitzende in guten Häusern, teilweise mit guten Geschäften und Autos, also sozial Bessergestellte geworden sind.» Für die Einhei-mischen seien sie die Russen gewesen, erzählte ein Flüchtling aus Thüringen: «Wir kamen da ja her, und es entstand auch damals schon Neid, als hier die ersten Häuser gebaut wurden. Die hatten ihre Kotten da, ihren Bauernhof, und haben sich von früh bis abends geplagt. Und wir fingen an und haben uns Häuser dahingesetzt, moder-ner als die sie hatten.»

Heinz Rudolf Kunze

*Ich bin auch ein Verriebener*

Ich wurde geboren in einer Baracke

Im Flüchtlingslager Espelkamp.

Ich wurde gezeugt an der Oder-Neisse-Grenze,

ich habe nie kapiert, woher ich stamm.

(...)

Ich bin auch ein Verriebener, nirgendwo Gebliebener.

Zuhause ist, wo man mich hört.

derüberlieferungen und Zurückgelassenes wollte in Ehren gehalten sein, aber notwendiger war, das Gemeinsame zu sehen und bereit und offen für die gemeinsame Zukunft zu sein.»<sup>60</sup>

Im kleinbäuerlich-agrarisch geprägten Altespelkamp empfand man die neue Vertriebenensiedlung wie einen grossen Fremdkörper, der die Einheimischen zur Minderheit machte. Die Siedlung signalisierte, dass aus den Gästen Mitbürger geworden waren. Sozialneid, Vorurteile, Konkurrenzgefühle und Besitzstandsängste kamen auf. Ein Flüchtling aus Thüringen fasste in einem Satz zusammen, was die Westfalen über die Neubürger dachten: «Kommen da aus der Walachei und bauen sich da Paläste!»<sup>61</sup> Noch Mitte der 1950er Jahre bezeichneten Einheimische die neue Siedlung als «Lager».

Der Historiker Michael Hirschfeld hat den Integrationsprozess untersucht. Er unterscheidet drei Phasen im «Neubeheimatungsprozess»: Der ersten Phase der Abschottung der ansässigen Gesellschaft folgt eine Phase der Indifferenz oder des Schwebezustandes, die im Idealfall in die Phase der Eingliederung mündet.<sup>62</sup> Am Beispiel der nordbadischen Gemeinde Kirrlach bei Heidelberg hat die Ethnologin Ellen Kattner die Merkmale verschiedener Integrationsstufen herausgearbeitet.<sup>63</sup> Sie unterscheidet zwischen «Kirrlachern», «echten Kirrlachern» und «echten Kirrlachern mit einem alten Kirrlacher Namen», wobei es fließende Übergänge zwischen diesen Kategorien gibt. Zu den «echten Kirrlachern» gehören alle, deren Grosseltern Kirrlacher waren. Das Grab der Grosseltern auf dem Friedhof des Dorfes ist der Beleg für den Status des «echten Kirrlachers», ist das Zeichen für die Verwurzelung an diesem Ort. Man stammt von denen ab, die dort begraben sind. Je mehr Generationen einer Familie auf dem Kirrlacher Friedhof liegen, desto tiefer reichen die Wurzeln. Die Tiefe der Verwurzelung entscheidet über «Kirrlacher», «echte Kirrlacher» und «echte Kirrlacher mit einem alten Kirrlacher Namen».

Die abgesonderte Ansiedlung der Vertriebenen in einem eigenen Gemeinwesen wie Espelkamp führte zwar nicht zu der gewünschten schnellen Integration, förderte aber den Zusammenhalt im Innern in erstaunlicher Weise. Das zeigte sich dort in den 1970er Jahren, als die Zuwanderung der deutschen Spätaussiedler einsetzte, denn nun bildeten die Deutschen, die fünfzig Jahre zuvor aus dem Osten nach Espelkamp gekommen waren, eine besondere kulturelle Identität aus, indem sie ihr Selbstverständnis als Vertriebene betonten und sich als Gruppe von den neu zugewanderten Aussiedlern abgrenzten.



**Soll  
Espelkamp  
gespalten  
werden?**

Ja  oder Nein

Wir wollen keine Trennung

- zwischen Vertriebenen und Einheimischen
- zwischen Stadt und Land
- zwischen alt und neu

Deshalb am 16. September 1962  
ein klares **Nein**

### Volksentscheid in Espelkamp, 1962

Der Aufruf offenbart die immensen Vorbehalte gegen die «Fremden», die lange keine gleichberechtigten Mitbürger waren. Angst vor Überfremdung führte zu der Forderung, die Altgemeinde von der Vertriebenenstadt Espelkamp zu trennen. Bei einer Wahlbeteiligung von 54 Prozent sprachen sich in dem Volksentscheid allerdings 3'756 Wähler gegen die Trennung und nur 234 für die Selbständigkeit der Altgemeinde aus.



Vertriebenensiedlung Rehnenhof in Schwäbisch Gmünd, um 1950

Landauf, landab entstanden in den 1950er und 1960er Jahren Siedlungen an den Ortsrändern, die auf die Ankunft der Vertriebenen hinwiesen und Deutschlands Weichbild nachhaltig veränderten. Viele Leistungen wurden von den späteren Bewohnern in Eigeninitiative erbracht. Auch auf dem Rehnenhof legten die Vertriebenen selbst kräftig Hand an. Für die zwanzig Doppelhäuser mit je vier Wohnungen, die hier zu Beginn der 1950er Jahre gebaut wurden, benötigte man 40'000 Hohlblocksteine, die von den Frauen in Formen gegossen und dann an der Luft getrocknet wurden.

Eine Besonderheit stellten die Siedlungen vertriebener Fischer aus Pommern sowie Ost- und Westpreussen dar, die entlang der schleswig-holsteinischen Ostseeküste entstanden. Nach 1945 fanden auch vertriebene Fischer aus dem westpreussischen Heia in Schleswig-Holstein eine neue Heimat. Überwiegend wurden sie in 17 neu entstandenen Fischersiedlungen ansässig; darüber hinaus nahm Travemünde 15 Familien auf. In dieser beinahe geschlossenen Ansiedlung konnte die ost- und westpreussische Mundart bewahrt werden.<sup>64</sup> Die Bootsbesatzungen bestanden bis in die 1970er Jahre fast ausschliesslich aus bis zu drei Generationen der einzelnen Fischerfamilien. Der nächtliche Funkverkehr auf der Ostsee zwischen Fehmarnbelt, Bornholmbank und den dänischen Inseln wurde bis dahin überwiegend in der ost- und westpreussischen Mundart geführt.<sup>65</sup>

Bis 1949 erhöhte sich die Gesamtzahl der Beschäftigten in der See- und Küstenfischerei an beiden Küsten Schleswig-Holsteins auf 4'800 Mann, darunter 1'875 vertriebene Fischer, die sich auf 2'240 Betriebe verteilten (Nordsee 642, Ostsee 1'598).<sup>66</sup> Als Spezialität gerade der ost- und westpreussischen Fischer galt der Lachsfang vor den heimischen Küsten. Die ersten Fangreisen bis in die Danziger Bucht und auf die Höhe von Memel wurden bereits im Winter 1948/49 unternommen; für die Fischerei Schleswig-Holsteins bedeutet dies eine wirkliche Innovation. Noch in den 1960er Jahre gingen die ostdeutschen Fischer bis drei Seemeilen vor Heia ihrer Arbeit nach. Als Konkurrenten traten dort vornehmlich ihre geflüchteten Kollegen aus Neukuhren an der ostpreussischen Samlandküste auf. Bei Sturm konnten sie ihre ehemaligen Heimathäfen an der polnischen Ostseeküste anlaufen und gehörten damit zu den ersten, die die alte Heimat besuchten. Zur Vermarktung der Fänge riefen die an der Kieler Förde ansässig gewordenen Flüchtlingsfischer 1947 die Genossenschaft «Fischverwertung Kieler Förde» ins Leben, ein Nachfolgeunternehmen der 1927 gegründeten ostpreussischen Fischverwertungsgenossenschaft Pillau. 1973 fusionierte sie mit der Kieler Fischergenossenschaft, in der die einheimischen Fischer zusammengeschlossen waren.<sup>67</sup>

Bei aller Aus- und Abgrenzung war die Flüchtlingsiedlung am Dorfrand für die Vertriebenen die erste Zuflucht im schwierigen Prozess der Integration. Hier fand die Gratwanderung zwischen Bewahrung des heimatischen Erbes und Anpassung an neue Mentalitäten, Verhaltensnormen und Lebensformen statt. Hier begann der Weg zum Neubürger. Das eigene kleine Siedlungshaus bedeutete soziale Anerkennung in einer vom Besitz geprägten Umgebung, die Rettung vor der Proletarisierung, die Erfüllung



Die Schlesische Künstlersiedlung auf dem Atzenberg in Wangen im Allgäu, erbaut 1952

Die mit Mitteln der staatlichen Umsiedlungsaktion errichteten und durch das Kultusministerium sowie das Kulturwerk Schlesien geförderten Einfamilienhäuser für acht schlesische Künstlerfamilien wurden von dem Architekten Motzer recht grosszügig geplant. Wegen der schönen Aussicht auf dem Atzenberg sind sie noch immer sehr begehrt. Die Siedlungshäuser der vielen anderen Vertriebenen, die nach Wangen kamen, waren bescheidener, aber sie machten die Bewohner zu Hausbesitzern. Ein Eigenheim war für Einheimische wie für Vertriebene in gleicher Weise erstrebenswert. Für die zugezogenen Bauherren bedeutete es einen ganz erheblichen Prestigegewinn. Zwar blieben sie im Allgemeinen «Flüchtlinge», doch war das Stigma der völligen Besitzlosigkeit von ihnen genommen – sie waren nicht mehr die «armen Flüchtlinge», als die sie angekommen waren.



des Traums von einem kleinen Stück «Heimat».

Jörg Lau, Redakteur der *Zeit*, hat über seinen aus Westpreußen vertriebenen Vater geschrieben: «Mein Vater hatte einen dieser langen Wege nach Westen zurückgelegt, die für die Bundesrepublik typisch waren. (...) Mit dem Haus hatte mein Vater sich die Kriegskindersehnsucht nach einer bürgerlichen Existenz erfüllt, also auch nach eigenem Grund und Boden. (...) der Alltag, der sich in unserem Siebziger-Jahre-Bungalow entfaltete, mag kleinbürgerlich gewesen sein, er war dennoch ziemlich unspiesig. Mein Vater, dem es nicht eingefallen wäre, auch nur ein einziges Mal aus seinem Vertreibungsschicksal eine larmoyante Opfergeschichte zu machen, brachte einen Hauch von freundlich-zupackender Weltläufigkeit in das alteingesessene, gutkatholische Dörflermilieu. (...) Man müsste endlich einmal, denke ich oft in Erinnerung an meinen von den Totalitarismen des letzten Jahrhunderts mächtig herungeschubsten Vater, die Vertriebenen als Agenten der Modernisierung der Bundesrepublik beschreiben. Sie waren ungeliebte Fremde im eigenen Land. Sie hatten sich und anderen etwas zu beweisen. Sie brachten die alteingesessenen Milieus und ihren Trott heilsam durcheinander – so wie jener preussisch-protestantisch geprägte Bäckermeister.»<sup>68</sup>

Die aus anderen sozialen, kulturellen und konfessionellen Zusammenhängen stammenden Zwangsneubürger haben innerhalb der festgefühten ländlichen Gesellschaften wie ein Ferment gewirkt; sie stellten eingeschliffene Traditionen und kulturelle Konventionen in Frage und schufen in sozioökonomischer Hinsicht infolge der fehlenden Bindung an den Boden mit einem Schlag massenhaft typisch moderne Lagen. Damit wurden sie zu einem Modernisierungsfaktor ersten Ranges.<sup>69</sup>

### Missverständnisse und Vorurteile

Die Kreisbeauftragten für das Flüchtlingswesen in Württemberg-Baden gaben im Sommer 1947 zu Protokoll: «Die einheimische Bevölkerung versucht mit Beschuldigungen primitivster Art, wie durch Verleumdungen, die Neubürger in ein schlechtes Licht zu stellen, um sie nach Möglichkeit aus ihrem Wohnbereich herauszubekommen.»<sup>70</sup> Wenn man den Fremden nichts Konkretes anhängen konnte, rügte man ihren Lebenswandel allgemein: «In den

evangelischen Kerngebieten der ehemaligen amerikanischen Zone hat der lebensfrohe und stark verstärkte katholische Sudetendeutsche oft Kino, Tanzkurs, Sportverein aufs Dorf gebracht. Dies wird besonders in den pietistischen Gemeinden Württembergs bedauert.»<sup>71</sup> Als das *Amtsblatt für den Landkreis Buchen* dazu aufforderte, die Tanzvergnügen einzuschränken, wandte sich die Kreisvertretung der Interessengemeinschaft der Ausgewiesenen Deutschen (IDAD) in einem offenen Brief und nicht ohne Ironie an das «liebe Amtsblatt»: «Dir ist es ganz klar, dass nur die Ostvertriebenen an den vielen Tanzveranstaltungen schuld sind, denn bevor die Vertriebenen kamen, wurde ja hier fast nicht getanzt. Aber diese bösen Ostvertriebenen, die leben hier wie der Herrgott in Frankreich, sie haben ein ‘reiches’ Einkommen und so ‘schöne’ Wohnungen, sie fühlen sich hier so wohl, dass sie offenbar den ganzen Tag tanzen und springen müssen. – Da hast Du Dich aber, liebes Amtsblatt, einmal gründlich getäuscht.»<sup>72</sup>

Man hatte unterschiedliche Ansichten, und man verstand einander nicht. Das rollende «R», die unterschiedlichen Dialekte der Ostpreussen, Böhmerwäldler, Bessarabiendeutschen und Donauschwaben, das waren ganz neue Laute in den Ohren der Einheimischen.<sup>73</sup> Durch Tracht und Sprache fielen die Vertriebenen sofort auf, aber auch ihre Gerichte waren andere und ihr Hausrat. Die Dürener etwa, die unter Steppdecken schliefen, fanden die Daunenbetten der Schlesier höchst seltsam und haben diese «schlesische Wäsche» getauft.<sup>74</sup>

In der Art und Weise, die kirchlichen Feste zu begehen, gab es deutliche Unterschiede. Zu einem ernsthaften Zusammenstoß kam es in Eichenau bei Riedlingen, wo sich fromme Ungarndeutsche aus Szarazd niedergelassen hatten, denen man ein sektiererisches Wesen unterstellte. Diese weigerten sich 1956 beim Schwäbisch-Alemannischen Narrentreffen, Angehörige der Narrenzünfte in ihren Wohnungen aufzunehmen, und brachten in der Stadt demonstrativ ihre Abneigung gegen das «unchristliche» Treiben zum Ausdruck.<sup>75</sup> Auf dem Calwer Wimberg und in einigen anderen Siedlungen verboten Eltern ihren Kindern das Dreikönigssingen, da sie fürchteten, der alte Brauch aus ihrer Heimat könne als Bettelei aufgefasst werden.<sup>76</sup>

Das Fremde verstörte und löste Ablehnung aus, verhängnisvoll war aber vor allem, dass so vieles als fremd empfunden wurde, weil die meisten Einheimischen überhaupt keine Vorstellung vom Osten hatten: «Es gab Fragen wie ‘Habt ihr elektrisches Licht gehabt? Habt ihr fließend Wasser gehabt, habt ihr eine Badewanne gehabt? Hattet ihr die Toiletten im Haus oder waren die vor dem Haus?’»<sup>77</sup> Die aus dem Sudetenland stammende



Kinder von Vertriebenen aus der Grafschaft Glatz beim «Sommersingen» vor dem Pastorat im westfälischen Nienberge, 1960

Das Schlesische Sommersingen wurde vielerorts durchgeführt, wo Schlesier in grosser Zahl ansässig wurden, etwa im Münsterland, in Niedersachsen und in Bayern. Am Sonntag Lätare, dem dritten Sonntag vor Ostern, ziehen die Kinder mit dem Sommerstecken, an dem bunte Papierbänder befestigt sind, von Haus zu Haus, «Summern» (singen) ihre «Heischeversel» (Lieder) und erhalten dafür Eier, Süsigkeiten, Obst und vor allem die für das Sommersingen typischen Schaumbrezeln, auch Beegla genannt. Der Brauch stammt aus der Zeit, als man das Jahr in zwei Hälften teilte: Sommer und Winter. Auch an den Liedern, die gesungen wurden, kann man erkennen, dass der Brauch bereits um das Jahr 1000 entstand.

## G wie Gottscheerisch

gaf <sup>e</sup>	schnell, jäh	g <sup>e</sup> nü <sup>e</sup> kh	genug
Gaig <sup>e</sup> , Gaign	Ziehharmonika	G <sup>e</sup> pat, G <sup>e</sup> patle	Gebet
Gaischt, Gaischt <sup>e</sup> r	Geist	g <sup>e</sup> poarn	geboren
gaitsikh	geizig	g <sup>e</sup> rachtisch	rechtshändig
gal	gelb	Gartsch, G <sup>e</sup> rtsch <sup>e</sup>	Gestrüpp
Galt, Gaut	Geld	g <sup>e</sup> schahn	geschehen
Garscht <sup>e</sup>	Gerste	g <sup>e</sup> schait	gescheit
gatsn	füttern	g <sup>e</sup> schoarbm	gestorben
Gäudi	Spass, Gaudi	gescht	gestern
gean	gehen	G <sup>e</sup> shbischt <sup>e</sup> r	Geschwister
gearn	gern	g <sup>e</sup> shünt	gesund
gabeng	gewinnen	g <sup>e</sup> tankisch, tankisch	linkshändig
G <sup>e</sup> ber, G <sup>e</sup> ber <sup>e</sup>	Gewehr	g <sup>e</sup> vol	gefallen
g <sup>e</sup> bisch	gewiss	g <sup>e</sup> vri <sup>e</sup> shn	gefrieren
G <sup>e</sup> bont, G <sup>e</sup> bant <sup>e</sup> r	Gewand	Gi <sup>e</sup> tle, Gi <sup>e</sup> tlain	Rind
g <sup>e</sup> hilb <sup>e</sup> r	bewölkt	gli <sup>e</sup> n	glühen
g <sup>e</sup> hoit <sup>e</sup> r	heiter	Glikh	Glück
g <sup>e</sup> liacht	hell	glontsn	glänzen
G <sup>e</sup> moin	Gemeingrund	glott	glatt

«Wörterbüchlein» aus der *Gottscheer Zeitung* vom Juni 2007

Die Gottschee ist eine versunkene deutsche Sprachinsel im heutigen Slowenien. In der rauhen Mittelgebirgslandschaft im Südosten des Landes siedelten seit dem Hochmittelalter Deutsche, die die Region bis zum Zweiten Weltkrieg prägten. Aufgrund der isolierten Lage bewahrten sie ihren archaisch anmutenden mittelalterlichen Gottscheer Dialekt. Heute erlebt das Gottscheertum unter den in Slowenien Verbliebenen eine Renaissance. Sie haben sich in zwei Vereinen in Laibach und in Pöllandl zusammengeschlossen und mit Hilfe der Kärntner Landesregierung, der österreichischen Bundesregierung und des deutschen Innenministeriums ein Kulturhaus im Dorf Krapflern bei Pöllandl errichtet.



Der Hohe Gatschen mit dem verwitterten Gedenkstein, der anlässlich der 600-Jahrfeier der Ansiedlung am 10. August 1930 aufgestellt wurde

Nach dem Ersten Weltkrieg fiel die Sprachinsel mit dem Herzogtum Krain, das wie Kärnten 1135 an die Habsburger und damit an die österreichischen Erblande gekommen war, an das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Die Folgen waren für die Gottscheer verheerend. Das gut entwickelte deutsche Schulwesen wurde nach und nach zerschlagen, die deutschen Vereine aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt und das kulturelle Leben lahmgelegt. Nach der Besetzung Gottschees durch die Italiener mussten sie sich für die Umsiedlung «nach Deutschland» bereit machen oder ihr «Volkstum» aufgeben. Bei Kriegsende fielen sie in grosser Zahl den Partisanen in die Hände und landeten in den Lagern von Sterntal bei Pettau und Tüchern bei Cilli, wo Hunderte zugrunde gingen. Wem die Flucht gelang oder wer Folter und Hunger überlebte, suchte in Österreich oder Deutschland eine neue Heimat. In New York gründeten die bereits im 19. und frühen 20. Jahrhundert in grosser Zahl nach Amerika ausgewanderten Gottscheer die «Gottscheer Relief Association», die entscheidend zur Linderung der in Not Geratenen beitrug.

Frau Hübner berichtete über ihre Zeit in Bad Vilbel: «Sie wurden auf der Gemeinde gefragt, warum Sie so gut Deutsch sprechen, wenn Sie doch aus der CSR kommen. Es hat sie gewundert, dass es hier Menschen gab, die nicht wussten, dass dort auch Deutsche lebten.»<sup>78</sup>

Darüber hinaus konnten die Einheimischen sich, sofern sie nicht ausgebombt waren, nicht vorstellen, wie es ist, wenn man innerhalb von wenigen Stunden alles verliert. Und was sie hörten, wollten und konnten sie oft einfach nicht glauben. Die äussere Erscheinung der Flüchtlinge mag dazu beigetragen haben, schliesslich waren sie nach monatelanger Irrfahrt zerlumpt, erschöpft und ohne jede Habe.<sup>79</sup> Man sah ihnen nicht an, wie kultiviert und wohlhabend sie einst gelebt hatten. Eine Breslauerin war höchst erstaunt, als man sie nach der Ankunft in einem kleinen westfälischen Ort aufforderte, mit der Familie des Bürgermeisters aus einer Schüssel zu essen.

Der Volkskundler Ulrich Tolksdorf hat ein Mehrphasenmodell für die kulturelle Integration beschrieben. Die erste Phase besteht in einem regelrechten Kulturschock, dem «Sitzen auf gepackten Koffern», gefolgt von der zweiten Phase, dem in den 1950er Jahren einsetzenden Kulturkontakt, und der dritten Phase, dem Kulturkonflikt. Als Beispiel für die zweite Phase, den Kulturkontakt, führte er eine Notiz aus der Zeitschrift für plattdeutsche Sprache und Dichtung *Quickborn* von 1954 an: «Plattdeutsch unerwünscht. Im 'Bund der vertriebenen Deutschen' hat man Klage geführt, dass ihre Kinder durch die Schule dem heimatlichen Dialekt, ihrer ostdeutschen Mundart entfremdet würden, weil man sie aufgefordert habe, westdeutsches Platt zu sprechen. Es ist für die Eltern gewiss schmerzlich, wenn die Kinder anders sprechen als sie. Aber dagegen ist kein Kraut gewachsen, wenn man in plattdeutscher Umgebung wohnt. Die Sprache ist die Heimat und wird zur Heimat. Das gilt auch für die Flüchtlinge. Warum sollte den Flüchtlingskindern gerade durch die Mundart der neuen Wohnorte nicht eine neue, echte Heimat entstehen?»<sup>80</sup>

Kinder aus einer Vertriebenensiedlung in Wangen im Allgäu zeigten eine gewisse Unsicherheit im Sprachgebrauch, weil ihre Eltern einen anderen Dialekt als das Allgäuer Schwäbisch sprachen. Die Kinder tendierten ausserhalb der Familie eher zum Hochdeutschen als zum Schwäbischen, auch wenn sie meinten, problemlos vom Familiendialekt auf den der Allgäuer Umwelt umzusteigen. Das erfährt eines der Kinder nach dem Umzug innerhalb der Stadt: «Wo wir unsere Nachbarn kennengelernt ha-

ben, da hat keiner geglaubt, dass ich aus Wangen bin, gebürtig aus Wangen. Das gibt's doch gar nicht, du bist doch kein Wangener!»<sup>81</sup> Vertriebenkinder im Süden waren in der Regel diejenigen, die am besten Hochdeutsch sprachen. In einer Rottenburger Schulklasse nannten Kinder einen der vertriebenen Jungen den «Herrenbub», was geringschätzig gemeint war und sich auf dessen dialektfreie Sprache bezog.<sup>82</sup> In Oldenburg erklärte 1947 eine Schulklasse einstimmig, das beste Oldenburger Platt spreche ein dreizehnjähriges Mädchen aus Masuren. Die Anpassungsfähigkeit dieser Kinder war besonders ausgeprägt. Sie beherrschten in Gegenden mit Mundart die Umgangssprache schnell. Dennoch ist der insgesamt zu verzeichnende Mundartschwund nach 1945 in Norddeutschland erheblich durch die Vertriebenen mitverursacht worden.<sup>83</sup>

In der dritten Phase, dem Kulturkonflikt, erfolgt nach Tolksdorf die Rückbesinnung auf eigene kulturelle Werte in Auseinandersetzung mit denen der Aufnahmegesellschaft, und es zeigt sich Integrationsbereitschaft unter Beibehaltung der eigenen «Heimatfähigkeit».

Eine vierte Phase bildete die sekundäre Minderheitenbildung in den Vertriebenenverbänden sowie in der ostdeutschen Kulturarbeit. Die fünfte Phase schliesslich stellte die Akkulturation dar, einer Integrationsstufe, bei der Elemente der Eigenkultur und der Fremdkultur so weit verschmolzen sind, dass eine der Umwelt angepasste Verhaltenssicherheit bei den Gruppenmitgliedern zu verzeichnen ist. Dieses lässt sich spätestens in den 1970er Jahren beobachten.

Heute, so scheint es, befinden wir uns nach Ulrich Tolksdorf in der sechsten Phase, in der die punktuelle Bewahrung von Volkskultur in der postmodernen Gesellschaft im Vordergrund steht.<sup>84</sup> Alltägliche Gegenstände, oft Mitbringsel aus der alten Heimat, erhalten unabhängig von ihrem materiellen Wert eine hohe Symbolkraft.<sup>85</sup> Solche Reliquien bewahren die Erinnerung oder sind Anstoss dafür. Je dürftiger das materielle Gepäck, desto schwerer wiegt die Überlieferung,<sup>86</sup> etwa die kulinarische. Königsberger Klopse und Schlesisches Himmelreich werden serviert, wo man üblicherweise rheinisch oder bayrisch kocht. Die punktuelle Bewahrung ostdeutschen Kulturguts mag viel mit der Suche nach den Wurzeln der eigenen historischen, lokalen und kulturellen Identität zu tun haben, auf jeden Fall hat sie die «emotionale Integration» verzögert. Seit Ende der 1970er Jahre und erst recht in den 1980er Jahren lässt sich eine kulturelle Wiederbelebung der heimatlichen Bräuche durch Einzelne oder gar durch ganze Gruppen feststellen.<sup>87</sup>

Ein Indiz für diese Entwicklung ist der sogenannte Heimwehtourismus, der jährlich Hunderttausende von Vertriebenen in die alte Heimat führt. Doris Stennert hat Vertriebene in die Grafschaft Glatz begleitet. Alle betonten, dass sie im Westen eine neue Existenz aufgebaut und sich eingegliedert hätten, fühlten sich aber immer noch einer «von den Westdeutschen» unverständenen oder gar diskriminierten Minderheit zugehörig. Die gemeinsame Heimat, die Erfahrung von Heimatverlust und Ankunft in der Fremde verband die Teilnehmer und liess den Eindruck einer homogenen Gruppe entstehen. Man sprach im Bus Grafschafter Dialekt und fühlte sich unter Schicksalsgenossen, die einen verstanden. Die vergleichbaren Lebensläufe führten zu übereinstimmenden Erinnerungen, Meinungen und Vorurteilen.<sup>88</sup>

Ob und wie weit die kulturelle Integration gelang, war abhängig von der landsmannschaftlichen Prägung, der Mentalität und der sozialen Gruppe der Vertriebenen. So haben die Deutschbalten, die jahrhundertlang das Bewusstsein einer kulturellen und wirtschaftlichen Elite im Baltikum gepflegt hatten, sich nach 1945 auf elitär anmutende Weise isoliert. Entweder bestand kein Interesse an der Kontaktaufnahme zur neuen Umwelt, oder man verschanzte sich hinter einer gewissen Arroganz und pflegte Vorurteile. Der Schwatz auf der Strasse, den man in Bayern liebt, die Freude am Fussball, das Du zur Begrüssung und die Lederhose, das alles war den Deutschbalten fremd. Ihnen erschien dieses Verhalten unkonventionell, ja primitiv, und so hielten sie die Bayern für weit unter ihrem eigenen Niveau stehend.<sup>89</sup>

Die Vertriebenen setzten auf Kultur und Bildung und schickten ihre Kinder auf weiterführende Schulen. Ostern 1947 waren beim Gymnasium Ulricianum in Aurich 43 Vertriebenenkinder zur Aufnahmeprüfung in die 5. Klasse angemeldet. Das waren 40 Prozent aller Anmeldungen, obwohl der Vertriebenenanteil in Aurich nur bei 20 Prozent lag.<sup>90</sup>

Schon in den 1950er Jahren wurden Forscher vom Schulerfolg der Vertriebenenkinder überrascht, die bessere Leistungen erbrachten, als nach den Strapazen von Flucht und Vertreibung sowie den vielen Unterrichtsausfällen zu erwarten war. Die vorwiegend von vertriebenen Forschern durchgeführten Untersuchungen waren allerdings stark ideologisch belastet und sollten zeigen, dass vertriebene Kinder begabter seien als einheimische. Gerade in Ostfriesland hatte die Überrepräsentation von Flüchtlingskindern an weiterführenden Schulen mit Begabung aber wenig



zu tun. Zu den wahren Gründen äusserte sich ein Lehrer in der Holtlander Schulchronik: «Wir standen als Schulmeister zwei klaren Fronten gegenüber: Das waren einmal die Eltern unserer Flüchtlingskinder, die von uns eine gediegene, gute Ausbildung ihrer Kinder forderten, da sie darin ihre einzige Kapitalanlage sahen, das waren aber auch unsere Bauern, die den gegenteiligen Standpunkt vertraten. Das Abwandern der Beweglichsten zur Stadt, der Arbeitskräftemangel, die Überarbeitung aller, insbesondere der Bäuerinnen und die Mitarbeit der Schulpflichtigen taten der Allgemeinbildung und damit der Landschule einen gewaltigen Abbruch. So entstand im Dorf die Meinung, dass Bildung die Landflucht begünstige. 'Lat se man nich tau veel leren, süss behol we überhaupt keine Lühe. Et mut ok Dumme geven, wer sali süss dä Arbeit bi uns maken.'»<sup>91</sup>

Eheschliessungen können ein Indikator für Integration sein, müssen es aber nicht. Ehen zwischen Vertriebenen und Einheimischen sagen nicht zwangsläufig etwas aus über den Grad der Integration, sie können auch Zweckbündnisse darstellen, bei denen die Partner ihre jeweilige kulturelle Identität wahren. Einheimische und Vertriebene blieben zunächst mehr oder weniger unter sich, Mischehen waren selten. Insgesamt sieht Paul Exner darin die These einer nur sehr langsamen sukzessiven Integration bestätigt. 1948 schlossen in Bayern insgesamt 16'344 Vertriebene Ehen mit Einheimischen, das waren 17,2 Prozent aller Eheschliessungen, allerdings gab es in den Städten mehr Mischehen als auf dem Land. 1950 gingen 21'228 Vertriebene eine Mischehe ein (23,1 Prozent), 1952 sogar 24,8 Prozent.<sup>92</sup> Im Jahr 1958 zählte man im baden-württembergischen Gottmadingen 5'017 Einwohner, davon 1'246 Vertriebene, also etwa ein Viertel der Bevölkerung, davon wiederum ein Viertel (325) waren Deutsche aus Südosteuropa, von denen 154 aus dem jugoslawischen Syrmien kamen. Seit 1950 haben Südostdeutsche in Gottmadingen 18 Ehen geschlossen, davon drei mit einem einheimischen Partner, fünf mit Partnern aus einem anderen ehemals deutschen Gebiet, und in zehn Fällen waren beide Partner Südostdeutsche. Bei 33 Kindern, die hier zur Welt kamen, haben drei einen einheimischen Elternteil, eines einen Elternteil aus Ostpreussen, und bei 29 kommen beide Elternteile aus dem südostdeutschen Raum.<sup>93</sup>

Die karpatendeutsche Vertriebene Hilde S., geboren 1932, hat von den Diskriminierungen berichtet, die sie in Unterelchingen im bayerischen Schwaben erfuhr, nachdem sie einen Einheimischen geheiratet hatte: «Der



Die Gruppe der Deutschen Jugend des Ostens (DJO) im Festzug zum Vredener Stadtjubiläum, 1952

Vertriebene hatten es schwer, in der Welt der Einheimischen ihren Platz zu finden. Mit der Gründung eigener Vereine und Verbände, die aus Notgemeinschaften erwachsen, versuchten sie mit vereinten Kräften, Zugang zur westdeutschen Gesellschaft zu finden. Mit ihrem Festzugsbeitrag erinnert die DJO in Vreden an die mittelalterlichen Siedler aus Westfalen, die im Zuge der Ostkolonisation nach Pommern, Ostpreussen und Schlesien gelangten, und erinnert damit an eine Vergangenheit, die Einheimische und Vertriebene verbindet.

Hans hat einen Flüchtling. Und einen komischen Namen hat sie auch noch' – ich hiess doch Orawetz. Da war der Teufel los. Die Eltern haben ihrem Sohn gesagt: 'Die isch nix, die hat nix, die kann nix. Die Flüchtlinge taugen nix! Wenn das anständige Leute gewesen wären, hätte man sie nicht vertrieben!' Sie haben ihm verboten, mich zu heiraten, und ihn so unter Druck gesetzt, dass ich schon vorgeschlagen habe: 'Lass uns Schluss machen. Wenn deine Eltern sich jetzt schon so anstellen, wie soll das werden, wenn wir verheiratet sind?''<sup>94</sup>

Für Paul Exner stellt sich die Eingliederung der Neubürger in die dörflichen Strukturen «als allmählicher, mit starken Retardierungsmomenten behafteter, einseitiger Adaptionsprozess von Seiten der Vertriebenen» dar.<sup>95</sup> Die einseitige Anpassung belegt Exner anhand von drei westfälischen Dörfern – Ottmarsbocholt im Kernmünsterland, Heek im Westmünsterland sowie Rödinghausen im Nordwesten des Ravensberger Landes im Kreis Herford. Eine konfliktfreie Koexistenz von Alt- und Neubürgern war in keinem der drei Dörfer in der Nachkriegszeit möglich. Die teilweise handfest ausgetragenen Streitigkeiten entsprangen der materiellen Not und unterschiedlichen materiellen Ausgangslagen, aber auch die unterschiedlichen Deutungs- und Verhaltensmuster spielten eine grosse Rolle. Dass man einander fremd war, behinderte die Kommunikation und verstärkte die gegenseitige Abneigung. Bezeichnungen wie «die Rucksackdeutschen» oder «die Einheimischen» waren unangemessene Verallgemeinerungen und drückten Geringschätzung aus.

Im Allgemeinen wurde verlangt, dass die Zugezogenen sich anpassen. Aber sie sorgten allein durch ihre Anwesenheit für Veränderungen in der politischen Kultur des Dorfes, nämlich in der institutionalisierten Form der Kommunikation und Interaktion der Dorfbewohner. Die Bekanntgabe amtlicher Bescheide erfolgte bis dahin oft durch Ausruf an der Kirche nach dem sonntäglichen Hochamt. Diese althergebrachte Ansagepraxis an einem bekenntnisgebundenen Ort war in einer konfessionell heterogenen Dorfgesellschaft nicht mehr möglich. Der Zuzug Andersgläubiger verlangte die Verlegung an einen konfessionell neutralen Ort. Während vor dem Krieg die Ratssitzungen sonntags nach dem Kirchgang in Wirtshäusern oder privaten Wohnungen stattgefunden hatten, wurden sie seit Ende der 1940er Jahre für einen Nachmittag unter der Woche anberaumt. Die politischen Entscheidungsprozesse gewannen an Transparenz, denn es gelang den Vertriebenen, diese aus dem Dunstkreis verwandtschaftlicher Ab-

sprachen in Gast- und Gotteshaus herauszulösen.<sup>96</sup> Auch das Abstimmungsverhalten änderte sich. Bis dahin war man sich meist schon vorher einig gewesen, hatte Personal- und Sachentscheidungen traditionell einstimmig und durch Zuruf gefällt und Konflikte im Vorfeld durch interne Absprachen gelöst. Nach 1945 gab es keine einstimmigen Entscheidungen mehr, die Stimmen wurden ausgezählt.

Das Fest- und Vereinsleben hat die Integrationskraft des Sozialsystems Dorf wenig gefördert. Die einheimische Bevölkerung feierte ihre traditionellen Vereinsfeste nach wie vor unter sich und nahm nur wenige Vertriebene in die bestehenden Organisationen auf. Der Schützenverein blieb eine exklusive Domäne der Einheimischen. Die Statuten der Sankt-Johannes-Bruderschaft in Ottmarsbocholt etwa sahen noch Mitte der 1950er Jahre vor, dass die Mitglieder der katholischen Kirche angehören und mindestens zehn Jahre im Ort beheimatet sein mussten. Selbst Mitte der 1970er Jahre, als bereits die zweite Generation der Vertriebenen in den westfälischen Gemeinden lebte, war die Eingliederung keinesfalls so nachhaltig und vollständig erfolgt, wie man es gern gesehen hätte. Während in Ameloe bereits 1957 ein Vertriebener die Schützen regierte, wurden in Kleinemast bis auf zwei Ausnahmen erst Mitte der 1960er Jahre Vertriebene in den Schützenverein aufgenommen.<sup>97</sup> Aufnahme musste aber nicht heißen, dass man tatsächlich dazugehörte: «Wir sind in Vilbel in einem Verein, da hatten wir jetzt Jubiläum. Mein Mann ist in dem Jubiläumsheft geehrt worden für 25 Jahre Mitgliedschaft. Und da haben die Leute gesagt: 'Ja der Flüchtling, was will der denn in unserem Vereine»<sup>98</sup>

Astrid Pellengahr untersuchte vier Gemeinden aus den Altlandkreisen Günzburg und Friedberg in Bayern mit dem Ergebnis, dass die Einheimischen in jeder Untersuchung sämtliche Vereinsvorsitzenden und Vereinsfunktionäre stellten. Auch Heinz Schmitt, der Anfang der 1960er Jahre die sozialstrukturellen Daten von 52 Vereinsvorsitzenden der Vereine in Weinheim ermittelte, kam zu dem Ergebnis, dass die Vertriebenen stark unterrepräsentiert waren. Jenseits der Landsmannschaften bekleideten Vertriebene nur 4,7 Prozent aller Vorsitzendenämter.<sup>99</sup> Gisela Kyrieleis stellte in ihrer Untersuchung über Feuerwehrvereine in Hessen fest, dass viele Freiwillige Feuerwehren «personell und in den Traditionen weitgehend mit den Vorkriegsvereinen übereinstimmten». Das wurde auch von Astrid Pellengahr bestätigt.<sup>100</sup>

Da sich die Vertriebenen im etablierten Vereinswesen kaum durchset-

zen konnten, wichen sie in Nischen aus. Zusammengeschlossen in Vereinen, mussten sie nicht als Bittsteller auftreten, sondern konnten als Vertreter von Gruppen Anträge stellen.<sup>101</sup> Vor allem die Kleingartenkolonien blühten nach 1945 wieder auf; sie waren schon immer das Revier der sogenannten kleinen Leute, bei denen das Geld knapp war, und die Vertriebenen waren arm. Manche Kleingartenvereine wurden sogar erst nach 1945 durch Vertriebene gegründet.

Sportvereine boten die besten Möglichkeiten zur Integration.<sup>102</sup> Die *Günzburger Zeitung* behandelt das Thema am 13. März 1949 unter der Überschrift «Der Sport und die Heimatvertriebenen»: «Ein schussgewaltiger Stürmer, ein Schlagvirtuose, ein treffsicherer, ausdauernder Boxer, ein Skikünstler sind durch keinerlei Vorurteile oder amtliche Winkelzüge vom Erfolg auszuschliessen. (...) Im Sport ist das Flüchtlingsproblem aufgrund der Leistungen gelöst, auf anderen Gebieten harret es einer Lösung noch. Das sportliche Vorbild sollte Schule machen.»<sup>103</sup>

Viele Vertriebene haben eine Tendenz zur Überanpassung gezeigt, ganz besonders indem sie sich von den Ausschweifungen anderer durch Disziplin absetzten. Man wollte auf diese Weise den vermeintlich höheren Zivilisationsstand der Ostdeutschen unter Beweis stellen und den Vorurteilen der Einheimischen entgegentreten. Der Aufforderung zur Teilnahme am «Tag der Heimat» wurde im westfälischen Wewelsburg stets hinzugefügt: «Es wird gebeten, musterhafte Disziplin zu bewahren. Niemand darf aus der Rolle fallen. Wir wollen zeigen, dass Rauferei, Krach und sinnlose Trunkenheit auf unseren Festen nicht vorkommt.»<sup>104</sup>

Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien war in den 1960er Jahren stolz, wie weit es die Schlesier von Scheessel in der Nordheide auf diese Weise gebracht hatten: «Die gegenseitige Hilfsbereitschaft, der ehrsame Arbeitswille und das freundliche offene Wesen erwarben bald bei den Einheimischen Achtung, und so mancher Schlesier wurde bald in Scheessel bekannt, und was noch mehr wert ist, so mancher Schlesier wurde beliebt.» In Wahrheit gab es in Scheessel, wo 214 Schlesier, vor allem aus dem Riesengebirge, wohnten, damals ein Nebeneinander, aber längst noch kein Miteinander. Die typische Vertriebenensiedlung mit Nebenerwerbscharakter lag weitab vom Ort in einem Waldgelände. Inoffiziell wurde die «Ostlandsiedlung» Klein-Korea genannt. Viele Vertriebenensiedlungen entstanden auf Unland und erhielten durch den Volksmund auf den Koreakrieg oder anderes bezogene abträgliche Bezeichnungen.<sup>105</sup>

Das gegenseitige Missfallen konnte zu regelrechten Auseinandersetzungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen führen. In Passau etwa hatte der Redakteur Günther Goetzendorf nach Kriegsende einen «Neubürgerbund» gegründet, zu dessen erster grosser Kundgebung 3'000 Vertriebene in die dortige Nibelungenhalle kamen. Goetzendorf richtete bei der Veranstaltung scharfe Angriffe gegen das unzureichende Flüchtlingsgesetz, während die Partei der Einheimischen, die «Bayernpartei», herbe Kritik an der «Überfremdung» und «Fremdenbesatzung» übte.

Bei der Wahl zum Passauer Stadtrat am 30. Mai 1948 erhielt die Bayernpartei 26,2 Prozent der Stimmen, die CSU kam auf 25,8, der Neubürgerbund auf 15,8, die SPD auf 12,7, die Union der Ausgewiesenen auf 2,1 und die SPD-Liga der Vertriebenen ebenfalls auf 2,1 Prozent. Während des Wahlkampfes war manches zu beanstanden gewesen. So soll eine Stadträtin zum geplanten Bau eines Tennisplatzes vor einem Barackenlager für Vertriebene geäussert haben, wenn man das Pack sehe, drehe sich einem der Magen um. Einen anderen Satz bestritt die Stadträtin nicht: «Wozu brauchen Menschen, die nie ein Bad gesehen haben, ein Badezimmer!»<sup>106</sup>

Im Jahr 1964 sollte die Vertriebenenfrage kommunalpolitisch noch einmal eine Rolle spielen, als nämlich der aus Brünn gebürtige Dr. Brichta als Vertreter der CSU für das Amt des Oberbürgermeisters kandidierte. Der SPD-Kandidat, Fritz Münder, stellte sich als alter Passauer vor, der sich als Leiter des Ausgleichsamtes auch für die Vertriebenen eingesetzt habe. Dr. Brichta konterte, Münder sei nicht in Passau, sondern in Regensburg geboren. Aber entscheidend sei nicht der Geburtsort, sondern dass «das Herz für die Stadt» schlage. Münder erklärte daraufhin, er sei nur durch Zufall in Regensburg geboren, seine Familie lebe seit 1888 und er selbst seit mehr als vierzig Jahren in Passau: «Ausgerechnet Dr. Brichta musste an meinem Heimatrecht etwas auszusetzen haben.» Dass Brichta mit 53,11 Prozent der Stimmen die Wahl relativ knapp gewann, könnte durchaus auf die Vertriebenenproblematik zurückzuführen sein. Die nächste Wahl am 8. März 1970 war dann aber ein grosser Vertrauensbeweis der Bevölkerung: Emil Brichta erhielt 83,05 Prozent der Stimmen.<sup>107</sup>

Wo Vertriebene leben, da sind sie integriert, das ist eine durchaus aufrichtig gemeinte Äusserung.<sup>108</sup> Übersehen wird dabei, dass vor allem Anpassungsbereitschaft und Konfliktscheu der Vertriebenen die Idylle erhielten. Die vielen Spitz-, Spott- und Schimpfnamen, mit denen die Flüchtlings-

siedlungen bezeichnet wurden, sprechen für sich: Neupolen, Neukorea, Mau-Mau, Bolschewikien, Ziegenhausen, Barackingen, Bretterhausen oder Kittlweiberdorf, letzteres in Anspielung auf die donauschwäbischen Trachten. Eine sudetendeutsche Siedlung hiess die «Grossmäulerte», eine andere «Bittschönau» nach dem altösterreichischen Bitt'schön.<sup>109</sup> Die Ermlandsiedlung im niedersächsischen Cloppenburg, Ortsteil Emstekerfeld, hiess Chinesensiedlung, Chinesendorf, Chinesenviertel, Kommunitensiedlung, Flüchtlingssiedlung, oder es war einfach von den Kaninchenställen die Rede.<sup>110</sup> Die Vertriebenensiedlung in Calw-Wimberg war bekannt als Klein-Moskau oder auch als Hypothekenbuckel wegen der Investitionen der Gemeinde.

Der Volkskundler Friedrich Heinz Schmidt-Ebhausen hat die in Württemberg gängigen Bezeichnungen von Vertriebenensiedlungen zusammengestellt: Es gab bei hundert Nennungen achtmal eine Paprika-Siedlung, einmal eine Knoblauch-Siedlung.<sup>111</sup> Auf katholische Neuzuzügler verwiesen Weihrauch-Siedlung, Rosenkranz-Siedlung, Neu Rom. Irritierend sind die Bezüge zur Zeitgeschichte: «Mau Mau» bezieht sich auf einen Vorposten im Urwald, und zwar auf keniatische Freiheitskämpfer, die in den 1950er Jahren für Unordnung und Dezivilisierung standen. Mit 24 Nennungen liegen Korea, Neu-Korea und Klein-Korea in der Häufigkeitsliste ganz vorn. Dahinter verbirgt sich – so erklärt es Utz Jeggle – der unbewusste Wunsch, dass die Vertriebenen sich gegenseitig umbringen und die Überlebenden sich möglichst weit entfernen mögen. Die Fülle von Benennungen kriegerischer Abkunft offenbart, wie sehr man sich bedroht fühlte.

Auch die Witze, die über die Vertriebenen kursierten, enthalten pauschale Vorurteile, so die Geschichte von dem Fremden, der in einer Stuttgarter Siedlung nach einer Adresse suchte. Jeder, den er fragt, antwortet in einem anderen – unschwäbischen – Idiom, aber niemand kann ihm den Weg zeigen. Schliesslich schlägt einer vor: «Warten Sie doch einen Augenblick, es ist ja gleich 12 Uhr, dann kommen die Einheimischen, die arbeiten nämlich!»<sup>112</sup>

Wie erinnern sich Vertriebene an die Ankunft im Westen? Auf die Frage nach unschönen Szenen zwischen Einheimischen und Vertriebenen erhält man zumeist abwegelnde Antworten. Beinahe jeder kennt Flüchtlinge, die in einheimische Familien eingeheiratet haben. Ein Vertriebener, der eine Einheimische geheiratet hatte, erzählte 1987: «Hier im Dorf ist ein Gemeinde-Eber, und da war ich mit meiner Sau hin, jedes Jahr. Das muss

schon in den siebziger Jahren gewesen sein: Die ersten Male hatte ich immer 10 Mark Deck-Geld gezahlt. Aber inzwischen hatte ich erfahren, dass das ein Gemeinde-Eber ist, und da sage ich zum Bauern, bei dem der Eber steht: ‘Das ist aber unentgeltlich, das ist doch ein öffentlicher Eber’. – ‘Ja’, sagt er, ‘ganz recht, aber nur für Hiesige, und Du bist kein Hiesiger’. – ‘Ach so’, sage ich, ‘dann mache ich das anders! – Nächstes Mal schicke ich meine Frau mit der Sau. Meine Frau ist ja eine Hiesige‘ (...) Das ist zum Lachen, aber so wurden wir verstossen.»<sup>113</sup>

Vieles, was in der ersten Nachkriegszeit geschah, ist heute vergessen, manches verdrängt. Einheimische antworten auf Fragen auffällig häufig mit dem Satz: «Davon will heute niemand mehr wissen.» Vertriebene hingegen sind keine distanzierten Zuschauer, sondern direkt von den Ereignissen Betroffene und erzählen weitaus eher und mit enormer Detailfülle. Verletzungen und auch Wut sind in der Art und Weise, wie erzählt wird, zuweilen heute noch herauszuhören.<sup>114</sup> Schmerzhaftes Erlebtes wurde mit der Zeit zu unterhaltsamen Episoden. In den Erzählungen scheinen die Einheimischen in der stärkeren Position, aber am Ende unterliegen sie. Die armen Vertriebenen erweisen sich durch immaterielle Werte als die Überlegenen. Das klingt auch in einem Bericht der Neutraublinger Lokalzeitung von 1959 an: «Während es sich in den Nachbarorten meist um die Aufführung eines Bauerntheaters handelt (...) ist es in der Vertriebenengemeinde das Verdienst des Männer- und Frauenchores, durch Chor- und Konzertabend dem dankbaren Zuhörerkreis kulturelle Veranstaltungen ersten Ranges zu bieten.»<sup>115</sup>

Wenn die älteren Vertriebenen zurückblicken, steht die eigene Aufbauleistung im Vordergrund, der erfolgreiche Lebenslauf unter erschwerten Bedingungen. Das Institut für Soziologie an der Universität Erlangen-Nürnberg hat 212 lebensgeschichtliche Interviews ausgewertet, die Ende 1992 mit Jahrgängen zwischen 1900 und 1932 geführt wurden. Zu den sozialen Folgen von Flucht und Vertreibung, nachdem die Normalisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse eingetreten war, liefert die Studie folgende Aufstellung:

#### Soziale Folgen der Flucht<sup>116</sup>

	<u>Befragte</u>	<u>Eltern der Befragten</u>
Abstieg	49 Prozent	77 Prozent
Vergleichbare soziale Stellung	44 Prozent	23 Prozent
Aufstieg	8 Prozent	1 Prozent





Gedenkstein für die sudetendeutschen Opfer der Vertreibung in Bischofswiesen, um 1950

Anders als die Einheimischen konnten die Vertriebenen nicht an den Gräbern ihrer Toten gedenken. Auf Initiative von Vertriebenen und ihren Verbänden erfolgte daher gelegentlich die Errichtung von Gedenksteinen und Mahnmalen. In welcher Form die Vertriebenen und ihre gefallenen und umgekommenen Familienangehörigen auch auf den örtlichen Ehrenmälern namentlich Erwähnung gefunden haben, ist auch ein Gradmesser für ihre Akzeptanz. An der Kirche in Winkl in der Nähe des oberbayerischen Bischofswiesen errichtete die Sudetendeutsche Landsmannschaft im September 1949 eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die Toten.

In ihren Erinnerungen betonen die Älteren den Verlust der Heimat und die materiellen Entbehrungen, aber nicht so sehr die abweisende Haltung der Einheimischen. Hier genau setzen die Erzählungen der Kinder an. Für sie ist die Nachkriegszeit eng verknüpft mit der Erfahrung, zu den Aussenseitern zu gehören.<sup>117</sup> Dass dieses Gefühl nicht trügt, bestätigt ein Blick in westdeutsche Heimatgeschichten, und zwar darauf, wie in den Aufnahmegemeinden an Leistung, Schicksal und Ankunft der vertriebenen Mitbürger erinnert wird: In den meisten Fällen werden die Vertriebenen kaum oder nur kurz erwähnt.

Ein Gradmesser für die gelungene Integration kann sein, wie in der neuen Heimat der Toten von Flucht und Vertreibung gedacht wird. Hat die Erinnerung an die Herkunft und das Vertreibungsschicksal überhaupt Eingang in das örtliche kollektive Bewusstsein gefunden? Mehrere Varianten, der Toten zu gedenken, waren möglich:

1. Das Totengedenken gilt nur den Einheimischen einer Gemeinde.
2. Das Gedenken bezieht sich auch auf Vertriebene, die namentlich auf den Gedenktafeln genannt, jedoch für den Betrachter als solche nicht erkennbar sind. In diesen Fällen handelt es sich – streng genommen – nicht um Denkmäler zu Flucht und Vertreibung.
3. An die toten Angehörigen von Einheimischen und Vertriebenen wird am selben Ort mit verschiedenen Gedenksteinen erinnert.
4. Einheimische und Vertriebene haben in einer Gemeinde an verschiedenen Plätzen eigene Totengedenksteine.
5. Der Toten von Einheimischen und Vertriebenen wird mit einem Denkmal gedacht, beide Gruppen können vom Betrachter identifiziert werden.

Im Landkreis Celle, wo sich die Bevölkerung nach dem Krieg verdoppelte, sind beispielsweise die beiden ersten Varianten am häufigsten vertreten. Die Gründe liegen auf der Hand. Die Variante 2 stellte beide Lager zufrieden: Die einen, weil sie überhaupt erwähnt wurden, die anderen, weil der Stein nicht zu erkennen gibt, dass die Gemeinde auch andere als einheimische Tote zu beklagen hatte. Zudem war dies die einfachste Lösung. Ob es für eine gelungene Integration der Vertriebenen in die Gemeinde spricht, wenn sich Einheimische und Vertriebene auf den Tafeln nicht unterscheiden lassen, mag dahingestellt bleiben.<sup>118</sup>

Obwohl die Ankunft der 14 Millionen Vertriebenen die Nachkriegsgesellschaft grundlegend verändert hat, hat sie kaum Niederschlag im kollektiven örtlichen Gedächtnis gefunden.

# «Verzicht ist Verrat»

## Interessenvertretung und Politisierung der Vertriebenenfrage

### Die Entstehung der Vertriebenenverbände

Bei der Eingliederung der Vertriebenen verfolgte insbesondere die US-Militärregierung eine rigide Absorptionsstrategie, da eine Rückkehr in die alten Heimatgebiete gar nicht zur Debatte stand. Auf keinen Fall durfte sich im Aufnahmeland ein neues Minderheitenproblem herausbilden, das den politischen Status quo gefährdete. Die amerikanische Politik hatte die vollständige Assimilation zum Ziel, von Integration war keine Rede. Die Neuankömmlinge sollten so verteilt werden, dass möglichst alle sozialen Bindungen aus der alten Heimat unterbrochen wurden. Dahinter stand die Furcht vor einer Radikalisierung Millionen sozial Deklassierter, die den Wiederaufbau und die innere Ordnung der Westzonen erschüttert hätte.

Bei den Vertriebenen verstärkten diese Massnahmen das Gefühl der Entwurzelung. In ihrer Sehnsucht nach Kontakt zu vertrauten Landsleuten haben sie sich über die Bestimmungen der Alliierten hinweggesetzt. Das Koalitionsverbot versuchten sie durch die Gründung von nicht verdächtigen Tarnorganisationen zu umgehen, die, falls sie dennoch verboten wurden, unter anderem Namen ihre Arbeit fortsetzten. So hat der Mitbegründer der am 12. Juli 1945 in München genehmigten «Sudetendeutschen Hilfsstelle» nach deren Verbot den «Hauptausschuss der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern» ins Leben gerufen.

Im Herbst 1945 entstanden in Lübeck drei Flüchtlingsverbände: das «Deutsche Flüchtlingswerk e.V.», der «Verband ehemaliger Schlesier, Sitz Lübeck» und der «Hilfsverein der Ostflüchtlinge e.V.». Alle drei verstanden sich als unpolitisch und widmeten sich in erster Linie sozialen Aufgaben. Aber auch solche Vereinsgründungen blieben formell verboten, weshalb das vom Sommer bis Ende Oktober 1945 arbeitende Danziger Hilfskomitee für Danziger Flüchtlinge auf Anordnung des britischen Militärgouverneurs Munro vom 26. Oktober 1945 seine Tätigkeit mit «sofor-

tiger Wirkung» einstellen musste.<sup>1</sup> Am 15. Februar 1946 wurde ein neuer Anlauf unternommen und eine «Arbeitsgemeinschaft deutscher Flüchtlinge e.V.» mit 15'000 Mitgliedern gegründet, deren Vorsitz der spätere Vertriebenenpolitiker Linus Kather übernahm. Es war die einzige grössere Organisation, die gestattet wurde.<sup>2</sup>

Überall entstanden landsmannschaftlich orientierte Notgemeinschaften, häufig unter kirchlichem Dach. Auch dies wurde unterbunden. Am 12. Februar 1946 verfügte der britische Offizier Armytage in einem Brief an den Hamburger Bürgermeister, dass die Notgemeinschaften der Landsmannschaften umgehend aufzulösen seien. Letztlich konnte sich nur das bessarabiendeutsche Hilfswerk Rüb schon früh zu einer handlungsfähigen und höchst aktiven Institution entwickeln. Rüb glückte, was allen anderen Vertriebenenvertretern verwehrt blieb, nämlich die Bessarabiendeutschen zusammenzuhalten und geschlossen anzusiedeln. Nach Aufhebung des Lizenzierungszwanges für landsmannschaftliche Organisationen wurde am 23. Oktober 1949 in Stuttgart die «Gemeinschaft der deutschen Umsiedler aus Bessarabien» gegründet, eine Vorform der Landsmannschaft, die mit dem evangelischen Hilfskomitee kooperierte und sich vor allem um wirtschaftliche und politische Belange kümmerte, wobei sie die Arbeit des Hilfswerks Rüb fortführte.

Als der Druck der britischen Besatzungsmacht auf die Vertriebenen langsam nachliess, gründete Linus Kather am 24. März 1948 die «Aufbaugemeinschaft der Kriegsgeschädigten e.V.». Da im Vereinsnamen die eigentliche Zielgruppe, die Vertriebenen, gar nicht auftauchte, handelt es sich hier um eine klassische Tarnorganisation. Es gelang der «Aufbaugemeinschaft» in der Folgezeit, ein Netzwerk von mehr als 40 Kreisverbänden mit mehr als 100'000 Mitgliedern aufzubauen, das sich über die gesamte britische Zone erstreckte. Der erste nachweisbare Notverein für Vertriebene, die «Notgemeinschaft der Ostdeutschen im mittleren Wesergebiet», wurde Ende November 1945 in Hameln gegründet. Der Eintrag ins Vereinsregister beim Amtsgericht Hameln erfolgte am 12. Januar 1946 trotz Koalitionsverbot.<sup>3</sup>

Der früheste Beleg für den Versuch, in Nordbaden eine eigenständige Vertriebenenvertretung ins Leben zu rufen, stammt aus Eutingen, Kreis Pforzheim. Dort bemühte sich Ende 1946 der aus Prag vertriebene Ingenieur und Verwaltungsbeamte und spätere Landtagsabgeordnete des BHE Karl Bartunek um die Genehmigung für die «Interessengemeinschaft der angesiedelten Deutschen (IDAD)». Erst ein dreiviertel Jahr später, im



Gründungsversammlung des hessischen Landesverbandes der Ausgewiesenen im Frankfurter Operncafé, 18. Dezember 1948

Als das Koalitionsverbot der Alliierten aufgehoben wurde, schossen die Selbsthilfeorganisationen der Vertriebenen wie Pilze aus dem Boden. Es galt die Beseitigung der schwersten sozialen und materiellen Probleme in Angriff zu nehmen, also Wohnungen für die Vertriebenen zu beschaffen, Versorgungsansprüche anzumelden und die Angehörigen ausfindig zu machen. Erst später trat verstärkt der Wunsch hervor, die heimatische Kultur zu bewahren. 1957 schlossen sich die einzelnen Landesverbände in einem Dachverband – dem Bund der Vertriebenen (BdV) – zusammen.

Frühsommer 1947, erhielt die Vereinigung eine Lizenz. Mitte 1948 zählte der Verband nach eigenen Angaben rund 15'000 Mitglieder in 150 Ortsverbänden. Das Ziel der IDAD war ein gerechter Lastenausgleich über Selbsthilfeverbände, die unter allen Umständen überparteilich bleiben sollten, um «bei den Vertriebenen und Einheimischen den versöhnlichen Willen zum Zusammenleben zu fördern. (...) Hierzu ist anzustreben, möglichst grosse Verbände im Landesmassstab zu bilden, die einerseits den Vertriebenen gegenüber, andererseits den Behörden gegenüber Ansehen und Achtung geniessen. Es sollen alle Vertriebenen erfasst werden, wobei ein gegenseitiger Wettbewerb unbedingt zu vermeiden ist, um nicht Verwirrung in die Reihen der Vertriebenen zu bringen.»<sup>4</sup>

Offenbar hat Bartunek die Vertreter anderer Verbände auf eine massvolle, an der Eingliederung orientierte Haltung und damit auch auf den stillschweigenden Verzicht von Rückkehransprüchen verpflichten können. Intern scheint darüber wenig diskutiert worden zu sein; am Alleinvertretungsanspruch der Vertriebeneninteressen sollten sich die Landsmannschaften zukünftig aber reiben. Das Papier betonte zwar ausdrücklich, dass die «freie kulturelle Betätigung und Pflege landsmannschaftlicher Sitten und Gebräuche» sichergestellt sein müsse, doch den Landsmannschaften wurde vorgeschrieben, wie das zu geschehen habe: «Die Pflege dieser Gebräuche soll jedoch so gehalten sein, dass der Blick nicht in die Vergangenheit gerichtet bleibt, sondern der Lebensmut für die Gegenwart und die Zukunft gestärkt wird. Es muss der Mut gefunden werden zur Wahrheit und zur 'Desillusion'.»<sup>5</sup> Die IDAD brachte es nicht einmal auf zehn Jahre. Am 17. Oktober 1954 fand der letzte Landesverbandstag statt, danach löste sich der Verband selbst auf.

Recht günstig gestaltete sich die Entwicklung der Landsmannschaften in München, wo 1947 die «Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen», der Vorläufer des Sudetendeutschen Rats, gegründet wurde. Als überregionale Dachverbände entstanden die Landsmannschaften jedoch erst von 1948 an bis in die frühen 1950er Jahre. Die Pommersche Landsmannschaft wurde Ende Juli 1948 in Lüneburg, die Landsmannschaft Ostpreussen am 3. Oktober 1948 in Hamburg gegründet. Die Landsmannschaft Westpreussen folgte am 6. April 1949 ebenfalls in Hamburg. Ihre ersten Sprecher waren Oberkonsistorialrat Gerhard Gülzow, bis 1945 Pfarrer an der Danziger Marienkirche, und später Erik von Witzleben, einst Vorsitzender der Deutschen Vereinigung in Pommerellen und



Flüchtlingstreffen in Langen, Niedersachsen, am 7. August 1949

Als sie noch in Notunterkünften, Baracken und Nissenhütten hausten, wollten die Vertriebenen den Heimatverlust noch nicht als endgültig begreifen. Inständig hofften Millionen auf eine Rückkehr nach Ostpreussen, Pommern, Schlesien und Böhmen. In Langen kamen rund 12'000 Vertriebene zusammen, zu denen der niedersächsische Ministerpräsident Hinrich Wilhelm Kopf, der Vorsitzende der Flüchtlingsvereinigung in Hamburg, Karl Olfers, und der Oberbürgermeister von Bremerhaven, Hermann Gullasch, sprachen.

Posen. Am 26. März 1950 entstand die Landsmannschaft Schlesien auf Bundesebene, noch im selben Jahr die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die Deutsch-Baltische Landsmannschaft und andere mehr.

Im Mai 1948 wurde von dem bereits 1946 gegründeten «Hauptausschuss für Ostvertriebene» eine Konferenz in Bad Godesberg einberufen, an der prominente Vertriebene teilnahmen, darunter der frühere Reichsminister und DNVP-Politiker der Weimarer Republik, Walter von Keudell (1884-1973) aus der Neumark, sowie Hans Lukaschek (1885-1960), der letzte demokratische Oberpräsident der Provinz Oberschlesien bis 1933 und spätere erste Bundesvertriebenenminister. Das erklärte Ziel der Godesberger Tagung war ein Dachverband der einzelnen Landsmannschaften, der sich schliesslich am 9. April 1949 als «Vereinigte Ostdeutsche Landsmannschaften» (VOL) in Frankfurt am Main konstituierte. Noch am selben Tag rief Linus Kather dort auch den «Zentralverband der vertriebenen Deutschen» (ZvD) ins Leben. Am 24. August 1949 erfolgte die endgültige Konstituierung der beiden Verbände, die im sogenannten Göttinger Abkommen 1949 ihre Arbeitsfelder absteckten, wonach der ZvD für wirtschaftliche und soziale, der VOL für heimat- und kulturpolitische Fragen zuständig sein sollte.<sup>6</sup> Dennoch kam es in den 1950er Jahren zu heftigen Kontroversen um Einfluss und politische Macht.

Seit 1953 sassen mit den Ministern des BHE erstmals Vertreter organisierter Vertriebeneninteressen am Kabinetttisch. Die offen ausgetragenen Konflikte unter den Vertriebenenverbänden schränkten deren politische Handlungsfähigkeit allerdings stark ein. Die Einsicht, dass man langfristig nur etwas erreichen konnte, wenn man sich einig war, kam zu spät: Bei der Bundestagswahl 1957 scheiterte der BHE mit 4,6 Prozent der Stimmen an der Fünf-Prozent-Klausel. Der gute Wille, die alten Gräben zuzuschütten, führte am 27. Oktober 1957 zur Gründung des «Bundes der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.». Doch da hatten die Vertriebenenverbände den Zenit ihres Einflusses bereits überschritten.

Waren zu Beginn der 1950er Jahre ZvD und VdL/VOL zusammen noch auf 3 bis 4 Millionen Mitglieder gekommen, so sank diese Zahl bis 1963 infolge der Eingliederungsanstrengungen, insbesondere durch das Bundeslastenausgleichsgesetz, auf 2,3 Millionen. Das entsprach einem Organisationsgrad von etwa 20 bis 25 Prozent, während es der Deutsche Gewerkschaftsbund 1962 bei einer Gesamtzahl von etwa 27,4 Millionen Erwerbstätigen auf 6,4 Millionen Mitglieder brachte, also auf einen Organisationsgrad von 23,4 Prozent.<sup>7</sup>



**Organisationsgrad des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen (ZvD)/ Bund der vertriebenen Deutschen (BvD) 1955 <sup>8</sup>**

Land	Vertriebene gesamt am 31.12.1954	ZvD/BvD-Mitglieder am 31.3.1955	Organisationsgrad in Prozent
Baden-Württemberg	1 149 000	156 000	13,6
Bayern	1 839 000	25 000	1,4
Berlin (West)	156 000	25 000	16,0
Bremen	75 000	10 000	13,3
Hamburg	176 000	15 000	8,5
Hessen	795 000	160 000	20,1
Niedersachsen	1 668 000	244.000	14,6
Nordrhein-Westfalen	1 964 000	190 000	9,7
Rheinland-Pfalz	252 000	27 000	10,7
Schleswig-Holstein	639 000	90 000	14,1
gesamt	8 713 000	942 000	10,8

**Organisationsgrad VdL/VOL 1961<sup>9</sup>**

	Vertriebene gesamt	Mitglieder der Landmannschaften	Organisationsgrad in Prozent
Baden-Württemberg	1 200 000	230 000	19
Bayern	1 650 000	300 000	18
Berlin (West)	150 000	50 000	33
Bremen	100 000	10 000	10
Hamburg	200 000	20 000	10
Hessen	800 000	160 000	20
Niedersachsen	1 600 000	230 000	14
Nordrhein-Westfalen	2 300 000	400 000	17
Rheinland-Pfalz	300 000	50 000	17
Saarland	?	?	?
Schleswig-Holstein	650 000	70 000	11
gesamt	8 950 000	1 520 000	17

Setzt man die VdL-Daten in Beziehung zur Grösse der jeweiligen landsmannschaftlichen Gruppe, so fällt auf, dass Mitte der 1950er Jahre ausgerechnet die kleine Deutsch-Baltische Landsmannschaft mit mehr als 50 Prozent (56,9 Prozent) den höchsten Organisationsgrad erreichte. Allerdings verfügte diese Landmannschaft aufgrund des hohen Adelsanteils ihrer Mitglieder über einen spezifischen Corpsgeist. Im Allgemeinen lag der Organisationsgrad der grossen Landmannschaften unter 20 Prozent, wäh-

rend eher kleinere Landsmannschaften wie die Danziger (29,2 Prozent), die Karpatendeutschen (22,8 Prozent) und die Westpreussen (21,3 Prozent) einen höheren Wert erreichten; unter den grossen Landsmannschaften brachten es lediglich die Schlesier auf 21,4 Prozent.<sup>10</sup> Anfang 1956 kamen ZvD/BvD und VdL/VOL gemeinsam auf 2'152'785 Mitglieder, was einem Organisationsgrad von 23,7 Prozent entspricht bei rund 9'069'000 Vertriebenen im Bundesgebiet und West-Berlin. Legt man jedoch die Zahlen der frühen 1950er Jahre zugrunde, so gab es damals vorsichtig geschätzt etwa 3,5 Millionen Mitglieder, was einem Organisationsgrad von etwa 42 Prozent entsprach. Das bedeutet, dass die Vertriebenenverbände innerhalb von vier Jahren etwa 1,3 Millionen Mitglieder – ein Drittel – verloren.<sup>11</sup>

Der BdV ist eine föderalistisch aufgebaute Organisation. Vorstand und Bundesversammlung können im Namen aller Mitglieder handeln, doch das fragile Gebilde ist auf die Kooperationswilligkeit seiner Mitgliederverbände angewiesen. Da die Meinungsvielfalt und der Verbandspartikularismus weitaus grösser sind, als in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, hat der BdV keinen leichten Stand. Das wurde schon in den späten 1950er und 1960er Jahren deutlich, als er in Finanznot geriet und auf Geldzuweisungen seiner Mitgliedsorganisationen angewiesen war. Da diese finanziell autonom sind, geriet er mehrfach in Gefahr, zahlungsunfähig zu werden; seine Abhängigkeit von öffentlichen Zuschüssen wuchs, womit der staatlichen Einflussnahme Tür und Tor geöffnet waren.

Die verbandsinternen Probleme haben der BdV und seine Mitgliedsorganisationen durchaus erfolgreich durch machtvolle, bis in die späten 1980er Jahren hinein teilweise Hunderttausende mobilisierende Grosskundgebungen wie den Tag der Heimat und die Pfingsttreffen überdeckt. Diese Veranstaltungen verfolgten einen doppelten Zweck: Zum einen machten sie in der Heimatfamilie die gemeinsame Abstammung gleichsam sinnlich erfahrbar, bekräftigten deren innere Geschlossenheit und suchten einer Assimilierung der «Schicksalsgemeinschaft» an die westdeutsche Gesellschaft entgegenzuwirken. Zum anderen wurde durch den scheinbar basisdemokratischen, tatsächlich aber durch eine geschickte Choreographie gesteuerten Appell an den Willen der Vertriebenen die Legitimierung vor allem der heimatpolitischen Ziele angestrebt und damit öffentlicher Druck ausgeübt, insbesondere auf die Bundesregierung und die politischen Parteien. Für den Tag der Heimat gab der BdV alljährlich ein Motto vor,



Banater Schwaben\*  
Donauschwaben\*\*  
Sathmarer Schwaben\*\*\*



Landsmannschaft  
Berlin-Mark Brandenburg



Bessarabiendeutscher Verein e.V.



Landsmannschaft der Buchen-  
landdeutschen (Bukowina) e.V.



Bund der Danziger e.V.



Deutsch-Baltische Gesellschaft e.V.  
(ehemals Landsmannschaft)



Karpatendeutsche  
Landsmannschaft Slowakei e.V.



Landsmannschaft der Dobruscha-  
und Bulgariendeutschen



Landsmannschaft  
der Deutschen aus Litauen e.V.



Landsmannschaft der Oberschlesier e.V.  
- Bundesverband -



Landsmannschaft  
Ostpreußen e.V.



Pommersche  
Landsmannschaft e.V.



Landsmannschaft  
der Deutschen aus Russland e.V.



Landsmannschaft Schlesien -  
Nieder- und Oberschlesien e.V.



Verband der Siebenbürger Sachsen  
in Deutschland e.V.



Sudetendeutsche Landsmannschaft  
Bundesverband e.V.



Landsmannschaft  
der Deutschen aus Ungarn



Landsmannschaft Weichsel-Warthe  
Bundesverband e.V.



Landsmannschaft Westpreußen e.V.

- \* Landsmannschaft der Banater Schwaben e.V.
- \*\* Landsmannschaft der Donauschwaben, Bundesverband e.V.
- \*\*\* Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Im Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V (BdV) zusammengeschlossene Landsmannschaften (Stand 2007)

Neben den Landesverbänden sind im Bundesverband folgende ausserordentliche Mitgliedsverbände vertreten: Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V, Arbeitsgemeinschaft «Junge Generation im BdV», Bauernverband der Vertriebenen, Traditionsgemeinschaft der ostdeutschen Leichtathleten.

etwa 1955 «Gewalt verjährt – Recht währt!», 1957 «Recht und Treue siegen», 1959 «Heimat in Freiheit», 1964 «Freiheit – Recht – Friede», 1967 «Verständigung und Frieden – kein neues Versailles», 1970 «Wer Gewalt anerkennt, verliert den Frieden», 1971 «Gefahr für Deutschland – Gefahr für Europa», 1979 «Gegen die Mauer des Schweigens – Ganz Deutschland verpflichtet», 1985 «Treue zu Deutschland – 40 Jahre nach Krieg, Vertreibung und Teilung».

Aufschlussreich ist, was das Gesamtdeutsche Ministerium 1965 zur Bedeutung der Vertriebenentreffen verlauten liess: «Man darf nicht vergessen, dass die Landsmannschaften seit 16 Jahren die mit Abstand stärksten öffentlichen Kundgebungen organisieren, ohne dabei wesentliche Staatsmittel zu bekommen. Zahlenmässig vergleichbare Veranstaltungen können nur die beiden grossen Kirchen mit ihren Kirchentagen durchführen. Dem Deutschen Gewerkschaftsbund sind regelmässige Jahresversammlungen solcher Dimensionen gänzlich unmöglich.»<sup>12</sup>

Zu den grossen und kleinen Heimattreffen kamen auch viele nichtorganisierte Vertriebene, bei denen das Wiedersehen mit Landsleuten im Mittelpunkt stand. 1959 nahmen 300'000 Menschen am Schlesiertreffen teil; bei den Ostpreussen waren es 1960 rund 180'000 und 1963 sogar 230'000. Zum Sudetendeutschen Tag kamen noch 1970 etwa 300'000 Teilnehmer.<sup>13</sup> Die Heimattreffen verbanden das unpolitische Empfinden, zu einer Familie zu gehören, mit dem politischen, nämlich der Propagierung der heimatpolitischen Ziele der Landsmannschaften.

Der alljährlich stattfindende Sudetendeutsche Tag verband mit den Wiedersehensfeiern an Biertischen und zeitlich wie räumlich davon separierten politischen Reden – zumeist im Anschluss an einen Gottesdienst – Gefühl und Politik.<sup>14</sup> Walter Becher, Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft von 1968 bis 1982, kennzeichnete diese Grossveranstaltung in seiner Autobiographie als «permanentes Plebiszit, mit dem sich ein Kern bewusster Landsleute und darüber hinaus Hunderttausende mit ihnen zu ihrer Volksgruppe bekennen».<sup>15</sup> Die Treffen liessen etwas von der verlorenen Heimat wiederaufleben und haben gewiss dazu beigetragen, das Heimweh zu lindern. Zum ersten Sudetendeutschen Tag in Kempten im Allgäu kamen 1950 mehr als 50'000 Besucher. Zum Politikum wurde der zehnte Sudetendeutsche Tag 1959, der in Wien stattfand und an dem 350'000 Sudetendeutsche, davon 70'000 aus Österreich, teilnahmen. Das war die grösste Massenkundgebung in Wien seit 1938.<sup>16</sup>



Tag der Heimat in der Berliner Waldbühne, September 1960

In der Zeit des Kalten Krieges nutzen Politik und Verbände die Stimmung zu machtvollen Demonstrationen. Eine Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze war damals für alle gesellschaftlichen Kräfte noch undenkbar. Auch in West-Berlin fanden Kundgebungen der vertriebenen Deutschen statt, die bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 auch die Vertriebenen aus dem Ostteil der ehemaligen deutschen Hauptstadt besuchen konnten. Es war für sie eine der seltenen Möglichkeiten, ihre ehemaligen Landsleute wiederzusehen.

Eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt der verstreut lebenden vertriebenen Landsleute spielte die Vertriebenenpresse, das heisst die offiziellen Organe und Mitteilungsblätter der Landsmannschaften, etwa *Das Ostpreussenblatt* (heute *Preussische Allgemeine Zeitung*), die *Pommersche Zeitung*, die *Sudetendeutsche Zeitung*, *Der Westpreusse* oder *Unser Danzig*. Daneben gibt es bis heute eine Vielzahl regionaler Heimatzeitungen, Jahrbücher und Heimatblätter für Dörfer, Städte und Landkreise im historischen Ostdeutschland und den deutschen Siedlungsgebieten.

Da die Vertriebenenverbände sich nicht als Repräsentanten partikularer Interessen, also als klassische *pressure groups*, verstanden, sondern als gesamtdeutsche Vertreter, beanspruchten sie – wie Matthias Stickler formulierte – «ein quasi öffentliches Wächteramt im Hinblick auf die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik».<sup>17</sup> Sie sahen sich als eine der bundesdeutschen Staatsräson – und das bedeutete für sie Wiedervereinigung Deutschlands zumindest in den Grenzen von 1937 – verpflichtete nationale Avantgarde der Deutschen. Spezielle Institutionen wie der 1957 gegründete Gesamtdeutsche Ausschuss und seine Nachfolgeorganisationen sollten zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Über derartige Einrichtungen band der BdV ihm grundsätzlich gewogene Wissenschaftler in seine heimatpolitische Arbeit ein.

Schon frühzeitig rückten die Vertriebenen von der Forderung nach einer gewaltsamen Grenzrevision ab. In der vielfach von Politikern als Dokument für Versöhnungswillen und Integrationsbereitschaft zitierten «Charta der deutschen Heimatvertriebenen» gaben am 5. August 1950 Vertreter der Vertriebenenverbände in Stuttgart-Bad Cannstadt eine feierliche Erklärung ab, die eine Art Grundgesetz in Bezug auf das politische Engagement der Vertriebenen darstellt.<sup>18</sup> «Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung», heisst es darin. «Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.»

Als sie mit ihren heimatpolitischen Positionen gesamtgesellschaftlich zunehmend in die Defensive gerieten, übernahmen die Vertriebenenverbände die ihrem Selbstverständnis entsprechende Vorreiterrolle in der nationalen Frage.<sup>19</sup> Der langjährige Vorsitzende des VOL, Georg von Manthey-Szoegge, beklagte in diesem Zusammenhang, dass der Verlust der

## **Charta der deutschen Heimatvertriebenen** *gegeben zu Stuttgart, am 5. August 1950*

Im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor Gott und den Menschen, im Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit zum christlich-abendländischen Kulturkreis, im Bewusstsein ihres deutschen Volkstums und in der Erkenntnis der gemeinsamen Aufgabe aller europäischen Völker, haben die erwähnten Vertreter von Millionen Heimatvertriebenen nach reiflicher Überlegung und nach Prüfung ihres Gewissens beschlossen, dem deutschen Volk und der Weltöffentlichkeit gegenübereineiferliche Erklärung abzugeben, die die Pflichten und Rechte festlegt, welche die deutschen Heimatvertriebenen als ihr Grundgesetz und als unumgängliche Voraussetzung für die Herbeiführung eines freien und geeinten Europas ansehen.

1. Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluss ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im Besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.
2. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.
3. Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit teilnehmen am Wiederaufbau Deutschlands und Europas.

Wir haben unsere Heimat verloren. Heimatlose sind Fremdlinge auf dieser Erde. Gott hat die Menschen in ihre Heimat hineingestellt. Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen, bedeutet, ihn im Geiste zu töten.

Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt. Daher fühlen wir uns berufen zu verlangen, dass das Recht auf die Heimat als eines der von Gott geschenkten Grundrechte der Menschheit anerkannt und verwirklicht wird.

Solange dieses Recht für uns nicht verwirklicht ist, wollen wir aber nicht zur Untätigkeit verurteilt beiseite stehen, sondern in neuen, geläuterten Formen verständnisvollen und brüderlichen Zusammenlebens mit allen Gliedern unseres Volkes schaffen und wirken.

Darum fordern und verlangen wir heute wie gestern:

1. Gleiches Recht als Staatsbürger nicht nur vor dem Gesetz, sondern auch in der Wirklichkeit des Alltags.
2. Gerechte und sinnvolle Verteilung der Lasten des letzten Krieges auf das ganze deutsche Volk und eine ehrliche Durchführung dieses Grundsatzes.
3. Sinnvollen Einbau aller Berufsgruppen der Heimatvertriebenen in das Leben des deutschen Volkes.
4. Tätige Einschaltung der deutschen Heimatvertriebenen in den Wiederaufbau Europas. Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung am Schicksal der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden.

Die Völker sollen handeln, wie es ihren christlichen Pflichten und ihrem Gewissen entspricht.

Die Völker müssen anerkennen, dass das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wie aller Flüchtlinge ein Weltproblem ist, dessen Lösung höchste sittliche Verantwortung und Verpflichtung zu gewaltiger Leistung fordert.

Wir rufen Völker und Menschen auf, die guten Willens sind, Hand anzulegen ans Werk, damit aus Schuld, Leid, Armut und Elend für uns alle der Weg in eine bessere Zukunft gefunden wird.



Vorstellung der Wahlkampfmannschaft von Willy Brandt, ganz rechts hinten Wenzel Jaksch, 25. November 1960

Wenzel Jaksch war der bekannteste Vertriebenenpolitiker der deutschen Sozialdemokratie. Er war bis zu seinem Tod durch einen Autounfall am 27. November 1966 Präsident des Bundes der Vertriebenen. Jaksch stammte aus dem Sudetenland und war Mitbegründer der Seliger-Gemeinde. Diese bewahrt bis heute die Traditionen der sudetendeutschen Sozialdemokratie und versteht sich als Nachfolgeorganisation der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, die mehr als 80'000 Mitglieder zählte, und der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten im Exil (1939-1951). Bis heute erscheint ihre Zeitung *Die Brücke. Mitteilungsblatt der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten*. Darüber hinaus bemüht sie sich um die Verbesserung des deutschtschechischen Verhältnisses unter Einbeziehung besonders der Sudetendeutschen. Immer wieder weist sie darauf hin, dass die Vertreibung nicht nur eine Vergeltung war für den Terror der nationalistischen Henlein-Bewegung seit 1935 sowie der NSDAP und ihrer Organisationen von 1938 an, denn vertrieben wurden nicht nur die Nationalsozialisten, sondern auch Antifaschisten, Sozialdemokraten, Christlichsoziale, zurückgekehrte Emigranten und sogar befreite KZ-Insassen. Das machte die Vertreibung zu einer genuin ethnischen Säuberung.



östlichen Teile Deutschlands nicht von allen Deutschen gleichermassen als Verlust empfunden werde:<sup>20</sup> «Schlimm ist auch, dass die Öffentlichkeit mehr und mehr in eine Verzichtsstimmung dem Osten gegenüber gerät. Die Ostgebiete werden als Angelegenheit der Vertriebenen u. nicht als die des dtsh. Volkes angesehen. (...) Z. Zt. Hitlers war das dtsh. Volk masslos in seinen Forderungen, heute ist es masslos in seinen Verzichten.»<sup>21</sup>

Das «Recht auf die Heimat» verstand der BdV als Recht auf Rückkehr, weshalb er anstrebte, die provisorischen Grenzen von 1945 mit Hilfe des Selbstbestimmungsrechts der Völker zugunsten Deutschlands zu revidieren. Der Verband kümmerte sich um pressewirksame Auftritte im Ausland, Kontaktpflege und Verhandlungen mit Exilgruppen und befreundeten ausländischen Organisationen, unternahm aber auch quasidiplomatische Missionen, etwa indem er 1959 eine Beobachtergruppe zur Genfer Aussenministerkonferenz entsandte. All diesen Bestrebungen war langfristig allerdings kein Erfolg beschieden.

Mit Kritikern verfuhr der BdV äusserst schroff: Sie mussten sich zumeist den Vorwurf mangelnder nationaler Zuverlässigkeit oder feigen Verzichtlertums gefallen lassen. Einer der ersten, die offen gegen den bundesdeutschen Konsens auf eine Rückkehr der Ostgebiete auftraten, war der Leiter des Sozialamts der Evangelischen Kirche in Westfalen und ehemalige pommersche Gutsbesitzer Klaus von Bismarck, der auf dem Leipziger Evangelischen Kirchentag im Juli 1954 ausdrücklich auf seine Güter in Pommern verzichtete: «Ich will nicht zurück für diesen Preis. Es ist meine persönliche Meinung – die einige unter Ihnen vielleicht nicht übernehmen können –, dass wir vor Gott kein Recht darauf haben, das wieder zu erhalten, was er uns genommen hat, auch wenn Völkerrecht und Privatrecht uns eine Handhabe des Anspruches geben.»<sup>22</sup> Das löste einen allmählichen Meinungsumschwung in der Bevölkerung aus, auch wenn die Funktionäre das nicht wahrhaben wollten und der niedersächsische Vertriebenenminister und BdV-Vizepräsident Erich Schellhaus (BHE, später CDU) 1962 gar ein Gesetz forderte, das Verzichtsbekundungen in Bezug auf «ostdeutsches Land» mit Gefängnis bestrafen sollte.

Die Vertriebenenverbände bedienten sich bei ihrer Lobbypolitik zeitweise sehr erfolgreich der Strukturen des Partei- und Verwaltungsstaates. Legt man das quantitative Kriterium zugrunde, war ihre Klientel in der politisch-administrativen Elite der Bundesrepublik deutlich überrepräsentiert, was eine gezielte Interessenpolitik erleichterte. Eingedämmt und zum Teil überlagert wurde dieser Ein-

fluss allerdings von den Funktionsmechanismen der Parteiendemokratie: Im Konfliktfall verhielten sich die Vertriebenenpolitiker zu ihrer Partei loyal. Äusserst glücklich agierten sie im Sinne ihrer Klientel bei der Gesetzgebung zum Lastenausgleich, weniger erfolgreich waren sie auf dem Feld der sogenannten Heimatpolitik. Hier wirkten sie eher hemmend und trugen so nicht unerheblich dazu bei, dass die Deutschland- und Ostpolitik der Bundesrepublik in den 1960er Jahren in eine Sackgasse geriet.

Je länger die Ostgebiete de facto von Polen und der UdSSR beherrscht und verwaltet wurden, desto aussichtsloser musste die Rückgewinnung erscheinen, wollte man sich auf friedliche Mittel beschränken. Zudem wuchs selbst bei den nichtkommunistischen Medien und in der Politik das Befremden über die besondere Art der landsmannschaftlichen Erinnerungskultur. Henri Nannen schrieb 1961 in dem Magazin *Stern* von «Illusionen über die Rückkehr der Vertriebenen» und forderte die Verbände auf, «die Fahnen, Fackeln, die Trommeln und die Fanfaren in der Requisitenkammer zu lassen».<sup>23</sup>

Dass die Heimatpolitik ein Misserfolg wurde, hatte vor allem zwei Ursachen: Erstens gelang es dem BdV nicht, als Streiter für die Menschenrechte aufzutreten und seine heimatpolitischen Forderungen vom Verdacht der Revisionspolitik zu befreien. Zweitens konnte die Bundesrepublik ihre Aussenpolitik nicht wie eine souveräne Grossmacht gestalten, sondern nur in Anlehnung insbesondere an die USA. Nach dem aussenpolitischen Paradigmenwechsel John F. Kennedys wirkten die weitgehend der antikomunistischen Eindämmungspolitik verpflichteten aussenpolitischen Zielsetzungen des BdV zunehmend anachronistisch, weshalb die Bundesregierung sie im Ausland nicht vertreten konnte und auch nicht wollte.

Die trotzige Beharrungspolitik des BdV führte dazu, dass der Mitgliederschwind seit den späten 1960er Jahren ihn auf einen zwar immer noch beeindruckenden, aber keineswegs mehr für die Gesamtklientel repräsentativen Verband zusammenschrumpfen liess. Zudem hat die Überalterung der Mitglieder dazu beigetragen, dass sich die Vertriebenenverbände von der Mehrheit der einheimischen Bevölkerung immer mehr entfernten und schliesslich als Interessenvertreter einer Randgruppe wahrgenommen wurden. Dass die gesellschaftliche Akzeptanz für die Anliegen der Vertriebenen in den 1960er Jahren rapide abnahm, bezeichnete der spätere BdV-Präsident Herbert Czaja als «Prozess der Entsolidarisierung».<sup>24</sup> Wie weit dieser Prozess bereits fortgeschritten war, zeigen die Auseinandersetzungen

um das Tübinger Memorandum und die sogenannte Ostdenkschrift der EKD von 1965 – eigentlich eine Vertriebenen denkschrift –, mit der die Kirche den Weg ebnete zur Verständigung mit Polen.

Je mehr die Vertriebenenverbände deutschlandpolitisch in die Defensive gerieten, desto schriller wurden die Töne, mit denen sie auf die Einhaltung des Grundkonsenses der 1950er Jahre drangen. In einer Erklärung der Pommerschen Landsmannschaft von 1962 zum Tübinger Memorandum, in dem sich evangelische Persönlichkeiten, darunter Richard von Weizsäcker, für die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze aussprachen, war sogar die Rede von «Handlangerdiensten für den antikirchlichen und antichristlichen Kommunismus».<sup>25</sup> Der BdV, der sich der Tragweite des Memorandums sehr wohl bewusst war, versuchte mit allen Mitteln, dessen Bedeutung herunterzuspielen. Im Rückblick markierte die Auseinandersetzung daher auch aus einem anderen Grund eine Wende: Zum ersten Mal war eine bedeutende Kraft vor dem BdV nicht zurückgewichen.

Im Kampf gegen die Ostverträge mobilisierte der BdV noch einmal Zehntausende bei seinen Massenkundgebungen. 1973 und 1975 wurde er in den von ihm mit angestregten Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zu den Ostverträgen in seinen Rechtspositionen in erheblichem Umfang bestätigt. Doch diese Urteile konnten nicht verhindern, dass der gesamtdeutsche Gesetzgeber unter Bundeskanzler Helmut Kohl 1990 realpolitisch handelte und die Bundesrepublik im deutsch-polnischen Grenzbestätigungsvertrag vom 14. November 1990 die Oder-Neisse-Linie als deutsch-polnische Grenze anerkannte.

Die organisierten Vertriebenen und insbesondere viele ihrer gewählten Repräsentanten hatten sich an Rechtspositionen geklammert, die vielleicht akademisch-völkerrechtlich einwandfrei, politisch aber unreal waren. Nach aussen waren sie machtpolitisch nicht durchsetzbar, und im Innern fand sich die Mehrheit der Deutschen – auch die Mehrheit der Vertriebenen selbst beziehungsweise deren Nachkommen – mit dem Verlust der Ostgebiete ab. Letztlich erwiesen sich die Rechtstitel für den BdV als wertlos, denn in den 1980er Jahren setzte sich der schleichende Niedergang der Vertriebenenverbände fort, da die Ära Kohl dem BdV und seinen Mitgliederverbänden trotz einzelner Zugeständnisse auf dem Feld der symbolischen Politik keineswegs die erhoffte Renaissance bescherte.

Nach der Wiedervereinigung Deutschlands haben der BdV und seine Gliederungen eine relativ kurze Scheinblüte erlebt, da die Vertriebenen der

ehemaligen DDR und der nach dem Zusammenbruch des Ostblocks vorübergehend anschwellende Zustrom von Spätaussiedlern seine Zielgruppe vergrößerten, so dass er neue Mitglieder gewinnen konnte.

Obgleich die Landsmannschaften keinen öffentlich-rechtlichen Status erlangten und juristisch Vereine blieben, gestalteten sie ihre innere Struktur staatsähnlich, nämlich wie Exilregierungen, und erhoben den Anspruch, alle Angehörigen ihrer Volksgruppe zu vertreten. Einziges Mal kam es darüber zu einem ernstem Konflikt mit der Bundesregierung, und zwar als der 1946 gegründete Bund der Danziger, also die landsmannschaftliche Organisation der vertriebenen Danziger, 1951 auf privater Basis allgemeine, gleiche und geheime Wahlen für ein Exilparlament, den «Rat der Danziger», abhielt, an denen sich 53'000 Danziger beteiligten, was einer Wahlbeteiligung von etwa 30 Prozent entsprach. Am 4. August 1951 wählte der Rat im Lübecker Rathaus eine Exilregierung, die «Vertretung der Freien Stadt Danzig». Der Bund der Danziger vertrat dabei die Rechtsauffassung, dass die «Freie Stadt Danzig» als Völkerrechtssubjekt weiterhin bestehe und die vertriebenen Bewohner berechtigt seien, für Danzig zu handeln. Obwohl Rat und Vertretung aus außen- und innenpolitischer Rücksichtnahme darauf verzichteten, auch formal als Exilorgane aufzutreten, erschien es der Bundesregierung ratsam, derartige Ambitionen energisch zu unterbinden.<sup>26</sup>

Das breite Spektrum historischer, konfessioneller, sozialpolitischer und überhaupt landsmannschaftlicher Heimatpflege bot jedem Vertriebenen die Möglichkeit, sich in die Arbeit der Landsmannschaften einzubringen. Hier war er nicht Objekt staatlicher oder karitativer Fürsorge, sondern handelndes Subjekt, das sich selbst aus der Notlage zu befreien suchte, in die es nach der Vertreibung geraten war. Anders als in der Parteipolitik waren die Handlungsbereiche eng umgrenzt und weniger abstrakt, so dass auch kleine Erfolge Wirkung entfalten konnten. Obwohl man die Forderung nach Rückgabe der Ostgebiete aufrechterhielt, wurde die Integration bejaht und vorangetrieben. Die Verbände waren Stätten der Diskussion und damit der Meinungsbildung, Unmutsbekundungen konnten hier kanalisiert und radikale Tendenzen neutralisiert werden.<sup>27</sup>

Aus Sehnsucht nach der alten Heimat bildeten sich auf den landsmannschaftlichen Treffen, wo man mit den Nachbarn und Freunden von einst zusammenkam, mit der Zeit die Heimatgemeinschaften aus. Sie spendeten Trost und linderten das Heimweh. Viele Böhmerwaldgemeinden

veranstalteten ihre Ortskirchweih, ihre Jahres treffen oder sonstigen Heimatfeste am liebsten im Bayerischen Wald nahe dem alten Zuhause, und die Egerländer ihren Birnsunntag, das Ascher Vogelschiessen, die Wallfahrt zum Egerer Waldhäusl und andere Feste im oberpfälzischen Grenzgebiet.<sup>28</sup> Den geistigen Mittelpunkt dieser Gemeinschaften bilden die Heimatblätter. Für die verstreuten Glieder der Gemeinden spielen sie psychologisch eine grosse Rolle, denn sie bewahren das Gros der Vertriebenen vor der Vereinsamung. Auf den Heimattreffen fühlen diese sich wieder als Mitglied einer intakten sozialen Gemeinschaft, finden Anerkennung nach dem Status, den sie vor der Vertreibung aufgrund von Leistung, Stand und Ansehen innegehabt hatten.

Seit den 1950er Jahren gab es zunehmend Zeichen der Solidarität mit den vertriebenen Landsleuten, da immer mehr westdeutsche Städte, Landkreise und Bundesländer Patenschaften für ostdeutsche, sudetendeutsche und südosteuropäische Gemeinden übernahmen, in denen die Vertriebenen einst gelebt hatten. Diese Patenschaften, die seit 1953 auf Empfehlung des Städte- und des Landkreistages ins Leben gerufen wurden, verfolgten nicht vorrangig politische Ziele, sondern suchten «die Bedeutung des deutschen Ostens für das ganze Deutschland und für das Abendland in geistiger, wirtschaftlicher und sozialer Beziehung darzustellen und somit das geistige und künstlerische Erbe des deutschen Ostens zu pflegen und Heimatvertriebene und Einheimische im Verständnis für ihre beiderseitigen Kulturwerte in der Gemeinschaft deutschen Schicksals zusammenwachsen zu lassen».<sup>29</sup> Noch waren derartige Solidaritätsbekundungen auf der politischen Ebene selbstverständlich, weil nach allgemeiner Auffassung der Verlust Ostdeutschlands nicht endgültig sein konnte.

Noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Vertreibung votierte der Stadtrat von Recklinghausen am 24. Juni 1952 einstimmig für eine Patenschaft mit dem oberschlesischen Beuthen. Oberbürgermeister Josef Dünnebacke verkündete, dass «Recklinghausen, die urdeutsche westfälische Stadt im Westen», die Patenschaft «über Beuthen, die urdeutsche Stadt im Osten unseres gemeinsamen Vaterlandes», übernehme, und überreichte dem letzten freigewählten und nicht durch den Nationalsozialismus vorbelasteten deutschen Oberbürgermeister Beuthens, Dr. Adolf Knakrick, die Patenschaftsurkunde mit den Worten: «Möge Gott unser gemeinsames Vaterland schützen und die Vertriebenen bald in ihre Heimat zurückkehren

lassen.» Als die Beuthener Fahne vor dem Rathaus gehisst wurde, äusserte Dr. Knakrick den Wunsch: «Möge der böse Traum vergehen und unsere liebe Heimatfahne bald wieder über Beuthen wehen.»<sup>30</sup> 1954 übernahm der Kreis Recklinghausen auch die Patenschaft für den Landkreis Beuthen-Tarnowitz.

Ein wichtiges Element der Patenschaft waren die in Recklinghausen alljährlich stattfindenden Heimattreffen, zu denen die in aller Welt verstreuten ehemaligen Beuthener eingeladen wurden. Auch der hochangesehene deutsch-jüdische Schriftsteller Max Tau, der in der Emigration in Oslo lebte, erhielt 1959 als alter Beuthener eine Einladung. Adolf Knakrick, der Vorsitzende der im Grunde konservativen Beuthener Heimatvereinigung, bekannte darin, «dass die Schuld an den Geschehnissen in erster Linie bei uns liegt und dass das, was die andere Seite getan hat, nur die Antwort darauf» gewesen sei. Die Worte verfehlten ihre Wirkung nicht. Max Tau antwortete am 6. Juli 1959 mit Sympathie und Pathos: «Wenn man einen solchen Brief erhält und wirklich etwas für die Toleranz und Versöhnung tun will (...), dann ist man so bewegt, (...) dass man Ihnen, dem Vater unserer Vaterstadt, nur Ja sagen kann.»<sup>31</sup> Und in der Festansprache auf dem Heimattreffen sagte er: «Keiner vermag uns die Heimat zu rauben, die wir in unserem Inneren besitzen (...). Die einzige Möglichkeit, die Heimat zu erreichen, ist die Vorbereitung der echten Brüderschaft. Wir müssen versuchen, auch das Anderssein zu verstehen und zu respektieren (...). Nur durch die Verantwortung für den anderen vermögen wir etwas von dem zu erreichen, was unsere Sehnsucht ist. Es muss gelingen, ein Zeitalter der Toleranz zu schaffen, nur durch diese Kräfte werden wir die Heimat wiedergewinnen.»<sup>32</sup>

#### Teilnehmer am Beuthener Heimattreffen <sup>33</sup>

Jahr	Zahlende Besucher	Jahr	Zahlende Besucher
1961	5 438	1981	6 500
1963	5 207	1983	7 117
1965	5 141	1985	6 424
1967	5 336	1987	7 072
1969	5 311	1989	9 202
1971	5 332	1991	8 970
1973	3 849	1993	7 462
1975	3 600	1995	6 770
1977	4 121	1997	6 406
1979	5 576	1999	6 536
		2000	5 029

Knapp zwanzig Jahre später, 1987, stellte die Fraktion der Grünen im Kreistag von Recklinghausen den Antrag, die Patenschaft mit Beuthen-Tarnowitz aus politisch-ideologischen Gründen niederzulegen und eine Partnerschaft mit einem Verwaltungsbezirk in der Volksrepublik Polen anzustreben. Begründet wurde der Antrag unter anderem mit dem Argument, durch eine Patenschaft mit Beuthen-Tarnowitz werde die Souveränität und die territoriale Integrität des polnischen Staates in Frage gestellt. Landrat Helmut Marmulla kritisierte diese Haltung heftig, und letztlich lehnten SPD- und CDU-Fraktion den Antrag gegen die sechs Stimmen der Grünen ab. Jochen Welt (SPD), der Bürgermeister der Stadt Recklinghausen, ging auf dem 19. Heimattreffen am 5. und 6. September 1987 noch einmal auf den Vorgang ein: «Es gibt auch Kräfte, die mit Skepsis die Patenschaft betrachten. Wir stehen dazu, um all denen eine Abfuhr zu erteilen, die versuchen, diese Freundschaft zu zerstören.» Und Landrat Marmulla fragte bei diesem Anlass: «Hat man schon vergessen, dass auch die Geflüchteten intensiv am Aufbau der Bundesrepublik mitgewirkt haben?»<sup>34</sup>

Der Kreis und die Stadt Recklinghausen rückten von der Patenschaft nicht ab, die sich, wie Stadtdirektor Peter Borggraefe erklärte, «ausschliesslich auf eine Personengemeinschaft und nicht auf ein Territorium» bezog.<sup>35</sup> Nach Unterzeichnung des Grenzenerkennungsvertrages mit Polen beantragten die Grünen noch einmal die Aufhebung der Patenschaft, aber auch die Vorlage vom Dezember 1991 passierte den Rat mit den Gegenstimmen der Grünen: «Der Rat der Stadt Recklinghausen begrüsst den Vertrag vom 14.11.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen und den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17.6.1991. In Anerkennung dieser Verträge ist es Sinn und Zweck der Patenschaft, denen, die im Zusammenhang mit den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges ihre Heimatstadt verlassen haben oder aus sonstigen Gründen verlassen, in Recklinghausen die Möglichkeit zu geben, das geistige Erbe Beuthens und Oberschlesiens zu pflegen und die kulturelle Bedeutung ihrer Heimat zu bewahren.»<sup>36</sup> Als schliesslich im Jahr 2000 eine Städtepartnerschaft zwischen Recklinghausen und Bytom/Beuthen besiegelt wurde, stellte die solidarische Verbindung mit den vertriebenen Beuthenern kein Problem dar, da diese selbst engagiert dazu beitrugen.

Der Landschaftsausschuss Westfalen-Lippe übernahm am 22. Juni 1960 die Patenschaft für den Bundesverband der Landsmannschaft Westpreussen. Auf kommunaler Ebene entstanden daraufhin zahlreiche Patenschaften, unter anderen Marienburg – Hamburg, Marienwerder – Celle, Rosenberg – Halle/Westfalen, Thorn – Lüneburg, Stuhm – Kreis Bremerförde, Dirschau – Stadt Witten, Strasburg – Landkreis Lüchow-Dannenberg, Bromberg Stadt und Land – Stadt Wilhelmshaven.

Bremerhaven übernahm die Patenschaft für Elbing, was unter anderem damit begründet wurde, dass nach 1945 die Schichau-Werft aus Elbing in Bremerhaven Zuflucht gefunden hatte. Am 16. Mai 1954 erfolgte der feierliche Akt, zu dem rund 4'000 Elbinger in die Stadt kamen. In der Patenschaftsurkunde heisst es: «Zahlreiche Bürger Elblings haben vor Jahren zugleich mit dem grössten Elbinger Schiffbau-Unternehmen Zuflucht und eine neue Wirkungsstätte in unserer Stadt an der Unterweser gefunden. Bremerhaven als Stadt der Seefahrt und des Schiffbaus fühlt sich daher der alten ostdeutschen Hansestadt am Haff besonders verbunden.»<sup>37</sup>

Heilbronn übernahm 1954 die Patenschaft über die Dobrudschadeutschen. Allein im Landkreis Heilbronn lebten 1954 etwa 1'600 der insgesamt 10'000 Dobrudschadeutschen im Bundesgebiet. Das Land Baden-Württemberg trat 1954 die Patenschaft für die Donauschwaben an.<sup>38</sup> In Waiblingen fanden vierzig ungarndeutsche Familien aus der südungarischen Gemeinde Csávolly in der Batschka ein neues Zuhause. Sie gründeten eine eigene Ortsgemeinschaft, die Mittelpunkt der rund 900 Csávollyer in Baden-Württemberg wurde. Auf besonderen Antrag übernahm 1972 die Stadt Waiblingen durch Beschluss des Gemeinderats die Patenschaft für die vertriebenen Deutschen aus Csávolly. 1976 wurden die Csávollyer Heimatstuben eröffnet. Waiblingen unterstützte auch die Herausgabe des Erinnerungsbuches *Csávolly 1780-1980. Heimatbuch einer ungarndeutschen Gemeinde aus der Batschka*.<sup>39</sup>

Ebenfalls 1954 übernahm Amberg die Patenschaft für den Stadt- und Landkreis Eger, wobei die kulturelle Verbindung über tausend Jahre unterstrichen wurde. In Amberg wies man mit der Egerer, der Egerland- und Balthasar-Neumann-Strasse auf diese Patenschaft hin. In der Patenschaftsurkunde heisst es: «Die Stadt Amberg verpflichtet sich mit dem heutigen Tag zur stammesbrüderlichen Pflege der alten Stauferstadt Eger und ihres Umlandes, das einstmals gleich Amberg zum bayerischen Nordgau gehörte.»<sup>40</sup> Augsburg ist seit 1955 Pate des böhmischen Reichenberg. In der



bayerischen Stadt erinnern daran die Reichenberger Heimatstube, ein Reichenberger Brunnen, die Reichenberger Strasse, ein Schmuckfenster mit dem Reichenberger Rathaus im Gebäude der Stadtverwaltung sowie ein Gobelin im Sitzungssaal des Rathauses. Insgesamt übernahmen westdeutsche Städte, Regionen und Bundesländer mehr als 300 Patenschaften.

Nicht selten bezog man sich auf die mittelalterliche Ostsiedlung, wenn die historische und kulturelle Verbundenheit der vertriebenen und einheimischen Deutschen betont werden sollte. Damals waren im Westen des deutschen Reiches Siedler aufgebrochen in den späteren deutschen Osten und die Siedlungsgebiete ausserhalb der Reichsgrenzen. Am 5. August 1951 wurde im münsterländischen Ahaus eine Tafel enthüllt, die einen solchen Brückenschlag zwischen Westfalen und der Heimat der Vertriebenen herstellen sollte. Sie erinnerte an Johann von Diepenheim, Herr der Herrschaft Ahaus, der 1241 in der Schlacht bei Liegnitz gegen die Mongolen gefallen war. In der von allen Vertriebenen-Ortsvorsitzenden des Landkreises unterzeichneten Stiftungsurkunde steht: «Wie uns Ostvertriebenen der Mongoleneinfall in Schlesien zum Sinnbild für die durch Jahrhunderte andauernde und ständig wachsende Gefahr der Überschwemmung Europas durch Asien geworden ist, so sehen wir in dem Ritter Johann II. von Diepenheim das Sinnbild für den westdeutschen Menschen, der aus christlicher Verantwortung und gesamtdeutscher Schau den bedrängten Ostdeutschen zu Hilfe eilt, weil er die tödliche Bedrohung der gesamten abendländischen Kultur erkannt hat.»<sup>41</sup>

Nicht selten wurden martialische und pathetische Töne angeschlagen, wenn die Geschichte erzählt wurde von den Siedlern, die einst von Westen kommend die ostdeutschen Gebiete besiedelt hatten und deren Nachfahren nach 800 Jahren zwangsweise zurückgekehrt waren. Doch das bedeutete nicht, dass revanchistische Forderungen erhoben wurden. Marion Gräfin Dönhoff schrieb 1950: «Vor 700 Jahren haben sich die ersten Deutschen in den Hansestädten Bremen und Lübeck zusammengefunden, um in den deutschen Osten zu ziehen und die Gebiete jenseits der Weichsel zu kolonisieren. (...) Enterbt, vertrieben, verfolgt sind sie zurückgekehrt, die letzten Nachfahren jener Pioniere, und haben sich in diesen Tagen in Hamburg versammelt zu einem grossen Treffen, an dem 60'000 Ostflüchtlinge teilnahmen. Wohl nie ist das Gebet, mit dem der gemeinsame Gottesdienst eingeleitet wurde, 'Gib uns unsere Heimat wieder', mit mehr Inbrunst gesprochen worden, nie sind die Gedanken so vieler heimwehkranker, wur-



Patenschaftsurkunde der Stadt Bremerhaven für die Stadt und den Landkreis Elbing, 16. Mai 1954

Ein Zeichen der Solidarität setzten westdeutsche Länder, Städte und Kommunen seit den 1950er Jahren mit den Patenschaften für vertriebene Heimatgemeinschaften. Bremerhaven übernahm die Patenschaft für Elbing, weil die berühmte Elbinger Schichau-Werft in der Hafenstadt an der Wesermündung nach 1945 Zuflucht gefunden hatte und mit ihr viele der Mitarbeiter aus Elbing. Man verspricht in der Urkunde, den Patenkindern «in Anknüpfung an das geistige Erbe des deutschen Ostens einen Sammelpunkt menschlicher und kultureller Gemeinschaft zu geben und damit die vertrauensvollen Beziehungen zwischen Heimatvertriebenen und Einheimischen zu vertiefen».



Elbinger Jugendliche als Gäste der Patenstadt Bremerhaven im Marschenhof Wremen, September 1955

Die Patenschaften hatten nicht nur symbolischen Wert, sondern boten auch handfeste Hilfen. Alljährlich wurden Jugendfreizeiten und Erholungsaufenthalte für vertriebene Kinder und Jugendliche aus den Patenkreisen organisiert, die diese für ein paar Wochen aus dem entbehnungsreichen Nachkriegsalltag entführten. Die Patenstadt Bremerhaven lud die vertriebenen Elbinger Kinder auf den Marschenhof Wremen ein.

zelloser Menschen sehnsuchtsvoller über den Eisernen Vorhang gezogen als in diesen Tagen, in denen so viele Erinnerungen wieder wach werden. (...) Nicht mit Waffen wollen sie die Heimat zurückerobern, sondern, wie Bürgermeister Brauer es ausdrückte, durch die Kraft der Idee, da Freiheit und Recht stärker sind als Terror und Gewalt.»<sup>42</sup>

Anfangs bedienten sich die Vertriebenenfunktionäre einer streng antikommunistischen Rhetorik. Der Sowjetunion und ihren Verbündeten wurde die alleinige Verantwortung für die Vertreibung zugeschoben und damit zugleich die Rolle der Westmächte – aber auch die Schuld Deutschlands an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs – heruntergespielt. Das entsprach dem gesamtgesellschaftlichen Konsens in den ersten Jahren der Bundesrepublik. Europa – verstanden im gaullistischen Sinne als Europa der Vaterländer – galt als neue Zukunftshoffnung und die Demokratie als «Bollwerk gegen den Bolschewismus», wobei der «Bolschewismus» eine Art *black box* war, in die jedes Ressentiment passte.

Bei der kaum zu überblickenden Vielfalt der Einrichtungen kann von «den» Vertriebenenverbänden keine Rede sein. Dennoch werden sie schon einmal pauschal zu gefährlichen, geschickt im Verborgenen arbeitenden logenähnlichen Vereinigungen reaktionärer Dunkelmänner stilisiert, die einer Krake gleich die Bundesrepublik im Griff haben.<sup>43</sup> Letztlich wollen diejenigen, die solche Vorurteile verbreiten und den Verbänden per se einen rechtsextremen, revanchistischen Hintergrund unterstellen, nicht sehen, dass Pommern, Ostpreussen und Donauschwaben unterschiedlicher kaum sein könnten.

Seit Übernahme des Vorsitzes durch Erika Steinbach im Jahre 1998 zeichnet sich in der Programmatik des BdV eine deutliche Interessenverlagerung ab. Das Engagement für Fragen des Schutzes nationaler Minderheiten und gegen neue Vertreibungen führt weg von der eigenen Opferrolle und sichert dem BdV wieder eine hohe – wenngleich nicht immer freundliche – Medienpräsenz. Zur Irritation trägt in erheblichem Masse eine Minderheit im BdV bei, die zu einem Konfrontationskurs zurückkehren will, allen voran die Preussische Treuhand. Für die Aussenwirkung der Vertriebenenverbände ist das verheerend. Noch schlimmer ist, dass alle etwas verlieren bei diesem Kurs. Das historische Erbe des deutschen Ostens kann nur gewahrt werden, wenn eine auf die Zukunft gerichtete Geschichts- und Kulturarbeit geleistet wird, welche die heutigen Bewohner der Vertreibungsgebiete einbezieht.

## Die Parteien und die Vertriebenen

Walter Dirks und Eugen Kogon haben schon früh auf eine Gefahr aufmerksam gemacht, die während des Kalten Krieges die grosse Politik und die der Vertriebenenverbände bestimmen sollte: die Aufrechterhaltung eines Anspruchs, der unreal war. Diese Politik gehe zu Lasten der Vertriebenen und «ist ein Verbrechen», schrieben sie bereits 1947 in den *Frankfurter Hefen*, «genau wie die Weigerung, ihnen Boden und Beruf hier und heute zu gewähren. Ein Verbrechen erst recht, wenn die Hoffnung in ihnen genährt wird, weil man sich weigert, die Vertriebenen auf Dauer aufzunehmen! Die überwältigende Mehrheit der zwölf bis vierzehn Millionen wird nicht zurückkehren können.»<sup>44</sup>

Ganz anders schien man das in den politischen Parteien zu sehen, deren Vertreter den Heimatlosen immer wieder Hoffnung machten. In einem Telegramm zum Schlesiertreffen 1963 in Köln äusserte sich der SPD-Parteivorstand in dieser Hinsicht so eindeutig wie nie zuvor: «Breslau – Oppeln – Gleiwitz – Hirschberg – Glogau – Grünberg, das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten: Hundert Jahre SPD heisst vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern – niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden. (...) Wir grüssen die Schlesier

Erich Ollenhauer Willy Brandt Herbert Wehner.»<sup>45</sup>

Einen innenpolitischen Konflikt wegen der Ostgebiete wollte in der Bundesrepublik niemand riskieren, was alle Parteien zu einer Doppelstrategie gegenüber den Vertriebenen veranlasste: Man machte grosse Worte und erhob Forderungen, die angesichts der militärischen Stärke des Ostblocks in der Hochzeit des Kalten Krieges vollkommen unreal waren, aber man tat nichts. Zugleich sorgte insbesondere Konrad Adenauer durch wahltaktische Strategien und Versprechungen dafür, dass der BdV nicht zu einer machtvollen politischen Interessengruppierung wurde. Am Rechtstitel der Grenzen von 1937 hielt er jedoch fest, weshalb die Erinnerung an den – nach bundesrepublikanischer Staatsräson – deutschen Osten nach wie vor offiziellen Charakter besass.

Der finnische Historiker Pertti Ahonen hat den westdeutschen Po-

litikern aller Parteien vorgeworfen, viel zu lange aus politischem Kalkül mit dem Heimweh und der Trauer der Menschen gespielt, deren Illusionen genährt und sie wahltaktisch instrumentalisiert zu haben.<sup>46</sup> Eine Sozialprognose wollte keiner wagen, aber an vollmundigen Versprechungen herrschte kein Mangel, schliesslich waren 10 Millionen Vertriebene eine Grösse, die wahltaktisch nicht zu vernachlässigen war. Der niedersächsische Vertriebenenminister Heinrich Albertz hat sich 1948 im Niedersächsischen Landtag vehement gegen diese Haltung seiner Politikerkollegen gewandt:

«Eine Landesregierung im deutschen Westen und ein Landesminister für Flüchtlingsangelegenheiten haben im Augenblick nur eine konkrete, allerdings eine sehr bittere und sehr nüchterne Aufgabe: den Millionen Vertriebenen im westdeutschen Raum zu ihren primitivsten Lebensrechten zu verhelfen! Die Forderung auf Rückgabe der deutschen Ostgebiete kostet mich oder irgendeinen verantwortlichen Politiker im deutschen Raum im Augenblick gar nichts.

Es kostet mich aber etwas, in Hannover, in Lüneburg, in Stade, in Braunschweig oder sonst wo dafür einzutreten, dass endlich alle Deutschen in unserem Lande vor dem Gesetz gleich sind (Sehr richtig! Bei der SPD) und dass diese durch den Gesetzgeber festgestellte Gleichberechtigung aus einer papiernen Fiktion zu einer Wirklichkeit des täglichen Lebens wird. (...) Man hält zwar Flüchtlingsversammlungen ab mit grossen Transparenten ‘Gebt uns unsere Heimat wieder!’, aber unter diesen Plakaten verrekken die Menschen. Man wühlt in immer deutlicherer Form nationalistische Leidenschaften auf, aber das soziale Gewissen schweigt oder ist schon längst gestorben.

Darum haben meine Freunde und ich eine sehr deutliche und nüchterne Meinung vom Flüchtlingsproblem im westdeutschen Raum. Wir wollen mit allen nur denkbaren Mitteln die Vertriebenen an die echte soziale und politische Verantwortung heranführen. Der Vertriebene soll seine Heimat niemals vergessen, aber sein Verstand hat hier wach zu sein, und seine tägliche harte und schwere Arbeit hat sich ausschliesslich auf den Kampf um seine Existenz und um die Wiederherstellung der zerstörten sozialen Gerechtigkeit zu richten.

Der Entwurf des Gesetzes über die Bildung eines Parlamentarischen Rates, der uns das Grundgesetz einer neuen deutschen Ordnung schenken soll, ist der gegebene Anlass, das mit allem Ernst, aber auch mit aller Schärfe auszusprechen. Obwohl niemand von uns jemals den berechtigten Anspruch auf die Grenzen Deutschlands nach dem Stande von 1937 aufgeben wird, haben wir hier zu leben und zu arbeiten und auch politisch zu



Wahlplakate der CSU (1946) und der CDU (1947)

Alle Parteien buhlten um die Gunst der Vertriebenen. Ihr Wählerpotential war gewaltig und konnte wahlentscheidend sein. Dabei verfolgten die etablierten Parteien jedoch einen Kurs der Zweideutigkeit. Neben konkreten sozialen Versprechungen im Hier und Jetzt überbot man sich in Forderungen nach einer Rückkehr in die alte Heimat, die sich zunehmend als illusorisch erweisen sollten. Insbesondere die Forderung nach Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 war angesichts der politischen Realität im Kalten Krieg absurd, aber sie war in ihrer Wirkung kaum zu überbieten und kostete nichts.

handeln, als ob kein einziger der Ostvertriebenen seine Heimat in absehbarer Zeit wieder sehen würde. Gebe Gott, dass dieses Als-Ob eine Illusion bleibt.

Solange wir aber der nüchternen Wirklichkeit der augenblicklichen politischen Lage gegenüberstehen, werden wir jedenfalls mit allen Mitteln zu verhindern wissen, dass uns ausgerechnet der entwurzelte ostdeutsche Mensch für einen neuen Nationalismus reif geschossen wird, und zwar lediglich, um die eigene soziale Bequemlichkeit zu schützen. Denn gerade der Vertriebene soll wesentlicher Träger der neuen Ordnung sein, die eine Ordnung der deutschen Armut ist und die die Erfahrungen der Besitzlosigkeit der Ostvertriebenen in sich schliessen muss – oder wir gehen alle miteinander zu Grunde.»<sup>47</sup>

Zu den ersten ordnungs- und sozialpolitischen Massnahmen nach Gründung der Bundesrepublik 1949 gehörte der Entwurf eines Bundesvertriebenengesetzes, das die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge regelte. Das am 19. Mai 1953 verabschiedete Gesetz sieht mit Berufung auf das Grundgesetz eine Gleichstellung der Vertriebenen mit der Mehrheitsbevölkerung vor, zugleich aber – und im Unterschied zur DDR – eine Sonderstellung. Der Sonderstatus mit Rechtsanspruch sollte sicherstellen, dass Vertriebene über Generationen hinweg durch Flucht und Vertreibung belastete Deutsche blieben und damit sichtbarer Ausdruck der offenen deutschen Frage. Entsprechend dieser aussenpolitischen Zielsetzung wurden die Interessenvertretungen der Vertriebenen unterstützt und ihre kulturelle Eigenart gefördert. Die unter der Herausgeberschaft von Theodor Schieder entstandene *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa* (1953-1962) sowie die von Eugen Lemberg und Friedrich Edding herausgegebene Dokumentation über die *Vertriebenen in Westdeutschland* (1959) sind Beispiele aus einer langen Reihe von Veröffentlichungen, die auf dieser Grundlage entstanden sind. Im Vorwort zu dem 1959 erschienenen Sammelwerk hat Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer auf die Ambivalenz der westdeutschen Vertriebenenpolitik hingewiesen, nämlich dass «die Rückkehr der Ostdeutschen in ihre Heimat nur möglich erscheint, wenn das Potential der Vertriebenen in seiner Lebenskraft wiederhergestellt wird. Die Eingliederung ist daher auch eine Voraussetzung der Rückkehr.»<sup>48</sup> Auf diese Weise liess sich der Konflikt zwischen dem Rechtsanspruch auf Rückkehr und dem Integrationswillen überwinden.

In erster Linie war der Flüchtlings- und Vertriebenenstatus aber die



Grundlage für ein auf den inneren Frieden zielendes Paket von Leistungen, durch das die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Vertriebenen denen der einheimischen Bevölkerung angepasst werden sollten. Die Bundesregierung erhob damit die Eingliederung der Vertriebenen zu einer staatspolitischen Aufgabe ersten Ranges. Nach aussen wurde dies durch die Errichtung des Bundesministeriums für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte deutlich. Auch wenn dieses aufgrund seiner geringen Kompetenzen wenig bewegen konnte, ist die symbolische Wirkung während der zwanzig Jahre seines Bestehens nicht zu unterschätzen.

Konkrete und schnelle Wirkung entfaltete ein schon vor der Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages geschnürtes Massnahmenbündel, das unter anderem die ungleiche Belastung der einzelnen Bundesländer durch die Verteilung der Vertriebenen zu korrigieren suchte. In mehreren Umsiedlungsprogrammen auf freiwilliger Basis gaben Ende der 1940er und in den 1950er Jahren die Hauptaufnahmelande über eine Million Vertriebene an die Bundesländer mit einer geringeren Aufnahmequote ab, hauptsächlich Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Dadurch und durch zusätzliche Umsiedlungsprogramme innerhalb der Länder gelang es nach der Währungsreform schliesslich, das Arbeitsplatzangebot der Arbeitsplatznachfrage anzugleichen.

In der Lösung des Vertriebenenproblems sah der erste Deutsche Bundestag seine grösste soziale Aufgabe. Das Entstehen des BHE war sichtbarer Ausdruck dafür, dass die in der ersten Regierungserklärung benannte Gefahr, Westdeutschland könne zu einem Herd politischer und wirtschaftlicher Unruhe werden, nicht von der Hand zu weisen war. Mit der Gründung einer Klientelpartei gewann das Problem politische Kontur und wurde zur Herausforderung für das etablierte Parteiensystem.

Der BHE wurde 1950 in den Bundesländern gegründet, welche die meisten Vertriebenen aufgenommen und die daher auch am stärksten mit deren Notlage zu kämpfen hatten.<sup>49</sup> Die führenden Verbandsfunktionäre lehnten zunächst eine allgemeine, politische Konzeption ab und strebten lediglich eine Interessenvertretung für Vertriebene und Flüchtlinge an. In Anlehnung an das Deutschlandlied lautete 1957 die Wahlparole «Von der Saar bis an die Memel, ganz Deutschland ein sozialer Rechtsstaat».<sup>50</sup> Dem Programm des BHE in Schleswig-Holstein konnte man entnehmen, warum die Vertriebenen sich entschieden hatten, eine eigene Partei zu gründen:

«Die Heimatvertriebenen und Entrechteten wollen nicht länger abseits stehen. Die bitteren Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gelehrt, dass die bestehenden politischen Parteien nicht den Willen oder die Fähigkeit besitzen, die Wege zu einer gerechten Neuordnung unseres zusammengebrochenen Vaterlandes zu beschreiten. Millionen entrechteter Menschen warten seit fünf Jahren vergeblich darauf, dass die Folgen des verlorenen Krieges gleichmässig auf alle deutschen Schultern gelegt werden. Das Unrecht hat Ausmasse erreicht, die das soziale Gefüge zu sprengen drohen. (...) Die Schwierigkeiten werden leichter zu ertragen sein, wenn beide Teile ernstlich versuchen, im Geiste der nationalen Solidarität und christlichen Nächstenliebe zusammenzuarbeiten und die unvermeidlichen Opfer gemeinsam zu tragen.»<sup>51</sup>

Grössere Wahlerfolge hat der BHE letztlich nur in Ländern mit hohem Vertriebenenanteil erzielt. Zwischen 1950 und 1966 war er im Bund nur kurzzeitig, und zwar von 1953 bis 1955, in einigen Bundesländern aber lange in der Regierung vertreten: in Baden-Württemberg von 1952 bis 1964, in Bayern von 1950 bis 1962, in Hessen von 1954 bis 1966, in Niedersachsen von 1951 bis 1963 und in Schleswig-Holstein von 1950 bis 1958. Die Partei wurde fast ausschliesslich von Vertriebenen gewählt, vor allem dort, wo der Integrationsprozess langsam verlief.

Hohe Stimmenanteile konnte der BHE nur in kleinen, agrarisch ausgerichteten Gemeinden erringen, während er in den grösseren Städten und allgemein in den Industriegebieten stets eine Splitterpartei blieb. Wurden zunächst die «Entrechteten» angesprochen, suchte man die Basis später zu erweitern, indem man sich an alle «Geschädigten» und schliesslich an alle national und gesamtdeutsch gesinnten Wähler wandte. Funktionäre, Abgeordnete und sämtliche Parteiführer des Bundes der Heimatvertriebenen und Entrechteten waren beinahe selbstverständlich Vertriebene. Sie repräsentierten vornehmlich die Altersgruppe, deren Lebensentwurf durch die Vertreibung am stärksten gelitten hatte.

In Oberfranken war die Zustimmung zur Partei der Vertriebenen besonders gross, denn hier lebten überdurchschnittlich viele von ihnen. Den Durchbruch brachte dort die bayerische Landtagswahl vom 26. November 1950. In Oberfranken erhielt die Partei 13,9 Prozent (Landesdurchschnitt 12,3 Prozent) der Stimmen. Lediglich in Niederbayern und Schwaben lag der Stimmenanteil mit 15,3 beziehungsweise 14,9 Prozent noch höher. Spitzenreiter in Oberfranken waren Staffelstein-Lichtenfels mit 16,7 und Kulmbach-Stadtsteinach mit 16,5 Prozent. Bei den Landtagswahlen 1951

entschieden sich in Oberfranken 11,5 Prozent, bei der Landtagswahl 1958 dann 9,6 und 1962 schliesslich nur noch 5,6 Prozent für die Vertriebenenpartei.<sup>52</sup>

**BHE-Stimmenanteil im Raum Hannover<sup>55</sup>**

Landkreis	BHE-Stimmenanteil Landtagswahl 1951	Vertriebenenanteil an der Bevölkerung (Stichtag 13. September 1950)
Hannover	9,3 Prozent	35,3 Prozent
Neustadt	25,2 Prozent	41,2 Prozent
Springe	25,0 Prozent	42,3 Prozent
Burgdorf	17,8 Prozent	40,1 Prozent

Als der kleine, aber entscheidende Partner drängte der BHE in seiner Blütezeit in alle Regierungen, wobei er sich unabhängig vom politischen Programm für den Meistbietenden zu entscheiden pflegte. Unverhandelbar war in allen Koalitionsgesprächen die Zusicherung, dass der BHE zuständig sein würde in Fragen zur Eingliederung der Vertriebenen. An Ressorts, die damit nichts zu tun hatten, zeigte er kaum Interesse. Umso stärker war die Partei bestrebt, ihre Anhänger im öffentlichen Dienst unterzubringen, wo sie zuallererst die Gleichstellung von Vertriebenen und Einheimischen forderte und entsprechend förderte.

Beim BHE waren Partei- und Vertriebenenverbandsinteressen» identisch, was auf die weitgehende Personalunion der Funktionäre von Verband und Partei zurückzuführen war. Zunächst waren sie auf den Lastenausgleich und die Eingliederung der eigenen Klientel gerichtet, später präsentierte der BHE sich als Streiter für das Selbstbestimmungs- und Heimatrecht, als Kämpfer für das verlorene Eigentum der Vertriebenen und als Gegner jeglichen Verzichts. Das sprach in erster Linie die sozial schwachen Schichten an, bei denen die materielle und soziale Integration kaum geglückt war.

Im Jahr 1959 wurde eine von Linus Kather verfasste «Aussenpolitische Resolution» auf dem Bundesparteitag in Schwetzingen beschlossen, in der es hiess: «2. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen und der CSR im gegenwärtigen Zeitpunkt wird abgelehnt. Sie erschwert die Beseitigung des bestehenden Zustandes, sie schafft unlösbare Schwierigkeiten in staatsrechtlicher Hinsicht, sie führt zur Anerkennung Pankows (...) 3. Auch der Abschluss eines Nichtangriffspaktes mit Polen wird abgelehnt. Es ist

unzumutbar, eine Grenze zu garantieren, die man nicht anerkennt, und einen Zustand zu gewährleisten, den man ändern will.»<sup>54</sup> Damit war eine Position bezogen, welche die Vertriebenenverbände und den BHE im folgenden Jahrzehnt ins Abseits führen sollte.

Schon in den 1950er Jahren verlor der BHE, dem das grosse Wählerpotential, das die Vertriebenen darstellten, stets nur zu einem mehr oder weniger grossen Bruchteil zugefallen ist, seine Wählerschaft in dem Mass, wie die Integration der Vertriebenen voranschritt, so dass er in den 1960er Jahren trotz der Fusion mit der Deutschen Partei (DP) zur Gesamtdeutschen Partei (GDP) bedeutungslos wurde und lediglich in einzelnen Landkreisen, etwa im nordhessischen Hofgeismar und Wolfhagen, bis 1976 noch eine politische Kraft darstellte.<sup>55</sup>

Parteilpolitisch verhielten sich der BdV und seine Vorläuferorganisationen trotz einer erkennbaren Neigung der Mehrheit seiner Mitglieder zu den Unionsparteien neutral. Auf den alljährlichen Deutschlandtreffen gaben sich die Vertreter der grossen Parteien die Klinke in die Hand und überboten sich in Parolen, die nichts kosteten. Konrad Adenauer rief den Schlesiern auf dem Deutschlandtreffen 1959 in Köln zu: «Die stärkste Waffe des Besiegten ist und bleibt die Geduld. Die stärkste Waffe ist ein zuverlässiger ethischer Glaube an die Heimat und an das eigene Volk.»<sup>56</sup> An gleicher Stelle erinnerte der Bundeskanzler 1961 an Elsass-Lothringen, das «erst nach 47 Jahren wieder, seinem Willen entsprechend, zu Frankreich zurückgekommen ist. Haben Sie Geduld, haben Sie Ausdauer, haben Sie Hoffnung.»<sup>57</sup> Willy Brandt versicherte im selben Jahr: «Schlesien bleibt in unserem Bewusstsein deutsches Land. Es wäre unmenschlich, wenn man uns auch noch die Erinnerung an die Heimat aus dem Herzen reissen sollte. Keine Macht dieser Welt wird uns daran hindern können, unser ganzes Wollen auf die Wiederherstellung unserer staatlichen Einheit zu konzentrieren und mit friedlichen Mitteln um eine gerechte Grenzziehung und um das Recht auf Heimat zu ringen. Und jeder deutsche Politiker muss sich verpflichten, dass er keine nationalpolitische Entscheidung hinter dem Rücken unserer heimatvertriebenen und geflüchteten Landsleute treffen wird. Für wen das Ziel der Einheit unseres Volkes in Freiheit mehr bedeutet als eine unverbindliche Forderung in Feiertagsreden, der weiss genau, dass Berlin der Prüfstein für die Zukunft ganz Deutschlands ist.»<sup>58</sup>

In vielen Orten Westdeutschlands waren es Vertriebene, die die Sozialdemokratie wiederbelebten, teilweise gingen von ihnen sogar Impulse



Bundeskanzler Konrad Adenauer spricht auf dem Schlesientreffen in Köln, 26. Juli 1953

Im Wahlkampf wurden die 10 Millionen Vertriebenen von allen Parteien umworben. So polemisierte der Sozialdemokratische Pressedienst 1953 gegen den Rheinländer Adenauer und seine Westbindungspolitik: «Kennt der Kanzler Königsberg? (...) Wir können nicht von einem Bundeskanzler verlangen, dass er gleichzeitig in Köln und in Königsberg geboren ist. Aber wir können verlangen, dass er wenigstens geistig in beiden Städten beheimatet ist. Hier aber wird die Enge sichtbar, in der der Kölner Adenauer befangen ist. Der bisherige Bundeskanzler hat zwar Brücken über den Rhein gebaut, aber er vermag es nicht, die Brücke zum Ostdeutschen zu schlagen. Ein deutscher Bundeskanzler, der wohl Köln, aber nicht Königsberg und Kant begriffen hat? (...) Darum ist der Brückenbauer über den Rhein kein Brückenbauer über die Elbe.»

zur Neugründung aus. In Gegenden wie dem katholischen Münsterland entstanden erst jetzt SPD-Ortsvereine. In Wolbeck haben sieben Vertriebene am 1. Juli 1946 die Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei gegründet. Die Mitglieder waren zum grossen Teil altgediente Sozialdemokraten aus Schlesien und Ostpreussen. Im konservativen Münsterland hatten die Genossen es schwer, denn sie wurden angefeindet als Sozialdemokraten, als Vertriebene und als Protestanten.<sup>59</sup> Die SPD in Hessen, vor allem in Nordhessen, war ohne Sudetendeutsche nicht denkbar. Nicht zuletzt darauf war die Nähe der hessischen SPD zu den Vertriebenen zurückzuführen. Sie mündete schliesslich in das Bündnis zwischen dem BHE und der SPD, das in anderen Bundesländern und in Bonn heftig kritisiert wurde.

Innerhalb der deutschen Sozialdemokratie gab und gibt es starke Persönlichkeiten, die aus Ostdeutschland und Deutschböhmen stammen. Mit Paul Löbe, dem letzten Reichstagspräsidenten und schlesischen SPD-Abgeordneten, eröffnete ein ostdeutscher Sozialdemokrat der ersten deutschen Demokratie den ersten Bundestag 1949 als Alterspräsident. Ein anderes prominentes Beispiel ist der deutschböhmische Sozialdemokrat Josef Seliger (1870-1920), nach dem die 1951 gegründete Seliger-Gemeinde benannt ist. Die «böhmischen Sozialdemokraten» wurden aber allmählich an den Rand gedrängt, so dass man schon in den 1960er und 1970er Jahren nur noch vereinzelt auf Sudetendeutsche aus der frühen Phase des Wiederaufbaus stiess.

Die SPD trat in den 1950er Jahren für einen gerechten Lastenausgleich und eine Vermögensumverteilung von den Einheimischen zu den Heimatlosen ein. Ihr erster Nachkriegsvorsitzender Kurt Schumacher, gebürtig aus dem westpreussischen Kulm an der Weichsel, stand noch für den alten preussischen Kurs der Sozialdemokratie, der in nationalen Fragen Solidarität einforderte. Der Nachdruck, mit dem die SPD die Oder-Neisse-Grenze ablehnte, und die Art und Weise, wie der Vorsitzende Forderungen vortrug, werteten nicht wenige als Ausdruck eines neuen Nationalismus. Noch immer schien die Partei nicht frei zu sein von dem Zwang, durch eine nationale Haltung den Vorwurf des mangelnden Patriotismus zu entkräften, der ihr seit der Kaiserzeit anhing. Dabei hat die SPD sich immer – auch während der Weimarer Republik – für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für eine Revision der Ostgrenzen auf friedlichem Weg eingesetzt.

Im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker war auch das Aktionsprogramm formuliert, das auf dem Dortmunder Parteitag am 28. Sep-

tember 1952 beschlossen und auf dem Berliner Parteitag am 24. Juli 1954 erweitert wurde: «Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit ist die dringendste politische Forderung des deutschen Volkes. (...) Die Regelung der Gebiets- und Grenzfragen Deutschlands bleibt diesem Friedensvertrag vorbehalten. Keine Regierung von Teilen Deutschlands darf durch Abmachungen mit den Besatzungsmächten Entscheidungen über diese Frage vorwegnehmen. Die Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt sie weder im Osten noch im Westen an.»<sup>60</sup>

In den 1960er Jahren bemühte sich die SPD-Spitze zunehmend um die Vertriebenen. Parteiinterne Kritik an ihnen wurde nicht geduldet. Der Bundesvorstand bat den Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreussen, Egbert Otto, sogar um Entschuldigung, als der sozialdemokratische Pressedienst einen abträglichen Bericht über dessen sogenannten Volksgruppenplan veröffentlichte, und Herbert Wehner drohte SPD-Journalisten, die ohne seine Genehmigung kritisch über die Vertriebenenverbände berichteten, mit fristloser Kündigung.<sup>61</sup> Dass hinter all diesen Bemühungen wahltaktische Überlegungen steckten, offenbart die Rede Willy Brandts auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier 1963, als die SPD mit der Parole «Verzicht ist Verrat» alles übertraf, was bis dahin von den Parteien zu den verlorenen Ostgebieten gesagt worden war.<sup>62</sup>

Die SPD brauchte die Stimmen der Vertriebenen und suchte mit markigen Worten die eigenen Vertriebenenpolitiker bei der Stange zu halten und durch diese neue Wählerschichten zu erschliessen. Es war kein Zufall, dass auf den letzten Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie, Wenzel Jaksch, der den BdV-Vorsitz von 1964 bis 1966 innehatte, von 1967 bis 1970 mit dem Ostpreussen Reinhold Rehs ein weiterer Sozialdemokrat folgte. Herbert Hupka war als Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien ebenfalls ein wichtiges Aushängeschild der Sozialdemokratie. Sie alle wurden von Herbert Wehner gezielt im Sinne einer auf Machtwechsel und Änderung der Ostpolitik gerichteten Strategie eingesetzt. Während im Hintergrund bereits der «Wandel durch Annäherung» vorbereitet wurde, verhalfen die ahnungslosen Politiker der Partei durch Mobilisierung des Vertriebenenklientels zur Regierungsbeteiligung. Auf dem Karlsruher SPD-Parteitag von 1964 sprach sich der Bundestagsfraktionsvorsitzende Fritz Erler noch in scharfer Form gegen die Anerkennung der

Oder-Neisse-Grenze aus, und die Delegierten tagten demonstrativ vor dem Hintergrund einer grossformatigen Karte des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 und dem Wahlspruch «Erbe und Auftrag». <sup>63</sup> Vier Jahre später wurde auf dem Nürnberger Parteitag von 1968 die ostpolitische Wende eingeleitet: Der Parteitag verabschiedete eine Entschliessung, in der der Wille zur Respektierung und Anerkennung der bestehenden Grenzen, insbesondere der «gegenwärtigen polnischen Westgrenze», bekräftigt wurde. <sup>64</sup>

Dieser Kurswechsel löste bei den Vertriebenen Bestürzung und Verbitterung aus. Karl Mocker, Präsidialmitglied des BdV, sprach von einem «Wortbruch an den Vertriebenen». <sup>65</sup> Die verheerende Niederlage der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg am 28. April 1968 machte das ganze Ausmass des Vertrauensverlustes deutlich: Wie der SPD-Vertriebenenpolitiker Adolf Hasenöhrle prophezeit hatte, fiel ihr Stimmenanteil, der bei den Landtagswahlen von 1964 noch 37,3 Prozent betragen hatte, auf 29 Prozent zurück, während die NPD mit 9,8 Prozent der Stimmen erstmals in den Stuttgarter Landtag einzog. Der SPD-Vorstand liess die Verluste der Partei in Wahlkreisen mit hohem Vertriebenenanteil detailliert untersuchen mit dem wenig überraschenden Ergebnis, dass ein Zusammenhang mit dem ostpolitischen Kurswechsel der SPD kaum zu leugnen war. <sup>66</sup>

Die neue Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel von 1969 an liess den BdV von der SPD abrücken und veranlasste mehrere prominente Vertriebene, darunter Herbert Hupka, zum Austritt aus der Partei. Die Vertreter des neuen Kurses hatten es versäumt, den Vertriebenen den Politikwechsel glaubwürdig und überzeugend zu vermitteln. Da diese ihnen in ihrer Verbitterung nicht folgen wollten, forderte die SPD-Führung, die Vertriebenenverbände notfalls durch Zwang zur Raison zu bringen. Doch die Vertretungen der Vertriebenen waren schon weit an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Bundesregierung verlor schliesslich das Interesse an ihnen. Viele Vertriebene – auch unter den Sozialdemokraten – empfanden das als Verrat.

Obgleich der Anspruch auf parteipolitische Neutralität nie förmlich aufgegeben wurde, hat sich der BdV seit den späten 1960er Jahren immer enger an CDU und CSU angelehnt. Bei der Bundestagswahl von 1972 gab er erstmals eine ausdrückliche Wahlempfehlung für die Unionsparteien ab. Mehrere Abgeordnete der Regierungskoalition waren inzwischen aus Pro-





Willy Brandt bei seiner Ansprache auf dem SPD-Parteitag in Karlsruhe,  
24. November 1964

Lange Zeit tendierte das Gros der Vertriebenen mehr zur SPD, während die CDU/CSU eher als Einheimischenpartei galt. Mit ihrem sudetendeutschen Flügel unter Führung von Wenzel Jaksch verfügten die Sozialdemokraten über zugkräftige Spitzenkräfte auch innerhalb der Vertriebenenverbände. Auf dem Karlsruher Parteitag von 1964 trug man diesen Verhältnissen Rechnung und tagte demonstrativ unter einer grossformatigen Landkarte Deutschlands in den Grenzen von 1937 und dem Motto «Erbe und Auftrag». Man warb gezielt um die Vertriebenen als Wähler, denn nur mit deren Stimmen war der angestrebte politische Machtwechsel zu erreichen.



Demonstration gegen die Ostverträge während des Deutschlandtreffens der Schlesier in München, 1971



Demonstration für die Ostverträge, 23. Mai 1971

Die Ostverträge der sozial-liberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt sollten ein letztes Mal die westdeutsche Gesellschaft in der Frage der deutschen Ostgebiete polarisieren. Vertriebene aus allen politischen Lagern fühlten sich von der neuen Ostpolitik hingegangen. Sie konnten und wollten sich der politischen Realität nicht stellen und hielten verzweifelt an dem fest, was jahrzehntelang gesellschaftlicher Konsens in der Bundesrepublik gewesen war. Die Proteste gegen die Ostverträge mobilisierten Hunderttausende.

Auf der anderen Seite glaubten vor allem jüngere Deutsche an den Beginn einer neuen Ära. Sie verbanden mit der neuen Ostpolitik die Hoffnung auf ein Ende des Kalten Krieges. Begeistert stellte sich eine junge Generation hinter Willy Brandt und ging für die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition auf die Straße. Ihr Hauptgegner waren die Unionsparteien, die beim Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen die Ostverträge eingereicht hatten. Initiator dieser Klage war Franz Josef Strauss. Auch der rechtsextreme Gerhard Frey, Gründer der Deutschen Volksunion (DVU), führte seit 1971 einen erbitterten Kampf gegen die Ostverträge.

test gegen die Ostverträge zur Opposition übergetreten. Der Christdemokrat Herbert Czaja hatte den BdV-Präsidenten Reinhold Rehs abgelöst, der von der SPD zur CDU gewechselt war, und von der FDP hatte Erich Mende der sozialliberalen Regierung den Rücken gekehrt und sich den Christdemokraten angeschlossen.

Zunächst fühlten sich die Vertriebenenverbände in ihrem Kampf gegen die sozialliberale Ostpolitik bei den Unionsparteien gut aufgehoben, auch wenn das Verhältnis nicht frei war von Spannungen. Schon in den späten 1950er Jahren hatte es sich zunehmend als Problem erwiesen, dass die regierende Union die heimatpolitischen Zielsetzungen der Vertriebenenverbände nicht unterstützte. Auch die Christdemokraten liessen es bei Worten bewenden. Da man die Verbände aus partei- und machtpolitischen Gründen jedoch nicht verprellen wollte, bedienten sie sich in Bezug auf die deutsche Ostgrenze immer häufiger verschleiender Sprachregelungen. So war in öffentlichen Stellungnahmen die Rede vom Friedensvertragsvorbehalt. Unter diesem Vorbehalt konnte man alles versprechen und fordern und zugleich konkrete Angaben zu politischen Zielen vermeiden.

Wie die Sozialdemokraten die Seliger-Gemeinde, so hat auch die CDU/CSU eine eigene Vertriebenenorganisation: die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung (OMV). Sie wurde 1950 als Landesverband Oder/Neisse auf dem ersten Parteitag für die Gebiete östlich von Oder und Neisse gegründet. 1968 erfolgte die Umbenennung in Union der Vertriebenen (UdV) – Vereinigung der Ost- und Mitteldeutschen in der CDU und CSU, seit 1981 trägt die OMV den Zusatz «Union der Vertriebenen und Flüchtlinge». Vorsitzende waren unter anderen der spätere Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, Hermann Götz, Herbert Hupka sowie seit 1989 Helmut Sauer. Die OMV hatte Mitte der 1970er Jahre mehr als 30'000 Mitglieder.<sup>67</sup>

In der CDU gab es nur wenige Vertriebene in Spitzenpositionen, weil die Christdemokraten sich in ihren Hochburgen auf die intakten Strukturen des katholischen Milieus zurückgezogen und gegenüber den Vertriebenen verschlossen hatten, so dass sie insbesondere im ländlichen Raum eine Partei der Einheimischen blieben. Noch mehr galt das für die CSU, die ihr Profil als bayerische Heimatpartei nicht aufs Spiel setzen wollte. Insgesamt haben die Vertriebenen in den grossen Parteien verglichen mit ihrem Mitgliederanteil während der frühen Jahre der Bundesrepublik kaum Spitzenpositionen bekleidet. Repräsentiert wurden sie in der CDU/CSU lediglich von Hans Lukaschek, Rainer Barzel, Herbert Czaja, Herbert Hupka

(ehemals SPD), Heinrich Windelen, Erich Mende (ehemals FDP), Otfried Hennig, Josef Stingl, Klaus Töpfer und Manfred Kanther. Die SPD hat Paul Löbe vorzuweisen, der eine Kontinuität zwischen Weimar und Bonn repräsentierte, ferner Wolfgang Thierse, Manfred Stolpe, Herbert Ehrenberg, Horst Ehmke, Hans-Ulrich Klose und Peter Glotz.

Rechtsextremistischen Parteien ist es nie gelungen, den BdV für ihre Ziele einzuspannen. Die von 1964 an in einige Landtage einziehende NPD warb zwar aggressiv damit, die heimatpolitischen Zielsetzungen der Vertriebenen zu vertreten, doch der BdV grenzte sich strikt von ihr ab, wohl wissend, dass eine Hinwendung zu den Rechtsextremen das Ausscheiden aus dem antitotalitären Grundkonsens der frühen Bundesrepublik bedeutet hätte. Obwohl die Verbände begründete Zweifel an der heimatpolitischen Zuverlässigkeit der grossen Volksparteien hegten, gerieten sie in diesem Punkt niemals ins Wanken. Nach dem Regierungswechsel von 1969, als Union und Vertriebenenverbände sich in gemeinsamer Opposition gegen die Ostpolitik der Regierung zusammenfanden, hatte die NPD den Vertriebenen ohnehin nichts mehr zu bieten.

Unter Bundeskanzler Willy Brandt wurde das Vertriebenenministerium 1969 aufgelöst – Ausdruck für den tiefgreifenden Wandel in der Politik. Viele Vertriebene, die sich der neuen Orientierung nach Westen nicht widerspruchslos anschliessen wollten, fühlten sich aus der gesamtgesellschaftlichen Mitte verbannt. Die Zeit schien abermals über sie hinwegzugehen. Erst viele Jahre später, als der Eiserne Vorhang längst gefallen war, sagte Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) 1995 auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Nürnberg: «Ich will dankbar anerkennen, dass es gerade die Heimatvertriebenen waren, die immer wieder ihren Beitrag geleistet haben, damit die deutsche Frage offengehalten werden konnte – gegen alle Mutlosigkeit, gegen alle Anpassungsversuche. Wir haben 1990 die Wiedervereinigung mit der damaligen DDR erreicht – wenigstens das. Der Preis war hoch: Wir mussten uns mit der Oder-Neisse-Grenze abfinden. Niemand kann Ihnen, den deutschen Heimatvertriebenen, verdenken, dass Sie angesichts dieses Opfers auch heute noch Schmerz, Bitterkeit und Trauer empfinden.»<sup>68</sup>

## Die Radikalisierung der Vertriebenenverbände

Nachdem die neue Ostpolitik offenbar geworden war, stellte Herbert Hupka verbittert fest: «(...) es wird systematisch (...) eine zweite Vertreibung der Vertriebenen angestrebt. Zuerst hat man Millionen Deutsche aus der Heimat vertrieben, und jetzt sollen die Vertriebenen aus dem allgemeinen Bewusstsein vertrieben werden.»<sup>69</sup>

Nach der Unterzeichnung der Ostverträge haben einige Vertriebenenverbände unter dem Eindruck, von den Parteien verraten worden zu sein, radikalere Forderungen erhoben. Zunehmend an den Rand gedrängt, lehnten sie sich verzweifelt gegen eine Entwicklung auf, die ihren Wünschen und Sehnsüchten zuwiderlief. Das trotzige «Schlesien bleibt unser» als Motto für das Deutschlandtreffen der Schlesier 1985 zeigte, wohin die Republik tendierte. Von allen Seiten wurde den Vertriebenen Revanchismus vorgeworfen. Auf den Vertriebenentreffen liessen sich immer seltener Vertreter der grossen Parteien blicken.

Die Verbände galten zunehmend als reaktionär, rechtslastig, ja sogar rechtsextrem, obwohl ihre Funktionäre den etablierten bundesdeutschen Parteien angehörten. In dieser Hinsicht unterschieden sie sich kaum von anderen Verbänden und Parteien der frühen Bundesrepublik. Erst als die Aufarbeitung der NS-Verstrickungen vor allem im Zuge des Frankfurter Auschwitz-Prozesses einsetzte, sahen sich ehemalige Funktionsträger und Mitläufer der NS-Bürokratie zunehmend Fragen nach ihrer Biographie vor 1945 ausgesetzt. Bis weit in die 1960er Jahre hinein hielten sich in den Führungspositionen Mitglieder, die bereits in der Vorkriegszeit leitende Funktionen in Deutschtums- oder NS-Organisationen innegehabt hatten. Die programmatische und rhetorische Ausrichtung der Vertriebenenverbände trug dazu bei, dass diese biographischen Kontinuitäten hervortraten, so dass sie als erste ins Visier der kritischen Öffentlichkeit gerieten. In der Landsmannschaft Schlesien brachte sich das Bundesvorstandsmitglied Helmut Kostorz, einst NSDAP-Mitglied, selbst in grösste Schwierigkeiten, als er vermutlich angeheitert damit prahlte, eine erhebliche Entschädigung durch den Lastenausgleich für den Verlust zweier Fabriken im oberschlesischen Kattowitz erhalten zu haben, die er 1939 den jüdischen Besitzern im Zuge der sogenannten Arisierung «abgenommen» hatte.<sup>70</sup>

Als Prototyp eines «hässlichen» Vertriebenenpolitikers galt der langjährige Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer, der bereits am

Hitler-Putsch von 1923 teilgenommen hatte und 1933 der NSDAP beigetreten war. Zunächst geriet er ins Visier der DDR-Propaganda. Insbesondere seine Leitungsfunktion in Deutschtumsverbänden, seine Tätigkeit in der «Ostforschung» und schliesslich sein Einsatz 1941 in Lemberg machten ihn zur Zielscheibe für Angriffe nicht nur gegen die Verbandsfunktionäre, sondern pauschal gegen alle Vertriebenen.<sup>71</sup> Der Thüringer Oberländer gilt bis heute als umstritten.

Auch innerhalb der heterogenen Gruppe der Vertriebenenverbände, die aufgrund ihrer programmatischen Ausrichtung eher auf dem konservativ-rechten Flügel anzusiedeln sind, gab es extrem rechtslastige Vertreter. Zu diesen zählt der sudetendeutsche Witiko-Bund, der stets den rechten Flügel der sudetendeutschen Vertriebenen repräsentierte. Fast alle führenden Mitglieder der Anfangszeit hatten eine nationalsozialistische Vergangenheit. Der völkisch-konservativ agierende Witiko-Bund ist benannt nach Adalbert Stifters Alterswerk *Witiko*, dem unvollendeten romantischen Geschichtsepos aus der Zeit Kaiser Barbarossas und König Vladislavs II. von Böhmen. Der Bund übernahm Traditionen verschiedener bürgerlich-nationaler und jungvölkischer Vereine wie Wandervogel, Böhmerwaldbewegung und Jungturnerschaft bis zu denen national-revolutionärer Bünde und verfolgt bis heute rechtsradikal einzustufende Ziele: «Der Witikobund steht allen freiheitsliebenden und volksbewussten Deutschen offen (...). Er ist als Gemeinschaft von gleichgesinnten Kameradinnen und Kameraden grundsätzlich auf Lebenszeit ausgerichtet.» Das Adalbert Stifter entlehnte Leitmotiv «Was auch immer auf Erden geschieht, geschieht durch Ehre und Treue. Wer heute die alte Pflicht verrät, verrät auch morgen die Neue», scheint den elitären hündischen Charakter zu unterstreichen.<sup>72</sup>

In der zweiten Reihe der «Witikonen» standen besonders stark belastete ehemalige Nationalsozialisten: der Kreisleiter der NSDAP in Prag, Gitschin und Königgrätz Konstantin Höss, der SS-Obersturmbannführer im SD und Gestapochef von Belgrad Karl Kraus, der NSDAP-Kreisleiter und Botschaftsrat an der deutschen Botschaft in Pressburg Albert Smagon, der Gauamtsleiter der NSDAP Rudolf Staffen, ferner der SS-Historiker und zeitweilige Dekan der Philosophischen Fakultät der Reichsuniversität Strassburg und dortige NS-Dozentenführer Ernst Anrich (später NPD) sowie Franz Karmasin, NS-Volkgruppenführer, Vorsitzender der Deutschen Partei, Waffen-SS-Offizier und Staatssekretär der Regierung von Jozef

Tiso in der Slowakei. Karmasin wurde nach 1945 in der Tschechoslowakei in Abwesenheit zum Tode verurteilt und war von 1957 bis zu seinem Tod 1970 Geschäftsführer des Witiko-Bundes.<sup>73</sup>

Zweifellos gab es in den Vertriebenenverbänden Vertreter mit belasteter Vergangenheit, da sich in den ersten Jahren nach dem Krieg lokale Eliten wieder zusammenfanden, die vor 1945 in der alten Heimat den Ton angegeben hatten: Landräte, Bürgermeister, Kreisbauernführer, Gutsbesitzer. Zu diesen gehörte etwa der deutschbaltische Politiker Axel de Vries – seit 1962 Sprecher der Deutsch-Baltischen Landsmannschaft und kurzzeitig auch Bundestagsabgeordneter der FDP –, der 1941 im besetzten Weissrussland als landwirtschaftlicher Sonderführer in der Wirtschaftsinspektion Mitte die Juden als «Rückgrat» der Partisanen und «Todfeinde» der Deutschen ausgemacht und erklärt hatte: «Sie müssen restlos vernichtet werden.»<sup>74</sup>

Unbehagen, wenn nicht Abneigung rief auch die deutschumszentrierte Sichtweise auf den «deutschen Osten» hervor, die durch die Vertriebenenverbände verbreitet wurde. Der «deutsche Osten» geriet dabei zu einer immer idyllischeren Heimat. Die kulturelle, ethnische und politische Vielfalt einer Provinz wie Schlesien wurde nachträglich eingedeutscht. Letztlich wurde gefordert, dass ein Idyll, das es nie gegeben hatte, durch Revision der Grenzen wiederhergestellt werde.<sup>75</sup> Längst geisterte es durch Erinnerungsbücher und Anthologien, die Titel trugen wie «Die schlesische Heimat im Herzen», «Erinnerungen an Schlesien», «Unser Schlesien», «Nie vergessene Heimat», «Sommer gab es nur in Schlesien», «Schlesien. Unvergessene Heimat», «Schlesiens Vermächtnis», «Grosse Deutsche aus Schlesien» und so fort.<sup>76</sup> Solche Werke, die wegen ihrer Verklärungssucht pauschal als «rechts» und «revanchistisch» abgestempelt wurden, haben in den 1970er und 1980er Jahren die jüngere Generation so sehr vergrault, dass das Thema Schlesien schliesslich gemieden wurde.

Weite Teile der jüngeren Generation reagierten auf die revisionistischen Forderungen der Verbände und die öffentlichkeitswirksame Stilisierung seit den späten 1960er Jahren gar nicht mehr. Man wollte damit nichts zu tun haben. Schlesien – wie die Herkunftsgebiete der Deutschen überhaupt – war nun doppelt besetzt: Für die Vertriebenen war es ein von Polen besetztes Land und für die Mehrheit der Bundesdeutschen ein von den Verbänden ideologisch vereinnahmtes.<sup>77</sup> Es sei nicht human, schrieb Heinrich Böll 1965, «einen Staat in ständiger Bodenlosigkeit zu halten und



das Wort heimatvertrieben für Heimatvertriebenenverbände besetzt und in ständiger demagogischer Alarmbereitschaft zu halten, wie eine Reserve, die man notfalls, so nennt man es doch, 'hochspielen' kann».<sup>78</sup>

Vereinnahmt wurde auch die «Ostkunde», ein in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik eingeführtes Unterrichtsfach. Politisch strebte man zwei Ziele an: Zumindest vor dem deutschen Publikum sollten die polnischen Anstrengungen, die Geschichte der Ostgebiete zu polonisieren, zurückgewiesen werden – das war das aussenpolitische Ziel –, und die ostdeutschen Landsleute sollten eine historisch begründete Stärkung ihrer Wertschätzung erfahren – das war das innenpolitische Ziel. Infolge personeller und inhaltlicher Kontinuitäten beherrschte aber noch immer die deutschumszentrierte Ostforschung der Zwischenkriegszeit, die die Kolonisationsleistungen der Deutschen im Osten Europas seit dem 12. Jahrhundert ins Zentrum stellte, das Feld. Dass unter diesen Umständen auch Fragwürdiges in den Unterricht gelangte, war zu erwarten, denn es verlief nur ein schmaler Grat zwischen dem völkischen Gedankengut und der engagierten Volkstumsforschung, die sich etwa mit den schrumpfenden deutschen Sprachinseln in polnischer Umgebung befasste.

Der fragwürdige Deutschumsbezug führte dazu, dass die landsmannschaftliche Kultur Dinge bewahrte, die aus der Mottenkiste der nationalistisch-völkischen Bewegungen stammten. Zu diesen gehört das «Ostpreussenskleid». Über seine Entstehung hiess es: «In den Jahren der Grenzlandarbeit, im Ringen gegen die Überfremdung durch ein anderes Volkstum, wurde Fräulein Syttkus beauftragt, in Ost- und Westpreussen ein traditionsgebundenes und den Anforderungen der Gegenwart angepasstes Trachtenkleid zu entwickeln.»<sup>79</sup> Indem die Landsmannschaft Ostpreussen für dieses ostpreussische Trachtenkleid, das gar keine historisch-kulturellen Vorbilder vorzuweisen hatte, Anspruch auf die ganze Provinz erhob, missachtete sie selbst den Reichtum und die Vielfalt ihrer Heimatprovinz.<sup>80</sup>

### **Realer Sozialismus, die Linke und der «Revanchismus der Ewiggestrigen»**

Schon unmittelbar nach Gründung der DDR wettete das SED-Organ *Neues Deutschland* gegen die westdeutsche «Betrugspolitik gegenüber den Umsiedlern», die diese zum «Spielball in den blutigen Händen der westlichen Reaktion» mache. Die Vertriebenenverbände der Bundesrepu-

blik galten als «neofaschistisch»: «Wie giftige Pilze schiessen seit einigen Wochen Kundgebungen sogenannter Heimatvertriebener aus dem Boden. Hierbei treten Organisatoren provokatorisch mit den Parolen der ehemaligen Nazigauleiter Ostpreussens, Pommerns und Schlesiens auf. Statt den Umsiedlern praktisch zu helfen, schreien sie ihnen Hass gegen die Nationen, die so schwer unter dem Faschismus zu leiden hatten, entgegen, um die Versammelten dahin zu bringen, dass sie bereit sind, als billige Landsknechte für das kriegslüsterne amerikanische Monopolkapital gegen die Völker des Ostens zu stehen. So auch die Linie der offiziellen Politik der Bonner Kolonialregierung.»<sup>81</sup>

In ihrer ideologischen Propaganda gegen die Vertriebenenverbände entzündete die SED mit schöner Regelmässigkeit wahre Feuerwerke: Es ging gegen «Reaktion» und «Restauration», gegen «Revisionismus», «Revanchismus», «Chauvinismus» und «Militarismus», wobei eine klare Abgrenzung der einzelnen Begriffe nicht zu erkennen war.<sup>82</sup> Da sie die Entwicklungen im Westen genau verfolgte, blieb der DDR-Führung die Hinwendung der SPD zu den Vertriebenenverbänden in den 1960er Jahren nicht verborgen. In einem Propagandawerk unter dem Titel *Sozialdemokratie und Revanchismus* erläuterte Edmund Jauernig den sozialdemokratischen Sinneswandel und machte aus Wenzel Jaksch, dem alten sudetendeutschen Sozialdemokraten, der unter den Nationalsozialisten verfolgt und nach England emigriert war, einen Reaktionär: «An dieser den Frieden der Völker gefährdenden Entwicklung in Westdeutschland haben die rechten Führer der Sozialdemokratie einen erheblichen Anteil. In ihrem traditionellen Antikommunismus haben sie sich ganz dem westdeutschen Monopolkapital und seiner revanchistischen Expansionspolitik verschrieben.»<sup>83</sup> Auch die sudetendeutsche Seliger-Gemeinde wurde als revanchistisch eingestuft: «Die deutsche imperialistische Bourgeoisie ging, kaum dass sie auf westdeutschem Gebiet «Morgenluft wittern' konnte, gleich wieder ihrem alten Expansionsdrang nach. Sie sann auf Revanche für ihre erlittene Niederlage im zweiten Weltkrieg und begann ein raffiniert ausgeklügeltes System des Revanchismus zu schaffen. In diesem System des organisierten Revanchismus wurde den aus der Tschechoslowakei, aus Polen und anderen Ländern Europas nach Deutschland umgesiedelten Deutschen ein besonderer Platz zugewiesen. (...) Sie wurden zu diesem Zweck in sog. Landsmannschaften organisiert.»<sup>84</sup>

Für die SED-Spitze und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

gehörte der BdV zu den «Führungszentren der politisch-ideologischen Diversion». In Ost-Berlin plädierte man für «Massnahmen zur Zersetzung der revanchistischen Landsmannschaften und zur Isolierung der Funktionäre von den Mitgliedern».<sup>85</sup> Nach den Vorstellungen des MfS gehörte dazu, die Funktionäre dieser «Feindorganisationen» als «unbelehrbare Faschisten und Militaristen» in Briefen und Flugblättern öffentlich anzuprangern, Oppositionsgruppen in den Verbänden zu schaffen und über Desinformationen Misstrauen und Unruhe in die Landsmannschaften hineinzutragen,<sup>86</sup> etwa indem man unter den Mitgliedern Inoffizielle Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit anwarb. Nachweislich ist von Oktober 1972 bis August 1985 eine Buchhalterin in der BdV-Bundesgeschäftsstelle in Bonn als IM des DDR-Staatssicherheitsdienstes geführt worden.

Ein Schwerpunkt der MfS-Arbeit in den 1960er Jahren war die relativ lückenlose Dokumentation zur personellen Zusammensetzung des BdV. Man interessierte sich vor allem für die politische Vergangenheit der Funktionäre. In Kampagnen, die sich gegen Spitzenpolitiker des BdV und einzelner Landsmannschaften richteten – etwa gegen Hans Krüger und Walter Becher –, verwies man zur Begründung des «Revanchismus- und Neo-Faschismus-Vorwurfes» auf deren tatsächliche oder vermeintliche NS-Vergangenheit. Auch wenn sich SED und MfS nicht die geringste Mühe machten, in Bezug auf die NS-Belastung zwischen Angepassten, Opportunisten, Schreibtischtätern und tatsächlichen Tätern – beispielsweise Einsatzgruppen-Angehörigen – zu unterscheiden, zeigte das Wirkung in der westdeutschen und internationalen Öffentlichkeit. Immer öfter kam es vor, dass linke Gruppen in der Bundesrepublik das SED-Regime unterstützten, etwa wenn es gegen die Patenschaften westdeutscher Kommunen mit den Heimatverbänden der Vertriebenen hetzte: «Dieses Patenschaftswerk ist eine Institution, die dafür garantiert, dass revanchistische Zielstellungen langfristig am Leben erhalten bleiben.»<sup>87</sup>

Da das SED-Regime die Vertreibung eines Viertels seiner Bürger leugnete, hegten die westdeutschen Vertriebenen wenig Sympathie für das sozialistische Modell, weshalb es der KPD in der Bundesrepublik auch nicht gelang, in nennenswertem Umfang Vertriebenenstimmen zu gewinnen. KPD und SED verlegten sich daher darauf, den Verbandsapparat zu unterwandern und über Tarnorganisationen um die Vertriebenen zu werben, die aufgrund ihrer sozialen Zurücksetzung für sozialistische Forderungen empfänglich sein mussten. Zu diesem Zweck wurde am 30. Juni 1951 in Düsseldorf während der Tagung einer sogenannten Westdeutschen

Flüchtlingsberatung ein «Vorbereitender Ausschuss für den Kongress westdeutscher Vertreter der Flüchtlinge und Ausgewiesenen» gebildet. Die eigentliche Gründung des Westdeutschen Flüchtlingskongresses (WFK) fand dann am 30. September 1951 in Karlsruhe unter konspirativen Bedingungen statt, denn der Tagungsort wurde bis zuletzt auch vor den meisten der 500 Teilnehmer geheimgehalten.<sup>88</sup> Nach Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz handelte es sich beim WFK um eine kommunistisch gelenkte und entsprechend infiltrierte Organisation. Die «Delegierten» wurden nicht gewählt, sondern von der KPD ausgesucht. Angelockt wurden die Teilnehmer durch finanzielle und materielle Anreize: Der Bustransfer, eine Mahlzeit und die Übernachtung wurden von den Veranstaltern übernommen und Tagesdiäten in Höhe von 9 DM pro Person gezahlt. Darüber hinaus erhielten die Teilnehmer kostenlos die Zeitschrift *Westdeutsche Flüchtlingsstimme*, die der WFK herausgab.<sup>89</sup>

Doch die Bemühungen zahlten sich nicht aus. Bereits am 19. September 1951 wandte sich der Landesverband Schleswig-Holstein des Zentralverbandes der vertriebenen Deutschen in einem Schreiben an Bundeskanzler Adenauer, in dem er zum Wirken des WFK Stellung nahm: «Der Verband weist darauf hin, dass er seit 2 Jahren unablässig und immer wieder auf die drohende Gefahr der Radikalisierung der Heimatvertriebenen im Hinblick auf ihre trostlose wirtschaftliche Lage und die unendliche Zeit, die bisher vergangen ist, ohne dieser Lage abzuhelfen, hingewiesen hat. Wir haben das, was jetzt im Werden ist, kommen sehen und uns gerade im ZvD bemüht, Ordnung und Disziplin in den Reihen der Heimatvertriebenen zu halten. (...) So wie auf der einen Seite rechtsradikale Parteien zahlenmässig erheblich Überläufer aus den Kreisen der Heimatvertriebenen gewinnen, so müssen wir, was wesentlich schlimmer ist, leider feststellen, dass nunmehr auch trotz der Oder-Neisse-Linie der Kommunismus bei den Vertriebenen an Boden gewinnt. Wir haben das unsere getan und tun es weiter, Herr Bundeskanzler, wir dürfen aber erwarten, dass das, was zu tun notwendig ist, nunmehr endlich von Bonn geschieht.»<sup>90</sup>

Der linksextreme WFK wurde 1958 im gesamten Bundesgebiet verboten, aber die dort geleistete Arbeit noch lange fortgeführt: Georg Herde, der selbst der Geschäftsführung des kommunistischen WFK angehört hatte, rief nach dem Verbot der WFK-nahen Blätter Anfang 1960 die sogenannten *Neuen Kommentare* ins Leben, in denen er bis zu seinem Tod

1989 einen erbitterten Kreuzzug gegen die Vertriebenenverbände und gegen die «neofaschistische» Gefahr führte, welche die bundesdeutsche Gesellschaft angeblich bedrohte. Er blieb dabei stets den alten kommunistischen Prämissen verbunden, dass der Faschismus eine logische Konsequenz des kapitalistischen Systems sei. Die Bundesrepublik Deutschland war für ihn ein reaktionärer, tendenziell faschistoider Staat, die «antifaschistische» DDR dagegen historisch bereits weiter und damit uneingeschränkt vorbildlich. Bis heute wird Herde in orthodox linken Kreisen als Vorreiter im Kampf gegen den «Revanchismus» verehrt. Das Georg-Herde-Archiv befindet sich mittlerweile im Besitz der «Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten» (VVN-BdA), einer Organisation, die der Verfassungsschutz als mitgliederstärksten Zusammenschluss des linksextremistischen «Antifaschismus» einstuft.<sup>91</sup>

Mit der 68er-Bewegung fand die kommunistische Propaganda zunehmend Niederschlag in westlichen Argumentationsmustern. Seit den 1970er Jahren wurden Mahnstätten und Erinnerungsorte an den historischen Osten geschlossen und demontiert. Auch die SPD/FDP-Regierung beteiligte sich daran, indem sie 1974 die Veröffentlichung der im Auftrag der Bundesregierung 1969 vom Koblenzer Bundesarchiv erstellten Dokumentation «Vertreibung und Vertreibungsverbrechen» unterband. Eine Kabinettsvorlage, die das Bundesarchiv beauftragte, Theodor Schieders Dokumentation sowie Zehntausende bis dahin unveröffentlichter Quellen auf kriminelle Tatbestände in Bezug auf Vertreibungsverbrechen zu untersuchen, wurde seit 1967 unter Verschluss gehalten, da Willy Brandt als Außenminister der Grossen Koalition befürchtete, mit einer deutschen Opferdokumentation im Ausland missverstanden zu werden.<sup>92</sup> Auch die Neuauflage der von Theodor Schieder herausgegebenen Vertreibungsdokumentation wurde unterbunden. Damit verhinderte die Bundesregierung die wissenschaftliche Dokumentation von Gewaltexzessen bei Flucht und Vertreibung von 14 Millionen Deutschen per Kabinettsorder.

1973 verschwand eine grossflächige Karte von Deutschland in den Grenzen von 1937 aus dem Erdgeschoss des Deutschen Bundestages, und die Bundesbahn durfte fortan die Sonderzüge zu den Heimattreffen nicht mehr nach schlesischen Städten benennen. Man sagte fortan Wroclaw, Brno und Cluj, was selbst Tschechen, Polen und Rumänen infolge der oft miserablen Aussprache nicht als Breslau, Brünn und Klausenburg identifizieren konnten. Die als Zeichen der inneren Versöhnung gedachten Paten-

schaften mit ostdeutschen Heimatgemeinschaften wurden nicht nur in Frage gestellt, sondern als die «348 Hochburgen des militanten Revanchismus» bezeichnet.<sup>93</sup> Leichtfertig übernahmen westdeutsche Kritiker das Vokabular populärer DDR-Propagandaschriften wie «Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher» oder «Landsmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland. Zu seiner Geschichte und Rolle im imperialistischen Herrschaftssystem».<sup>94</sup> Man wollte politisch korrekt sein und überbot sich dabei in willfährigen Gesten gegenüber kommunistischen Regimen.

Nach Unterzeichnung der Ostverträge wurde es salonfähig, die Erinnerung an den historischen deutschen Osten als «Revanchismus» zu diskreditieren. Nicht nur die Vertriebenenfunktionäre mit ihren überzogenen Forderungen, die Vertriebenen allgemein galten jetzt als Revanchisten. Das Schicksal, das sie stellvertretend für alle Deutschen erlitten hatten, wurde aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt. Das fand Ausdruck in zahlreichen Umbenennungsaktionen. So wurde die aus der Vorkriegszeit stammende Ostpreussenhalle auf dem Berliner Messegelände, in der zwischen 1954 und 1969 alle Bundespräsidenten gewählt worden waren, stillschweigend umgewidmet. «Ostpreussen» durfte nicht mehr sein und verschwand «im Zuge von Renovierungsarbeiten».<sup>95</sup>

Ein besonders groteskes Beispiel stellt in diesem Zusammenhang die Umbenennung der Schlesien-Schule in Berlin-Charlottenburg dar. Die 29 rot-grünen Bezirksverordneten stimmten 2003 mit der PDS gegen CDU und FDP für die Umbenennung in Oppenheim-Schule. In der vorausgehenden Debatte hatte der Bezirksverordnete Wilfried Fest als Vertreter der FDP ausgeführt, dass Schlesien für einen Teil deutscher und europäischer Geschichte stehe, für den sich niemand zu schämen habe. Der Name «Schlesien» könne – so konterte der SPD-Fraktionsvorsitzende Reinhard Naumann – zu «Missverständnissen nicht nur bei unseren polnischen Nachbarn» führen. Die Schule müsse sich von allen «restaurativen Interessen» distanzieren. Stadtrat Andreas Statzkowski (CDU) wies darauf hin, dass Schulnamen rechtlich nur in Ausnahmefällen geändert werden dürfen. Dieser Fall liege nicht vor. Schlesien sei kein antiquierter Name, es gebe in Sachsen einen «niederschlesischen Landkreis», in der Landesverfassung sei ausdrücklich vom «schlesischen Teil des Landes» die Rede. Die Schule möge doch die Gelegenheit nutzen, Kontakt zu einer polnischen Schule aufzunehmen. «Der Name ist obsolet», begründete Schullei-



Axel Springer bei der Aufstellung alter Wegweiser vor dem Axel-Springer-Haus in Berlin-Kreuzberg, 14. Dezember 1979

Seit den 1970er Jahren wurden die Vertriebenen zunehmend als «Revanchisten» und «Ewiggestrige» wahrgenommen. Während sich die Unionsparteien als Wahrer der Vertriebeneninteressen empfahlen, meinte man insbesondere in Städten und Gemeinden mit sozialdemokratischen Mehrheiten die neue Ostpolitik mit einer Auslöschung der Erinnerung an Schlesien, Ostpreussen und Pommern flankieren zu müssen. Dem Wegweiser an der Kreuzung Mehringdamm Ecke Gneisenaustrasse in Berlin-Kreuzberg, der 1972 entfernt wurde, bot der Verleger Axel Springer sozusagen Asyl, indem er ihn vor dem Axel-Springer-Haus aufstellen liess. 1992 verschwand das Mahnmal endgültig.

ter Helmut Dettmer-Besier schliesslich die Entscheidung. Im Zuge der deutschen Wiedervereinigung seien jegliche Ansprüche auf die ehemaligen Ostgebiete ad acta gelegt worden, und das solle auch der neue Name ausdrücken: «Keiner unserer Schüler hat einen Bezug zu Schlesiern, sagt der Schulleiter»,<sup>96</sup> eine Aussage, die einer gründlichen Prüfung vermutlich nicht standhalten würde. Die neue Namenspatronin Margarethe Oppenheim (1823-1890), eine Nachfahrin der bekannten Familie Mendelsohn, wohnte in der Nähe der Schule.<sup>97</sup>

Eine schon devot zu nennende Haltung ist bei den Ewiggestrigen auf der linken Seite zu beobachten. In einem Forum der Münchener PDS wurden die Vertreibungsdekrete der Benes-Regierung als demokratische Entnazifizierungsgesetze bezeichnet, obwohl sie 3,5 Millionen Sudetendeutschen die Heimat nahmen und mindestens 30'000 Tote zu beklagen waren. Weiter heisst es: «Tschechien wird zum ungezählten Male angegriffen werden, weil es sich weigert, seine Entnazifizierungsgesetze (sog. Benes-Dekrete) aufzuheben und die Enteignung und Ausweisung derjenigen zu verurteilen, die sich 1938-1945 auf die Seite Hitlerdeutschlands geschlagen haben. (...) In der Person des ehemaligen tschechischen Präsidenten Edvard Benes wird der anti-faschistische Widerstandskampf der Tschechen beleidigt und verunglimpft.» Damit wird die Kollektivschuld bejaht und die Vertreibung als legitime Massnahme zur «Entnazifizierung» verteidigt. Aus der Vertreibung der Sudetendeutschen eine «Umsiedlung der deutschsprachigen Böhmen» zu machen, erübrigt sich dann eigentlich.<sup>98</sup> «Vertriebene vertreiben» – diese hasserfüllte Parole linksextremistischer Täter prangte im Oktober 2004 an der Wand eines Potsdamer Restaurants, wo sich Vertriebene zu einem Heimatnachmittag treffen wollten. Siebzehn der grossen Scheiben des Restaurants waren mit Pflastersteinen eingeworfen worden.<sup>99</sup> Zweifellos ist dies ein Einzelfall, aber er zeigt, wohin die politische Polarisierung führen kann.



# «Verschwiegene vier Millionen» Vertriebene in der SBZ und in der DDR

## Radikale Zwangsassimilation

«Verschwiegene vier Millionen» – diesen Titel gab Gerald Christopeit seinem Aufsatz über die mehr als vier Millionen Vertriebenen, die nach dem Krieg in den mitteldeutschen Raum, in die Sowjetische Besatzungszone (SBZ), kamen.<sup>1</sup> Das ostpreussische Waisenkind Christa Pfeiler-Iwohn aus Königsberg wurde in einem Kinderhaus untergebracht: «Uns wurde dort sehr schnell nahegelegt, nie wieder davon zu sprechen, was wir beim Einmarsch der Roten Armee erlebt hatten. Lehrer nahmen die Kinder beiseite und machten ihnen klar, dass es für sie das Beste sei, ein für allemal darüber zu schweigen.»<sup>2</sup> Die Vertriebenen störten, weil sie nicht ins ideologische Konzept passten, unerwünscht waren sie ohnehin: «Aus dem Osten kamen die Trecks, Umsiedler wie Heuschrecken brachten den Hunger mit und den Typhus»,<sup>3</sup> sagt der Kommunist Flint in Heiner Müllers Drama *Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande*.

Die Klagen glichen sich in Ost und West. So schrieb ein Vertriebener, der in der Gemeinde Joachimsthal, Kreis Angermünde, Aufnahme gefunden hatte, im Januar 1946 an die Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft: «Dauernd als Flüchtling leben zu müssen, ist kein schönes Los. (...) Die Leute kennen hier noch keine Not. Es ist nicht ein einziges Haus beschädigt worden, aber Mitleid mit den Flüchtlingen haben sie nicht.»<sup>4</sup> Es gab unwürdige Szenen sowie unverständliche und grausame Vorfälle. Auf dem Friedhof in Jänschwalde liessen Einheimische eine verstorbene Vertriebene heimlich umbetten, «da es für die Alteinwohner einen Schandfleck bedeutet, wenn Umsiedler mit ihnen in einer Reihe begraben liegen, da diese sowieso wieder über die Oder und Neisse zurückkehren»; in Thüringen erschlug ein Hauswirt den ihm zugewiesenen Vertriebenen sowie dessen zwei Enkelkinder, verscharrte sie und behauptete anschliessend, die drei seien weitergezogen.<sup>5</sup>

Die SBZ grenzte unmittelbar an die Herkunftsgebiete der Vertriebenen aus Hinterpommern, der Neumark, Niederschlesien und dem nördböhmischen Teil des Sudetenlandes an. Um schneller dorthin zurückkehren zu können, hielten sich viele Vertriebene in den östlichen Grenzgebieten auf. Manche sahen sogar von ihrem neuen Wohnsitz am Westufer von Oder und Neisse ihr unerreichbares Heimatdorf am anderen Ufer. In den geteilten Städten und Kreisen an Oder und Neisse waren die Einwohner zum Teil innerhalb der eigenen Heimatstadt oder des Kreises zu Vertriebenen geworden, etwa wenn sie aus Forst, Görlitz oder Guben kamen.<sup>6</sup> Im brandenburgischen Landkreis Beeskow-Storkow besteht die Bevölkerung heute zu einem Drittel aus Vertriebenen und deren Nachfahren, die vor allem aus den brandenburgischen Kreisen südlich der Warthe bis zur Oder, also aus Züllichau, Schwiebus, Crossen und Weststernberg, stammen. Diese Neuankömmlinge waren wie die Einheimischen protestantische Brandenburger, nur hatten sie bei Kriegsende dreissig Kilometer östlich der Oder gewohnt.<sup>7</sup>

In den Lagern, in denen die meisten Vertriebenen zunächst behelfsmässig untergebracht wurden, kreiste alles nur um die Frage, wann man in die Heimat zurückkehren würde. Eine im März 1946 von der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) erarbeitete Analyse der schriftlichen und mündlichen Anfragen an diese Verwaltungsinstanz ergab, dass erst mit grossem Abstand Fragen zum Wohnungswechsel innerhalb der SBZ, zur Übersiedlung in andere Zonen oder zur Ansiedlung folgten. Allerdings nahmen auch die Klagen über das Zusammenleben mit den Einheimischen ungewöhnlich stark zu, allein 1946 gingen über 45'000 schriftliche Beschwerden von Vertriebenen in der Provinz Brandenburg ein.<sup>8</sup>

Noch nachdrücklicher als die Amerikaner forderten die Sowjets die vollständige und unumkehrbare Verschmelzung der Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung. Diskussionen um die Frage, wer für Flucht und Vertreibung die Schuld trage, waren verboten; es galt die These von der alleinigen Schuld des «Hitlerfaschismus» im Zusammenhang mit der Kollektivschuld des gesamten deutschen Volkes. Deshalb hatten auch alle Deutschen die Last der Wiedergutmachung zu tragen. Dies bedeutete im konkreten Fall, dass die einheimische Bevölkerung mit den Vertriebenen teilen musste, was ihr geblieben war. Nicht selten wurde das mit Zwang durchgesetzt.

Dem Schriftsteller Günter de Bruyn, der die ersten Nachkriegsjahre als junger Neulehrer auf einem brandenburgischen Dorf verbrachte, fielen



Unterkünfte für Vertriebene neben dem Chemiefaserwerk in Premnitz, Brandenburg, Oktober 1949

«In Magdeburg konnten sie über die Wintermonate Januar und Februar 46 bleiben, per Zwangseinweisung in ein von Bomben beschädigtes Haus. Im unbeschädigten Seitenflügel musste ihnen eine ältere, mürrische Witwe Quartier gewähren: 1 Zimmer, kahl, kaum Möbel, kein Ofen, wurde den 3 Frauen zugewiesen. *Flüchtlinge u Dünnschiss kann eben niemand aufhalten*. Schnauzte die Witwe & räumte aus dem Zimmer das einzige Bettgestell raus. Die 3 Frauen mussten sich einrichten auf dem Boden, auf zersplitterten Dielen. Das war Anfang Januar, das Mauerwerk um die Fensterrahmen kaputt, die Scheiben zerschlagen, zwischen dünnen über die Risse genagelten Brettern fegte Schnee ins Zimmer, im izigen Waschlavoir gefror das Wasser» (Reinhard Jirgl, *Die Unvollendeten*). An Armseligkeit standen die Unterkünfte in der Sowjetischen Besatzungszone denen im Westen in nichts nach. Der Realität zum Trotz behauptete die SED, dass man anders als in den Westzonen den Vertriebenen Chancengleichheit und Gleichberechtigung als sozialistische Staatsbürger zugestanden habe.

allerdings krasse «Besitzunterschiede» in dieser Nachkriegsgesellschaft auf, in der Grossbauernfamilien mit fast hundert Hektar Grundbesitz neben Vertriebenen lebten, die in Ziegenställen hausen mussten.<sup>9</sup> In den stark zerstörten urbanen Zentren war das Lebensniveau zwar allgemein gesunken, aber keinesfalls nivelliert. Victor Klemperer traf im ersten Nachkriegssommer in Dresden auf «durchaus vergnügte und ruhige» Passanten, aber ebenso auf «elend kauern[de]» Flüchtlinge.<sup>10</sup>

Wilhelm Pieck, der 1876 im östlichen Teil Gubens geborene Vorsitzende der SED und spätere erste Präsident der DDR, nannte am 12. August 1949 auf einer Kundgebung in Berlin vor Vertriebenen Zahlen: «Es sind das annähernd zwölf Millionen Menschen aus den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neisse, die nach dem übrigen Teil Deutschlands umgesiedelt wurden. (...) 4,3 Millionen Umsiedler wurden in der Sowjetischen Besatzungszone mit allen politischen Rechten eingebürgert. Sie machen ein Viertel der gesamten Bevölkerung in der Zone aus.»<sup>11</sup> Bis April 1949 wurden in der SBZ 4'312'288 Vertriebene registriert.

#### Vertriebenenanteil in der Sowjetischen Besatzungszone im April 1949<sup>12</sup>

Land	Einwohner gesamt	davon Vertriebene	
		absolut	in Prozent
Brandenburg	2 646 991	655 466	24,8
Mecklenburg-Vorpommern	2 126 790	922 088	43,3
Sachsen	5 798 990	997 798	17,2
Sachsen-Anhalt	4 303 441	1 051 024	24,4
Thüringen	2 988 288	685 913	23,0
SBZ gesamt	17 864 500	4 312 288	24,1

Damit hatte die SBZ zunächst den grössten Teil der deutschen Vertriebenen aufgenommen, nämlich 37,2 Prozent, während sich zu diesem Zeitpunkt in der britischen Zone 32,8 Prozent, in der amerikanischen Zone 28,2 Prozent und in der französischen Zone lediglich 1,4 Prozent befanden. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung betrug in der sowjetischen Zone 24,2 Prozent, in der amerikanischen 18,1 Prozent, in der britischen 15,9 Prozent und in der französischen 3 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern verteilten sich die Vertriebenen wie folgt:

**Bevölkerungszahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Stand 30. April 1946<sup>13</sup>**

Kreis	Einwohner gesamt	Einheimische absolut	Vertriebene	
			absolut	in Prozent
Schwerin Stadt	94 418	65 000	29 418	31,1
Rostock Stadt	104 743	89 294	15 449	14,5
Wismar Stadt	41 486	29 484	12 002	29,0
Güstrow Stadt	32 662	22 912	9 750	29,8
Güstrow	106 411	44 492	61 919	58,2
Hagenow	97 243	55 917	41 326	42,5
Ludwigslust	79 310	47 549	31 761	49,0
Malchin	95 710	51 245	44 465	46,4
Neubrandenburg	69 876	44 649	25 078	36,1
Neustrelitz	68 580	44 068	23 931	34,9
Parchim	97 354	46 638	51 286	52,7
Rostock	135 631	64 638	70 993	52,3
Schönberg	82 243	35 456	46 787	56,9
Schwerin	69 125	30 816	38 309	55,4
Waren	88 475	51 987	36 470	41,2
Wismar	86 698	37 475	49 223	55,5
<b>Mecklenburg gesamt</b>	<b>1 349 965</b>	<b>761 620</b>	<b>588 167</b>	<b>43,6</b>
<b>Vorpommern gesamt</b>	<b>694020</b>	<b>385 169</b>	<b>308 051</b>	<b>44,5</b>
<b>Mecklenburg-Vorp. ges.</b>	<b>2 043 985</b>	<b>1 146 789</b>	<b>896 218</b>	<b>43,9</b>
Greifswald Stadt	45 216	24 326	20 890	46,2
Stralsund Stadt	49 618	39 505	10 113	20,4
Anklam	49 936	30 322	19 614	40,0
Demmin	90 837	44 141	45 896	50,9
Greifswald	71 502	35 003	36 499	51,0
Grimmen	77 214	35 801	41 413	53,6
Randow	37 451	20 074	17 377	46,1
Rügen	89 929	48 722	41 207	45,8
Stralsund	86 244	41 509	44 735	51,8
Ueckermünde	60 922	43 116	17 806	29,2
Usedom	35 151	22 650	12 501	35,6

Anfänglich zeigte sich die SED sozialpolitisch verantwortlich für die Vertriebenen, die wohl auf längere Zeit Mitbürger werden würden. Mit dem 1950 verabschiedeten und bis 1953 durchgeführten «Gesetz zur weiteren Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler» wurde ein Pendant zum westdeutschen Soforthilfegesetz von 1949 geschaffen.<sup>14</sup> Im inner-

deutschen Vergleich lag die SBZ bei der materiellen Soforthilfe zeitweilig sogar vorn.

Schon im Herbst 1946 ordneten die Sowjets zonenweit eine einmalige «Umsiedlerunterstützung» für arbeitsunfähige und bedürftige Vertriebene an, die bis 1949 ausgezahlt wurde und die geschätzte Kostenobergrenze deutlich überstieg: Ausgezahlt wurden mehr als 400 Millionen Mark, allerdings überwiegend in alter Reichsmark-Währung. Bei der einmaligen Zahlung von 300 RM für Erwachsene und 100 RM für jedes Kind, die etwa 45 Prozent aller in der SBZ lebenden Vertriebenen erhielten, handelte es sich jedoch im Grunde um ein Almosen, da eine 1946 von den Sowjets gewährte Teilauszahlung gesperrter Sparguthaben an Kleinsparer nur für Konten bei Banken auf dem Gebiet der SBZ gegolten hatte. Das war eine Bevorzugung der einheimischen Bevölkerung, die nicht geeignet war, die Vertriebenen für den Sozialismus einzunehmen, schliesslich war ein Viertel der Bevölkerung von der Zuwendung ausgeschlossen.

Auch die Renten- und Sozialfürsorgeleistungen für ältere Vertriebene fielen karg aus. Dass in der SBZ die Soforthilfe so früh gezahlt wurde, schwächte ihre Wirkung erheblich, denn vor der Währungsreform von 1948 stand der wertlosen Währung auch nur ein geringes, oft minderwertiges Warenangebot gegenüber.

Letztlich entschied im politischen Subsystem der sowjetischen Besatzungszone alles die Besatzungsmacht, vorrangig repräsentiert durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und deren nachgeordnete Instanzen. Zu diesen traten seit 1945 deutsche kommunale Verwaltungen hinzu. Dieses Netzwerk bestand wesentlich aus Funktionsgruppen innerhalb der SMAD-Umsiedlerabteilung, der Abteilungen für Arbeit und Sozialfürsorge beziehungsweise für Landespolitik beim SED-Zentralsekretariat und der 1945 von der SMAD geschaffenen «Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler».<sup>15</sup>

Paul Merker, Minister für Umsiedlerfragen, hat sich 1947 ausführlich in der Schrift *Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems* zu den Zielen und Erfahrungen in der SBZ geäußert, die sich im Grunde nicht wesentlich von denen im Westen unterschieden. Bemerkenswert ist, dass er Schwierigkeiten einräumt: «(...) es gibt auch künstliche Hindernisse gegen die Assimilierung, so z.B. das Treiben von Demagogen, die den Altingesessenen einreden, die Umsiedler werden immer eine Last bleiben, und die immer wieder die Sehnsucht der Umsiedler nach der alten Heimat

anstacheln, sie zu einer besonderen Klasse stempeln und ihnen jede Hoffnung auf den Aufbau einer Existenz in der neuen Heimat rauben (...). Viele Beispiele warmherziger Solidarität sind vorhanden. Ungeachtet dessen gibt es aber auch in der sowjetischen Besatzungszone noch Widerstände gegen die Umsiedler. Misstrauen, Geringschätzung, Kältherzigkeit und Bevormundung von selten Altansässiger. Man erschwert ihre Unterbringung in Wohnungen und ihre Versorgung mit dem nötigsten Hausrat. Es gibt Beispiele, wo die Umsiedler von der kulturellen und politischen Betätigung ausgeschlossen wurden, oder man unterlässt es, sie ernstlich für dieselbe zu gewinnen. Hier sollte eine gründliche Wandlung vollzogen werden.»<sup>16</sup>

Am ideologischen Anspruch der SED, dass in der SBZ die Integration der Vertriebenen besser gelingen werde als in den Westzonen, liess Paul Merker indes keinen Zweifel: «Gibt es ohne unsere Partei und die Verbreitung ihres Einflusses für die Umsiedler überhaupt die Möglichkeit, ihre berechtigten Forderungen zu realisieren? Diese Möglichkeit besteht nicht.»<sup>17</sup> Doch die Partei musste sich selbst von den sudetendeutschen kommunistischen «Antifa-Umsiedlern» einiges anhören. Diese waren aufgrund ihrer ideologischen Einstellung zwar privilegiert, machten aber wie alle Vertriebenen die Erfahrung, «dass der kleine Arbeiter, der kleine Häusler (...) einzig und allein aus dem Sudetengau oder aus dem Osten dazu verurteilt sein soll, die Lasten des Krieges mit seinem sauer ersparten Eigentum zu bezahlen, während diejenigen, die das Glück haben, in Mitteleuropa zu wohnen, nicht nur ihren Besitz, sondern auch ihre Heimat erhalten haben.»<sup>18</sup>

Recht offen berichtete auch die Zeitschrift der ZVU *Die neue Heimat* 1947: «Eine bange Frage beherrscht die Millionen Umsiedler seit dem Tage, an dem sie vor zwei Jahren ihre Wanderung in eine ungewisse Zukunft antreten mussten: ‘Werden wir nie wieder etwas besitzen? Sollen wir dauernd Bettler bleiben?’ (...) Sie haben alles, was sie besaßen, auf das Konto der Wiedergutmachung der Schandtaten des Hitlersystems abgeben müssen. (...) Sie verloren noch etwas mehr als die total Ausgebombten – nämlich ihre Heimat.»<sup>19</sup>

Unter dem Titel «Wir Umsiedler, Berechtigte Weihnachtswünsche» hiess es im CDU-Organ *Neue Zeit* am 18. Dezember 1946: «Wo ist Heimat? Dort, wo man unsere Sprache spricht, wo man uns kennt, uns versteht. Und nun gibt es Millionen, die Heim, Hab und Gut, Geld, Heimat, kurz alles verloren haben. (...) Alle diese Umsiedler sind unschuldig ins Unglück geraten. Wer möchte von den Verschonten deren Schicksal teil-

len? Bedenken wir es, wir, denen Gott dieses Elend erspart hat. Achten wir die traurigen, suchenden Augen, die nie mehr finden werden. Üben wir Nachsicht, wenn die zu Bettlern gewordenen nicht immer so demütig wie Gewohnheitsbettler sind.»<sup>20</sup>

Das waren unmissverständliche Aufforderungen zur Solidarität mit den vertriebenen Landsleuten. Der SED war die sozialpolitische Brisanz bewusst, doch sie scheute vor der Enteignung von einheimischem Besitz zurück, obwohl das auf ihrer ideologischen Linie gelegen hätte. Wie in den Westzonen wurde Wohnraum zunächst beschlagnahmt und an die obdachlosen Vertriebenen verteilt. Das war ein Provisorium und keine gerechte Aufteilung zwischen Vertriebenen und Einheimischen, doch es gelang bis 1947 immerhin, 80 Prozent aller Vertriebenen als Untermieter in feste Wohnungen einzuweisen und damit deren Lagerdasein zu beenden. Von 1947 bis 1949 wurde die Wohnfläche für Vertriebene verdoppelt – beim anhaltenden Zustrom von Bedürftigen eine Leistung, die Anerkennung verdient, auch wenn die Qualität des Wohnraums meist schlecht war. Dennoch stand 1949 den Umsiedlern pro Kopf «nur etwa die Hälfte des Wohnraums der altansässigen Bevölkerung» zur Verfügung, wie das DDR-Innenministerium 1953 feststellte. Während in der Bundesrepublik ein grosses Bauprogramm anlief, konnte die DDR-Wohnungsbaupolitik diesen Mangel nur sehr langsam beheben, und so blieben die Vertriebenen noch lange darauf angewiesen, dass Wohnraum umverteilt wurde.<sup>21</sup>

Soziale Gerechtigkeit herzustellen zwischen kriegsfolgeschädigten und nicht geschädigten Deutschen schien nach 1945 zunächst in allen Besatzungszonen nur durch die Umverteilung von Privatbesitz erreichbar zu sein. Letztlich war dies – in milder Form – auch das Prinzip des Lastenausgleichs. Bei den von Kriegsfolgeschäden verschonten, besitzenden Bevölkerungsschichten stiessen solche Umverteilungspläne in allen Besatzungszonen auf erheblichen Widerstand, was die Umverteilungspläne einschränkte.

Eine Ausnahme bildete lediglich die in der SBZ durchgeführte Bodenreform von 1945, die jedoch ganz andere Ziele verfolgte, als Vertriebenen Integrationshilfe zu bieten. Immerhin haben durch die entschädigungslose Enteignung fast allen Grossgrundbesitzes und dessen überwiegende Verteilung an private Interessenten zwischen 1945 und 1950 auch 91'000 Vertriebene als «Umsiedler-Neubauern» einen acht Hektar grossen «Neubauernhof» und staatliche Subventionen erhalten. Damit stellten sie 43 Pro-



zent aller Neubauern, was allerdings nur zwei Prozent aller Vertriebenen in der SBZ/DDR entsprach, rechnete man die Angehörigen mit, kam man vielleicht auf acht Prozent. Insgesamt verfügten die vertriebenen Neubauern 1949 über 35 Prozent des an Privatpersonen verteilten Teils der Bodenreformfläche.

#### Aufteilung der landwirtschaftlichen Flächen im Zuge der Bodenreform <sup>22</sup>

Region	Neubauern einheimische absolut	vertriebene absolut	in Prozent	durchschnittliche Betriebsgrösse eines Umsiedlerhofs (in ha)
Brandenburg	27 716	25 042	47,5	8,3
Mecklenburg	38 362	38 524	50,1	9,6
Sachsen-Anhalt	34 060	16 623	32,8	6,8
Sachsen	13 689	7 463	35,3	6,9
Thüringen	6 038	2 899	32,4	7,9
SBZ gesamt	119 865	90 551	43,0	8,4

Aufgrund dieser Zahlen kann die Bodenreform entgegen allen zählbaren Legenden keineswegs als Kernstück der DDR-Integrationspolitik betrachtet werden. Trotzdem hat die SED-Propaganda zur Bodenreform die westdeutsche Politik erheblich unter Druck gesetzt. Im Westen wollte man keine Bodenreform. Lediglich in Schleswig-Holstein, wohin es anteilmässig die meisten Vertriebenen verschlagen hatte, wurde 1948/49 auf Initiative der regierenden SPD und gegen den heftigen Widerstand der CDU-Opposition und der Bauernverbände ein Landesgesetz zur Bodenreform verabschiedet, dessen Enteignungsvorschriften auf Wunsch der britischen Militärregierung aber schon bald abgeschwächt werden mussten. In allen anderen Landtagen gelang es den konservativen Kräften, sämtliche Enteignungsmassnahmen in Bezug auf den Besitz von Grund und Boden zugunsten der Vertriebenen abzuwenden.<sup>23</sup>

Dem Eindruck, in der SBZ/DDR seien die Spielräume für eine umverteilende Vertriebenenpolitik grösser gewesen als in Westdeutschland, weil die dortigen Machthaber weniger Respekt vor bestehenden Eigentumsrechten hatten, widerspricht die Verteilungspraxis. Sowjets und SED enteigneten zwar privates Eigentum, doch sie verteilten es nicht so, dass die Bauern davon profitierten. Sieht man von der Bodenreform ab, blieb enteignetes Privateigentum staatlich verwaltetes «Volkseigentum», statt in privates

Kleineigentum aufgeteilt zu werden. Auch die 210'000 Neubauernhöfe verschwanden schliesslich zwischen 1952 und 1960 in den Zwangskollektiven der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG). Die Zwangskollektivierung empfanden viele vertriebene Neubauern wie eine zweite Vertreibung. Binnen wenigen Jahren mussten sie den Grund und Boden, für den sie schwer gearbeitet hatten, wieder aufgeben.

Wie die Bodenreform war auch die sowjetzonale «Neubauernpolitik» keine vertriebenenpolitische, sondern eine agrarpoliti. sehe Massnahme, die keinen Unterschied machte zwischen einheimischen und vertriebenen Neubauern und dadurch die strukturelle Benachteiligung Vertriebener verstärkte. Bei der Gewährung von staatlichen Wirtschafts- und Baukrediten für Neubauern wurde die besondere Notlage vertriebener Landwirte nicht berücksichtigt, obwohl diese häufig die schlechtesten Böden erhalten hatten, ohne eigene Hofbauten wirtschaften mussten und über keinerlei Eigenkapital verfügten.

Diese Missstände veranlassten Anna Seghers 1952, in der Kurzgeschichte *Die Umsiedlerin* von der vertriebenen Anna Nieth zu erzählen: «Eine Frau namens Anna Nieth, die Ende des Krieges beim Einzug in Polen aus ihrer Provinz mit vielen Schicksalsgefährten nach Westen gezogen und schliesslich in dem kleinen Dorf Lossen hängengeblieben war, fühlte sich dort nach drei Jahren noch ebenso schlecht wie am ersten Tag. Der Bauer Beutler, der sie aufnehmen musste, verstaute sie mit ihren zwei Kindern in einem Abstellraum hinter der Küche. (...) Da hatten sie keinen anderen Zuspruch als den Hofhund. Der hatte sie durch eine Ritze herausgeschnüffelt; er hatte sich schnell mit den Nachbarn hinter der Wand angefreundet, er begrüsst sie jeden Abend winselnd und jaulend. So dass seine Schnauze hinter dem Spalt das einzige auf dem Hof war, was ihnen Güte ersetzte. (...) Es gab aber nichts, was die Nieth zum Gedeihen brachte. Sie war zwar erschöpft, aber jung und kräftig hier angekommen, sie war bald abgewelkt, ihr Gesicht war spitzig geworden, ihre Augen glänzten nur bei einer Erinnerung. (...) Die Umsiedler sassen auch immer wie zur Strafe getrennt von den eingesessenen Bauern auf besonderen Bänken, und weil die Nieth vor Gram wie verstummt und ertaubt war, sass sie selbst unter eigenen Leuten allein.»<sup>24</sup>

Schon vor Gründung der DDR endete Umverteilungspolitik stets dort, wo sie die einheimische Bevölkerungsmehrheit aufzubringen drohte.<sup>25</sup> Im Jahr 1947 war der Versuch gescheitert, per Gesetz überschüssigen Hausrat



Flüchtlinge tanzen nach der Bodenverteilungsfeier vor der Scheune, 1945

Die sowjetzonale Enteignungswelle der Jahre 1945 bis 1949 nährte bei vielen vertriebenen Bauern die Hoffnung auf einen Neuanfang. Mit Tatkraft gingen die Heimatlosen an den Aufbau einer neuen Existenz. Doch schon nach wenigen Jahren freien Wirtschaftens wurden sie in die Zwangskollektivierung und schliesslich zur Aufgabe ihrer Höfe gezwungen. Das empfanden viele wie eine erneute Vertreibung.



Gespräch eines Paares über die Einquartierung von Flüchtlingen:  
«Wenn man an die Flüchtlinge und Neubürger denkt, macht einem der ganze Tanz keinen Spass.» «Wieso, hast du welche auf deinem Hof?»  
«Nein, aber ich soll einen kriegen!»

Zeichnung von Karl Hofer, 1947

Im Oktober 1948 klagte eine im westlichen Brandenburg gestrandete Vertriebene aus der Neumark, dass sie im Dorf als unerwünschter Eindringling und Fremdkörper empfunden und behandelt werde: «Es ist hier keine Stelle im Dorfe, die in meiner Bedrängnis bereit wäre, mir irgendwelche Hilfe zu leisten. Nach dem Tode meines Mannes, der den Strapazen der Flucht und der Umsiedlung erlag, jagt eine feindliche Aktion gegen mich die andere mit dem Ziele, mir das Leben unerträglich zu machen und mich herauszudrängen.» Zwar pries die SED-Propaganda unermüdlich die sozialistische neue Gesellschaft, aber in der Realität gab es auch hier eine breite Kluft zwischen Besitzenden und Obdachlosen.

von Einheimischen an Vertriebene und Bombengeschädigte zu verteilen – in der SBZ und in den Westzonen. Darum zielte das DDR-Umsiedlergesetz von 1950 überhaupt nicht mehr auf Umverteilung, sondern auf die Vergabe von Krediten zur Selbsthilfe. Es gewährte weder Unterstützungen für Alte und Arbeitsunfähige noch Entschädigungen für vertreibungsbedingte Eigentumsverluste, sondern ausschliesslich Abgabenermässigungen und Kredite. Das breitenwirksam angelegte Kreditangebot für die Neuausstattung von Vertriebenenhaushalten mit Mobiliar und Hausrat, das die Sesshaftwerdung in der «neuen Heimat» DDR fördern sollte und sich an alle Vertriebenen richtete, subventionierte durch nachträglich einschränkende Änderungen schliesslich 700'000 mässig verdienende Erwerbstätigenhaushalte, während es Besessene und vor allem Rentner und Sozialfürsorgeempfänger tendenziell ausschloss. Alle anderen Förderprogramme richteten sich auf bestimmte Gruppen «werkstätiger» Vertriebener (Neubauern, Kleinhandwerker, Belegschaften volkseigener Betriebe) oder auf Jugendliche in der Ausbildung, also auf volkswirtschaftlich wichtige Gruppen, denen kurzfristige Hilfen zur eigenverantwortlichen Integration in die DDR-Arbeitsgesellschaft zur Verfügung gestellt wurden. Da arbeitsunfähige Vertriebene kaum berücksichtigt wurden, treten Nützlichkeitsabwägungen in der DDR-Integrationspolitik noch deutlicher hervor als beim westdeutschen Konkurrenzmodell, das immerhin einige ergänzende Versorgungs- und Entschädigungselemente enthielt.

Bereits Mitte der 1950er Jahre liefen in der DDR die Hilfsangebote für «Umsiedler» aus, also zu einer Zeit, als in der Bundesrepublik der eigentliche Lastenausgleich erst einsetzte. Sehr viel eindeutiger als im Westen erfolgte – so Michael Schwartz – die individuelle Integration von Vertriebenen unter den Bedingungen einer industriellen Leistungsgesellschaft. Dieser Leistungsgesellschaft war das Wertesystem einer totalitären Diktatur übergestülpt. Soziale Teilhabe und erst recht sozialer Aufstieg waren nur möglich, wenn zur Leistungsbereitschaft die politische Anpassung an das Regime hinzutrat.

Bessere Aufstiegschancen boten sich unter diesen Umständen erst den Kindern der Vertriebenen, die von klein auf die sozialistischen Erziehungseinrichtungen durchliefen und über die Parteigliederungen den Aufstieg schafften. Dieter Kosmalla, geboren 1932 im niederschlesischen Hirschberg, erinnert sich:»Ich sprach nicht sächsisch und war damit von vornherein als Fremder erkennbar. Im Streit mit Einheimischen wurde ich als 'Polacke' beschimpft. Also sprach ich möglichst wenig, um nicht aufzufallen.

Anerkennung fand ich bei manchen Lehrern wegen meiner guten schulischen Leistungen und später in der FDJ, der Freien Deutschen Jugend.»<sup>26</sup>

Nach 1990 trat bei vielen Vertriebenen, die nach dem Krieg in die SBZ gekommen waren, zu dem Gefühl der Zurücksetzung, das viele ehemalige DDR-Bürger gegenüber den Westdeutschen verspürten, die Erfahrung einer doppelten Benachteiligung. Sie sahen ihre Wohnungen und Häuser plötzlich mit neuen Rückgabeansprüchen belastet, kämpften um die Anerkennung erworbener Rentenansprüche, gerieten in Beweisnot infolge von Aktenverlusten oder rangen mit schwer verständlichen Entschädigungsregelungen.<sup>27</sup> Es zeigte sich, dass die Zwangsassimilation, die das SED-Regime gewollt hatte, insbesondere bei Vertriebenen, die 1945 bereits im Erwachsenenalter waren, misslungen war. Assimiliert hatten sie sich nur begrenzt, integriert fühlten sie sich gar nicht.

Gerald Christopeit hat herausgestellt, dass Vertriebene in der SBZ und in der DDR besonderen Bedrückungen ausgesetzt waren: Sie befanden sich im Herrschaftsgebiet der Besatzungsmacht, die Hauptinitiator der Vertreibung war. Um die in Besitz genommenen Gebiete auf Dauer zu sichern, suchte diese im Sinne des Machterhalts die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit dieser Gebiete auszulöschen, möglichst auch in der Erinnerung der einstigen Bewohner. Aus ihrer «neuen Heimat» wurden grosse Teile des Mittelstands und des besitzenden Bürgertums sowie Grundbesitzer durch Zwangsmassnahmen und Enteignungen vertrieben und nach dem Vorbild der Besatzungsmacht die gesellschaftlichen Verhältnisse radikal verändert. Dabei fand eine Nivellierung des Besitzstandes nach unten statt, welche die Gegensätze zwischen Vertriebenen und Einheimischen verwischte und in späterer Zeit die Assimilation beschleunigte.

Durch die erzwungene Westflucht bürgerlicher Kreise war für etliche Vertriebene der Aufstieg in Positionen möglich, die sie in der alten Heimat kaum hätten erreichen können. Im Lehrer- und Hochschullehrerberuf war der Anteil der Vertriebenen und ihrer Nachkommen besonders hoch, da Flucht und Vertreibung sie gelehrt hatten, wie schnell man irdisches Gut verlieren kann, während man über Bildung und das einmal Gelernte ein Leben lang verfügt. Gelerntes kam schon jetzt vielen Vertriebenen zugute, die slawische Sprachen beherrschten, sich also mit der Besatzungsmacht verständigen konnten. Das war einerseits ein Vorteil, andererseits trug ih-

nen das Misstrauen bei den Einheimischen ein.<sup>28</sup> Christoph Hein hat in dem Roman *Landnahme* davon berichtet: «Die Vertriebenen galten in der Stadt nicht als richtige Deutsche, hinter ihrem Rücken beschimpfte man sie als Polacken, oder man sagte, es seien die anderen Russen, womit man sie von den richtigen Russen, den Besatzungssoldaten, unterscheiden wollte.»<sup>29</sup>

Die Entnazifizierung in der SBZ hat einigen Vertriebenen den Einstieg in den öffentlichen Dienst und in Funktionseliten der DDR ermöglicht. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, dass dies auf eine höhere Regimetreue und SED-Mitgliedschaft unter den Vertriebenen zurückzuführen ist, vielmehr ist davon auszugehen, dass infolge von Diskriminierungen und des totalen Verlustes sozialer und materieller Grundlagen ihre soziale Dynamik und örtliche Flexibilität grösser war. Sparsamkeit, Pflichtbewusstsein, Fleiss, Anstand, Sauberkeit, das alles haftete ihnen im Osten ebenso stereotyp an wie im Westen, auch ihre Aufstiegsorientierung war in der DDR ausgeprägter als bei den Einheimischen.

In den Bodenreformsiedlungen bildeten sich Lokalgesellschaften heraus, die durch den Zuzug der vielen Vertriebenen in Mecklenburg spezifische landsmannschaftliche Prägungen erhielten. Bessarabiendeutschen gelang es in einigen Dörfern, ihre Traditionen und Formen dörflicher Organisation wiederzubeleben und unterhalb der Schwelle des Konflikts mit dem sozialistischen Staatsapparat auszuüben.<sup>30</sup> Der Zusammenhalt gelang über Grossfamilien und Nachbarschaften sowie religiöse Gemeinschaften. Die Historikerin Ute Schmidt stiess nach der Wende, gut fünfzig Jahre nach der Umsiedlung aus Bessarabien und Flucht aus den Evakuierungsgebieten, auf das erstaunliche Phänomen, dass es in der ehemaligen DDR Dörfer mit einem hohen Anteil bessarabiendeutscher «Neusiedler» gab, in denen noch immer schwäbisch gesprochen und bessarabisch gekocht wurde. Wenn Paprika und Melonen angeboten wurden, kauften Bessarabier sie kistenweise und bereiteten sie nach alten Rezepten zu. Auch Mehlspeisen wie Knöpfle, Küchle, Dampf- und Schupfnudeln, Krapfen, Pirogen, Platschinten und «Strudla» kamen auf den Tisch. Sie waren begehrt, denn mit ihnen kam ein Hauch von Exotik in das ansonsten kulinarisch wenig aufregende Mecklenburg.<sup>31</sup>

Die Bessarabier haben wesentliche Züge des früheren Gemeinschaftslebens, die bäuerliche Arbeit auf dem eigenen Hof, familiäre Bande, Nachbarschaften, den vertrauten schwäbischen Dialekt sowie ein kirchlich-protestantisch geprägtes Wertesystem in der neuen Umgebung bewahrt. Seit

den Verteilungskonflikten bestanden auf Seiten der Einheimischen Abneigungen gegen diese Neubürger, die sich an kulturellen und habituellen Differenzen wie dem schwäbischen Dialekt, der ungewohnten Sprechweise und hohen Tonlage der Frauen aus Bessarabien, dem lebhafteren Temperament, der puritanischen Arbeitsmoral und dem Erwerbsstreben der Neubürger entzündeten.<sup>32</sup> Die Bessarabier hegten keine Illusionen bezüglich der Rückkehr in die Heimat, weshalb sie einen stärkeren Integrationswillen als andere Vertriebene zeigten.

Wo die Bessarabier in der Mehrheit waren, färbte ihre Eigenart auf nicht wenige Einheimische ab, in den mecklenburgischen Kreisen Malchin und Teterow etwa in Grambow, Neu-Wokern, Teterow, Güstrow, Schwinkendorf, Waren und Hohen Pritz. 1946 zählte Grambow 307 Einwohner, davon waren 24 einheimische Landarbeiter- und 31 bessarabiendeutsche Neubauernfamilien. Vergleichbare Gruppenbildungen bessarabiendeutscher Neubauern gab es im brandenburgischen Schönholz sowie in Sachsen-Anhalt in Brietzke sowie im Raum Bernburg.

Die religiöse Renaissance der Nachkriegszeit wurde von den Vertriebenen getragen. In den Dörfern Grambow und Schwinkendorf waren Gottesdienste und Bibelstunden überdurchschnittlich gut besucht, fast alle Bewohner nahmen am Konfirmandenunterricht teil. Obwohl die Bedeutung der Kirche für den dörflichen Alltag in den 1960er Jahren immer weiter zurückgedrängt wurde, bewahrten die Schwinkendorfer ein Gemeinschaftsgefühl, in dem auch die Kirche einen Platz hatte. Im Kirchenvorstand aktive Bessarabier aus Langwitz und Schwinkendorf regten Selbsthilfeaktionen an, für die Spenden gesammelt wurden und die Dorfjugend freiwillige Arbeitseinsätze leistete: den Bau der Leichenhalle, eine neue Friedhofsmauer, die Umdeckung des Kirchendachs. Die reiche Schwinkendorfer LPG brachte Geld auf für die Restaurierung des baufälligen Pfarrhauses; ihre Brigaden halfen auch bei der Sanierung des Kirchendachs.

Kaum einer der Bessarabier war in der SED, eher gehörten sie der Demokratischen Bauernpartei (DBD) an, die mehr als Verein denn als Partei wahrgenommen wurde: «Die halben Bessaraber waren doch in der DBD, da haben sie dann abends (...) im Krug gesessen und einen getrunken und über Pferdezucht oder irgendwas geredet, Privatgespräche.»<sup>33</sup>

Auch entlang der Ostseeküste gab es Flüchtlingsgemeinschaften in Fischerdörfern, in denen Fischer aus Pommern und Ostpreussen wohnten.



Viele Fischer waren mit ihren Kuttern aus Kolberg 1945 nach Warnemünde geflüchtet. Die Fischereiproduktionsgenossenschaft (FPG) in Dranske auf Rügen war allein auf die Ansiedlung solcher Fischer zurückzuführen. Der Ort lag in der Nähe eines 1935 errichteten Fliegerhorstes. Dort war die örtliche Fischereitradition nach 1945 abgebrochen, nachdem jegliche Fischerei nördlich und westlich des Ortes untersagt und elf Fischer enteignet worden waren. Die aus Danzig und Hinterpommern mit eigenen Booten und mit ihren alten Fanggeräten geflohenen Fischer begründeten eine neue Dransker Fischerei.<sup>34</sup> Ihre Techniken und Geräte wie das Dorschsetznetz wurden von Rügener Fischern übernommen.

Der landsmannschaftliche Zusammenhalt einiger Gruppen von Flüchtlingsfischern blieb auch in der FPG erhalten, zumal die traditionellen Reusenkompanien und Fischerkommunen der Einheimischen den Flüchtlingsfischern meist verschlossen blieben. Die privaten Küstenfischer hatten in der allgemeinen Hungerzeit eine privilegierte Stellung, so dass diejenigen, die mit ihren Kuttern geflohen waren, sich in einer guten Lage befanden. Dagegen hatten es die vertriebenen Kleinfischer auf der Rügener Halbinsel Mönchgut sehr schwer, sofern sie ohne Boot, Ausrüstungen und Netzmaterial mit den einheimischen Kleinfischern um die küstennahen Reusenplätze wetteiferten.

In einem Artikel des in Westdeutschland erscheinenden *Memeler Dampfboots* von 1960 wird von «annähernd ähnlichen Verhältnissen wie in der Heimat» gesprochen, unter denen die memelländischen Fischer auf Mönchgut als Kleinfischer tätig waren. Ein Vertreter der Redaktion aus Westdeutschland hatte seine Landsleute auf der Insel besucht und zeichnete ein freundliches Bild: «Die Liebe und Anhänglichkeit, die ich bei allen alten Bekannten verspüren konnte, beschämte mich fast. (...) Mein Gesamteindruck ist, dass die Nehrungsfischer auf der Insel Rügen wieder festen Boden unter den Füßen gewonnen haben. Die Alten haben mit viel Mut und Unternehmungsgeist in neuer Umgebung völlig neu begonnen, und die Jungen, die noch als Kinder die Heimat verliessen, wuchsen schon in die neuen Verhältnisse hinein und stehen heute im Kampf mit den Elementen ihren Mann. Manche von ihnen sind auch der Fischerei untreu geworden und haben bequemere Berufe erwählt. (...) Von drei Seiten ist dieser Inselzipfel von der Ostsee umspült. Nach allen drei Seiten können die Boote zum Fang auslaufen. Überall am Ufer stehen die vertrauten Reusen, die den Schwarzortler Stellnetzen ähneln.»<sup>35</sup>

Einzigartig dürfte die Umsiedlung memelländischer Fischer und Bootsbauer aus Sachsen nach Mecklenburg-Vorpommern gewesen sein, die der Memelländer Paul Sahnwaldt als SED-Mitglied und Verhandlungsführer der memelländischen Flüchtlingsgruppe gegenüber den deutschen Behörden und der SMAD durchsetzen konnte. Mit Hilfe einer in Oelsnitz/Vogtland gegründeten «Vorläufigen antifaschistischen Memelländischen Vertretung» hat er 1947 die Sowjetische Militärverwaltung und die Behörden zumindestens zeitweise so verwirrt, dass einige Rücktransporte in die ostpreussische Heimat organisiert und ein Zug von Memelländern quer durch die SBZ zur gemeinsamen Ansiedlung in der Region Barth – Darss – Fischland zusammengestellt werden konnte.<sup>36</sup> Zunächst hatte Sahnwaldt die Rückkehr in ein unabhängiges Memelland gefordert, da seine Heimat nach dem Ersten Weltkrieg einen Sonderstatus erhalten habe. Die Memelländer seien nicht Reichsdeutsche gewesen, argumentierte er, sondern ethnisch eigenständig und zudem «antifaschistisch» eingestellt. Die Gruppe der nach Rügen gekommenen Memelländer umfasste 162 Fischer- und Bootsbauerfamilien. Diese bildeten auf Mönchgut eine Gemeinschaft mit engem Zusammenhalt.<sup>37</sup>

Ende Oktober 1946 hatte Rügen 90'740 Bewohner. Die Sudetendeutschen (5'399) bildeten nach Hinterpommern (18'824) sowie Ostpreussen (6'485) die drittgrößte Vertriebenengruppe.<sup>38</sup> Im April 1947 gründeten 23 Sudetendeutsche die Flachsroste als Flachsverwertungsgenossenschaft «Rüflin» (Rügener Flachsindustrie) in Lauterbach bei Putbus, die 1954 stillgelegt wurde.<sup>39</sup> Dass zur Einheitswahl im selben Jahr insgesamt 25 Stimmen (31,1 Prozent) gegen die Volkskammer und 22 Stimmen (29 Prozent) gegen den Bezirkstag abgegeben wurden, führte die SED-Kreisleitung auf die «Konzentration von ehemaligen Umsiedlern aus den ehemaligen Randgebieten der CSR» zurück, bei denen sie eher eine DDR-kritische Haltung vermutete. Für die Sudetendeutschen war Rügen eine völlig ungewohnte Umgebung, sowohl die pommersche Mentalität als auch das Seeklima behagte ihnen nicht. Eine ältere Sudetendeutsche meinte: «Die Bevölkerung ist uns feinfühligem Sudetendeutschen zu stur und zu grob. Wir sind ihnen ganz unbequem und stören sie in ihrer Ruhe.»<sup>40</sup>

Wenn sie in einem oder in mehreren benachbarten Orten untergebracht wurden, konnten Flucht- und Treckgemeinschaft zum Teil fortbestehen. Die im Winter 1945 in der Gegend von Neuenkirchen, dem Nordwesten der Insel, untergekommenen hinterpommerschen Flüchtlinge aus

Sallenthin, Kreis Pyritz, bildeten über Jahre einen landmannschaftlichen Schwerpunkt. Bei der Aufteilung des Gutes Neuendorf im Rahmen der Bodenreform stellte man fest, dass 21 der 30 Neusiedler aus Sallenthin stammten.<sup>41</sup> Aus Sandow im hinterpommerschen Kreis Pyritz kamen viele Vertriebene nach Schaprode, Streu und Poggenhof. In der 1953 gegründeten LPG «Morgenrot» waren von 46 Bauern 32 Vertriebene. In Streu herrschten miserable Wohnverhältnisse, und die Aufteilung der Vertriebenen im Gutshaus war ungeklärt. Dass dort «nach wie vor die Ideologie herrscht, es gehe eines Tages zurück» nach Hinterpommern, führte der SED-Instrukteur auf diese Verhältnisse zurück. Verschiedentlich wurde in «harten Auseinandersetzungen mit dem Instrukteur gefordert, über die Oder-Neisse-Grenze erst bei Abschluss eines Friedensvertrages endgültig zu verhandeln», da diejenigen, «die einmal dort gewohnt haben, ihre Heimat nie vergessen werden».<sup>42</sup>

Die Forderung der Vertriebenen nach Rückkehr in ihre Heimatgebiete war 1950, als die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze durch die DDR bevorstand, weit verbreitet. Ein SED-Informant berichtete über Altenkirchen, Putgarten und Zühlitz auf der Halbinsel Wittow im Mai 1950: «Bei den Umsiedlern herrscht fast allgemein noch die Auffassung, dass sie wieder in ihre alte Heimat zurückkehren können. An bisheriger Aufklärungsarbeit wurde von Seiten aller Organisationen fast nichts getan.»<sup>43</sup>

Die SED musste bei der totalitären Umgestaltung der DDR-Gesellschaft drei grosse Hürden überwinden: die Kirche, die festen familiären Strukturen altbäuerlicher Familienbetriebe und nicht zuletzt die Vertriebenen. Damit die letzteren erst gar keine Widerstandsnester bilden konnten, wurde ihre geschlossene Ansiedlung unterbunden, es sei denn, es handelte sich um «antifaschistische Umsiedler». Der zum staatlichen Legitimationsprinzip der DDR erhobene «Antifaschismus» entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einem Kampfbegriff der politischen Linken. Das hat dazu beigetragen, dass «Antifaschisten» und Sudetendeutsche gemeinhin gegensätzlichen, ja feindlichen Lagern zugeordnet werden.

Die sudetendeutschen «Antifaschisten» haben darunter sehr gelitten,<sup>44</sup> denn allein die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei zählte 1938 rund 80'000 Mitglieder, und die Deutschen stellten in der Kommunistischen Partei (KPÖ) 1937 rund 13'000 Mitglieder. In den kommunistischen Gewerkschaftsverbänden waren mehr als 42'000

Sudetendeutsche organisiert. Von den mehr als 130'000 Antifaschisten, die 1945/46 die Tschechoslowakei in «Antifa-Transporten» verliessen, gelangten rund 50'000 in die SBZ und 80'000 in die amerikanische Zone.<sup>45</sup>

Selbst den «Antifa-Umsiedlern» wurde eine gesellschaftliche Anerkennung als Vertriebene verweigert. Es durfte nicht ruchbar werden, dass die tschechoslowakische Kommunistische Partei 1948 ihre stalinistische Herrschaft errichten konnte, weil sie die Sudetendeutschen aus dem Land gejagt und deren Hab und Gut unter ihren Anhängern verteilt hatte. Aus diesem antifaschistischen Milieu kamen die Sudetendeutschen, die in der DDR den Bereich der internationalen Beziehungen zu ihrer Domäne machten: Oskar Fischer, geboren 1923 in Asch, war von 1975 bis März 1990 Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und Mitglied des Zentralkomitees, Rudolf Appelt (1905-1955) aus Niederhanichen, Kreis Reichenberg, von 1949 bis zu seinem Tod 1955 erster Botschafter der DDR in Moskau, Josef Hegen und später Rudolf Rossmesl bekleideten den Botschafterposten in Polen, und Rudolf Demel wirkte im Parteiapparat als Sektorenleiter in der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen.<sup>46</sup>

Im Brandenburgischen wurde das Dorf Zinna bei Jüterbog von sudetendeutschen Gablonzern, die hier eine Schmuckwarengenossenschaft gründeten, neu aufgebaut. Im Februar 1946 trafen dort 285 «Antifa-Umsiedler» ein. Dass die politisch ambitionierten Dorfbewohner hier Flagge zeigen wollten, offenbarte sich unter anderem, als sie am 16. September 1949 die Umbenennung des Dorfes in Neuheim beschlossen, die 1951 offiziell bestätigt wurde. Bei den Einheimischen hiess Neuheim nur das «rote Dorf».<sup>47</sup>

Die exklusive Besiedlung durch «Antifa-Umsiedler» hatte in Brandenburg eine Art Getto entstehen lassen. Die Neuheimer waren für die Einheimischen Fremde und darüber hinaus ein Symbol der ungeliebten sozialistischen Herrschaft. Anders als die Mehrheit der Vertriebenen waren sie privilegiert und verhielten sich selbstbewusst, was die Einheimischen als politisch-kulturellen Führungsanspruch der Fremden werteten, gegen den man sich wehren musste. Die Neuankömmlinge wurden in manchen Jüterbogger Geschäften nicht bedient, Türen blieben versperrt.<sup>48</sup> Aber auch die Neuheimer «Antifaschisten» durften nicht alles. Als sie Heimatlieder aus Böhmen sangen, wurden sie als Revanchisten an den Pranger gestellt: «Und da haben sie das Lied gesungen 'Das Elternhaus'. Das war ein Heimatlied. Da haben sie sie so zur Minna gemacht in der Zeitung, weil sie

das Heimatlied gesungen hatten. Und da ist der Gesangsverein auseinandergebrochen.»<sup>49</sup>

In der Masse der Vertriebenen fielen die nordböhmischen Gablonzer auf, die ihre Tradition der Glas- und Schmuckwarenkunst bewahrten. Als einer der ersten sprach der Gablonzer Glasarbeiter Georg Lukas am 11. Oktober 1945 in der Berliner ZVU vor und unterbreitete den Vorschlag zur Ansiedlung der gesamten Gablonzer Industrie in Thüringen, was 15'000 Menschen betreffen würde.<sup>50</sup> Ähnlichkeiten in der Wirtschaftsstruktur und landschaftlichen Beschaffenheit mit dem waldreichen Iser- und Jeschkegebirge des Sudetenlandes hatten dazu geführt, die Gründung in Thüringen vorzusehen, das den Glashütten an Ort und Stelle ausreichend Holz zur Befuerung der Schmelzöfen und zur Gewinnung des Glasmelzmittels Pottasche liefern konnte. Typisch war in beiden Regionen zudem der hohe Anteil der Heimarbeiter, und die Struktur der Klein- und Mittelindustrie schien auch geeignet. Daher einigten sich die Gablonzer Spezialhandwerker mit der Thüringer Landesverwaltung, die Industrie in der Umgebung Gothas anzusiedeln, wo am 20. Dezember 1945 die Bijou. Schmuck und Glaswaren eGmbH gegründet wurde, eine sogenannte Umsiedlergenossenschaft.

«Bijou» entwickelte sich zu einer der führenden Genossenschaften in der SBZ und stellte die für Thüringen bedeutendste geschlossene Ansiedlung sudetendeutscher Fachkräfte dar.<sup>51</sup> Dank deren technischer Fertigkeiten gelang der wirtschaftliche Aufbau der Glas- und Lampenproduktion und der Schmuckherstellung. Trotz aller Schwierigkeiten waren Ende 1946 rund 6'000 vertriebene Sudetendeutsche aus Gablonz im thüringischen Kreis Gotha ansässig. Die Gablonzer stellten einen Bevölkerungsanteil von 4,5 Prozent.<sup>52</sup> Aber auch im Kreis Quedlinburg und im bereits erwähnten brandenburgischen Zinna bemühten sich Gablonzer Fachkräfte um die Wiederbelebung ihres Handwerks,<sup>53</sup> so dass es zu einer Konkurrenz innerhalb der SBZ kam.

Eine Kommission prüfte daraufhin die Ansiedlungsmöglichkeiten für die Gablonzer Industrie sowohl in Gotha als auch in Quedlinburg. Das Ende März 1946 verkündete Ergebnis war für die Gothaer «Bijou» niederschmetternd: Allen Gablonzern wurde die Ansiedlung im Vorharz empfohlen. Aber die 3'500 bereits in Gotha, Waltershausen, Tabarz, Friedrichroda und Catterfeld lebenden Mitarbeiter der «Bijou» waren nicht bereit, sich diesem Votum zu beugen. Sie wollten nicht noch einmal von vorn beginnen. Schliesslich wurde um die Jahreswende 1946/47 eine Einigung

erzielt, wonach die «Bijou» sich vorrangig auf die Herstellung von Glaswaren, die Genossenschaft in Quedlinburg hingegen stärker auf die Metallverarbeitung spezialisieren sollte. Abwerbungsversuche aus Zinna, wo im April 1946 die Produktions- und Handelsgenossenschaft für Glas- und Bijouteriewaren eGmbH durch Gablonzer Fachkräfte gegründet worden war, blieben auf wenige Ausnahmen beschränkt. Die Stadt Gotha selbst entwickelte sich zu einem Zentrum, in dem vor allem Exportbetriebe heimisch wurden.

Obwohl das Land Thüringen die Gablonzer Industrie subventionierte, wurde der Mangel an Materialien in der SBZ zum Problem, weshalb Abwanderungstendenzen einsetzten, die sich durch Stalinisierung und Zwangskollektivierung noch verstärkten.<sup>54</sup> Nur weil die wirtschaftlichen Interessen die ideologischen überwogen, waren die DDR-Machthaber bereit, Kompromisse gegenüber den «Umsiedlern» einzugehen, die als Fachkräfte die sudetendeutschen Handwerkstraditionen weitertrugen. Die Schmuckwarengenossenschaft der Gablonzer durfte sich «Gablona» nennen, in Lauta existierten 1948 beispielsweise eine Firma «Gebr. Reile – Sudetendeutsche Glasveredlung und Export», eine «Glasveredlungsstätte Sudetenland Carl Kindermann» sowie die von Gablonzern betriebene «Gablauta Produktions- und Handelsgenossenschaft für Glas und Bijouteriewaren».<sup>55</sup>

«Bijou» gelang die Bewahrung der deutschböhmischen Identität relativ lang. Erst 1967 erfolgte die Umwandlung in eine Produktionsgenossenschaft des Handwerks, und erst 1972 wurde auf Druck der SED ein Volkseigener Betrieb (VEB) daraus, womit die endgültige Enteignung und Zwangskollektivierung abgeschlossen war. Später wurde der Betrieb Bestandteil des VEB «Thüringer Schmuck» Waltershausen. Das Können und die Erfahrungen der Gablonzer wurden nach wie vor eingebracht, von der sudetendeutschen Identität blieb jedoch nicht einmal der Name. Trotzdem haben die Gablonzer in Gotha ein Beispiel gegeben für den Überlebenswillen böhmischer Spezialisten unter härtesten Bedingungen. Nachkommen der ehemaligen Gablonzer bemühen sich seit 1990 in der neugegründeten «Bijou GmbH Gotha» um eine Wiederbelebung der heimatlichen Traditionen.<sup>56</sup>

In der DDR galten die «Umsiedler» als Opfer des Hitlerfaschismus. Ob die Vertriebenen auch Opfer spezifischer sowjetischer Interessen waren, danach zu fragen war verboten. Die Betroffenen waren zum Schwei-

gen verurteilt, was sich zumindest unterschwellig auf die DDR-Gesellschaft ausgewirkt haben dürfte. Nicht zu verstehen ist, warum die SED-Diktatur, der es doch angeblich in so kurzer Zeit gelungen war, aus «Umsiedlern» gleichberechtigte «Staatsbürger» zu machen, diesen Erfolg totschwieg, anstatt ihn zu feiern.<sup>57</sup>

### Vom Verschwinden der «Umsiedler»

Da die sozialistischen Bruderstaaten und an ihrer Spitze die Sowjetunion nicht schuldig sein durften an der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, wurde den Vertriebenen in der DDR per se der Opferstatus abgesprochen. Aus Vertriebenen, die vor dem Terror, den Vergewaltigungen, Verschleppungen und Massenerschiessungen der Sowjetarmee sowie polnischer und tschechischer Milizen geflohen waren, wurden im September 1945 schlicht Umsiedler.

Für die «Umsiedler» zuständig war die «Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler» (ZVU). Aus dem Protokoll der ersten Konferenz dieser Verwaltung mit Vertretern der Provinzial- und Landesverwaltungen der SBZ am 25. September 1945 geht hervor, dass die Behörde die Keimzelle eines künftigen gesamtdeutschen Ministeriums bilden sollte. Ihr Vorsitzender Joseph Schlaffer erläuterte den Konferenzteilnehmern die Terminologie folgendermassen: «Ich begrüsse Sie im Namen der Zentralverwaltung und möchte hinzusetzen, dass die Zentralverwaltung, wiederum auf besonderen Wunsch der sowjetrussischen Mil.-Adm., nicht heisst: Zentralverwaltung für Flüchtlingswesen und Heimkehrer, sondern: Zentralverwaltung für Umsiedler. In der Bezeichnung ‘Umsiedler’ soll einmal vermieden werden der harte Ausdruck, der heisst, dass wir nur Flüchtlinge und Heimkehrer zu betreuen haben, sondern wir wollen die Menschen, die aus dem Osten kommen und später aus Ungarn, Jugoslawien usw., kommen, hier umsiedeln.»<sup>58</sup> Es handelte sich bei dem Begriff «Umsiedler» also um eine von den Sowjets verordnete ideologische Sprachmanipulation.

Die gesamte Integrationspolitik der SBZ und späteren DDR baute letztlich auf einer Lüge auf. Das offenbarte auch der Parteivorsitzende der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands Lothar Bolz schon auf dem 1. Parteitag vom 23. bis 25. Juni 1949 in Halle/Saale: «Wir müssen die Wahrheit sagen, auch dem, der sie nicht hören will. Nur so werden wir auf lange Sicht Vertrauen gewinnen und Erfolg haben. (...) Ich selbst bin in

Oberschlesien geboren und aufgewachsen und habe in Breslau studiert und als Anwalt gearbeitet. (...) In jedem Falle habe ich zu meiner Heimat Oberschlesien engere und herzlichere Beziehungen als Herr Schumacher [Vorsitzender der SPD, A.K.], der meines Wissens nicht aus Oberschlesien stammt. Eben deswegen nehme ich mir ganz besonders das Recht zu sagen: Nicht die, die sich im Bewusstsein ihrer Verantwortung vor unserem Volke mit der Frage der Ostgrenze auseinandersetzen, haben die Gebiete östlich der Oder verloren. Die Gebiete östlich der Oder sind zum ersten Mal aufs Spiel gesetzt und verloren worden am 1. September 1939, als Hitler den Krieg gegen Polen vom Zaune brach.»<sup>59</sup>

Die Mitarbeiter der Deutschen Verwaltung des Innern, Abteilung Umsiedler, verabschiedeten 1949 als Ergebnis einer von der SED-Landesleitung Brandenburg einberufenen Konferenz eine Entschliessung, in der die Integration als abgeschlossen dargestellt wurde, weshalb ihre Abteilungen abzuschaffen seien: «Infolge des Krieges und Interesses der Befriedung Mitteleuropas wurde die Rückführung deutscher Minderheiten aus anderen Ländern notwendig. Es galt ihnen eine neue Heimat zu schaffen. In Westdeutschland konnten sie diese Heimat nicht finden. Die Grossgrundbesitzer sitzen auf ihren Gütern und verhindern die Sesshaftmachung der Umsiedler. Monopolkapitalistische, reaktionäre Kräfte versuchen darüber hinaus unter der Losung: ‘Revision der Ostgrenze’ und ‘Rückkehr in die Ostgebiete’ die Sesshaftmachung der Umsiedler zu hintertreiben. In der sowjetischen Besatzungszone haben diese Deutschen durch die Bodenreform eine neue Heimat gefunden. Hunderttausende von ihnen wurden auf den ehemaligen Gütern der verjagten Grossgrundbesitzer angesiedelt. Der Boden wurde ihr Eigentum, sie selbst sind heute gleichberechtigte Bürger. (...) Aus diesem Grunde ist die Aufhebung besonderer Umsiedlerämter zur gesellschaftlichen Notwendigkeit geworden.»<sup>60</sup>

1948 wurde in einer Richtlinie für die Agitation auf Versammlungen von Vertriebenen unter der Fragestellung «Flüchtlinge oder Umsiedler» ausgeführt: «Sehr häufig hört man den Ausdruck ‘Flüchtling’, ‘Zwangsvertriebene’ u.a. (...). Diese Menschen, die sich Flüchtlinge nennen, vergessen, dass durch den Faschismus 6 Millionen Polen grausam umgebracht wurden. Diese Menschen wollen einfach von den Todesfabriken in Treblinka, Auschwitz und Maidanek nichts wissen. (...) Wer daher nüchtern, logisch und unvoreingenommen diese Zeilen überdenkt, wird die Ur-



sachen erkennen, dass eine 'Umsiedlung' gar nicht in anderem Rahmen stattfinden konnte, der Name 'Flüchtling' daher falsch ist und die Dinge auf den Kopf stellt. Mögen sich diese Menschen endgültig darüber klarwerden, dass das polnische Volk es nie wieder dazu kommen lassen wird, dass eine 'Herrenrasse' in ihrem Land in unerhörter Willkür herrscht.»<sup>61</sup>

Das war Geschichtsklitterung, eine Verhöhnung der vertriebenen Opfer und ein Plädoyer für das Diktum einer Kollektivschuld. Die Botschaft war unmissverständlich: Die Vertriebenen sollten ihre Heimat vergessen, anerkennen, dass sie eine besonders schwere Schuld auf sich geladen hatten, mit der sie durch den Verlust der Heimat büssten. Viele der Nichtvertriebenen waren nur allzugerne bereit, sich dieser Auffassung anzuschließen, lenkte sie doch von der eigenen Schuld ab und schuf einen Vorwand für die Diskriminierung der Vertriebenen. Sie wurden als «Russenpack» und «Polacken» beschimpft und damit völlig widersinnig als Angehörige der Völker identifiziert, durch die sie vertrieben worden waren. Aggressionen gegen die Besatzungsmacht, die auch nach 1945 noch plünderte und deren Reparationspolitik bei den Einheimischen verhasst war, wurden auf die wehrlosen Vertriebenen als Fremde übertragen. In Mecklenburg verdächtigten Einheimische Vertriebene aus dem «Warthegau», sich aufgrund ihrer Kenntnis slawischer Sprachen als Russen auszugeben und Plünderungszüge zu unternehmen.<sup>62</sup>

Die alltäglichen Nöte und Anfeindungen liessen bei den Vertriebenen die Sehnsucht nach den Landsleuten wachsen. Erste Versuche, über private Suchdienste, Kettenbriefe und Treffen Kontakte mit diesen aufzunehmen, wurden von der Besatzungsmacht jedoch schon im Ansatz zunichte gemacht. Vom Schicksal des 1946 in Magdeburg gegründeten Bundes Danziger Antifaschisten weiss man nur, dass die Besatzungsmacht sich des Falles annahm. Im Regierungsbezirk Halle-Merseburg (Provinz Sachsen) fahndete man Anfang 1947 nach den Initiatoren des Komitees zur Erhaltung Deutschböhmens und des Bundes zur Wahrung der Interessen der Sudetendeutschen. Aus Neuruppin wird berichtet, dass zwei Vertriebene aus dem neumärkischen Kreis Züllichau, die sich regelmässig mit Landsleuten in einer Gastwirtschaft trafen, wegen Verstosses gegen das Versammlungsverbot zu zehn und fünfzehn Jahren Haft verurteilt wurden und in das sowjetische KZ Sachsenhausen kamen.<sup>63</sup>

Auf Betreiben der Besatzungsmacht durften die Vertriebenen offiziell nichts von ihrer heimatlichen Kultur in die Aufnahmegesellschaft einbringen. Ein Schlachter, der schlesische Wurstwaren feilbot, oder ein Bäcker,

der sich als Ostpreussische zu erkennen gab, machte umgehend mit der Staatsmacht Bekanntschaft. Mit ausdrücklicher Genehmigung der sowjetischen Besatzungsbehörden wurde lediglich den «Opfern des Faschismus» ein wenig mehr Spielraum gewährt. Friedrich B. aus Breslau, anerkanntes «Opfer des Faschismus» und eingetragenes SED-Mitglied, konnte für den 5. Januar 1947 eine Versammlung in der Kreisstadt Malchin einberufen, zu der etwa 180 Vertriebene erschienen. Der Initiator hatte von der zuständigen sowjetischen Kommandantur in Malchin eine Genehmigung zur Gründung eines «Umsiedler-Verbandes» erhalten und legte nun seine politischen Ziele dar: Die «Umsiedler» sollten nicht länger als «Menschen zweiter Klasse den Einheimischen gegenüber» oder «als «verkommene Flüchtlinge» stiefmütterlich behandelt» werden, sondern stattdessen «Gleichberechtigung bei der Wohnraumverteilung, der Bezugsscheinverteilung, der Arbeitszuweisung» und bei den politischen Vertretungen einfordern. Das fand allgemeine Zustimmung, doch ein Teil der Versammelten stieß sich an dem Begriff «Umsiedler»: «Es wurden Rufe laut: ‘Wir sind nur *arme Flüchtlinge*, wir sind *Vertriebene, Heimatlose*’. Die Abstimmung ergab jedoch eine überwiegende Mehrzahl für die Bezeichnung ‘Deutscher Umsiedler-Verband’.»<sup>64</sup> Doch schon im Februar 1947 erhielt der SED-Ministerpräsident von Mecklenburg folgende Meldung: «Der in Malchin gegründete «Deutscher Umsiedlerverband» ist inzwischen aufgelöst worden. Den Leiter des Verbandes hat das NKWD verhaftet.»

Um die Vertriebenen unter Druck zu setzen und zur Assimilation zu zwingen, forcierte die SED die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie und unterzeichnete 1950 den Görlitzer Vertrag mit der Volksrepublik Polen, was selbst für viele SED-Mitglieder eine Zumutung darstellte. Bereits am 19. September 1946 hatte der Parteivorstand die Absicht bekundet, durch die Erzeugung von Achtung und Vertrauen bei den Nachbarvölkern zu erreichen, «dass bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen das deutsche Volk einen erträglichen Friedensvertrag erhält und auch bei der Festlegung der Ostgrenzen auf die Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes Rücksicht genommen und eine entsprechende Regelung der jetzt gezogenen polnischen Verwaltungsgrenzen zugelassen wird.» Wilhelm Pieck sprach zuversichtlich von der Möglichkeit, «dass auf der Friedenskonferenz gewisse Korrekturen in der Ostgrenzenfrage gemacht werden».<sup>65</sup> Noch deutlicher wurde er bei der Erläuterung der vom Zentralsekretariat

unterbreiteten Vorlage, als er bekannte, «dass wir diese Frage noch nicht völlig abgeschlossen ansehen, sondern der Meinung sind, dass das deutsche Volk dazu beitragen soll, einen Teil dieses Gebietes wieder zu erhalten».<sup>66</sup>

In dem Sitzungsprotokoll des SED-Landesvorstandes Sachsen vom 17. Mai 1947 räumte Otto Buchwitz ein: «Auch wir sind nicht einverstanden mit der Ostgrenze. Wir haben es nur abgelehnt, die Töne anzuschlagen wie Dr. Schumacher.»<sup>67</sup> Paul Merker hielt die Regelung der Oder-Neisse-Grenze noch für offen, dämpfte aber zu grosse Hoffnungen: «Es ist bekannt, dass die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eine Regelung der Grenzfragen wünscht und erstrebt, die auch die Interessen unseres Volkes berücksichtigt. Aber wir wenden uns dagegen, dass man unter den Umsiedlern Hoffnungen auf eine allgemeine Rückkehr in ihre alte Heimat erweckt, die nach dem Stand der Dinge unerfüllbar sind und die die Umsiedler hindert, ihre Kraft einzusetzen, sich eine neue Heimat und eine neue Existenz aufzubauen.»<sup>68</sup>

Der Görlitzer Vertrag sollte in doppelter Hinsicht zur Stabilisierung des Systems beitragen: Aussenpolitisch sollte er das Verhältnis zu den Nachbarn Polen und Tschechoslowakei normalisieren, wobei man in erster Linie die überlebenswichtigen Wirtschaftsbeziehungen im Sinn hatte, weniger die Aussöhnung der Bevölkerungen; innenpolitisch sollte die Integration der Vertriebenen in die DDR-Gesellschaft vorangetrieben werden. Doch viele Vertriebene verweigerten sich und liessen das die SED auch spüren. Ein in Markneukirchen untergebrachter Vertriebener beschwerte sich bei der Redaktion der Zeitschrift *Zeit im Bild* über den Bildbericht «Polen – Land des Fortschritts» im Juni 1948: «Wie können Sie einen derart grausamen und selbstmordenden Artikel bringen?! Noch ist die Oder-Neisse-Linie eine provisorische und keine endgültige Grenze und das jenseitige schlesische Gebiet nach wie vor kein von den Siegermächten anerkanntes polnisches Land, sondern immer noch deutsches Gebiet unter polnischer Verwaltung. Und Breslau? – Breslau ist immer noch Breslau und nicht Wroclaw.»<sup>69</sup> In einem weiteren Schreiben an die Redaktion hiess es: «Glauben Sie nicht, dass wir uns schon geschlagen geben. Viel mehr als das Leben haben wir nicht zu verlieren. (...) Otto Grotewohl hat gut reden. So leicht wie er es sich denkt, geht es nicht. Wir wollen heim. Uns interessiert der Osten und nicht der Westen.»<sup>70</sup>

Es gab auch illegale Aktionen gegen die Oder-Neisse-Grenze. In Görlitz war im Oktober 1949 ein Flugblatt in Umlauf, das ein «Orts- und Zen-

tralkomitee für die Rückgabe der deutschen Ostgebiete» erwähnte: «Ostvertriebene, (...) wir werden kämpfen. Wir glauben, es ist heute an der Zeit, endlich uns zu erheben, uns in einem starken Block zu organisieren. Und sei es auch nur illegal. Schlesier – Ost- und Westpreussen – Sudetenländer! Reiht Euch ein in das Komitee vertriebener Ostdeutscher, für die bedingungslose Rückgabe der deutschen Ostgebiete. Nur gemeinsam können wir den Kampf bestehen, helfe alle mit. (...) Doch Vorsicht – Vorsicht – Vorsicht. Haltet zusammen, doch denkt an unsere Brüder im Westen, auch sie haben sich organisiert.»<sup>71</sup>

Obwohl die DDR-Behörden mit Hilfe ihres Unterdrückungsapparates gnadenlos jeden Ansatz für heimatliche Treffen unterbanden, gelang es den Vertriebenen noch in den 1950er Jahren, Zusammenkünfte zu organisieren. Möglichkeiten zum Wiedersehen boten die Kirchen, die sich auf unterschiedliche Weise dem totalitären Verbot der Selbstorganisation widersetzen.<sup>72</sup> Es fanden regelmässige Treffen in Gaststätten statt, und die Vertriebenen unterwanderten Vereine, etwa den Gartenverein Priesnitz in Leipzig. Nach dem Bericht eines SED-Informanten sollen im Februar 1952 an einer «illegalen Zusammenkunft» der Gartenfreunde bis zu 400 schlesische Vertriebene teilgenommen haben, darunter ausserordentlich viele Katholiken, die als regelmässige Kirchgänger bekannt waren.<sup>73</sup>

Im Mai 1951 ging bei der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei im Ministerium des Innern ein Bericht über die «illegale Umsiedlerorganisation Landsberger Heimatvertriebene» ein: «Durch den Gruppenposten Havelberg wurde am 20.5.1951 eine illegale Zusammenkunft obiger Umsiedlerorganisation, im Ausflugslokal Müggenbusch bei Havelberg, festgestellt. Das Ziel dieser Versammlung bestand darin, eine feste Organisationsform zu schaffen, um im Kreis Westprignitz die Umsiedlerorganisation ins Leben zu rufen.»<sup>74</sup> Ähnliches erfuhr die Landesbehörde der Volkspolizei Sachsen-Anhalt über ein Vertriebenentreffen in Halle: «Der Landesbehörde der Volkspolizei Sachsen-Anhalt war bekannt, dass am 20. Mai 1951 im Zoogelände der Landeshauptstadt ein Umsiedlertreffen stattfinden sollte. (...) In den frühen Morgenstunden des 20.5.51 wurde festgestellt, dass ein starker Zustrom der Bevölkerung nach dem Zoo zu verzeichnen war. An der Kleidung vieler Menschen war zu erkennen, dass es sich hier um Umsiedler handelte. Beim Abhören einzelner Gespräche wurde ermittelt, dass die Neubürger sich zum grössten Teil über ihre Heimat, ihre Arbeit und vor allen Dingen darüber unterhielten, was sie in ihre



Bei der Kundgebung zum 1. Mai 1950 in Ost-Berlin unterstützt die FDJ die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie.

Die Anerkennung der Oder-Neisse-Linie durch die DDR im sogenannten Görlitzer Vertrag war eine reine Propagandaschau, bei der es zuallerletzt um die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen ging. In der DDR stieß die einseitige Anerkennung der Ostgrenze auf grossen Unmut bis hinein in die Führungsebene der SED. Öffentlicher Protest dagegen war untersagt, doch Unmut brach sich überall Bahn. So berichtete der Rat des Kreises Guben der brandenburgischen Landesregierung über den Verlauf der in der Zeit vom 7. bis 23. Oktober 1948 durchgeführten öffentlichen Versammlungen: «Warum hat uns der Russe als Flüchtling nicht in Polen geduldet, warum hat er uns nicht behalten? Wir sehnen uns doch nach unserer Heimat. Wir wissen ja auch, dass wir den Krieg verloren haben und alles wieder gutmachen wollen, aber der Russe soll uns wieder nach dem Osten zurücklassen. An dem Russen liegt es einzig und allein. Wir würden den Russen umarmen und küssen, wenn er unsere Heimat wiedergibt, an der wir doch so hängen. Er hätte alle Umsiedler für sich, wenn er das durchführen würde. Der allgemeine Gedanke besteht, der Russe unterdrückt uns. Müssen wir Umsiedler den Krieg allein bezahlen?»

alte Heimat zurück können. (...) Die Neubürger zeigten wenig Interesse für das Zoogelände und den Tierpark, sondern sassen stundenlang in der Zoogaststätte.»<sup>75</sup>

Der Zoologische Garten in Halle wurde zu einem beliebten inoffiziellen Treffpunkt. Am 12. August 1951 trafen sich dort annähernd 2'000 Menschen, im Juni 1951 kamen 380 Vertriebene vorwiegend aus dem Raum Schönau im Sudetenland. Als die SED-Machthaber erfuhren, dass für den 10. Mai 1953 ein Treffen geplant sei, gingen sie mit aller Härte dagegen vor. 140 Geheimpolizisten der Staatssicherheit kontrollierten sämtliche Ausfallstrassen der Stadt und hielten verdächtige Fahrzeuge und Busse an. Im Rahmen von Bahnhofs- und Ausweiskontrollen wurden von 2'000 Vertriebenen 598 vorläufig festgenommen.<sup>76</sup> Trotz aller Schikanen und Gefahren missachteten die Vertriebenen das Versammlungsverbot und trafen sich mit ihren Freunden aus der Heimat. Im thüringischen Apolda gründeten die Waldenburger zu diesem Zweck einen «Beerdingungs-Beihilfe-Verein»: «Aber bald platzte doch die Sache (...). So wurde dieser Verein verboten. Ich habe mir schon manchmal überlegt, wie sie auf diesen Namen gekommen sind, sollte es doch einen gewissen Sinn gehabt haben?»<sup>77</sup>

Zum Versammlungsverbot trat das Verbot, Heimatlieder zu singen. Verdächtig war jede Volksliedzeile mit einem Heimatbezug, weil angeblich Harzer Volkslieder von Schlesiern «missbraucht» worden waren, indem diese «Harz» durch «Schlesierland» ersetzt hätten. Fortan wurden Rundfunkprogramme der ZVU zur Begutachtung vorgelegt. Wer öffentlich an der «Friedensgrenze» Kritik übte, konnte als Kriegshetzer strafrechtlich verfolgt werden. Wer Breslau weiterhin Breslau nennen wollte, wurde als unbelehrbarer und gefährlicher Revanchist verdächtigt. Das Bekenntnis zur Herkunft, zur alten Heimat, wurde in der DDR-Propaganda zusehends mit dem Wunsch nach einer Revision der Grenzen gleichgesetzt und als Kriegshetze und Revanchismus unter Strafe gestellt. Die Verfassung der DDR enthielt in Artikel 6, Absatz 5, in den Fassungen vom 6. April 1968 und 7. Oktober 1974 die Bestimmung: «Militaristische und revanchistische Propaganda in jeder Form, Kriegshetze und Bekundung von Glaubens-, Rassen- und Völkerhass werden als Verbrechen geahndet.»<sup>78</sup> Bei entsprechender Auslegung konnte schon die Nennung des Geburtsortes in deutscher Bezeichnung den Tatbestand des Revanchismus erfüllen. So waren die Vertriebenen in der DDR zum Schweigen verurteilt und wurden selbst zu Verschwiegenen.<sup>79</sup>

Im Jahr 1955 verkündeten DDR-Zeitungen anlässlich des 5. Jahrestages des Vertragsabschlusses mit Polen zur Oder-Neisse-Grenze: «Es gab vor kurzer Zeit noch einige Umsiedler, die glaubten, ungerechterweise aus ihrer 'Heimat' ausgesiedelt zu sein, da sie «keinem Menschen etwas getan hätten. Bei all den Unbequemlichkeiten, die bei einer Umsiedlung in Erscheinung treten, vergassen sie ganz und gar, dass das Gebiet, welches sie einst bewohnten, niemals rechtmässig deutsch gewesen ist.» Flucht und Vertreibung von 14 Millionen Deutschen, die etwa 2 Millionen zivile Opfer forderten, bezeichnete das SED-Regime in seinem ideologischen Zynismus als «Unbequemlichkeit». In der nächsten Ausgabe wurden darüber hinaus Zuschriften von «Umsiedlern» abgedruckt, in denen die Vertreibung als friedens- und freundschaftsstiftende Massnahme bezeichnet wurde.<sup>80</sup>

Auch Wilhelm Pieck äusserte sich dazu in seiner Geburtsstadt Guben: «Wir haben unsere engere Heimat verloren, aber wir haben die grosse Heimat des Friedens, die Heimat eines friedlichen Deutschland gewonnen. Für die Erhaltung des Friedens in unserem geeinten deutschen Vaterland lasst uns gemeinsam kämpfen.»<sup>81</sup>

Zwar bezeugt das Umsiedlergesetz, dass Repression nicht die einzige Antwort der SED bei Konflikten mit der eigenen Bevölkerung sein musste, doch langfristig siegte die Repression über die nur kurzfristig betriebene Sozialpolitik. Letztlich führte das zum offenen Widerstand bis hin zur Massenflucht. Nach einer westdeutschen Volkszählung von 1961 waren unter den 2'669'400 Flüchtlingen, die zwischen 1949 und 1961 die Sowjetzone verliessen, 838'800 Vertriebene, also 31,4 Prozent. Damit lag ihr Anteil deutlich über dem an der Gesamtbevölkerung der SBZ/DDR, der ein knappes Viertel betrug. Nicht zuletzt die Verdrängungs- und Verfälschungspolitik hat dazu beigetragen, dass prozentual mehr Vertriebene als Einheimische der SBZ/DDR den Rücken kehrten.<sup>82</sup>

Unter denen, die in der DDR blieben, bildete sich trotz Bespitzelung und Repression ein besonderes Gruppenbewusstsein aus. Als zwischen 1948 und 1950 im Westen das Koalitionsverbot aufgehoben wurde, fürchteten Sowjets und SED, dass sich die Vertriebenen in der SBZ/DDR mit den legalen Vertriebenenorganisationen im Westen vernetzen könnten. Bis 1961 war es in der DDR lebenden Vertriebenen möglich, heimlich Vertriebenenentreffen im Westen zu besuchen. Westdeutsche Vertriebenenzeitungen kamen auf illegalen Wegen in die DDR. Mit dem Mauerbau schwan-

den die Fluchtmöglichkeiten, und die innerdeutschen Kommunikationsnetze wurden durchtrennt, doch westliche Rundfunk- und Fernsehanstalten störten nach Kräften die Propaganda- und Repressionsarbeit der SED.

Die kirchlichen Medien und Organisationsstrukturen für Vertriebene liessen sich ebenfalls schwer kontrollieren, doch langfristig gelang es der SED-Führung, die institutionelle Position der Kirchen zu schwächen. Dennoch blieben Freiräume nicht nur für die Vertriebenenseelsorge, sondern auch für manch kritisches Wort zur SED-Politik. Landesbischof Ludolf Müller gab im Rahmen eines Rundbriefs im Juni 1952 in der Kirchenprovinz Sachsen an die Vertriebenen eine bemerkenswerte kirchenamtliche Stellungnahme ab: «Ihr seid aus Eurer Heimat, von Eurem Hof, aus Euren Häusern vertrieben worden, Ihr dürft nicht mehr an dem arbeiten, was Ihr aufgebaut habt, und Ihr wisst nicht, ob und wann Ihr wieder heimkehren dürft. Ihr habt Unrecht erlitten (...). Ich weiss um Eure Not, und ich trage sie mit Euch vor Gott. Die Kirchenleitung tut alles, um die Regierung zu bewegen, Eure Ausweisung zurückzunehmen. Ob sie damit Erfolg haben wird, kann ich noch nicht sagen. Aber der Gnade und dem Schutz Gottes darf ich Euch anempfehlen.»<sup>83</sup>

Im Jahr 1965 befassten sich die Synoden evangelischer Kirchen in der DDR freimütig mit der aufsehenerregenden Ost-Denkschrift der EKD, wobei der provinzsächsische Landesbischof Johannes Jänicke als stellvertretender Ratsvorsitzender der EKU bei aller grundsätzlichen Unterstützung des dort ausgesprochenen Versöhnungsansatzes fünfzehn Jahre nach dem Görlitzer Vertrag ausdrücklich feststellte: «Die Frage nach dem Recht der Heimat zum Beispiel ist weder völkerrechtlich noch theologisch letztlich beantwortet.»<sup>84</sup> Im selben Jahr offenbarte eine Meinungsumfrage, dass beträchtliche Teile der DDR-Bevölkerung (22 Prozent) das 1950 verordnete «Abschreiben» der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neisse noch nicht nachvollzogen hatten.

Regelmässige Stimmungsberichte und Analysen der Bevölkerung zur «Umsiedlerfrage» spielten eine grosse Rolle. Erhebliche Besorgnis löste im August 1953 die Aussage eines parteilosen Betriebsleiters bei einer Betriebsversammlung der Bauunion in Sassnitz aus, «dass er so wie viele andere mit der Oder-Neisse-Friedensgrenze nicht einverstanden sei und dass er zurück nach Stettin wolle». Die politische Provokation stand im Zusammenhang mit realen Problemen der Eingliederung, denn es wurde auf die schlechten Wohn- und Lebensbedingungen der Vertriebenen in Sassnitz





Umbenennung der Tilsiter Strasse in Ost-Berlin, 6. November 1969

In der DDR, wo die Vertreibung der Deutschen «Umsiedlung» genannt wurde, musste auch die Erinnerung an die Heimatgebiete eines Viertels der Bevölkerung weichen. In den alten Arbeiterbezirken Berlins, in Friedrichshain und Prenzlauer Berg, fielen ganze Strassenzüge einer ideologisch motivierten Umbenennungsaktion zum Opfer. Anstelle der historisch gewachsenen Namen wählte man verdiente Kommunisten aus, die als «Antifaschisten» gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten. Unter Teilnahme von Armeeeinheiten, unter anderem Abordnungen des Wachbataillons «Feliks Dzierzynski», wurde in Friedrichshain am 25. Todestag Richard Sorges die Tilsiter Strasse feierlich nach dem «Held der Sowjetunion» benannt. Über den deutschen Journalisten, der während des Zweiten Weltkriegs in Japan für die Sowjetunion spioniert hat, drehte Veit Harlan 1954 den Film «Verrat an Deutschland», der schon am Tag nach der Münchner Uraufführung abgesetzt wurde und erst nach erheblichen Veränderungen die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft passieren konnte.

verwiesen.<sup>85</sup> Als die Kollegen ihrem Betriebsleiter zustimmten, geriet die Versammlung ausser Kontrolle. Nur vierzig Betriebsangehörige unterzeichneten eine von der SED vorbereitete Entschliessung zur sowjetischen Aussenpolitik.

Die SED-typische Mischung aus Aufstiegsangeboten und Assimilationszwängen erreichte zumindest die jüngeren Vertriebenen. In der Schule und auf Schulungen lernten die jungen Menschen, die Vertreibung gewissermassen als Strafe für die NS-Verbrechen zu akzeptieren. «Umsiedler» sollten Staatsbürger und Werktätige sein wie alle anderen Bewohner der DDR. Dass die jungen Menschen eher zu erreichen waren, hing aber auch – wie in Westdeutschland – mit deren Wunsch zusammen, sich von der Vertriebenenidentität der Eltern durch Überanpassung zu distanzieren. Noch grössere Wirkung hat die Aufbau- und Aufstiegsdynamik der frühen DDR-Gesellschaft entfaltet, die bis in die 1960er Jahre hinein durch Wirtschaftswachstum, aber auch durch die gewaltsame Verdrängung der sozialen Eliten erzeugt wurde. Zu sozialistischen Bedingungen wurde den Vertriebenen hier tatsächlich eine neue Heimat geboten.

Die unterschiedlichen Prägungen und Erfahrungen von Vertriebenen in Ost und West beeinflussen in vielfacher Weise – sei es im Hinblick auf den Fortbestand der Bodenreform, auf die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze, auf den erinnerungspolitischen Zusammenhang zwischen NS-Verbrechen und Vertreibung oder auf den Umgang mit den osteuropäischen Nachbarn – seit 1990 die Gesellschaft der neuen Bundesrepublik.<sup>86</sup> Da die Umsiedlerpolitik der SBZ/DDR – im Gegensatz zur Vertriebenenpolitik Westdeutschlands, die nach 1949 auf Rückkehrvorbehalt und Bewahrung kultureller Sonderidentitäten setzte – auf die taktische Ambivalenz von Integrationsförderung und Rückkehrvorbehalt verzichtete und stattdessen die Unumkehrbarkeit der Vertreibung und die Unvermeidbarkeit der Integration zum Ausgangspunkt nahm, stand sie zwangsläufig im Gegensatz zu grossen Teilen ihrer eigenen Klientel. Die Vertriebenen erwarteten gruppenspezifische sozialpolitische Hilfen, lehnten den verordneten Heimatverzicht und Assimilationszwang aber ab.<sup>87</sup> Destabilisierend wirkte sich vor allem ihre mangelhafte gesellschaftliche Anerkennung als Vertriebene aus.

Im letzten Band der dreibändigen *Deutschen Geschichte. Von 1917 bis zur Gegenwart*, die 1968 in Ost-Berlin erschien, liest man: «(...) die gleichzeitig in Potsdam abgegebene Zustimmung zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, der Tschechoslowakei und aus Ungarn

und zu deren ordnungsgemässen Überführung nach Deutschland bezeugte, dass es sich bei der Grenzziehung um eine endgültige Regelung handelte, die bei Abschluss eines Friedensvertrages nur noch ihre völkerrechtliche Bestätigung finden sollte.» Wer ein solches Geschichtsbild verbreitete, musste streng darauf achten, dass in Nachschlagewerken, in Zeitungen und Rundfunksendungen Schlesien, Pommern und Ostpreussen nicht mehr auftauchten und es keine Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, aus Böhmen und anderen Landesteilen gab.

Nach der Wiedervereinigung – so Michael Schwartz – drohte dem Westen, der in der Illusion lebte, dass die Integration erfolgreich abgeschlossen sei, bei dem offensichtlichen Nachholbedarf in den neuen Bundesländern mit ihren mehr als 4 Millionen Vertriebenen erneut eine Lastenausgleichsdebatte. Das löste Befremden und Abwehr aus. Man wollte alles, aber nicht eine Renaissance der Vertriebenenfrage und der Vertriebenenverbände quasi durch die Hintertür, nämlich durch die deutsche Einheit. Sämtliche zum Lastenausgleich zählenden und noch gültigen Bundesgesetze wurden für die zum «Beitrittsgebiet des Einigungsvertrages» gewordene ehemalige DDR «grundsätzlich nicht in Kraft gesetzt», weil die Bundesregierung den «Zweck dieser Gesetze im Kern heute weitgehend als erfüllt» ansah. Der Lastenausgleich wurde nach den Bestimmungen des 1992 erlassenen Kriegsfolgenbereinigungsgesetzes mit dem Jahresende 1995 zum Abschluss gebracht. Erst dieser Ausschluss der in der DDR verbliebenen Vertriebenen machte den auslaufenden, aber eben noch laufenden Lastenausgleich tatsächlich zu jenem «westdeutschen» Phänomen, als das er in der DDR wahrgenommen worden ist.

Diese zweifellos fiskalisch motivierte Politik liess sich jedoch nicht durchhalten. Von der Opposition seit längerem gedrängt, machte die Regierung im September 1994, unmittelbar vor der Bundestagswahl, daher das Zugeständnis eines «Vertriebenenzuwendungsgesetzes», das den meisten der in der DDR gebliebenen Vertriebenen zwar keinen Lastenausgleich, aber eine einmalige Pauschalzahlung von 4'000 DM bescherte. Innerhalb der einjährigen Antragsfrist wurden rund 1,4 Millionen Anträge gestellt. Grundsätzlich von dieser Leistung ausgeschlossen blieben jene Vertriebenen, die Bodenreformland erhalten hatten, womit der Bundesgesetzgeber zugleich die Einbeziehung Vertriebenen in die sowjetzonale Bodenreform als «eine werthaltige Eingliederungsleistung» anerkannte.<sup>88</sup>

Nach über vierzig Jahren wieder das Riesengebirgslied singen zu dür-

fen, mag für den kosmopolitischen Westdeutschen pathetisch klingen, für die Vertriebenen in den neuen Bundesländern bedeutete es ein unerhörtes Glück. Nach 1990 wollten viele endlich wieder nach Breslau, Gablonz, Königsberg und Stettin. Sie wollten sprechen über ihr Schicksal, ihre Heimatgebiete. Dass man anerkennt, welches Leid ihnen zugefügt wurde, weil sie über ihr Schicksal schweigen mussten, ist von hoher Symbolkraft. Verdrängung, Tabuisierung und ideologische Verfälschung haben verhindert, dass die Vertriebenen in der DDR eine neue Heimat fanden. Die repressive Politik führte nur zum Rückzug in den privaten Raum.

Nach 1989 zeigte sich, dass das lange verdrängte, verschwiegene und verfernte Erbe der Vertriebenen nur ein Ventil gesucht hatte. Vierzig Jahre Zwangsassimilation hatten nicht gereicht, die Erinnerung an die alte Heimat auszulöschen: «Man muss die Gründungsversammlungen erlebt haben, um verstehen zu können, was in den Menschen vorging. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sangen sie das Riesengebirgslied öffentlich oder das ostpreussische 'Land der dunklen Wälder'. Dass sie dies gemeinsam und vor aller Welt tun konnten, war für viele unfassbar. Mit Tränen in den Augen, mancher krampfhaft schluchzend, durchlebten sie die erste Zusammenkunft»,<sup>89</sup> sagte Bernhard Fisch, nach 1990 Gründungsmitglied des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Thüringen, zum ersten Wiedersehen der Vertriebenen in den neuen Bundesländern. Erst nach vierzig Jahren totalem Schweigen durften Sudetendeutsche, Ostpreussen, Schlesier und Pommern auch in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg über ihr Heimweh sprechen.

# «Mit den Vertriebenen kam Kirche»

## Kirchen und Frömmigkeit

### Traditionstransfer aus dem Osten

Der evangelische Kirchenlieddichter Jochen Klepper, der im schlesischen Beuthen an der Oder geboren wurde, war ein Gegner des nationalsozialistischen Regimes und schied 1942 gemeinsam mit seiner jüdischen Ehefrau aus dem Leben. Sein wohl bekanntestes Kirchenlied «Die Nacht ist vorgedrungen» kündigt von einer christlichen Hoffnung, die Millionen seiner vertriebenen Landsleute nach 1945 in Leid und Not getragen hat: «Noch manche Nacht wird fallen auf Menschenleid und -schuld. Doch wandert nun mit allen, der Stern der Gotteshuld. Beglänzt von seinem Lichte, hält euch kein Dunkel mehr, von Gottes Angesichte kam euch die Rettung her.»

Die Ankunft der Vertriebenen im Westen sollte das konfessionelle Antlitz Deutschlands verändern wie seit Reformation und Dreissigjährigem Krieg nicht mehr. Es schlug die Stunde der Kirchen. Sie waren dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch nicht zum Opfer gefallen und verfügten über eine intakte Organisation sowie moralischen Kredit bei den Siegermächten. Für die Vertriebenen war ihre Handlungsfähigkeit enorm wichtig, weil das für alle Besatzungszonen geltende Koalitionsverbot nur unter dem Dach kirchlicher Gemeinschaften unterlaufen werden konnte. Ganze Landeskirchen und Bistümer im deutschen Osten waren nicht mehr existent, ihre Gläubigen vertrieben oder in Lagern der osteuropäischen Staaten eingesperrt. Keiner wusste, wie die Kirchen diese Herausforderung bewältigen sollten, zumal seelsorgerische Initiativen, welche die Integration der Vertriebenen hätten fördern können, zunächst zurückstehen mussten hinter dem Bemühen, für Nahrung, Obdach und Kleidung zu sorgen.

Bereits 1945 nahmen die beiden grossen Kirchen eine Arbeit auf, die bis heute nicht abgeschlossen ist: Sie richteten den Kirchlichen Suchdienst ein. Begonnen hatte alles mit Meldeköpfen, etwa beim Passauer Caritas-

Diözesanverband. Es entstanden Namenskarteien über vertriebene und vermisste Deutsche. Schliesslich erfolgte 1947 mit der Gründung von Heimatortskarteien die Umwandlung von Namens- in Ortskarteien bei den Caritasverbänden der Diözesen. Auch beim Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland gab es Ortskarteien, die bei den Hilfskomitees verwaltet wurden. Es lag auf der Hand, dass diese Karteien auf Dauer nicht nebeneinander bestehen konnten. Zunächst gab es siebzehn Heimatortskarteien und 1950 schliesslich insgesamt zwölf in der Trägerschaft der kirchlichen Verbände, vom Bund anerkannt und gefördert. Nach einer Neuordnung von 1980 gibt es heute nur noch sechs Heimatortskarteien. Nach Abschluss der opto-elektronischen Speicherung der Karteien im Jahr 1999 wurden sämtliche Karteikarten dem Lastenausgleichsarchiv des Bundesarchivs in Bayreuth übergeben. Ende 1999 waren 20'537'010 Personen auf entsprechenden Karteikarten erfasst.<sup>1</sup>

Oft kamen die Vertriebenen in weithin geschlossene Gebiete anderer Konfession, wo sie nicht nur als Vertriebene, sondern auch als Andersgläubige auf Vorurteile stiessen. Sie litten also sowohl unter dem Verlust ihres sozialen und materiellen Status als auch unter der konfessionellen Heimatlosigkeit, denn eine materielle und personelle kirchliche Infrastruktur fehlte beinahe völlig, insbesondere in den durch den Vertriebenenstrom entstehenden neuen Diasporagebieten. Die ersten Gottesdienste fanden in Lagern, Turnhallen und Gasthäusern statt. Sogenannte Rucksackpfarrer betreuten die Gläubigen unter armseligsten Bedingungen. In dieser Not setzten die beiden grossen Kirchen ein Zeichen praktischer Toleranz und stellten sich vielerorts wechselseitig ihre Gotteshäuser zur Verfügung. Das war angesichts der stark akzentuierten Bekenntnisgrenzen bemerkenswert. Dass diese Grenzen durchlässiger wurden, dazu haben die Vertriebenen ganz erheblich beigetragen. Einerseits haben sie die Auflösung der Einheit von Religion und Lebensverhältnissen sowie die Individualisierung in der Praktizierung des Glaubens beschleunigt. Andererseits bereicherten sie durch neue Frömmigkeitsformen das religiöse Brauchtum der Einheimischen, was dazu führte, dass das kirchlich-religiöse Leben eine tiefere Frömmigkeit erhielt und zugleich lebendiger wurde. Der starre Traditionalismus schwand, und die konfessionellen Abgrenzungen lösten sich auf. Diese religiöse Renaissance der Nachkriegszeit wurde durch die Vertriebenen angestossen.

Die Neubürger wirkten wie ein Ferment innerhalb der noch recht fest-

gefühten ländlichen Dorfgesellschaften, denn als Fremde stellten sie die heimischen Traditionen und kulturellen Konventionen in Frage. «Durch den Zuzug vieler Fremder, von denen manche auch katholisch sind, werden die alten Ordnungen oft angefochten in einer Weise, wie es vorher nicht üblich war», klagte das Preussisch Oldendorfer Presbyterium 1948. Zum ersten Mal in der nachreformatorischen Zeit Minden-Ravenbergs nahm der katholische Bevölkerungsanteil beträchtlich zu. In rein lutherischen Dörfern entstanden plötzlich katholische Gemeinden. Immerhin 19,5 Prozent der Vertriebenen waren nach dem Stand von 1950 Katholiken, die das Konfessionsverhältnis im westfälischen Kreis Lübbecke, das im Jahr 1939 noch 97,7 zu 1,4 Prozent zugunsten der Protestanten betragen hatte, auf 91,7 zu 7,1 Prozent im Jahr 1950 verschoben.<sup>2</sup>

Im April 1946 gelangte eine Gruppe von 300 Katholiken aus dem schlesischen Kreis Frankenstein auf die Nordseeinsel Borkum. Die meist katholischen Vertriebenen mochten aber nicht dort bleiben: «Klagebriefe kamen vor allem aus Ostfriesland. Die Leute können sich dort nur schlecht eingewöhnen. Viele ertragen die Stürme, das Klima nicht. Andere werden in der Heide 'trübsinnig'. Die 'weissen' Häuser, die Berge fehlen.»<sup>3</sup> Obwohl das in den Klagen nicht zum Ausdruck kommt, hatte gerade die Konfession erheblichen Einfluss darauf, ob Vertriebene in ihrem Aufnahmeort blieben. So sind aus dem katholisch geprägten Emsland sehr viel mehr evangelische Vertriebene wieder abgewandert als katholische. Die konfessionelle Andersartigkeit konnte Fremdheitserfahrungen massiv verstärken. Und selbst dort, wo Angehörige derselben Konfession aufeinandertrafen, konnte die bei Einheimischen wie Vertriebenen vorhandene gegenseitige soziale Abwehrhaltung durch eine beiderseits empfundene kirchliche Fremdheit verstärkt werden.

Von Mentalitäts- und regionalen Unterschieden abgesehen, hat der Umstand, dass die evangelischen Landeskirchen sich hinsichtlich Bekenntnisstand, Katechismus, Liturgie und Frömmigkeitskultur stark voneinander unterschieden, erheblich dazu beigetragen, dass man einander fremd war. Das zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit in den reformierten und konsensunierten, das heisst freiwillig der Evangelischen Kirche der Union beigetretenen Landeskirchen, in welche die evangelischen Vertriebenen, die meistens aus lutherischen Gemeinden (zwangs-)uniierter altpreussischer Provinzialkirchen stammten, nun kamen. Auch die Bekenntnisfrage – das gilt für alle Kirchen und Konfessionen – hatte nach den Verirrungen

und Verstrickungen der nationalsozialistischen Diktatur neues Gewicht erlangt. In der katholischen Kirche trafen zwar keine Bekenntnisunterschiede, aber andersartige Frömmigkeitsriten und liturgische Bräuche sowie höchst unterschiedliche kirchliche Mentalitäten aufeinander. Vertriebene, die aus volkskirchlich geprägten Strukturen stammten, drohten, wenn sie im Westen auf anscheinend unerschütterliche katholische Mehrheitsmilieus trafen, sozial wie religiös-kulturell in die Randständigkeit abzugleiten. Deshalb rief der aus seinem Amtssitz vertriebene Kapitelsvikar von Breslau, Ferdinand Piontek, im Juli 1946 seine früheren Diözesanen auf, sich in die neuen Verhältnisse einzufinden, die Gebräuche der aufnehmenden Gemeinden zu akzeptieren und sich den Wirtsleuten gegenüber dankbar zu erweisen.<sup>4</sup>

Die Vertriebenen sollten möglichst rasch in die bestehenden west- und mitteldeutschen Landeskirchen und Diözesen integriert werden. Ihren spezifischen kulturellen Traditionen gewährte man dabei nur wenig Raum. Die vertriebenen Gläubigen sollten unter keinen Umständen Sondergemeinschaften bilden, sondern in kurzer Zeit in der Bevölkerung des Aufnahmegebiets aufgehen. Auch im kirchlichen Bereich haftete dem Wort «Flüchtling» etwas Pejoratives an. Einheimische Gemeinden verhielten sich argwöhnisch, distanziert und ablehnend den «Fremden» gegenüber, deren oft emotionalere Frömmigkeit belächelt wurde. Dabei unterschätzte man gerade bei den Donauschwaben und Karpatendeutschen sowohl die prägende Wirkung des geschlossenen Gemeindelebens als auch ihre tiefe religiöse Verwurzelung. Diese religiösen Grundzüge der deutschen Bevölkerungsgruppen aus Südosteuropa erwiesen sich aber unter den widrigen Bedingungen der ersten Nachkriegsjahre als äusserst widerstandsfähig und damit auch als einflussreich.<sup>5</sup>

Durch Flucht, Evakuierung und Vertreibung waren die zum grössten Teil noch geschlossenen Dorfgemeinschaften aufgesplittert worden und damit ein wichtiger Halt im Leben der Gläubigen aus dem Osten verlorengegangen. Religiös unbehaust, resigniert und verbittert, klagten katholische Vertriebene im Landkreis Göppingen: «Wir sind arme Tropfen, nicht einmal gemeinsam beten und singen können wir, wie wir es zuhause gewöhnt waren.»<sup>6</sup> Heimatpfarrer haben viel dazu beigetragen, dass die Gemeindeglieder wieder zusammenfanden. Oft war schon die Gemeinschaft der Leidensgenossen tröstlich: «Ich fühle mich am besten am Sonntag in der Kirche (...). Dort komme ich mir wie zuhause vor, weil wir dort lauter Flüchtlinge sind»,<sup>7</sup> bekannte eine Frau aus der Batschka.



**Die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in den Ländern des Bundesgebietes 1939 und 1950 (in Prozent)<sup>8</sup>**

Land	evangelisch		katholisch		Vertriebene 1950	
	1939	1950	1939	1950	evangelisch	katholisch
Schleswig-Holstein	89,5	88,0	4,3	6,0	86,3	11,3
Hamburg	79,8	79,0	5,9	6,5	75,8	18,3
Niedersachsen	78,9	77,3	16,6	18,8	71,4	26,6
Bremen	84,1	84,9	8,9	8,9	74,6	21,6
Nordrhein-Westfalen	37,5	41,1	56,8	54,8	59,6	38,2
Hessen	69,3	64,3	26,0	32,2	34,0	63,8
Rheinland-Pfalz	39,6	40,8	58,0	57,7	53,1	45,5
Baden-Württemberg	52,0	50,7	45,1	47,1	36,2	62,4
Bayern	25,0	26,7	73,2	71,9	28,0	70,7
Bundesgebiet gesamt	49,6	51,2	45,8	45,2	53,0	45,2

Während 1939 in 94 Kreisen Westdeutschlands der Bevölkerungsanteil einer der beiden grossen Konfessionen bei mehr als 95 Prozent gelegen hatte, waren es 1950 nur noch acht Kreise, von denen sieben in Rheinland-Pfalz lagen, wo es bis dahin infolge des geringen Vertriebenenanteils kaum Veränderungen in der konfessionellen Struktur gegeben hatte. Nur der oberpfälzische Kreis Oberviechtach brachte es noch auf einen Anteil von mehr als 95 Prozent Katholiken, Kreise mit einem derart hohen Anteil evangelischer Christen gab es 1950 nicht mehr.<sup>9</sup>

In der Gemeinde Röding bei Cham kam es durch den Zuzug der Vertriebenen zu einem Anstieg der Evangelischen von 20 auf über 1'000. Am 13. Oktober 1945 wurde dort nach mehr als 300 Jahren der erste evangelische Gottesdienst gefeiert.<sup>10</sup> In Unterboihingen, heute ein Ortsteil von Wendlingen am Neckar und vor 1945 die einzige Gemeinde mit katholischer Mehrheit im schwäbischen Landkreis Nürtingen, sank der Katholikenanteil zwischen 1939 und 1987 von 64,9 auf 53,6 Prozent. Der Anteil der evangelischen Christen stieg hingegen – vor allem durch den Zuzug von Bessarabiendeutschen – von 26,9 auf 42 Prozent. Eine der vier Glocken der seit 1962 erbauten evangelischen Johanneskirche wurde von Vertriebenen gespendet. In der Übergabeurkunde hiess es: «Heute, am 23. Mai 1966, übergeben die in Wendlingen-Unterboihingen ansässigen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge der Kirchengemeinde eine Ges-Glocke für die neuerbaute evangelische Kirche. Inschriften: 'Ich will Frieden geben



Quinauer Wallfahrt, 1954

Durch den Strom der Vertriebenen veränderten sich die konfessionellen Verhältnisse in Deutschland radikal. Im überwiegend evangelischen nordhessischen Trutzhain und den Dörfern der Schwalm lebten vor 1945 nur etwa 850 Katholiken, nach der Vertreibung jedoch mehr als 10'000, vor allem aus dem böhmischen Komotau. In Anlehnung an die einstige Wallfahrt nach Quinau im böhmischen Erzgebirge riefen sie 1949/50 in Hessen eine Vertriebenenwallfahrt ins Leben, nämlich die Fusswallfahrt von Neukirchen nach Trutzhain. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs pilgern ehemalige Komotauer auch wieder in ihre alte Heimat zur Wallfahrt, und 2008 werden erstmals Pilger aus Tschechien nach Trutzhain

an dieser Stätte' (Haggai 2,9). «Gestiftet von den Heimatvertriebenen und Flüchtlingen aus Wendlingen-Unterboihingen im Jahr 1966.»<sup>11</sup>

In manchen Regionen hielten mit den Vertriebenen neue kirchliche Traditionen Einzug. Im nordhessischen Trutzhain und den Dörfern der Schwalm wurden viele Katholiken aus dem böhmischen Komotau ansässig. Ihre Barackenkirche wurde 1949 wie die Wallfahrtskirche bei Zuckmantel im nordmährischen Altvatergebirge Maria Hilf geweiht. Diese sudetendeutschen Katholiken begründeten in Anlehnung an die Wallfahrt nach Quinau im böhmischen Erzgebirge 1949/50 eine Vertriebenenwallfahrt. Die Quinauer Wallfahrt in Trutzhain ist die einzige Wallfahrt in Nordhessen, begründet von vertriebenen Katholiken. 2006 wurde der Pfarrverbund Maria Hilf Schwalmstadt (Altkreis Ziegenhain) errichtet.

Bis 1945 war Allendorf im oberhessischen Kreis Marburg ein rein katholisches Dorf. Im Jahr 1950 lebten dort 1487 Einheimische (40 Prozent), 1449 Vertriebene (39 Prozent), 221 Evakuierte (6 Prozent) sowie 558 seit 1938 Zugezogene (15 Prozent). Nach 1945 gestaltete sich das Verhältnis der wenigen Protestanten im Ort zu den katholischen Neubürgern entschieden freundlicher als zu den katholischen Altbürgern, da viele katholische Vertriebene grössere Duldsamkeit zeigten und offen bekannten, dass ihnen die Überbetonung des Konfessionellen zuwider sei. Für die meist sudetendeutschen Neubürger, die noch im habsburgischen Vielvölkerstaat aufgewachsen waren, hatten nationale Fragen ohnehin mehr Bedeutung als konfessionelle. Bei den alteingesessenen Allendorfern hingegen stand der konfessionelle Konflikt – eine Art lokaler Kulturkampf – im Vordergrund, wozu ein Vertriebener bemerkte: «Ihr seid rückständig. Bei Euch ist es noch wie im Mittelalter, Ihr habt ja noch immer Religionskrieg!» Die Toleranz der katholischen Neubürger werteten die einheimischen Katholiken als eine ihren Glauben bedrohende Gefahr. In die konfessionellen Spannungen wurden auch Kreise hineingezogen, die an dem Konflikt eigentlich gar kein Interesse zeigten. «Der Protestant gelangte vielfach in eine Gegenstellung zum Katholiken nicht etwa, weil er etwas gegen den Katholiken hätte, sondern gegen den, der ihn fragt: 'Was bist du, Protestant oder Katholik?」<sup>12</sup>

In seinem Tätigkeitsbericht vom 5. März 1946 beschreibt der erste evangelische Flüchtlingspfarrer im emsländischen Lingen, Superintendent Kurth aus Ostpreussen, was die Einheimischen unternehmen, um die andersgläubigen Fremden zu bekehren: «(...) häufig wird versucht, die Glie-

der unserer Gemeinden zum Besuch katholischer Gottesdienste zu veranlassen; vor allem die Kinder werden von den Bauernfamilien, bei denen sie untergebracht sind, in Gottesdienste und zu Stundengebeten mitgenommen, ja sogar im Einzelnen zur Teilnahme an der Kommunion und zum Kreuzschlagen veranlasst. Wo sich Glieder unserer Gemeinden solchen Einflüssen entschieden widersetzen, müssen sie Beschimpfungen wie 'lutherische Ketzers 'Heiden', 'Gottlose' oder gar 'lutherische Schweine' hören. Leider sind das keine Einzellerscheinungen! Daneben steht die sehr viel weniger sichtbare, aber umso erfolgreichere stille Aktivität der katholischen Seite, die bis in die Arbeit der Behörden hineinwirkt. (...) Zuweilen kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Kräfte am Werk sind, die eine Art Gegenreformation hier im schwarzen Emslande ins Werk setzen wollen.»<sup>13</sup> Im katholischen Münsterland wandte sich der Pfarrer Gottfried Rohrs aus Altenberge am 19. Juli 1947 an das Evangelische Hilfswerk von Westfalen: «Besonders arg ist die Lage vieler jugendlicher Begabter, die für höhere Schulbildung keinerlei finanzielles Fundament besitzen. In nicht wenigen Fällen sind verlockende Unterstüzungen von Seiten der katholischen Kirchengemeinde in Aussicht gestellt worden, wenn diese mit Konversionsabsichten beantwortet würden. Die rein katholische Struktur des Münsterlandes ist eine besondere Gefahr für die in der Zerstreuung und besonderen Not lebenden Evangelischen.»<sup>14</sup>

Die Suche nach einer neuen Heimat war im kirchlichen Bereich nicht weniger schwierig als im ausserkirchlichen. Die andere Liturgie, die unbekanntes Lieder, der Altarschmuck sowie die Bewegungen des Pfarrers, das alles vermittelte den Vertriebenen das Gefühl, auch hier Fremde zu sein. Beide Grosskirchen reagierten abweisend, wenn die Vertriebenen – ob Protestanten oder Katholiken – versuchten, ihre eigenen religiösen Traditionen, die Sitten, Bräuche und vertrauten Formen ihrer Kirchlichkeit, einzubringen. So wirkten auch sie nicht nur auf die Integration der Vertriebenen hin, sondern faktisch auf ihre kirchliche Assimilation. Das konnte auch die Vertriebenenseelsorge nicht verhindern, aber sie half immerhin, den Heimatverlust sowie die Abneigung der Einheimischen zu verarbeiten und in der Gemeinschaft mit Leidensgenossen die heimatlichen Riten zu bewahren. Die Stimmung und die Seelenlage, in der die Heimatlosen sich damals befanden, spiegelt das von Pastor Christoph Wagner 1948/49 verfasste «Lied der Flüchtlinge» wider:



Hochzeitszug in der Vertriebenensiedlung Sankt Stephan, um 1950

Nur dort, wo Vertriebene aus derselben Gegend sich geschlossen niederlassen konnten, waren sie in der Lage, ihre Identität wenigstens teilweise zu bewahren. In der ungarndeutschen Siedlung Sankt Stephan, benannt nach dem Schutzpatron Ungarns, im südhessischen Griesheim lebte man noch lange Zeit nach den Sitten und Bräuchen der alten Heimat. Die Kleider der Frauen werden mit zunehmendem Alter immer schlichter in den Farben, bis sie schliesslich ganz schwarz sind, aber die Stoffe bleiben schön gewebt, die Röcke weit und schwingend. Verheiratete Frauen bedeckten ihren Haarknoten mit einem Kopftuch, damit, so sagt man, die bösen Hausgeister nicht in ihren Haaren nisten können. Gerade im süddeutschen Raum, von wo Jahrhunderte zuvor die Schwaben auf den Ulmer Schachteln die Donau hinunter nach Ungarn aufbrachen, sah man nach dem Krieg am Sonntag die ungarndeutschen Grossmütter in ihrer schwarzen Tracht gemeinsam in die Kirche gehen.

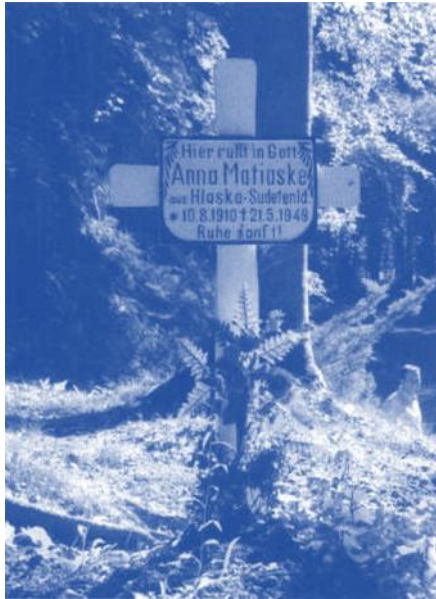
Wir sind ein Volk vom Strom der Zeit,  
gespült an's Erdeneiland,  
voll Kummer und voll Herzeleid,  
bis heim uns holt der Heiland.  
Ein Vaterhaus ist immer nah  
Wie wechselnd auch die Lose.  
Es ist das Kreuz von Golgatha –  
*Heimat für Heimatlose.*<sup>15</sup>

### Evangelische Vertriebene

Auch die Kirchen sind vertrieben worden. In einer Resolution an die Evangelische Kirche in Deutschland erklärten vertriebene pommersche Pfarrer 1946: «Die Gemeindeglieder der pommerschen Kirche kommen aus ihrer verlorenen Heimat mit leeren Händen und verwundeten Herzen, aber auch mit einem in Trübsaisgut erworbenen Schatz herrlicher Glaubenserfahrungen und altbewährtem Reichtum kirchlichen Lebens und kirchlicher Sitte. Sie klopfen an die Türen der Gemeinden und Kirchenleitungen im Westen, um Gesinnung und Tat christlicher Liebe zu erbitten, aber auch um Zeugnis abzulegen von dem lebendigen Gott und seiner Gnade, die ihnen 'bis hierher geholfen hat. Gott hat eine einzigartige Begegnung zwischen den Gliedern der östlichen und westlichen Kirchen bewirkt.»<sup>16</sup>

Die evangelischen Kirchen im Osten zeichneten sich durch eine besondere Vielfalt aus; sie umfassten die ehrwürdige evangelische Universität Königsberg, die Traditionen der schlesischen und ostpreussischen Kirchenlieder, das pietistische Erbe Hinterpommerns, die zahlreichen Frömmigkeitstraditionen der Gemeinschaftsbewegung, der Gebetsvereine und Bruderkreise. Das Liedgut ist bis heute in hohem Masse von Verfassern geprägt, die im Osten Deutschlands lebten: dem Königsberger Reformator Herzog Albrecht («Was mein Gott will, das gescheh allzeit») und Hans Kugelmann («Nun lob, mein Seel, den Herren, was in mir ist, den Namen sein»), der Gruppe um Simon Dach – dem «Königsberger Dichterkreis» –, also Georg Weissel («Macht hoch die Tür, die Tor macht weit»), Valentin Thilo («Mit Ernst, o Menschenkinder, das Herz in euch bestellt») sowie Heinrich Albert («Gott des Himmels und der Erden»).

Auch Schlesien, und dabei insbesondere die Vertreter des schlesischen Frühbarock, ist unter den Kirchenlieddichtern prominent vertreten:



Grabstätte einer Sudetendeutschen auf dem Friedhof in Sellin auf Rügen

Auf vielen Friedhöfen erinnern Grabsteine an die Herkunftsorte der Vertriebenen. Die Inschriften zeugen von der Verbundenheit zur alten Heimat über den Tod hinaus. In den ersten Nachkriegsjahren starben viele Vertriebene an Heimweh. Auf der Insel Rügen fanden sich Tausende Sudetendeutsche wieder, die sich nach den lieblichen Bergen und Barockkirchen, nach den böhmischen Gerichten und den katholischen Wallfahrten ihrer Heimat sehnten. Sie waren nicht empfänglich für die Schönheiten des Nordens und konnten hier keine neue Heimat finden. Das schlichte, helle Holzkreuz wirkt wohltuend tröstlich und heiter und immer noch fremd zwischen all den schweren, dunklen Grabsteinen.

Das Lied «'Mir nach', spricht Christus, unser Held» stammt von keinem Geringeren als Johann Scheffler alias Angelus Silesius, und «Die Herrlichkeit der Erden muss Rauch und Asche werden» von Andreas Gryphius aus Glogau. Benjamin Schmolck, geboren 1672 im schlesischen Brauchitschdorf und schon als Student ein gekrönter Dichter, war seit 1702 als Pfarrer an der Friedenskirche in Schweidnitz tätig und Mitglied einer dem Pietismus fernstehenden Gruppe. Aus seiner Feder stammt das Lied:

Tut mir auf die schöne Pforte,  
führt in Gottes Haus mich ein,  
ach, wie wird an diesem Orte  
meine Seele fröhlich sein!  
Hier ist Gottes Angesicht,  
hier ist lauter Trost und Licht.

Während der Gegenreformation, als die Christenheit tief gespalten war, verfasste Valerius Herberger das Kirchenlied «Valet will ich dir geben», das der 1584 in Fraustadt geborene Melchior Teschner mit einer Melodie versah. Der 1562 ebenfalls im schlesischen Fraustadt geborene Herberger war später Pfarrer an St. Marien in seiner Vaterstadt. Als die Kirche von den Katholiken in Besitz genommen wurde, baute er eine Notkirche, das «Kripplein Christi». Was er damals empfunden hatte, das empfanden jetzt auch viele Vertriebene:

Valet will ich dir geben,  
du arge, falsche Welt;  
dein sündlich böses Leben  
durchaus mir nicht gefällt.  
Im Himmel ist gut wohnen,  
hinauf steht mein Begier,  
da wird Gott herrlich lohnen  
dem, der ihm dient allhier.

Rat mir nach deinem Herzen,  
o Jesu, Gottes Sohn.  
Soll ich ja dulden Schmerzen,  
hilf mir, Herr Christ, davon;  
verkürz mir alles Leiden,  
stärk meinen schwachen Mut,  
lass mich selig abscheiden,  
setz mich in dein Erbgut.



Formal lag die seelsorgerische Betreuung der Vertriebenen nach den Bestimmungen des Kirchenrechts zunächst bei den an ihren Zuweisungs- und Aufenthaltsorten tätigen Pfarrern. Die grosse Frage war jedoch, ob man dort neue Flüchtlingsgemeinden oder Territorialgemeinden bilden sollte. Gegen Territorialgemeinden sprachen sich viele vertriebene Pfarrer aus. Sie forderten für die Flüchtlinge eigene Gemeinden, da sie nur dort ihre Identität bewahren konnten. Das führte zu massiven Konflikten mit den ansässigen Landeskirchen, die Parallelstrukturen fürchteten und den religiösen Frieden gefährdet sahen. Doch viele ostdeutsche Pfarrer, allen voran die Pommern, beharrten darauf, eigenständig zu bleiben: «‘Eingliederung’ bedeutet für die Westkirchen die Wahrung aller eigenen Rechte und Gebräuche, für die Ostflüchtlinge den Verzicht auf ihre Eigenart, das Vergessen ihrer Glaubenserfahrungen, den Verlust ihrer Kirche, zuletzt das Absinken in die Gleichgültigkeit gegenüber dem Ruf des Herrn. Wir weisen warnend hin auf die schon jetzt erkennbaren Folgen solcher ‘Eingliederung’, auf die Neigung zur Sektiererei, auf den zunehmenden Pharisäismus, auf die Flucht in die volle Diesseitigkeit, auf den Absturz in den Nihilismus. Die Begegnung zwischen Ost und West darf nicht zur ‘Eingliederung’ führen, sondern muss eine sich immer mehr vertiefende Lebensgemeinschaft werden wie die von zwei Eheleuten, von denen jeder das Seine mitbringt und sich selber ganz schenkt, auf dass ein Neues werde. Die Ostflüchtlinge sind wohl die ‘Armen, könnten aber auch die sein, die da viele reich machen.»<sup>17</sup>

Zunächst aber musste die materielle Not behoben werden. Auf der Konferenz der evangelischen Kirchenführer Deutschlands, die vom 27. bis 31. August 1945 im hessischen Treysa zusammenkamen, wurde für ganz Deutschland die Gründung eines Evangelischen Hilfswerkes beschlossen. Gleichzeitig rief die EKD explizit zur Gründung von Hilfskomitees auf mit dem Ergebnis, dass 1946 binnen wenigen Wochen 18 landsmannschaftliche Hilfskomitees entstanden, unter anderen der evangelisch-lutherischen Kirche aus Bessarabien, der Evangelischen aus Danzig-Westpreussen, der Galiziendeutschen, der Evangelischen Kirche aus Jugoslawien, der Gemeinschaft evangelischer Schlesier sowie der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen. Sie vertraten zusammen mit dem «Ostkirchenausschuss» die Kirchen und kirchlichen Traditionen ihrer Herkunftsgebiete. Es ist den kirchlichen Vertriebenenorganisationen jedoch nicht gelungen, langfristig kirchenrechtlich eigenständige Strukturen innerhalb der EKD aufzubauen.

## Im Durchgangslager

Zeichnung: G. Heinrich



*«Allmählich wird ja die Überfremdung beängstigend, Fräulein Müller – wieder lauter Protestanten unter den Neuzugängen heute.»*

Karikatur von G. Heinrich, *Simplicissimus*, Heft 5 (1958)

Durch den Zustrom Andersgläubiger sahen vielerorts die Einheimischen ihre religiöse und kulturelle Identität gefährdet, konfessionelle Vorurteile erhielten neue Nahrung. Vertriebene machten daher nicht nur die Erfahrung, als Fremde ausgegrenzt zu sein, sondern häufig auch als Angehörige einer anderen Konfession. Langfristig haben sie mit ihrer tiefen Frömmigkeit gerade in den religionsferneren Gegenden Norddeutschlands dem kirchlichen Leben neue Impulse gegeben.

Das Hilfswerk der EKD unterhielt ein über alle Landeskirchen und damit alle vier Besatzungszonen gespanntes Netz von Einrichtungen und Verteilungslagern und verwaltete den grössten Teil der aus dem Ausland eingehenden Bar- und Sachspenden. Doch die gewaltige Zahl der Neuankömmlinge überforderte die vorhandenen Kräfte, so dass man in der Vertriebenen-seelsorge auf die vertriebenen Pfarrer zurückgriff, die ihre Gemeindeglieder auf dem Treck oder in den Viehwaggons der Vertriebenen züge begleitet hatten, sofern diese in den neuen kirchlichen Strukturen wieder in ein geistliches Amt eingesetzt werden konnten. Teilweise mussten sie Jahre auf ihre Wiedereinführung warten, weil die Kirchenverwaltung Flüchtlingspfarrern die Einweisung in vakante Pfarrstellen verwehren musste, wenn die ursprünglichen Stelleninhaber noch in Kriegsgefangenschaft vermutet wurden oder als verschollen galten.

Die tiefe und lebendige Frömmigkeit der Vertriebenen wirkte sich auf die Gemeinden im Westen erfrischend aus. Die Konfrontation mit Millionen Vertriebenen, die aus ihren sozialen und kirchlichen Bindungen herausgerissen worden waren und zunächst ausserhalb des Lebens der aufnehmenden Gemeinden standen, bescherte den Kirchen einen aussergewöhnlichen volksmissionarischen Aufbruch zu neuen Formen kirchlicher Arbeit jenseits des traditionellen Gemeindelebens und der ausgetretenen Pfade des Traditionschristentums. Die Heimatlosigkeit von Millionen einzelner Gemeindeglieder und die Auslöschung bedeutender evangelischer Landeskirchen konfrontierten die Kirchen und Gemeinden im Westen mit einem Teil ihrer eigenen Geschichte.<sup>18</sup>

Die Vertriebenen kamen aus Kernlanden der Reformation, aus Schlesien, Pommern und Ostpreussen. Sie entstammten fast immer lutherischen Traditionen, sahen sich aber in Ostfriesland oder im Rheinland häufig mit der reformierten Liturgie konfrontiert. Nach der Volkszählung von 1961 sind im Raum der Rheinischen Kirche 710 193 Vertriebene und 431 049 Flüchtlinge aus der SBZ aufgenommen worden, also mehr als eine Million neue Gemeindeglieder. Bei einer Gesamtseelenzahl von 3,18 Millionen stellten die Vertriebenen knapp ein Drittel. Damit hat die Rheinische Kirche von allen evangelischen Landeskirchen den grössten Vertriebenenanteil aufgenommen. Innerhalb von 15 Jahren ist sie von 2,2 auf 4,1 Millionen Mitglieder (1964) gewachsen. Das Verhältnis der Konfessionen hat das wesentlich verändert: Die Zahl der evangelischen Christen nahm um 4 Prozent zu, die der katholischen um 4 Prozent ab.<sup>19</sup>

Nicht nur die Menschen wurden infolge des Zweiten Weltkriegs ihrer Heimat beraubt, «auch die Kirchen sind mit vertrieben worden»,<sup>20</sup> also kirchliche Konvente, Ordensgemeinschaften und diakonische Einrichtungen. So befindet sich heute das «Königsberger Diakonissen-Mutterhaus der Barmherzigkeit auf Altenberg» in Wetzlar, das «Mutterhaus Bethanien Lötzen» in Quakenbrück sowie die einst im pommerschen Köslin beheimatete «Schwesternschaft Salem-Köslin» im westfälischen Minden.

Ostfriesland, vor allem der Regierungsbezirk Aurich, war traditionell reformiert. Zwar hatten die Lutheraner die Reformierten bereits im 19. Jahrhundert zahlenmässig überholt, doch es bestand für diese aus überkommener Tradition Gemeindepflicht bei den Reformierten, wenn sie keine eigene Gemeinde hatten. Erst der Zuzug der weitgehend lutherischen Vertriebenen veränderte die konfessionellen Kräfte in Ostfriesland endgültig zugunsten der Lutheraner. Im einst reformierten Regierungsbezirk Aurich wurde nach der Volkszählung von 1950 ein Anteil von 66,6 Prozent (256'000) Lutheranern gegenüber 20,7 Prozent (90'000) Reformierten ermittelt.<sup>21</sup>

Im katholischen Münsterland entstanden die ersten evangelischen Gemeinden. Im Jahr 1939 registrierte man im Landkreis Münster 94 Prozent Katholiken und 5 Prozent Evangelische, 1946 war das Verhältnis 87 zu 12 und 1961 sogar 83 zu 16 Prozent. In der Stadt Münster selbst hatte das Verhältnis 1937 noch 76 zu 22 Prozent, 1950 dann 73 zu 24 und 1961 schliesslich 68 zu 29 Prozent betragen, also gut zwei Drittel zu einem Drittel.<sup>22</sup>

Der erste Kirchenneubau in der evangelischen Kirchengemeinde Münster, das Sankt-Michael-Haus, wurde 1951 ausserhalb der Stadtgrenzen in Havixbeck errichtet. Es folgten unter anderen die Friedenskirche Angelmodde/Gremmendorf (1952) und die nach den schlesischen Gnadenkirchen benannte Kirche in Albersloh (1956).<sup>23</sup> Die evangelische Gemeinde Rhede entstand nach der Ankunft der Vertriebenen in der münsterländischen Gemeinde. Diese stammten fast alle – was eine Besonderheit darstellt – aus dem schlesischen Ort Giesmannsdorf im Kreis Jauer. Der Giesmannsdorfer Pfarrer Tassilo Fehse konnte mit vielen ehemaligen Gemeindemitgliedern seine Kirche im Westen wieder- beziehungsweise neu begründen und stand ihr von 1947 bis 1957 vor.

Nach 1945 lebten in Düsseldorf 150'000 Einwohner mehr als 1939. In den 1950er Jahren entstanden zehn neue evangelische Kirchen, in den 1960er Jahren noch einmal 16. Die evangelische Gemeinde Oestrich-Win-

kel im Rheingau-Kreis feierte 1987 ihr dreissigjähriges Bestehen. Ihre Gründung war ganz allein darauf zurückzuführen, dass sich nach dem Krieg so viele evangelische Vertriebene dort niedergelassen hatten: «Die Zahl verdoppelte sich nach 1945, als Flüchtlinge und Umsiedler in den Rheingau kamen; vor allem aus Schlesien, Ostpreussen, Pommern, dem Balkan und besonders aus Asch im Sudetenland sowie aus dem Weinanbaugebiet um Pressburg an der Donau. 1954 waren etwa 1'400 Evangelische in der Kartei des Pfarrers verzeichnet.»<sup>24</sup>

Die vertriebenen Protestanten nahmen besonders regen Anteil am Gemeindeleben; sie waren in den Presbyterien im Kirchenkreis Münster stark vertreten, 1960 zählte man unter den Presbytern 53,6 Prozent Vertriebene und 46,4 Prozent Einheimische, während das Verhältnis von Vertriebenen zu Einheimischen bei den Gemeindegliedern 45,9 zu 54,1 Prozent betrug.<sup>25</sup> Es gab jedoch gravierende Unterschiede in Bezug auf die Einbindung Vertriebener in das kirchliche Leben. In Lübeck öffnete sich die Landeskirche viel stärker als in Bremen und Hamburg. 1955 waren in Lübeck 65 von 240 Kirchenvorstehern Vertriebene, was einem Anteil von 27,1 Prozent entsprach, der bis 1961 auf 34,7 Prozent stieg. In Bremen lag ihr Anteil 1955 dagegen nur bei 4,2 und in Hamburg bei 4,7 Prozent. Der Anteil der vertriebenen Gemeindeglieder betrug dagegen in Lübeck 29 Prozent, in Bremen 7, und in Hamburg 7,3 Prozent.<sup>26</sup>

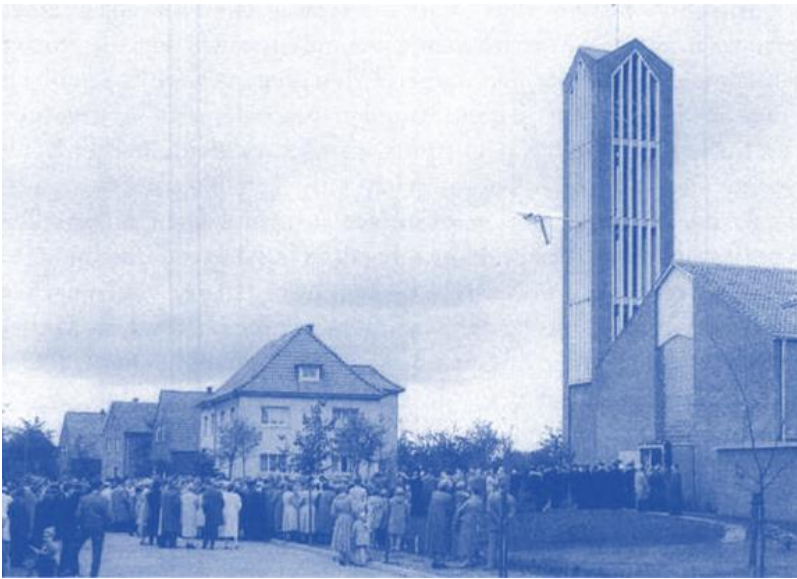
In der Evangelischen Kirche im Rheinland waren 1961 von den 7'127 Presbytern 6'004 Einheimische und 1'133 Vertriebene. Bonn lag an erster Stelle mit 180 einheimischen und 108 vertriebenen Presbytern, in Köln waren es 290 zu 154, in Düsseldorf 315 zu 61, in Oberhausen 139 zu 11, in Duisburg 290 zu 23 und in Kleve 91 zu 54.<sup>27</sup>

Auch die evangelischen Freikirchen erlebten mit dem Zuzug der Vertriebenen eine neue Blüte. Nach 1945 entstanden Mennonitengemeinden in Backnang, Bechterdissen bei Bielefeld, Enkenbach/ Pfalz, Espelkamp, Lübeck, Neuwied und im holsteinischen Wedel. Im Landkreis Grafschaft Bentheim wurde im Bourtanger Moor ein Barackenlager errichtet, in dem lutherische Vertriebene unterkamen. Aus diesem Barackenlager gingen neue Vertriebenensiedlungen hervor: Neugnadenfeld wurde 1946 in dem ehemaligen Barackenlager für russische Kriegsgefangene Alexisdorf gegründet. Die niedersächsische Landesregierung stellte auf Betreiben führender Mitglieder der Herrnhuter Brüdergemeine das Lager dieser evangelischen Freikirche als Sammlungsort für ihre durch die Kriegswirren ver-

streuten Mitglieder zur Verfügung, so dass die Bewohner der Siedlung fast eine homogene Gruppe bildeten. Die meisten – etwa 60 Prozent – kamen aus dem mittelpolnischen Leonberg bei Kutno, weitere 10 Prozent aus deutschen Kolonien in der Nähe von Plock an der Weichsel, der Rest aus Westpreussen, Ostpreussen, Posen, Pommern und Schlesien.<sup>28</sup>

Die lutherische Gemeinde im Landkreis Lingen wuchs um mehr als das Fünffache, und zwar von 3'300 (davon 3'200 in der Stadt Lingen) im Jahr 1939 auf etwa 16'000 Seelen im Jahr 1946.<sup>29</sup> Einem Bericht des Superintendenten Kurth vom 5. März 1946 an das Landeskirchenamt ist zu entnehmen, wie schwierig es war, alle diese Gläubigen seelsorgerisch zu versorgen: «Die weite Ausdehnung des Bezirks und die Notwendigkeit, sonntäglich (zu zwei Mann) im Durchschnitt sechs bis sieben Gottesdienste in Aussendörfern zu halten, erfordern die regelmässige Benutzung von Kraftwagen. Infolge der vielen Brückenzerstörungen müssen zu einzelnen Dörfern hin und zurück bis zu 130 km zurückgelegt werden. – Aber eine Notwendigkeit ergibt sich für die luth. Kinder im Emsland: die besten und aktivsten Kräfte müssen in genügender Anzahl hierhergeschickt werden. Unseren Gemeindegliedern muss hier mehr noch als in rein ev. Gebieten jede Möglichkeit zur geistlichen Versorgung gegeben werden. Hier muss nach dem Wort gehandelt werden: «lasset das Wort Christi reichlich unter euch wohnen!» –, so reich und vielfältig es nur irgend geht.»<sup>30</sup>

Im Februar 1950 zählte man im evangelischen Stadtbezirk Lingen 6'351 Protestanten, davon 3'166 Vertriebene, und in der Gesamtgemeinde Lingen mit ländlicher Umgebung 10'154 Protestanten, davon 6'733 Vertriebene. Darüber hinaus befanden sich noch beinahe 3'000 lutherische Vertriebene unter der Verwaltung der reformierten Kirchengemeinde im Kreis. Insgesamt betrug 1950 die Zahl der Evangelischen im Kreis Lingen 3'000 Lutheraner unter reformierter Verwaltung, 10'154 Lutheraner und 3'109 einheimische Reformierte, also insgesamt 16'263 Protestanten bei 68 048 Einwohnern im Landkreis.<sup>31</sup> Die Lutheraner stellten bei Weitem die Mehrheit, und diejenigen unter ihnen, die der reformierten Verwaltung unterstanden, drangen zunehmend auf ihren eigenen Ritus. Superintendent Kurth äusserte am 14. Oktober 1946 bei einer Visitation: Es «wird in stärkerem Umfang das Verlangen nach lutherischen Abendmahlsfeiern aus allen Dörfern laut, die von reformierten Gemeinden versorgt werden. Ebenso findet die aller liturgischen Gestaltung bare Gottesdienstordnung der Reformierten immer stärkere Ablehnung.»<sup>32</sup>



Einweihung der Johannes-Kirche in Lingen an der Ems, 19. Oktober 1958

Im katholischen Emsland hatten es die vertriebenen Protestanten zunächst sehr schwer, und es gelang ihnen nur allmählich, dort Fuss zu fassen. Sichtbarer Ausdruck dafür war die Gründung evangelischer Kirchengemeinden, ein geradezu unerhörter Vorgang im katholischen Emsland. In den ersten fünf, um 1950 entstehenden Gemeinden wurden Holzkirchen errichtet, für die der Architekt Otto Bartning im Auftrag der Kirchenleitungen einen Prototyp entwickelte, der schnell aufzubauen und auch zu versetzen war. Später wurden steinerne Gotteshäuser in Lingen-Trinitatis (1955), Holthausen-Biene (1957), Lingen-Johannes (1958), Salzbergen (1960), Spelle (1965), Brögbern (1972) und Lohne (1985) hinzu.

Ein ähnlicher Konflikt ist aus dem rheinischen Rheydt überliefert, wo eine eigene Vertriebenengemeinde entstand. Weil die dortige reformierte Gemeinde sich weigerte, den Neuankömmlingen in der Frage der Gottesdienstgestaltung und insbesondere der Verwendung von Luthers Kleinem Katechismus anstelle des Heidelberger Katechismus im Konfirmandenunterricht entgegenzukommen, organisierten die Vertriebenen eigene Gottesdienste und einen lutherischen Konfirmandenunterricht. Faktisch gab es in Rheydt nun eine selbständige evangelisch-lutherische Gemeinde neben der einheimischen reformierten. Die Leitung der Rheinischen Kirche bot sich als Mittler an und erreichte einige Zugeständnisse seitens der einheimischen Gemeinde. Der Kompromiss wurde unter zornigen Wortmeldungen von beiden Seiten erst 1955 – zehn Jahre nach Kriegsende – erreicht. Der Prozess der Integration im kirchlichen Bereich schritt zumindest in Rheydt äusserst langsam voran.<sup>33</sup>

Für die Weihnachtsgottesdienste 1945 vereinbarten die beiden Rügener Superintendenten Lucas und Daerr ein gemeinsames Wort an die Gemeindeglieder und «die grossen Scharen der Neuzugezogenen». Viele «sind seit dem vorigen Weihnachten in der alten Heimat durch viel Not und Verlieren gegangen. Entbehrungen und Demütigungen haben nicht gefehlt. Das Weihnachten dieses Jahres mahnt: Lasst euch nicht überwältigen von Wehmut und Bitterkeit, sondern stark machen durch den, der arm wurde, auf dass wir durch seine Armut reich würden, und der heimatlos über diese Erde ging, um uns die ewige Heimat zu schaffen.» Mitmenschliches Handeln der Gemeinde an den Vertriebenen wurde gepredigt: «Schenkt uns und unseren Gemeinden den Geist Eurer Heimat und seid gewiss, dass wir Euch gern beherbergen, euch unsere Herzen und Häuser auf tun, um euch in eurer notvollen Gegenwart helfenden Dienst zu tun.»<sup>34</sup>

Dass es auch anders ging, bewiesen die Umsiedler aus Bessarabien. Karl Rüb, der eine grosse Gruppe Bessarabiendeutscher in den Westen führte, ermahnte seine Landsleute nach der Ankunft zu Selbstdisziplin und Zurückhaltung im Auftreten, Bescheidenheit und Aufrichtigkeit, Mässigung und Dankbarkeit. Seine Ermahnungen kleidete er in eine eigentümliche, biblisch-pastorale Sprache: «Seid fleissig, arbeitsam, sauber im Denken und Handeln, meidet Intrigen, jaget dem Frieden nach. Im Verkehr mit Bürgermeister, mit Pfarrherren, Beamten des Wirtschafts- und Ernährungsamtes bleibt ruhig und sachlich, traget euer Anliegen nicht als Forderung, sondern als Bitte vor; was man verspricht, soll man auch hal-



ten; lasst Kritik an Einrichtungen und Zuständen beiseite, ihr baut damit nicht auf, sondern reisst Steine von dem ohnehin morschen Gebäude ab. Verherrlicht nicht zu sehr das Leben in eurer Wahlheimat, vergesst nicht, dass ihr früher auch oft unzufrieden wäret wegen wirtschaftlichen, völkischen, organisatorischen Bedrängnissen. Pfl eget den Verkehr mit euren Landsleuten in persönlichen Besuchen und Briefwechsel. Jeder Landsmann ist ein Stück deiner Vergangenheit und damit deines inneren Lebens. Suche aber auch den Anschluss an die heimische Bevölkerung, befreunde dich mit einem lieben Menschen; 'Wer keinen Freund hat, ist immer freudlos!' Wichtig auch für die Erhaltung und den Aufbau eures inneren Menschen ist, dass ihr Besuche macht bei Nachbarn und Bekannten und Einladungen an diese ergehen lasst. Besucht Euren Ortspfarrer, er ist euch zusetan und kann nicht immer wissen, wo sich ein Flüchtling in seinem Bezirk aufhält. Er wird euch manchen Rat für euer inneres und äusserliches Wohlergehen geben können.»<sup>35</sup>

Auch die in der SBZ gelandeten Bessarabiendeutschen wirkten als religiöses Ferment. In den mecklenburgischen Dörfern, in denen sie angesiedelt wurden, war in dieser ansonsten zunehmend kirchenfernen Gegend eine religiöse Revitalisierung durch die bessarabiendeutschen Vertriebenen zu verzeichnen. Im Inspektionsbericht für die Kirchengemeinde Schwinkendorf hiess es 1947: «Im Übrigen ist von Tradition nicht mehr zu reden. Die Sonntagsgemeinde hat ein völlig neues Gesicht. Die Flüchtlinge bilden das Hauptkontingent, auch an den Festtagen.» Und weiter: «Wären wir auf die einheimische Bevölkerung angewiesen, wären die Gottesdienste einfach zum Erliegen gekommen.»<sup>36</sup>

Wie in Schwinkendorf haben in vielen Gegenden Norddeutschlands die Vertriebenen die Kirchengemeinden zu neuem Leben erweckt. Nicht selten empfanden sie und ihre Pfarrer dort aber «eine relative seelische Heimatlosigkeit», da die Glaubenstraditionen ihrer Heimatkirche nicht anerkannt wurden: «Wir wissen von Pfarrorten Norddeutschlands, wo im Gottesdienst 80, ja 90 Prozent Flüchtlinge sitzen, und wo die dortigen Geistlichen dankbar sind, endlich wieder eine Gemeinde vor sich zu haben. Aber diese Flüchtlinge, die dort das Leben tragen, werden gezwungen, sich nach dem fremden Ritus derer zu richten, die überhaupt nicht da sind.»<sup>37</sup>

Auf Rügen haben sich Vertriebene aus Hinterpommern nicht abhalten lassen, am Ostersonntag 1954 in Vilmnitz morgens um sechs Uhr auf dem Friedhof eine Auferstehungsfeier abzuhalten, an der hundert Gemeinde-

glieder teilnahmen. «Die wider Erwarten gute Teilnahme machte uns Mut, diese Osterfrühfeier-Auferstehungsfeier alle Jahre zu wiederholen», vermerkte Pfarrer Schwarz in der Pfarrchronik. Im folgenden Jahr wurde diese neu begründete Tradition von einem Informanten der SED-Kreisleitung beobachtet: «Vom Posaunenchor der Kirche der Gemeinde und dem Kirchenchor umrahmt, fand die Auferstehungsfeier statt. Die Grundlage der Predigt bildete das Osterevangelium, welche kurzgehalten war und auf den Freudentag des Osterfestes hinwies. Dieses Osterfest (Auferstehungsfest) wurde in Vilmnitz vom Pastor auf Veranlassung und Wunsch der Umsiedler aus Hinterpommern durchgeführt. Sie hätten es zu Hause immer durchgeführt, und es hätte ihnen hier gefehlt.»<sup>38</sup>

Die Tradition, die Auferstehungsfeier am Ostermorgen auf dem Friedhof zu feiern, konnten die hinterpommerschen Vertriebenen in ihre Aufnahmegemeinde Vilmnitz einbringen.<sup>39</sup> In der benachbarten Kirchengemeinde Zirkow fanden hinterpommersche Traditionen Eingang in die Liturgie. Zum Erntedankfest am 5. Oktober 1947 wurde der Opferumgang beim Abendmahl eingeführt. Drei Jahre nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft in seine Gemeinde Kasnevitz vermerkte 1949 Pfarrer Möller-Titel in der Pfarrchronik: «Die Gottesdienstbesucher sind z. grössten Teil die Flüchtlinge. Die einheimische Bevölkerung braucht keinen Herrgott. 'Tue recht, u. scheue niemand', ist ihr Grundsatz. Sünde, Busse, Gnade u. Bekehrung sind Vokabeln, die der Pfarrer sich ausgedacht hat, um die Leute zu verdummen. Es ist schwer an die Herzen heranzukommen.»<sup>40</sup>

Immer wieder stösst man auf Hinweise für die befruchtende Wirkung hinterpommerscher Frömmigkeitstraditionen auf das Gemeindeleben. So äusserte der geistliche Vizepräsident des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, Oskar Söhngen, auf der dritten Pommersche Nachkriegssynode am 18. Oktober 1948: «Der Teil Pommerns, der von Ihrer einst blühenden Kirche übriggeblieben ist, steht nicht in dem Ruf besonderer Kirchlichkeit. Es ist hier ein harter und steiniger Boden. Gewiss, Gott hat, wie es scheint, seine Pflugschar schon hier und da über den Acker gehe lassen, und die Flüchtlinge, die von Osten kommend, sich in Vorpommern angesiedelt haben, haben vielfach mit der Wunderkraft eines linden Frühjahrsregen auf die Gemeinden in Vorpommern gewirkt.»<sup>41</sup>

Die evangelische Kirche litt schon in der Weimarer Zeit unter verschiedenen Tendenzen der Entkirchlichung. Der Nationalsozialismus hat

diese Entwicklung noch forciert.<sup>42</sup> Nach dem Krieg war sowohl das Risiko ihres weiteren Niedergangs als auch die Chance zur Erneuerung gross. Die Vertriebenen konnten in die eine oder andere Richtung wirken. Sie erschienen oft kirchlich und religiös mehr gebunden als die Einheimischen: «Flüchtlinge sind von Haus gewohnt, den Pfarrer zum Sterbenden zu rufen, die Einheimischen nicht.» Vielfach trugen sie in ihre neuen Gemeinden stimulierende Impulse hinein. Namentlich Frauen, die unter den ungewohnten Belastungen selbständiger geworden waren, übernahmen Verantwortung und suchten das soziale Engagement in den örtlichen Gruppen des Deutschen Roten Kreuzes, der Evangelischen Frauenhilfe und des Evangelischen Hilfswerks. Wenn die Fremdheit überwunden war, profitierten alle: «Vielfach hat sich auch eine gegenseitige Befruchtung ergeben, wie in der Urgemeinde, von der die Apostelgeschichte berichtet: 'Die aber vertrieben waren, breiteten das Wort aus.'»<sup>43</sup>

Im Jahr 1940 gehörten der Kirchenprovinz Pommern der altpreussischen Union 1'734'060 Mitglieder an. Am 29. Dezember 1948 wurden an die Kommandantur 630'000 Mitglieder gemeldet. Die Kirchenprovinz hatte neben zwei Dritteln ihrer Mitglieder fast 75 Prozent ihres Kirchengebiets, ihren Konsistorialsitz Stettin, ihr Vermögen und alle wichtigen Dokumente verloren. Von den 51 Kirchenkreisen vor dem Krieg bestanden in der Restkirche nur noch 17.<sup>44</sup> Die pommersche Kirche hatte mit Hinterpommern ihr geistliches Zentrum verloren, mit dem sich die Identität des pommerschen Protestantismus verband, etwa mit dem pommerschen Reformator Johannes Bugenhagen in Treptow an der Rega und mit der Landeshauptstadt Stettin. Die Erinnerung daran aufzugeben war unmöglich, zumal die deutschen Gemeinden im polnisch verwalteten Pommern weiterhin zur Pommerschen Evangelischen Kirche gehörten. Diese bemühte sich um deren geistliche Versorgung mit Lesepredigten und Rundschreiben,<sup>45</sup> was bedeutete, dass die pommersche Kirche über kurz oder lang mit dem SED-Regime in Konflikt geraten musste.

1953 erzwang das SED-Regime die Änderung des preussischen Namens «Evangelische Kirche der Altpreussischen Union» (APU) in «Evangelische Kirche der Union» (EKU). Mit dieser Umbenennung der evangelischen Restkirchen in Pommern und Schlesien sollte ein Stück deutscher Geschichte in den Vertreibungsgebieten in der Versenkung verschwinden. Das betraf Reste der Evangelischen Kirche der Altpreussischen Union, Rumpfteile Schlesiens und Pommerns, die institutionell auf dem Gebiet der

SBZ/DDR überlebt hatten. Im schlesischen Fall gelang es noch im polnisch besetzten Breslau den Angehörigen der ehemals Bekennenden Kirche um den künftigen Landesbischof Ernst Hornig eine neue Kirchenleitung zu etablieren, die erst Ende 1946 zum Wechsel in die SBZ nach Görlitz genötigt wurde. Die «Evangelische Kirche von Schlesien» wurde zur «Evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebiets».

Von Anfang an wurde Druck auf die schlesischen und pommerschen Landeskirchen ausgeübt, ihre als revanchistisch gewerteten Bezüge auf einst deutsche Territorien aufzugeben. Die im Juni 1945 gegründete Pommersche Landeskirche unter Leitung von Landesbischof Karl von Scheven hatte sich von Anfang an nur für die Landesteile westlich der Oder zuständig erklärt. Sie hielt aber an ihrer jahrhundertealten pommerschen Identität fest und war nicht zu bewegen, den von der SED verordneten sachlich-kühlen Namen «Landeskirche Greifswald» anzunehmen. Erst im März 1968 beugte sich eine Sondersynode dem massiven Druck des Regimes.<sup>46</sup>

Anzeichen von Widerstand waren immer wieder einmal auszumachen, etwa wenn 1981 die Weihnachtskollekte für die Polenhilfe in mehreren Dörfern auf Rügen mit hohem Vertriebenenanteil äusserst gering ausfiel.<sup>47</sup> Nach der Wende wurde offenbar, dass es viele Nischen gegeben hatte, in denen Erinnerungen an die alte Heimat, ihre Traditionen und Besonderheiten bewahrt werden konnten. Dass es heute auf deutschem Boden wieder ein Schlesien und ein Vorpommern gibt, ist ein kleiner Triumph der Geschichte.

### **Katholische Vertriebene**

Am 30. Januar 1946 verkündeten die katholischen deutschen Bischöfe von den Kanzeln: «Wir katholischen Bischöfe können nicht länger schweigen zu dem furchtbaren Lose der mehr als 10 Millionen Ostdeutschen, (...). Die Austreibung ist mit furchtbarer Brutalität, unter Nichtachtung aller Menschlichkeit erfolgt. Auch nachdem der Hohe Kontrollrat die zwangsweisen Aussiedlungen abgestoppt hat, haben sie keineswegs aufgehört. (...) Die Weltöffentlichkeit schweigt zu dieser furchtbaren Tragödie. Es ist, als sei ein eiserner Vorhang vor diesem Teil Europas niedergelassen.»<sup>48</sup>

Angesichts des Zustroms von Millionen stand auch bei den Katholiken die materielle Hilfe anfangs im Vordergrund, die über den Deutschen

Caritasverband und die Kirchliche Hilfsstelle in Frankfurt am Main und München lief. Der aus seinem Bistum Ermland vertriebene Bischof Maximilian Kaller wurde 1946 von Papst Pius XII. zum Päpstlichen Sonderbeauftragten für die heimatvertriebenen Deutschen ernannt und unter anderem mit der Erfassung, Verteilung und Betreuung der vertriebenen Priester wie auch mit der Sorge für den Priesternachwuchs betraut. Darüber hinaus wurden in den meisten Diözesen Vertriebenenseelsorger ernannt, die den Ortsbischof berieten. 1948 beriefen die Bischöfe in Westdeutschland zudem einen Katholischen Flüchtlingsbeirat, dessen erster Präsident der spätere Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek wurde. Nahezu gleichzeitig schlossen sich katholische Hilfsorganisationen zu einer Arbeitsgemeinschaft für katholische Flüchtlingshilfe zusammen.

In Königstein im Taunus pachtete die Kirchliche Hilfsstelle im Juli 1946 ein Kasernengelände. Im August begann dort der Aufbau einer philosophisch-theologischen Hochschule und weiterer kirchlicher Einrichtungen, darunter auch ein Gymnasium mit Internat. Die Königsteiner Anstalten entwickelten sich zum wichtigsten religiösen Zentrum der vertriebenen Katholiken. Bischof Maximilian Kaller nahm hier als Vertriebenenbischof seinen Sitz. Bald wurden die Königsteiner Marienwallfahrten der Sudetendeutschen zur «Mutter der Vertriebenen», einer 1952 geweihten Schutzmantelmadonna, aufgenommen. 1957 stifteten dann die Schlesier den Anna-Altar, in dessen Zentrum die heilige Anna mit Maria und Jesuskind steht, eine Nachbildung der Anna Selbdritt vom oberschlesischen Annaberg: In Königstein trafen auch sie fortan alljährlich bei der Annaberg-Wallfahrt zusammen.<sup>49</sup>

Aufgrund des apostolischen Sukzessionsprinzips hielt die katholische Kirche an der ostdeutschen Diözesanstruktur fest, was die vertriebenen Ostpriester in eine schwierige Lage brachte. Rechtlich blieben sie ihren Heimatgemeinden verhaftet, aus denen sie vertrieben worden waren. Auch die Gläubigen waren kirchenrechtlich noch Pfarrkinder des Heimatpfarrers. Da Rom die Auffassung vertrat, dass die kirchlichen Rechtsfragen vor Abschluss eines Friedensvertrages keine Änderung erfahren sollten, konnten Ostpfarrer im Westen zunächst keine Pfarreien erhalten. Nicht einmal Pensionen für im Ruhestand befindliche vertriebene Pfarrer waren vorgesehen.

Die vertriebenen Katholiken waren ebensowenig willkommen wie ihre evangelischen Leidensgenossen. In Bayern befürchtete der Klerus, die sudetendeutschen Katholiken könnten durch ihre Armut und Hoffnungslo-

sigkeit einen «religiösen Bolschewismus» in die konservativ-ländlichen Gemeinden Bayerns tragen».<sup>50</sup> Sogenannte «Rucksackpriester», die über Land fuhren und die versprengten vertriebenen Gemeinden betreuten, feierten die Heilige Messe in Wohnräumen und Gasthaussälen, wo sie nicht von Weihrauchduft, sondern von Biergestank umgeben waren, und in der SBZ manchmal sogar von Lenin- und Stalinbildern.

Regionale landsmannschaftliche Traditionen spielten eine grosse Rolle bei den Katholiken. Die Ermländer etwa, die über Jahrhunderte inmitten der Diaspora des evangelischen Ostpreussen gelebt hatten, zeichneten sich durch eine ganz eigene konfessionelle Identität aus. Das «Junge Ermländische Landvolk» brachte das in einer Grussbotschaft an Papst Pius XII. zum Ausdruck: «Vor 700 Jahren übernahm der Vorgänger Eurer Heiligkeit, Papst Gregor IX., die Schirmherrschaft über unser Heimatland. Durch alle Jahrhunderte hindurch haben unsere Väter im Zeichen des Kreuzes den ermländischen Boden bestellt und den Angriffen Asiens auf das christliche Abendland standgehalten. Infolge der Vertreibung aus unserer angestammten Heimat können wir die von unseren Vätern auf uns überkommene Aufgabe zur Zeit nicht mehr erfüllen. Wir wissen, dass unsere Vertreibung nicht ohne den Willen unseres himmlischen Vaters geschehen ist. Wir beklagen nicht so sehr den Verlust unseres persönlichen Besitzes. Vielmehr bedauern wir, dass das blühende Leben unserer Diözese Ermland, die in allen Stürmen der Jahrhunderte treu ihren Glauben an Jesus Christus bewahrt und in Treue zu ihrem Stellvertreter in Rom gestanden hat, vernichtet und ihre Bewohner als Heimatlose in alle Welt verschlagen sind.»<sup>51</sup>

Aus Glatz gelangten 180'000 Vertriebene, die zu 90 Prozent katholisch waren, nach dem Krieg vor allem nach Niedersachsen und Westfalen. 1994 führte der Glatzer Personalschematismus 164 Welt- und Ordenspriester, 17 Ordensbrüder sowie acht ständige Diakone, die aus der Grafschaft stammen oder deren Eltern Grafschafter waren, darunter der Bischof von Dresden-Meissen, Joachim Reinelt. Noch immer wacht der Glatzer Grossdechant über Theologiestudenten aus Grafschafter Familien, die als Neupriester zur Erteilung des Primizsegens nach Telgte eingeladen werden, so dass der Gedanke an die schlesische Herkunft auch in dieser Generation wachgehalten wird. 250 Ordensschwestern zählen zu den Grafschaftern, die alljährlichen Wallfahrten nach Telgte bilden den Höhepunkt der Glatzer schlesischen Tradition.<sup>52</sup>

Die Grafschaft Glatzer stammen aus dem Zipfel schlesischen Landes, der in das mährisch-schlesische Bergland hineinragt. Zur Grafschaft gehören die Kreise Glatz, Habelschwerdt und Neurode. Aufgrund einer kirchenrechtlichen Sonderstellung – die Grafschaft, obwohl zuletzt auf preussischem Boden gelegen, gehörte kirchenrechtlich seit dem 13. Jahrhundert zum Erzbistum Prag – gibt es bis heute einen Glatzer Visitator. Das Glatzer Generalvikariat wurde 1920 geschaffen. Der Grossdechant, der die Graf-schafter Katholiken gegenüber dem Prager Erzbischof vertrat, war damit gleichzeitig Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz. Der letzte Glatzer Generalvikar Franz Monse begründete das kirchliche Leben der vertriebenen Glatzer nach 1945 neu.

Die Grafschaft Glatzer Katholiken stiessen im Emsland wohl auf eine grundsätzliche konfessionelle Übereinstimmung, doch ihr Liedgut wurde nicht selten als allzu inbrünstig und barock empfunden, und sie hatten einige Schwierigkeiten, Verständnis für die starke Gemütsbestimmung ihres Glaubens zu wecken. Die nüchterne und zugeknöpfte Haltung vieler ems-ländischer Priester wirkte dagegen befremdlich auf sie. In der Listruper Pfarrchronik notierte Pfarrer Albers sichtlich beeindruckt von der religiö-sen Haltung der Vertriebenen: «Zuerst waren die Vertriebenen in die Kir-che gegangen, um sich Gott zu empfehlen und der Gottesmutter: ‘Die Schönste von allen .. .’ sangen sie. Wir haben es dann oft gesungen.»<sup>53</sup>

Häufig erklangen nun alte schlesische Marienlieder, die die Vertriebe-nen aus ihrer Heimat mitgebracht hatten, etwa das Lied «Über die Berge schallt»:

Über die Berge schallt/lieblich durch Flur und Wald,/  
Glöcklein, dein Gruss!/Bringe der Mutter mein/  
über der Sterne Schein/auch meinen Gruss!

Ja, sie ist gnadenvoll;/Himmel und Erden soll/  
danken dem Herren./Will auch ihr Glöcklein sein,/  
ihr mich zum Dienste weihn/nahe und fern.

(...)

Gott, der Allmächtige,/ewig Dreieinige,/  
er ist mit dir./Himmlische Königin,/  
sei unsere Mittlerin,/sei auch mit mir!<sup>54</sup>

Die Wallfahrt war für die Vertriebenen eine Gelegenheit, die besondere Nähe Gottes zu spüren. Zahlreiche Marienheiligtümer in der Grafschaft Glatz kündeten seit Jahrhunderten von dieser Sehnsucht. In Alben-  
dorf, Maria Schnee und Wartha erlebten sie vor Maria als Mittlerin die Gnade und den Beistand Gottes für eine glücklichere Zukunft. Gerade nach der Vertreibung ersuchten sie den Beistand Gottes und begaben sich auf Pilgerfahrt, wo sie sich zugleich in der Gemeinschaft der Landsleute aufgehoben fühlten.

Die Wallfahrtsorte in Westdeutschland erlebten durch die vertriebenen Katholiken eine neue Blüte. Unmittelbar an der bayerisch-böhmischen Grenze liegt der Tillenberg (939 Meter). Auf dem «Brand», einem Ausläufer dieses Berges, wurde 1961 vom Oberpfälzer Waldverein, der Sudentendeutschen Landsmannschaft und dem Egerer Landtag ein «Grenzlandturm» errichtet. Man sieht von dort aus die Wallfahrtsstätten Maria Loreto bei Altkinsberg und Sankt Anna bei Eger. Am Fuss des Turms wurde 1963 die Kapelle Maria Frieden eingeweiht. Träger ist die Pfarrgemeinde Neualbenreuth, errichtet wurde sie mit Spenden vertriebener Egerländer. Wallfahrtsbesuche erfolgten hier bis 1945 von Ost und West,<sup>55</sup> was auf die einheitliche Oberpfälzer-Egerländer Sakrallandschaft zurückzuführen war.

Besonderes Aufsehen erregte der «Geschändete Christus» im nicht weit entfernten Waldsassen. Das Kruzifix aus der Pfarrkirche im böhmischen Wies hatten Soldaten verfeuert, wobei sie dem Gekreuzigten auch die Arme abgehackt und die verstümmelte Figur an einer Latte aufgehängt hatten. Ein deutscher Grenzpolizist hatte diesen am 6. Februar 1951 geborgen. Die Figur wurde in der Stadtpfarrkirche Waldsassen an einem Seitenaltar aufgestellt und löste bald einen Wallfahrtskult aus. Auf der Jahrfeier der Münchener Gruppe der Egerländer Gmoi sagte Pfarrer Ludwig Denk 1980 über einen Besuch in Waldsassen: «Dieser geschändete Christus ist Abbild unserer verlorenen Heimat: geschändet die Kirchen, geschändet die Friedhöfe und in einer schon weit zurückliegenden Zeit geschändet auch die Menschen. In Gefängnisse gesteckt, verhört, geschlagen – in vielen Fällen zu Tode gequält – und dann hinausgeworfen aus diesem Land wie ein Fetzen, dessen man sich entledigen will! Der geschändete Christus – das geschändete Egerland!»<sup>56</sup>

Für die katholischen Völker des Habsburgerreiches war die Magna Mater Austriae in Mariazell in der Steiermark das Zentralheiligtum. Wallfahrten ungarndeutscher und donauschwäbischer Vertriebenen dorthin wurden bereits kurz nach dem Krieg aufgenommen. Die Gottscheer pil-



## Weissblaues Tagebuch



*«Hast as Riesen von dem neuen Wunder bei uns in Altötting –  
da hat a Einheimischer an Baukredit kriagt und a Flüchtling 's Heimweh!»*

Karikatur von Wigg Siegl, *Simplicissimus*, Heft 25(1955)

Im bayerischen Wallfahrtsort Altötting suchten nach dem Krieg auch viele Vertriebene Trost und Zuspruch. Die Karikatur macht auf drastische Weise deutlich, dass die seelische Verfassung von Einheimischen und Vertriebenen kaum unterschiedlicher sein konnte.

gern alljährlich nach Graz-Mariatrost, wo sich eine Gottscheer Gedenkstätte befindet, sowie nach Klagenfurt-Krastowitz.

Letztlich war es vor allem Maria, zu der sich die Gläubigen auf den Weg machten: Maria Trösterin, Trösterin der Betrübten, Madonna der Flüchtlinge, Maria in der Ferne, Mutter der Heimatlosen, Madonna vor dem Eisernen Vorhang. Die erste Grosswallfahrt am 6. Juni 1946, organisiert von der Kirchlichen Hilfsstelle für Heimatvertriebene in München, führte 8'000 Vertriebene nach Altötting, vor allem Sudetendeutsche und Schlesier. Mehr noch als Altötting wurde Werl im westfälischen Landkreis Soest, Marienwallfahrtsort in der Diözese Paderborn, zu einer Pilgerstätte der Vertriebenen, denn dort waren in der Wallfahrt zur «Mutter der Heimatlosen» die schlesischen Traditionen von Albendorf, Wartha, Annaberg, der Schönen Madonna von Breslau sowie der heiligen Hedwig vereint. Mit der Lichterprozession am Vorabend des Wallfahrtstages wurde ganz unmittelbar eine Albendorfer Tradition übernommen. Am 24. Mai 1949 sangen die Heimatvertriebenen in Werl erstmals das folgende Lied:

Nun lasset uns singen der Mutter von Werl  
Das Lied der Vertriebenen von nahe und fern.  
Wir grüssen Maria, im Herzen viel Leid,  
sie bleibt unsre Mutter im anderen Kleid.  
Wir wissen, dass keiner, der innig hier fleht,  
verzagt und ungetröstet von Werl heimwärts geht.

1953 waren Josef Kardinal Frings und Bundeskanzler Konrad Adenauer vor sechzig- bis siebzigtausend Pilgern Festredner beim Gedenken an die grosse Annabergwallfahrt von 1928.<sup>57</sup> Alljährlich im Mai findet seit 1947 auch die Ermländer-Wallfahrt in Werl statt, auf der noch heute bis zu 10'000 Teilnehmer zusammenkommen.

Weitere Marienwallfahrtsorte mit besonderer Anziehungskraft für Schlesier waren und sind Bethen im Oldenburger Land, Maria Veen im Münsterland mit einer Kopie des Gnadenbildes der Muttergottes von Wartha, Telgte sowie Bad Wimpfen am Neckar (Diözese Mainz), wo 1947 der aus dem schlesischen Grüssau vertriebene Benediktinerkonvent eine neue Heimat fand und eine Kopie des Gnadenbildes der Muttergottes von Grüssau aufgestellt wurde. Auch der Annaberg bei Haltern in Westfalen wurde wegen seiner Ähnlichkeit mit dem oberschlesischen Annaberg nach

1945 von den Schlesiern zum Wallfahrtstreffpunkt erkoren; in der Gnadenkapelle befindet sich eine Kopie des Annabildnisses aus Oberschlesien. 1981 kamen 12'000 Oberschlesier nach Haltern, 1983 pilgerten sogar 15'000 Oberschlesier dorthin.

Während an vielen Orten die von Vertriebenen initiierten Wallfahrten längst eingeschlafen sind, pilgern immer noch Wallfahrer zu dem im Wald gelegenen Gnadenbild «Maria in der Ferne» zu Bishausen, einem Dorf nahe dem süd-niedersächsischen Flecken Nörten-Hardenberg. Das Festhalten am heimatlichen Wallfahrtsbrauch in Bishausen festigte den Zusammenhalt unter den Vertriebenen zu einem Zeitpunkt, an dem viele noch Hoffnung auf Rückkehr in die Heimat hegten. Mit dem Schwinden dieser Hoffnung setzten die Bemühungen um den Ausbau der Wallfahrt ein. Im Jahr 1950 stiftete Papst Pius XII. der Bishausener Wallfahrt einen Kelch, um dessen Wert sich seither Gerüchte ranken. Ortspfarrer Nolte schrieb über die Wallfahrt im Jahr zuvor: «Es kam wie ich befürchtet hatte. Die Beichten wurden im Gebüsch des Waldes gehört, die Hl. Kommunion unter dem Regenschirm ausgeteilt und die Opferhostie musste mit einer Glasglocke überdeckt werden, um nicht vom Wind fortgeweht zu werden.»<sup>58</sup> Die Ablehnung des Ortspfarrers erwuchs aus der Sorge, die katholische Gemeinde könne in eine einheimische und eine grössere Vertriebenengemeinde zerfallen, womit er an Einfluss einbüsst hätte, aber auch aus der Befürchtung, dass der Gegensatz zwischen den einheimischen Protestanten und der gesamten katholischen Gemeinde sich noch verstärken könnte. Dieser Widerstand der Ortspfarrer und des Kirchenvorstandes hat zu einer besonders starken Identifizierung der Vertriebenen mit der Wallfahrt geführt und das Fortbestehen bis heute massgeblich beeinflusst. Da die Vertriebenenwallfahrt lange Zeit von offizieller kirchlicher Seite nicht gern gesehen wurde, fand sie kaum Erwähnung im Bistum Hildesheim. Seit 1986 wird sie wieder im *Kirchlichen Anzeiger* angekündigt.

In der Diaspora-Diözese Hildesheim, zu der das Dekanat Nörten gehört, verdoppelte sich die Zahl der Katholiken in den Jahren 1946 bis 1952. Die Lage der katholischen Vertriebenen in diesen seelsorgerischen Notstandsgebieten war besonders bedrückend: «Die kath. Flüchtlinge werden von dem Flüchtlingseleid aber noch weit haerter betroffen. Sie haben nicht nur Hab und Gut, Heimat und Existenz verloren, sondern sind darüber (sic!) hinaus in glaubensfremden Gegenden gedraengt worden, die ihre kath. Haltung auf eine sehr schwere Probe stellen.»<sup>59</sup>

Das Gefühl, ausgeliefert zu sein, das Heimweh, aber auch der westdeutsche Katholizismus, der vielen Vertriebenen kalt und sachlich erschien, liess die Katholiken aus dem Osten in den ersten Jahren die Gemeinschaft der Schicksalsgenossen suchen.<sup>60</sup> Hedwig als Landespatronin Schlesiens genoss besondere Verehrung. Daher kam nach 1945 die Wallfahrt nach Andechs in Oberbayern, ihrem Geburtsort, in Mode. Im Jahr 1929 hatte der Breslauer Kardinal Bertram dem Benediktinerkloster auf dem Berg Andechs eine Schädelreliquie der heiligen Hedwig geschenkt. Für die vertriebenen Schlesier war die Hedwigsreliquie ein Stück Heimat. 1950 wurde im Rahmen der Schlesierwallfahrt in Andechs eine als Schutzmantelheilige gestaltete Hedwigsstatue geweiht. Sie steht seit der 700-Jahrfeier der Heiligsprechung Hedwigs 1967 in der eigens eingerichteten Hedwigskapelle. Eine Hedwigsreliquie besitzt auch der Kölner Dom, allerdings erst seit 1986. Dank der Bemühungen von Prälat Thienel gelang es, die ursprünglich aus Breslau stammende Reliquie aus den USA zurückzubekommen und als Geschenk an die Diözesanseelsorge für die Heimatvertriebenen im Erzbistum Köln zur Verfügung zu stellen.<sup>61</sup>

Von den Heiligenliedern war bei den Schlesiern besonders der Hedwigsruf aus dem 13. Jahrhundert beliebt: «Freue dich, du deutsches Land, weil Sankt Hedwig dir erstand.» Nach 1945 sangen sie auch neue Lieder, die den Verlust der Heimat beklagen:

Sankt Hedwig, Schutzfrau Schlesiens,  
o Fürstin hilfsbereit,  
hör deiner Kinder Flehen  
aus Heimatlosigkeit.  
: wir bitten dich, Sankt Hedwig,  
heilge Fürstin Hedwig!  
Sankt Hedwig, bitt für uns!:  
Man uns ausgetrieben  
Aus unsrer Väter Land  
Doch ist dein Schutz uns blieben  
Zum Trost und Unterpfand

(...)

Wir haben wohl hienieden  
Kein Haus an einem Ort;  
Führ uns in Gottes Frieden  
Zur Heimat ewig fort.<sup>62</sup>

Mit der Ankunft der vertriebenen Katholiken wurde die konfessionelle Landkarte porös, im evangelischen Mitteldeutschland – einst Herzland der lutherischen Reformation – entstanden katholische Sprengel. Da es in Mecklenburg-Vorpommern kaum einheimische Katholiken gab, war die katholische Konfession ein Indikator für den Vertriebenenstatus. Katholische Seelsorge bedeutete im Grossen und Ganzen Vertriebenenseelsorge. In Demmin stellte Pfarrer Kurt Nolewaika fest, dass aus seiner «Schnitterpfarrei», die rund 10'000 Katholiken aus dem Bereich der ehemaligen Freien Prälatur Schneidemühl in der Grenzmark Posen-Westpreussen, vor allem aus dem Kreis Deutsch-Krone aufgenommen hatte, eine «bürgerliche Pfarrei» geworden war, womit er auf die tiefe Zäsur in den katholischen Gemeindestrukturen anspielte. Hatte er bis 1945 nur Schnitter – also landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte aus dem Osten – betreut, erwuchs in der Gemeinde nun ein neuer Katholizismus ostdeutscher Prägung.<sup>63</sup>

Die katholische Gemeinde Bergen, zu der die gesamte Insel Rügen gehörte, zählte 1934 nur 1'254 Gemeindeglieder. Die 1864 als Missionspfarrei gegründete Kirchengemeinde Sankt Bonifatius war vorwiegend für polnische Saisonarbeiter, Militärangehörige und Sommergäste eingerichtet worden. Darüber hinaus gab es in Sellin schon vor dem Ersten Weltkrieg die Kapelle «Maria Meeresstern», die allerdings nicht auf Initiative einer katholischen Gemeinde vor Ort entstanden war, sondern durch Bade Gäste.<sup>64</sup>

Im Oktober 1946 verzeichnete Bergen 9'860 Gemeindeglieder, also ein Wachstum um 786,3 Prozent.<sup>65</sup> Da es ausserhalb der Kirche keine Möglichkeiten gab, sich mit Landsleuten zu treffen, wuchs der Wunsch nach einer Wallfahrt. «Wir müssen unserer Gottesmutter auch hier in der Zerstreuung ein Heiligtum schaffen», meinte eine aus Schlesien vertriebene und seit 1946 in Demmin tätige Hedwigsschwester. Am Pfingstmontag 1951 fand dann die erste Wallfahrt nach Sellin statt. Sie stellte für die vielen Vertriebenen unter den 1'500 Gläubigen eine symbolische Landnahme dar, ein erstes gemeinsames Kennenlernen der fremden Landschaft. Das religiöse Gemeinschaftserlebnis bot ihnen zugleich Gelegenheit, Freunde und Bekannte aus der alten Heimat zu treffen.

Den schlesischen Hedwigsschwestern half ihr Sendungsbewusstsein, die Aufgabe, den katholischen Glauben in den protestantischen Norden zu bringen, über den Heimatverlust hinweg: «Und wenn auch das Heimweh nach den schönen, romantischen, von Sagen umworbenen lieben schlesi-

schen Bergen sich manchmal noch in unsere Seele schleicht, und wenn wir mit tiefer Wehmut im Herzen an unsere zerstörten Städte und Dörfer, an all die trauten lieben Wallfahrtsorte unserer ‚Schlesischen Schweiz‘ denken, an Wartha, Albendorf, Zuckmantel, Maria Schnee und wie sie alle heissen, dann könnte es einem manchmal schwer ums Herz werden. Doch der Gedanke, Gott will es so, ihm zulieb tapfer vorwärts schauen und nicht zurück, ihm zulieb alles wagen, ihm zum Lobe alles tragen und zur eigenen Heilung sich in alles fügen, dieser Gedanke bringt immer wieder Kraft und Mut und Freude.»<sup>66</sup>

1952 zählte die Selliner Wallfahrt 2'000 Teilnehmer. Informelle Netzwerke entstanden und führten schliesslich dazu, dass man unter dem kirchlichem Dach 1953 ein Heimattreffen plante. Die Kontrolle katholischer Gottesdienste war für den SED-Staat gar nicht so leicht: «Für die Überwachung der Kath. Kirche ist der Schwerpunkt, dass die Genossen die Zeremonien der röm.-kath. Kirche nicht beherrschen.»<sup>67</sup> Dennoch erkannten die Kontrolleure, dass etwas geplant war, und behinderten die Wallfahrt: Busse wurden abbestellt, und die Reichsbahn verkaufte keine Fahrkarten nach Sellin.<sup>68</sup>

Für Katholiken blieben grosse Teile Norddeutschlands fremdes Land. Eine pommersche evangelische Landarbeiterfamilie traf in einem holsteinischen Dorf auf vieles, was ihr von zu Hause vertraut war und das Einleben erleichterte. Die meisten Vertriebenen stiessen aber auf mehr Fremdes als Vertrautes, mehr Unbekanntes als Gewohntes. Deshalb entstanden im Rahmen der katholischen Kirche in der Nachfolge der früh begründeten Katholischen Osthilfe, die vornehmlich soziale Aufgaben erfüllte, die Arbeitsgemeinschaften der katholischen Vertriebenenorganisationen.

Nach der bischöflichen Gründung des Hedwigswerks als eines kirchlich gesteuerten katholischen Laienwerks Ende 1947 folgten in mehreren Diözesen Nordwestdeutschlands regionale Hedwigswerke, wobei die Schutzheilige Schlesiens als Namenspatronin für die gesamte ostdeutsche Vertriebenenseelsorge der katholischen Kirche eingesetzt wurde. In der Diözese Osnabrück bestanden bereits 1948, ein knappes Jahr nach der Begründung des Hedwigswerkes, fünfzig Hedwigskreise. Zwei Jahre später waren 4'500 Vertriebene Mitglieder in 61 Kreisen organisiert, 1951 wurden unter Einschluss der Familien wohl 15'000 bis 20'000 Menschen über 88 Kreise erreicht. Bis heute erscheint *Heimat und Glaube*, die Zeitschrift des Hedwigswerkes.

Im Jahr 1948 wurde in Hamburg ein Bezirksverband des Osnabrücker Hedwigswerkes begründet, dem mehrere Hedwigskreise zugeordnet waren. Den vornehmlich katholischen Schlesiern und Ermländern sollten die Hedwigskreise eine Zuflucht bieten in der fremden Grossstadt, in der anfangs praktisch alle Sozialkontakte erschwert oder sogar unmöglich gemacht wurden durch die andere Konfession, den anderen Dialekt, das andere kulturelle Selbstverständnis.<sup>69</sup> Die religiösen und kulturellen Angebote im Vereinsleben der Hamburger Hedwigskreise schufen einen Raum zwischen Familie und Kirche, zwischen Verein und Gesellschaft. Sehr oft kam man aus religiösen Anlässen zusammen: Kreuzwegsandacht, Fastenandacht, Fastenpredigt am Palmsonntag, Oster- und Pfingstausflug, Rosenkranzandacht, Maiandacht, ostdeutsche Marienfeier, Krippensingen und Kolendefeier. Hinter all dem stand zunächst der Wunsch, die Heimatlosigkeit zu überwinden.

In den Pfarreien war die separate Vertriebenenseelsorge nicht wohlgefallen, da man befürchtete, in der Diaspora zusätzliche Gettos zu bilden.<sup>70</sup> Sehr deutlich formulierte ein einheimischer Pfarrer in Stadthagen bei Bückeberg diese Vorbehalte: «Die neu entstandenen und von schlesischen Geistlichen geleiteten Seelsorgsbezirke benutzten bei der Sakramentenspendung, auch bei kirchlichen Segnungen und Weihungen das schlesische Ritual oder das frühere Stadtproprium oder Dorfproprium. In meinem Seelsorgsbezirk wohnen nun Leute aus 15-20 schlesischen Wohnorten, und jeder dieser Leute wünscht bei jeder Gelegenheit die Durchführung jeder seiner Heimatbräuche, (...). Das ist natürlich unmöglich durchzuführen. Das Schlimme aber ergibt sich daraus, dass einem die Leute alles in folgedessen persönlich auslegen und sich gekränkt und unverstanden fühlen.»

Weiter klagte der Pfarrer darüber, dass sich bei den schlesischen Katholiken der Brauch durchgesetzt habe, beim Besuch ihrer früheren Geistlichen Messen und Andachten abzuhalten. Das habe zwar den Vorteil, dass die betreffenden Katholiken weiterhin zusammenhielten, aber den Nachteil, dass sich die jetzigen Gemeinden aufgliederten und so der notwendige Zusammenhalt nicht entstehen könne. Seine grösste Sorge war, dass die Beteiligten «regelmässig ins Politisierende hinübergleiten. Je nachdem wie der frühere Priester gut oder weniger gut informiert ist, mehr oder weniger von Gerüchten sich abhängig macht, mehr oder weniger politischen Weitblick hat (...), wird in Predigt oder Privatgesprächen die Chance für die Rückkehr in die frühere Heimat abgewogen oder propagiert, und da diese



Fronleichnamsprozession im Lager Schlotwiese in Stuttgart-Zuffenhausen, in dem fast ausschliesslich Flüchtlinge und Vertriebene aus Südosteuropa untergebracht waren, 1949

In den pietistischen Regionen Schwabens wurden die katholischen Vertriebenen für leichtlebige Zeitgenossen gehalten, denen jeder Sinn für Sittlichkeit und Ernsthaftigkeit fehlte. Eine fröhliche Prozession mit der heiligen Monstranz durch Wald und Flur, bei der an vier prächtigen Blumenaltären Station gemacht wurde, das hatten die Pietisten zuvor noch nie gesehen. In Schlotwiese zogen die katholischen Bewohner am Fronleichnamfest zu ihren Gemüsegärten und liessen sie segnen.



von der Machtkonstellation und Rüstung der Alliierten abhängt, ist die Verquickung von religiöser Zusammenkunft und politischer Tageslage sofort und direkt stets da.»<sup>71</sup>

Mit den Vertriebenen tauchten zum ersten Mal Katholiken in den traditionell evangelischen Regionen Norddeutschlands auf. Nach 1945 mussten im Bistum Hildesheim 15 Dekanate, 55 Pfarreien, 110 Kuratien und Pfarrvikarien neu eingerichtet, 196 Kirchen erbaut sowie 71 neue Diözesanpriester und 235 zusätzliche Geistliche aus den Vertreibungsgebieten in Dienst genommen werden.<sup>72</sup> Im niedersächsischen Delmenhorst wuchs die evangelische Gemeinde um ein Viertel, die Anzahl der Katholiken verdoppelte sich. Es gab vor 1945 nur eine katholische Kirche für einen weitläufigen Bezirk. Dank einer enormen Spendenbereitschaft und selbstlosen Arbeitseinsätzen konnte eine zweite Kirche errichtet werden. Im Jahr 1952 wurde sie nach nur einjähriger Bauzeit dem in den Nachkriegsjahren besonders verehrten heiligen Christophorus geweiht. Das neue Pfarrrektorat bestand zu 90 Prozent aus Vertriebenen, die sich am neuen Ort als Glieder ihrer «eigenen» Kirche verstanden, an deren Aufbau sie massgeblich beteiligt waren. Die Entstehung dieses Gotteshauses und seine Baugeschichte war mit ihrem Schicksal verbunden und trug wesentlich zu ihrer Integration bei.<sup>73</sup>

Bis 1945 waren 76 Prozent der Bevölkerung im Landkreis Gross-Gerau evangelisch und nur 18 Prozent katholisch. Das änderte sich radikal, da 76 Prozent der Vertriebenen katholisch waren. Im Jahr 1961 brachten es die Katholiken auf 31,5 (1950: 28,8 Prozent), die Protestanten auf 62,4 Prozent (1950: 65,7 Prozent) der Bevölkerung. In den Jahren 1945 bis 1980 wurden für die 182'000 in der Diözese Mainz lebenden Vertriebenen 149 Kirchen errichtet, zwei Drittel davon in der Diaspora.<sup>74</sup> Rüsselsheim, die Stadt der Ford-Werke, die als Industriestandort besonders viele Vertriebene anzog, offenbart, wie dramatisch sich die Konfessionsstrukturen in einzelnen Gebieten veränderten: 1933 gab es 74 Prozent Protestanten und 22 Prozent Katholiken, 1950 waren es 64,3 zu 28,8 Prozent und 1961 dann 59 zu 34 Prozent.

Im katholischen Münsterland war es bis Kriegsende üblich, die kirchlichen Weihnachtsfeiern mit der «Ucht» zu beginnen, dem Gottesdienst vor dem Morgengrauen des ersten Weihnachtstages. Erst danach fand die Gabenverteilung statt. Das änderte sich nach dem Zuzug der Vertriebenen, die

bereits am Heiligabend bescherten. Da die kirchliche Feier aber der Be-scherung vorausgehen sollte, wurde der Weihnachtsgottesdienst auf den Heiligen Abend verlegt.<sup>75</sup>

Im evangelischen Altwürttemberg fanden seit der Reformation erst-mals wieder Fronleichnamsprozessionen statt. Blumenteppiche auf dem Weg der eucharistischen Prozession, wie sie bei den Ungarndeutschen Brauch sind, waren in Baden-Württemberg vor 1945 so gut wie unbekannt. Heute sind Motivvorlagen in Umlauf, und die schönsten Blumenbilder werden prämiert.

Auch Heiligenfeste brachten die Vertriebenen mit: Das Vinzenzifest der Egerländer wird als höchstes kirchliches und weltliches Fest jährlich am letzten Augustsonntag in Wendlingen am Neckar unter grosser Betei-ligung der Bevölkerung begangen. Das Vinzenzifest wurde seit 1694 in Eger zum Erntedank gefeiert. Im Jahr zuvor war die Reliquie des heiligen Vinzentius, der Diakon des Bischofs Valerius von Saragossa war und 304 in Rom zum Märtyrer wurde, in die Stadtkirche zu Eger überführt worden. Der aus Eger stammende Walter Helm regte 1951 an, das Vinzenzifest in Wendlingen wieder aufleben zu lassen. 1952 feierten die Egerländer es dort erstmals. 1966 übernahm Wendlingen die Patenschaft für die Eger-länder in Baden-Württemberg, 1981 kam sogar ein Teil der Reliquie in die Sankt-Kolumban-Kirche. Ende August 2006 – in Eger wurde traditionell am letzten Sonntag im August, dem «Birnsunnta», das Patronatsfest der Stadt begangen – feierte Wendlingen im Rahmen seines 55. Vinzenzifestes den vierzigsten Jahrestag der Patenschaft. Schon Vorjahren hat die Ge-meinde den Vinzenzmarkt eingeführt. Heute ist das Wendlinger Vin-zenzifest eines der grössten Heimatfeste in Baden-Württemberg.<sup>76</sup>

Die katholischen Vertriebenenorganisationen widmeten sich nicht nur der Seelsorge ihrer Klientel, sondern engagierten sich bei der Aufbau-, Ver-söhnungs- und Partnerscharfsarbeit in den alten Heimatgebieten. Die 1946 gegründete katholische Ackermann-Gemeinde, ein Zusammenschluss sud-etendeutscher Katholiken, ist in fast allen deutschen Diözesen vertreten: «Ihren Namen entlehnt die Ackermann-Gemeinde der ersten neuhochdeut-schen Dichtung, dem Ackermann aus Böhmen des Johannes von Saaz in Böhmen. Diese bedeutende Prosadichtung aus dem Jahre 1400 ist ein Do-kument für die jahrhundertealte Verwurzelung und schöpferische Kraft der deutschen Kultur in den böhmischen Ländern und ein Sinnbild für eine Lebensgestaltung aus christlichem Glauben und Hoffen. Die praktische

Friedensarbeit im Dienste der Völkerversöhnung – vor allem mit den Völkern Ostmitteleuropas – ist seit der Gründung der Ackermann-Gemeinde ein Schwerpunkt ihrer vielseitigen Tätigkeit.»<sup>77</sup> Daneben gibt es unter anderen das St. Gerhardswerk für die Donauländer Rumänien, Ungarn und Ex-Jugoslawien sowie die Eichendorff-Gilde für den historischen ostdeutschen Raum.

Im Zuge der Neuordnung der katholischen Ostdiözesen 1972 wurden für die in der Bundesrepublik lebenden Priester und Gläubigen aus dem Erzbistum Breslau, dem Bistum Ermland und der Freien Prälatur Schneidemühl vom Heiligen Stuhl Apostolische Visitatoren ernannt; zugleich erfolgte von der Deutschen Bischofskonferenz die Ernennung Kanonischer Visitatoren für die Seelsorgebezirke Branitz und Glatz. Etwa für das Amt des «Apostolischen Visitors für die Priester und Gläubigen aus dem Erzbistum Breslau» gibt es kein Vorbild in der deutschen Kirchengeschichte. Gegenüber dem Klerus aus dem deutschen Erzbistum Breslau besitzt der Visitor die persönliche Jurisdiktion mit allen Vollmachten, die ansonsten den residierenden Diözesanbischöfen zusteht. Ausgenommen ist davon nur die Bischofsweihe. Gleichzeitig ist er Oberhirte der vertriebenen Gläubigen seiner Diözese. Das Heimatwerk Schlesischer Katholiken, sichtbarer Ausdruck für die Vertreibung aus dem Erzbistum Breslau, unterstützt den Visitor und fördert das religiöse Erbe Schlesiens. Das Schlesische Priesterwerk bewahrt das schlesische priesterliche Erbe und fördert den schlesischen Theologennachwuchs. 2001 errichtete das Priesterwerk die «Kardinal-Bertram-Stiftung», benannt nach dem letzten deutschen Erzbischof der Diözese Breslau.

1998 verloren die Apostolischen Visitatoren ihren Status als Mitglieder der Deutschen Bischofskonferenz. Der Vatikan glaubte, dass diese Mitgliedschaft nach der völkerrechtlichen Klärung der Grenzfragen und der kirchlichen Neuordnung im Osten Deutschlands nicht mehr angebracht sei.

Die katholischen Ermländer nahmen immer eine Sonderstellung unter den evangelischen Ostpreussen ein. Der heutige Berliner Erzbischof, Georg Kardinal Sterzinsky, stammt aus dem ostpreussischen Ermland, ebenso der verstorbene CDU-Politiker Rainer Barzel. Bis heute können sie eine beeindruckende Organisationsdichte vorweisen. Alljährlich im Mai findet seit 1947 die Ermländer-Wallfahrt in Werl statt, zu der noch immer bis zu 10'000 Teilnehmer zusammenströmen. Die ermländischen Katholi-

ken scharen sich um den Apostolischen Visitator Ermland, der sich als geistlicher Nachfolger des ermländischen Domkapitels versteht.<sup>78</sup> In der Verbundenheit mit der Heimatdiözese pflegt er eine besondere Beziehung zum polnischen Bischof von Ermland und dem Metropolitenkapitel von Frauenburg.

Die Bischof-Maximilian-Kaller-Stiftung (Ermländisches Hilfswerk) fördert religiöse, sozial-karitative und kulturelle Projekte. Was dieser letzte deutsche Bischof von Ermland für die Gemeinschaft der Ermländer noch immer bedeutet, zeigt das 2003 eingeleitete Seligsprechungsverfahren. Der durch den Bischof von Münster und den Beauftragten der deutschen Bischofskonferenz für Priester und Gläubige aus dem Bistum Ermland eingebrachte Antrag fand Unterstützung durch Edmund Piszcz, Bischof von Ermland, sowie den Primas von Polen, Jozef Kardinal Glemp.

Unter den führenden Vertretern des deutschen Katholizismus findet man noch immer viele, die aus ostdeutschen Traditionen stammen. Weihbischof Gerhard Pieschl aus Limburg, der in Mährisch-Trübau geboren wurde, ist Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für Flüchtlings- und Vertriebenenseelsorge. Joachim Kardinal Meissner und Bischof Joachim Wanke aus Breslau, Georg Kardinal Sterzinsky aus dem ostpreussischen Ermland, Bischof Walter Mixa aus dem oberschlesischen Königshütte sowie Robert Zollitsch aus der Jugoslawischen Batschka stammen aus den Glaubensregionen ihrer Herkunftsgebiete. Der Bischof von Eichstätt, Gregor Maria Hanke, geweiht am 2. Dezember 2006 im Dom zu Eichstätt, hat das schlesische Wappen in sein neues Bischofswappen aufgenommen, da seine Familie aus Mährisch-Schlesien nach Bayern vertrieben wurde. Viele Diözesen überwinden ihr Diasporadasein, manche wurden gar neu gegründet, wie das Erzbistum Hamburg, weil die Ankunft der Vertriebenen nach 1945 die konfessionelle Landkarte Deutschlands grundlegend veränderte.

# Ein deutsches Thema

## Flucht, Vertreibung und Vertriebene in Literatur und Medien

### «Nacht fiel über Gotenhafen»

Geschichten von Vertriebenen hielten schon frühzeitig Einzug in den deutschen Heimatfilm, fast immer mit dem Tenor, wie grossartig die Integration gelungen sei. 1951, als allerorten noch Flüchtlingsbaracken und Ruinen das Gesicht der Städte prägten, wurde «Grün ist die Heide» mit Sonja Ziemann und Rudolf Prack zum Kassenschlager.<sup>1</sup> Es war das Remake eines Films von 1932. Bobby E. Lühge hat vom Entstehen des Drehbuchs für den neuen Film erzählt: «Und das war schon mal 1932 ein grosser Erfolg. Damals hatten wir ‘Grün ist die Heide’ im Atelier gedreht. (...) Früher war alles so langgezogen. Jetzt muss mehr drin sein. Ich kam auf den Gedanken, einen Zirkus einzubauen. Ich setzte Flüchtlinge ein. Zum Beispiel eine Frau, die als einziges Hab und Gut nur noch ein Pferd besitzt und damit zum Zirkus geht. Die Flüchtlingssache war mit Grund ein Riesenerfolg. Ich brachte dann noch, weil ich Schlesier bin, das Lied vom Riesengebirge hinein. Und von hundert Menschen im Kino haben neunzig geheult (...). Jeden sprach das an, denn so viele waren ja Flüchtlinge und konnten das da oben mitempfinden.»<sup>2</sup>

Der Film gewann 1952 den «Bambi», und er war mit 19 Millionen Zuschauern der erfolgreichste deutsche Film der 1950er Jahre. Er setzte sich nicht mit Schrecken und Schuld der Vergangenheit und auch nicht mit dem immer noch allgegenwärtigen Elend auseinander, sondern war – so Peter Stettner – «beschönigender Integrationskitsch»: Der schlesische Gutsbesitzer Lüder Lüdersen ist nach der Flucht aus dem Osten bei seinem Verwandten Gottfried Lüdersen auf dessen Wasserschloss in der Lüneburger Heide untergekommen. Lüder Lüdersen kann den Verlust der Heimat nicht verschmerzen und wird zum Wilderer. Während eines Volksfestes – auf dem die schlesische Trachtengruppe ein Riesengebirgslied singt – verabschiedet er sich in einer ergreifenden Ansprache von seinen neuen Mitbürgern:

«Nie werde ich die Tage vergessen, die ich bei Ihnen in der Heide sein durfte. In der Heide, die auch meine zweite Heimat geworden ist. Macht es den Menschen, die zu euch geflüchtet sind, nicht schwer. (...) Ich weiss, wir sind ja manchmal auch nicht so gewesen, wie wir hätten sein sollen. Aber wir sind am härtesten gestraft. (...) ich war nahe daran, mich selbst zu verlieren. Aber durch Güte und Verständnis, wie sie mir hier entgegengebracht worden sind, habe ich mich wiedergefunden.»<sup>3</sup> Lüdersens Rede gibt den Einheimischen das Gefühl, selbstlose Hilfe geleistet zu haben, und damit die Möglichkeit, sich mit den Opfern zu identifizieren, deren Opferbewusstsein zu teilen.<sup>4</sup> «Grün ist die Heide» bot jedem Betrachter, ob Einheimischer oder Vertriebener, einen eigenen Film, die Version, die er sehen wollte.

Fast immer kam den Vertriebenen im deutschen Nachkriegsfilm eine systemstabilisierende Rolle zu: Stets nahmen sie klaglos ihr Schicksal an, legten einen unermüdlichen Aufbauwillen an den Tag und bemühten sich engagiert um die Integration. Diese Botschaften vermittelten Streifen wie «Ingrid, die Geschichte eines Fotomodells» (1954/55), «Annchen von Tharau» (1956) mit Ilse Werner, «Das Mädchen Marion» (1956) mit Winnie Markus, Carl Raddatz, Dietmar Schönherr und Brigitte Grothum oder «Waldwinter – Glocken der Heimat» (1956). Auch «Der Förster vom Silberwald» (1954) mit Anita Gutwell und Rudolf Lenz in den Hauptrollen griff die Problematik auf, da der Förster einen Vertriebenenhintergrund hat. Ein weiterer Kassenschlager waren «Die Mädels vom Immenhof» (1954), die nach der Flucht auf dem Hof der Oma in Schleswig-Holstein unterkommen, wo sie eine neue Zukunft aufbauen.

Während «Grün ist die Heide» und andere Filme dieser Art im Laufe der Jahre immer wieder einmal im Fernsehen zu sehen waren, verschwand «Nacht fiel über Gotenhafen» nahezu vollkommen aus der Erinnerung, bis Günter Grass sich mit der Novelle *Im Krebsgang* der Schiffskatastrophe auf der Ostsee wieder zuwandte. Der 1959 von Regisseur Franz Wisbar mit deutscher Starbesetzung aufwendig gedrehte Streifen arbeitete das Drama der Flucht und den Beschuss eines überfüllten Flüchtlingschiffes durch sowjetische U-Boote in der eisigen Ostsee auf. Über Heinz Schön, der die Katastrophe überlebte und sich fortan mit dem Ereignis beschäftigte, schreibt Grass: «Bin deshalb sicher: Mutter hätte von Anfang an ihre Freude an Heinz Schön gehabt. Doch in der DDR waren seine Bücher, die im Westen einen Verleger fanden, unerwünscht. Wer seine Berichte gele-

sen hatte, blieb stumm. Ob hier oder drüben. Schöns Auskünfte waren nicht gefragt. Selbst als mit seiner beratenden Assistenz gegen Ende der fünfziger Jahre ein Film – ‘Nacht fiel über Gotenhafen’ – gedreht wurde, blieb das Echo mässig. Zwar gab’s vor gar nicht so langer Zeit im Fernsehen eine Dokumentation, doch ist es immer noch so, als könne nichts die *Titanic* übertreffen, als hätte es das Schiff *Wilhelm Gustloff* nie gegeben, als fände sich kein Platz für ein weiteres Unglück, als dürfte nur jener und nicht dieser Toten gedacht werden.»<sup>5</sup>

Aktuelle Probleme und die Schrecken der Erinnerung wollte das Kinopublikum lieber verdrängen als auf der Leinwand sehen. Das erklärt auch, warum ein kritischer Film wie «Mamitschka» (1955) kein Kassenschlager wurde, obwohl darin Mila Kopp, Rudolf Platte, Ida Krottendorf und Paul Henckels unter der Regie von Rolf Thiele spielten. In dem Streifen geht es um die Familie Navratil aus Böhmen. Sie erhält nach der Ankunft im Westen eine Unterkunft bei Herrn Samthaber, gespielt von Paul Henckels, der, als die neun Personen vor ihm stehen, entsetzt auf den dunkelhäutigen Baldur deutet: «Was, alle? (...) Was ist mit dem da? Sind Sie denn überhaupt Deutsche?» und zu sich selbst gewandt bemerkt: «Jetzt schicken sie uns diese Buschmenschen auf den Hals!» Während das Ehepaar Samthaber voller Vorurteile gegenüber den Vertriebenen ist, werden diese sympathisch dargestellt, aber auch stereotyp: Sie hat viele Kinder, hält zuweilen die bürgerlichen Distanz- und Anstandsregeln nicht ein, kann mit Geld nicht umgehen und begeht kleinere Diebstähle.<sup>6</sup> Ihre Sprache ist holprig und dialektgefärbt, was auch im Titellied deutlich anklingt:

Sei nicht traurig, Mamitschka,  
wenn du an Böhmen denkst,  
weil mit Herz, o Mamitschka,  
du so an Böhmen hängst.  
Zeit geht weiter, Mamitschka,  
einmal wird Leid vergehn,  
musst nur heiter, Mamitschka,  
wieder in Zukunft sehn!<sup>7</sup>

Um Kredite für den Film zu erhalten, war eine Bundesbürgschaft erforderlich. Aber der zuständige Bürgschaftsausschuss hegte «Bedenken gegen den Stoff, da er sich stark auf das Flüchtlingsmilieu beziehe und im Gegensatz zu den Bemühungen der Bundesregierung nicht die Eingliederung,

sondern die Isolierung der Flüchtlinge zeige». Man fürchtete, «der Stoff könne in Flüchtlingskreisen Widerspruch hervorrufen».<sup>8</sup> Um Bedenken auszuräumen, fanden in München Sondervorführungen vor Sudetendeutschen statt. Die Kritik würdigte den Film als realistisch und feierte ihn überschwenglich, das deutsche Publikum nahm ihn aber nicht an. Obwohl «Mamitschka» in Österreich und in der Schweiz ein grosser Erfolg wurde, erwies der Film sich am Ende als grosser finanzieller Verlust. Der sozialdemokratische *Vorwärts* resümierte zwei Jahre später: «Hierzulande schluckt man es nicht allzu gern, dass auch hinter den Bergen nach Osten noch Menschen wohnen – manchmal sogar Menschen mit mehr Herz als wir, Böhmen, Slawen, sind bei uns nicht allzu beliebt. Und nun gar mitansehen zu müssen, dass solche Menschen bei uns nicht heimisch werden, weil sie sich trotz allen Schmalzpolsters der beträchtlichen Kühle unserer Gemütstemperaturen nicht anzupassen vermögen, das kann man vom Publikum des Wirtschaftswunderlandes nicht verlangen. Hier liegt wahrscheinlich der Hauptgrund für den – nur in Bundesdeutschland zu verzeichnenden – Publikumsmisserfolg dieses hervorragenden Films.»<sup>9</sup>

Weder Einheimische noch Vertriebene wollten Filme sehen, in denen ihnen ein Spiegel vorgehalten wurde. Am meisten Erfolg hatten daher die Flüchtlingsgeschichten, die am weitesten von der Realität entfernt waren. Auch «Rose Bernd» (1956) mit Maria Schell war ein Misserfolg. In der Verfilmung von Wolfgang Staudte nach dem Theaterstück von Gerhart Hauptmann findet die aus Schlesien vertriebene Rose Bernd auf einem westdeutschen Gutshof Zuflucht. Sie verstrickt sich in eine Liebesbeziehung zu dem verheirateten Gutsherrn und wird schwanger. Vom Kindsvater im Stich gelassen, von einem anderen erpresst und vergewaltigt, flüchtet sie in die Ehe mit einem Mann, dessen Liebe sie nicht erwidern kann. Am Ende muss sie das Dorf verlassen – und ist wieder ein Flüchtling. Das war alles andere als die Geschichte einer erfolgreichen Eingliederung, ganz abgesehen davon, dass das Thema nicht mehr in die Zeit passte. Mit den Vertriebenen verband man inzwischen unangenehme Erinnerungen an eine Vergangenheit, die man im einsetzenden Wirtschaftswunder nur allzugern vergessen wollte.<sup>10</sup>

Die Kinofilme der 1960er und 1970er Jahre mieden das Thema. Erst seit der Jahrtausendwende erlebt es infolge des Interesses der nachfolgenden Generationen eine Renaissance. Insbesondere Fernsehdokumentationen widmen sich der Aufarbeitung lange verdrängter Themen. «Die Ver-





Filmplakat, 1959

«Nun gibt es diesen Film in Schwarzweiss, der Ende der fünfziger Jahre gedreht wurde. Er heisst 'Nacht fiel über Gotenhafen' und ist mit Stars wie Brigitte Horney, Sonja Ziemann, Gunnar Möller, Carla Hagen und Günter Pfitzmann besetzt. Zentralfigur war Brigitte Horney, eine adelige Gutsherrin aus Ostpreussen. Der Regisseur, ein Deutschamerikaner namens Frank Wisbar, der zuvor einen Stalingradfilm gedreht hatte, liess sich von dem *Gustloff*-Spezialisten Heinz Schön beraten. Im Osten nicht zur Aufführung freigegeben, lief der Film mit mässigem Erfolg nur im Westen und ist, wie das Unglücksschiff, vergessen und allenfalls Ablagerung in Archiven», so beschreibt Günter Grass in seinem Roman *Im Krebsgang* die erste Verfilmung der *Gustloff*-Katastrophe vom Januar 1945. Verdrängt waren diese Filme lange Zeit, erst mit Günter Grass' vermeintlichem Tabubruch erinnerten wir uns wieder an die ersten Aufarbeitungen des Themas Flucht und Vertreibung in den 1950er Jahren.

triebenen. Hitlers letzte Opfer» (ZDF) sowie «Die grosse Flucht. Das Schicksal der Vertriebenen» (ARD) erlebten Rekorderhaltquoten. Zuletzt schlug der Spielfilm «Die Flucht» (2007) mit Maria Furtwängler in der Hauptrolle alle Rekorde. Im März 2008 folgte der ZDF-Zweiteiler «Die Gustloff» des Regisseurs Joseph Vilsmaier. Er erinnerte an die grösste Schiffskatastrophe der Menschheit, bei der 9'000 von 10'300 Flüchtlingen in der eisigen Ostsee ertranken, nachdem das Schiff von sowjetischen U-Boot-Torpedos getroffen worden war. Diese Werke sprechen für das wachsende Bedürfnis nach Beschäftigung mit einem Thema, das in so vielen Familien noch immer eine grosse Rolle spielt.

### **Vertreibung und Vertriebene in der westdeutschen Belletristik**

Der Dramatiker Heiner Müller hat auf die Lücke in der Literatur hingewiesen, die beim Thema Flucht und Vertreibung klafft, und die Verdrängung, die sich in dieser Lücke offenbart: «Ich kenne keinen bedeutenden Roman, in dem die Trecks ein Thema sind, nur Dokumente und Berichte, oder die Schrecken der Befreiung. Das Tempo des Vergessens schafft ein Vakuum. Die westdeutsche Linke hat sich an Auschwitz erinnert, nicht an Stalingrad, eine Tragödie von zwei Völkern (...). Diese, wie immer du es nennen willst, Vertreibung, Flucht, Umsiedlung – ein ungeheurer Einschnitt in europäische Geschichte (...) kommt nicht vor in der deutschen Nachkriegsliteratur, nur bei Kopsalik, nur in der Trivialliteratur.»<sup>11</sup>

Über Flucht und Vertreibung, den Schmerz des Heimatverlustes zu schreiben, ähnelte in Ost wie West einem Drahtseilakt. Es war den Vertriebenen nicht verboten, auf sich und ihre Anliegen aufmerksam zu machen, aber es war unerwünscht in der politischen Öffentlichkeit, seitdem die Bundesrepublik besteht. Konrad Adenauer konnte für seine Politik der Westintegration keine starke Vertriebenenlobby brauchen. Dass die Vertriebenenparteien sich Ende der 1950er Jahre auflösten und mehrheitlich der CDU anschlossen, war eine der strategischen Massnahmen zur Etablierung einer integrativen Volkspartei. Beschwichtigt wurden die Vertriebenen mit Hilfe des Lastenausgleichs, ferner indem Mittel für die kulturelle Brauchtumpflege zur Verfügung gestellt wurden, vor allem jedoch durch Teilhabe an den Modernisierungsleistungen der Westgesellschaft.

Im Zuge der Brandtschen Ostpolitik drohte dennoch eine Konfrontation, da der politische Wille sich auf die Anerkennung historischer Fakten richtete, nicht auf historische Gerechtigkeit. In der Rückschau wird deutlich, wie sehr es den Interessen der Bundesrepublik entgegenkam, dass die Generation der 68er das Kriegsleid der Deutschen ausblendete und dem Holocaust im kollektiven Gewissen der Deutschen einen unantastbaren Vorrang einräumte. Eine autoritäre Machtpolitik mit nationalistischen Obertönen war im Angesicht der Schoah undenkbar. Die Verantwortung gegenüber den ermordeten Juden schloss bestimmte aussenpolitische Optionen aus und erlaubte es dem westdeutschen Staat, lange Zeit in der Doppelrolle als Exportriese und bündnisgeschützter Politzwerg aufzutreten.<sup>12</sup>

Wollte man kein Heimatschriftsteller sein und nicht in die Nähe der Vertriebenenverbände gerückt werden, ging man dem Thema Vertreibung aus dem Weg. Die Stimmung gegen die Vertriebenen in dieser hochpolitischen Zeit gibt das Gedicht «Kleckerburg» (1967) von Günter Grass aus dem Zyklus «Zorn Ärger Wut» wieder:

Wie macht die Ostsee? – Blubb, piff, pschsch...  
Auf deutsch, auf polnisch: blubb, piff, pschsch...  
Doch als ich auf dem volksfestmüden,  
von Sonderbussen, Bundesbahn  
gespeisten Flüchtlingstreffen in Hannover  
die Funktionäre fragte, hatten sie  
vergessen, wie die Ostsee macht,  
und liessen den Atlantik röhren;  
ich blieb beharrlich: Blubb, piff, pschsch...  
Da schrien alle: Schlagt ihn tot!  
Er hat auf Menschenrecht und Renten,  
auf Lastenausgleich, Vaterstadt  
verzichtet, hört den Zungenschlag:  
Das ist die Ostsee nicht, das ist Verrat.  
Befragt ihn peinlich, holt den Stockturm her,  
streckt, rädert, blendet, brecht und glüht,  
passt dem Gedächtnis Schrauben an.  
Wir wollen wissen, wo und wann.<sup>13</sup>

Fast ein halbes Jahrhundert hatte so etwas wie stille Übereinkunft geherrscht, dass es den Deutschen nicht gut anstünde, an dem Leid zu rühren, das sie sich selbst zugefügt hatten oder dass ihnen in einem erbarmungslo-

sen Krieg angetan worden war. Dass ein so dramatisches, einschneidendes und so viele betreffendes historisches Ereignis über Jahrzehnte hinweg weder in der ernstzunehmenden deutschen Literatur noch in deutschen Filmen – unter welchen politischen und unpolitischen Aspekten auch immer – Ausdruck gefunden hat, «das nagt an dem Alten», schreibt Günter Grass. «Eigentlich, sagt er, wäre es Aufgabe seiner Generation gewesen, dem Elend der ostpreussischen Flüchtlinge Ausdruck zu geben: den winterlichen Trecks gen Westen, dem Tod in Schneewehen, dem Verrecken am Strassenrand und in Eislöchern, sobald das gefrorene Frische Haff nach Bombenabwürfen und unter der Last der Pferdewagen zu brechen begann, und trotzdem von Heiligenbeil aus immer mehr Menschen aus Furcht vor russischer Rache über endlose Schneeflächen.»<sup>14</sup>

Das Thema war vermint, und es gehörte zum guten Ton, Vertriebene per se in die rechtsradikale Ecke zu stellen, dennoch kann man durchaus Beachtliches in der deutschen Nachkriegsliteratur finden. Wie üblich gab es auch auf diesem Feld Strömungen, Konjunkturen, Annäherungen und Abgrenzungen. Seit 1980 hat sich Walter Kempowski mit Fluchtberichten beschäftigt und zuletzt 2006 den Roman *Alles umsonst* über eine Flucht aus Ostpreussen verfasst.

Schon unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik erschienen im Westen Ernst Wiecherts *Missa sine nomine* (1950) und Edwin Erich Dwingers *Wen» die Dämme brechen. Der Untergang Ostpreussens* (1950), ein Werk, das noch sehr in militärischen und nationalistischen Vorstellungen verhaftet war, ferner in millionenfacher Auflage der Illustriertenroman *Suchkind 312* (1955) von Hans-Ulrich Horster, aus der Feder Hugo Hartungs *Der Himmel war unten* (1951) und *Gewiegt von Regen und Wind* (1954). Zwei Romane eines Nichtvertriebenen, des evangelischen Pfarrers Kurt Ihlenfeld, der zuletzt in Niederschlesien tätig war, nämlich *Wintergewitter* (1951) und *Der Kandidat* (1959), sorgten ebenfalls für Aufsehen, und nicht zuletzt Hans Hellmut Kirsts *Gott schläft in Masuren* (1956) sowie *Die Wölfe* (1967).

Die masurischen Geschichten von Siegfried Lenz *So zärtlich war Suleyken* (1955) beschreiben die liebenswerte, ländliche Idylle Masurens. Mehr als eine Million Mal wurde das Buch gedruckt und ist damit eines der erfolgreichsten über den historischen deutschen Osten. Als es herauskam, stand der wirtschaftliche Aufbau noch im Vordergrund, und die Vertriebenen waren gedanklich noch lange nicht im Westen angekommen. Die gedachte Wirklichkeit Suleykens ist ein Gegenentwurf zur bedrückenden

Nähe der Vertreibung, denn diese ländlichen Geschichten sind in einer zeitlosen Ferne aufgehoben. Wie die Wirklichkeit aussah, zeigte Lenz in seinem Roman *Heimatmuseum* (1978), eine schonungslose Auseinandersetzung mit der Heimatthematik. Vordergründig geht es um die Bewahrung, Rettung, Wirkung und zuletzt Zerstörung der zusammengetragenen ostpreussischen Volkskultur. Eigentlich bewegt Lenz aber die Frage, ob es überhaupt sinnvoll ist, Erinnerungsstücke an die versunkene Vergangenheit aufzubewahren, da jedes Exponat Gefahr läuft, in unterschiedlichen historischen Epochen jeweils anders gesehen, angeordnet und eingesetzt und auch missbraucht zu werden. Der Sisyphusaufgabe, für ihr privates Heimatmuseum Exponate zusammenzutragen, widmen sich vor allem Zygmunt Rogalla und Conny Karrasch, zuerst in ihrer masurischen Heimatstadt Lucknow, nach der Vertreibung 1945 im schleswig-holsteinischen Egenlund. Zygmunt Rogalla, der in der nationalsozialistischen Zeit trotz aller Widrigkeiten liebevoll die kleinen Schätze der alten Heimat bewahrt hatte, droht – wie schon vor 1945 – erneut eine Vereinnahmung seiner Sammlung, diesmal von landsmannschaftlichen Funktionären, die ihr eine zeitkonforme Interpretation angedeihen lassen wollen. Er sieht keinen anderen Ausweg, als «von meiner letzten Freiheit Gebrauch zu machen» und die in seinem Heimatmuseum «gesammelten Zeugen unserer Vergangenheit in Sicherheit zu bringen, in eine endgültige, unwiderrufliche Sicherheit, aus der sie zwar nie wieder zum Vorschein kommen würden, wo sich aber auch niemand mehr ihrer bemächtigen könnte, um sie für sich selbst sprechen zu lassen».<sup>15</sup>

Günter Grass' *Blechtrommel* (1959), der unzertrennliche Begleiter des Oskar Matzerath, brachte einem grossen deutschen Publikum die Stadt Danzig näher. Der vierbändige Roman *Jahrestage* (1970 bis 1983), dessen Verfasser Uwe Johnson aus dem pommerschen Cammin stammte, enthält Bezüge zu Pommern und dem Vertriebenendasein. Arno Surminski, gebürtiger Ostpreusse, legte eine ganze Anzahl ostpreussenspezifischer Romane vor, darunter *Jokehnen oder wie lange fährt man von Ostpreussen nach Deutschland* (1974). Mit dem Vertriebenenschicksal in Schleswig-Holstein nach 1945 setzte sich sein Roman *Kudenow oder an fremden Wassern weinen* auseinander. Zu nennen wären auch Peter Härtlings *Janek. Portrait einer Erinnerung* (1966), *Zwettl. Nachprüfung einer Erinnerung* (1973) und *Nachgetragene Liebe* (1980) sowie Otfried Preusslers Erzählung *Die Flucht nach Ägypten. Königlich böhmischer Teil* (1978).

Horst Bienek legte einen vierbändigen Gleiwitz-Roman vor, den er selbst als kritischen Heimatroman bezeichnete: *Die erste Polka* (1975), *Septemberlicht* (1977), *Zeit ohne Glocken* (1979) und *Erde und Feuer* (1982)<sup>16</sup>. «Ich habe dieses Buch geschrieben», sagte Bienek, «weil diese Heimat, diese Welt nicht mehr da ist. Ich glaube, dass es für die Autoren, die aus dem Osten stammen, wie etwa Grass oder Bobrowski, eine grossartige Aufgabe ist, eine Welt zu beschwören, die vergangen ist; diese Welt sozusagen neu erstehen zu lassen. (...) Vertriebene sind wir alle in dem Sinne, dass wir aus der Kindheit in das Erwachsensein hinausgetrieben, vertrieben wurden. So möchte ich das verstanden wissen: nicht als Klage darüber, dass Oberschlesien einmal deutsch war, sondern als Erinnerungen an das, was einmal war und was nicht mehr ist.»<sup>17</sup> Was ihm vorschwebte, skizzierte Bienek folgendermassen: «(...) jetzt hatte eine Idee mehr und mehr von mir Besitz ergriffen: die Rekonstruktion einer Provinz. Nicht nur romanhaft und mehr oder weniger spannend, interessant, aufregend, die Schicksale einiger Menschen im Krieg zu erzählen, die aus der vielleicht ungewöhnlichsten, seltsamsten, fiebrigsten, ja, verrücktesten Provinz des alten Deutschland stammen, und von ihr, natürlich, auch auf eine besondere Weise geprägt wurden – sondern diese Provinz selbst. Die epische Chronik dieser ehemals österreichischen, ehemals preussischen, und jetzt muss man sagen: ehemals deutschen Provinz Oberschlesien. Bis zu ihrem Untergang im Jahre 1945. (...) Beschreibung von (...) Oderlicht und Septemberdunkel. Von Empörung und Gottesfurcht. Von dumpfer Begierde und frommer Entzückung. Von Deuschtümelei und Hass auf die anderen. Von Heimatliebe und Heimatvertreibung. Beschreibung deutscher Schuld.»<sup>18</sup>

Christine Brückner erzählt in der Romantrilogie *Jauche und Levkojen* (1975), *Nirgendwo ist Poenichen* (1977) und *Die Quints* (1985) von der pommerschen Gutsbesizertochter Maximiliane von Quint, die mit ihren vier Kindern auf die Flucht geht, ein Werk, das auch erfolgreich verfilmt wurde. Zu erwähnen ist ferner Helga Lippelts *Abschied von Popelken* (1984) und Autobiographisches: aus der Feder von Margarete Schelle *Ein Tagebuch aus Prag 1945-46* (1951), Käthe von Normann *Ein Tagebuch aus Pommern 1945-46* (1955), Hans Graf Lehndorff *Ostpreussisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945/47* (zuerst 1960), Marion Gräfin Dönhoff *Namen, die keiner mehr nennt* (1962), Christian Graf von Krockow *Die Reise nach Pommern* (1985) und *Stunde der Frauen. Bericht aus Pommern* (1988), Alexander Fürst zu Dohna-



«Flucht», Linolschnitt von Arthur Degner, 1960

«Für die Alten – für die, die seit Jahren vom Tod gebrabbelt hatten, um den Widerspruch der Jüngeren zu hören – wurde es Zeit, zu schweigen; denn was jetzt vor sich ging, das war ihr Tod, sie wussten es gleich, sie alterten in Wochen um Jahre, starben dann, nicht schön der Reihe nach und aus den verschiedensten Gründen, sondern alle auf einmal und aus ein und demselben Grund, mochte man ihn Typhus nennen oder Hunger oder ganz einfach Heimweh, was ein überaus triftiger Vorwand ist, um daran zu sterben.» So beschreibt Christa Wolf in dem Roman *Kindheitsmuster* das Leiden insbesondere der älteren Flüchtlinge und Vertriebenen. Der Corinth-Schüler und gebürtige Ostpreusse Arthur Degner hat in mehreren Linolschnitten den Exodus der Deutschen aus dem Osten dargestellt. Auch andere Künstler haben dies getan, aber es ist kein Werk entstanden, das so wie Picassos «Guernica» für den Spanischen Bürgerkrieg für dieses unfassliche Geschehen steht.

Schlobitten *Erinnerungen eines alten Ostpreussen* (1989) und Wolfgang Koeppen *Es war einmal in Masuren* (1991). Auch die Memoiren von zwei ehemaligen sowjetischen Offizieren, die das Grauen des Winters 1944/45 in Ostpreussen beschrieben, gehören in diesen Zusammenhang. Beide wurden wegen Mitleid mit dem Feind in sibirische Gulags verbannt. Alexander Solschenizyns *Ostpreussische Nächte* (1976) und Lew Kopelews *Aufbewahren für alle Zeit* (1976) haben viel Aufsehen erregt und die deutsche Öffentlichkeit sehr bewegt. Mittlerweile ist die Erinnerungsliteratur kaum noch zu überblicken.

Einen ganz eigenen Zugang zur Vertriebenenproblematik wählte Arno Schmidt. In *Die Umsiedler* (1953) fängt er die Atmosphäre der Nachkriegsjahre ein. Die Novelle erzählt vom Transport einer Gruppe Vertriebener von Niedersachsen in das pfälzische Alzey und von der auf dem Transport aufkeimenden Liebe zwischen einem ehemaligen Wehrmatsoldaten und der Witwe eines gefallenen Landsers. In *Steinernes Herz. Historischer Roman aus dem Jahre 1954 nach Christi* (1956) geht es um die Schlesierin Line Hübner. Sie hat die schlimmen Erfahrungen während der Vertreibung nicht verarbeitet und kann sich in die neue Umgebung nicht einfügen. Weil ihr Denken einzig auf die alte Heimat ausgerichtet ist, will sie in Ost-Berlin bleiben und auf keinen Fall für immer nach Niedersachsen übersiedeln, obwohl sie da ein besseres Auskommen hätte: «'Nee: *Ich muss wieder zurück*' erklärte sie; und: 'Neinnein: falls überhaupt Schlesien wieder mal friedlich dazukommen sollte: dann kriegts die Ostzone. Und nich der Westen hier.' (unbiegsam): 'Ich hör doch genau, was hier los iss! Nach Eurer Wiederaufrüstung bleibt Deutschland ewig gespalten!' (abschliessend): 'Neenee: ich will wieder nach Schlesiern.»<sup>19</sup>

Seit der politischen Wende hat die deutsche Literatur, als sei sie von einem Alp befreit, phantasiereiche und spannungsgeladene Werke zum Thema Flucht und Vertreibung, Vertriebene, Heimweh, Trauer und Schmerz hervorgebracht. Man stellte plötzlich fest, dass es sich bei den Traumatisierungen und Diskriminierungen der Vertriebenen durch Einheimische um ein gesamtdeutsches Phänomen handelte. Reinhard Jirgl, selbst Nachfahre Sudetendeutscher, der in der DDR nicht publizieren durfte und als Beleuchter an der Berliner Volksbühne arbeitete, präsentiert in seinem mehrfach preisgekrönten Roman *Die Unvollendeten* (2003) in ungewöhnlicher Weise seine Sicht auf Flucht und Vertreibung. Vier Frauen einer Familie aus dem Sudetenland und ihre Geschichten über sechs Jahrzehnte stehen im Mittelpunkt: Vertreibung, Heimatverlust, Entwurzelung und das



neue Leben in der Fremde in einem kleinen Dorf in der Altmark bis ins Jahr 2002. Die sudetendeutschen Frauen lassen die Drangsalierungen der Dörfler über sich ergehen in der Hoffnung, dass sie nur vorübergehend unter ihnen leben müssen: «Die Dörfler also begegneten diesen 3 Flüchtlingsfrauen, die übrigens kaum im Dorf-bei-den-Leuten sich zeigten, bei den ohnehin spärlichen Begegnungen mit grösstem Argwohn u offener Unfreundlichkeit. Nicht lange und das seltsame Verhalten der Fremden rief weitere üble Nachrede & andere, kaum versteckte Böswilligkeiten hervor. So liess Man die Frauen, die zuweilen Lebensmittel od: Medizin für die immer stärker hustende alte Frau auf anderen Gehöften erwerben mussten, selten nur mit Bargeld zahlen.... Die 3 Flüchtlingsfrauen aber quittierten derlei Boshaftigkeiten stets ohne Widerwort, bereitwillig u gott-ergeben; was die Dörfler nur zu weiteren Gehässigkeiten aufstachelte.: Die 3 wollten offenkundig von-Anfang-an, seit der 1. Stunde ihrer Ankunft – hier, sich zurückziehen, am liebsten klein sich machen, kleiner als der kleinste Käfer vor lauter Demut u Gewissensangst; wollten auf Nichts u Niemanden hier sich einlassen.?Wozu auch (mochten die sich denken), denn das-hier ist ja nur vorübergehend, ist nur Provisorium, und schon Bald – vielleicht schon gleich-Morgen – geht’s wieder zurück, in *die – !Heimat. ! Ja, die – !Heimat* ist unser! Wahres – ! einziges Zuhause (so gewiss die Überzeugung dieser Flüchtlinge mit aller Überheblichkeit u Arroganz der Demütigen).»<sup>20</sup>

Jirgls Stil, mit dem er die Erfahrung von Erniedrigung und Tod ausdrückt, hält sich eng an den Rhythmus der wörtlichen Rede. Das gibt ihm die Möglichkeit, die sich bis in die Gegenwart hinziehende Handlung als Bewusstseinsstrom darzustellen, in dem die Vertreibung in einer Art automatisierter Erinnerung, die sich in sprachlichen Klischees äussert, mitfließt.<sup>21</sup> Mit seinen phonetischen Umschreibungen und satztechnischen Marotten erinnert er an Arno Schmidt.

Auch Christoph Hein widmet sich in dem Roman *Landnahme* einem Vertriebenenschicksal in der Sowjetischen Besatzungszone und frühen DDR. Hein, 1944 in Schlesien geboren, erzählt von den aus Schlesien vertriebenen Habers im mitteldeutschen Guldenberg. Das Geschäft geht schlecht, weil am Ort keiner einem Vertriebenen einen Auftrag erteilt, und der Junge wird in der Schule vom ersten Tag an gedemütigt: «‘Ein Polacke’, sagte ein Junge aus einer der hinteren Reihen halblaut. Der Neue war zu dem Stuhl gegangen, den ihm die Lehrerin hingeschoben hatte, er drehte sich zur Klasse und, ohne den Arm zu heben, ballte er eine Faust und hielt sie einen Moment vor seinen Bauch, während er zu uns sah und mit den

Augen nach dem Jungen suchte, der die Bemerkung gemacht hatte. 'Das war sehr, sehr hässlich', sagte Fräulein Nitschke, 'und ich will dieses dumme Wort nie wieder hören. Nie wieder! Habt ihr verstanden? Und Bernhard ist kein Pole, er ist ein Deutscher genauso wie ihr.'<sup>22</sup> Hein beschreibt die grosse Fremdenfeindlichkeit, die den Schlesiern entgegenschlägt, mit äusserster Lakonie: «Was da in Pommern und Schlesien gelebt hatte, das seien Deppen und Faulpelze gewesen, die nichts Besseres verdient hätten. Nur dass sie ausgerechnet nach Guldenberg gekommen seien, das sei eine Strafe Gottes, die diese arme Stadt nicht verdient hatte.»<sup>23</sup> Es wird deutlich, wie die Schuld und das Elend, die nach dem verlorenen Krieg auf allen Deutschen lasteten, unbarmherzig denen aufgebürdet wurde, die alles verloren hatten. Der Hass gegen die «Umsiedler» geht durch alle Bevölkerungsgruppen und kennt keine Standesgrenzen. Zuerst wird die Habersche Werkstatt angezündet und brennt nieder, dann wird Bernhards über alles geliebter Hund getötet, und schliesslich baumelt der alte Haber in der Drahtschlinge von der Decke.

Zur selben Zeit wie *Im Krebsgang* erschien Jörg Bernigs *Niemandszeit* (2002), man nahm aber viel weniger Notiz von diesem Werk.<sup>24</sup> Bernig, geboren 1964 als Nachfahre deutschböhmischer Vertriebener, rückt ein Dorf im Sudetenland in der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum Spätsommer 1946 in den Mittelpunkt der Handlung. Bernigs Protagonisten sind Deutsche und Tschechen, ihre Familien haben in Böhmen friedlich als Bürger eines Vielvölkerstaates zusammengelebt, bis den einen wie den anderen erst ihre ethnische Identität und dann ihre wirtschaftliche und politische Benachteiligung bewusstgemacht worden ist. Der Einzelne hat keine Chance, sich aus dem blutigen Spiel um Macht und Besitz herauszuhalten. Die Grundlage der Vertreibung der Sudetendeutschen, die sogenannten Benes-Dekrete, erarbeitet der tschechoslowakische Staatspräsident im Londoner Exil: «Sie sollen sie haben, die saubere Trennung! Dachte der Präsident schon in England, als noch Krieg war. Der Präsident arbeitete bis tief in jene Nacht, und vielleicht glaubte er, dass er sich einschrieb in das Buch der Geschichte. Saubere Striche! Anders ging es nicht. Auch wenn dafür drei Millionen aus dem Land gejagt werden mussten.»<sup>25</sup>

Zu den neuen Autoren gehört auch Hans-Ulrich Treichel mit seinen beiden Romanen *Der Verlorene* (1999) und *Menschenflug* (2005), Tabuisierung in der eigenen Familie, Verdrängungen und Trauer beschäftigten

ihn: «Auch davon hatte Stephan keine Ahnung gehabt. Dass seine Eltern Zwangsarbeiter bei den Polen gewesen waren. Das Wort Zwangsarbeit war in seiner Familie nie ausgesprochen worden. Weder was russische oder polnische Zwangsarbeiter und auch nicht was Deutsche oder sie selbst als Zwangsarbeiter betraf. Gleichwohl hatte Stephan seine ganz eigene Vorstellung von dem, was Zwangsarbeit war. Schliesslich war ihm schon von frühester Kindheit an eingeprägt worden, dass Leben Arbeit und Arbeit Zwangsarbeit war. Und nicht ohne Bitterkeit dachte er daran, dass sein Vater auf seine Weise ein Leben lang ein Zwangsarbeiter gewesen war, ganz unabhängig von seinem Schicksal als Flüchtling. Und dass er zugleich versucht hatte, seine Töchter und vor allem seinen Sohn als Zwangsarbeiter zu erziehen. Zwangsarbeiter im elterlichen Geschäft und im Haushalt. Zwangslagerarbeiter oder Zwangsküchenhelfer. Bei Stephans Schwester Waltraud war das dem Vater am besten gelungen, sonst hätte sie wohl nie einen Landwirt geheiratet. Und die Tatsache, dass sie nie aus den Gummistiefeln herauskam, hätte den Vater glücklich gemacht. Einzig am Hund war sein Vater gescheitert, von dem er im Grunde auch erwartete, dass er sich sein Fressen durch Mitarbeit verdiente. Aber ein Langhaardackel war kein Ochse, den man vor einen Karren spannen konnte, auch wenn Stephan dies als Kind mit Nelli und einem Bollerwagen gelegentlich versucht hatte.»<sup>26</sup>

Immer mehr junge Autoren melden sich zu Wort, die ihre Familiengeschichten erzählen. Roswitha Schieb reiste in das Land ihrer Vorfahren, überrascht, «dass sich zwischen Berlin und Krakau eine Landschaft befindet, die ich bis dahin bloss für eine sentimentale Erfindung meiner Eltern gehalten hatte: Schlesien, polnisch Slask».<sup>27</sup> Petra Reski, die von ihrer ostpreussisch-schlesischen Familie wunderbar zu erzählen versteht, offenbart in *Meine Mutter und ich*: «Die Geschichte von der Flucht begleitete mich durch meine Kindheit wie eine alte Tante, deren Gewohnheiten ich zu kennen glaubte. Eine alte Tante, die in der Vergangenheit lebte und die immer das Gleiche erzählte. Eine Mischung aus Überlegenheit und Pietät hielt mich davon ab, nachzufragen, wie es sich mit dem Tschechen, dem Polen und dem Russen genau verhielt. Genau wollte ich es gar nicht wissen. Schliesslich war das alles schon lange her. Lange, lange, vor meiner Geburt.»<sup>28</sup> Das ist ein ganz neues Genre, denn mit Reski erzählen Kinder von Vertriebenen über ihre Kindheit und Jugend in deutschen Vertriebenenfamilien. Damals hörte die Autorin immer wieder: «Was hätten wir damals

auf der Flucht für einen Becher Milch gegeben, sagte meine Mutter, sie goss die heisse Milch in meine Tasse, und ich beobachtete, wie sich dort auf ihr eine Haut bildete. (...) Heisse Milch sollte mich retten. Und der Rotbäckchensaft, der morgendliche Esslöffel Sanostol und die gute Butter, die meine Mutter fingerdick auf meine Schulbrötchen strich, *sonst wird aus dir nichts*, und die ich heimlich mit dem Finger abkratzte. Ich atmete tief ein, setzte die Tasse Milch an meine Lippen, und meine Mutter sagte, dass die Deutschen im Sudetenland tot an den Bäumen gehangen hätten.»<sup>29</sup>

Jüngere Autoren suchen mit dem Schreiben ihre eigene Identität zu finden zwischen den Widersprüchen, mit denen sie aufwachsen, mit den Traumländern und dem Schweigen: «Ich fühlte mich nie als Westfälin. Obwohl ich, genau besehen, qua Geburt eine war. Aber in meiner Familie war nie von Westfalen die Rede, nie von den Wasserburgen der Münsterländer Bucht, nie vom Hellweg, von der Soester Börde, weder von Duisburg noch von Gelsenkirchen, sondern vom Ermland und der ostpreussischen Schweiz und vom Riesengebirge. (...) Es war, als lebten wir im Ruhrgebiet in einer fremden Wohnung, mit fremden Möbeln, Tapeten, die wir nicht ausgesucht hatten, mit Bildern, deren Bedeutung wir nicht konnten.»<sup>30</sup>

In *Ein Land so weit* berichtet Petra Reski von ihrem Widerstand gegen die ostpreussische Grossmutter, die so ewiggestrig wie stur immer noch Danzig sagt: «Ich schaue aus dem Fenster. Die Kirchturmspitzen stechen schwarz wie Scherenschnitte vom Himmel ab. Ab und zu rennt eine Wolke durch das Bild, getrieben vom Ostseewind. Und von Danzig aus nahmen wir das Schiff, sagte meine Grossmutter immer. Und ich bemerkte dann: Aber heute heisst es Gdansk. Sie übergang meine Bemerkung und erzählte weiter. Lauernd wiederholte ich: Gdansk, Gdansk! Von wegen: immer schon deutsch! Ich korrigierte sie ebenso unerbittlich wie folgenlos. Dies war Teil meines Kampfes gegen die Revanchisten: Jeden, der Danzig sagte, hielt ich für einen heimlichen Heim-ins-Reich-Deutschen, jeden, der vergass, vor Ostpreussen das Wort 'ehemalig' einzufügen, für einen unbeherrschbaren Deutschland-Deutschland-über-alles-Deutschen. Sie hatten schliesslich den Krieg angefangen, da schien es mir nur gerecht, dass sie ihre Heimat verlassen mussten. Nu, was wejsst schon, hatte meine Grossmutter geantwortet und mich dabei nicht mal angesehen.»<sup>31</sup>

Mit einfühlsamer Beobachtungsgabe schildert Reski den Umgang mit den wenigen Reliquien, die in der Familie an die alte Heimat erinnerten:



Eine aus Jaad in Siebenbürgen stammende Frau mit ihren Urenkeln an ihrem 80. Geburtstag, 1989

Wie stark die Bindung an die alte Heimat in manchen Familien noch ist, offenbart sich, wenn Enkel und Urenkel zu besonderen Anlässen in die Tracht aus der Heimat ihrer Urahnen schlüpfen, wenn sie sich zu Weihnachten auf Liegnitzer Bomben, Mohnklöße oder ostpreussischen Pfefferkuchen freuen. Vieles geht dennoch unwiederbringlich verloren und wird dann schmerzlich vermisst.

«Meine Grossmutter besass eine Kette aus Bernstein (...). Es war eine Kette von unregelmässig grossen, honiggelben Steinen, in denen Krümel, kleine Luftblasen und winzige Fliegen eingeschlossen waren. Jedes Mal, wenn sich meine Grossmutter die Kette anlegte, starrte ich auf die toten Fliegen, die nun auf dem Dekollete meiner Grossmutter ruhten, und schauderte. Jedem, der es hören wollte, erklärte sie, dass diese Kette aus der HEIMAT komme. Dabei fasste sie immer kurz an die Kette, wie um sich zu vergewissern, ob die HEIMAT noch da war. (...) Für alle anderen Erwachsenen, also jene, die immer schon auf dem gleichen Fleck im Ruhrgebiet gelebt hatten, waren die HEIMAT meiner Grossmutter und das 'Bei uns zu Hause' meiner Mutter nichts anderes als DRÜBEN. Das DRÜBEN passte mir noch weniger als die HEIMAT. Denn sie sprachen das DRÜBEN in einem Ton aus, als würde es nichts Gutes bedeuten. Und mir leuchtete auch ein, dass etwas, was nicht hier ist, nichts Gutes bedeuten konnte.»<sup>32</sup>

Kinder waren mit den Verletzungen und dem Schmerz der Eltern und Grosseltern konfrontiert, ohne ihn verstehen zu können. Trauer und Tränen stellten sich vor allem immer dann ein, wenn es etwas zu feiern galt und alle doch eigentlich glücklich sein sollten: «Am Ende einer jeden Familienfeier wurde immer das Ostpreussenlied gesungen, und danach weinten alle. *Land der dunklen Wälder und kristallinen Seen, über weite Felder lichte Wunder gehen.* Uns Kindern war das immer peinlich. Meine Grossmutter weinte, mein Grossvater weinte, meine Tanten und Onkel weinten, auch die Angeheirateten weinten, die Ostpreussen gar nicht kannten, nur meine Cousins und ich tranken Eierlikörflip und assen dazu Salzstangen. Die Tränen am Ende jeder Familienfeier gehörten dazu wie der gemischte Braten und die Gemüseplatte mit dem Blumenkohl in der Mitte, der mich durch meine Kindheit in den sechziger Jahren hindurch verfolgte.»<sup>33</sup>

Während die Generation derjenigen, die die Vertreibung als Kinder noch erlebt hatten, geschwiegen oder kaum mehr als Fussnoten beigetragen hat zur Geschichte jener Zeit, erzählt die Enkelgeneration über ihre vertriebenen Familien und deren Wurzeln. Tanja Dückers, geboren 1968, berichtet in *Himmelskörper* von ihrer westpreussischen Familie, die die Flucht überlebte, weil sie keinen Platz mehr auf der *Wilhelm Gustloff* fand und mit einem anderen Schiff schliesslich in den rettenden Westen gelangte.<sup>34</sup> Im Roman sucht die junge Wolkenforscherin Freia hinter das Geheimnis ihrer Familie zu kommen. Mit ihrer Mutter, einer pathologischen



### Briefmarken zum Gedenken an die Vertreibung und die Eingliederung der Vertriebenen

Jahrzehntlang erinnerte die Deutsche Bundespost an die verlorenen Landschaften im Osten. Briefmarken mit Motiven etwa aus Stettin, Breslau und Königsberg waren nicht unüblich, wurden aber im Laufe der Zeit seltener. Auch die Deutsche Bundesbahn stellte den Brauch, die Sonderzüge zu den Heimattreffen nach ostdeutschen Städten zu benennen, schliesslich ein. Auch das trug dazu bei, dass die Erinnerung verblasste und die Vorstellung davon, welche Bedeutung Schlesien, Ostpreussen und Böhmen für die kulturelle Vielfalt Deutschlands besitzen.

Sammlerin, die eine dunkle Vergangenheit nicht verarbeiten kann, fährt Freia nach Gdingen, dem Ausgangspunkt der Flucht. Als sie den Haushalt der Grosseltern auflöste, fand Dückers über Familiengeschichten und Dokumente ihre eigene Form des Zugangs zu der Auseinandersetzung mit Krieg, Flucht und Vertreibung.

Die Literatur über den historischen deutschen Osten und das Vertriebenendasein, das Leben in Familien ohne Wurzeln und damit die Identitätssuche ist inzwischen vielfältig. Eindrucksvoll sind gerade die literarischen Annäherungen von Vertriebenennachfahren, die die Überlieferungen innerhalb der Familien und den Heimatverlust von Eltern und Grosseltern verarbeiten. Das geschieht nicht nur im Roman, sondern auch in der Lyrik. Das Gedicht «Das Reich hinter der Scheibe» stammt von der 1960 in München geborenen Susanne Habel:

Oft und oft gehörte Erzählungen:  
Lehmkaule und Ziegelei, staubige Bahnhofsstuben,  
Schienenstränge in die Ferne,  
Truppentransporte in den Osten.

(...)

Oft und oft gehörte Erinnerungen.  
Eine andere Welt durch andere Augen, eine düstere  
Zeit und du,  
einsames Kind.  
Der Raum ist wieder erreichbar.

Aber das Land der Geschichten sehr fern.  
Eine andere Welt durch meine Augen, wie kommt es,  
dass ich sie wiedererkenne?<sup>35</sup>

In jüngster Zeit kommen auch Erinnerungen von Politikern heraus, die das Vertriebenendasein in den Mittelpunkt rücken. Peter Glotz' Memoiren *Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers* gehören dazu: «Der Krieg war für meine Generation eine reale Erfahrung im kleinen – Bomben, Vertreibung, Enteignung, Kunsthonig als Kostbarkeit, von den Trümmern eines zerbombten Hauses erschlagene Tanten. Im Grossen war er die Grunderfahrung, mit der alles anfang und die alles bestimmte. (...) Der Krieg war die Folie unter dem Pergamentpapier unserer bescheidenen Nachkriegsexistenzen. Wir zogen die Striche nach, die sich aus dieser Folie abdrückten.»<sup>36</sup>



Der ehemalige Sprecher der Bundesregierung, Uwe-Karsten Heye, legte die bewegende Geschichte seiner Familie vor, in der die Brüche deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert deutlich werden. Über sein Dasein als Flüchtlingskind sagte er: «Ich setzte die Erinnerungsbilder unserer Flucht zu einem Mosaik zusammen, Bilder aus eigener Erinnerung, Erzählungen meiner Mutter und Grossmutter, Bilder, dem Gedächtnis meiner Schwester entwunden. Sie fügen sich zu den Bilderfetzen, die mich bis heute im Traum heimsuchen (...). Anders als Bärbel, die stets mit Heimweh zu kämpfen hatte, kam ich niemals auch nur in die Nähe einer solchen Gefühlslage. Erst viel später als Erwachsener spürte ich so etwas wie Neid, wenn ich von Freunden oder Bekannten hörte, die von Klassentreffen erzählten. Oder von dem Pfarrer ihrer Gemeinde, dem sie Streiche gespielt hatten. Geschichten über ein gesichertes Zuhause. Lebensgeschichten, die von Heimat- und Familienverbundenheit erzählten.»<sup>37</sup>

Janosch, mit bürgerlichem Namen Horst Eckert, der aus dem ober-schlesischen Hindenburg stammt, nähert sich auf etwas andere Weise der Erinnerung an seine Heimat. Sein warmherzig humorvoller Heimatroman *Frau Cholonek oder Der liebe Gott aus Lehm* (1970), der in einer ober-schlesischen Industriestadt angesiedelt ist, stellt eine Liebeserklärung an die ober-schlesischen Menschen dar. Michel Tourniers, ein französischer Autor, der als Kriegsgefangener in Ostpreussen lebte, hat schon vor mehr als dreissig Jahren den Roman *Der Erbkönig* (1972) verfasst, der in Ostpreussen spielt.

Herta Müller, geboren 1953 in Nitzkydorf im rumänischen Banat, machte die Spätaussiedlung Deutscher aus Ost- und Südosteuropa zum Thema ihres Romans *Der Mensch ist ein grosser Fasan auf der Welt* (1986), in dem sie das Schicksal der Rumäniendeutschen beschreibt. Der Schriftsteller Oskar Pastior (1927-2006), geboren im siebenbürgischen Hermannstadt, war zeitlebens geprägt von seiner rumäniendeutschen Herkunft und der fünfjährigen Deportation als Siebzehnjähriger in die Sowjetunion. Nikolaus Berwanger (1935 bis 1989) aus Freidorf bei Temeswar im rumänischen Banat lebte – wie er sagt – seit 1984 im permanenten Exil in der Bundesrepublik, wo er stets ein unbequemer Geist blieb. Für ihn bedeutete Vertreibung nichts anderes als erzwungenes Exil. In seinem Gedicht «Der grosse Schwabenausverkauf» richtet er seinen kritischen Blick auf Ankunft und Eingliederung der Banater Schwaben in der Bundesrepublik:

nein nein nein  
geschickte haben sie nie gemacht  
die sogenannten Schwaben  
aus dem rumänischen banat  
die es einfach nicht fassen können  
dass man sie im himmlischen mutterland  
nicht mit pauken und trompeten empfängt  
keine blaskapelle der bundeswehr  
eigens zu diesem historischen augenblick  
antreten lässt  
was wollen sie eigentlich  
diese komischen typen vom balkan  
wer ruft sie wer vertreibt sie und warum

der angeblich von ihnen gestreute kulturdünger  
ist längst versickert im müll jüngster geschichte  
und dabei scharwenzelten sie  
vor der jeweiligen staatlichen obrigkeit  
wie getreue hunde vor der schönen herrin

.....<sup>38</sup>

### Vertriebene in der Literatur der DDR

In der DDR mussten die wenigen Werke, die zu dem politisch veremten Thema Vertreibung veröffentlicht wurden, den Heimatverlust als allein von den Vertriebenen zu zahlenden Preis für die Untaten des NS-Regimes darstellen; Verbrechen der Sowjetalliierten hatte es nicht gegeben, nur Untaten der Westalliierten und natürlich der Deutschen selbst. Die neue Grenzziehung war als endgültig zu betrachten. Für die SED galt die Maxime, dass es nur eine Heimat geben könne, nämlich die neue im Sozialismus, der alle Menschen gleichbehandle. Infolge von Zensur, Beachtung von Tabus und ideologischen Vorgaben herrschte eine kleingeistige Enge in der Literatur.<sup>39</sup>

Ein Schmierestück stalinistischer Provenienz ist das erste Werk, das sich mit dem Thema Vertreibung aus dem Osten auseinandersetzte. Benno Voelknens *Die Tage werden heller* (1952) spielt in Danzig, wo glückliche Danziger einem Sowjetoffizier vom Viehwaggon aus, der sie in den Westen deportiert, Freundschaftsgrüsse und Dank für ihre Aussiedlung zuwinken. Die Handlung setzt ein mit dem Zusammenbruch, die letzten

Flüchtlingsschiffe sind ausgelaufen, einige untergegangen. Sie waren ohnehin nur für die «braunen Bonzen» bestimmt, während die «Kleinen, die Dummen, die Betrogenen» zurückgeblieben waren.<sup>40</sup> Das ist eine perfide Darstellung angesichts der Zehntausende von toten Zivilisten, der Frauen und Kinder auf der *Gustloff Steuben* und *Goya*. Nach Danzig kamen die Polen: «Die Polen übernahmen die Verwaltung des Gebiets. Die ordnende Hand wurde stärker spürbar. Mit dem Militär setzte ein täglicher Zustrom von Zivilpolen ein.»<sup>41</sup>

Der gebürtige Danziger Voelkner verhehlt nicht, dass die Danziger ihre Heimat nicht verlassen wollen, doch ein gütiger sowjetischer Kapitän bringt sie dazu zu begreifen, «wie notwendig die Umsiedlung ist»,<sup>42</sup> und begleitet die begeisterten und dankbaren Danziger schliesslich zum Bahnhof. Spätestens von dieser Stelle an, so urteilte der Germanist Louis Ferdinand Helbig,<sup>43</sup> liefert der Roman eine der übelsten Geschichtsklitterungen der DDR-Literatur: «‘Wir danken Ihnen, Kapitän Andrejew, wir danken Ihnen ...’. Mehr konnte Karl Stierner nicht antworten. Auch seine Frau reichte dem Kapitän die Hand und nickte stumm zu ihm hinauf; sie wusste, was sie gerade ihm verdankte. Während sie zurückgingen, sagt Anna Wedel: ‘Er wird uns fehlen, wir haben viel verloren’. ‘Viel verloren ...?’ wiederholte Karl Stierner. Dann meinte er, halb versunken in Gedanken: ‘...verloren? Gewiss. Doch wieviel haben wir durch ihn gewonnen!’»<sup>44</sup> Der Gewinn der sozialistischen Freundschaft mit den sowjetischen Waffenbrüdern erfüllt sie mit Dankbarkeit, Vertreibung und Heimatverlust, das sehen sie schliesslich ein, sind doch nur zum Besten aller.

Die Integration der «Umsiedler» verlief längst nicht so, wie die propagandistische Aktion der SED «Junkerland in Bauernhand» vorgab. Anna Seghers machte sich als erste zur Fürsprecherin der Heimatlosen, die den sozialistischen Verheissungen zum Trotz arm und deklassiert waren und vergeblich auf eine Besserung ihrer sozialen Verhältnisse hofften. Mit der Kurzgeschichte *Die Umsiedlerin* (1952) gab die namhafte Exilautorin und hochgeehrte DDR-Bürgerin ein Startsignal. Sie behandelt die sozialen Probleme der Vertriebenen in der SBZ und deren Desintegration, doch sie verschleiern die Umstände von Flucht und Vertreibung. Heiner Müller folgte ihrem Beispiel mit dem Theaterstück *Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande* (1961).<sup>45</sup> Als das Stück vier Wochen nach dem Mauerbau uraufgeführt wurde, galt es als konterrevolutionäre Provokation. Widersprü-

che zwischen Bodenreform und Kollektivierung der Landwirtschaft in Szene zu setzen, galt als Staatsverbrechen. Die Schauspieler kamen mit Parteistrafen davon und durften nach einer öffentlichen «Selbstkritik» weiter auftreten, der Autor aber wurde aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen, was Publikationsverbot bedeutete. «Du wirst bedient nach Wunsch, Umsiedler», hiess es ironisch in dem Stück.<sup>46</sup> Offiziell geniessen die Vertriebenen zwar die Unterstützung der Zonenverwaltung, von Staat, Partei und Bevölkerung, doch in Wahrheit herrscht noch immer die alte Korruption. Mit Geld und Drohungen versuchen die Altbauern, darunter Grossbauer Rammler, die Fäden in der Hand zu behalten: «(...) die Rote Armee kam mit der Rechnung für vier Jahre Krieg, Menschenschinden und verbrannte Erde, aber mit Frieden auch und Bodenreform.

Da war das Stiefellecken nicht mehr Trumpf  
Das Zuckerlecken noch nicht: Brachland gabs  
Zu viel, Zugvieh zu wenig, Trecker keinen.  
Da frass der Grosse wieder den Kleinen auf.»<sup>47</sup>

Zum Schaden tritt die Verachtung, denn die Einheimischen haben auch hier eine schlechte Meinung von den Vertriebenen:

«Bauer

Ein Unglück bleibt nicht allein. Wir haben  
Den Abschaum aus dem Osten schon am Hals  
Jetzt kommt der Kehricht aus der Stadt hinzu,  
Wir sind der Schuttplatz.

Siemoneit (schlägt ihn)

Das ist für den Abschaum.

Bauer

Hebst du die Hand auf gegen einen Deutschen?  
(Heinz pfeift die ersten Takte des Deutschlandliedes)

Ein anderer Bauer (schlägt Siemoneit)

Dir werd ich zeigen, wer hier deutsch ist, Pollack.»<sup>48</sup>

Müller provoziert, indem er Schimpfwörter benutzt, die im täglichen Miteinander gebräuchlich sind. Sie wiegen schwer, weil sie Geist und Buchstaben des DDR-Freundschaftsvertrages mit Polen von 1952 zuwiderlaufen-«Abschaum», «Polacken», zugleich offenbaren sie das gefährliche Erbe einer Zeit, die noch nicht lange zurücklag, die aber in der sozialistischen Gesellschaft als überwunden galt.

Weitere kritische Stimmen folgten. Peter Hucheis (1903-1981) fragmentarisches Gedicht «Das Gesetz» erschien 1950, als er Chefredakteur der Kulturzeitschrift *Sinn und Form* war. Hüchel wollte unter dem Eindruck der Bodenreform von 1945/46 Flucht und Vertreibung im letzten Kriegsjahr und den hoffnungsvollen Neuanfang in der neuen «Heimat» darstellen. Das Gedicht blieb ein Fragment, da er nach 1955 die in die Bodenreform gesetzten Hoffnungen enttäuscht sah. Hüchel musste schliesslich seine Stellung aufgeben und kehrte der DDR 1971 den Rücken.

Erwürgte Abendröte  
stürzender Zeit!  
Chausseen. Chausseen.  
Kreuzwege der Flucht.  
Wagenspuren über den Acker,  
der mit den Augen  
erschlagener Pferde  
den brennenden Himmel sah.

Nächte mit Lungen voll Rauch,  
mit hartem Atem der Fliehenden,  
wenn Schüsse  
auf die Dämmerung schlugen.  
Aus zerbrochenem Tor  
trat lautlos Asche und Wind,  
ein Feuer,  
das mürrisch das Dunkel kaute.

Tote,  
über die Gleise geschleudert,  
den erstickten Schrei  
wie einen Stein am Gaumen.  
Ein schwarzes  
summendes Tuch aus Fliegen  
schloss ihre Wunden – während in heller Sonne  
das Dröhnen des Todes weiterzog

Weitere Werke, in denen die Autoren Flucht, Vertreibung und Heimatverlust aufgriffen – wenn auch meist sehr kryptisch –, waren *Als die Uhren stehen blieben* (1957) von Werner Steinberg, *Böhmen am Meer* (1962) von Franz Fühmann, *Schlesisches Himmelreich* (1968) von Hildegard Maria Rauchfuss, *Die Reise nach Jaroslaw* (1974) von Rolf Schneider, *Die Überlebende* von Kurt David, *Blickwechsel* (1972) und *Kindheitsmuster* (1976) von Christa Wolf, *In Annas Namen* (1987) von Helga Schütz und *Wir Flüchtlingskinder* (1985) von Ursula Höntsch. Ganz zum Schluss folgte noch Werner Heiduczek mit *Zabrze* (1989) sowie *Im gewöhnlichen Staliniismus. Meine unerlaubten Texte* (1991).

Eine besondere Rolle spielt Christa Wolf, gebürtig aus dem neumärkischen Landsberg an der Warthe. 1976 begann sie, sich intensiv mit dem Thema ihrer Herkunft auseinanderzusetzen. In *Kindheitsmuster* stellt sie die alte Heimat als Hort kleinbürgerlicher Beschränktheit dar, die im Nationalsozialismus aufging.<sup>50</sup> Als sie Anfang der 1970er Jahre ihren Geburtsort besucht, kommt kein Heimatgefühl auf, die Heimat erscheint unheimlich. Im Roman wird nachvollzogen, wie die Heldin durch eine musterhafte Umerziehung jedes Gefühl für Heimat verliert. Trotzdem ist dies ein bedeutendes Werk zum Thema Flucht, Vertreibung und Heimatverlust, weil das erkennbare Denkmuster der ideologischen Vorgeschichte von Flucht und Vertreibung sehr detailliert abgehandelt wird. Für Christa Wolf und die sechzehnjährige Nelly Jordan aus dem Roman ist Landsberg an der Warthe in der brandenburgischen Neumark die verlorene Heimat.

Im Januar 1945 erfolgt die «Flucht wider Willen» aus Landsberg;<sup>51</sup> zum ersten Mal wird bei der Schilderung der Ereignisse nicht das unaufrichtige Wort «Umsiedlung» verwandt. Man reicht Nelly einen erfrorenen Säugling zu, sie hört die Mutter des Kindes schreien. Ihr persönlicher Zusammenbruch und der Zusammenbruch im Grossen sind das Zeichen zur Flucht. Die Erzählerin verwendet viel Mühe darauf, das ständige Hinauszögern des Aufbruchs mit dem Verhältnis der Mutter zum Besitz zu verbinden. In Wahrheit will die Mutter wohl nichts anderes, als das Ladengeschäft und die Wohnung beschützen. Der Vater ist beim Volkssturm an der Front und wird erst Jahre später halbverhungert aus der Sowjetunion zurückkehren. Nachdem der Räumungsbefehl ergangen ist, wird knapp der Fluchthergang wiedergegeben: «Natürlich stand kein Transportraum zur Verfügung. Die Szenen, die sich auf dem Bahnhof abgespielt haben, mag

der beschreiben, der sie miterlebt hat. Am Abend des gleichen Tages, des 29. Januar 1945, wurde der letzte überfüllte Flüchtlingszug von den sowjetischen Panzerspitzen, welche die Stadt südlich umgangen hatten, vor Vitz in Brand geschossen.»<sup>52</sup> Für die Literatur der DDR revolutionär ist der Satz: «Man lässt den Auszug aus der Heimat nicht unbeweint.»<sup>53</sup>

In *Böhmen am Meer*, einem fiktiven Handlungsort in Shakespeares *Wintermärchen*, beschäftigt sich Franz Fühmann mit der Absurdität des Heimatverlustes. Der aus Rochlitz an der Iser stammende Autor beschreibt das Schicksal von Sudetendeutschen, die nach der Vertreibung an der Ostsee landen, ein extremes Sinnbild für Entwurzelung und Heimatlosigkeit. Die Zimmerwirtin des Erzählers wird mit ihrem fünfjährigen unehelichen Sohn aus einem kleinen Dorf im Riesengebirge ans Meer verschlagen. Während die Leute aus Böhmen die See in der Regel lieben, hat sie eine nahezu unüberwindliche Aversion gegen das Meer. Das ans Meer verlegte Böhmen wird zur Metapher für die Probleme der «Umsiedler»: Das ehemalige böhmische Dienstmädchen, das infolge eines traumatischen Erlebnisses mit seinem Gutsherrn an diesem Ort unter manischer Angst leidet, soll lernen, Verlust und Trauer anders zu verstehen, als es das, befangen in den alten Vorstellungen, bisher getan hat: «Sie hat zum ersten Mal im Leben menschliche Güte erfahren, sagte ich, und will sie nicht verlieren, darum erträgt sie sogar das Meer.»<sup>54</sup> Nun lässt Fühmann den ehemaligen Gutsherrn auftreten, der auf einem Egerländer Heimattreffen im Westteil Berlins spricht. Er inszeniert dieses Treffen als Kontrast zum sozialistischen Optimismus. Mit bissiger Kritik beschreibt der Erzähler die «toten Kostüme» der Egerländer, «es waren Kostüme von einer Volksgruppe, die es nicht mehr gab».<sup>55</sup> Die Schuldigen an Faschismus und Krieg setzen in der Bundesrepublik ihr verbrecherisches Treiben unvermindert fort, während in der DDR Lehren aus der Geschichte gezogen werden. In der Menschlichkeit der neuen, sozialistischen Gesellschaft finden die «Umsiedler» erst wirklich ihre Heimat: «(...) und in dem einen Deutschland gab man den Umsiedlern ein Stück Land und eine Wohnung und eine ehrliche Arbeit und in dem anderen steckte man ihre Kinder in tote Trachten und speiste sie ab mit einer Hoffnung, die mörderisch war.»<sup>56</sup> In Fühmanns Roman kommt das Wort «Vertreibung» nicht vor. Das Werk ist ein Beispiel für die Unterwerfung eines Schriftstellers unter die ideologische Doktrin der SED.

Wer genauer hinsah, gewahrte aber zwischen den Zeilen eine Kultur,

die an den Osten erinnerte, auch an Ostpreussen. Zu den Schriftstellern, die nach dem Krieg in dem Teil Deutschlands lebten, in dem die Vertreibung als «Umsiedlung» bezeichnet wurde, gehörte Johannes Bobrowski, 1917 in Tilsit geboren, das nun «Sowjetsk» hiess. Der bedeutende Lyriker Bobrowski hat zwei Gedichtbände herausgegeben – *Sarmatische Zeit* (1961) und *Schattenland Ströme* (1962). Ein dritter Band erschien im Jahr nach seinem Tod unter dem Titel *Wetterzeichen* (1966). Als Konstrukt einer idealistischen Landschaft wurde das geographisch kaum verortbare «Sarmatien» zum Ort der «gewollten Lebensgeschichte» Bobrowskis.<sup>57</sup> Die Wahl des Erinnerungstopos traf Bobrowski jedoch aus seiner Gegenwart, mit seinem Fundus an persönlichen Erfahrungen über die Grauen der Wehrmacht in der Sowjetunion. Solche konstruierten historischen Kontinuitäten und Parallelen entsprachen der offiziellen «antifaschistischen» Historiographie der DDR. Damit wurde er dem antifaschistischen Duktus der offiziellen DDR-Kultur gerecht, doch darüber hinaus nahm man ihn als Lyriker mit Gedichten wie «Die Daubas» auch im Westen wahr, ebenso in Litauen, Russland und Polen:

So in der Nacht,  
einfacher Landschaft Bild  
in den Händen, Heimat,  
dunkel am Rand,  
ruf ich zu euch,  
Gequälte. Kommt, Juden,  
slavische Völker, kommt,  
ihr anderen, kommt,  
dass ich an eures Lebens  
Stromland der Liebe vertane  
Worte lernte, die Reiser,  
die wir pflanzen den Kindern,  
würden ein Garten.  
Im Licht.<sup>58</sup>

In den 1970er Jahren änderte sich die DDR-Kulturpolitik zunächst kaum merkbar, doch man konnte plötzlich auch ostpreussische Literatur finden wie Hermann Sudermanns *Miks Bumbullis und andere Geschichten* (1958) sowie Christian Donelaitis' *Die Jahreszeiten* (1970) oder Johannes Bobrowskis *Levins Mühle* (1964) und *Litauische Claviere* (1966), deren Handlung in Ost- und Westpreussen angesiedelt ist. 1978 erschien Helmut



Welz' *In letzter Stunde*, eine Biographie des ersten Chefs der DDR-Panzertruppen, des Ostpreussen Arno von Lenski. Drei Jahre später beschrieb Klaus Jürgen Hofer seine wissenschaftliche Arbeit in *Ein Jahr in Masuren*, ein Buch, das die Käufer den Buchhändlern förmlich aus der Hand rissen, so dass es binnen wenigen Wochen vergriffen war. Das waren erste, zaghafte Schritte auf dem Weg zu einer partiellen Öffnung, auf dem man in den 1980er Jahren weiter vorankam. Der ehemalige Chefredakteur der Kulturzeitschrift *Sinn und Form* und ostpreussische Altkommunist Wilhelm Girnus rekapitulierte sein Leben in Ostpreussen und seine elfjährige KZ-Haft in *Aus den Papieren des Germain Tawordschus* (1982). Elisabeth Schulz-Semrau berichtete in *Suche nach Karalautschki* (1984) von ihrer Heimatstadt Königsberg. 1983 erschien ein Nachdruck von Ernst Wicherts *Litauischen Geschichten*. Die Berichte von Kurt Eisner über den Königsberger Sozialistenprozess von 1904 wurden 1988 unter dem Titel *Der Geheimbund des Zaren* erneut herausgegeben, Manfred Ohlsen beschrieb in *Eisenbahnkönig Bethel Henry Strousberg* (1987) Leben und Werk des Neidenburgers, und Rolf Weber beschäftigte sich in *Das Unglück der Könige* mit dem Königsberger Arzt und Demokraten Johann Jacoby (1987).<sup>59</sup>

Ursula Höntsch-Harendts Roman *Wir Flüchtlingskinder* stellte dann 1985 eine wirkliche Zäsur dar. Die Autorin überwandt viele Tabus und nutzte dabei bewusst den schlesischen Dialekt. Die zweite Auflage des Werkes erschien 1991 und enthielt im Anhang «Briefe ehemaliger Flüchtlingskinder» an die Autorin, die 1934 im schlesischen Frankenstein geboren wurde. Diese Briefe geben einen Eindruck davon, auf wieviel Interesse die Geschichte stieß, wozu die Autorin bemerkte: «Unerwartet viele Briefe sind mir geschrieben worden, bald nachdem mein Buch 'Wir Flüchtlingskinder' erschienen war. Und mit jeder Auflage kamen neue Leser, neue Briefschreiber hinzu. (...) Ich wusste ja, dass die einstigen Flüchtlinge hierzulande im gesellschaftlichen Gedächtnis nie eine Rolle gespielt hatten und ihre Heimat als nicht existent erklärt worden war, als hätte sie nicht auch zur deutschen Vergangenheit gehört. Nicht einmal den Schmerz um die verlorene Heimat ausserhalb der eigenen vier Wände auszusprechen, war ihnen erlaubt. Auch deshalb schrieb ich dieses Buch – spät zwar, aber doch auch nicht zu spät.»<sup>60</sup>

Erstmals taucht bei Ursula Höntschs der Begriff «Flüchtlinge» auf. Geschildert wird die Geschichte der Liegnitzer Arbeiterfamilie Hönow, die 1945 nach Sachsen flieht, nach Schlesien zurückkehrt und von dort einige

Zeit später vertrieben wird. In dem Dorf in Sachsen-Anhalt, wo sie schliesslich Aufnahme findet, wird auf einer Flüchtlingsversammlung zu Weihnachten das verbotene Riesengebirgslied angestimmt: «Bei der Zeile ‘Riesengebirge, deutsches Gebirge’ war der kleine dicke Mann auf dem Podium unruhig geworden. Er fuhr sich ein paarmal mit dem Taschentuch über die Glatze, stand schliesslich auf und rief: ‘Das ist verboten! Da verstummen die Leute. Mutter aber wollte wissen, wer’s verboten habe und wo das geschrieben stehe. Weil sie keine Antwort bekam, stimmte sie die zweite Strophe an, und einige sangen mit. Ihr war wohl der Schnaps schon zu Kopf gestiegen. (...) Hans Rathmann sagte, er könne verstehen, dass wir unsere Heimatlieder singen möchten. Bloss bei diesem Lied wäre es nun einmal so, dass das Riesengebirge jetzt zu Polen und zur Tschechoslowakei gehöre. «Deutsches Gebirge’ klänge dann, als erkenne man nicht an, was die Alliierten beschlossen hätten.»<sup>61</sup>

Die heimwehkranken, singenden «Revanchisten» finden in diesem Werk Nachsicht: «Vater und Mutter, die Wegners und Szczepanskis aber wussten nichts von Revanchismus. Sie wollten auch gar nicht marschieren oder Reden hören. Sie wollten ganz einfach nur mit ihren Landsleuten zusammen sein, Erinnerungen austauschen, ihre Lieder singen und von ihren Bergen und Flüssen, Dörfern und Städten erzählen. (...) ‘Da hätte man ja die Grenze auch bis zur Lausitz und noch weiter westlich ziehen können, dort waren nämlich auch mal Polen, da könnten ja auch die Römer zum Rhein ziehen und die Dänen nach Mecklenburg. Weil Schlesien bis ins vierzehnte Jahrhundert hinein ein polnisches Herzogtum unter den Piasten gewesen ist, damit lässt sich doch wohl noch keine Grenzkorrektur rechtfertigen, da kann man ja gleich die halbe Welt neu aufteilen.’»<sup>62</sup>

Behandelt wird auch das heikle Thema der Oder-Neisse-Linie und das Görlitzer Abkommen 1950. Die Mutter weint, als sie davon erfährt.<sup>63</sup> «Vor zwei Wochen ist etwas sehr Ereignisreiches geschehen, was sicherlich einmal in die Geschichte eingehen wird. Otto Grotewohl hat das Abkommen über die Grenze an Oder und Neisse unterschrieben. Darüber wurde auch in unserer Klasse heiss diskutiert. Die meisten sind für diese Grenze, aber einige der Flüchtlingskinder sind es nicht. Cilli hat sich mit unserer Klassenlehrerin regelrecht in die Haare gekriegt, weil die Bauer so tat, als ob es niemanden gäbe, der wieder zurück möchte. Auch ich habe ihr meine Meinung gesagt, aber nicht so scharf, nämlich als sie behauptete, dass in Schlesien schon immer Slawen gelebt hätten. Das ist doch nur die halbe

Wahrheit, und halbe Wahrheiten sind schlimmer als Lügen. Meine Eltern tun mir sehr leid. Sie sind sehr niedergeschlagen. Ich glaube manchmal, sie würden lieber unter den Polen leben, weil sie dann eben zu Hause wären. Sie vermissen die weiten Wälder und die Berge, einfach alles, und sie kommen auch mit dem Menschenschlag hier nicht so zurecht und auch nicht mit der neuen Ordnung, aber das braucht wohl seine Zeit. Als Vater weg war, habe ich Mama nach langer Zeit weinen sehen.»<sup>64</sup>

Hier wird nicht beschönigt: «Richtig gefallen tut's mir in Emmendorf nicht. Es sind hier noch mehr Flüchtlinge. Die Kinder von hier lachen uns aus, weil ich anders spreche. Sie laufen hinter mir her und rufen: 'Pollack!' Dabei bin ich doch gar keine Polin. Einmal haben sie sogar mit Steinen geworfen. Wenn ich nicht so schnell rennen könnte, hätten sie mich bestimmt getroffen.»<sup>65</sup> Es klingt an, dass die Integration nicht gelungen ist, dass die Eltern in der neuen sozialistischen Heimat nicht glücklich sind: «Meine Eltern sind auch nicht mehr so wie früher, sie lachen gar nicht mehr und sprechen immerzu von zu Hause und dass es ungerecht ist, dass nur die Schlesier für den Krieg bezahlen müssen, weil wir doch nicht allein schuld sind. Wer ist denn bloss schuld daran? Nicht bloss dieser Hitler? Ich wünsche mir so sehr, dass sie eines Tages wieder lachen, denn traurige Eltern zu haben ist nicht schön, weil man da als Kind auch traurig wird. Wenn sie doch bloss alles vergessen könnten, aber ob das überhaupt geht?»<sup>66</sup>

Die Trauer der Eltern macht das Kind nachdenklich: «Mich beschäftigte noch etwas anderes. An diesem Tag, am 8. Juli 1950, hatten die Zeitungen über das Grenzabkommen an Oder und Neisse geschrieben. Robert war derselben Meinung wie ich, dass Polen für alles Unglück entschädigt werden musste. Dass ich trotzdem plötzlich traurig wurde, verstand er nicht, und ich konnte es ihm nicht erklären.»<sup>67</sup>

Die Aufmerksamkeit des Kindes richtet sich nun auf den Vater: «Dieser Sonntag hatte Vater verändert. Er begann immer mehr in die Vergangenheit zu flüchten. Und die Vergangenheit hiess Schlesien. (...) Er erzählte uns während der Stromsperren (...) Geschichten, rezitierte Gedichte, die ich alle lernte, sang Lieder. Ich bewunderte sein Gedächtnis. Damit nichts verlorengehe, schrieb er manches nieder, auf Zeitungsränder und Kalenderblätter. Von wem hätte ich sonst wohl etwas über das Land meiner Ahnen erfahren, wie viele Dichter wären mir unbekannt geblieben, wie viele Gedichte, wie auch das von Max Herrmann-Neisse, der 1933 emigrieren musste.

## Heimatlos

Wir ohne Heimat irren so verloren  
und sinnlos durch der Fremde Labyrinth.  
Die Eingebornen plaudern vor den Toren  
vertraut im abendlichen Sommerwind.  
Er macht den Fenstervorhang flüchtig wehen  
und lässt uns in die lang entbehrte Ruh  
des sichren Friedens einer Stube sehen  
und schliesst sie vor uns grausam wieder zu.  
Die herrenlosen Katzen in den Gassen,  
die Bettler, nächtigend im nassen Gras,  
sind nicht so ausgestossen und verlassen  
wie jeder, der ein Heimatglück besass  
und hat es ohne seine Schuld verloren  
und irrt jetzt durch der Fremde Labyrinth.  
Die Eingebornen träumen vor den Toren  
und wissen nicht, dass wir ihr Schatten sind.»<sup>68</sup>

Da man selbst nicht offen trauern darf, wird ganz bewusst der Schmerz des Vertriebenen am Beispiel des Schlesiens Max Herrmann-Neisse deutlich gemacht, der 1933 als Jude von Deutschen aus Deutschland verjagt wurde.

Die Tabubrüche nahmen zu. Die Umgehung der strengen, unbarmherzigen Zensur, die menschliches Leid ideologischen Vorgaben unterordnete, wurde in den 1980er Jahren möglich. «Etwas will erzählt werden», mit diesem Satz beginnt der autobiographische Roman *Suche nach Karalautschi* der Königsbergerin Elisabeth Schulz-Semrau. «Karalautschi» ist der aus dem Litauischen entlehnte Name für Königsberg, was leicht zu entziffern war, da auf dem Umschlag des Buches klar erkennbar das Königsberger Schloss prangte. «Etwas will erzählt werden. Aber warum gerade das? Und warum es jetzt erzählen?», steht in dem Buch über Königsberg, dessen Name nicht erwähnt werden durfte, der Heimatstadt der Autorin, und die Antwort lautete: «Und obwohl sie da ist, nicht verschwunden wie dieses Vineta, fürchte ich sie zu verlieren. Ohne meine Kindheitslandschaft würde ich sein wie jener Mann, der seinen Schatten verkaufte.»<sup>69</sup>

# Mehr als Trachten und Heimattümelei

## Das kulturelle Erbe der Vertriebenen

### Das Vermächtnis der verlorenen Landschaften

Das niedersächsische Dorf Friedland war als «Spielfeld der Geschichte» eigentlich nicht vorgesehen.<sup>1</sup> Mehr als 3,5 Millionen Schicksale sind im dortigen Lager registriert. Hier kamen nach dem Zweiten Weltkrieg die vertriebenen Deutschen aus dem Osten an und mit ihnen die ganze Vielfalt dieser Welt. Hier begann für Millionen Deutsche nach Flucht, Vertreibung oder Spätaussiedlung der schwierige Anfang in der neuen, kalten Heimat.

«Die Integration der Vertriebenen geschah um den Preis, dass sie schwiegen über ihre Erlebnisse: jeder der Einheimischen, mit der eigenen Daseinsinstallation nach dem Krieg befasst, wies ihre Erzählungen ab. So rutschte das Wort 'Heimat' für die Betroffenen der ersten Generation immer tiefer in die Erinnerung, wurde zum undurchdringlichen, unerreichbar fernen Mythologem, nämlich der verlorenen Heimat'. (...) Unter dem Ansturm der 12 Millionen aus dem Osten und Südosten Europas verschob sich der Begriff zum Signalwort für den geographischen Verlust»,<sup>2</sup> meint Wilfried F. Schoeller. Sprachlos und isoliert hat die Mehrheit der Vertriebenen das Geschehen lassen. Man pries die Integrationsleistung und übersah, wie gefährdet die kulturellen Wurzeln von Millionen Deutschen waren. Bald wird man den breiten ostpreussischen Dialekt, das lebhaft Schlesisch oder die Dialekte der Siebenbürger Sachsen nicht mehr hören können.

Für die Kultur werden in Deutschland alljährlich Milliarden Euro ausgegeben. Man fördert Opernhäuser, Theater, Museen, Vereine. Regionale Kulturen erleben eine Renaissance und werden sogar in der Werbung plakativ eingesetzt, weil mit bayerisch, pfälzisch, schwäbisch, thüringisch, friesisch, westfälisch allseits bekannte Assoziationen verbunden sind. Zu den Ostpreussen, Schlesiern, Deutschböhmen, Danzigern und Banater Schwaben gibt es solche allgemeinverbindlichen Vorstellungen nicht



Lager Friedland, 1953

Das Lager Friedland im südlichen Niedersachsen war nicht nur die erste Anlaufstelle für Millionen deutsche Vertriebene, sondern auch für die Heimkehrer aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Mit den Soldatentransporten kamen auch Frauen wie Mathilde Lukaschewitz und Hedwig Ochetzki, die 1945 von sowjetischen Soldaten aus dem ostpreussischen Königsberg in die Sowjetunion verschleppt wurden, nach acht Jahren Zwangsarbeit zurück, allerdings nicht in ihre Heimat, sondern ins Lager Friedland. Was sie erlebt haben mögen, kann man erahnen, wenn man die bängigen Fragen liest, die Günter Grass Mutter und Schwester stellte: «'Wie war das, als die Russen kamen? (...)’ Aber sie findet keine Worte. Allenfalls bekomme ich zu hören: ‘Das ist vorbei nun. Besonders für deine Schwester. Frag nicht so viel. Dadurch wird nix besser. Zum Schluss haben wir noch bisschen Glück gehabt... Leben noch ... Was vergangen ist, ist vergangene (...) Während der wenigen Jahre, die ihr noch blieben, hat meine Mutter nie einen Satz auch nur begonnen, nie ein Wort fallenlassen, aus denen herauszuhören gewesen wäre, was im leergeäumten Geschäft, unten im Keller oder sonstwo in der Wohnung geschah, wo und wie oft sie von russischen Soldaten vergewaltigt wurde. (...) Es fehlten die Worte» (Günter Grass, *Vom Häuten der Zwiebel*).

mehr. Es gibt ein Niedersächsisches Landesmuseum, aber keines für die ehemalige Provinz Brandenburg, also keine Stätte, die an das verlorene Landesdrittel – die Neumark mit Landsberg an der Warthe, das Sternberger Land, Sorau, Züllichau und Schwiebus – erinnert. Vielen Brandenburgern ist gar nicht bewusst, dass auch diese Gebiete einst Teil ihres Landes waren.

Die Menschen, die im grossen Strom der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Westen kamen, könnten unterschiedlicher kaum sein. Ein Donauschwabe aus der heute serbischen Batschka, der in seiner vom mediterranen Klima begünstigten Heimat Auberginen, Melonen, Paprika und Knoblauch anbaute, hat mit dem deutschbaltischen Baron aus Estland wenig gemein – abgesehen von der gemeinsamen Erfahrung des Heimatverlustes. Auslandsdeutsche Siedlungsgebiete etwa in Bessarabien, in der Batschka, in Livland, der Bukowina oder Sathmar haben mit den ostdeutschen Provinzen Schlesien, Pommern und Ostpreussen, die geschlossene ehemalige Reichsgebiete darstellten, genausowenig oder soviel zu tun wie mit Baden-Württemberg und Niedersachsen.

Viele regionale Vertriebenengruppen und Heimatvereine wurden nach der politischen Wende zu einer Art Avantgarde der Versöhnung. Vertriebene Deutsche aus Ungarn, Rumänien, der Ukraine und Jugoslawien sprechen die Landessprachen. Ihre Kontakte in die alte Heimat sind immer noch intensiv, sie leisten dort karitative Arbeit und sind vielfach zu Ehrenbürgern ihrer Heimatgemeinden ernannt worden. Einige Landsmannschaften haben ihre Satzungen der neuen politischen Lage und den neuen Erfordernissen angepasst. Die Karpatendeutsche Landsmannschaft etwa, die 1949 gegründet wurde und fünf Landesverbände sowie 26 Ortsgemeinschaften umfasst, rief 2004 die «Stiftung Karpatendeutsches Kulturerbe» ins Leben. Sie besteht aus vier karpatendeutschen Organisationen (Karpatendeutsche Landsmannschaft, Hilfsbund karpatendeutscher Katholiken, Hilfskomitee für die ev.-luth. Slowakeideutschen sowie Karpatendeutsches Kulturwerk) und dem Land Baden-Württemberg und will auf wissenschaftlicher Grundlage das kulturelle Erbe der Karpatendeutschen in Karlsruhe zusammenfassen und dokumentieren.

Der Slowakische Nationalrat hat in einer Erklärung vom 12. Februar 1991 die Karpatendeutschen für die Evakuierung und die nachfolgende Vertreibung um Verzeihung gebeten. Für die karpatendeutschen Opfer des Partisanenaufstandes von 1944 veranstaltete der Hilfsbund Karpatendeut-



### Heimatzeitungen der Schlesier

Noch immer erscheint eine Vielzahl von Heimatzeitungen, die regional ausgerichtet sind. Alle ehemaligen schlesischen Landkreise haben ein Organ, über das die Heimatgeschichte, Kultur und Nachrichten über ehemalige Nachbarn, Freunde und Verwandte Verbreitung finden. Allein für Schlesien widmen sich folgende Heimatblätter dieser Aufgabe: *Schlesische Bergwacht*, *Unser Oberschlesien*, *Schlesischer Gottesfreund*, *Breslauer Kreisblatt*, *Bunzlauer Heimatzeitung*, *Frankenstein-Münsterberger Heimatblatt*, *Gleitwitzer-Beuthener-Tarnowitzer Heimatblatt*, *Neuer Glogauer Anzeiger*, *Grafschafter Bote*, *Gross Wartenerberger Heimatblatt*, *Grottkau-Falkenberger Heimatblatt*, *Guhrauer Kreiszeitung*, *Hohe Eule*, *Iser-Gebirgs-Heimat*, *Krappitzer Heimatblatt*, *Laubaner Tageblatt*, *Löwenberger Heimatgrüsse*, *Militsch-Trachenberger Kreis- und Stadtblatt*, *Geiser Heimatkreisblatt*, *Oppelner Heimatblatt*, *Der Ratiborer – Der Rybniker*, *Bote aus dem schlesischen Burgenland*, *Heimatblatt für die Kreise Strehlen-Ohlau*, *Kreis Trebnitzer Heimatzeitung*, *Wohlau-Steinauer Heimatblatt*.



scher Katholiken im September 1994 eine Gedächtnis- und Versöhnungswallfahrt in das Hauerland, das ehemals deutsche Siedlungsgebiet in der Mittelslowakei. Bei einem Festgottesdienst mit dem slowakischen Ortsbischof wurde in der Kathedrale zu Neusohl der Opfer beider Seiten gedacht. Nachdem es mit Rudolf Schuster ein Karpatendeutscher zum slowakischen Staatspräsidenten gebracht hat, gibt es in Pressburg das Slowakische Nationalmuseum der Karpatendeutschen Kultur. Dort wurde 2006 eine Gedenktafel enthüllt mit der Inschrift: «Zur Erinnerung an die karpatendeutschen Mitbürger, die 1944-1947 gezwungen wurden, die Slowakei – ihre Heimat seit 800 Jahren – zu verlassen». Dem Festakt wohnten der stellvertretende slowakische Ministerpräsident, der aussenpolitische Berater des slowakischen Staatspräsidenten, der deutsche Botschafter und Pressburgs Kommunalpolitiker bei.

Das ungarische Parlament hat nach der Wende zwei Beschlüsse verabschiedet, die sich mit der Vertreibung der Ungarndeutschen beschäftigen: Der Parlamentsbeschluss Nr. 35/1990 betrifft die Wiedergutmachung der kollektiven Ungerechtigkeiten gegenüber der deutschen Minderheit durch Ungarn und der Parlamentsbeschluss Nr. 36/1990 die Wiedergutmachung der Unbilligkeiten gegenüber jenen ungarischen Staatsbürgern, die zu Reparationsarbeiten in die Sowjetunion verschleppt wurden. Das ungarische Parlament erklärte darin: «Die Vertreibung der Ungarndeutschen ab 1944 und ihre Aussiedlung danach war eine die Menschenrechte schwer verletzende, unrechte Aktion. Die Betroffenen mussten unschuldig wegen ihrer Nationalitätszugehörigkeit leiden. Diese Anordnungen drückten aus, dass die Ungarndeutschen kollektiv zur Verantwortung gezogen wurden. Aus diesem Grund spricht das Parlament den Angehörigen der Toten sein Beileid und den Überlebenden des Leidens sein Mitgefühl aus.»<sup>3</sup>

Kirchliche Vertriebenenorganisationen haben sich schon früh um Versöhnung bemüht. Die evangelischen Traditionen der einstigen Kirchen Ostdeutschlands und der deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa fanden eine Heimat im Konvent der ehemaligen evangelischen Ostkirchen als Spitzenverband der in der EKD zusammengeschlossenen Hilfskomitees. Sie versuchen die kirchlichen Traditionen ihrer Heimatkirchen zu bewahren und den Gedanken der Versöhnung in ihre einstigen Heimatgebiete zu tragen. Sie arbeiten in Polen, im Baltikum, in Russland, in der Ukraine, in Tschechien, in der Slowakei, in Ungarn, Serbien und Rumänien. Es sind dies unter anderen das Hilfskomitee der Galiziendeutschen

A. u. H.B., das 1946 von Theodor Zöckler, dem letzten Bischof der evangelischen Galiziendeutschen, gegründet wurde, das Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und evangelischen Banater Schwaben, die Johannes-Mathesius-Gesellschaft – Evangelische Sudetendeutsche, das Hilfswerk für die evangelisch-lutherischen Slowakeideutschen, die Gemeinschaft der Evangelischen aus Danzig-Westpreussen, die Gemeinschaft evangelischer Posener, der Konvent evangelischer Gemeinden aus Pommern, die Gemeinschaft evangelischer Schlesier, das Hilfskomitee der ev.-luth. Deutschen aus Polen und der Deutsch-Baltische Kirchliche Dienst.

In manchen kirchlichen und landsmannschaftlichen Organisationen hat man dem hohen Alter der Mitglieder Rechnung getragen und eine Neuausrichtung vorgenommen, die der Zukunftssicherung dienen soll. So ist das Hilfskomitee der ev.-luth. Kirche aus Bessarabien gemeinsam mit der Landsmannschaft der Bessarabiendeutschen sowie dem Heimatmuseum der Deutschen aus Bessarabien 2006 in den Bessarabiendeutschen Verein übergegangen und führt dort die Arbeit weiter. Der Verein ist zuständig in allen kirchlichen, kulturellen und musealen Fragen der Bessarabiendeutschen, ihrer Angehörigen und Nachkommen.

Der Pflege landsmannschaftlicher Traditionen widmet sich eine kaum überschaubare Zahl regionaler Vereine, die aus einem Dorf, einer Stadt oder einem Landkreis erwachsen sein können und lokale Bräuche, Mundarten, Trachten sowie die Lokalgeschichte pflegen. Alle unterhalten beste Kontakte in die alten Heimatgebiete. Auf lokaler Ebene sind die Heimatverbände tausendfache Multiplikatoren der Völkerverständigung. Die Mitglieder reisen in die alte Heimat, und ihre Nachkommen begeben sich dort hin auf Spurensuche.

Der Deutsche Böhmerwaldbund, gegründet 1884 in Budweis und 1958 in seiner heutigen Form wiedererstanden, fand in der Patenstadt der Böhmerwälder in Passau ein neues Zentrum. Dort befindet sich das Böhmerwaldmuseum, und dort kommt man alljährlich zum Böhmerwälder Bundestreffen zusammen. Der Böhmerwaldbund repräsentiert aber nur einen Teil der im heutigen Tschechien einstmals beheimateten Deutschen, denn hinter dem politisch-ideologischen Konstrukt «Sudeteland» verbergen sich böhmische, egerländische sowie mährisch-schlesische Traditionen. Dachverband für die Egerländer ist der Bund der Egerländer Gmoin, daneben gibt es unter anderen BRUNA. Heimatverband der Brünnner, Ge-



Heimatabend der Egerlandjugend in München, 1960er Jahre

Das Egerland im Herzen Europas war von jeher ein Land mit ausgeprägter regionaler Identität. Die Geschichte seiner berühmten Kurbäder Karlsbad, Marienbad und Franzensbad sowie der alten Reichsstadt Eger erfüllt die Egerländer bis heute mit Stolz. Im Bund der Egerländer Gmoin sind die Heimatgemeinschaften der vertriebenen Egerländer zusammengeschlossen, die das Erbe der alten Heimat bewahren. Die Egerländer Blasmusik ist weltweit ein Markenzeichen.

meinschaft Iglauer Sprachinsel, Heimatkreis Hoheneibe / Riesengebirge und den Schönhengster Heimatbund.

Eine besondere kulturelle Eigenart bewahrt die Gemeinschaft Wischauer Sprachinsel. Diese Sprachinsel war ein nur acht Dörfer umfassendes deutschsprachiges Gebiet in Mähren, nahe der Bezirkshauptstadt Wischau, dessen traditionsreiche regionale Kultur sich in einer farbenprächtigen Tracht ausdrückte. Die Frauentracht zeigte mit dem hohen Spitzkragen noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts typische Stilelemente der Renaissance. Die Wischauer Deutschen trugen auch im Alltag Tracht und wurden daher auch in diesen Kleidern vertrieben. Für die Wischauer übernahm die württembergische Stadt Bretten die Patenschaft.

Die Siedlungsgebiete der südmährischen Deutschen entlang der österreichisch-mährischen Grenze wiesen wiederum eine andere Struktur auf. Diese fruchtbare Region, von der Thaya durchflossen, liess, was Dialekt und Kultur angeht, eine enge Verbindung zu Niederösterreich erkennen. Sie war ganz überwiegend deutschsprachig und umfasste die Kreise Neubistritz, Znaim, Nikolsburg sowie das Zlabinger Ländchen. Nach der Vertreibung gründete sich der Südmährische Landschaftsrat, der eine Bibliothek, Archiv und ein Südmährisches Landschaftsmuseum in der baden-württembergischen Patenstadt Geislingen an der Steige unterhält.

Aufgrund der geographischen Nähe sind viele Südmährer nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich gelandet. Sie haben im nördlichen Wein- und Waldviertel Niederösterreichs eine Reihe von Heimatdenkmälern als Erinnerung an Vertreibung und Heimatverlust errichtet, unter anderem die Gedenkstätte auf dem Kreuzberg bei Kleinschweinbarth. Von dort kann man über die Grenze auf Stadt und Schloss Nikolsburg schauen.

Als die Stadt Furth im Wald 1956 die Patenschaft über den böhmischen Heimatkreis Bischofteinitz übernahm, wurde auf die enge landsmannschaftliche Verbindung beider Regionen hingewiesen. Bischofteinitz liegt nur zwanzig Kilometer von Furth entfernt, so dass sich der Heimatkreis Bischofteinitz nur einen Steinwurf weit von der alten Heimat befindet, wenn er einmal im Jahr in der Patenstadt zusammentrifft. Dort schufen die Bischofteinitzer mit der Kreuzkirche eine Gedächtnis- und Wallfahrtskirche, und der Bischofteinitzer Brunnen auf dem Further Schlossplatz erinnert an die vertriebenen Patenkinder.

An der Universität Augsburg im bayerischen Bezirk Schwaben, der

die Patenschaft über die Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen 1955 übernommen hat, befindet sich seit 1988 das Bukowina-Institut. Von dort hat man enge Bande zu den Universitäten Czernowitz (Ukraine) und Radautz im rumänischen Teil der Bukowina geknüpft.

1954 übernahm das Land Baden-Württemberg die Patenschaft für die Donauschwaben, die aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien stammen. Sie verfügen seit 1988 über eine durch das Patenland unterstützte Donauschwäbische Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg sowie das 2'000 eröffnete Donauschwäbische Zentralmuseum Ulm. Diese Einrichtung hat auf der Grundlage des Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes den Auftrag, «die kulturelle Tradition und das Kulturgut der Donauschwaben zu bewahren, indem sie Geschichte, Kultur und Landschaft umfassend dokumentiert, Kulturgut sammelt und präsentiert sowie der landes- und volkskundlichen Forschung über die donauschwäbischen Herkunftsgebiete zugänglich macht. Sie soll zugleich das Wissen über die südöstlichen Nachbarn verbreiten und vertiefen, um auf diese Weise einen Beitrag zur Verständigung in Europa zu leisten.»<sup>4</sup>

In Backnang befindet sich ein ungarndeutsches Zentrum. 1959 übernahm die Stadt zunächst die Patenschaft für die ungarndeutsche Gemeinde Bäcsalmäs und 1970 für alle Deutschen aus Ungarn. Aus dieser Patenschaft erwuchs in den 1980er Jahren die erste Städtepartnerschaft mit Ungarn. Ein Ungarndeutsches Heimatmuseum, ein Ungarndeutsches Sozial- und Kulturwerk sowie die Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn wirken von Backnang aus.

Die Siebenbürger Sachsen mit ihrer mehr als achthundertjährigen Kultur pflegen einen ganz besonderen Zusammenhalt, in den auch die in der Heimat verbliebenen Siebenbürger eingebunden sind. Ein Kultur- und Dokumentationszentrum mit Siebenbürgischem Museum befindet sich in Schloss Horneck im württembergischen Gundelsheim. Die Siebenbürger unterhalten Blaskapellen sowie Tanz- und Trachtengruppen, aber auch soziale Einrichtungen wie eigene Altersheime und bemühen sich in Siebenbürgen um den Erhalt ihres kulturellen Erbes, wozu vor allem die historischen Stadtarchitekturen von Hermannstadt und Schässburg gehören sowie die berühmten Kirchenburgen.

Manchmal stösst man auf Traditionen aus den Heimatgebieten, wo man sie kaum vermuten würde. Innerhalb des Deutschen Alpenvereins (DAV) gibt es bis heute die Sektion Sudeten. Der DAV wurde 1870 von

dem Prager Johann Stüdl mitbegründet. 1929 errichteten sieben Sektionen im Verband der Deutschen Alpenvereine im tschechoslowakischen Staate die Sudetendeutsche Hütte. Durch die Vertreibung erlosch jede Aktivität. Bald nahmen aber neun Sektionen in der Bundesrepublik und drei Sektionen in Österreich ihre Tätigkeit wieder auf. Dreizehn Hütten, davon acht in Osttirol, konnten auf Initiative des Österreichischen Alpenvereins den sudetendeutschen Sektionen zurückgegeben werden. Vier Sektionen, ursprünglich in Aussig (1904), Saaz (1913) und Teplitz-Schönau (1886) im Westen und Troppau (1886) im Osten der Sudeten ansässig, schlossen sich 1977 zur Sektion Sudeten des Deutschen Alpenvereins zusammen, die 1978 die Sudetendeutsche Hütte übernahm. Heute gibt es neben der Sektion Sudeten noch die Sektionen Breslau, Eger und Egerland, Gablonz, Karlsbad, Karpaten, Kattowitz und Königsberg Pr. Inmitten der Salzburger Kalkalpen liegt auf 1'630 Metern Höhe die 1928 eingeweihte Ostpreussenhütte. Dort erinnert man in einer Ausstellung an die Heimat der Gründer.

Die Sektion Karpaten wurde 1986 in Salzburg als Siebenbürgischer Alpenverein gegründet. Ihr gehören 300 Mitglieder an, vorwiegend Siebenbürger Sachsen. Der Verein steht in der Tradition des Siebenbürgischen Alpenvereins und des Siebenbürgischen Karpatenvereins, der in Hermannstadt von 1880 bis 1945 bestand. Mittlerweile wurde der Siebenbürgische Karpatenverein in seiner Heimat Siebenbürgen wiederbelebt. Beim Wandern durch die Alpen kann man die Leitmeritzer Hütte, die Egerland Hütte, die Karlsbader Hütte, die Gablonzer Hütte, die Brüner Hütte und die Alte Prager Hütte besuchen. 1881 wurde in Freiwalddau im Altvatergebirge der Mährisch-Schlesische Sudetengebirgsverein (MSS-GV) gegründet, Mittelpunkt dieses Gebiets zwischen dem Glatzer Kessel und der Mährischen Pforte war der Altvater mit 1'492 Metern Höhe. Vor 1945 zählte der Verein 12'000 Mitglieder in 45 Ortsverbänden. Heute hat der 1954 wiederbegründete Verein seinen Sitz in Kirchheim/Teck, der Patenstadt Freiwalddaus. Der Schwäbische Albverein übernahm die Patenschaft, die Alb wurde zu einer Art Ersatzbergwelt. Heute sind in dem Verein wieder 4'000 Mitglieder in sechs Zweigvereinen mit vier Wanderheimen zusammengeschlossen: der Altvaterbaude bei Schopfloch, der Hergertsmühle im Knüllgebirge, dem Altvaterhaus in Kirchbichl/Tirol und wieder einer Hütte im Altvatergebirge selbst.<sup>5</sup> Eine ähnliche Geschichte weist der 1881 gegründete «Glatzer Gebirgsverein» auf, dessen Vereinselement die *Trollius europaeus*, die Glatzer Rose, zeigt. 1924 waren

in dem Verein über 10'000 Mitglieder zusammengeschlossen, 1938 zählte er 61 Ortsgruppen, davon 22 ausserhalb der Grafschaft Glatz. Auch der 1880 in Hirschberg gegründete Riesengebirgsverein e.V. erstand 1951 neu. Er hat heute über 1'300 Mitglieder und unterhält viele regionale Gruppen.

Zuweilen haben Gruppen, die sich besonderen Bereichen widmen, auch ganz besondere Traditionen bewahrt. So ist etwa die Düsseldorfer Karnevalsgesellschaft Silesia, hervorgegangen aus der Landsmannschaft Schlesien, mit ihren Kostümen in den schlesischen Landesfarben gelbweiss und ihrem Ehrenpreis, dem Silbernen Rübezahl, seit Jahren fester Bestandteil des rheinischen Karnevals. Im mecklenburgischen Linstow hat sich 1993 ein Heimatverein Linstow gegründet, der Träger des Wolhynier Umsiedler-Museums ist. Es ist untergebracht in dem Bauernhaus, das als erster «Umsiedlerhof» 1947 in der traditionellen Holzbauweise der Wolhyniendeutschen errichtet wurde. Fast alle der 73 Familien Linstows stammen aus Wolhynien. Auch im Bereich der Viehzucht überlebten ostdeutsche Traditionen, wofür der Zuchtverband für Ostpreussische Skudden und Rauhwollige Pommersche Landschaft e.V. ebenso steht wie der Verein zur Erhaltung und Förderung der Zucht des Ostpreussischen Warmblutpferdes Trakehner Abstammung e.V., genannt Trakehner Förderverein.

In der ersten Zeit nach dem Krieg wurde das Private zum Reservat des Heimatlichen; erst viel später trug man einiges davon auch nach aussen. «Nichtsmehrbesitzen, Nirgendwohingehören, Nichtsgelten, Nichtscheidwissen»,<sup>6</sup> das war das Schicksal der Entwurzelten, und sie suchten Halt zu finden, indem sie das Erbe der Heimat pflegten und daraus die Identität bezogen, die für den schwierigen Anpassungsprozess im Westen vonnöten war. Utz Jeggle zeigt am Beispiel alkoholischer Getränke, wie das geschah: Die Verkostung heimatlicher Schnäpse wie Danziger Goldwasser oder ostpreussischer Bärenfang diente mehr der kulturellen Demonstration als dem Genuss: Häufig steht die Flasche Bärenfang oder Goldwasser Jahre im Schrank und wird nur herausgeholt, wenn man Gästen etwas anbieten will. Dann wird nicht einfach konsumiert, sondern Heimat schlückchenweise verinnerlicht.<sup>7</sup>

Ähnlich verhält es sich mit geretteten Habseligkeiten: Oft sind es gerade diese Dinge, die noch ins Altenheim mitgenommen werden. Sie werden innerhalb der Familie wie Reliquien verehrt: der gerettete Schmuck, ein Satz Gläser, eine kostbare Decke oder ein Tuch, die Familienbibel, Fo-

tos des Elternhauses, des Dorfes, der heimatlichen Landschaft. Elisabeth Fendi hat am Beispiel eines Egerländer Knopfes, des «Huasoantoutaras», beschrieben, wie ein Gebrauchsgegenstand zum Symbol wird. Der achteckige, gegossene und gravierte, zur Mitte hin aufgewölbte Knopf diente ursprünglich zum Befestigen der Hose an dem ledernden Hosengeschirr der Egerer Männertracht. Tischgesellschaften von Egerländer Studenten, deren erste in Prag 1872 gegründet wurde, machten den Huasoantoutara als kleine Anstecknadel zum landsmannschaftlichen Abzeichen. Diesem Beispiel folgten die als Stammtische und Geselligkeitsvereine organisierten Zusammenschlüsse von Egerländer Arbeitsmigranten, der «Bund der Eghalanda Gmoin», die sich seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bildeten. Seit den frühen 1920er Jahren wurde der «Huasoantoutara» zum einigenden Abzeichen, «zum offenen Zeichen treuen Egerlandtums und unentwegter deutscher Heimatliebe». Als sich nach 1945 die ersten Egerländer in lokalen Gemeinschaften, den «Gmoin», organisierten, griff man auf das bewährte Symbol zurück. Kaum eine Egerländer Veröffentlichung, auf deren Titelblatt nicht die Achteckform des Knopfes zu finden ist, kaum ein Egerländer Erinnerungsstück, auf dem dieser Knopf keine Spuren hinterlassen hat, er wurde Erkennungszeichen des Egerländischen schlechthin. Die richtige Aussprache von «Huasoantoutaras», an der Nicht-Egerländer gewöhnlich scheitern, ist zu einer Art Initiationsritus geworden.<sup>8</sup>

Elisabeth Fendi beobachtete auch, dass das Fluchtgepäck im Laufe der Zeit umfangreicher wurde, und Sachen darunter zu finden waren, die man zu Hause gar nicht besessen hatte. «Wissen Sie, ich red erst Eghaländisch seit ich in Neutraubling bin», gesteht ein Sudetendeutscher. Und ein anderer Egerländer erinnert sich im Zusammenhang mit der neuen Trachtenbegeisterung seiner Landsleute: «Na, die konnten ja nicht, die konnten ja nicht. Das ist im Laufe der Zeit erst geworden, (...) die Trachten hab ich zuhause nie gesehen. Die ham se hier, um eben das, diese Heimatzugehörigkeit mehr zu zeigen, ham se dann diese Trachten da, die Egerländer, die Schlesier.»<sup>9</sup>

In diesen Zusammenhang gehört auch die Odyssee der Rüdigerfigur auf dem Neugablonzer Nibelungenbrunnen. Neugablonz entstand auf dem Gelände der ehemaligen Dynamit AG in Kaufbeuren, nachdem man im Dezember 1945 entschieden hatte, dort eine Siedlung für vertriebene Handwerker aus dem nordböhmischem Gablonz an der Neisse zu errichten.



Trotz Zuzugsverbot sammelten sich die vertriebenen Gablonzer daraufhin verstärkt in Kaufbeuren. Sie griffen zur Selbsthilfe und gründeten im Juni 1946 auf einem ehemaligen Militärgelände die Allgäuer Glas-, Metall- und Schmuckwaren GmbH sowie die Aufbau- und Siedlungsgesellschaft, die das Gelände auf 25 Jahre für 2'000 RM monatlich pachtete. 1952 erhielt der Stadtteil den Namen Neugablonz und entwickelte sich zur bedeutendsten Vertriebenensiedlung einer Region – nämlich dem nordböhmisches Isergebirge – im Westen.

Das monumentale Standbild Rüdigers von Bechelaren, der tragischen Gestalt des Nibelungenliedes,<sup>10</sup> ist 1904 nach einem Entwurf von Franz Metzner entstanden. Es wurde 1923 nach Gablonz verkauft und dort 1924 aufgestellt. 1945 haben es tschechische Milizen geschleift. Später demonstrierte man den gesamten Brunnen und brachte ihn nach Prag, wo er eingelagert wurde. 1953 erhielt der ehemalige Baudirektor von Gablonz, Rudolf Günther, den Auftrag, einen Bebauungsplan für Neugablonz zu entwerfen. Dieser sah die erneute Aufstellung der Figur vor. Die Stadt Kaufbeuren bemühte sich daraufhin, dieses auf indirektem Weg zu beschaffen, wobei die Nibelungenstädte Worms beziehungsweise Pöchlarn als Käufer auftraten und bei der Stadt Gablonz an der Neisse (Jablonec) und der Nationalgalerie in Prag vorstellig wurden, in deren Besitz Rüdiger und die Reliefplatten gelangt waren. Aber die Bemühungen waren vergebens. Ein Jahrzehnt später – noch mitten im Kalten Krieg – erinnerte sich die Prager Regierung wieder an das Interesse und schlug über einen Münchener Kunsthändler eine Art Kompensationsgeschäft vor: Kaufbeuren sollte den Nibelungenbrunnen erwerben. Mit dem Erlös wollte die Tschechoslowakei Werke tschechischer Künstler aus westlichem Besitz kaufen. Das Gegenstück kam zwar nicht zustande, aber das Eis war gebrochen. Wenig später wurde mit Hilfe eines weiteren Kunsthändlers ein Kaufvertrag ausgehandelt. Im Februar 1968 traf die noch in der Tschechoslowakei restaurierte Rüdigerfigur mit den Reliefplatten in Kaufbeuren ein. Diese beharrlichen Bemühungen und die feierliche Enthüllung des Brunnens während eines Gablonzer Heimatfestes zeigen, wie wichtig Rüdiger den Neugablonzern geworden war: Er symbolisierte ein Stück Heimat.

Die Staatliche Berufsfachschule für Glas und Schmuck in Neugablonz weist darauf hin, dass viele Gablonzer Vertriebene ihr Handwerk als Schmuck- und Glashersteller nach der Vertreibung in Neugablonz weiter ausübten. Die hochwertige böhmische Glasveredelungsindustrie fand da-

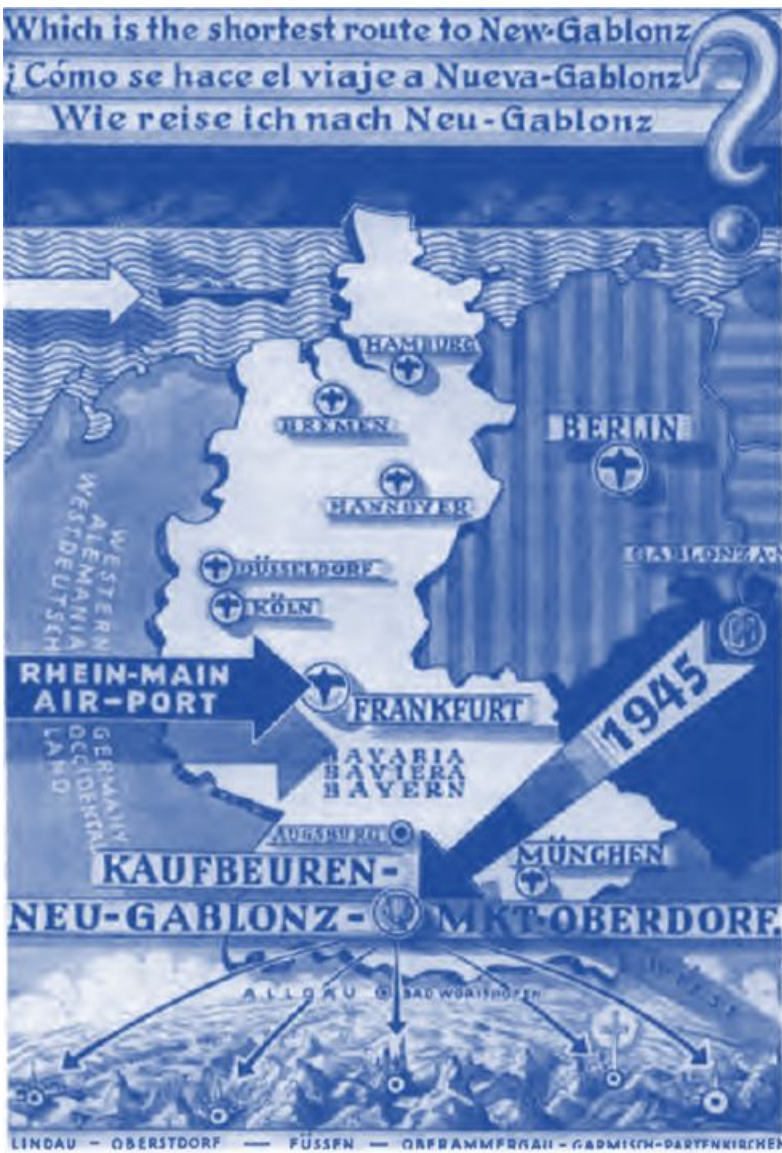
gegen nach der Vertreibung im Voreifelgebiet eine neue Heimstatt. Die weltbekannte Spezialindustrie bestand 1957 im Raum Rheinbach-Euskirchen bereits wieder aus 35 Betrieben für Glasveredlung, einer Kristall-Lüsterfabrik, mehreren Glashütten sowie der staatlichen Glasfachscheule Rheinbach, die aus der traditionsreichen Glasfachscheule Steinschönau in Böhmen hervorging.

Einer der Betriebe war die älteste Glasleuchtenfabrik der Welt, die Firma Christoph Palme.<sup>11</sup> Sie wurde 1724 im böhmischen Pärchen bei Steinschönau gegründet und entwickelte sich zu einem in aller Welt geschätzten Hersteller für Kristalleuchter. Palme-Leuchter schmücken Kirchen, Schlösser, Paläste, Theater und Hotels. Die heute in Rheinbach ansässige Firma ist seit zehn Generationen in Familienbesitz.

Westdeutsche Glashütten produzierten vor 1945 überwiegend Gebrauchsglas, weshalb hochwertige Produkte aus Böhmen oder Schlesien bezogen werden mussten. Daher konnten die vertriebenen Unternehmer in der Bundesrepublik Produktionslücken schliessen und die Produktpaletten erweitern. Sie errichteten im Westen zahlreiche Glashütten für mundgeblasenes Hohlglas, in denen Luxusgläser und Spezialgläser für medizinische und industrielle Zwecke angefertigt wurden. Das Rheinbacher Glasmuseum – versehen mit dem Zusatz Spezialmuseum für nordböhmisches Hohlglas – dokumentiert die Geschichte dieses Spezialgewerbes sudeten-deutscher Vertriebener im Rheinland.

Auch einige Bunzlauer Töpfer nahmen nach der Vertreibung ihre Tätigkeit im Westen wieder auf. Sie liessen sich in Gegenden nieder, in denen das Töpfergewerbe aufgrund geeigneter Tonvorkommen bereits ansässig war. Bis 1945 stellte das niederschlesische Bunzlau ein bedeutendes Zentrum der Töpfer- und Keramikunst mit speziellen Dekortechniken dar, wobei das bekannteste Einzeldekor ein geschwämmeltes Pfauenaugen-Muster war. Echtes Bunzlauer Geschirr (Tippel) gab es nur bis 1945, denn mit der Vertreibung starb diese Tradition in Schlesien aus. Keramik nach Bunzlauer Art stellen nur ehemals schlesische Töpfer in Deutschland her, denn nur sie haben die Traditionen weitergeführt, und nur sie liefern noch wirkliche Handarbeit. Die Bunzlauer Tradition lebt in der Bundesrepublik zum Beispiel weiter in der Bunzlauer Handtöpferei Georg Greulich GmbH, gegründet 1902, bis 1945 ansässig in Naumburg am Queis im Landkreis Bunzlau, heute in Fredelsloh im Solling.

Weitverbreitet sind auch die Reformhaus- und Diabetikerprodukte der



Werbeprospekt der Gablonzer Industrie in Neugablonz, 1952 Herausgeber des Prospekts, der in London vorgestellt wurde mit dem Hinweis «Die Stadt, die den Eisernen Vorhang durchbrach», war die Metall- und Schmuckwarengesellschaft, deren Nachfolger der Bundesverband der Gablonzer Industrie ist.

Firma Schneekoppe, deren Etiketten eine Abbildung des höchsten Berges im schlesisch-böhmischen Riesengebirge zeigen. In seinem Schatten gründete 1927 Fritz Klein einen Vertrieb für schlesische Leinsamenprodukte. Nach der Vertreibung baute er in Schleswig-Holstein eine neue Firma auf.

Danziger Goldwasser Liqueur Der Lachs, seit 1598 in Danzig produziert, kommt heute aus dem niedersächsischen Nörten-Hardenberg, wo die Firma bereits in den 1920er Jahren einen Zweigbetrieb gegründet hatte. Rezepte und Firmenname konnten nach der Enteignung des Danziger Werks rechtmässig weiterverwendet werden. Der Echte Stonsdorfer, seit 1810 in Stonsdorf im Riesengebirge produziert, wird seit der Vertreibung in Harksheide bei Hamburg hergestellt; Stonsdorfer steht heute für die Gattung der Kräuterliköre insgesamt. Nach der mundartlichen Bezeichnung der Wildbrombeere in der Grafschaft Glatz ist «Thienelt Echte Kroatzbeere» benannt, ein Likör, der noch immer von der einst in der Grafschaft Glatz beheimateten Likörfabrik Thienelt hergestellt wird. Im schwäbischen Dettingen produziert die Firma des Kaufmanns Josef Cersovsky, der aus dem Riesengebirge vertrieben wurde, «Rübezahl Schokoladen».

Rübezahl, der Berggeist des Riesengebirges, ist eine feste Gestalt in der deutschen Märchen- und Sagenwelt. Die Titelfigur eines der beliebtesten Kinderbücher deutscher Sprache, der *Räuber Hotzenplotz* (1962) von Otfried Preussler, ist im Böhmerwald zu Hause. Hotzenplotz – bis 1945 ein kleines Städtchen im Nordosten des Landes nördlich von Jägerndorf, heisst heute Osoblaha und liegt nur wenige Kilometer hinter der polnischen Grenze. Preussler stammt aus Reichenberg in Nordböhmen. Die meisten seiner Charaktere entstanden aus seiner Erinnerung an die eigene Kindheit im Böhmerwald. Der Name, der so lustig klingt und den er von früher noch im Ohr hatte, schlägt eine Brücke zur verlorenen Heimat. Nicht zuletzt hat der Kinderbuchautor Janosch seiner oberschlesischen Heimat mit *Frau Cholonek oder der liebe Gott aus Lehm* ein Denkmal gesetzt.

Auch musische Begabungen sind nach Flucht und Vertreibung im Westen weiter gepflegt worden. Auf die Musikalität der Deutschböhmern, Donauschwaben und Siebenbürger Sachsen ist zurückzuführen, dass drei Viertel aller Musikkapellen in Bayern durch Vertriebene gegründet wurden oder zumindest unter starker Beteiligung von Sudetendeutschen entstanden. Fast alle Stadtmusiken Bayerns, Hessens und Baden-Württembergs bestanden in zum Teil erheblichem Mass aus sudetendeutschen Mu-

sikern.<sup>12</sup> Die böhmisch-egerländische Musiktradition sorgte dafür, dass fast überall, wo sich Sudetendeutsche niederliessen, Blaskapellen gegründet wurden. Die wohl berühmteste, «Ernst Mosch & Die Original Egerländer Musikanten», war 1956 eine reine Vertriebenengründung. Unter Leitung des gebürtigen Egerländers Ernst Mosch (1925-1999) erlangte sie Weltruhm.

### Von Knoblauch, Königsberger Klopsen und Mohnkuchen

Kulinarisch stand den West- und Mitteldeutschen eine Revolution bevor. Nicht nur italienische und türkische Gastarbeiter bereicherten die deutsche Küche mit vielen neuen Zutaten und Gerichten, schon im Fluchtgepäck der Vertriebenen befanden sich Kochrezepte, für die man Knoblauch, Paprika, Mais, Tomaten, Auberginen (Eierfrucht oder Blaufrucht), Meerrettich (Kren), Melonen, Aprikosen, Pfirsiche und scharfe Gewürze benötigte. Mit der Ankunft der Vertriebenen veränderte sich das Angebot auf deutschen Wochenmärkten, an Fleischtheken und in Gewürzregalen.

Die Vertriebenen brachten je nach Landsmannschaft ganz unterschiedliche kulinarische Köstlichkeiten mit, allen voran die Schlesier ihre Mohnklösse, Hefeklösse, Quarkklatschla, Schlesisches Himmelreich und Schlesischen Kartoffelsalat. Zum schlesischen Weihnachtsfest gehörten Pfefferkuchentunke, Quarkstritzeln, Neisser Konfekt und Liegnitzer Bomben. Die süßen Karlsbader Oblaten hatten die sudetendeutschen Vertriebenen im Gepäck, Thorner Kathreinchen die Westpreussen.

Süssherzhafte Speisen kamen aus der österreichisch-böhmisch-schlesischen Tradition hinzu, etwa die schlesische Pilzsuppe mit Backobst und Pfefferkuchen oder Karpfen in Lebkuchensauce. Mit den Deutschen aus Böhmen und Mähren und Südosteuropa traten Mehlspeisen – insbesondere Nockerln, die zuvor auf die Habsburgermonarchie beschränkt waren – ihren Siegeszug auf den deutschen Speisekarten an. Auch Piroggen, Nudeln, deren böhmischer Name Buchteln lautete, wurden seit 1945 im Westen geschätzt.

Unbekannt war Mohn, der in Ostpreussen, Böhmen, Schlesien sowie Ungarn zu den Alltagspeisen gehörte. Nach 1945 nahm der Mohnanbau rapide zu, Mohnmühlen wurden gefragt. Innerhalb weniger Jahre gehörten sie zum Standardprodukt in Haushaltswarenläden. Oft wurden sie als Zusatzgerät zu Fleischhackmaschinen angeboten. Der schlesische Mohnku-

## Schlesisches Himmelreich

### Zutaten

500 g gemischtes Backobst, 1 kg geräucherter Schweinebauch, eine Prise Salz, 3 Pimentkörner, 6 Gewürznelken, eine Bio-Zitrone, 30 g Butter, 30 g Mehl, 2 EL Zucker. Als Fleischeinlage eignen sich verschiedene Schweinefleischsorten wie Pökelfleisch, Schweinenacken oder magerer geräucherter Speck. Welche Klösse gereicht werden, ist Geschmacksache, am besten schlesische Kartoffelklösse.

### Anleitung

Das Backobst waschen und über Nacht in einem Liter Wasser einweichen. Alle Früchte müssen bedeckt sein, Schüssel gegebenenfalls mit einem Teller abdecken. Die Zitrone gut waschen, entsaften, dünn schälen und die Schale aufbewahren. Den geräucherten Schweinebauch in einem Liter Wasser etwa eine Stunde garen, bis er etwa halb gar ist. Das eingeweichte Backobst, Gewürznelken und Zitronenschale hinzufügen und zusammen ca. 30 weitere Minuten weichkochen. Alles auf einem Sieb abtropfen lassen und dabei die Brühe auffangen. Den Schweinebauch in Scheiben schneiden. Die Butter in eine Pfanne geben und erhitzen. Anschliessend das Mehl hinzugeben und unter Rühren weiter braten bis die Mehlschwitze eine goldbraune Farbe bekommt. Dann mit ein wenig aufgefangener Brühe ablöschen, mit Salz, Zucker und dem ausgepressten Zitronensaft abschmecken. Die Mehlschwitze nun mit dem in Scheiben geschnittenen Fleisch und dem Backobst vermengen.

«Wer das Himmelreich nicht kennt, der hat umsonst gelebt», sagten die Schlesier einst über ihr «Nationalgericht». Heute sucht man es jedoch vergeblich auf den Speisekarten deutscher Restaurants, lediglich im niederschlesischen Görlitz wird es wieder angeboten – eine Folge des wiedererwachten schlesischen Landesbewusstseins.

chen hielt Einzug in die einheimischen Bäckereien. Ein schlesischer Flüchtlingsjunge schwärmte in einer westdeutschen Barackensiedlung von den weihnachtlichen Mohnklößen und deren Zubereitung: «Zur schlesischen Weihnacht gehören unverzichtbar Mohnklöße um Mitternacht. (...) Aus den aufgeschnittenen Kapseln, immer schon vor der Ernte geerntet, um den gefräßigen Spatzen zuvorzukommen und sicherheitshalber im Schuppen getrocknet, rieseln die unzähligen blauen Körner in die Schüssel. Die Kapseln lassen sich, hat man die Krone glatt abgeschnitten, richtig ausgießen. Der Mohn landet in einem weissen Säckchen, das – vor Mäusen sicher – aufgehängt wird. Manche Kapsel lassen wir genussvoll in den Mund rieseln. Wie das wohl wirkt? Mohn macht dumm, heisst es allerdings immer wieder warnend. Den Mohn mahlt Bäcker Bänsch im Dorf; er – der schlesische Bäcker – hat eine Mohnmühle, ein echter Landsmann! Das Mahlen muss man nicht bezahlen.»<sup>13</sup>

Paprika und Knoblauch gelangten vor allem durch die südostdeutschen Vertriebenen aus Ungarn, Jugoslawien, dem Schwarzmeergebiet, Rumänien und Bulgarien nach Deutschland. Rote Bete kam als Fluchtgepäck der Deutschen aus Polen, Wolhynien, Galizien und Bessarabien in den Westen und hielt in allen Variationen, etwa als Borschtsch, Einzug in die deutsche Küche. Pilzgerichte gelangten ebenfalls erst mit den Vertriebenen auf den täglichen Küchenplan. Noch lange nach dem Krieg waren Pilzesammler vor allem Vertriebene. Daher wurden «Flüchtling» und «Pilzesammler» in der Nachkriegszeit in abwertendem Sinn synonym gebraucht.

Unterschiedlichste Wurstsorten aus dem Osten eroberten die deutschen Wurst- und Fleischtheken: Krakauer, Schlesische, Breslauer, Oppelner, Polnische, scharf und mit Knoblauch gewürzt, Stettiner oder Pommerische Lungwurst, Graupen-, Grütz- und Semmelwurst. Die Rügenwalder Teewurst mit der roten Mühle vermittelte den vertriebenen Pommern Geborgenheit und Heimatgefühl. Carl Müller, Metzgermeister aus dem pommerischen Rügenwalde, hat die Streichmettwurst vor über hundert Jahren erfunden. Mittlerweile führt die fünfte Generation das Unternehmen, das im Teewurst-Segment auf 47 Prozent des deutschen Gesamtmarktes kommt. Auch Schwarzsaure aus Gänse- oder Entenblut, zubereitet mit Rotwein und Backobst, gilt als Delikatesse in ostdeutschen Familien.

Ein in Ostpreussen vor der Vertreibung als Armeleuteessen verschrienes Gericht, nämlich Rinderfleck, wurde nach 1945 zum Symbol der ver-

lorenen Heimat. Das auch als Königsberger Fleck bekannte Gericht besteht in der Hauptsache aus mit Majoran gekochten Rinderkuddeln.<sup>14</sup> Teile des Rindermagens sowie dicke Darmstücke werden gereinigt, in Streifen geschnitten, mit Zwiebeln, Essig, Majoran und beliebigen anderen Gewürzen und Kräutern kalt angesetzt und dann 6 bis 8 Stunden gekocht. Das Gericht wird entweder mit Essig und Senf oder mit einer Zitronensauce zu Salzkartoffeln serviert. Allerdings war es gar nicht leicht, die Zutaten zu bekommen: «Herr Sch. verlangte daher bei seinem Metzger ein Stück Pansen und etwas Dickdarm. Sofort erkundigte sich der Metzger, ob Herr Sch. einen Hund habe. Sollte dies der Fall sein, dann könne er ihm in Zukunft an den Schlachttagen einige Abfälle reservieren. Als Herr Sch. jedoch erklärte, seine Frau wolle aus den ‘Abfällen’ ein schmackhaftes Mittagessen bereiten, stiess er bei dem Metzger auf völliges Unverständnis. Schliesslich erklärte der Metzger, er könne die gewünschten Kaldaunen nicht verkaufen, da er sie für die Hundebesitzer benötige. Familie Sch. hat bisher Königsberger Fleck nicht zubereitet.»<sup>15</sup>

Ende der 1950er Jahre staunte ein Volkskundler in einer ungarndeutschen Siedlung bei Stuttgart-Giebel nicht schlecht, als er im dortigen Lebensmittelgeschäft auf Halwa stiess – ein süsses Ölgebäck aus Griechenland –, das von Deutschen aus Jugoslawien verlangt wurde, ein anderer Händler importierte Schafskäse aus Ungarn für donauschwäbische Vertriebene.<sup>16</sup>

Der Volkskundler Ulrich Tolksdorf befragte zwischen 1964 und 1972 etwa 800 Ost- und Westpreussen nach ihren Gerichten. Dabei stellte sich heraus, dass Königsberger Fleck zu 100 Prozent als typisch ostpreussisch empfunden wurde, aber nur 22 Prozent der Haushalte hatten dieses Gericht in der Heimat selbst gekocht, und lediglich weitere 13 Prozent hatten es in Flecklokalen gegessen.<sup>17</sup> Tolksdorf kommt zu dem Ergebnis, dass die gegenseitigen Beeinflussungen relativ gering waren. Landestypische Speisen und Getränke lösen in einem interethnischen und interkulturellen Milieu zwar Interesse, Neugier, Anteilnahme und damit Kommunikation aus, viel häufiger aber schaffen sie Segregation. Infolge der Spannungen zwischen Einheimischen und Vertriebenen in den ersten Jahren nach 1945, als man auf engstem Raum miteinander lebte, kam es kaum zu wechselseitigen Befruchtungen. Gerade weil Essen und Trinken, das kulturelle System der Küche, starke emotionale, personale und physiologische Einflüsse ausüben, wird an Essgewohnheiten in sozialen Ausnahmesituationen zäher festgehalten als an anderen kulturellen Besonderheiten.<sup>18</sup> «Essensbräuche





Fischrestaurant auf Rügen

Seit einigen Jahren erlebt die regionale deutsche Küche eine Renaissance. Bei Empfängen werden statt Canapés und anderes Fingerfood schon einmal Königsberger Klopse mit Kapernsosse angeboten. Kulinarische Traditionen aus dem deutschen Osten haben überraschend auch dort überlebt, wo man sie kaum vermuten würde. Die «Ostpreussische Hafentrücherei» im Sassnitzer Hafen auf der Insel Rügen, wo man mit Blick auf die Ostsee ostpreussische Fischspezialitäten geniessen kann, hat eine ostpreussische Fischerfamilie aus Schwarzort auf der Kurischen Nehrung eröffnet.

und Geschmacksrichtungen, die in den Kinderjahren die Kost bestimmt haben, werden zeitlebens mit erstaunlicher Zähigkeit beibehalten. (...) Die Kost wird zum Inbegriff der Heimat, des Bleibenden», stellte ein Verhaltensphysiologe fest.<sup>19</sup> Die Mahlzeit, der gewohnte Geschmack, Anblick, Geruch bietet Geborgenheit, Normen und Gewohnheiten werden stabilisiert und tragen damit zur Verhaltenssicherheit in einer fremden Welt bei. Frühe Nachkriegsstudien belegen, dass die Essgewohnheiten der Vertriebenen sich als äusserst beständig erwiesen.<sup>20</sup>

Wenn Alfred Biolek heute im deutschen Fernsehen von den Rezepten seiner Mutter schwärmt, dann ist das ein Kompliment an die böhmisch-mährische Tradition seiner Heimat.

# Unbewältigter Schmerz

## «Eine Flucht, die niemals endet»

Was ist davon zu halten, dass eine polnische Journalistin nach einem Polen-Besuch der Bundeskanzlerin in einer deutschen Regionalzeitung schreiben kann: «Überraschende Verwandtschaft. Familie der Kanzlerin Angela Merkel stammt mütterlicherseits aus dem heutigen Polen.»<sup>1</sup> Man erfährt, dass die Mutter der Kanzlerin in «Elblag» geboren wurde und noch einiges mehr zur Herkunftsgeschichte der Familie. Das Fazit lautet: «Die Einwohner in Elblag freuen sich über die polnischen Wurzeln der Kanzlerin.» Das ist eine höchst erstaunliche Zuordnung, denn die westpreussische Stadt Elbing gehörte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zu Deutschland und war mehr als siebenhundert Jahre deutsch geprägt. Wer dort vor 1945 geboren wurde, war ganz einfach Deutscher. Auch die Fussballspieler Miroslav Klose und Lukas Podolski werden gerne als «Polen» in der deutschen Nationalmannschaft bezeichnet, aber sie stammen beide aus einem Teil Oberschlesiens, der bis 1945 nicht zu Polen gehörte. Klose, geboren 1978 in Oppeln, und seine väterlichen Vorfahren sind seit Jahrhunderten in Oberschlesien beheimatet. Sein Vater Josef besucht regelmässig die Oppelner Heimattreffen und bezeichnet sich als «Schlesier und Europäer».<sup>2</sup> Lukas Podolski, 1985 in Gleiwitz geboren, entstammt ebenfalls einer ober-schlesischen Familie, die wie die Kloses ihre Heimat aufgrund ihrer deutschen Abstammung verlassen hat.

Infolge des Schweigens über Schlesien, Ostpreussen, Pommern, Böhmen und Siebenbürgen über Jahrzehnte hat sich in der Bundesrepublik Unkenntnis ausgebreitet. Mit dem Verlust des deutschen Ostens ging auch das Wissen verloren, schwand das Interesse an der jahrhundertealten, reichen Kultur in diesem Raum. Nach Flucht und Vertreibung wurden schliesslich auch die Vertreibungsgebiete aus dem Gedächtnis verbannt, ja vertrieben.



Unterstützung für die schlesischen Torjäger der deutschen Nationalmannschaft Klose, Ballack und Podolski

Während der Fussballweltmeisterschaft 2006 war immer wieder vom «polnischen» Sturm der deutschen Nationalmannschaft die Rede. Gemeint waren damit der in Oppeln geborene Miroslav Klose, Lukas Podolski aus Gleiwitz und zuweilen auch der aus dem niederschlesischen Görlitz stammende Michael Ballack. Ihre schlesischen Landsleute dagegen schlossen sie nicht nur als Deutsche, sondern als Schlesier ins Herz, denn alle drei stammen aus schlesischen Familien.

Noch leben Millionen Deutsche, in deren Pässen die ostdeutschen Geburtsorte Breslau, Oppeln, Stettin, Königsberg, Landsberg/Warthe oder Liegnitz verzeichnet sind, die in Ostdeutschland lagen. Seit der Wiedervereinigung haben wir also zwei «Ostdeutschland», denn auch vom historischen Ostdeutschland muss erzählt werden, aus dem der grösste Teil der Vertriebenen stammt. Ostdeutschland, das waren siebenhundert Jahre lang die deutschen Gebiete östlich von Oder und Neisse, doch verstanden werden darunter oft nur noch die neuen Bundesländer. Deutschen, die weiter östlich zur Welt kamen, kann es mitunter wie der Kanzlerin ergehen, indem ihnen polnische Wurzeln angedichtet werden.

Ostdeutschland war in der alten Bundesrepublik zwar nicht mit einem Tabu belegt, aber man mied das Thema wie eine ansteckende Krankheit. Alexander und Margarete Mitscherlich erklären den Begriff Tabu folgendermassen: «Die zentrale Definition eines Tabus lautet: Wo immer man nicht mehr weiter zu fragen wagt oder nicht einmal auf den Gedanken kommt, es zu tun, hat man es mit einem Tabu zu tun.»<sup>3</sup> In diesem Sinne gehörten in den aufgeklärten Milieus der alten Bundesrepublik Vertreibung und Vertriebene allerdings zu den am besten gesicherten Tabus – verteidigt mit den dicken Kanonen des Revanchismusverdachts und der Ausschlussdrohung aus dem Kreis der politisch Anständigen.<sup>4</sup>

«Mochte doch keiner was davon hören, hier im Westen nicht und im Osten schon gar nicht. Die *Gustloff* und ihre verfluchte Geschichte waren jahrzehntelang tabu, gesamtdeutsch sozusagen.»<sup>5</sup> Dass Grass, ein Mann der Linken, der sich gegen die Wiedervereinigung stellte, weil er fürchtete, dass deutsche Grossmachtansprüche wieder aufleben könnten, dass ausgerechnet der Nobelpreisträger das Vertriebenenthema aufgriff, ist ein Zeichen für den geistigen und politischen Wandel in Deutschland. Jahrzehntlang wurde die Vertreibung aus dem Osten als Tribut für die Niederlage akzeptiert, als Preis, den man dafür zu zahlen hatte, dass man in einer Demokratie und im Frieden mit den Nachbarländern leben konnte.

Im Volk der Täter konnte es, durfte es keine Opfer gegeben haben. Dieses Bewusstsein hat vermutlich die Kaltherzigkeit hervorgebracht, die die Nachkriegsgeneration gegenüber dem Schicksal der Vertriebenen an den Tag legte. Auf Trauer und Schmerz reagierte sie abwehrend, Verluste nahm sie nicht zur Kenntnis oder wertete sie gar als gerechte Strafe für begangenes Unrecht. Selbst dem Stolz auf die geglückte Integration der Vertriebenen haftet eine Spur dieser Verdrängung an: Man hatte sich frei-

gekauft von der Verpflichtung, das Schicksal der Heimatlosen in der Erinnerung zu bewahren.

2003 wurde in einer repräsentativen Erhebung untersucht, was die Deutschen über Flucht und Vertreibung wissen. Eine der Fragen lautete:

Am Ende des Zweiten Weltkrieges sind ja viele Deutsche aus den Ostgebieten, wie zum Beispiel aus Ostpreussen oder dem Sudetenland, geflohen oder wurden von dort vertrieben. Was schätzen Sie, wie viele Deutsche sind damals geflohen oder wurden vertrieben, wie viele Millionen etwa?<sup>6</sup>

	Befragte gesamt	Befragte im Alter von			davon Vertriebene	
		16-29	30-44	45-59	60 +	
absolute Zahlen	1090	203	302	259	326	98
starke Unterschätzung (bis 5 Mill.)	36%	35%	36%	39%	34%	36%
Unterschätzung (bis 10 Mill.)	21%	17%	17%	24%	24%	24%
grob richtige Schätzung (bis 20 Mill.) deutliche Über- schätzung	10%	4%	11%	9%	15%	17%
(mehr als 20 Mill.)	2%	2%	2%	3%	1%	1%
keine Angabe	31%	42%	34%	25%	26%	22%

Flucht und Vertreibung waren so stark aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt, dass nur eine Minderheit die tatsächliche Dimension der Vertreibung kannte. Die Zahl der Vertriebenen wurde allgemein stark unterschätzt. Verdrängt waren damit auch Trauer und Schmerz, unwillkürliche menschliche Reaktionen auf den Verlust von Angehörigen oder anderen Nahestehenden, Besitz und ideellen Werten. In den Aufnahmegebieten in West- und Mitteldeutschland hatte man ja nichts hören wollen vom Leid der Vertriebenen.

Die Betroffenen scharten sich zusammen und versuchten sich gegenseitig zu trösten und zu helfen. Es entstand eine Art Gettoisierung.<sup>7</sup> Astrid von Friesen beschreibt in ihrem Buch *Der lange Abschied* psychische Spätfolgen in der zweiten Generation deutscher Vertriebener, die eine «gespaltene Kindheit» durchlebte. Auf der einen Seite standen die Erzählungen und Mythen vom Zuhause der Eltern, dieser Fata Morgana aus elterlichen Kindheitsidealisationen, Sehnsucht, Überhöhung und Unerreichbar-

keit, auf der anderen Seite das reale Leben in Armut, Baracken, getrennt von der Grossfamilie, die in alle Himmelsrichtungen verstreut war. Es war ein Leben zwischen früher und heute, zwischen der Trauer zu Hause und der Welt draussen, die nichts wissen wollte von dieser Trauer, zwischen extremer Anpassung und einsamer Ausgegrenztheit.<sup>8</sup>

Trauer, Ohnmachts- und Schuldgefühle, Verzweiflung, Angst vor Vernichtung, vor Trennung, vor Verlust sowie Wut auf die Vertrieber belasteten die Vertriebenen oft ihr Leben lang.<sup>9</sup> Diejenigen, die schon erwachsen waren, als Flucht und Vertreibung über sie hereinbrachen, haben kaum geklagt, zu sehr waren sie mit der Abwehr ihrer Gefühle und der Bewältigung des Alltags beschäftigt. Was nicht zu ertragen war, wurde abgespalten und an die nachfolgenden Generationen weitergegeben.<sup>10</sup> Den im Westen angelangten Vertriebenen schlug grossenteils Angst, Hass und Verachtung entgegen. Die Ansiedlung konnte oft nur mit behördlicher Gewalt erzwungen werden. Schikanen erschwerten das Leben, so dass viele Vertriebene versuchten, in ihre Heimat zurückzukehren, nur um erneut vertrieben oder abgewiesen zu werden.

Das Heimweh durfte, sollte nicht öffentlich gezeigt werden in der integrationsfeindlichen Lebenssituation der Nachkriegszeit. Die erlittenen Traumata während der Vertreibung, das Gefühl von sozialer Isolation und Deklassierung sowie das nachfolgende Ringen um die Identität zwischen Hier und Dort blockierte den Neuanfang oft erheblich: Schweigen beziehungsweise spätes und zögerliches Erzählen selbst innerhalb des Familienverbandes war oft die Folge.

Kennzeichnend für die meisten Vertriebenen und viele ihrer Kinder ist ein Gefühl der Wurzellosigkeit. Sie fühlen sich unruhig, getrieben, unfähig, sich irgendwo langfristig niederzulassen. Sie zeigen tendenziell eine hohe Mobilität oder aber – gerade umgekehrt – das zwanghafte Bestreben, sich durch den Bau eines eigenen Hauses festzukrallen. Auch im Beruf und in persönlichen Beziehungen lassen Vertriebene sich oft nur unter Vorbehalt ein nach dem Motto: Ich kann immer wieder gehen. Nirgends fühlen sie sich auf Dauer heimisch. In der Tiefe ihres Herzens sind sie stets fluchtbereit.

Das Ausmass der seelischen Schäden, die Krieg und Vertreibung bei Kindern hinterlassen haben, wird erst jetzt, da bei dieser Generation die Erinnerung an die Kindheit wieder stärker hervortritt, deutlich. Peter Heinl, Arzt für Psychiatrie und Psychotherapie, berichtet von den Erfahrungen, die bei Seminaren mit Kriegskindern ans Licht kamen und die Millionen Deutsche bis heute mit sich herumtragen:

«Sie wurde 1940 in Ostpreussen geboren. Im Alter von fünf Jahren wurde sie zum ersten Mal von russischen Soldaten vergewaltigt. Ihr Vater, der sie «vielleicht hätte schützen könnens war damals schon vermisst. Kurze Zeit später wurde ihr Grossvater vor ihren Augen erschossen, wobei sein sterbender Körper sie unter sich begrub. (...) Später, auf der Flucht, wurde sie zusammen mit ihrem Bruder von dem Rest der Familie getrennt und irrte ein halbes Jahr herum. Während eines Zugtransportes starb ihr Bruder. Seine Leiche wurde im heutigen Polen ‘an einer Brücke über einem Fluss aus dem Zug geworfen.»<sup>11</sup>

Frauke Steegen und Verena Meister befragten 269 Vertriebene (76 Prozent Frauen, 24 Prozent Männer), die im Mittel 69 Jahre alt waren. Von 736 Fragebögen kamen 269 zurück, fast alle von Vertriebenen mit einem höheren Bildungsgrad. Landsmannschaftlich gliederten sich die Befragten wie folgt: Ostpreussen 48 Prozent, Pommern 22 Prozent, Schlesien 11 Prozent sowie Westpreussen 9 Prozent. Die Frauen waren bei Kriegsende überwiegend 9 bis 21, die Männer 7 bis 15 Jahre alt. Dreiviertel von ihnen erlitten den plötzlichen Verlust von Familienangehörigen durch Trennung oder gewaltsamen Tod.<sup>12</sup> 61 Prozent zeigten intrusive Symptome, bei 5 Prozent war eine voll ausgeprägte Posttraumatische Belastungsstörung (PTBS) und bei weiteren 25 Prozent eine partielle PTBS diagnostiziert.<sup>13</sup>

#### Traumatische Erfahrungen bei Flucht und Vertreibung. Angaben von 269 Betroffenen<sup>14</sup>

Trauma	Vorfälle		Angabe «besonders schrecklich» (Betroffene in Prozent)
	absolut	in Prozent	
Plötzlicher Verlust von Familienangehörigen	203	75,5	
durch Trennung	158	58,7	(55,1)
durch (gewaltsamen) Tod	45	16,7	(68,9)
Beschuss/Bombardierung	185	68,8	(45,9)
Menschen sterben sehen	183	68,0	(54,1)
Verwundung anderer miterleben	161	59,9	(42,9)
Geräusche schwer Leidender/Sterbender hören	160	59,0	(55,0)
Miterleben von Vergewaltigung	140	52,0	(50,0)
Anblick verstümmelter/misshandelter Toter	135	49,8	(67,1)
Bedrohung/Überfall	123	45,7	(39,8)
Miterleben von Hinrichtungen	65	24,2	(66,2)
Gefangennahme/Verschleppung	47	17,5	(55,3)
Vergewaltigung	38	14,1	(76,3)
(nur Frauen)		(18,5)	



Die internationalen Richtlinien zur Diagnose psychischer Störungen definieren traumatische Stressoren als «Ereignisse aussergewöhnlicher Bedrohung oder katastrophalen Ausmasses, die bei jedem tiefgreifende Verzweiflung auslösen würden» und als «potentielle oder reale Todesbedrohung, ernsthafte Verletzung oder Bedrohung der körperlichen Unversehrtheit bei sich oder anderen, auf die mit intensiver Furcht, Hilflosigkeit oder Schrecken reagiert wird».<sup>15</sup> Solche existentiellen Grunderfahrungen können lebensstragende Grundannahmen tiefgreifend erschüttern, die Bewältigungskraft kurz- oder auch langfristig überfordern und zur Ausbildung einer Posttraumatischen Belastungsstörung führen. Das äussert sich im wiederholten, unwillkürlichen Wiedererleben der traumatischen Erfahrungen, in der Vermeidung von Situationen, die an das Ereignis erinnern könnten, sowie in einem erhöhten Erregungsniveau (wie Schlaf-, Konzentrationsstörungen, Hypervigilanz).<sup>16</sup>

62 Prozent der Befragten litten im Monat vor der Befragung unter intrusiven Symptomen, vor allem unter seelischer Belastung bei der Konfrontation mit traumabezogenen Reizen (54 Prozent), wiederkehrenden belastenden Erinnerungen (28 Prozent), 34 Prozent machten Angaben zu Symptomen eines erhöhten Erregungsniveaus. Berichte, Dokumentationen und Filme zu Krieg und Vertreibung, vor allem über die Lage im Kosovo, wirkten sich belastend aus: «Die politischen Ereignisse (Kosovo) haben alles wieder aufgewühlt, weil ich mich selbst im Treck sah, mit allem Schrecklichen, was geschehen ist.» Körperlich spürbare Angstsymptome traten auf, 46 Prozent litten unter phobischer Angst. Ihre Bewältigungsfähigkeiten waren eingeschränkt, manchmal entstand eine emotionale Beziehungsleere: «Ich bin seit meinem 20-ten Lebensjahr nie mehr richtig gesund gewesen. Psychische Probleme machen mir mein Leben bis heute schwer. Ich nehme seit über 30 Jahren Beruhigungsmittel, damit ich einigermaßen zurechtkomme. Wohl und zuhause habe ich mich nie mehr gefühlt.»<sup>17</sup>

Welche Erlebnisse derartige seelische Blessuren ausgelöst haben, darüber geben die Erfahrungsberichte zu Flucht und Vertreibung Auskunft: «Am 6. März 1945 traf eine Granate unseren Treckwagen. Meine Mutter, meine Grossmutter, mein Grossvater starben. Mein Bruder, 14 Jahre, starb an den Folgen am nächsten Tag. Später wurde mein Vater – ich stand 2 Meter entfernt – erschossen.» Der Vater, auf dessen Schutz man vertraut hatte, war selbst ein hilfloses Opfer. «Ich bin mehrfach von russischen Soldaten vergewaltigt worden, obwohl ich erst 12 Jahre alt war. Das erste Mal geschah es mitten in der Nacht.

Mein Vater wurde mit einer Maschinenpistole bedroht und konnte mich nicht schützen. Mein Wehren und Schreien wurde gewaltsam beendet, als ein Soldat mir eine Pistole auf die Brust drückte. Was er sonst noch tat, weiss ich nicht – es ist ausgelöscht.»<sup>18</sup>

Derartig schwere Traumatisierungen wirken bis in die nächste Generation fort. Bertram von der Stein untersuchte vierzehn Frauen und neun Männer, allesamt Patienten aus Psychotherapien der Geburtsjahrgänge 1947 bis 1967, bei denen mindestens ein Elternteil Vertriebener war. Oft bestimmten unbewusste Botschaften der Eltern wie «ich darf nie mehr Opfer werden, ich darf nicht meines Eigentums beraubt werden, ich darf nicht von meinem Platz verdrängt werden, ich muss viel leisten, damit meine Eltern das zurückerhalten, was sie verloren haben, ich will in der neuen Umgebung kein Aussenseiter sein» das Verhalten der Kinder. Unverarbeitetes aus dem Leben der Eltern wurde in einem «transgenerationalen Transfer» auf die Kinder übertragen.<sup>19</sup> Ein nachgeborener Vertriebenensohn sagte: «Wenn ich auftrat, war ich immer auf mich allein gestellt, ich konnte mich nie auf irgendeine Instanz berufen, die mir im Rücken gestanden hätte. Ich war immer nur Julius, alles andere war ein Mythos: Familie, Sippe, Heimat. Es gab keine Wiedererkennungseffekte, Wiederbezugseffekte.»<sup>20</sup>

Der allgegenwärtige Heimatverlust vermittelte den Kindern Vertriebener das Gefühl von Fremdheit und Wurzellosigkeit: «Anders als meine ostpreussische Grossmutter sprach meine schlesische Mutter nicht von der HEIMAT, sondern sagte immer nur 'bei uns zu Hause'. Das machte mich jedes Mal etwas betroffen, denn sie meinte damit ja nicht das Zuhause, das sie mit mir teilte, sondern ihre richtige HEIMAT, woraus ich schloss, dass sie sich mit mir keineswegs richtig zu Hause fühlte, und das stimmte mich etwas traurig. Es schmerzte mich, dass meine Mutter kein Zuhause mehr hatte, ich hätte ihr gerne geholfen, aber offenbar konnte sie auch unser gemeinsames Zuhause nicht wirklich trösten. Die HEIMAT war für mich eine heikle Angelegenheit, etwas, das man besingen und beweinen musste, und ich war froh, dass ich mit so etwas nicht geschlagen war. Ich nahm mir vor, mich in meinem Leben auf gar keinen Fall mit einer HEIMAT zu belasten. Ich würde um das Ruhrgebiet garantiert nicht weinen. (...) Ich wollte überall leben können. Und nie Heimweh haben.»<sup>21</sup>

Solange der gewaltsame Heimatverlust eines Fünftels der deutschen Bevölkerung nicht als allgemeiner Verlust empfunden wird, ist die Aufarbeitung der Vergangenheit nicht abgeschlossen. Die psychologischen Be-

lastungen der vielen Vertriebenen können nicht als Altlast der Geschichte abgetan werden. Der Berliner Psychotherapeut Uwe Langendorf stellte fest, dass über ein Drittel seiner Patienten einen Vertriebenenbezug aufweist.<sup>22</sup> Bei Heimatverlust findet eine Trennung von einem Teil des Selbst statt. Diese Trennung muss nicht traumatisch sein, wenn Rückkehr möglich und die Heimat innerlich bewahrt wird als verfügbarer Ort wie der Heimathafen für ein Schiff, aber sie ist auf jeden Fall traumatisch, wenn die Heimat gewaltsam und für immer verlorengeht.

Der Schmerz, den Heimatverlust und Vertreibung bei den Betroffenen ausgelöst hatten, war in den Familien förmlich mit Händen zu greifen. Über die Kindheit einer in der Zeit des Wirtschaftswunders geborenen Neutraublingerin wird berichtet: «Ihre ganze Kindheit war umwahrt von diesem Dunklen, Unaussprechbaren, das sich über die Reihenhäuser und Vorgärten Neutraublings legte. (...) Am schlimmsten war es im Wald. Dort hingen sie, die Toten, mit grossen Augen. Vielleicht ist Gerlinde schuld. Tante Gerlinde, die sie nie sah. Gerlinde und ihr Kind, die sie hastig vergraben haben, im Heimatboden, vor der Flucht. Gerlinde, die die Angst, die weissen Armbinden für die verhassten Deutschen, die Schande nicht ertragen konnte. «Gerlinde hat sich erhängt’, hatte man ihr gesagt. Sonst nichts. Es ist das Nichts, das ihr zu schaffen machte, das Platz liess für furchtbare Bilder. Blass und aufdringlich hingen sie in ihren Kindheitsträumen herum. Die tote Gerlinde und ihr totes Kind.»

Neutraubling ist eine Vertriebenenstadt in der Nähe von Regensburg. Sie wurde auf einem ehemaligen Fliegerhorst errichtet. Schlesier, Sudeten-deutsche, Egerländer, Ostpreussen, Rumäniendeutsche und Russlanddeutsche tragen dort zu einer eigenwilligen Mischung der Bevölkerung bei. Dazu sagt die Neutraublingerin: «Die Stadt war geballtes Leid. Und sie war wie eingefroren. Nach aussen hin haben sie agiert, nach innen hin waren sie wie tot.»<sup>23</sup> Eine andere schildert die Atmosphäre in ihrer Familie: «Glücksgefühle kamen wegen der zahlreichen Schicksalsschläge nach meiner Erinnerung niemals auf. Stets lastete der Schatten von Flucht und Vertreibung über unserer Familie, und alle Fröhlichkeit wurde mit Hinweis auf sie unterdrückt. Die einzigen Situationen von Unbeschwertheit, an die ich mich entsinne, waren die Treffen unserer Landsmannschaft.»<sup>24</sup>

Arbeit half, das Heimweh zu verdrängen. Zum Fleiss trat das Bemühen, sich anzupassen, nicht aufzufallen, nicht als Fremder erkannt, ausgegrenzt und beschimpft zu werden. Dieses Moment beschreibt Reinhard

Jirgl in *Die Unvollendeten*, als die Protagonistin Anna zu Hanna und Maria sagt: «!Ihr mit eurem Blöden-Zwang,! blossja! nicht aufzufallen (brüllte ich, als ich sie wieder einmal besuchte, in die beiden aschfahlen Gesichter sie hielten wie-immer still, warteten, bis mein Jähzorn verrauscht war.) Im-Grund brüllte ich gegen mich selber, gegen Das, was ich in-mir wusste von dieser *verfluchten Bescheidenheit* .... Die ich von diesen Flüchtlingen ge-erbt hatte wie nen seelischen Buckel. Daher meine Wut auf sie.– Heute, gleich allen Zuspätkommern. Bleibt mir nur das Bedauern, zu diesen beiden Frauen niemals! freundlicher gewesen zu sein.»<sup>25</sup>

Die Nachkommen stellten für die Vertriebenen die einzige Hoffnung dar; die Trauerarbeit konnte nur an sie delegiert werden. Die Kinder identifizieren sich mit den Eltern und haben oft deren Traumatisierungen verinnerlicht, was sich in inneren und äusseren Konflikten bemerkbar machte und ihr Abwehrverhalten beeinflusste. Sie fühlten die Verpflichtung, den Eltern das zu ersetzen, was sie im Leben eingebüsst hatten, deshalb versuchten sie die unbewussten Wünsche der Eltern nach Anerkennung und Wiedergutmachung zu erfüllen. Sie fühlten eine Schuld, die sie nie würden abtragen können. «Nun lass du uns nicht auch noch im Stich! Du bist alles, was uns geblieben ist. Wir tun alles nur für dich!» Diese Sätze führten dazu, dass die Kinder sich unterbewusst schuldig fühlten am Unglück der Eltern.<sup>26</sup>

Eine Ablösung von den Eltern war unter solchen Vorzeichen schwierig. Dieser Prozess ist bei Kindern von Vertriebenen oft schuldbeladen und mit Anpassungstendenzen an die Umgebung verbunden. Die der zweiten Generation innerfamiliär eingeblaute Devise lautete in etwa: «Um nichts in der Welt auffallen oder den Anschein erwecken, man gönne sich etwas.» Eine solche Sozialisation war eine Gratwanderung zwischen Autonomie-wahrung und Selbstverleugnung.

Die in den 1960er Jahren von Alexander und Margarete Mitscherlich diagnostizierte «Unfähigkeit zu trauern» wirkt bis heute nach. Es zeigt sich zunehmend, dass Flucht und Vertreibung die deutsche Bevölkerung untergründig weit mehr beschäftigen, als man wahrhaben will. Umgeben von einer unvollständigen Familie, verlorenen Heimat, instabilen Eltern und einer unfreundlichen Umwelt suchten viele Vertriebenenkinder Selbstbewusstsein über Leistung zu gewinnen. Schule und Arbeitsplatz gehörten zu den wenigen Feldern, auf denen Vergleich und Rivalität möglich waren:

Es zählten Wissen, Können und Erfolg, nicht Herkunft oder Besitz. Ausserdem schien nach den Erfahrungen von Flucht und Vertreibung das Wissen eine stabilere Grundlage zu sein als Häuser und Geld. In vielen Familien galt als Erziehungsmaxime und als Moral von der Geschichte der oberste Lehrsatz: «Hängt euch nicht an irdische Dinge! – Lernt etwas. Das ist heute die Hauptsache. Was ihr im Kopf habt, das kann euch keiner nehmen!» Die Beherzigung dieser Lehre konnte zur Triebfeder des Aufstiegs einer Familie werden.<sup>27</sup>

Die nachfolgende Generation hat widersprüchliche Aufgaben zu erfüllen: Einerseits musste sie sich enorm anpassen und für die Eltern den Beweis der eigenen Tüchtigkeit und Überlegenheit erbringen, um das Leid auszugleichen. Andererseits musste sie für die Eltern die verlorene Heimat repräsentieren und sich eben nicht anpassen. So sprachen Vertriebenenkinder in der Schule Schwäbisch, zu Hause aber Schlesisch, denn es war für Eltern kränkend, das eigene Kind in der ungeliebten fremden Mundart reden zu hören. Zugleich sollte das Kind sich in der Umgebung durchsetzen und Anerkennung finden. Viele dieser Kinder scheinen sich in intellektuelle Hochleistung geflüchtet zu haben.

Von den Auswirkungen der Vertreibung kann sich die Psychoanalyse erst allmählich ein Bild machen. In der Nachkriegszeit waren Vertreibungsschicksale so häufig, dass man ihre spezifische Bedeutung für psychische Auffälligkeiten bis hin zur Ausbildung psychopathologischer Symptomatiken gar nicht erkannte. Nicht zu Unrecht wurde gerade in dieser «Normalität» der Grund dafür gesehen, dass erst jetzt das pathogene Potential von Krieg und Vertreibung ins Blickfeld rückt. Jetzt zeigt sich, dass die traumatische Erfahrung ihren Schatten auch auf die folgende Generation geworfen hat.<sup>28</sup>

Als Nachgeborener von Vertriebenen gehört der Rechtsprofessor und Psychoanalytiker Günter Jerouschek, dessen Eltern aus einer Kleinstadt in Südböhmen stammen, zu den typischen Vertretern der zweiten Generation. Psychischen Halt fanden die Eltern in der fremden Umgebung Schwabens von Anfang an in ihrem Garten, eine Art selbstgeschaffenes Übergangsobjekt: «Der Garten diente nicht nur als Refugium und zur Selbstversorgung, sondern auch zur Vergewisserung, dass die neue Umwelt nicht bruchlos unter das Apriori des Vertreibungstraumas zu subsumieren wäre. Umso dramatischer wirkte es sich dementsprechend aus, als meine Eltern von den Gartenfreunden, wie die Kleingärtner sich nannten, aus ihrem Pachtverhältnis herausgemobbt wurden, weil der Vater den Arbeitsdiensten in

der Kleingartenanlage nicht mehr nachkommen konnte. Für fast zwei Jahre war dies das alles obsiedierende Thema, wiederkehrende Panikattacken, Tachykardien, massive Schlafstörungen, Somatisierungen, angsthysterische Krisen und depressive Intervalle waren die Folge. Das psychotraumatische Belastungssyndrom wirkte sich sogar auf mich aus, so dass mein Analytiker konstatierte: die zweite Vertreibung. Die Phantasie vom geschützten Raum war ausgeträumt, eine nochmals fremdbestimmte Ausweisung hätten meine Eltern nicht überlebt. Das scheinbar gebannte Vertreibungsgespenst ging wieder um.»<sup>29</sup>

Bei aller Trauer und allem Schmerz mussten die Vertriebenen an ihrer Tradition und an ihren Hoffnungen festhalten, um die Heimat nicht zu veraten und damit endgültig zu verlieren. Gerade die Hoffnung auf Rückkehr, die ihren Lebenswillen stärkte, hat ihre Verwurzelung in der neuen Umgebung aber verhindert. Sie lebten wie in einem bösen Traum, aus dem man eines schönen Tages aufwachen und sich in der Heimat wiederfinden würde, wenn man nur den Anspruch an diese nicht aufgab. Als diese Hoffnung begraben werden musste, breitete sich Verzweiflung aus.<sup>30</sup>

Nun treten die letzten Vertriebenenkinder in das Rentenalter ein. Plötzlich werden sie sich bewusst, wie weit sie durch Leistungsorientierung, protestantische Arbeitsethik und Karrieredrang ihr brüchiges Selbstwertgefühl überdeckt haben, dass sie sich in Arbeit flüchteten, obwohl ihnen berufliche Erfolge häufig gar nicht die erhoffte Befriedigung verschafften. Obwohl sie viel erreicht haben im Leben, fühlen sie sich unzufrieden und unausgefüllt. Wenn viele von ihnen sich nun wieder auf ihre Jugendfreunde und ihr Engagement für die verlorene Heimat besinnen, ist das ein Hinweis auf Kompensationsbedürfnisse, auf die Sehnsucht nach einem Identitätsraum, der geborgenen Kinderwelt von damals.<sup>31</sup>

Wie sehr das Drama von Flucht und Vertreibung der eigenen Familie noch die Kinder- und Enkelgeneration umtreibt, belegt Grass' Novelle *Im Krebsgang*, von der binnen wenigen Wochen mehr als 300'000 Exemplare verkauft wurden; ähnlich verhielt es sich mit Walter Kempowskis *Echolot*, in dem dieser zum Chronisten deutscher Einzelbiographien wurde. Die Generation der 68er meldet sich inzwischen selbstkritisch zu Wort. Sabine Bode bekannte: «Ich selbst gehöre jenem Teil der Nachkriegsgeneration an, der sich, je nachdem, welches politische Thema gerade Konjunktur hatte, zwischen 'Nie wieder Krieg!' und 'Nie wieder Auschwitz!' bewegte.

Dass wir die Kinder des Kalten Krieges gewesen waren, wurde mir erst nach und nach bewusst, als diese Epoche endgültig vorbei war: die Einäugigkeit der Argumentation, die blinden Flecken, nicht mehr und nicht weniger als beim Rest der Gesellschaft. Zum Beispiel kann ich mich nicht erinnern, dass in der christlich geprägten Friedensgruppe, der ich einmal angehörte, jemals in Betracht gezogen wurde, ob vielleicht der Furcht ‘vor dem Russen’ auch eine traumatische Erfahrung zugrunde lag.»<sup>32</sup>

Petra Reski hat ihre eigene, auch ideologisch motivierte Hartherzigkeit auf einer Reise mit Mutter und Tante in die alte schlesische Heimat überwunden: «Ich setzte mich auf einen Feldstein. In der lichtblauen Weite sah ich meine Mutter und Tante Irma einen der staubigen Wege entlanglaufen. Vor einem leuchtenden Rapsfeld blieben sie stehen, Tante Irma deutete auf etwas in der Ferne. Meine Mutter lachte und schüttelte den Kopf. Und dann schämte ich mich. Für mein kleines, hartes Kinderherz, das nichts von Schlesien wissen wollte.»<sup>33</sup>

In seiner vielbeachteten Rede zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985: «Bei uns wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.»<sup>34</sup>

Inzwischen wächst die Hoffnung, dass das Geschehen von Flucht und Vertreibung zum Bezugspunkt wird für das kollektive Gedächtnis der Deutschen, dem es künstlich entrissen wurde.

### **Gesamtdeutsche Verpflichtung zu Dokumentation und Erinnerung**

Auf das Erbe Ostdeutschlands trifft zu, was Marion Gräfin Dönhoff bereits 1959 formuliert hat: «Es gibt in der Bundesrepublik neben allen möglichen Schattierungen zwei extreme Standpunkte zu dem Problem der Oder-Neisse. Der eine, in den Landsmannschaften gehegt und gepflegt, stellt die Sache so dar – besser lässt die Illusion zu –, eines Tages werde auf irgendeine rätselhafte Weise alles wieder so ungefähr beim Alten und jeder wieder zu Haus sein. Das andere Extrem bilden die Leute, für die es so etwas wie eine Verantwortung vor der Geschichte auch nicht gibt. Aber aus anderen Gründen nicht gibt:

deshalb nämlich, weil sie glauben, sie könnten weiterhin ihre Ruhe und ihren Lebensstandard ungestört genießen, wenn sie andere ein Opfer bringen lassen. Diese Leute können nicht verstehen, wieso man nicht jene fernen östlichen Gebiete längst 'abgeschrieben' hat – ein Ausdruck, der ihnen aus ihrer Erfolgsbuchführung offenbar geläufiger ist als der Begriff Verzicht. 'Es hat sich doch gezeigt, dass wir die Gebiete gar nicht brauchens meinte neulich ein bekannter Politiker. Für meinen Einwand, 'brauchen' sei keine Kategorie der Geschichte, hatte er wenig Verständnis.»<sup>35</sup>

«Die Sprache verrät das Leid», sagt Fritz Stern: «Wir sprechen von Heimweh, 'homesick', oder 'mal de payss von jenem Schmerz, der in der Ferne gespürt wird.»<sup>36</sup> In seinem Essay «Heimat als Utopie» sagt der Jurist und Schriftsteller Bernhard Schlink über die Heimat: «Am intensivsten wird sie erlebt, wenn man weg ist und sie einem fehlt; das eigentliche Heimatgefühl ist das Heimweh. Aber auch, wenn man nicht weg ist, nährt sich das Heimatgefühl aus Fehlendem, aus dem, was nicht mehr oder noch nicht ist. Denn die Erinnerungen und Sehnsüchte machen die Orte zur Heimat.»<sup>37</sup> Erst der Verlust macht den Komplex der alten Heimat als abgeschlossene Gegenwelt wahrnehmbar und formbar.

Alle Deutschen müssen die Erinnerung an das reiche kulturelle Erbe des historischen deutschen Ostens bewahren, wenn unser kollektives Gedächtnis nicht verkümmern soll. Deutsche und deutsch geprägte Kulturstätten, die östlich unserer Landesgrenzen liegen, sollten uns ebenso am Herzen liegen wie der in das UNESCO-Weltkulturerbe aufgenommene Kölner Dom, der Rhein, das Hambacher Schloss, Schloss Neuschwanstein oder die Altstadt von Lübeck. Gegenwärtig umfasst das Weltkulturerbe 851 Denkmäler in 141 Ländern. Die Altstadt von Reval, der historische Stadtkern von Riga, die Marienburg, die Friedenskirchen von Jauer und Schweidnitz, die Jahrhunderthalle in Breslau, die Dörfer und Wehrkirchen Siebenbürgens, das historische Zentrum von Schässburg in Siebenbürgen und das Haus Tugendhat in Brünn liegen zwar nicht innerhalb der Grenzen Deutschlands, wurden aber von Deutschen massgeblich geprägt. Das ist keine rückwärtsgewandte, sondern eine von politisch korrekter Engstirnigkeit befreite Sicht. Es ist wichtig, dass wir die deutschen Identitäten jenseits der bundesrepublikanischen Grenzen in unser Blickfeld einbeziehen.<sup>38</sup> Der historische deutsche Osten gehört seit Jahrhunderten zur deutschen Lebenswelt und bleibt trotz aller politischen Veränderungen Bestandteil unserer Kultur.



Woran die deutsche Kultur im historischen deutschen Osten gemessen werden muss, hat Willy Brandt, der Protagonist der neuen Ostpolitik, im April 1969 vor dem Beirat für Vertriebene und Flüchtlinge beim SPD-Parteivorstand formuliert: «Ich möchte, dass die Pflege der ostdeutschen Kultur nicht eine Sache der Verbände und Landsmannschaften bleibt, sondern dass wir miteinander dafür sorgen, der ganzen Nation die kulturelle und geistige Substanz der Ostgebiete zu erhalten; nur so kann im Innern gewonnen werden, was draussen verloren ging. Die deutsche Sprache würde ohne Not ärmer, wenn die ostdeutschen Dialekte aussterben sollten. Es ist auch nicht zu spät, dem traditionellen Rang der ostdeutschen Universitäten und Kultureinrichtungen im Westen eine neue Heimstatt zu geben. Die kulturelle und geistige Substanz des deutschen Ostens muss nicht nur den Vertriebenen und Flüchtlingen des Jahres 1945, ihren Kindern und Enkelkindern, sie muss unserem Volk in seiner Gesamtheit erhalten werden.»<sup>39</sup>

Der Althistoriker Alfred Heuss hat allerdings festgestellt, dass sich kaum ein Deutscher «die Dezimierung der Substanz des deutschen Volkes» bewusstmache, «bei der es nicht nur um eine Unsumme grausamer Einzelschicksale geht, sondern um (...) ein Phänomen, das man in Analogie zu Genozid mit der Bezeichnung ‘Phylozid’ belegen müsste, denn es gibt von nun an keine Schlesier, Pommern, Ostpreussen, Sudetendeutsche usw. mehr. Ihre Sprache bzw. Dialekte, wichtige Bestandteile des deutschen Sprachkörpers, haben aufgehört zu existieren.»<sup>40</sup>

Doch sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR hat man in den 1970er Jahren die Erinnerung an den historischen deutschen Osten bereitwillig getilgt. Überall stürzten Denkmäler zur Erinnerung an die Heimatgebiete der Vertriebenen, Gedenksteine wurden klammheimlich entsorgt, wenn man öffentlichen Protest befürchtete. Was ideologisch missfällt, wird nicht als Relikt einer vergangenen Epoche toleriert, sondern als «rechtsradikal» oder «revanchistisch» gewertet und abgeräumt. Das ist ein gesamtdeutsches Phänomen. In Ost-Berlin sind durch die SED-Machthaber viele Strassen der zu Anfang des vergangenen Jahrhunderts angelegten Ostpreussen- und Schlesienviertel aus ideologischen Motiven umbenannt worden. In dem um 1911 im Bezirk Prenzlauer Berg südlich des S-Bahn-Rings entstandenen Ostpreussenviertel wurden 1974 unter anderem Barstein, Goldap, Gumbinnen, Rastenburg aus dem Strassenverzeichnis getilgt und durch Namen von Personen ersetzt, die als kommunistische

Gegner des Nationalsozialismus ihr Leben liessen. Ähnlich verfuhr man im ehemaligen Ostpreussenviertel zwischen dem Friedrichshain und der S-Bahn. Seit 1974 heissen die Braunsberger Strasse Hans-Otto-Strasse, die Schneidemühler Strasse Heinz-Bartsch-Strasse, die Goldaper Strasse Heinz-Kapelle-Strasse, die Lippehner Strasse Käthe-Niederkirchner-Strasse, die Allensteiner Strasse Liselotte-Herrmann-Strasse, die Bartensteiner Strasse Margarete-Walter-Strasse sowie die Neukuhrer Strasse, die an den schönen Badeort der ostpreussischen Samlandküste erinnerte, Olga-Benario-Prestes-Strasse.

Der Stettiner Bahnhof, einer der acht grossen Berliner Kopfbahnhöfe, wurde 1950 von den DDR-Behörden in Nordbahnhof umbenannt. 2006 liess die Berliner Senatsverwaltung den Bahnhofsvorplatz neu gestalten. Zwischen alten Bahngleisen, die in das neue Pflaster eingelassen wurden, sind die Namen einiger ehemals durch die Stettiner Bahn erreichbaren Ostseestädte Pommerns zu lesen. Auch der Schlesische Bahnhof verlor seinen Namen, da es Schlesien nicht mehr geben durfte. Seit 1950 hiess er Ostbahnhof, zwischenzeitlich Hauptbahnhof und seit 1998 wieder Ostbahnhof, obwohl es viele Fürsprecher für den alten Namen Schlesischer Bahnhof gab.

Es gibt viele Beispiele halböffentlicher und öffentlicher Erinnerung, aber für 14 Millionen Menschen ist das alles nur wenig. Vieles bleibt auf symbolische Gesten beschränkt: eine Ostpreussen-Kaserne in Homberg/Efze, eine Pommern-Kaserne im nordhessischen Wolfhagen, Namen von Autobahnraststätten wie Landsberg an der Warthe, Tilsit, Stettin, Königsberg oder ein nach Allenstein benannter Rastplatz.

Im Harz, unweit der ehemaligen innerdeutschen Grenze, steht auf der 555 Meter hohen Uhlenklippe bei Bad Harzburg das Kreuz des deutschen Ostens. An der Einweihung nahmen im Juni 1950 über 20'000 Vertriebene teil, unter ihnen Bundesvertriebenenminister Hans Lukaschek sowie Berlins Regierender Bürgermeister Ernst Reuter. Eine Urne mit ostdeutscher Erde, die ein alter Mann vom Friedhof seines Heimatortes auf die Flucht mitgenommen hatte, wurde in den Sockel eingemauert. In der Nacht vom 16. auf den 17. Juni 1985, also unmittelbar vor der Feierstunde zum Tag der deutschen Einheit, verübten Linksextremisten einen Brandanschlag auf das Kreuz, ein gutes Dutzend Jahre später, am 4. März 1998, wurde es durch einen Orkan zerstört. Da das Land Niedersachsen seiner Obhutspflicht nicht mehr nachkam, entbrannte eine Debatte, ob ein solches Denkmal überhaupt noch zeitgemäss sei. Schliesslich sammelte Aufruf der eine



Aufruf der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Lüneburg, Juni 1987

Ideologische Engherzigkeit verbannte das Erbe von 14 Millionen Deutschen in eine dunkle Nische, aus der es längst hätte befreit werden müssen. Die ewiggestrige Einstellung von Vertriebenenfunktionären und Linken verhinderte letztlich zum Schaden aller, dass die Rettung ostdeutscher Kultur zu einer gesamtdeutschen Aufgabe wurde. Der aus einer ostpreussischen Familie stammende Journalist Klaus Bednarz forderte dagegen ein knappes Jahrzehnt später bei einer Lesung in Lüneburg: «Auf die Barrikaden»/»? die Rettung des Ostpreussischen Landesmuseums.

Bürgerinitiative Spenden in Höhe von 180'000 DM, so dass das Kreuz wieder aufgestellt werden konnte. Die neue Inschrift lautet: «Kreuz des deutschen Ostens. Stätte des Gedenkens an Vertreibung und Heimatverlust. Stätte der Ablehnung jeder Gewaltherrschaft».

Mit zunehmender Integration in neue Lebens- und Sozialwelten lässt die emotionale Bindungskraft der alten Heimat nach. Ein Beleg dafür ist, dass immer mehr Erinnerungsstücke an die alte Heimat einer Heimatstube oder einem Heimatmuseum überlassen werden. Die bei Flucht und Vertreibung geretteten «Heiligtümer», die im Alltag längst überflüssig sind, aber einen symbolischen Wert haben, sollen hier bewahrt und vor dem Wegwerfen geschützt werden.<sup>41</sup> Modern und fachmännisch aufbereitet, müssen diese den Nachkommen zugänglich gemacht werden.

Das Westpreussische Landesmuseum in Münster-Wolbeck, das Pommersche Landesmuseum in Greifswald, das Ostpreussische Landesmuseum in Lüneburg, das Siebenbürgische Landesmuseum auf Schloss Horneck, das Schlesische Museum in Görlitz sowie das Donauschwäbische Zentralmuseum in Ulm sind ermutigende Anfänge, aber die Zeit drängt, denn es gibt Hunderte von Heimatmuseen und Heimatstuben, deren ehrenamtliche Mitarbeiter abtreten. Landsmannschaftliche Orts- und Kreisgemeinschaften, der BdV und Einzelinitiativen bestreiten den Unterhalt dieser Einrichtungen und bewahren damit, was Vertriebene über Jahrzehnte an Schätzen zusammengetragen haben. In vielen Fällen ist der Fortbestand der meist kleinen Einrichtungen aber gefährdet, weil durch den Generationswechsel die Betreuung immer schwieriger wird. Hier muss der Bestand gesichert, der öffentliche Zugang zu den Exponaten gewährleistet und deren nach modernen Kriterien ausgerichtete museale Präsentation angestrebt werden.

Der Erfassung und Dokumentation schlesischer Heimatstuben in Deutschland widmet sich das Schlesische Museum in Görlitz seit einiger Zeit.<sup>42</sup> Das ist verdienstvoll, aber zu wenig. Günter Grass plädierte schon 1970 in der *Kulturpolitischen Korrespondenz* dafür, dass das, «was an kultureller Substanz in der Bundesrepublik ein Kümmerdasein fristet (...), ohne Emotionen, dafür mit wissenschaftlichem Anspruch» zu sammeln, zu ordnen und darzustellen sei. Mit dem Ausbau des Hochschulwesens in den Ländern sollten «Institute für Ostpreussen, Pommern und Schlesien» geschaffen, Dialektforschung betrieben, die «literaturfähigen Dialekte (...) er-



Schlüssel von vertriebenen Schlesiern im Schlesischen Museum zu Görlitz

Viele Vertriebene besitzen noch heute die Schlüssel ihrer früheren Häuser. Einige hatten sie bei der Flucht vor der Roten Armee eingesteckt, in der Erwartung, in Kürze zurückzukehren. Als die organisierte Vertreibung begann, wurde das Mitnehmen von Schlüsseln untersagt. Viele setzten sich über das Verbot hinweg. Heute haben diese Schlüssel eine neue Bestimmung erhalten: als Exponate in Heimatstuben und Museen.

halten» und so «die kulturelle Substanz dieser Provinzen» gerettet werden. «Wir haben», so formulierte der Schriftsteller, «die drei ostdeutschen Provinzen zweimal verloren», zunächst geographisch durch den selbstverschuldeten Krieg und dann noch einmal durch Versäumnisse der Nachkriegszeit.<sup>43</sup>

Seit den 1950er Jahren entstanden immerhin wissenschaftliche und kulturelle Institutionen, die auf der Grundlage des Paragraphen 96 des BVFG – Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge und Förderung der wissenschaftlichen Forschung – gefördert wurden. Zu den vier regional ausgerichteten Kulturwerken gesellten sich die Historischen Kommissionen, darunter die Historische Kommission für ost- und westpreussische Landesforschung, die Historische Kommission für Schlesien und die Baltische Historische Kommission. 1950 entstand das Herder-Institut in Marburg mit dem grössten Dokumentenfundus zum historischen deutschen Osten. Das Münchener Collegium Carolinum als Forschungsstätte für die Geschichte der böhmischen Länder, das Südost-Institut in München, die Bücherei des deutschen Ostens (heute Martin-Opitz-Bibliothek) in Herne, das Sudetendeutsche Archiv, der Göttinger Arbeitskreis und das Johannes-Künzig-Institut für ostdeutsche Volkskunde in Freiburg bemühen sich um die wissenschaftliche Dokumentation der verlorenen Gebiete und ihrer vielfältigen Traditionen. Für die bildende Kunst entstanden die Esslinger Künstlergilde sowie in Regensburg die Ostdeutsche Galerie. Nach 1990 erfolgte eine Neustrukturierung, in deren Zusammenhang der längst überfällige Perspektivwechsel vorgenommen wurde.

Bisher gibt es nur Absichtserklärungen. Konzepte etwa zur inhaltlichen Erweiterung der vorhandenen Landesmuseen fehlen. Deutschland braucht einen soliden Plan zu Pflege und Erhalt der deutschen Kulturlandschaften im Osten. Ferner gilt es, die Geschichte zur Vertreibung und den Vertreibungsgebieten, die in der Vergangenheit aus vielen Gründen besonders anfällig war für Rechthaberei und Moralisieren, gegen politische Vereinnahmung zu schützen und für deren Erforschung und Präsentation ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen. Wenn in Schleswig-Holstein vierzig Prozent der Bevölkerung Vertriebene mit ihren Nachfahren sind, müssten streggenommen vierzig Prozent der Kulturförderung für das Land zur Pflege von deren Traditionen aufgewandt werden. Das geschieht aber nicht, und auch die Summe, die für die Bewahrung und Dokumentation eines Viertels des ehemaligen Deutschlands und der deutschen Siedlungs-

«In meiner Art zu denken und zu urteilen  
komme ich immer noch aus Königsberg.»

**Hannah Arendt**

Menschen aus dem Osten: Simon Dach, Johann Christoph Gottsched, Johann Georg Hamann, Johann Gottfried Herder, Immanuel Kant, E.T. A. Hoffmann, Max von Schenkendorf, Fanny Lewald, Ferdinand Gregorovius, Hermann Sudermann, Käthe Kollwitz, Lovis Corinth, Bruno Taut, Erich Mendelsohn, Ernst Wiechert, Hannah Arendt, Marion Gräfin Dönhoff, Johannes Bobrowski, Heinz Sielmann, Rainer Barzel, Herbert Ehrenberg, Siegfried Lenz, Armin-Müller-Stahl, Arno Surminski, Klaus Bednarz und Lena Valaitis stammen aus Ostpreussen. Den Reigen bekannter Schlesier führt Joseph von Eichendorff an, gefolgt von seinen schlesischen Landsleuten Carl von Holtei, Gerhart Hauptmann, Hermann Stehr, Paul Keller, Adolph von Menzel, Ferdinand Lassalle, Friedrich Schleiermacher, Norbert Elias, Helmuth James Graf von Moltke, Dietrich Bonhoeffer-Jochen Klepper, Edith Stein, Paul Löbe, Max Tau, Georg Thomalla, Janosch, Klaus Töpfer, Heinrich Albertz, Heinrich Windelen, Hans-Ulrich Klose, Manfred Kanther, Dieter Hildebrandt, Thekla Carola Wied, Wolfgang Thierse, Erich Mende, Hanna Schygulla, Friedrich Nowotny, Fritz Stern, Fritz Haber und Bernhard Grzimek. Aus den vielfältigen deutschen Traditionen Böhmens, Mährens und Schlesiens stammen Adalbert Stifter, Rainer Maria Rilke, Marie von Ebner-Eschenbach, Franz Werfel, Franz Kafka, Otfried Preussler, Ferdinand Porsche-Josef Stingl, Hellmuth Karasek, Peter Glotz und Alfred Biolek. Deutschbalten waren Eduard von Keyserling und Heinz Erhardt. Aus dem östlichen Brandenburg stammen Gottfried Benn und Christa Wolf. Pommern waren und sind Alfred Döblin, Uwe Johnson, Rudolf Virchow, Klaus von Bismarck, Klaus-Jürgen Wussow, Manfred Stolpe, Egon Krenz und Lothar Bisky. Aus Westpreussen und insbesondere Danzig stammen Hermann Löns, Emil von Behring, Nikolaus Kopernikus, Daniel Nikolaus Chodowiecki, Johannes Hevelius, Hermann Löns, Andreas Schlüter, Arthur Schopenhauer, Günter Grass, Wolfgang Völz, Klaus Kinski, Eddi Arent und Horst Ehmke. Der Dichter Oskar Pastior und der Sänger Peter Maffay stammen aus Siebenbürgen, Herta Müller aus dem Banat, Bundespräsident Horst Köhler aus Bessarabien. Die Eltern von Joschka Fischer sind ungarndeutsche Donauschwaben aus dem Ofener Land, Volker Kauders Eltern Donauschwaben aus dem ehemaligen Jugoslawien, Thomas Gottschalks gesamte Familie stammt aus Schlesien, Harald Schmidts aus dem Sudetenland und Südmähren.

gebiete aufgebracht wird, ist bei dem Steueraufkommen der Vertriebenen eher gering.

Forschung, Dokumentation und wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte und Kultur des historischen deutschen Ostens müssen Bund, Länder und Kommunen zu ihrer Aufgabe machen. Die letzten Zeitzeugen müssen befragt, aussterbende Dialekte dokumentiert, die Heimatstuben in staatliche Obhut genommen, die Landesmuseen für die jeweiligen Heimatlandschaften besser gefördert und die Patenschaften zu ost- und südost-deutschen Städten, Landkreisen und Regionen gepflegt werden, denn sie belegen, dass es eine deutsche Geschichte jenseits der heutigen Staatsgrenzen im Osten gab. Die Erinnerung daran im kollektiven Gedächtnis der Deutschen wachzuhalten, ist Aufgabe aller deutschen Steuerzahler, denn sie sind mit dem historischen Ostdeutschland und den Deutschen im Osten Europas verbunden, ob sie darauf Wert legen oder nicht.

Noch ist vieles vom persönlichen Einsatz Einzelner abhängig. Der Entertainer Thomas Gottschalk beispielsweise kannte die Heimat seiner Eltern nur von den vergilbten Stichen im Wohnzimmer. Das Breslauer Rathaus, der Oppelner Dom waren für das Kind unendlich weit entfernt. Bei der Weihnachtsfeier der Landsmannschaft Schlesien in Kulmbach hat der kleine Junge ein schlesisches Weihnachtsgedicht von Joseph von Eichendorff vorgetragen. Dass die elterliche Herkunft aus Schlesien ihn mitgeprägt hat, wurde ihm aber erst allmählich bewusst. Diese Wurzeln liessen ihn nicht los. In Lubowitz bei Ratibor, dem Geburtsort Eichendorffs, hat er massgeblich zur Finanzierung eines neues Eichendorff-Denkmal beigetragen. Für seine Memoiren hat er einen Titel parat, der seiner Herkunft Rechnung trägt: «Ich war der letzte Schlesier».<sup>44</sup> Harald Schmidt, Nachfahre sudetendeutscher und südmährischer Eltern, dürfte ebenfalls familiäre Gründe dafür haben, sich für ein Zentrum gegen Vertreibungen zu engagieren.

In der Präambel der Weimarer Verfassung hiess es: «Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen». Schlesier, Ostpreussen, Böhmen, Pommern und viele andere, sie gehören dazu.



## Kalte Heimat Vertriebene als Opfer

«Wenn ich im Zuge der Vertreibungen Menschen verprügelt oder niedergeschlagen am Boden liegen sehe, namentlich auf jenem mir unvergesslichen Foto, auf dem ein Mann mit blutendem Kopf hilflos in die Kamera aufschaut – dann möchte ich hin zu ihnen und ihre Wunden verbinden. Ebenso, wenn ich sehe, dass Menschen bei Frost in offene Güterwagen verladen werden – auch dann ist in mir nichts als der vegetative Wunsch: hin zu ihnen, hin und das eigene Hemd ausziehen, um sie zu wärmen. Und wenn ich dabei Kinder erblicke, die voller Verstörung in die unbegreifbare Welt der Erwachsenen schauen – dann weine ich. Was um nichts den Strom der Tränen mindert, die ich vergossen habe, vergiesse und vergiesen werde über die Opfer des Holocaust und die Millionen nichtjüdischen Ermordeten, Sinti, Roma, Slawen. In meinem Buch Ostpreussen ad schrieb ich: ‘Wie hält man es aus, eine Heimat wie diese verlassen zu müssen, ohne dass einem das Herz bricht?’ Ja, wie nur.»<sup>1</sup> Ralph Giordano, Überlebender des Holocaust, wirbt für mehr Solidarität mit den deutschen Vertriebenen, und er fügt hinzu: «Mich will von bestimmter Seite manchmal eine spezifische Kälte gegenüber deutschen Schicksalen aus der NS-Zeit anwehen, und das mit dem Hinweis auf ihre Selbstverschuldung. Dazu klipp und klar: Ich will mich auch dann nicht meiner Trauer über das Leid von Deutschen schämen, nicht meiner Mitleidensfähigkeit, nicht meiner Erschütterung! Ich will sie nicht verstecken, meine Augen nicht davor schliessen, sondern meinen Empfindungen freien Lauf lassen.»<sup>2</sup>

In Polen forderte der Intellektuelle Jan Jozef Lipski seine Landsleute auf, nicht nur das eigene Leid, sondern auch das anderen zugefügte zu sehen. In seinem Essay «Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen», der in der Pariser Exil-Zeitschrift *Kultura* erschien, schrieb er: «Das uns angetane Böse, auch das grösste, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben.»<sup>3</sup> Wer derartige Überlegungen anstellte, begab sich auch in Deutschland lange auf vermin-

tes Gelände, und noch immer zeigen sich Irritationen bei der Frage: Dürfen Vertriebene Opfer sein?

Die schärfsten Kritiker der Ausstellung «Erzwungene Wege» wussten, auch ohne sie gesehen zu haben, dass man dort «Geschichte umschreibe» und «Täter zu Opfern» mache. Den Vertriebenen warfen sie eine «neue Lust am deutschen Opferbild» vor.<sup>4</sup> Natan Sznajder und Günther Jacob sprachen gar von der «Lust am eigenen Leid»: «Die deutschen Täter und ihre Nachfahren wollen endlich Teil der globalen Opfergemeinde sein. Dazu klinken sie sich in den internationalen Versöhnungsdiskurs ein. (...) Die 'Vermenschlichung' des Opfers lässt keine historischen Zusammenhänge mehr zu.»<sup>5</sup> Und Samuel Salzborn vertrat die Ansicht, dass die Vertreibung der Deutschen kein Unrecht gewesen sei: «Unabhängig von den individuellen, sicher oftmals auch erschütternden Schicksalen der Vertriebenen stellt die damit forcierte Generalisierung von Flucht und Vertreibung der Deutschen infolge des Zweiten Weltkrieges als Unrecht keine historisch adäquate Interpretation dar. Der Versuch zur Durchsetzung dieses Postulats ist vielmehr die bewusste Entkontextualisierung der Vergangenheit. (...) Der Charme des Opferstatus ist dabei so verlockend, dass schon fast als Vaterlandsverräter und Nestbeschmutzer geziehen wird, wer es wagt, auf Inkorrektheit der Klassifizierung von Flucht und Vertreibung als Unrecht hinzuweisen.»<sup>6</sup>

Noch immer gibt es Stimmen, die unbeirrbar verkünden, dass die Geschichte der Vertreibung nur ohne die Betroffenen erzählt werden kann. Solcher Starrsinn macht blind dafür, dass es auf der gesellschaftlichen Ebene doch vorwiegend Vertriebene, Spätaussiedler und ihre Nachkommen sind, die das Interesse an den östlichen Nachbarn wachhalten und persönliche Beziehungen zu ihnen pflegen. Zu Hunderttausenden reisen sie in die östlichen Nachbarländer, unterhalten freundschaftliche Bande zu den dortigen Kommunalverbänden, gründen Krankenhäuser, Sozialstationen, helfen Friedhöfe, Kirchen und Denkmäler zu retten.

Die Verhöhnung deutscher Vertreibungsoffer hat Tradition. In der NDR-Fernsehsendung «Hallo Nachbarn» wurden am n. November 1965 die Vertreibungsmethoden geradezu verzerrt und die Flucht ins Lächerliche gezogen: «Beispielsweise müssen die Anstandsregeln der Vertreibung offenbar sehr leger gehandhabt worden sein. Der Herr lässt die Dame entweder rechts oder links vor sich gehen. Nur dass man Ehepaarweise ver-



Vertriebenes Ehepaar in einer Ausstellung über Aussig im Stadtmuseum München, 1962

Die Erinnerung an das Verlorene, die Mahnung des Geschehenen sind weit mehr Chance als Hindernis für die Zukunft. In diesem Sinne äusserte sich die in Berlin-Spandau tagende Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland am 18. März 1966: «Die Vertreibung geht unser ganzes Volk an. Sie ist weit mehr als nur ein vielen Einzelnen zugefügtes Leid. Wir alle, nicht nur die Vertriebenen, sind von ihr betroffen. Es ist unser aller Pflicht, mit den sich daraus ergebenden Aufgaben fertig zu werden. Wurde den Vertriebenen auferlegt, sich in fremder Umgebung einzuleben, so muss von den Nichtvertriebenen die Liebe der Ostdeutschen zu ihrer Heimat und der Schmerz um ihren Verlust besser als bisher verstanden und mitgetragen werden. Die reiche Geschichte Ostdeutschlands ist ein wesentliches Stück deutscher Geschichte. Vielgestaltig und fruchtbar ist der Beitrag der Ostdeutschen zu unserem politischen, kulturellen und kirchlichen Leben. Der Verlust ihrer Heimat bedeutet für unser ganzes Volk eine Schädigung, deren Schwere uns inmitten des chaotischen Kriegsendes und der angestregten Aufbauzeit nicht immer genügend gegenwärtig war.»

treiben lässt, scheint selbstverständlich zu sein.»<sup>7</sup> Der Höhepunkt war im Sommer 1970 erreicht, als der Süddeutsche Rundfunk im Rahmen der Sendung «Heisse Sachen – Zeitgenuss für Zeitgenossen» einen Kabarettbeitrag zum Thema: «Heterologe Insemination oder die Endlösung des Vertriebenenproblems» ausstrahlte.<sup>8</sup>

Der amerikanische Historiker Norman N. Naimark spricht sich dagegen klar für die Anerkennung der deutschen Vertriebenen als Opfer aus: «Ich sympathisiere mit den Opfern – und sie waren Opfer: diejenigen, die aus ihren Häusern verjagt wurden, diejenigen, die starben, diejenigen, die mutwillige Brutalität und die furchtbaren Bedingungen von Internierung und Vertreibung ertragen mussten. Sicher hat die Vertreibung eine Vorgeschichte, die aggressive Politik der Zwangsdeportationen in den Osten. Natürlich ist das reiche und vielfältige Leben der deutschen Siedlungen in den Ostgebieten ebenfalls Teil dieser Vorgeschichte. Aber die Geschichte der Vertreibung reicht in wichtigen Punkten auch über das ursprüngliche Geschehen hinaus: die Internierung von Millionen Deutschen in alliierten Lagern in Deutschland; die Versuche, die Vertriebenen in die ost- und westdeutsche Gesellschaft zu integrieren, und der politische, soziale und wirtschaftliche Einfluss der Vertriebenen und ihrer Organisationen auf die Entwicklung der Bundesrepublik.»<sup>9</sup>

Naimark betont die besondere innenpolitische Bedeutung der Erinnerung an Flucht und Vertreibung, worin ihm die BdV-Präsidentin Erika Steinbach zustimmt: «Das zentrale Anliegen der allermeisten Vertriebenen ist neben dem Kontakt zur Heimat die Bewahrung des leidvollen Schicksals der deutschen Heimatvertriebenen und ihres kulturellen Erbes im kollektiven Gedächtnis unseres eigenen Landes. Ihr Sonderopfer ist Teil gesamtdeutscher Geschichte. Und das geht alle an. Die einen, weil sie Opfer waren, die anderen, weil sie das Glück hatten, von einem solchen Schicksal verschont geblieben zu sein.»<sup>10</sup>

Peter Glotz (SPD), Mitinitiator des «Zentrums gegen Vertreibungen», hat sich dazu als Betroffener geäußert: «Warum glaubt man uns nicht? Wir hätten den auf gescheuchten Schwarm von Historikern, Journalisten und Geschichtspolitikern ja nicht gehindert, schon vor Jahren ein ‚Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen‘ in Breslau (Wroclaw), Görlitz (Zgorzelec) oder Aussig (Usti nad Labern) zu gründen. Sie haben es nicht begründet. Warum bringen sie uns, die dieses wichtige Thema aufgegriffen haben, in Zusammenhang mit Aufrechnungs-, Relativierungs- und Revan-

chismustendenzen, mit denen wir nichts zu tun haben wollen? (...) Ich bin vor fast 60 Jahren vertrieben worden. Ich habe den grössten Teil meines Lebens gelebt. Wer fürchtet, unsereiner wolle zurück in seine Heimat, die längst keine Heimat mehr ist, wolle geldwerte Entschädigung oder Revanche, irrt sich gründlich. Wir wollen allerdings eine ehrliche Debatte. Wir wollen kein politisch korrektes Gesäusel mehr. Wir wollen uns – gegen Ende unseres Lebens – nicht mehr verlassen, einschüchtern und durch taktisch gemeinte ‘Erklärungen’ und ‘Verträge’ täuschen lassen».<sup>11</sup>

Hier klingen jahrzehntealte Verletzungen an, die vor allem durch Verdrängung des Themas aufkamen und nun aufbrechen. Dazu meinte Joachim Gauck: «Es ist nicht normal oder sagen wir es genauer: Es ist weder den Psychen der Beteiligten noch der Vernunft förderlich, wenn derartige Verluste, wenn Traumata dieser Grössenordnungen nicht im kollektiven Gedächtnis der Nation aufbewahrt werden. Was bislang in speziellen Erinnerungsbiotopen der Vertriebenen – durchaus auch mit beträchtlichen Mitteln der öffentlichen Hand – gefördert wurde, sollte in den grossen Rahmen des öffentlichen Gedenkens integriert und auch Teil der staatlichen Geschichtspolitik werden. Dabei wird nicht preisgegeben, was in der deutschen Erinnerungskultur in den letzten vier Jahrzehnten an Schuldanerkennung und Aufarbeitung der NS-Diktatur gewachsen ist. Es ist eben kein Paradigmenwechsel angesagt, der deutsche Schuld leugnen und die Nation als Hauptopfer darstellen wollte. Es geht allerdings um eine Paradigmenergänzung, die das Leid Unschuldiger als solches wahrnimmt, ernstnimmt und – wo möglich – betrauert!»<sup>12</sup>

Diese Ergänzung ist überfällig, und es lohnt sich, einmal weniger auf Gefahren als auf Chancen zu achten. Das Bemühen, Vertriebene als Opfer anzuerkennen, ist nicht nach aussen gerichtet, sondern auf die einheimische, innerdeutsche Mehrheitsgesellschaft und auf den Mythos von der erfolgreichen, solidarischen Integration der Vertriebenen.

Zur Versachlichung der Debatte trägt ohne Zweifel bei, dass die heute noch lebenden deutschen Vertriebenen in der Regel die Jugendlichen, Kinder und Kleinkinder von damals sind. Seit einiger Zeit wird deutlich, dass diese Kinder und ihre Nachkommen unter ähnlichen psychischen Langzeitbelastungen leiden wie sie bei überlebenden Holocaust-Opfern und deren Kindern diagnostiziert wurden. Der Schmerz und die Verletzung dieser Vertriebenengeneration müssen ernst genommen werden.

Opfer zu sein ist etwas zutiefst Demütigendes, nicht zuletzt deshalb schweigen Opfer. Wenn sie sich öffnen, müssen sie unweigerlich von eigener Schwäche, von Misshandlung und Demütigung berichten. Das ist ein wichtiger Punkt. Denn schon bald nach Kriegsende gab es Vertriebene, die unter Berufung auf die Opferrolle als «Heimatvertriebene und Entrechtete» nicht nur materielle Entschädigung und zugleich eine Revision der Vertreibung einklagten, sondern auch die kritische Frage, welche Rolle sie vor 1945 gespielt haben, in den Hintergrund zu drängen suchten. Ehemalige SS-Offiziere wie Waldemar Kraft und Hitlerputsch-Teilnehmer wie Theodor Oberländer machten als Vertriebenenpolitiker fragwürdige Ministerkarrieren.<sup>13</sup> Vertreibung als Strafe für die deutschen Verbrechen – darin liegt ein guter Teil Wahrheit, aber wahr ist eben auch, dass es in der Regel nicht die Verursacher und Täter, sondern die Unschuldigen – die Zivilisten, die Alten, die Frauen, die Kinder – getroffen hat.

In Wirklichkeit bestimmten kulturelle Ausgrenzung und soziale Verteilungskonflikte das Verhältnis zwischen Einheimischen und Vertriebenen nach dem Krieg. Das war für viele Vertriebene «schlimmer als ein Kulturchoque».<sup>14</sup> Der gegen diese gerichtete Faschismus-Vorwurf diente den Einheimischen zur eigenen Entlastung. Man bürdete den Fremden die Schuld am Krieg auf, für die sie mit der Vertreibung büßten. Dabei richtete sich die Vertreibung wahllos gegen alle Deutschen, auch gegen sozialdemokratische Breslauer, ermländische Zentrumswähler, hinterpommersche Landarbeiter, die einst der KPD nahestanden, sudetendeutsche Sozialdemokraten und Kommunisten, Überlebende der deutschen Konzentrationslager und Antifaschisten.

Für die Deutschen aus dem Osten schien es nur zwei Alternativen zu geben: Entweder waren sie reuig und akzeptierten die Vertreibung als Strafe für die Verbrechen des Hitler-Regimes, oder sie waren Ewiggestrige, die das Leiden der Nachkriegszeit vor sich hertrugen, um über die Schuld der Kriegszeit nicht reden zu müssen. Schuld waren sie auf jeden Fall.

Es hat in Deutschland lange gedauert, bis dies in der offiziellen Erinnerungspolitik erstmals eingestanden wurde und nicht mit Hinweisen auf den solidarischen Lastenausgleich und den gemeinsamen Wiederaufbau umgangen wurde. Am 12. Mai 2000 hat Bundespräsident Johannes Rau in seiner «Berliner Rede» ausdrücklich auf die wenig solidarische Aufnahme Millionen Vertriebener hingewiesen: «Viele werden nicht vergessen, auf wie viel Ablehnung sie nicht nur in Dörfern und Kleinstädten gestossen sind – obwohl sie schwerstes Leid getragen hatten, obwohl sie dieselbe



Strassenschild in Berlin, 2008

Das scheinbar harmlose Strassenschild im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, das an das pommersche Städtchen Schivelbein erinnert, hat eine heftige ideologische Diskussion ausgelöst. 1971 wurde die Schivelbeiner Strasse vom SED-Regime in Willi-Bredel-Strasse umbenannt, nach der Wende erhielt sie insbesondere gegen den Willen der PDS ihren ursprünglichen Namen zurück. Der PDS-Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Günter Bärwolff schrieb 1996 an seinen polnischen Amtskollegen in Swidwin (Schivelbein), dass ihn die Rückbenennung befremde, und erwirkte schliesslich den Hinweis, aus dem eines nicht zu entnehmen ist: Warum es eine Schivelbeiner Strasse in Berlin gibt. Eine verständliche Erklärung müsste eigentlich lauten: «Schivelbein, Stadt in Hinterpommern, Geburtsort von Rudolf Virchow (1821-1902), Arzt an der Berliner Charite und Politiker».

deutsche Sprache sprachen, obwohl sie zur gleichen Kultur gehörten, oft sogar zur selben Konfession wie ihre neuen Mitbürger.»<sup>15</sup> Der gegen diese innerdeutsche Diskriminierung gerichtete Wunsch der Vertriebenen nach Anerkennung als Opfer hat sich noch immer nicht erfüllt.<sup>16</sup> Während Staaten, die ihre deutschen Minderheiten nach Kriegsende unrechtmässig vertrieben haben, die Opfer um Verzeihung gebeten haben, steht die innergesellschaftliche Anerkennung, dass die deutschen Vertriebenen nach 1945 zu psychisch, physisch und materiell besonders geschädigten Opfern einer kriegsfolgebedingten Menschenrechtsverletzung geworden sind, noch aus.

Anlässlich der Einweihung des Landesdenkmals zur Vertreibung der Ungarndeutschen am 18. Juni 2006 in Wudersch (Budaörs) sagte der ungarische Staatspräsident László Sólyom: «Als Staatspräsident bitte ich die vertriebenen Schwaben und ihre Familien für das ihnen widerfahrene Unrecht und die Ungerechtigkeit um Verzeihung und verneige mich vor dem Denkmal der Erinnerung der Vertriebenen in der Hoffnung, dass die Ungarndeutschen hier wieder zu Hause sind.» Und dann führte er aus: «Die Vertreibung der Ungarndeutschen war lange Zeit ein Tabuthema. Nach der Wende haben wir sofort erkannt, dass die Verschleppung der Ungarndeutschen ab 1944, die darauf folgenden Internierungen und die Aussiedlung eine Reihe von rechtswidrigen und ungerechten Massnahmen darstellt, dass die Schwaben unschuldig gelitten haben.»<sup>17</sup>

Italien gedenkt alljährlich der Abtretung italienischer Gebiete in Dalmatien, Istrien und Julisch-Venetien an Jugoslawien, die am 10. Februar 1947 in Paris beschlossen wurde und die Vertreibung von 350'000 Italienern zur Folge hatte. Italiens sozialistischer Staatspräsident Giorgio Napolitano hat seine eigene politische Heimat – die italienische Linke – mit harten Worten gerügt und ihre «Verschwörung des Schweigens» über italienische Vertreibungsoffer verurteilt. Auch Italiens Kommunisten haben die italienischen Opfer, die in den Karsthöhlen Istriens von Titos Partisanen erschlagen wurden, als «Faschisten» denunziert.<sup>18</sup>

Den Westdeutschen ist bis heute kaum bewusst, wie sehr die Geschichte sie nach dem Zweiten Weltkrieg privilegiert hat. Während sie frei von historischen Hypotheken, im Besitz der Heimat, ererbter Häuser und Sparkonten nach vorne schauen wollten – und das hiess nach Westen –, sehnten sich die Vertriebenen nach einer verklärten Vergangenheit und schauten nach Osten. Sie waren stets Störenfriede.



Die Integration der Vertriebenen, die in Teilen nichts anderes war als eine erzwungene Assimilation, erfolgte um den hohen Preis der kulturellen Selbstaufgabe. Die erzwungene Anpassung an die einheimischen Verhältnisse wurde «zur Voraussetzung für den Erwerb einer neuen ‘Heimat’, ein Wort wie eine Kleidung, die nicht passen wollte».<sup>19</sup>

Depressionen und Selbstmorde sind bei Vertriebenen weitaus häufiger als bei Einheimischen. Jahre- und jahrzehntelang haben sie ihr Leid verdrängt, um den erhofften und durch mancherlei Verzicht erarbeiteten Integrationserfolg nicht zu gefährden. Der erste Bundesvertriebenenminister Lukaschek sagte im November 1949: «Sie streuen grösstenteils in einer die öffentliche Ordnung gefährdenden Weise im Bundesgebiet umher.»<sup>20</sup> Sie störten, viele Einheimische wünschten sie wieder fort oder hofften auf eine «biologische Lösung». Doch biologische Lösungen, so Karl Schlögel, gibt es in geistigen Prozessen nicht: «Die ‘Normalgesellschaft’ schuldet den Heimatvertriebenen daher etwas. Sie schuldet denen, die mit Heimatverlust gezahlt haben, wenigstens die Pflege ihrer Erinnerung, die Arbeit am kulturellen Erbe und Gedächtnis. Die Integration der verloren gegangenen Welt ist kein mechanischer Prozess, sondern ein Vorgang der kulturellen Aneignung, der in Deutschland noch lange nicht abgeschlossen ist, in vieler Hinsicht sogar erst aufgenommen werden muss. Die Transformation Nachkriegsdeutschlands dürfte erst abgeschlossen sein, wenn die geistige Aneignung der verlorenen kulturellen Provinzen vollzogen ist.»<sup>21</sup>

Ein nationales Gedenken an Flucht und Vertreibung der Deutschen und an die verlorenen Gebiete im Osten – das wäre ein Anfang. Aber immer noch wollen viele nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Orgie von Rache und Gewalt, die Flucht und Vertreibung darstellten, zwei Millionen Zivilisten das Leben kostete und weitere 14 Millionen ihrer Wurzeln beraubte. Mit diesem Schicksal brachen die «Polacken» in die Welt der Einheimischen ein. In der DDR wurden sie verschwiegen und waren verurteilt, vierzig Jahre lang zu schweigen. In der Bundesrepublik waren die Habenichtse zunächst ausgegrenzt, während des Wirtschaftswunders wurden sie als «Revanchisten» beschimpft. Verprellt durch die Ostverträge, zogen sie sich schliesslich selbst zurück, auch wenn sie nicht – und das waren die allermeisten – hinter den längst überholten Parolen des Kalten Krieges standen, welche die Funktionäre unverdrossen in die Welt posaunten. Sie

hatten die Vertreibung überlebt, sie hatten die Ausgrenzung ertragen, und nun liess man sie wieder allein. Nie wollte man ihre Geschichte hören.

Es waren die Vertriebenen, die über Jahrzehnte Brücken in den Osten gebaut haben. Es sind die Vertriebenen, die millionenfach Kontakte unterhalten und für Versöhnung eintreten durch ihre Initiativen in der alten Heimat. Sie sind es auch, die das Erbe und die Erinnerung an den historischen deutschen Osten pflegen und bewahren, was eigentlich Aufgabe aller Deutschen ist. Was immer sie taten, sie blieben Eindringlinge in der Welt, die nur noch nach Westen schaute. In dieser Welt war kein Platz für sie.

# ANHANG

# Anmerkungen

## Vertriebene als Opfer?

- 1 »Erinnerung und Gedenken finden ihren Sinn im Willen für eine bessere Zukunft.« Rede von Bundesinnenminister Otto Schily auf der Festveranstaltung zum 50. Jahrestag des Bundes der Vertriebenen am 29. Mai 1999 im Berliner Dom, in: *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 35-1 (1. Juni 1999).
- 2 Günter Grass: *Im Krebsgang*. Göttingen 2002, S. 99.
- 3 Karl Schlögel: »Topographie des Verlustes. Europäische und brandenburgische Erfahrungen«, in: Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hgg.): *Vertreibung, Neuanfang, Integration*. Potsdam 2001, S. 11-35, hier S. 14
- 4 Ebd., S. 15f.
- 5 »Der ganze Wahnsinn des zwanzigsten Jahrhunderts«. Rüdiger Safranski über Vertreibung und die Unausgewogenheit von Erinnerung, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (19. März 2006).
- 6 Walter Dirks/Eugen Kogon: »Verhängnis und Hoffnung im Osten. Das deutsch-polnische Problem«, in: *Frankfurter Hefte* 2 (Mai 1947), S. 470 bis 487, hier S. 473.
- 7 Klaus J. Bade: *Homo Migrans – Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen*. Essen 1994, S. 45.
- 8 Eugen Lemberg: *Die Ausweisung als Schicksal und Aufgabe. Zur Soziologie und Ideologie der Ostvertriebenen*. Gräfelfing 1949, S. 25.
- 9 Die Tagung mündete in dem innovativen Sammelband, der neue Forschungsperspektiven aufzeigte: Rainer Schulze/Doris von der Brölie-Lewien/Helga Grebing (Hgg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte*. Hildesheim 1987.
- 10 Volker Ackermann: »Integration: Begriff, Leitbilder, Probleme«, in: Klaus J. Bade (Hg.): *Neue Heimat im Westen*. Münster 1990, S. 14-36, hier S. 14ff.
- 11 Gustav Seibt: »Jenseits des Aufrechnens. Die Deutschen, der Luftkrieg und die Vertreibung«, in: *Süddeutsche Zeitung* (26. Februar 2007).

- 12 Helga Grebing: Einleitung, in: Rainer Schulze/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hgg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte*, a.a.O., S. 4.
- 13 Rainer Schulze: »Zuwanderung und Modernisierung – Flüchtlinge und Vertriebene im ländlichen Raum«, in: Klaus J. Bade (Hg.): *Neue Heimat im Westen*. Münster 1990, S. 81–105.
- 14 Die folgenden Absätze weitgehend nach Michael Schwartz: »Dürfen Vertriebene Opfer sein?«, in: *Deutschland-Archiv* 38 (2005), S. 494–505.
- 15 Stefan Dietrich: Unfähig zur Versöhnung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7. September 2006).
- 16 Karl-Peter Schwarz: »Erinnerung und Geschichte zusammenführen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11. August 2006).
- 17 Zitiert nach Wulf Schmiese: »Lange Schatten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7. November 2006).
- 18 Die Verhandlungsniederschriften der 1. (ordentl.) Tagung der 1. Westfälischen Landessynode vom November 1948. Bielefeld, S. 71 ff., hier S. 90, zitiert nach Lothar Albertin: »Flüchtlinge – Eine kirchenhistorische Chance für den Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg: Beobachtungen aus der Region Ostwestfalen-Lippe«, in: Rainer Schulze/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hgg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte*. Hildesheim 1987, S. 288–301, hier S. 301.

#### »Aus dem Osten«

- 1 »Deutsche Identität ohne Deutschlands Osten?«, in: Rudolf v. Thadden: *Nicht Vaterland nicht Fremde. Essays zu Geschichte und Gegenwart*. München 1989, S. 151.
- 2 Karl Schlögel: *Die Mitte liegt ostwärts. Europa im Übergang*. München/Wien 2002, S. 39.
- 3 Zitiert nach Joachim Fest: *Begegnungen. Über ferne und nahe Freunde*. Berlin 2004, S. 180.
- 4 Die Ausführungen über Südosteuropa folgen weitgehend Konrad Gündisch: »Deutsche Migrationsbewegungen in Südosteuropa«, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht – Vertreibung – Integration*. Bonn/Bielefeld 2005, S. 75–81.
- 5 Gerhard Reichling: *Die deutschen Vertriebenen in Zahlen*. Teil I: *Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985*. Bonn 1995, S. 17.

## Der Exodus der Deutschen aus dem Osten

- 1 Die Rahmendaten über Flucht und Vertreibung folgen im wesentlichen der exzellenten Darstellung von Helga Hirsch: »Flucht und Vertreibung. Kollektive Erinnerungen im Wandel«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 40-41 (2003), S. 14–26.
- 2 Lew Kopelew: *Aufbewahren für alle Zeit! Aus Ostpreußen in russische Straflager – Ein Sowjetmajor im Widerstand*. Gütersloh 1976, S. 16.
- 3 Dokumentenanhang Potsdamer Abkommen (Auszug). Artikel XIII, in: Alfred de Zayas: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*. München 1985, S. 257.
- 4 Ebd., S. 257f.
- 5 Martin Broszat: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. Frankfurt am Main 1972, S. 307.
- 6 Übersetzung ins Deutsche: Hanns Hertl/Erich Pillwein/Helmut Schneider/Karl Walter Ziegler: *Der »Brünner Todesmarsch« 1945. Die Vertreibung und Mißhandlung der Deutschen aus Brünn. Nemci ven! Die Deutschen raus! Eine Dokumentation*. Schwäbisch Gmünd 1998, S. 35.
- 7 Emilia Hrabovec: »Die Vertreibung der Deutschen und die tschechische Gesellschaft«, in: Robert Streibel (Hg.): *Flucht und Vertreibung. Zwischen Aufrechnung und Verdrängung*. Wien 1994, S. 134–157, hier S. 136.
- 8 Reinhard Jirgl: *Die Unvollendeten*. München 2007, S. 6.
- 9 Jaroslav Kučera: *Odsunové ztráty sudetoněmeckého obyvatelstva. Problémy jejich přesného vyčíslení*. Praha 1992, S. 24.
- 10 Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Metropolit von Freiburg: »Erinnerung auf dem Weg in die Zukunft«, in: Arbeitsstelle Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Eine Zukunft in Frieden. 60 Jahre nach Kriegsende, Vertreibung und Flucht. Erklärungen – Stellungnahmen – Predigten*. Bonn 2005, S. 8–14, hier S. 10.
- 11 Günter Schödl (Hg.): *Land an der Donau*. Berlin 1995, S. 526.
- 12 Ágnes Tóth: *Migrationen in Ungarn 1945–1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch*. München 2001, S. 175.
- 13 Manfred Kittel/Horst Möller: »Die Beneš-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (2006), S. 541–581, hier S. 572.
- 14 Leserbrief Bertrand Russell: »Mass Deportations«, in: *The Times* (23. Oktober 1945). Im Original heißt es: »In eastern Europe now mass deportations are being carried out by our allies on an unprecedented scale, and an apparently deliberate attempt is being made to exterminate many millions of Germans, not by gas but by depriving them of their homes and of food, leaving them to die by slow and agonized starvation. This is not done as an act of war, but as part of a deliberate policy of »peace«. (...) Are mass deportations crimes when committed by our enemies during war

and justifiable measures of social adjustment when carried out by our allies in time of peace? Is it more humane to turn out old women and children to die at a distance than to asphyxiate Jews in gas chambers?»

- 15 Zitiert nach Alfred de Zayas: *Die Anglo-Amerikaner*, a.a.O., S. 108.
- 16 Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): *Vertreibung und Vertriebungsverbrechen 1945–1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974*. Bonn 1989, S. 35.
- 17 Katharina Elliger: *Und tief in der Seele das Ferne. Die Geschichte einer Vertreibung aus Schlesien*. Reinbek 2006, S. 110f.
- 18 Vgl. dazu Winfried Halder: »Im Teufelskreis der Gewalt. Deutsche Zivilbevölkerung und sowjetische Soldaten 1944/45. Anmerkungen zu neueren Forschungsergebnissen«, in: *Deutschland-Archiv* 40 (2007), S. 815–823.
- 19 Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): *Vertreibung und Vertriebungsverbrechen*, a.a.O., S. 54.
- 20 Rüdiger Overmans: »Personelle Verluste der deutschen Bevölkerung durch Flucht und Vertreibung«, in: *Dzieje Najnowsze* 26 (1994), S. 51–63, hier S. 61.
- 21 Wolfgang Benz: *Ausgrenzung Vertreibung Völkermord. Genozid im 20. Jahrhundert*. München 2006, S. 136.
- 22 Ebd., S. 143.
- 23 Benz zitiert falsch aus Rüdiger Overmans: »Amtlich und wissenschaftlich erarbeitet. Zur Diskussion über die Verluste während Flucht und Vertreibung der Deutschen aus der ČSR«, in: Detlef Brandes/Edita Ivaničková/Jiří Pešek (Hgg.): *Erzwungene Trennung – Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien*. Essen 1999, S. 153–181.
- 24 Peter Glotz: *Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers*. Berlin 2005, S. 36.
- 25 Uwe-Karsten Heye: *Vom Glück nur ein Schatten. Eine deutsche Familiengeschichte*. München 2006, S. 57.
- 26 Manfred Kittel/Horst Möller: »Die Beneš-Dekrete«, a.a.O., S. 581.

#### »Die Polacken kommen«

- 1 Hannah Arendt: *Besuch in Deutschland*. Berlin 1993, S. 23f.
- 2 Sabine Bode: *Die vergessene Generation. Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen*. München 2006, S. 31.
- 3 Elisabeth Pfeil: *Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende*. Hamburg 1948, S. 62.
- 4 Ebd., S. 104.
- 5 Petra Reski: *Ein Land so weit*. München 2002, S. 149.

- 6 Sabine Bode: *Die vergessene Generation*, a.a.O., S. 51.
- 7 Hans-Ulrich Treichel: *Menschenflug*. Frankfurt am Main 2005, S. 51.
- 8 Petra Reski: *Ein Land so weit*, a.a.O., S. 148.
- 9 Martin Tschechne: »Leid, das nicht vergeht. Helga Hirsch spricht mit den Nachkommen der Vertriebenen – ihr Buch dient der Wahrheit und der Versöhnung«, in: *Die Zeit* (Literatur-Beilage November 2004).
- 10 Josef Hanika: »Heimatverlust und Totenehrung. Auf Grund der Sammlung A. Karasek«, in: *Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde* 6 (1955), S. 129–140, hier S. 129.
- 11 Ebd., S. 132f.
- 12 *Freie Presse/Lippisches Volksblatt* (6. November 1946), zitiert nach Anke Hufschmidt: »... und dann blieben wir doch«. *Flüchtlinge und Vertriebene in Lippe 1945–1953*. Detmold 1994, S. 12.
- 13 Interview mit Manfred Meißner, früher Langenbielau, heute Lingen, geb. 1926, in: Andreas Einyck (Hg.): »Alte Heimat – Neue Heimat«. *Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Lingen nach 1945*. Lingen 1997, S. 495.
- 14 Kurt Dröge: »Von der Notunterkunft zum Eigenheim. Zur Wohnform als Faktor der kulturellen Integration«, in: Lioba Meyer (Hg.): *Zuhause war anderswo. Flüchtlinge und Vertriebene in Oldenburg*. Oldenburg 1997, S. 87f.
- 15 Andreas Einyck (Hg.): »Alte Heimat – Neue Heimat«, a.a.O., S. 44.
- 16 Katharina Elliger: *Und tief in der Seele das Ferne. Die Geschichte einer Vertreibung aus Schlesien*. Reinbek 2006, S. 182f.
- 17 Alena Wagnerova: *1945 waren sie Kinder. Flucht und Vertreibung im Leben einer Generation*. Köln 1990, S. 56.
- 18 Frauke Dettmer: »Konflikte zwischen Flüchtlingen und Einheimischen nach Ende des Zweiten Weltkrieges«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 26 (1983), S. 311–324, hier S. 316.
- 19 BdV Kelheim: *Die Eingliederung und Aufbauleistungen der Heimatvertriebenen im Landkreis Kelheim*. Abensberg 1989, S. 46.
- 20 Bericht Eva S., in: Silke Satjukow (Hg.): *Kinder von Flucht und Vertreibung*. Erfurt 2007, S. 138.
- 21 Paul Erker: »Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel«, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hgg.): *Von Stalingrad zur Währungsreform*. München 1988, S. 367–425, hier S. 400.
- 22 Innenminister Fritz Ulrich (SPD) vor der Vorläufigen Volksvertretung für Württemberg-Baden am 17. April 1946, zitiert nach Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945–1961)*. Stuttgart 2006, S. 328.
- 23 Ebd., S. 329.
- 24 Dokument 23. Einzelne Flüchtlinge berichten über ihre Unterbringung in den Kreisen Fritzlar-Homberg und Ziegenhain. Aus: *Hessische Nachrichten* (23. Juni 1946), zitiert nach Rolf Messerschmidt: »Wenn wir nur



nicht lästig fallen ...«. *Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen (1945–1955)*. Frankfurt am Main/Leipzig 1991, S. 71f.

- 25 Zitiert nach Siegfried Schier: *Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 50er Jahre*. Lübeck 1982, S. 57.
- 26 Georg Müller/Heinz Simon: »Aufnahme und Unterbringung«, in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hgg.): *Die Vertriebenen in Westdeutschland*. Bd. 1. Kiel 1959, S. 300–446, hier S. 320; Marion Frantziöch: *Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 1987, S. 119.
- 27 Willy Bettinger: Staatsbeauftragter für das Flüchtlingswesen Württemberg-Baden: Flüchtlings-Referat für Kreisversammlungen 21.–28. Oktober 1946. HStAs EA 2/801 Bü 437, zitiert nach Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 253.
- 28 Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.): *Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat*. Bearbeiter Immo Eberl. Sigmaringen 1993, S. 113f.
- 29 Ebd., S. 128f.
- 30 Dr. v. Freyberg, Folgerung aus der IV. Informationsfahrt durch die Flüchtlingslager in Nordbaden und Nordwürttemberg, Stuttgart, den 26. August 1946, HStAs EA 2/801 Bü 9, zitiert nach Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 260.
- 31 Ebd., S. 261.
- 32 Ortrud Becker: *Geflüchtet. Vertrieben. Aufgenommen. Dokumentation über die Vertreibung, die Aufnahme, die Eingliederung und das Wirken der Heimatvertriebenen im Kreis Groß-Gerau*. Griesheim 1990, S. 168.
- 33 Mathias Beer: »Flüchtlinge und Vertriebene in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland«, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht – Vertreibung – Integration*. Bonn 2005, S. 109–123, hier S. 113.
- 34 Ute Schmidt: *Die Deutschen aus Bessarabien*. Köln/Weimar/Wien 2006, S. 293ff.
- 35 Ebd., S. 297.
- 36 Hans Neuhoff: *Die deutschen Vertriebenen in Zahlen*. Bonn 1977, S. 19.
- 37 Franz J. Bauer: »Der Bayerische Bauernverband, die Bodenreform und das Flüchtlingsproblem 1945–1951«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 443–482, hier S. 444.
- 38 Paul Erker: »Revolution des Dorfes?«, a.a.O., S. 369.
- 39 Landrat Rheingaukreis. Rüdesheim/Rhein, 15. 2. 1946 an alle Herren Bürgermeister des Rheingaukreises, zitiert nach Hans Jandt: *Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Rheingau-Taunus-Kreis. Flucht und Vertreibung, Aufnahme und Unterbringung, Prozeß der Eingliederung*. Bad Schwalbach 1990, S. 131.

- 40 Wiesbaden, den 12.4.1946, zitiert nach Hans Jandl: *Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Rheingau-Taunus-Kreis*, a.a.O., S. 186.
- 41 *Taunusbote* (19. April 1946), zitiert nach Hans Jandl: *Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Rheingau-Taunus-Kreis*, a.a.O., S. 135.
- 42 Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit Münster e.V. (Hg.): *Neuanfang in Münster. Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Münster von 1945 bis heute*. Münster 1996, S. 54h
- 43 Ebd., S. 55.
- 44 Bernhard Piegsa: «'Zigeuner', 'Neubürger', «Entwicklungshelfer' – Schlaglichter auf Ankunft und Aufnahme der Heimatvertriebenen in Bayern 1945 bis 1950 am Beispiel der Oberpfalz», in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 60 (2000), S. 745-785, hier S. 760.
- 45 Ebd., S. 776.
- 46 Andreas Ehrhardt: «*Wie lästige Ausländer...*». *Flüchtlinge und Vertriebene in Salzgitter 1945-1955*. Salzgitter 1993, S. 73.
- 47 Schulrat Zobel, 15.9.1947, Monatsbericht des Schulamtes, zitiert nach Andreas Ehrhardt: «*Wie lästige Ausländer...*», a.a.O., S. 74.
- 48 Andreas Einyck (Hg.): «*Alte Heimat – Neue Heimat*», a.a.O., S. 475.
- 49 Andreas Ehrhardt: «*Wie lästige Ausländer...*», a.a.O., S. 75.
- 50 Klaus Seiler: *Barackenkind. Vier Jahre Flüchtlingslager 1947-1951*. Berlin 2004, S. 45h
- 51 Klaus J. Bade/Hans-Bernd Meier/Bernhard Parisius (Hgg.): *Zeitzeugen im Interview. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Osnabrück nach 1945*. Osnabrück 1997, S. 36.
- 52 Zitiert nach Marita Krauss: «'Deutsche sind Deutsche ... Gleichgültig aus welchem Teil Deutschlands sie stammen'. Flüchtlinge und Vertriebene im Trümmernünchen», in: Friedrich Prinz (Hg.): *Trümmerzeit in München. Kultur und Gesellschaft einer deutschen Grossstadt im Aufbruch 1945-1948/49*. München 1984, S. 320-329, hier S. 328.
- 53 Georg Müller/Heinz Simon: «Aufnahme und Eingliederung», in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hgg.): *Die Vertriebenen in Westdeutschland*. Bd. 1, a.a.O., S. 417.
- 54 Anton Zottmann: *Die wirtschaftliche Entwicklung. Bericht aus dem Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel*. Kiel 1947, S. 17f., zitiert nach Uwe Carstens: «Strohsack und Kekssuppe. Flüchtlinge und Vertriebene in Flensburg», in: Broder Schwensen (Hg.): *Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg*. Flensburg 2000, S. 157-209, hier S. 178.
- 55 Mathias Beer/Paula Lutum-Lenger (Hgg.): *Fremde Heimat. Das Lager Schlotwiese nach 1945*. Stuttgart/Tübingen 1995, S. 9.
- 56 Zitiert nach Andreas Ehrhardt: «*Wie lästige Ausländer...*», a.a.O., S. 50.
- 57 Uwe Carstens: «Strohsack und Kekssuppe», a.a.O., S. 205.
- 58 Dr. Heinz Walsdorff, Ministerium für Arbeit, Soziales und Vertriebene: *Die Lager Schleswig-Holsteins im Wandel der Jahre*, in: *Informations-*

- dienst der Landesregierung Schleswig-Holstein* Nr. 6 (März 1954), zitiert nach Manfred Wissel: »Demokratie und Integration: Flüchtlinge und Vertriebene in Schleswig-Holstein 1945–1950«, in: Göttrik Wewer (Hg.): *Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen*. Opladen 1998, S. 247–287, hier S. 255.
- 59 Uwe Carstens: »Strohsack und Kekssuppe«, a.a.O., S. 207.
- 60 Uwe Carstens: *Die Flüchtlingslager der Stadt Kiel. Sammelunterkünfte als desintegrierender Faktor der Flüchtlingspolitik*. Marburg 1992, S. 54f. und S. 88f.
- 61 Andreas Lüttig: *Fremde im Dorf. Flüchtlingsintegration im westfälischen Wewelsburg 1945–1958*. Münster 1993, S. 11.
- 62 Ebd., S. 50.
- 63 Ebd., S. 61.
- 64 Uwe Carstens: *Die Flüchtlingslager der Stadt Kiel*, a.a.O., S. 473.
- 65 Vermerk des persönlichen Referenten von Frau Fuchs, Dr. Lange, vom 7. August 1947, HStA Hann. Nds 50 acc 32/65 Nr. 22 I, zitiert nach Andreas Ehrhardt: »Wie lästige Ausländer ...«, a.a.O., S. 17.
- 66 Brief des SPD-MdL Schulz an Frau Fuchs vom 6. 8. 1947. Nds 50 acc 32/65 Nr. 22 I, zitiert nach Andreas Ehrhardt: »Wie lästige Ausländer ...«, a.a.O., S. 17.
- 67 Paul Erker: »Revolution des Dorfes?«, a.a.O., S. 384.
- 68 Susanne Raillard: »Flüchtlinge und Vertriebene in Bonn 1945–1952«, in: *Bonner Geschichtsblätter* Bd. 51/52. Bonn 2001/02, S. 356–436, hier S. 419.
- 69 Ebd., S. 427.
- 70 Paul Erker: »Revolution des Dorfes?«, a.a.O., S. 412.
- 71 Manfred Jessen-Klingenberg: »In allem widerstrebt uns dieses Volk«. Rassistische und fremdenfeindliche Urteile über die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein 1945–1946«, in: Karl Heinrich Pohl (Hg.): *Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945*. Bielefeld 1997, S. 81–98, hier S. 82.
- 72 Zitiert nach Helmut Grieser: *Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtpolitik 1945–1950*. Wiesbaden 1980, S. 59.
- 73 Martin Klatt: »Ein schleswigsches Volk. Das nationale Selbstverständnis der dänischen Minderheit und ihr Bild vom ›Deutschen‹ unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Gerhard Paul/Broder Schwensen/Paul Wulf (Hgg.): *Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg*. Flensburg 2000, S. 287–310, hier S. 293.
- 74 R. Tiedje an Broederich, 30. Dezember 1945. Abschrift, zitiert nach Martin Klatt: »Ein schleswigsches Volk«, a.a.O., S. 294f.
- 75 Renate L. Wertz: *Die Vertriebenen in Schleswig-Holstein. Aufnahme und Eingliederung*. Kiel 1988, S. 93.

- 76 Viggo Petersen (Hg.): *Sydslesviske Skæbner, Sonderborg 1947*, S. 114, zitiert nach Renate L. Wertz: *Die Vertriebenen in Schleswig-Holstein*, a.a.O., S. 305.
- 77 Manfred Jessen-Klingenberg: »In allem widerstrebt uns dieses Volk«, a.a.O., S. 85.
- 78 Tage Mortensen: *Flygtningene i Sydslesvig*. Kopenhagen 1946, zitiert nach Manfred Jessen-Klingenberg: »In allem widerstrebt uns dieses Volk«, a.a.O., S. 89.
- 79 Ebd., S. 91ff.
- 80 Ebd., S. 93.
- 81 Ebd., S. 94.
- 82 Ebd., S. 93f.
- 83 Siegfried Schier: *Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen*, a.a.O., S. 231.
- 84 Wilhelm Matzel: »Wir und der Karneval«, in: *Der Wegweiser* Nr. 2 (1955), S. 20, zitiert nach Frauke Dettmer: »Konflikte zwischen Flüchtlingen und Einheimischen«, a.a.O., S. 316ff.
- 85 Ebd.
- 86 20. Sitzung des Flüchtlingsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4. Februar 1960, S. 6. ALNRW, Flüchtlingsausschuß, zitiert nach Volker Ackermann: *Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*. Osnabrück 1995, S. 67.
- 87 Nachlaß Franz Hamm, Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen, Archiv, Ha 354, zitiert nach Mathias Beer: »Flüchtlinge – Ausgewiesene – Neubürger – Heimatvertriebene. Flüchtlingspolitik und Flüchtlingsintegration in Deutschland nach 1945, begriffsgeschichtlich betrachtet«, in: Mathias Beer/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hgg.): *Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel*. Stuttgart 1997, S. 145–167, hier S. 164.
- 88 Zeitungsartikel (nicht datiert, keine Quellenangabe, aus welcher Zeitung, befand sich in einer Mappe des BdV-Kreisverbandes Rheingau, muß nach der Währungsreform gewesen sein), zitiert nach Hans Jandl: *Flüchtlinge und Heimatvertriebene*, a.a.O., S. 196.
- 89 Franz J. Bauer: »Der Bayerische Bauernverband, a.a.O., S. 443.
- 90 Ebd., S. 444ff.
- 91 Arnold Sywottek: »Flüchtlingeingliederung in Westdeutschland. Stand und Probleme der Forschung«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 51 (1989), S. 38–46, hier S. 46.
- 92 Franz J. Bauer: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950*. Stuttgart 1982, S. 349.
- 93 Alois Schlögl: »Eine Eiterbeule«, in: *Landwirtschaftliches Wochenblatt* (23. Februar 1946), zitiert nach Franz J. Bauer: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik*, a.a.O., S. 349.

- 94 Rolf Messerschmidt: *Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1945–1950. Zur Geschichte der hessischen Flüchtlingsverwaltung*. Wiesbaden 1994, S. 140.
- 95 Franz J. Bauer: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern*, a.a.O., S. 357.
- 96 Helga Hirsch: *Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebens-thema*. Hamburg 2004, S. 202.
- 97 Karl Kurz: »Der Wandel des Dorfes Gersdorf, Kreis Hersfeld, durch das Einströmen der Heimatvertriebenen«, in: Eugen Lemberg/Lothar Krecker (Hgg.): *Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen*. Marburg 1950, S. 32–43, hier S. 35ff.
- 98 Ebd., S. 41.
- 99 Elisabeth Pfeil: *Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende*. Hamburg 1948, S. 6.
- 100 Paul Erker: »Revolution des Dorfes?«, a.a.O., S. 425.
- 101 Wolfgang Schröder: »Oberlistingen, Kreis Wolfhagen, und seine bäuerlichen Heimatvertriebenen«, in: Eugen Lemberg/Lothar Krecker (Hgg.): *Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen*. Marburg 1950, S. 44–54, hier S. 48.
- 102 Ebd., S. 49.
- 103 Ebd., S. 53.
- 104 Rainer Schulze: »Zuwanderung und Modernisierung – Flüchtlinge und Vertriebene im ländlichen Raum«, in: Klaus J. Bade (Hg.): *Neue Heimat im Westen*. Münster 1990, S. 81–105, hier S. 83.
- 105 Ebd., S. 89.
- 106 CCG (BE) Public Opinion Research Office, Report No. 11: German Housing Conditions, Refugees and Some Other Problems Relating Thereto, PRO: FO 1005/1868, zitiert nach Rainer Schulze: »Zuwanderung und Modernisierung, a.a.O., S. 92.
- 107 The Refugees and the Demographic Problem Presented by Western Germany, 26. 2. 1949, PRO: FO 1030/119, zitiert nach Rainer Schulze: »Zuwanderung und Modernisierung, a.a.O., S. 93.
- 108 Doris von der Brelie-Lewien/Rainer Schulze: »Flucht und Vertreibung – Aufnahme und Selbsthaftwerdung. Neue Fragen und Ansätze für einen alten Themenbereich der deutschen Nachkriegsgeschichte«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 30 (1987), S. 94–119, hier S. 106.
- 109 Ebd., S. 106.
- 110 Stadt Nürtingen (Hg.): *Im Schwabenland eine neue Heimat gefunden. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen im Altkreis Nürtingen*. Katalog zur Ausstellung anlässlich der Heimattage Baden-Württemberg 1989 in Nürtingen. Nürtingen 1989, S. 76f.

»Deutschlands Problem Nr. 1«

- 1 Hans-Peter Schwarz: *Die Ära Adenauer. 1949–1957. Gründerjahre der Republik*. Wiesbaden 1981, S. 120.
- 2 Die ersten Abschnitte folgen Mathias Beer: »Flüchtlinge und Vertriebene in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland«, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht – Vertreibung – Integration*. Bonn 2005, S. 109–123, hier S. 112f.
- 3 Thomas Grosser: »Ankunft, Aufnahme und Integration aus der Sicht der Einheimischen«, in: Karl-Peter Krauss (Hg.): *Angekommen! – Angekommen?* Filderstadt 1996, S. 49–67, hier S. 55f.
- 4 EMNID GmbH Bielefeld (Hg.): *Rückkehrwille der Heimatvertriebenen aus den Oder-Neiße-Gebieten (August 1961–März 1962). Spezialerhebung. Hauptbericht*. Bielefeld 1962, S. 6.
- 5 Ebd., S. 24.
- 6 Franz J. Bauer: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945–1950*. Stuttgart 1982, S. 381.
- 7 Lutz Niethammer: »Flucht ins Konventionelle? Einige Randglossen zu Forschungsproblemen der deutschen Nachkriegsmigration«, in: Rainer Schulze/Doris von der Brölie-Lewien/Helga Grebing (Hgg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für zukünftige Forschungsarbeit*. Hildesheim 1987, S. 316–323, hier S. 316.
- 8 Uwe Kleinert: »Die Flüchtlinge als Arbeitskräfte – zur Eingliederung der Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen nach 1945«, in: Klaus J. Bade (Hg.): *Neue Heimat im Westen*. Münster 1990, S. 37–60, hier S. 57.
- 9 Auf Hilfsbereitschaft haben wir vergeblich gehofft. Nach der Flucht oder Zwangsaussiedlung der schwere Neuanfang unter fremden Landsleuten am fremden Ort – deutsche Vertriebene erinnern sich. Auszüge aus: Ulrich Völklein: »Mitleid war nicht zu erwarten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (18. August 2005).
- 10 Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945–1961)*. Stuttgart 2006, S. 199.
- 11 Thomas Grosser: »Die Integration der Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland. Annäherungen an die Situation der Sudetendeutschen in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft am Beispiel Bayerns«, in: Hans Lemberg/Jan Kren/Dušan Kováč (Hgg.): *Im geteilten Europa. Tschechen, Slowaken und Deutsche und ihre Staaten 1948–1989*. Essen 1998, S. 41–94, hier S. 65.
- 12 Vgl. die grundlegende Studie zum Lastenausgleich von Ulrike Haerendel: »Die Politik der »Eingliederung« in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland. Das Flüchtlingsproblem zwischen Grundsatzentscheidungen und Verwaltungspraxis«, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdis-*

- zipliniäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000, S. 109 bis 133.
- 13 Andreas Ehrhardt: »Wie lästige Ausländer ...«. *Flüchtlinge und Vertriebene in Salzgitter 1945–1953*. Salzgitter 1993, S. 85.
  - 14 Eugen Gerstenmaier: »Heimatlose – Flüchtlinge – Vertriebene, ihr Schicksal als Forderung an die Kirche (24.7.1947)«, in: ders.: *Reden und Aufsätze*. Stuttgart 1956, S. 74–86.
  - 15 »... aber bitte keine Flüchtlinge«, in: *Sozialdemokratischer Pressedienst P/X/163* (19. Juli 1955).
  - 16 Ian Connor: »Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Arbeitsprozeß nach 1945«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 32 (1989), S. 185–205, hier S. 190.
  - 17 Ortrud Becker: *Geflüchtet. Vertrieben. Aufgenommen. Dokumentation über die Vertreibung, die Aufnahme, die Eingliederung und das Wirken der Heimatvertriebenen im Kreis Groß-Gerau*. Griesheim 1990, S. 204.
  - 18 Dieser Abschnitt folgt weitgehend Klaus J. Bade/Hans-Bernd Meier/Bernhard Parisius (Hgg.): *Zeitzeugen im Interview. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Osnabrück nach 1945*. Osnabrück 1997, S. 8.
  - 19 Paul Lüttinger: »Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 15 (1986), S. 20–36, hier S.23f.
  - 20 Ebd., S. 24.
  - 21 Sozialdemokratische Grundsätze zum Lastenausgleich (21. Juli 1948), abgedruckt in Christoph Stamm: *Die SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat 1947–1949. Protokolle, Aufzeichnungen, Rundschreiben*. Bonn 1993, S. 165–167, hier S. 166.
  - 22 Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): *Die Lastenausgleichsgesetze. Dokumente zur Entwicklung des Gedankens, der Gesetzgebung und der Durchführung*. Bd. I/1. Bonn 1962, S. 72.
  - 23 *Freie Presse* (24. Januar 1950), zitiert nach Anke Hufschmidt: »... und dann blieben wir doch«. *Flüchtlinge und Vertriebene in Lippe 1945–1953*. Detmold 1994, S. 56.
  - 24 SPD-Wahlflugplakat, Frühjahr 1947, zitiert nach Andreas Ehrhardt: »Wie lästige Ausländer ...«, a.a.O., S. 86.
  - 25 Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 148.
  - 26 Kreiskommissar für die Ausgewiesenen, Ulm/Donau: Ärztliche Untersuchungen über die Arbeitsfähigkeit der Ausgewiesenen. Ulm, 28.1. 1947. HstAS EA 2 /801 Bü 410, zitiert nach Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S.162f.
  - 27 Paul Erker (Hg.): *Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs*. Heidelberg 2004.
  - 28 Der obige Absatz folgt vor allem Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 367.

- 29 Linus Kather: *Die Entmachtung der Vertriebenen*. Zweiter Band: *Die Jahre des Verfalls*. München/Wien 1965, S. 255.
- 30 Andreas Ehrhardt: »Wie lästige Ausländer ...«, a.a.O., S. 87.
- 31 *Die Neue Zeitung* (20. März 1950), zitiert nach Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 371.
- 32 Ebd.
- 33 Ebd.
- 34 Präambel zum Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz – LAG). Ausfertigungsdatum: 14.08.1952, in <www.bundesrecht.juris.de/lag>.
- 35 Linus Kather: *Die Entmachtung der Vertriebenen*, a.a.O., S. 262.
- 36 Ortrud Becker: *Geflüchtet. Vertrieben. Aufgenommen*, a.a.O., S. 231f.
- 37 Ebd.
- 38 *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn*. Hannover<sup>6</sup>1965, S. 11.
- 39 Ebd., S. 12.
- 40 Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 131.
- 41 Eugen Lemberg/Friedrich Edding: »Eingliederung und Gesellschaftswandel«, in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hgg.): *Die Vertriebenen in Westdeutschland*. Bd. 1. Kiel 1959, S. 156–173, hier S. 171.
- 42 Heinrich Albertz: »Soziale Gerechtigkeit«, in: *Neuer Vorwärts* (1. Mai 1953), S. 4.
- 43 Peter Erf: *Die Vertriebenen in Westdeutschland 1945–1949. Ein Beitrag zur ›Restaurationsdebatte‹*. Osnabrück 1984, S. 326.
- 44 Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 319.
- 45 Ebd., S. 322.
- 46 Ebd., S. 456.
- 47 Peter Graf Kielmansegg: *Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945 bis 1990*. München 2007, S. 362.
- 48 Innenministerium Baden-Württemberg (Hg.): *Flucht, Vertreibung, Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat*. Begleitband zur Ausstellung. Bearbeiter Immo Eberl. Sigmaringen 1993, S. 140f.
- 49 Ansgar und Markus Trautmann: *Die Vertriebenen in Vreden und Ammeloe*. Vreden 1988, S.74f.
- 50 Ebd., S.151f.
- 51 *Heimat im Wandel der Zeiten. Zehn Jahre Siebenbürgisch-sächsische Siedlung Drabenderhöhe*. Köln/Wien 1976, S. 255.
- 52 Ebd., S. 276.
- 53 Marita Krauss: »Das ›Wir‹ und das ›Ihr‹. Ausgrenzung, Abgrenzung, Identitätsstiftung bei Einheimischen und Flüchtlingen nach 1945«, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Marita Krauss (Hgg.): *Vertriebene*



- in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. München 2000, S. 27–39, hier S. 33.
- 54 Hannelore Oberpenning: »Arbeit, Wohnung und eine neue Heimat ...«. *Espelkamp – Geschichte einer Idee*. Essen 2002, S. 57.
- 55 Ebd., S. 65.
- 56 Ebd., S. 59.
- 57 Ebd., S. 66.
- 58 Ebd., S. 75.
- 59 Ebd., S. 118f.
- 60 *Espelkamper Nachrichten* Nr. 6 (Juni 1969), zitiert nach Hannelore Oberpenning: »Arbeit, Wohnung und eine neue Heimat ...«, a.a.O., S. 99.
- 61 Ebd., S. 125.
- 62 Michael Hirschfeld: *Katholisches Milieu und Vertriebene. Eine Fallstudie am Beispiel des Oldenburger Landes 1945–1965*. Köln/Weimar/Wien 2002, S. 13.
- 63 Ellen Kattner: »Mikrokosmos Kirrlach. Wie werden aus Fremden Zugehörige? Zur Ethnologie der Integration in Deutschland«, in: *Die Zeit* (2. Juni 1999).
- 64 Ulrich Tolksdorf: »Die Fischerfamilien von Hela, 1900–1984«, in: *Acta Borussica* II. Relationes: 1984, S. 157–175, hier S. 173.
- 65 Ebd., S. 175.
- 66 Thomas Braun: »Ost- und westpreußische Fischer in Schleswig-Holstein – ein Neubeginn«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 34 (1991), S. 340–353, hier S. 340.
- 67 Ebd., S. 344f.
- 68 Jörg Lau: »Vaters Heimat«, in: *Die Zeit* (10. November 2005).
- 69 Volker Ackermann: »Integration: Begriff, Leitbilder, Probleme«, in: Klaus J. Bade (Hg.): *Neue Heimat im Westen*. Münster 1990, S. 14–36, hier S. 25.
- 70 Kreisflüchtlingsbeauftragter Landratsamt Esslingen: Monatsbericht für die Zeit vom 15. 6.–14. 7. 1947, zitiert nach Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 400.
- 71 Ebd., S. 404.
- 72 Dr. B.[artunek]: »Flüchtlinge sind an allem schuld«, in: *IDAD-Nachrichten* 2 (1950), Nr. 3, S. 7, zitiert nach Thomas Grosser: *Die Integration der Heimatvertriebenen*, a.a.O., S. 406.
- 73 Ansgar und Markus Trautmann: *Die Vertriebenen in Vreden und Ammeloe*, a.a.O., S. 89.
- 74 Hermann Bausinger/Markus Braun/Herbert Schwedt: *Neue Siedlungen. Volkskundlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts Tübingen*. Stuttgart 1959, S. 128.

- 75 Ebd., S. 81.
- 76 Ebd., S. 139.
- 77 Anke Hufschmidt: »... und dann blieben wir doch«, a.a.O., S. 132.
- 78 Utta Müller-Heindl: »Die Gedanken laufen oft zurück ...«. *Hessische Flüchtlingsfrauen erinnern sich an ihr Leben in Böhmen und Mähren und an den Neuanfang in Hessen nach 1945*. Wiesbaden 1993, S. 149.
- 79 Anke Hufschmidt: »... und dann blieben wir doch«, a.a.O., S. 133.
- 80 *Quickborn* 45 (1954), S. 53f., zitiert nach Ulrich Tolksdorf: »Phasen der kulturellen Integration bei Flüchtlingen und Aussiedlern«, in: Klaus J. Bade (Hg.): *Neue Heimat im Westen*. Münster 1990, S. 106–127, hier S. 117.
- 81 Zitiert nach Christiane Pyka/Anke Bahl: »Das dauert vielleicht noch eine Weile, bis das ganz abgelegt ist«. *Nachwirkungen von Flucht und Vertreibung in der Enkel- und Enkelinnengeneration – Das Beispiel der Wittwais-Siedlung in Wangen*, in: Christel Köhle-Hezinger (Hg.): *Neue Siedlungen – Neue Fragen. Eine Folgestudie über Heimatvertriebene in Baden-Württemberg – 40 Jahre danach*. Tübingen 1995, S. 69–89, hier S. 72.
- 82 Hermann Bausinger/Markus Braun/Herbert Schwedt: *Neue Siedlungen*, a.a.O., S. 141.
- 83 Werner F. Leopold: »Das Deutsch der Flüchtlingskinder«, in: *Zeitschrift für Mundartforschung* 28 (1962), S. 289–306, hier S. 291.
- 84 Ulrich Tolksdorf: »Phasen der kulturellen Integration«, a.a.O., S. 106 bis 127.
- 85 Elisabeth Fendl: »Die Rückschau der Zufriedenen. Das Erzählen vom Anfang«, in: Kurt Dröge (Hg.): *Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. Beiträge zur Volkskunde der Deutschen im und aus dem östlichen Europa*. München 1995, S. 31–41, hier S. 33.
- 86 Ebd., S. 33.
- 87 Ulrich Tolksdorf: »Phasen der kulturellen Integration«, a.a.O., S. 129.
- 88 Doris Stennert: »Reisen zum Wiedersehen und Neuerleben«. *Aspekte des Heimwehtourismus dargestellt am Beispiel der Grafschaft Glotzer*, in: Kurt Dröge (Hg.): *Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. Beiträge zur Volkskunde der Deutschen im und aus dem östlichen Europa*. München 1995, S. 83–93, hier S. 83.
- 89 Silvie Fisch: »Das Damals starb. Wir haben uns gefügt«. *Akkulturation und Identitätswandel der deutsch-baltischen Umsiedler-Generation in Bayern nach 1939*, in: Kurt Dröge (Hg.): *Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte*, München 1995, S. 43–66, hier S. 51.
- 90 Bernhard Parisius: *Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen*. Aurich 2004, S. 197.
- 91 Paul Weßels: *Holtland*. »Das wohlgebaute große Kirchdorf ...«. *Beiträge zur Geschichte eines Kirchspiels im Landkreis Leer*. Oldenburg 1995, S. 393f., zitiert nach Bernhard Parisius: *Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst*, a.a.O., S. 198.

- 92 Paul Erker: »Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel«, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hgg.): *Von Stalingrad zurährungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*. München 1988, S. 367–425, hier S. 401.
- 93 Friedrich K. Osann: »Heimatvertriebene in Gottmadingen. Die Syrmiendeutschen«, in: *Hegau* 6 (1958), S. 196–199, hier S. 199.
- 94 Helga Hirsch: *Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebens-thema*. Hamburg 2004, S. 205.
- 95 Peter Exner: *Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969*. Paderborn 1997, S. 447.
- 96 Peter Exner: »Integration oder Assimilation? Vertriebenenengliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden«, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hgg.): *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR*. München 1999, S. 57–88, hier S. 74.
- 97 Ansgar und Markus Trautmann: *Die Vertriebenen in Vreden und Amme-loe*, a.a.O., S. 90.
- 98 Utta Müller-Heindl: »Die Gedanken laufen oft zurück ...«, a.a.O., S. 278.
- 99 Heinz Schmitt: *Das Vereinsleben der Stadt Weinheim an der Bergstraße. Volkskundliche Untersuchung zum kulturellen Leben in einer Mittel-stadt*. Weinheim 1963. [Diss.], S. 105, zitiert nach Astrid Pellengahr: *Vereinswesen als Integrationsfaktor. Eine volkskundliche Fallstudie zur kulturellen Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge nach 1945 in Bayern*. München 2002, S. 56.
- 100 Ebd., S. 96.
- 101 Ebd., S. 101.
- 102 Bernhard Parisius: *Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst*, a.a.O., S. 16.
- 103 Zitiert nach Astrid Pellengahr: *Vereinswesen als Integrationsfaktor*, a.a.O., S. 165.
- 104 1952–1954, Wewelsburg, zitiert nach Andreas Lüttig: *Fremde im Dorf. Flüchtlingsintegration im westfälischen Wewelsburg 1945–1958*. Münster 1993, S. 205f.
- 105 Alfred Cammann: »Schlesier in Scheeßel. Eine gruppensoziologische Untersuchung ostdeutscher Volkskunde«, in: *Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau XIII* (1968), S. 321–363, hier S. 328.
- 106 Klemens Arndt: »Flüchtlinge und Vertriebene in Passau im Spiegel der Wahlen. »Aus den Berichten der Passauer Neuen Presse«, in: *Ostbairische Grenzmarken* 33 (1991), S. 184–193, hier S. 188f.
- 107 Ebd., S. 192.
- 108 Herbert Schwedt: »Heimatvertriebene in württembergischen Landge-meinden«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 12 (1969), S. 27–40, hier S. 27.

- 109 Alfred Karasek-Langer: »Neusiedlung in Bayern seit 1945«, in: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen* 2 (1956), S. 24–102.
- 110 Ulrich Tolksdorf: »Ermlandsiedlung Cloppenburg. Umsiedler in neuer Heimat«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 13 (1970), S. 307–318, hier S. 314.
- 111 Friedrich Heinz Schmidt-Ebhausen: »Neue Ortsnecknamen in Württemberg«, in: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen* 3 (1958), S. 151–161, hier S. 159.
- 112 Hermann Bausinger/Markus Braun/Herbert Schwedt: *Neue Siedlungen*, a.a.O., S. 129.
- 113 Albrecht Lehmann: »Flüchtlingserinnerungen im Erzählen zwischen den Generationen«, in: *Bios* 2 (1989), S. 183–206, hier S. 187.
- 114 Astrid Pellengahr: *Vereinswesen als Integrationsfaktor*, a.a.O., S. 162f.
- 115 *Mittelbayerische Zeitung* (10. November 1959): »Ein Abend mit Johann Strauß: eindrucksvolle Chor- und Konzertdarbietungen in Neutraubling«, zitiert nach Elisabeth Fendl: »Die Rückschau der Zufriedenen. Das Erzählen vom Anfang, in: Kurt Dröge« (Hg.): *Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. Beiträge zur Volkskunde der Deutschen im und aus dem östlichen Europa*. München 1995, S. 31–41, hier S. 39.
- 116 Michael von Engelhardt: »Die Bewältigung von Flucht und Vertreibung. Zum Verhältnis von Lebensgeschichte, Gesellschaftsgeschichte und biographisch-historischer Identität«, in: Rudolf Endres (Hg.): *Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945*. Köln/Weimar/Wien 1998, S. 215–251, hier S. 227.
- 117 Torsten Koch/Sabine Müller: »Flucht und Vertreibung im Familiengedächtnis«, in: Rainer Schulze/Reinhard Rohde/Rainer Voss (Hgg.): *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945–2000*. Osnabrück 2001, S. 216–228, hier S. 223.
- 118 Kathrin Panne: »Erinnerungspolitik – Erinnerungsspuren. Zur Funktion symbolischer Erinnerung an Flucht und Vertreibung im öffentlichen Raum. Eine Skizze«, in: Rainer Schulze/Reinhard Rohde/Rainer Voss (Hgg.): *Zwischen Heimat und Zuhause, Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945–2000*. Osnabrück 2001, S. 201–215, hier S. 211.

#### »Verzicht ist Verrat«

- 1 Siegfried Schier: *Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 50er Jahre*. Lübeck 1982, S. 106.
- 2 Evelyn Glensk: *Die Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hamburg 1945–1953*. Hamburg 1994, S. 309.

- 3 Martina Krug/Karin Mundhenke: *Flüchtlinge im Raum Hannover und in der Stadt Hameln 1945–1952*. Hildesheim 1988, S. 191.
- 4 Ergebnisse der Heidelberger Aussprache, 15. November 1947, zitiert nach Sylvia Schraut: »Zwischen Koalitionsverbot und politischer Eingliederung: Die IDAD«, S. 69–82, in: Karl-Peter Krauss (Hg.): *Angekommen! – Angenommen?* Filderstadt 1996, S. 70.
- 5 Ergebnisse der Heidelberger Aussprache, 15. November 1947, zitiert nach Sylvia Schraut: »Zwischen Koalitionsverbot und politischer Eingliederung«, a.a.O., S. 70.
- 6 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«. *Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972*. Düsseldorf 2004, S. 41.
- 7 Ebd., S. 16.
- 8 Ebd., S. 142.
- 9 Ebd., S. 145.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd., S. 147.
- 12 BA B 137, 2217, zitiert nach Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 155.
- 13 Ebd., S. 157.
- 14 K. Erik Franzen: »Sudetendeutsche Tage als Gedenkstätten!? Die Erinnerung an NS-Diktatur und Krieg in politischen Reden von Vertretern der Sudetendeutschen Landsmannschaft 1950–1955«, in: Christoph Cornelißen/Roman Holec/Jiří Peček (Hgg.): *Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskultur in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945*. Essen 2005, S. 197–219, hier S. 198ff.
- 15 Walter Becher: *Zeitzeuge. Ein Lebensbericht*. München 1990, S. 418.
- 16 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 165f.
- 17 Ebd., S. 429.
- 18 Zitiert nach ebd., S. 438f.
- 19 Ebd., S. 99ff.
- 20 Tagebuch-Eintrag Manteuffels vom 14. Januar 1959 (BA N 1157), zitiert nach Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 100.
- 21 Ebd.
- 22 Harald Schroeter: *Kirchentag als vorläufige Kirche*. Stuttgart 1993, S. 161, Anmerkung 100, zitiert nach Martin Greschat: »Mit den Vertriebenen kam Kirche? Anmerkungen zu einem unerledigten Thema«, in: *Historisch-politische Mitteilungen* 13 (2006), S. 47–76, hier S. 57f.
- 23 Henri Nannen, Editorial »Liebe Sternleser«, in: *Der Stern* (27. Juni 1961), zitiert nach Christian Lotz: *Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972)*. Köln/Weimar/Wien 2007, S. 185.

- 24 Herbert Czaja: *Unterwegs zum kleinsten Deutschland. Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik*. Frankfurt am Main 1996, S. 535f.
- 25 »BdV zum Achter-Memorandum«, in: *Deutscher Ostdienst* Nr. 9/10 (1962), S. 6.
- 26 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 131f.
- 27 Johannes-Dieter Steinert: »Organisierte Flüchtlingsinteressen und parlamentarische Demokratie: Westdeutschland 1945–1949«, in: Klaus J. Bade (Hg.): *Neue Heimat im Westen*. Münster 1990, S. 61–80, hier S. 71.
- 28 Alfred Karasek-Langer: »Volkskundliche Erkenntnisse aus der Vertreibung und Eingliederung der Ostdeutschen«, in: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen* 1 (1955), S. 11–65, hier S. 29.
- 29 Zitiert nach Manfred Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen. Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)*. München 2007, S. 98.
- 30 Christoph Thüer: *Die Patenschaft Recklinghausen – Beuthen O.S. im gesellschaftlichen Wandel 1952 bis heute*. Recklinghausen 2002, S. 27.
- 31 Ebd., S. 50.
- 32 Ebd., S. 52f.
- 33 Nach ebd.
- 34 Ebd., S. 93.
- 35 Ebd., S. 94.
- 36 Ebd., S. 104.
- 37 Uwe Weiher: *Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremerhaven 1945–1960*. Bremerhaven 1992, S. 88.
- 38 Guido Fleischhauer: *Vom Neubürger zum Heilbronner. Die Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen im Stadtkreis Heilbronn nach dem Zweiten Weltkrieg*. Heilbronn 1992, S. 235ff.
- 39 Wilhelm Glässner: »Die Heimatvertriebenen aus Csavoly und ihre Patenstadt Waiblingen«, in: *Waiblingen in Vergangenheit und Gegenwart* 8 (1986), S. 92–94.
- 40 *In der Obhut Bayerns. Sudetendeutsche – ostdeutsche Patenschaften im Freistaat Bayern*. München 1989, S. 42.
- 41 Ansgar und Markus Trautmann: *Die Vertriebenen in Vreden und Ammeloe*. Vreden 1988, S. 117f.
- 42 Marion Dönhoff: »Heimat im Osten«, in: *Die Zeit* (18. Mai 1950).
- 43 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 191.
- 44 Walter Dirks/Eugen Kogon: »Verhängnis und Hoffnung im Osten. Das deutsch-polnische Problem«, in: *Frankfurter Hefte* 2 (Mai 1947), S. 470 bis 487, hier S. 487.
- 45 »Programmheft zum Deutschlandtreffen der Schlesier« in Köln vom 7. bis 9. Juni 1963, S. 25, zitiert nach Landsmannschaft Schlesien (Hg.):

- 50 *Jahre Landsmannschaft Schlesien. Eine Dokumentation*. Königswinter 1999, S. 29.
- 46 Perti Ahonen: *After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990*. Oxford 2003, S. 278f.
- 47 Heinrich Albertz, Minister für Flüchtlingsangelegenheiten, SPD. Niedersächsischer Landtag, 1. WP, 42. Sitzung, 4. August 1948, Sp. 2210.
- 48 Theodor Oberländer: »Zum Geleit«, in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hgg.): *Die Vertriebenen in Westdeutschland*, Bd. 1. Kiel 1959, S. VI.
- 49 Franz Neumann: *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950–1960. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei*. Meisenheim am Glan 1968, S. 378ff.
- 50 Ebd., S. 400.
- 51 Erstes Programm des BHE in Schleswig-Holstein 1950, beschlossen bei der offiziellen Gründung des BHE am 8. Januar 1950 in Kiel, abgedruckt im Mitteilungsblatt des BHE, Kreisverband Stormarn. Dezember 1950/Januar 1951, zitiert nach Franz Neumann: *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten*, a.a.O., S. 431ff.
- 52 Peter Zeitler: »Politik von Flüchtlingen – für Flüchtlinge«. Leben und Wirken zweier oberfränkischer Nachkriegspolitiker«, in: Rudolf Endres (Hg.): *Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945*. Köln/Weimar/Wien 1998, S. 95–118.
- 53 Martina Krug/Karin Mundhenke: *Flüchtlinge im Raum Hannover und in der Stadt Hameln 1945–1952*. Hildesheim 1988, S. 74.
- 54 Außenpolitische Resolution des GB/BHE, verfaßt von Linus Kather, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Schwetzingen 1959, abgedruckt in *Die Sicht* (16. Oktober 1959), zitiert nach Franz Neumann: *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten*, a.a.O., S. 475.
- 55 Michael Schmitt: »Probleme der gesellschaftlichen und politischen Integration der Vertriebenen im Landkreis Kassel (1945–1952)«, in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde* Bd. 96 (1991), S. 153–172, hier S. 170.
- 56 Landsmannschaft Schlesien (Hg.): *50 Jahre Landsmannschaft Schlesien*, a.a.O., S. 38.
- 57 Zitiert nach Manfred Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen*, a.a.O., S. 9.
- 58 Landsmannschaft Schlesien (Hg.): *50 Jahre Landsmannschaft Schlesien*, a.a.O., S. 38f.
- 59 <[www.spd-wolbeck.de/geschichte/html](http://www.spd-wolbeck.de/geschichte/html)>.
- 60 Heinrich Potthoff/Susanne Miller: *Kleine Geschichte der SPD 1848–2002*. Bonn 2002, S. 485ff.
- 61 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 242.
- 62 Ebd., S. 244.
- 63 Ebd., S. 250.

- 64 Ebd., S. 260.
- 65 Dr. Karl Mocker: »Wunder Punkt ›Wahlen‹«, in: *Deutscher Ostdienst* Nr. 13 (1968), S. 2.
- 66 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 262f.
- 67 Ebd., S. 216.
- 68 Landsmannschaft Schlesien (Hg.): *50 Jahre Landsmannschaft Schlesien*, a.a.O., S. 7.
- 69 Herbert Hupka: »Eine zweite Vertreibung. Die Vertriebenen in der deutschen Öffentlichkeit«, in: *Deutscher Ostdienst* Nr. 41 (1991), S. 1.
- 70 BArch Koblenz, B 106/27372, Schreiben von Friedrich Spallek (Salzgitter) an BMVt, ohne Datum [Eingang am 17. Mai 1957], zitiert nach Christian Lotz: *Die Deutung des Verlusts*, a.a.O., S. 140.
- 71 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 320f.
- 72 <[www.witikobund.de](http://www.witikobund.de)>.
- 73 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 326f.
- 74 Christian Gerlach: *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*. Hamburg 1999, S. 686.
- 75 Jürgen Joachimsthaler/Walter Schmitz (Hgg.): *Verhandlungen der Identität. Literatur und Kultur in Schlesien seit 1945*. Dresden 2004, S. X.
- 76 Jürgen Röhling: »Unter polnischer Verwaltung«. Schlesien, ein Phantom, in: Jürgen Joachimsthaler/Walter Schmitz (Hgg.): *Verhandlungen der Identität, Literatur und Kultur in Schlesien seit 1945*. Dresden 2004, S. 39–48, hier S. 41.
- 77 Ebd., S. 42.
- 78 Heinrich Böll: »Auf der Suche nach Orten«, in: *Der Monat* 17 (Mai 1965), S. 105–112, hier S. 111.
- 79 Irmhild Herrmann: »Das westpreußische Trachtenkleid«, in: *Westpreußisches Jahrbuch* 13 (1963), S. 81–83, zitiert nach Jörn Barfod: »Das Ostpreußenkleid – Entstehung und Tradition eines Stücks ›geistigen Grenzkampfs‹«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 33 (1990), S. 20–54, hier S. 34.
- 80 Jörn Barfod: »Das Ostpreußenkleid«, a.a.O., S. 20–54.
- 81 »Die Betrugspolitik gegenüber den Umsiedlern«, in: *Neues Deutschland* (14. Oktober 1949), zitiert nach Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961*. München 2004, S. 521.
- 82 Christian Lotz: *Die Deutung des Verlusts*, a.a.O., S. 184.
- 83 Edmund Jauernig: *Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde*. Berlin (Ost) 1968, S. 5.
- 84 Ebd., S. 170.



- 85 Information über die Gefährlichkeit, BstU, ZA; MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 134, zitiert nach Heike Amos: »Feindliche Organisationen. Die Sicht des MfS auf die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Zeitschrift des Forschungsverbunds SED-Staat* 20 (2006), S. 20–35, hier S. 26.
- 86 Information über die Gefährlichkeit, BstU, ZA; MfS AOP 11315/64, Bd. 3, Bl. 134, zitiert nach Heike Amos: *Feindliche Organisationen*, a.a.O., S. 26.
- 87 Organisierter Revanchismus und Ostverträge 1969–1975, MfS-Dossier von 1983, BStU, ZA, MfS ZKG Nr. 3520, Bl. 45, zitiert nach Heike Amos: *Feindliche Organisationen*, a.a.O., S. 32.
- 88 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 311f.
- 89 Ebd., S. 313.
- 90 Ausarbeitung für Minister Lukaschek vom 15. Januar 1952 (BA B 106, 27382), zitiert nach Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 315.
- 91 Matthias Stickler: »Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch«, a.a.O., S. 318f.
- 92 Manfred Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen*, a.a.O., S. 118f.
- 93 Zitiert nach ebd., S. 139.
- 94 Vgl. z.B. Werner Flach/Christa Kouschil: *Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher*. Leipzig/Jena/Berlin (Ost) 1984; Deutsches Institut für Zeitgeschichte (Hg.): *Landmannschaftlicher Revanchismus in Westdeutschland. Zu seiner Geschichte und Rolle im imperialistischen Herrschaftssystem*. Berlin (Ost) 1969.
- 95 Bruno Kussl: »Alarmsignal aus Bremen«, in: *Deutscher Ostdienst* Nr. 17 (1977), S. 1.
- 96 »Schlesien-Oberschule will ihren Namen ändern. Schüler, Eltern und Lehrer finden den Begriff überholt/CDU und FDP widersprechen im Bezirksparlament«, in: *Berliner Zeitung* (2. Oktober 2003).
- 97 »Um Namen für Schlesien-Schule wird gestritten«, in: *Berliner Zeitung* (2. Juni 1999); »Streit beendet: Schlesien-Schule wird umbenannt«, in: *Berliner Morgenpost* (2. November 2003).
- 98 *Mit Links für ein solidarisches München extra. Zeitschrift der offenen Liste der PDS im Stadtrat – in Zusammenarbeit mit dem Forum Linke Kommunalpolitik*. April 2004, S. 2.
- 99 »Anschlag auf die »Seerose«. Vor Vertriebenen-Treffen zerstörten Unbekannte 17 Scheiben der Gaststätte«, in: *Märkische Allgemeine Zeitung* (8. Oktober 2004).

»Verschwiegene vier Millionen«

- 1 Gerald Christopeit: »Verschwiegene vier Millionen. Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR«, in: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde* 38 (1995), S. 222–251.
- 2 Steffi Kaltenborn: »Wohn- und Lebensverhältnisse von Vertriebenen 1948 in Thüringen«, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hgg.): *Gelückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR*. München 1999, S. 273–287, hier S. 276.
- 3 Heiner Müller: *Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande*. Berlin 1975, S. 50.
- 4 Arnd Bauerkämper: »Scharfe Konflikte« und »feine Unterschiede«. Vertriebene in der ländlichen Gesellschaft Brandenburgs von 1945 bis zu den frühen fünfziger Jahren«, in: Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hgg.): *Vertreibung, Neuanfang, Integration*. Potsdam 2001, S. 123–150, hier S. 137.
- 5 Gerald Christopeit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., hier S. 236.
- 6 Ebd., S. 226.
- 7 Leonore Scholze-Irrlitz: »Umsiedler« im Landkreis Beeskow/Storkow, in: Wolfgang Kaschuba/Thomas Scholze/Leonore Scholze-Irrlitz (Hgg.): *Alltagskultur im Umbruch*. Weimar 1996, S. 135–149, hier S. 136f.
- 8 Alexander von Plato/Wolfgang Meinicke: *Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*. Berlin 1991, S. 48.
- 9 Günter de Bruyn: *Zwischenbilanz. Eine Jugend in Berlin*. Frankfurt am Main 3 1992, S. 361 und S. 326–330.
- 10 Victor Klemperer: *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1945–1959*, Bd. 1. Berlin 1999, S. 6, Eintrag vom 17. Juni 1945.
- 11 *Neues Deutschland* (13. August 1949), zitiert nach Gerald Christopeit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S. 222.
- 12 Ebd.
- 13 Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943–1961*. Köln/Weimar/Wien 2003, S. 659.
- 14 Der Absatz zur DDR-Sozialpolitik gegenüber den Vertriebenen folgt im wesentlichen dem hervorragenden Kondensat der weitreichenden Forschungen zur Vertriebenenproblematik in der SBZ/DDR von Michael Schwartz. Vgl. ders.: »Umsiedler« – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR«, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik (Hg.): *Flucht – Vertreibung – Integration*. Bonn 2005, S. 91–101.
- 15 Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegsgesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961*. München 2004, S. 59f.
- 16 Paul Merker: *Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems. Berlin 1947*, S. 11.

- 17 Ebd., S. 22.
- 18 SED-Umsiedlerausschuß Schönebeck/Elbe an SED-Zentralvorstand, an Pieck, 27. Juni 1946, zitiert nach Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, a.a.O., S.428f.
- 19 *Die neue Heimat* 3 (Dezember 1947), S. 3.
- 20 *Neue Zeit* (18. Dezember 1946), zitiert nach Manfred Wille (Hg.): *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente. Bd. III: Parteien, Organisationen, Institutionen und die »Umsiedler« 1945–1953*. Wiesbaden 2003, S. 237.
- 21 Michael Schwartz: »Umsiedler« – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR«, a.a.O., S. 93.
- 22 Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, a.a.O., S. 652.
- 23 Ebd., S. 646.
- 24 Zitiert nach Louis Ferdinand Helbig/Johannes Hoffmann/Doris Kraemer (Hgg.): *Verlorene Heimaten – neue Fremden. Literarische Texte zu Krieg, Flucht, Vertreibung, Nachkriegszeit*. Dortmund 1995, S. 156–161.
- 25 Der nachstehende Absatz folgt den Studien von Michael Schwartz, vgl. Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, a.a.O.; ders.: »Ablenkungsmanöver der Reaktion«. Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR«, in: *Deutschland-Archiv* 32 (1999), S. 397–409. Vgl. auch ders.: »Umsiedler« – Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ und DDR«, a.a.O., S. 91–101.
- 26 Auf Hilfsbereitschaft haben wir vergeblich gehofft. Nach der Flucht oder Zwangsaussiedlung der schwere Neuanfang unter fremden Landsleuten am fremden Ort – deutsche Vertriebene erinnern sich. Auszüge aus: Ulrich Völklein: »Mitleid war nicht zu erwarten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (18. August 2005).
- 27 Leonore Scholze-Irrlitz: »Umsiedler« im Landkreis Beeskow/Storkow«, a.a.O., S. 141f.
- 28 Gerald Christopheit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S.223f.
- 29 Christoph Hein: *Landnahme*. Frankfurt am Main 2005, S. 37.
- 30 Ute Schmidt: *Die Deutschen aus Bessarabien*. Köln/Weimar/Wien 2006, S. 506.
- 31 Manfred Wille (Hg.): *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR*, a.a.O., S. 43f.
- 32 Ute Schmidt: *Die Deutschen aus Bessarabien*, a.a.O., S. 509.
- 33 Ebd., S. 528.
- 34 Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 516.
- 35 »Unsere Nehrungsfischer auf Rügen. Bericht einer Reise durch die Sowjetzone«, in: *Memeler Dampfsboot* 111 (1960), S. 46, zitiert nach Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 517.
- 36 Gerald Christopheit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S. 229.

- 37 Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 526.
- 38 Ebd., S. 495.
- 39 Ebd., S. 499ff.
- 40 Ebd., S. 504.
- 41 Ebd., S. 467.
- 42 SED-KL Bergen, Gesamteinschätzung der Gemeinde Schaprode, Ortsteil Poggenhof, 1954, LAG IV/4/08/102, Bl.142, zitiert nach Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 469f.
- 43 Berichterstattung für die Gemeinden Altenkirchen, Zühlitz, Putgarten, 1. 5. 1950, S. 3. LAG, IV/4/08/33, zitiert nach Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 467.
- 44 Heike van Hoorn: *Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR*. Essen 2004, S. 9.
- 45 Ebd., S. 10.
- 46 Ebd., S. 22.
- 47 Ebd., S. 246.
- 48 Ebd., S. 248.
- 49 Ebd., S. 305f.
- 50 Steffi Kaltenborn: »Der Versuch zur Wiederbelebung des Gablonzer Kunsthandwerks im Land Thüringen – Utopie oder reale Möglichkeit?«, in: Christoph Buchheim (Hg.): *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*. Baden-Baden 1995, S. 383–402, hier S. 383.
- 51 Ebd., S. 385.
- 52 Ebd., S. 392.
- 53 Ebd., S. 387ff.
- 54 Ebd., S. 393ff.
- 55 Gerald Christopheit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S. 228.
- 56 Steffi Kaltenborn: »Der Versuch zur Wiederbelebung des Gablonzer Kunsthandwerks«, a.a.O., S. 401.
- 57 G. Chwalczyk: »Vom Umsiedler zum Staatsbürger«, in: *Neues Deutschland* (16. Februar 1949), zitiert nach Michael Schwartz: »Vom Umsiedler zum Neubürger«. Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR«, in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 135–166, hier S. 135.
- 58 Gerald Christopheit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S. 223.
- 59 Auszug aus der Rede, Halle, 23. Juni 1949, zitiert nach Manfred Wille (Hg.): *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR*, a.a.O., S. 363.
- 60 Zitiert nach Gerald Christopheit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S. 235.

- 61 Ebd., S. 223f.
- 62 Ebd., S. 230.
- 63 Ebd., S. 227.
- 64 Michael Schwartz: »Vom Umsiedler zum Neubürger«, a.a.O., S. 143.
- 65 Andreas Malycha: »Wir haben erkannt, daß die Oder-Neiße-Grenze die Friedensgrenze ist«. Die SED und die neue Ostgrenze 1945 bis 1951«, in: *Deutschland-Archiv* 2 (2000), S. 193–207, hier S. 197.
- 66 Ebd.
- 67 Ebd., S. 198.
- 68 Paul Merker. *Die nächsten Schritte zur Lösung*, a.a.O., S. 10.
- 69 Markneukirchen, 12. Juni 1948, zitiert nach Manfred Wille (Hg.): *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR*, a.a.O., S. 355f.
- 70 Zitiert nach ebd.
- 71 »Ostvertriebene«. Auszüge eines in Görlitz verbreiteten Rundschreibens eines »Orts- und Zentralkomitees für die Rückgabe der deutschen Ostgebiete«, zitiert nach Manfred Wille (Hg.): *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR*, a.a.O., S. 374f.
- 72 Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, a.a.O., S. 48 und 515.
- 73 Ebd., S. 534.
- 74 Auszug aus der Rede. Potsdam, 23. Mai 1951, zitiert nach Manfred Wille (Hg.): *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR*, a.a.O., S. 396f.
- 75 Information der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei im Ministerium des Innern der DDR durch die Landesbehörde der Volkspolizei Sachsen-Anhalt über ein Treffen von Vertriebenen in der Stadt Halle, Halle, 28. Mai 1951, zitiert nach Manfred Wille (Hg.): *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR*, a.a.O., S. 397f.
- 76 Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, a.a.O., S. 538.
- 77 Brief von Erika Frischbier vom 8. Juli 1986 an Ursula Höntsch, in: Ursula Höntsch: *Wir Flüchtlingskinder*. Halle/Leipzig<sup>6</sup>1991, S. 286.
- 78 Artikel 6, Paragraph 5, in: *Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik*. Berlin (Ost)<sup>7</sup>1985, S. 12.
- 79 Gerald Christopeit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S. 239.
- 80 *Volksstimme* (5. Juli 1955), zitiert nach Gerald Christopeit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S. 240.
- 81 *Neues Deutschland* (6. Oktober 1950), zitiert nach Gerald Christopeit: »Verschwiegene vier Millionen«, a.a.O., S. 240.
- 82 Heike van Hoorn: *Neue Heimat im Sozialismus*, a.a.O., S. 17.
- 83 Zitiert nach Torsten Mehlhase, *Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt. Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft*. Münster 1999, Anlage 63.
- 84 *Kirchliches Jahrbuch* 1965, S. 128f., zitiert nach Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, a.a.O., S. 558.

- 85 Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 549.
- 86 Michael Schwartz: »Ablenkungsmanöver der Reaktion«. Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR«, in: *Deutschland-Archiv* 32 (1999), S. 397–409, hier S. 400.
- 87 Michael Schwartz: *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, a.a.O., S. 1117.
- 88 Michael Schwartz: »Ablenkungsmanöver der Reaktion«, a.a.O., S. 407.
- 89 Bernhard Fisch: *»Wir brauchen einen langen Atem«. Die deutschen Vertriebenen 1990–1999. Eine Innenansicht*. Jena/Plauen/Quedlinburg 2001, S. 14.

#### »Mit den Vertriebenen kam Kirche«

- 1 Ferdinand Kösters (Hg.): *Die Geschichte des Kirchlichen Suchdienstes*. München 2005, S. 252ff.
- 2 Wolfhart Beck: *Westfälische Protestanten auf dem Weg in die Moderne. Die evangelischen Gemeinden des Kirchenkreises Lübbecke zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik*. Paderborn 2002, S. 330.
- 3 Monse, Grafschaft Glatz, Bericht über die Ostvertriebenenbesuche, 1947, zitiert nach Bernhard Parisius: *Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen*. Aurich 2004, S. 99f.
- 4 Ulrich von Hehl: »Flüchtlinge, Vertriebene und die Kirchen«, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht – Vertreibung – Integration*. Bonn 2005, S. 132–143, hier S. 141.
- 5 Mathias Beer: »Alte Heimat – neue Heimat. Das spezifische Verständnis von Kirche und Gemeinschaft bei den Vertriebenen aus Südosteuropa und dessen Auswirkungen auf den Eingliederungsprozeß im deutschen Südwesten«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 36 (1996), S. 244 bis 272, hier S. 248.
- 6 Ebd., S. 252.
- 7 Ebd., S. 256.
- 8 Walter Menges: »Wandel und Auflösung der Konfessionszonen«, in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hgg.): *Die Vertriebenen in Westdeutschland*. Bd. 3. Kiel 1959, S. 1–22, hier S. 6 Tabelle.
- 9 Ebd., S. 12.
- 10 Bernhard Piegsa: »»Zigeuner«, »Neubürger«, »Entwicklungshelfer« – Schlaglichter auf Ankunft und Aufnahme der Heimatvertriebenen in Bayern 1945 bis 1950 am Beispiel der Oberpfalz«, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 60 (2000), S. 745–785, hier S. 789.
- 11 Stadt Nürtingen (Hg.): *Im Schwabenland eine neue Heimat gefunden. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen im Altkreis Nürtingen*. Kata-

- log zur Ausstellung anlässlich der Heimattage Baden-Württemberg 1989 in Nürtingen. Nürtingen 1989, S. 136.
- 12 Kurt Völk: »Allendorf, Kreis Marburg, ein neues Industriezentrum«, in: Eugen Lemberg/Lothar Kreckler (Hgg.): *Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen*. Marburg 1950, S. 133 bis 142, hier S. 140f.
  - 13 Archiv Kreuzkirche Lingen. Akte Flüchtlingsseelsorge, R 3412. Bericht des Superintendenten Kurth vom 5. März 46, zitiert nach Andreas Eynck (Hg.): »Alte Heimat – Neue Heimat«. *Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Lingen nach 1945*. Lingen 1997, S. 137.
  - 14 Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit Münster e.V. (Hg.): *Neuanfang in Münster. Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Münster von 1945 bis heute*. Münster 1996, S. 69f.
  - 15 Bernhard Herbers/Wilhelm Rüländer/Heinz Struckmann: »Beitrag zur Geschichte der Vertriebenen und Flüchtlinge in Haselünne nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: *Emsländische Geschichte* 7 (1998), S. 63–80, hier S. 78.
  - 16 Konvent pommerscher Pfarrer in der westlichen Zone. Resolution vom 24. Juli 1946, zitiert nach Hartmut Rudolph (Hg.): *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972*. Band I: *Kirchen ohne Land*. Göttingen 1984, S. 182.
  - 17 Ebd., S. 196f.
  - 18 Hartmut Rudolph (Hg.): *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972*, Band I, a.a.O., S. 523.
  - 19 Fritz Goltz: *Veränderungen in der evangelischen Kirche im Rheinland durch die Vertriebenen und Flüchtlinge*. Neuß 1966, S. 8.
  - 20 Friedrich Spiegel-Schmidt: »Religiöse Wandlungen und Probleme im evangelischen Bereich«, in: Eugen Lemberg/Friedrich Edding (Hgg.): *Die Vertriebenen in Westdeutschland*. Bd. 3, Kiel 1959, S. 3–23, hier S. 24.
  - 21 Hartmut Rudolph (Hg.): *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972*, Band I, a.a.O., S. 497.
  - 22 Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit Münster e.V. (Hg.): *Neuanfang in Münster*, a.a.O., S. 64ff.
  - 23 Ebd., S. 95f.
  - 24 *Rheingau-Echo* (6. November 1987), zitiert nach Hans Jandl: *Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Rheingau-Taunus-Kreis: Flucht und Vertreibung, Aufnahme und Unterbringung, Prozeß der Eingliederung*. Bad Schwalbach 1990, S. 380.
  - 25 Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit Münster e.V. (Hg.): *Neuanfang in Münster*, a.a.O., S. 95f.
  - 26 Uwe Weiher: *Flüchtlingssituation und Flüchtlingspolitik. Untersuchungen zur Eingliederung der Flüchtlinge in Bremen 1945–1961*. Bremen 1998, S. 219.
  - 27 Fritz Goltz: *Veränderungen in der evangelischen Kirche im Rheinland*, a.a.O., S. 13f.

- 28 Manfred Büttner: «Neugnadenfeld und Füchtenfeld, zwei Flüchtlingssiedlungen im Emsland. Eine religionsbiographische Studie», in: *Westfälische geographische Studien* 33 (1976), S. 85-111.
- 29 Andreas Einyck (Hg.): «*Alte Heimat-Neue Heimat*», a.a.O., S. 125.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd., S. 13 iff.
- 32 Ebd., S. 139.
- 33 Martin Greschat: «‘Mit den Vertriebenen kam Kirche’? Anmerkungen zu einem unerledigten Thema», in: *Historisch-politische Mitteilungen* 13 (2006), S. 47-76, hier S. 70.
- 34 Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961*. Köln/Weimar/Wien 2003, S. 320.
- 35 Zwischenbericht, Nr. 2, S. 6, 1946, zitiert nach Ute Schmidt: *Die Deutschen aus Bessarabien*. Köln/Weimar/Wien 2006, S. 302.
- 36 LAS, Inspektionsbericht der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg, Gemeindeberichte Teterow 1945-1965, hier: 1945/46 und 1947, zitiert nach Ute Schmidt: «‘Drei – oder viermal neu anfangen zu müssen ...’ – Beobachtungen zur ländlichen Vertriebenenintegration in mecklenburgischen ‘Bessarabier-Dörfern’», in: Dierk Hoffmann/ Michael Schwartz/Marita Krauss (Hgg.): *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/ DDR*. München 1999, S. 291-320, hier S. 309.
- 37 Hellmut Eberlein: «Zur Psychologie des Ostpfarrers», in: *Jahrbuch für schlesische Kirche und Kirchengeschichte* 32 (1953), S. 161.
- 38 SED-KL Putbus, Parteinformation, 12. Mai 1954, LAG, IV/08/08/156, Bl. 20, zitiert nach Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 341.
- 39 Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 572.
- 40 Ebd., S. 341.
- 41 Carlies Maria Raddatz: «Kirchliche Bemühungen um Aufnahme und Integration der Vertriebenen im Konflikt zum Staat am Beispiel der Pommerschen Evangelischen Kirche», in: Manfred Wille (Hg.): *30 Jahre Flucht und Vertreibung*. Magdeburg 1997, S. 215-223, hier S. 219.
- 42 Lothar Albertin: «Flüchtlinge – Eine kirchenhistorische Chance für den Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg: Beobachtungen aus der Region Ostwestfalen-Lippe», in: Rainer Schulze/Doris von der Brellie-Lewien/Helga Grebing (Hgg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte*. Hildesheim 1987, S. 288-301, hier S. 291.
- 43 Berichte aus Gemeinden der Lippischen Landeskirche 1945-49. Landeskirchliches Archiv Detmold, zitiert nach Lothar Albertin: «Flüchtlinge – Eine kirchenhistorische Chance für den Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg», a.a.O., S. 298.
- 44 Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 327.



- 45 Carlies Maria Raddatz: »Kirchliche Bemühungen um Aufnahme und Integration der Vertriebenen«, a.a.O., S. 215.
- 46 Ebd., S. 220.
- 47 Ebd., S. 221.
- 48 Hans Jandl: *Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Rheingau-Taunus-Kreis*, a.a.O., S. 373.
- 49 Dagmar Kift (Hg.): *Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder*. Essen 2005, S. 263.
- 50 Paul Erker: »Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel«, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hgg.): *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*. München 1988, S. 367–425, hier S. 397.
- 51 Zitiert nach Franz-Josef Herrmann: *Ermländisches Landvolk baut an der Zukunft. Berichte, Dokumente und Zeugnisse einer bewegten Zeit*. Köln 1982, S. 69f.
- 52 Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit Münster e.V. (Hg.): *Neuanfang in Münster*, a.a.O., S. 375.
- 53 Michael Hirschfeld: »Unterwegs nach einem Zuhause« – Die Wurzeln der Grafschaft Glatzer Katholiken in der Vertreibung liegen in Listrup«, in: Andreas Einyck (Hg.): *Alte Heimat – Neue Heimat*«, a.a.O., S. 103ff.
- 54 Franz Jung (Hg.): *Katholische Kirchenlieder aus der Grafschaft Glatz*. Emsbüren<sup>3</sup>1997, S. 24.
- 55 Georg R. Schroubek: *Wallfahrt und Heimatverlust. Ein Beitrag zur religiösen Volkskunde der Gegenwart*. Marburg 1968, S. 121ff.
- 56 Egerländer Gmoi München (Hg.): *Chronik der Egerländer Gmoi in München 1910–1980*. München 1982, S. 403f.
- 57 Georg R. Schroubek: *Wallfahrt und Heimatverlust*, a.a.O., S. 207.
- 58 Ebd.
- 59 Heinke M. Kalinke: »Solches sät Unfrieden und bringt Einheimische und Flüchtlinge hinter einander«. Zur Geschichte der Vertriebenenwallfahrt »Maria in der Ferne« in Südniedersachsen«, in: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde* 39 (1996), S. 26–44, hier S. 27.
- 60 Georg R. Schroubek: *Wallfahrt und Heimatverlust*, a.a.O., S. 334.
- 61 Paul Mai: »Schlesierwallfahrten in Süd- und Westdeutschland nach 1945. Ein Beitrag der Vertriebenen zur Aussöhnung der Völker«, in: *Archiv für schlesische Kirchengeschichte* 51/52 (1994), S. 77–88, hier S. 80ff.
- 62 Georg R. Schroubek: *Wallfahrt und Heimatverlust*, a.a.O., S. 290ff.
- 63 Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 573.
- 64 Ebd., S. 411.
- 65 Ebd., S. 398.

- 66 Bericht Hedwigsschwestern, *Pfarrchronik Demmin*, S. 12, zitiert nach Martin Holz: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen*, a.a.O., S. 414.
- 67 Ebd., S. 434.
- 68 *Egerer Zeitung* (15. Juli 1963), zitiert nach Georg R. Schroubek: *Wallfahrt und Heimatverlust*, a.a.O., S. 123.
- 69 Kurt Dröge: »Zwischen Familie und Kirche, Verein und Gesellschaft. Die Nischenkultur der Hedwigskreise in Hamburg«, in: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde* 38 (1995), S. 200–222, hier S. 201.
- 70 Ebd., S. 214ff.
- 71 Klaus J. Bade/Hans-Bernd Meier/Bernhard Parisius (Hgg.): *Zeitzeugen im Interview. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Osnabrück nach 1945*. Osnabrück 1997, S. 77.
- 72 Peter Paul Nahm: ... *doch das Leben ging weiter. Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Flüchtlinge und Eingesessenen nach der Stunde Null*. Köln/Berlin 1971, S. 98.
- 73 Norbert Baha: »Kirche und Gesellschaft in der Nachkriegszeit. Soziale und konfessionelle Auswirkungen des durch den Flüchtlings- und Vertriebenenzustrom ausgelösten Strukturwandels am Beispiel der nordwestdeutschen Industriestadt Delmenhorst«, in: *Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 57 (1985), S. 237–255, hier S. 245.
- 74 Ortrud Becker: *Geflüchtet. Vertrieben. Aufgenommen. Dokumentation über die Vertreibung, die Aufnahme, die Eingliederung und das Wirken der Heimatvertriebenen im Kreis Groß-Gerau*. Griesheim 1990, S. 248.
- 75 Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit Münster e.V. (Hg.): *Neuanfang in Münster*, a.a.O., S. 110.
- 76 »Farbenfroher Festzug, Egerländer Gmoi Baden-Württemberg«, in: *Sudetendeutsche Zeitung* (15. September 2006).
- 77 <[www.ackermann-gemeinde.bistum-wuerzburg.de](http://www.ackermann-gemeinde.bistum-wuerzburg.de)>.
- 78 Ernst Manfred Wermter: *Geschichte der Diözese und des Hochstifts Ermeland*. Münster 1968.

## Ein deutsches Thema

- 1 Die Inhaltsangabe folgt Peter Stettner: »Sind sie denn überhaupt Deutsche?« Stereotype, Sehnsüchte und Ängste im Flüchtlingsbild des deutschen Nachkriegsfilms«, in: Rainer Schulze/Reinhard Rohde/Rainer Voss (Hgg.): *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-)Deutschland 1945–2000*. Osnabrück 2001, S. 156 bis 170.

- 2 *Revue* (4. Oktober 1958), S. 60ff., zitiert nach Peter Stettner: »Sind sie denn überhaupt Deutsche?«, a.a.O., S. 162.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd., S. 163f.
- 5 Günter Grass: *Im Krebsgang*. Göttingen 2002, S. 62.
- 6 Peter Stettner: »Sind sie denn überhaupt Deutsche?«, a.a.O., S. 166.
- 7 Zitiert nach Hanno Sowade: »Das Thema im westdeutschen Nachkriegs-film«, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik (Hg.): *Flucht – Vertreibung – Integration*. Bonn 2005, S. 124–131, hier S. 129.
- 8 Protokoll der 11. Sitzung des Aufsichtsrates der Bürgschaftsgesellschaft für Filmkredite vom 3./7. Mai 1954. BA. B 102/18180, zitiert nach Peter Stettner: »Sind sie denn überhaupt Deutsche?«, a.a.O., S. 167.
- 9 *Vorwärts* (28. Februar 1958), zitiert nach Peter Stettner: »Sind sie denn überhaupt Deutsche?«, a.a.O., S. 167.
- 10 Dagmar Kift (Hg.): *Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder*. Essen 2005, S. 33.
- 11 Heiner Müller: *Krieg ohne Schlacht. Leben in zwei Diktaturen*. Köln 1994, S. 345f.
- 12 Thomas E. Schmidt: »Ostpreußischer Totentanz. In seinem neuen Buch erzählt Günter Grass vom Untergang der ›Wilhelm Gustloff‹ im Januar 1945 – Tausende Flüchtlinge ertranken. Wem dient heute die Erinnerung an das Kriegsleid der deutschen Zivilbevölkerung? Grass führt ein Lehrstück zur Politik der Geschichte auf«, in: *Die Zeit* (14. Februar 2002).
- 13 Günter Grass: *Gedichte*. Auswahl und Nachwort von Franz Josef Görtz. Stuttgart 2006, S. 65–68.
- 14 Günter Grass: *Im Krebsgang*, a.a.O., S. 99.
- 15 Siegfried Lenz: *Heimatismuseum*, München 11 1997, S. 655.
- 16 Horst Bienek: *Beschreibung einer Provinz. Aufzeichnungen*. München 1986, S. 11.
- 17 Ebd., S. 79. Hier ursprünglich nur auf »Die erste Polka« bezogen, kann die Aussage aber für die gesamte Tetralogie gelten.
- 18 Ebd., S. 9f.
- 19 Arno Schmidt: *Das steinerne Herz. Historischer Roman aus dem Jahre 1954 nach Christi*. Frankfurt am Main 12 2004, S. 239.
- 20 Reinhard Jirgl: *Die Unvollendeten*. München 2007, S. 55f.
- 21 Wolfram Eggeling: »Das Thema in der Belletristik«, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht – Vertreibung – Integration*, a.a.O., S. 86f.
- 22 Christoph Hein: *Landnahme*. Frankfurt am Main 2005, S. 17.
- 23 Ebd., S. 324.
- 24 Jörg Bernig: *Niemandszeit*. Stuttgart/München 2002.
- 25 Ebd., S. 16.

- 26 Hans-Ulrich Treichel: *Menschenflug*. Frankfurt am Main 2005, S. 184.
- 27 Roswitha Schieb: *Reise nach Schlesien und Galizien. Eine Archäologie des Gefühls*. Berlin 2000, S. 5.
- 28 Petra Reski: *Meine Mutter und ich*. München 2005, S. 87.
- 29 Ebd., S. 88f.
- 30 Ebd., S. 122.
- 31 Petra Reski: *Ein Land so weit*. München 2002, S. 23f.
- 32 Ebd., S. 25f.
- 33 Ebd., S. 57.
- 34 Tanja Dückers: *Himmelskörper*. Berlin 2003.
- 35 Susanne Habel: »Das Reich hinter der Scheibe«, in: *Sudetenland* 33 (1991), S. 243.
- 36 Peter Glotz: *Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers*. Berlin 2005, S. 49.
- 37 Uwe-Karsten Heye: *Vom Glück nur ein Schatten. Eine deutsche Familiengeschichte*. München 2006, S. 49 und S. 190.
- 38 Nikolaus Berwanger: »Der große Schwabenausverkauf«, in: ders.: *In Liebe und Haß*. Hildesheim/Zürich/New York 1987, S. 3–8, hier S. 3f.
- 39 Louis F. Helbig: »Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Darstellungen von Flucht, Vertreibung und Eingliederung in der westlichen und östlichen Literatur Deutschlands«, in: Manfred Wille (Hg.): *50 Jahre Flucht und Vertreibung*. Magdeburg 1997, S. 69–87, hier S. 71.
- 40 Benno Voelkner: *Die Tage werden heller*. Schwerin 1952, S. 8.
- 41 Ebd., S. 60.
- 42 Ebd., S. 71.
- 43 Louis F. Helbig: *Der ungeheure Verlust. Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Belletristik der Nachkriegszeit*. Wiesbaden 1989, S. 154.
- 44 Benno Voelkner: *Die Tage werden heller*, a.a.O., S. 97.
- 45 Louis F. Helbig: »Gemeinsamkeiten und Unterschiede«, a.a.O., S. 75.
- 46 Heiner Müller: *Die Bauern (Die Umsiedlerin oder Das Leben auf dem Lande)*. Berlin/Ost 1984, S. 44.
- 47 Ebd., S. 72.
- 48 Ebd., S. 81.
- 49 Peter Huchel: »Das Gesetz«, in: *Sinn und Form* 2 (1950), Heft 4, S. 127 bis 136, hier S. 128f.
- 50 Die Interpretation folgt wesentlich Louis F. Helbig: *Der ungeheure Verlust*, a.a.O., S. 136ff.
- 51 Christa Wolf: *Kindheitsmuster*. München 2002, S. 396.
- 52 Ebd., S. 412.
- 53 Ebd., S. 413.

- 54 Franz Fühmann: »Böhmen am Meer«, in: ders.: *Erzählungen 1955–1975*. Rostock<sup>3</sup>1982, S. 283–318, hier S. 317.
- 55 Ebd., S. 311.
- 56 Ebd., S. 317.
- 57 Leonore Martin: »Landschaft und Erinnerung – Der ›Sarmatische Kosmos‹ Johannes Bobrowskis«, in: *Nordost-Archiv*, NF Band VIII/1999, Heft 2. Lüneburg 2001, S. 483–501.
- 58 Dietmar Albrecht: »Reise an Memel und Pregel. In memoriam Johannes Bobrowski«, in: *Mare Balticum*. Lübeck 1992, S. 19.
- 59 Bernhard Fisch: »Der ›weiße Fleck‹ in der Geschichte. Die Entdeckung Ostpreußens in der DDR-Literatur«, in: *Kulturpolitische Korrespondenz Sonderdienst* 63 (15. August 1995), S. 17–23.
- 60 Ursula Höntsch: *Wir Flüchtlingskinder*. Halle/Leipzig<sup>6</sup>1991, S. 270.
- 61 Ebd., S. 188.
- 62 Ebd., S. 193.
- 63 Jörg Bernhard Bilke: »Flucht und Vertreibung in der deutschen Literatur«, in: *Deutsche Studien* 126/127 (1995) S. 177–188, hier S. 186.
- 64 Ursula Höntsch-Harendt: *Wir Flüchtlingskinder*, a.a.O., S. 262.
- 65 Ebd., S. 87.
- 66 Ebd., S. 151f.
- 67 Ebd., S. 266.
- 68 Ebd., S. 212.
- 69 Elisabeth Schulz-Semrau: *Suche nach Karalautschi. Report einer Kindheit*. Halle/Leipzig 1984, S. 9.

### Mehr als Trachten und Heimattümelei

- 1 Wilfried F. Schoeller: »Mythos der Heimkehr. Das Grenzdurchgangslager Friedland«, in: ders.: *Deutschland vor Ort. Geschichten. Mythen, Erinnerungen*. München/Wien 2005, S. 296–311, hier S. 297.
- 2 Ebd., S. 308.
- 3 Das Gesetz 1993/LXXXVII über die Rechte der nationalen und ethnischen Minderheiten, in: *Magyar Törvénytár* III/2, S. 1093–1099, zitiert nach Ágnes Tóth: »Das Thema Vertreibung in der ungarischen Geschichtsschreibung und im gesellschaftlichen Gespräch in den 1990er-Jahren«, in: Anja Kruke (Hg.): *Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert*. Bonn 2006, S. 199–206, hier S. 204.
- 4 <[www.dzm-museum.de](http://www.dzm-museum.de)>.
- 5 Stadt Nürtingen (Hg.): *Im Schwabenland eine neue Heimat gefunden. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen im Altkreis Nürtingen*. Kata-

- log zur Ausstellung anlässlich der Heimattage Baden-Württemberg 1989 in Nürtingen. Nürtingen 1989, S. 152.
- 6 Elisabeth Pfeil: *Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende*. Hamburg 1948, S. 138.
  - 7 Utz Jeggle: »Kaldaunen und Elche. Kulturelle Sicherungssysteme bei Heimatvertriebenen«, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Marita Krauss (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 395–407, hier S. 396.
  - 8 Elisabeth Fendl: »Der Rückgriff auf die alte Heimat als Maßstab der Integration«, in: Haus der Heimat (Hg.): *Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995*. Filderstadt 1996, S. 3–93, hier S. 89.
  - 9 Ebd., S. 91.
  - 10 Albrecht Nestle: »Der ruhelose Ritter von Neugablonz. Geschichte eines Denkmals«, in: Christel Köhle-Hezinger (Hg.): *Neue Siedlungen – Neue Fragen. Eine Folgestudie über Heimatvertriebene in Baden-Württemberg – 40 Jahre danach*. Tübingen 1995, S. 180–185.
  - 11 Dagmar Kift (Hg.): *Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder*. Essen 2005, S. 164.
  - 12 Alfred Karasek-Langer: »Volkskundliche Erkenntnisse aus der Vertreibung und Eingliederung der Ostdeutschen«, in: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen* 1 (1955), S. 11–65, hier S. 46.
  - 13 Klaus Seiler: *Barackenkind. Vier Jahre Flüchtlingslager 1947–1951*. Berlin 2004, S. 66.
  - 14 W. F. Leopold: »Ostdeutsche Speisennamen in Westdeutschland«, in: *Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 9 (1962), S. 56–76, hier S. 61.
  - 15 Hans-Georg Schmeling: »Werktags- und Sonntagskost nach Vertreibung, Flucht und Neueingliederung«, in: *Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 14 (1967), S. 90–109, hier S. 96.
  - 16 Herbert Schwedt: »Die Groß-Siedlung Giebel bei Stuttgart. Fragen und Ergebnisse einer neuen Feldforschung«, in: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen* 4 (1958), S. 190–205, hier S. 200.
  - 17 Ulrich Tolksdorf: »Essen und Trinken in alter und neuer Heimat, Zur Frage des Geschmacks-Konservatismus«, in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 21 (1978), S. 341–364, hier S. 346ff.
  - 18 Ebd., S. 358.
  - 19 Hans Glatzel: *Verhaltensphysiologie der Ernährung. Beschaffung – Brauchtum – Hunger – Appetit*. München/Berlin/Wien 1973, S. 241, zitiert nach Ulrich Tolksdorf: »Essen und Trinken in alter und neuer Heimat«, a.a.O., S.342.
  - 20 Ebd., S. 345.

## Unbewältigter Schmerz

- 1 Katarzyna Tuszyzna: »Überraschende Verwandtschaft. Familie der Kanzlerin Angela Merkel stammt mütterlicherseits aus dem heutigen Polen«, in: *Hessisch-Niedersächsische Allgemeine* (17. März 2007).
- 2 Thomas Urban: »Stolz von Oberschlesien. Der Vater von Miroslav Klose will nur eines nicht: als Pole gelten«, in: *Süddeutsche Zeitung* (27. Juni 2006).
- 3 Alexander und Margarete Mitscherlich: *Die Unfähigkeit zu trauern*. München 1967, S. 111.
- 4 Hermann Rudolph: »Das Ende eines deutschen Tabus«, in: *Der Tagespiegel* (11. April 2002).
- 5 Günter Grass: *Im Krebsgang*. Göttingen<sup>7</sup>2002, S. 31.
- 6 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7036, Dezember 2002, zitiert nach Thomas Petersen: *Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung*. Bonn 2005, S. 30.
- 7 Astrid von Friesen. *Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die 2. Generation deutscher Vertriebener*. Gießen<sup>3</sup>2006, S. 13.
- 8 Ebd., S. 31f.
- 9 Bertram von der Stein: »Charakteristische Abwehrformen bei Kindern von Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten«, in: *Psychozoial* 26 (2003), S. 67–72, hier S. 69.
- 10 Uwe Langendorf: »Heimatvertreibung – Das stumme Trauma. Spätfolgen von Vertreibung in der zweiten Generation«, in: *Analytische Psychologie* 136 (2004), S. 207–223, hier S. 210f.
- 11 Peter Heinl: »Maikäfer flieg, dein Vater ist im Krieg...«. *Seelische Wunden aus der Kriegskindheit*. Kempten<sup>4</sup>2003, S. 18f.
- 12 Frauke Teegen/Verena Meister: »Traumatische Erfahrungen deutscher Flüchtlinge am Ende des II. Weltkrieges und heutige Belastungsstörungen«, in: *Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie* 13 (2000), S. 112–124, hier S. 116.
- 13 Ebd., S. 112–124.
- 14 Ebd., S. 116.
- 15 Ebd., S. 113.
- 16 Ebd., S. 114.
- 17 Ebd., S. 119.
- 18 Ebd., S. 117.
- 19 Uwe Langendorf: »Heimatvertreibung – Das stumme Trauma«, a.a.O., S. 214.
- 20 Astrid von Friesen: *Der lange Abschied*, a.a.O., S. 54.
- 21 Petra Reski: *Ein Land so weit*. München 2002, S. 25f.

- 22 Uwe Langendorf: »Heimatvertreibung – Das stumme Trauma«, a.a.O., S. 209.
- 23 Karin Steinberger: »Eine Flucht, die niemals endet. Vertriebene in der dritten Generation: »Es ist wie ein Leben auf fremden Schienen«, in: *Süddeutsche Zeitung* (20. April 2005).
- 24 Astrid von Friesen: *Der lange Abschied*, a.a.O., S. 102.
- 25 Reinhard Jirgl: *Die Unvollendeten*. München 2007, S. 227.
- 26 Uwe Langendorf: »Heimatvertreibung – Das stumme Trauma«, a.a.O., S. 213.
- 27 Albrecht Lehmann: »Erinnern und Vergleichen. Flüchtlingsforschung im Kontext heutiger Migrationsbewegungen«, in: Kurt Dröge (Hg.): *Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. Beiträge zur Volkskunde der Deutschen im und aus dem östlichen Europa*. München 1995, S. 15–30, hier S. 21.
- 28 Günter Jerouschek: »Vertreibungsschicksale in Psychoanalysen«, in: Helmut Radebold (Hg.): *Psychosozial 92. Kindheit im II. Weltkrieg und ihre Folgen*. Gießen 2003, S. 45–50.
- 29 Ebd., S. 45.
- 30 Uwe Langendorf: »Heimatvertreibung – Das stumme Trauma«, a.a.O., S. 213.
- 31 Katharina Eisch: »»Doch die Erinnerung, die bleibt mir stets gewiß«. Bilder und Inszenierungen der verschlossenen Böhmerwald-Heimat«, in: Elisabeth Fendl (Hg.): *Zur Ikonographie des Heimwehs. Erinnerungskultur von Heimatvertriebenen*. Freiburg 2002, S. 29–54, hier S. 46.
- 32 Sabine Bode: *Die vergessene Generation. Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen*. München 2006, S. 26.
- 33 Petra Reski: *Meine Mutter und ich*. München 2005, S. 118.
- 34 Richard von Weizsäcker: *Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages*. Bonn 1985, S. 9.
- 35 »»Stichwort Oder-Neiße«. Der Weg der Vernunft zwischen den unheilvollen Extremen. Hamburg, im April 1959«, in: Marion Gräfin Dönhoff: *Weit ist der Weg nach Osten. Berichte und Betrachtungen aus fünf Jahrzehnten*. Gütersloh 1985, S. 71.
- 36 Fritz Stern: »Anstelle eines Nachworts. Verlorene Heimat«, in: Klaus Bachmann/Jerzy Kranz (unter Mitarbeit von Jan Obermeier): *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*. Bonn 1998, S. 297–304, hier S. 298.
- 37 Bernhard Schlink: *Heimat als Utopie*. Frankfurt am Main 2000, S. 32.
- 38 So auch Bundespräsident Horst Köhler in seiner Rede beim Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen am 2. September 2006 in Berlin, in: *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 71-1 vom 2. September 2006.
- 39 Christoph Hein: *Landnahme*. Frankfurt am Main 2005, S. 35.



- 40 Alfred Heuß: *Versagen und Verhängnis. Vom Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses*. Berlin 1984, S. 208f.
- 41 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 7036, Dezember 2002, zitiert nach Thomas Petersen: *Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung*. Bonn 2005, S. 30.
- 42 »Was wird aus den Heimatsammlungen? Zukunftsperspektiven für die historisch-ostdeutschen Heimatmuseen und Heimatstuben in Deutschland und für die dort verwahrten Sammlungen und Archivbestände. Eine Information des Bundesinstituts für Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Oldenburg«. *Silesia Newsletter* Nr. 43 (10/2006).
- 43 Kulturpolitische Korrespondenz, 7. Mai 1970, zitiert nach Manfred Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen. Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)*. München 2007, S. 107.
- 44 Gert Heidenreich: *Thomas Gottschalk. Die Biographie*. München 2004, S. 24.

### Kalte Heimat

- 1 Ralph Giordano: »Ein Herz für den geschlagenen Feind. Die Vertriebenenverbände haben deutsche Schuld oft verdrängt. Das ist aber kein Grund, das Verbrechen der Vertreibung zu verschweigen«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (13. Juli 2003).
- 2 Ralph Giordano: »Codewort Empathie«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (30. Juli 2004).
- 3 Zitiert nach Thomas Urban: *Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert*. München 2004, S. 14.
- 4 Achatz von Müller: »Volk der Täter, Volk der Opfer. Deutschland auf dem Weg zur Selbstversöhnung: Was haben die Erinnerung an den Bombenkrieg, ein Zentrum gegen Vertreibungen und die Reform des Sozialstaats miteinander zu tun?«, in: *Die Zeit* (23. Oktober 2003).
- 5 Natan Sznaider und Günther Jacob: »Die Lust am eigenen Leid«, in: *Tagesszeitung* (14. August 2003).
- 6 Samuel Salzborn: »Kollektive Unschuld. Deutsche als Opfer. Anmerkungen zu Funktion und Intention der neuen Debatte um Flucht und Vertreibung«, in: *Freitag* (26. April 2002).
- 7 Textauszug aus der am 11. November 1965 in der ARD ausgestrahlten Sendung in: BAK B 150, Fiche 3339, Bl. 255–257, zitiert nach Manfred Kittel: *Vertreibung der Vertriebenen. Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961–1982)*. München 2007, S. 28.
- 8 »Schweineerei«, in: *Deutscher Ostdienst* Nr. 21/22 (1970), S. 16f.

- 9 Norman M. Naimark: »Strategische Argumente«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (21. Januar 2004).
- 10 Erika Steinbach: »Ein kaltes Herz bleibt gegen jedermann kalt. Das Sonderopfer der Vertriebenen lässt sich nicht mit Geld aufwiegen«, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (3. Oktober 2004).
- 11 Peter Glotz: »Wider den Nationalismus«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11. November 2003).
- 12 Rede Joachim Gauck, in: Zentrum gegen Vertreibungen (Hg.): *Erzwungene Wege. Flucht und Vertreibung in Europa des 20. Jahrhunderts*. Ausstellungskatalog. Berlin 2006, S. 18–21.
- 13 Michael Schwartz: »Dürfen Vertriebene Opfer sein?«, in: *Deutschland-Archiv* 38 (2005), S. 494–505, hier S. 497.
- 14 Ebd., S. 500.
- 15 »Ohne Angst und ohne Träumereien: Gemeinsam in Deutschland leben«. Berliner Rede von Bundespräsident Johannes Rau im Haus der Kulturen der Welt am 12. Mai 2000, in: <[www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews/Berliner-Reden](http://www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews/Berliner-Reden)>.
- 16 Michael Schwartz: »Dürfen Vertriebene Opfer sein?«, a.a.O., S. 501.
- 17 »Staatspräsident entschuldigt sich bei vertriebenen Schwaben«, in: *Neue Zeitung – Ungarndeutsches Wochenblatt* (3. Juni 2006).
- 18 Karl-Peter Schwarz: »Summarische Abrechnung«. Kroatien und die Vertreibung der Italiener«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (13. Februar 2007), sowie Karl-Peter Schwarz: »Ein Lob dem Revisionismus«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (16. Februar 2007).
- 19 »Mythos der Heimkehr. Das Grenzdurchgangslager Friedland«, in: Wilfried F. Schoeller: *Deutschland vor Ort. Geschichten. Mythen, Erinnerungen*. München/Wien 2005, S. 296–311, hier S. 307f.
- 20 Zitiert nach Andreas Ehrhardt: »Wie lästige Ausländer...«. *Flüchtlinge und Vertriebene in Salzgitter 1945–1953*. Salzgitter 1993, S. 27.
- 21 Karl Schlögel: »Wie europäische Erinnerung an Umsiedlung und Vertreibungen aussehen könnte«, in: Anja Kruke (Hg.): *Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert*. Bonn 2006, S. 49–67, hier S. 63.

# Ausgewählte Literatur

Vertreibung und Vertriebene waren seit 1945 ein politisch hochemotionales Thema. Daher spiegeln auch die Forschungen unterschiedliche Standpunkte wider, nicht frei von Instrumentalisierungsversuchen und mitunter auch von heftiger Polemik durchsetzt. Dennoch stellen sie in ihrer manchmal befremdlichen Rhetorik und ihrem rechthaberischem Anspruch Zeugnisse ihrer Zeit dar. Die Auswahlbibliographie kann nur einen Bruchteil der existierenden Literatur aufnehmen. Daher versteht sie sich einzig als Impulsgeber für eine weitergehende Beschäftigung mit dem Thema (auf die Nennung von Reihenangaben wird verzichtet).

## Flucht und Vertreibung

- Aly, Götz: «Das Jahrhundert der Vertreibung. Plädoyer für die Überwindung der geteilten Optik», in: Karl-Peter Krauss (Hg.): *Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945* b<sup>TM</sup> Filderstadt 1996, S. 9-19.
- Aust, Stefan/Stephan Burgdorff (Hgg.): *Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*. München 2005.
- Benz, Wolfgang (Hg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen*. Frankfurt am Main 1985.
- Borodziej, Wlodzimierz/Hans Lemberg (Hgg.): «Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden». *Die Deutschen östlich von Oder und Neisse 1945-1950*. Dokumente aus polnischen Archiven. Marburg 2000-2004 [4 Bände].
- Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*. Bearbeiter Theodor Schieder. München 1984 [5 Bände].
- Donauschwäbische Kulturstiftung (Hg.): *Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien*. München 1992-1994 [3 Bände].
- Faulenbach, Bernd: «Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neisse. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52/51-52 (2002), S. 44-54.
- Franzen, Erik K.: *Die Vertriebenen. Hitlers letzte Opfer*. München 2002.

- Glötz, Peter: *Die Vertreibung. Böhmen als Lehrstück*. Berlin 2004.
- Hirsch, Helga: *Die Rache der Opfer. Deutsche in polnischen Lagern 1944-1950*. Reinbek 1999.
- Hirsch, Helga: «Flucht und Vertreibung. Kollektive Erinnerungen im Wandel», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 40-41 (2003), S. 14-26.
- Kittel, Manfred/Horst Möller: «Die Benes-Dekrete und die Vertreibung der Deutschen im europäischen Vergleich», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 4 (2006), S. 541-581.
- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): *Vertreibung und Vertriebensverbrechen 1945-1948. Bericht des Bundesarchivs vom 28. Mai 1974. Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte*. Bonn 1989.
- Naimark, Norman M.: *Flammender Hass. Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert*. München 2004.
- Overmans, Rüdiger: «Personelle Verluste der deutschen Bevölkerung durch Flucht und Vertreibung», in: *Dzieje Najnowsze* 26 (1994), S. 51-63.
- Theisen, Alfred: «Die Vertreibung der Deutschen – Ein unbewältigtes Kapitel europäischer Zeitgeschichte», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 7-8 (1995), S. 20-33.
- Toth, Agnes: *Migrationen in Ungarn 1945-1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch*. München 2001.
- Urban, Thomas: *Der Verlust. Die Vertreibung der Deutschen und Polen im 20. Jahrhundert*. München 2004.
- Zayas, Alfred de: *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen*. München<sup>3</sup> 198 5.

### **Allgemein: Vertriebene im Nachkriegsdeutschland**

- Ackermann, Volker: *Der «echte» Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945-1961*. Osnabrück 1995.
- Ahonen, Pertti: *After the Expulsion: West Germany and Eastern Europe 1945-1990*. Oxford 2003.
- Bade, Klaus J. (Hg.): *Neue Heimat im Westen. Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler*. Münster 1990.
- Bade, Klaus J. (Hg.): *Fremde im Land: Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg*. Osnabrück 1997.
- Bauer, Franz J.: «Zwischen 'Wunder' und Strukturzwang. Zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Bundesrepublik Deutschland», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32 (1987), S. 21-33.
- Beer, Mathias/Martin Kintzinger/Marita Krauss (Hgg.): *Migration und Integration. Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel*. Stuttgart 1997-

- Dahm, Christoph/Hans-Jakob Tebarth: *Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Vertriebenen. Fünfzig Jahre Eingliederung, Aufbau und Verständigung mit den Staaten des östlichen Europa*. Bonn 2000.
- Eberl, Immo: *Flucht – Vertreibung – Eingliederung. Baden-Württemberg als neue Heimat*. Stuttgart 1993.
- EMNID GmbH (Hg.): *Rückkehrwille der Heimatvertriebenen aus den Oder-Neisse-Gebieten (August 1961-März 1962)*. Spezialerhebung, Bielefeld 1962.
- Erker, Paul: «Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel», in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hgg.): *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*. München 1990, S. 367-425.
- Frantziach, Marion: *Die Vertriebenen. Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin 1987.
- Frohn, Axel: «Adenauer und die deutschen Ostgebiete in den fünfziger Jahren», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 44 (1996), S. 485-526.
- Frömel, Johann Heinrich: *Die sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Vertriebenenverbände 1945-1969. Vom Konsens zum Dissens*. Bonn 1999.
- Grebing, Helga: *Flüchtlinge und Parteien in Niedersachsen. Eine Untersuchung der politischen Meinungs- und Willenbildungsprozesse während der ersten Nachkriegszeit 1945-1952/55*. Hannover 1990.
- Grosser, Christiane: *Flüchtlingsfrage – das Zeitproblem. Amerikanische Besatzungspolitik, deutsche Verwaltung und die Flüchtlinge in Württemberg-Baden 1945-1949*. Mannheim 1993.
- Grosser, Thomas/Sylvia Schraut (Hgg.): *Flüchtlinge und Heimatvertriebene in Württemberg-Baden nach dem Zweiten Weltkrieg. Dokumente und Materialien zu ihrer Aufnahme und Eingliederung*. Bd.i: *Besatzungspolitische, administrative und rechtliche Rahmenbedingungen (1945-1949)*. Mannheim 1998.
- Grosser, Thomas: *Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945-1961)*. Stuttgart 2006.
- Grosser, Thomas: «Von der freiwilligen Solidar- zur verordneten Konfliktgemeinschaft. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in der deutschen Nachkriegsgesellschaft im Spiegel neuer zeitgeschichtlicher Untersuchungen», in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 65-85.
- Harendel, Ulrike: «Die Politik der 'Eingliederung' in den Westzonen und der Bundesrepublik Deutschland. Das Flüchtlingsproblem zwischen Grundsatzentscheidungen und Verwaltungspraxis», in: Dierk Hoffmann/ Marita Krauss/ Michael Schwartz (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 109-133.

- Hoffmann, Dierk/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000.
- Jolies, Hiddo M.: *Zur Soziologie der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge*. Köln 1965.
- Kift, Dagmar (Hg.): *Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder*. Essen 2005.
- Kittel, Manfred: *Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik (1961-1982)*. München 2007.
- Kogelfranz, Siegfried (Hg.): *Die Vertriebenen*. Reinbek 1985.
- Lehmann, Albrecht: *Im Fremden ungewollt zuhaus: Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1960*. München 1991.
- Lemberg, Eugen/Friedrich Edding (Hgg.): *Die Vertriebenen in Westdeutschland*. Kiel 1959 [3 Bände].
- Lemberg, Eugen/Lothar Krecker (Hgg.): *Die Entstehung eines neuen Volkes aus Binnendeutschen und Ostvertriebenen. Untersuchungen zum Strukturwandel von Land und Leuten unter dem Einfluss des Vertriebenen-Zustroms*. Marburg 1950.
- Lüttinger, Paul: «Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971», in: *Zeitschrift für Soziologie* 15 (1986), S. 20-36.
- Lüttinger, Paul (unter Mitwirkung von R. Rossmann): *Integration der Vertriebenen. Eine empirische Analyse*. Frankfurt am Main/New York 1989.
- Martin, Hans-Werner: «... nicht spurlos aus der Geschichte verschwunden». *Wenzel Jaksch und die Integration der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD nach dem II. Weltkrieg (1945-1949)*. Frankfurt am Main 1996.
- Mensing, Hans-Peter (Hg.): *Konrad Adenauer im Briefwechsel mit Flüchtlingen und Vertriebenen*. Bonn 1999.
- Merkatz, Hans-Joachim von (Hg.): *Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene/Flüchtlinge/Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration*. Düsseldorf 1979.
- Messerschmidt, Rolf: «Wenn wir nur nicht lästig fallen ...». *Aufnahme und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Hessen (1945-1955)*. Frankfurt am Main 1991 [Dokumentensammlung].
- Messerschmidt, Rolf: *Aufnahme und Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hessen 1945-1950. Zur Geschichte der hessischen Flüchtlingsverwaltung*. Wiesbaden 1994.
- Mösslang, Markus: *Flüchtlingslehrer und Flüchtlingshochschullehrer. Eine Studie zur Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen im bayerischen Bildungswesen 1945-1961*. München 2002.

- Mühlen, Heinrich von zur (Hg.): *Bausteine oder Dynamit? Leistung und Förderung der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland*. Bielefeld 1974.
- Müller, Karl Valentin: *Heimatvertriebene Jugend. Eine soziologische Studie zum Problem der Sozialtätigkeit des Nachwuchses der heimatvertriebenen Bevölkerung*. Kitzingen 1956.
- Müller-Handl, Utta: «Die Gedanken laufen oft zurück...». *Flüchtlingsfrauen erinnern sich an ihr Leben in Böhmen und Mähren und an den Neuanfang in Hessen nach 1945*. Wiesbaden 1993.
- Neuhoff, Hans: *Die deutschen Vertriebenen in Zahlen*. Bonn 1977.
- Neumann, Franz: *Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten 1950-1960: Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur einer politischen Interessenpartei*. Meisenheim am Glan 1968.
- Pellengahr, Astrid/Helge Gerndt: *Vereinswesen als Integrationsfaktor – Eine Fallstudie zur Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Bayern nach 1945*. München 2005.
- Pfeil, Elisabeth: *Der Flüchtling. Gestalt einer Zeitenwende*. Hamburg 1948.
- Reichling, Gerhard: *Die deutschen Vertriebenen in Zahlen*. Teil 1: *Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985*; Teil 2: *40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland*. Bonn 1986 und 1989.
- Schildt, Axel/Arnold Sywottek (Hgg.): *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*. Bonn 1998.
- Schlau, Wilfried: *Die Ostdeutschen. Eine dokumentarische Bilanz 1945-1995*. München 1996.
- Schmidt, Ute: *Die Deutschen aus Bessarabien. Eine Minderheit aus Südosteuropa (1814 bis heute)*. Köln/Weimar/Wien<sup>3</sup>2006.
- Schraut, Sylvia/Thomas Grosser (Hgg.): *Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft*. Mannheim 1996.
- Schraut, Sylvia: *Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945-1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt*. München 1995.
- Schulze, Rainer/Reinhard Rohde/Rainer Voss (Hgg.): *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-) Deutschland 1945-2000*. Osnabrück 2001.
- Schulze, Rainer/Doris von der Brelie-Lewien/Helga Grebing (Hgg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für zukünftige Forschungsarbeit*. Hildesheim 1987.
- Schulze, Rainer: «'Wenn von beiden Seiten eine gute Erziehung vorhanden ist und etwas Nachgiebigkeit, dann geht es schon'. Zur Rolle der Flüchtlinge und Vertriebenen in der (west)deutschen Nachkriegsgeschichte. Ein Tagungsbericht mit einem bibliographischen Anhang», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 32 (1989), S. 385-404.

- Schwartz, Michael: «'Zwangsheimat Deutschland'. Vertriebene und Kernbevölkerung zwischen Gesellschaftskonflikt und Integrationspolitik», in: Klaus Naumann (Hg.): *Nachkrieg in Deutschland*. Hamburg 2001, S. 114-148. Sonderheft «Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen und ihre Integration», in: *Deutsche Studien* 23 (1995).
- Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.): *Flucht – Vertreibung – Integration*. Bonn/Bielefeld 2005 [Ausstellungskatalog].
- Uliczka, Monika: *Berufsbiographie und Flüchtlingschicksal: VW-Arbeiter in der Nachkriegszeit*. Hannover 1993.

## Lokale Studien

- Arndt, Klemens: «Flüchtlinge und Vertriebene in Passau im Spiegel der Wahlen. 'Aus den Berichten der Passauer Neuen Presse'», in: *Ostbairische Grenzmarken* 33 (1991), S. 184-193.
- Autze, Rajan: *Treibgut des Krieges. Flüchtlinge und Vertriebene in Berlin 1945*. Berlin 2001.
- Bade, Klaus J./Hans-Bernd Meier/Bernhard Parisius (Hgg.): *Zeitzeugen im Interview. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Osnabrück*. Osnabrück 1997.
- Baha, Norbert: *Wiederaufbau und Integration. Die Stadt Delmenhorst nach 1945. Eine Fallstudie zur Problematik von Stadtentwicklung und Vertriebenenengliederung*. Delmenhorst 1983.
- Bauer, Franz J.: *Flüchtlinge und Flüchtlingspolitik in Bayern 1945-1950*. Stuttgart 1982.
- Bauer, Franz J.: «Der Bayerische Bauernverband, die Bodenreform und das Flüchtlingsproblem 1945-1951», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31(1983), s. 443-482.
- Becker, Ortrud: *Geflüchtet-Vertrieben-Aufgenommen. Heimatvertriebene im Kreis Gross-Gerau*, hg. vom Bund der Vertriebenen, Kreisverband Gross-Gerau. Griesheim 1990.
- Beer, Mathias/Paula Lutum-Lenge (Hg.): *Fremde Heimat. Das Lager Schlotwiese nach 1945*. Stuttgart/Tübingen 1995.
- Bradatsch, Walter/Hansgeorg Lobel: *Neue Heimat in Niedersachsen. Zur Geschichte der Vertriebenen in unserem Lande*. Alfeld 1979.
- Brelie-Lewien von der, Doris: «Dann kamen die Flüchtlinge». *Der Wandel des Landkreises Fallingb. vom Rüstungszentrum im «Dritten Reich» zur Flüchtlingshochburg nach dem Zweiten Weltkrieg*. Hildesheim 1990.
- Brosius, Dieter: *Flüchtlinge im nordöstlichen Niedersachsen 1945-1948*. Hildesheim 1985.



- Carstens, Uwe: «Strohsack und Kekssuppe. Flüchtlinge und Vertriebene in Flensburg», in: Broder Schwensen (Hg.): *Lange Schatten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg*. Flensburg 2000, S. 157-209.
- Carstens, Uwe: *Die Flüchtlingslager der Stadt Kiel. Sammelunterkünfte als desintegrierender Faktor der Flüchtlingspolitik*. Marburg 1992.
- Edding, Friedrich: *Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein*. Berlin 1955.
- Ehrhardt, Andreas: «Wie lästige Ausländer...». *Flüchtlinge und Vertriebene in Salzgitter 1945-1953*. Salzgitter 1991.
- Eiynck, Andreas (Hg.): *Alte Heimat – Neue Heimat. Flüchtlinge und Vertriebene im Raum Lingen nach 1945*. Lingen 1997.
- Eilenrieder, Stefan: «Wohnverhältnisse von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in München in der Nachkriegszeit», in: *Oberbayerisches Archiv* 120(1996), S. 317-390.
- Endres, Rudolf (Hg.): *Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945*. Köln/Weimar/Wien 1998.
- Engbring-Romang, Udo: «Flüchtlinge, Vertriebene und 'Neubürger' in Marburg um das Jahr 1950», in: Benno Hafenegger (Hg.): *Marburg in den Nachkriegsjahren*. Marburg 2000, S. 245-257.
- Erker, Paul: *Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarischen Region Mittelfrankens 1945-1955*. Wiesbaden 1988.
- Esenwein-Rothe, Ingeborg: *Die Eingliederung der Flüchtlinge in die Stadtstaaten Bremen und Hamburg*. Berlin 1955.
- Exner, Peter: «Integration oder Assimilation? Vertriebeneneingliederung und ländliche Gesellschaft – eine sozialgeschichtliche Mikrostudie am Beispiel westfälischer Landgemeinden», in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hgg.): *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in derSBZ/DDR*. München 1999, S. 57-88.
- Fassl, Peter (Hg.): *Trauer und Zuversicht. Literatur der Heimatvertriebenen in Bayern*. Katalog zur Ausstellung des Bezirks Schwaben in Zusammenarbeit mit der Stadt Augsburg 1995 im Augsburger Rathaus. Bezirk Schwaben 1995.
- Fiegen, Angelika: *Geschichte und Gegenwart. Bund der Vertriebenen (BdV). Ortsverbände und Landsmannschaften in Salzgitter*. Salzgitter 2005.
- Fleischhauer, Guido: *Vom Neubürger zum Heilbronner. Die Eingliederung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen im Stadtkreis Heilbronn nach dem Zweiten Weltkrieg*. Heilbronn 1992.
- Fox, Angelika: *Flüchtlinge und Vertriebene im Landkreis Fürstfeldbruck. Aspekte ihrer Eingliederung seit 1945*. Fürstfeldbruck 1998.
- Gesellschaft für ostdeutsche Kulturarbeit e.V. (Hg.): *Neuanfang in Münster. Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in Münster von 1945 bis heute*. Münster 1996.

- Glensk, Evelyn: *Die Aufnahme und Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Hamburg 1945-1953*. Hamburg 1994.
- Grieser, Helmut: *Die ausgebliebene Radikalisierung. Zur Sozialgeschichte der Kieler Flüchtlingslager im Spannungsfeld von sozialdemokratischer Landespolitik und Stadtverwaltung 1949-1950*. Wiesbaden 1980.
- Herbers, Bernhard/Wilhelm Rüländer/Heinz Struckmann: «Beitrag zur Geschichte der Vertriebenen und Flüchtlinge in Haselünne nach dem Zweiten Weltkrieg», in: *Emsländische Geschichte*, Bd. 7 (1998), S. 63-80.
- Hoffmann, Frank: «Flüchtlinge und Einheimische. Beobachtungen in Velbert nach 1945», in: *Geschichte im Westen* 6 (1991), S. 162-172.
- Hufschmidt, Anke: «... und dann blieben wir doch». *Flüchtlinge und Vertriebene in Lippe 1945-1953*. Detmold 1994.
- Jandl, Hans: *Flüchtlinge und Heimatvertriebene im Rheingau-Taunus-Kreis: Flucht und Vertreibung, Aufnahme und Unterbringung, Prozess der Eingliederung*. Bad Schwalbach 1990.
- Jessen-Klingenberg, Manfred: «'In allem widerstrebt uns dieses Volk'. Rassistische und fremdenfeindliche Urteile über die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein 1945-1946», in: Karl Heinrich Pohl (Hg.): *Regionalgeschichte heute. Das Flüchtlingsproblem in Schleswig-Holstein nach 1945*. Bielefeld 1997, S. 81-98.
- Klatt, Martin: «Ein schleswigisches Volk. Das nationale Selbstverständnis der dänischen Minderheit und ihr Bild vom «Deutschem unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg», in: Gerhard Paul/B. Schwenser/Paul Wulf (Hgg.): *Lange Schatten*. Flensburg 2000, S. 287-310.
- Krauss, Karl-Peter (Hg.): *Angekommen! Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945-1995*. Stuttgart 1996.
- Krug, Martina/ Karin Mundhenke: *Flüchtlinge im Raum Hannover und in der Stadt Hameln 1945-1952*. Hildesheim 1988.
- Landkreis Ludwigsburg (Hg.): *Die Eingliederung der Vertriebenen im Landkreis Ludwigsburg. Ein Rückblick auf vier Jahrzehnte seit 1945*. Ludwigsburg 1986.
- Lüttig, Andreas: *Fremde im Dorf. Flüchtlingsintegration im westfälischen Wewelsburg 1945-1958*. Essen 1993.
- Oberpenning, Hannelore: «Arbeit, Wohnung und eine neue Heimat ...»: *Espelkamp – Geschichte einer Idee*. Essen 2002.
- Obst, Carsten: «Die Flüchtlings- und Vertriebenenproblematik in Neumünster 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Bewältigung dieser Problematik auf kommunaler Ebene in Schleswig-Holstein», in: *Jahrbuch für osdeutsche Volkskunde* 32 (1989), S. 206-246.
- Parisius, Bernhard: *Viele suchten sich ihre neue Heimat selbst. Flüchtlinge und Vertriebene im westlichen Niedersachsen*. Aurich 2004.

- Piegsa, Bernhard: «'Zigeuner', 'Neubürger', Entwicklungshelfer'. Schlaglichter auf Ankunft und Aufnahme der Heimatvertriebenen in Bayern 1945 bis 1950 am Beispiel der Oberpfalz», in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung* 60 (2000), S. 745-785.
- Raillard, Susanne: «Flüchtlinge und Vertriebene in Bonn 1945-1952», in: *Bonner Geschichtsblätter* 51/52 (2002), S. 355-436.
- Riecken, Andrea: *Migration und Gesundheitspolitik. Flüchtlinge und Vertriebene in Niedersachsen 1945-1955*. Göttingen 2006.
- Schier, Siegfried: *Die Aufnahme und Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Hansestadt Lübeck. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende der 50er Jahre*. Lübeck 1982.
- Seggern, Andreas von: *Grossstadt wider Willen. Zur Geschichte der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in der Stadt Oldenburg nach 1944*. Münster 1997.
- Sommer, Michael: *Flüchtlinge und Vertriebene in Rheinland-Pfalz. Aufnahme, Unterbringung und Eingliederung*. Mainz 1990.
- Stielcke, Michael: *Vertriebene und Flüchtlinge in Neuss 1945-1961*. Neuss 1992.
- Trautmann, Ansgar und Markus: *Die Vertriebenen in Vreden und Ammeloe*. Vreden 1988.
- Volkmann, Rolf: «Das Flüchtlings- und Vertriebenenlager Mariental. Seine Entwicklung und Bedeutung für die Nachkriegsgeschichte», in: *Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 80 (1999), S. 195-212.
- Wagner, Helmut: *Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz*. Berlin 1956.
- Weiber, Uwe: *Flüchtlingsituation und Flüchtlingspolitik. Untersuchungen zur Eingliederung der Flüchtlinge in Bremen (1945-1961)*. Bremen 1998.
- Weiber, Uwe: *Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in Bremerhaven 1945 bis 1960*. Bremerhaven 1992.
- Wilms, Gunhild: *Wendlingen am Neckar im Zeichen des Zustroms von Flüchtlingen und Vertriebenen 1945-1949*. Wendlingen 1989.
- Wissel, Manfred: «Demokratie und Integration. Flüchtlinge und Vertriebene in Schleswig-Holstein 1945-1950», in: Göttrik Wewer (Hg.): *Demokratie in Schleswig-Holstein. Historische Aspekte und aktuelle Fragen*. Opladen 1998, S. 247-287.
- Zappel, Albrecht (Hg.): *Flüchtlinge und Vertriebene in Leverkusen. Aufnahme und Integration, zur Geschichte der Stadt und des Kreises*. Leverkusen 2000.

## Lastenausgleich

- Erker, Paul (Hg.): *Rechnung für Hitlers Krieg. Aspekte und Probleme des Lastenausgleichs*. Heidelberg 2004.
- Hughes, Michael L.: «Lastenausgleich unter Sozialismusverdacht. Amerikanische Besorgnisse 1945-1949», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 39 (1991), S. 37-53.
- Nahm, Peter Paul: *Der Lastenausgleich*. Stuttgart 1967.
- Nahm, Peter Paul: *Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wirkungen der Vertreibung auf die Gemeinden der Bundesrepublik*. Mannheim 1954-
- Präsident des Bundesausgleichsamtes (Hg.): *Fünfzig Jahre Lastenausgleichsgesetz. Bilanz einer einmaligen Solidarleistung des deutschen Volkes*. Bad Homburg v. d. Höhe 2002.
- Ringsdorff, Ulrich: «Die Bestände des Lastenausgleichsarchivs», in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 421-426.
- Schillinger, Reinhold: *Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich 1945 bis 1952*. Sankt Katharinen 1985.
- Wiegand, Lutz: *Der Lastenausgleich in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1985*. Frankfurt am Main 1992.
- Wiesemann, Falk/Uwe Kleinert: «Flüchtlinge und wirtschaftlicher Wiederaufbau in der Britischen Besatzungszone», in: Dietmar Petzina/Walter Euchner (Hgg.): *Wirtschaftspolitik im britischen Besatzungsgebiet 1945-1949*. Düsseldorf 1984, S. 297-326.

## Vertriebenenverbände und Landsmannschaften

- Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hg.): *In der Obhut Bayerns. Sudeten- und ostdeutsche Patenschaften im Freistaat Bayern*. München 1989.
- Bösch, Frank: «Die politische Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen und ihre Einbindung in die CDU», in: Rainer Schulze/Reinhard Rohde/ Rainer Voss (Hgg.): *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West-) Deutschland 1945-2000*, Osnabrück 2001, S. 107-125.
- Bund der Vertriebenen (Hg.): *Handbuch. Bund der Vertriebenen. Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände*. Bonn<sup>3</sup>1996.
- Czaja, Herbert: *Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik*. Frankfurt am Main 1997.

- Faehndrich, Jutta: «Erinnerungskultur und Umgang mit Vertreibung in Heimatbüchern deutschsprachiger Vertriebener», in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung* 52 (2003), S. 191-229.
- Fisch, Bernhard: «Wir brauchen einen langen Atem». *Die deutschen Vertriebenen 1990-1999. Eine Innenansicht*. Jena/Plauen/Quedlinburg 2001.
- Flach, Werner/Christa Kouschil: *Kreuzritter in Trachten. Organisierter Revanchismus und seine Macher*. Leipzig/Jena/Berlin 1984.
- Frantziuch, Marion/Odo Ratza/Günter Reichert (Hgg.): *40 Jahre Arbeit für Deutschland – die Vertriebenen und Flüchtlinge*. Ausstellungskatalog. Frankfurt am Main/Berlin 1989 [Bonn 21991].
- Gaida, Hans-Jürgen: *Die offiziellen Organe der ostdeutschen Landsmannschaften. Ein Beitrag zur Publizistik der Heimatvertriebenen in Deutschland*. Berlin 1973.
- Herde, Georg/Stolze, Alexa: *Die Sudetendeutsche Landsmannschaft. Geschichte, Personen, Hintergründe – eine kritische Bestandsaufnahme*. Köln 1987.
- Hupka, Herbert: *Unruhiges Gewissen. Ein deutscher Lebenslauf. Erinnerungen*. München 1994.
- Imhof, Michael: *Die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Organisation und gesellschaftliche Bedeutung*. Marburg 1975.
- Jauernig, Edmund: *Sozialdemokratie und Revanchismus. Zur Geschichte und Politik Wenzel Jakschs und der Seliger-Gemeinde*. Ost-Berlin 1968.
- Kather, Linus: *Die Entmachtung der Vertriebenen*. Bd.1: *Die entscheidenden Jahre*. Bd. 2: *Die Jahre des Verfalls*. München/Wien 1964 und 1965.
- Landsmannschaft Ostpreussen (Hg.): *40 Jahre Landsmannschaft Ostpreussen 1948-1988*. Hamburg 1988.
- Landsmannschaft Schlesien (Hg.): *50 Jahre Landsmannschaft Schlesien. Eine Dokumentation*. Königswinter 1999.
- Piegsa, Bernhard: «Auf der Gratwanderung zwischen 'Verzichtertum' und «Revanchismus». Die Sudetendeutsche Ackermann-Gemeinde», in: Rudolf Endres (Hg.): *Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945*. Köln 1998, S. 119-168.
- Sander, Heinz: *Landsmannschaftlicher Revisionismus in Westdeutschland. Zu seiner Geschichte und Rolle im imperialistischen Herrschaftssystem*. Ost-Berlin 1969.
- Schuch, Hans-Jürgen (Hg.): *50 Jahre Landsmannschaft Westpreussen. Geschichte-Heimatkunde-Organisation*. Münster 1999.
- Steinert, Johannes Dieter: «Flüchtlingsvereinigungen – Eingliederungsstationen zur Rolle organisierter Interessen bei der Flüchtlingssituation in der frühen Nachkriegszeit», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* Bd. 33 (1990)» S. 55-68.

- Stickler, Matthias: «*Ostdeutsch heisst gesamtdeutsch*». *Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbänden 1949-1972*. Düsseldorf 2004.
- Stiftung Ostdeutscher Kulturrat (Hg.): *Bestandsverzeichnis der deutschen Heimatvertriebenenpresse*. München 1982.
- Thüer, Christoph: *Die Patenschaft Recklinghausen – Beuth en O.S. im gesellschaftlichen Wandel 1952 bis heute*. Recklinghausen 2002.
- Wambach, Manfred: *Verbändestaat und Parteienoligopol. Macht und Ohnmacht der Vertriebenenverbände*. Stuttgart 1971.
- Winkler, York R.: *Flüchtlingsorganisationen in Hessen 1945-1954. BHE – Flüchtlingsverbände – Landsmannschaften*. Wiesbaden 1998.

### Kirchen und Vertriebene

- Arbeitsstelle Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): *Eine Zukunft in Frieden. 60 Jahre nach Kriegsende, Vertreibung und Flucht. Erklärungen – Stellungnahmen – Predigten*. Bonn 2005, S. 7.
- Beer, Mathias: «Alte Heimat – Neue Heimat. Das spezifische Verständnis von Kirche und Gemeinschaft bei den Vertriebenen aus Südosteuropa und dessen Auswirkungen auf den Eingliederungsprozess im deutschen Südwesten», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 36 (1993), S. 244 bis 272.
- Bendel, Rainer: *Aufbruch aus dem Glauben? Katholische Heimatvertriebene in den gesellschaftlichen Transformationen der Nachkriegsjahre 1945-1965*. Köln/Weimar/Wien 2003.
- Dröge, Kurt: «Zwischen Familie und Kirche, Verein und Gesellschaft. Die Nischenkultur der Hedwigkreise in Hamburg», in: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde* 38 (1995), S. 200-222.
- Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift*. Hannover 1965.
- Glötz, Fritz: *Veränderungen in der evangelischen Kirche im Rheinland durch die Vertriebenen und Flüchtlinge*. Neuss 1966.
- Greschat, Martin: «'Mehr Wahrheit in der Politik'. Das Tübinger Memorandum von 1961», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 48 (2000), S. 491 bis 513.
- Greschat, Martin: «'Mit den Vertriebenen kam Kirche'? Anmerkungen zu einem unerledigten Thema», in: *Historisch-politische Mitteilungen* 13 (2006), S. 47-76.
- Hirschfeld, Michael/Markus Trautmann (Hg.): *Gelebter Glaube, Hoffen auf Heimat. Katholische Vertriebene im Bistum Münster*. Münster 1999.

- Hirschfeld, Michael: *Katholisches Milieu und Vertriebene. Eine Fallstudie am Beispiel des Oldenburger Lands 1945-1965*, Köln/Weimar/Wien 2002.
- Kalinke, Heinke M.: «‘Solches sät Unfrieden und bringt Einheimische und Flüchtlinge hinter einander’ Zur Geschichte der Vertriebenenwallfahrt ‘Maria in der Ferne’ in Südniedersachsen», in: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde* 39 (1996), S. 26-44.
- Köhler, Joachim/Rainer Bendel: «Bewährte Konzepte oder unkonventionelle Experimente? Zur Seelsorge an Flüchtlingen und Heimatvertriebenen», in: Joachim Köhler/Damian van Melis (Hgg.): *Siegerin in Trümmern. Die Rolle der katholischen Kirche in der deutschen Nachkriegsgesellschaft*. Stuttgart 1998, S. 199-228.
- Mai, Paul: «Schlesierwallfahrten in Süd- und Westdeutschland nach 1945. Ein Beitrag der Vertriebenen zur Aussöhnung der Völker», in: *Archiv für schlesische Kirchengeschichte* 51/52 (1994), S. 77-88.
- Maser, Peter: «Ein schwieriger Neuanfang: Flucht und Vertreibung als Problem der evangelischen Kirchen», in: *Deutsche Studien* 150 (2005), S. 35 bis 56.
- Morsey, Rudolf: «Die Haltung der Bundesregierung zur vatikanischen Kirchenpolitik in den früheren Ostgebieten des Deutschen Reichs 1958-1978», in: Karl-Joseph Hummel (Hg.): *Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958-1978*. Paderborn u.a. 1999, S. 31-78.
- Rudolph, Hartmut (Hg.): *Evangelische Kirche und Vertriebene 1945 bis 1972*. Göttingen 1984 und 1985 [2 Bände].
- Schott, Christian-Erdmann: «Vom Vertreibungstrauma zur Zusammenarbeit mit Polen. Fünfzig Jahre Schlesischer Kirchentag», in: *Jahrbuch für schlesische Kirchengeschichte*. NF Bd. 80 (2001), S. 1-18.
- Schroubek, Georg R.: *Wallfahrt und Heimatverlust. Ein Beitrag zur religiösen Volkskunde der Gegenwart*. Marburg 1968.
- Vosskamp, Sabine: *Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945-1972*. Stuttgart 2007.
- Zurek, Robert: *Zwischen Nationalismus und Versöhnung. Die Kirchen und die deutsch-polnischen Beziehungen 1945-1956*. Köln 2005.

### **Vertriebene in Literatur und Medien** **Romane/Erzählungen**

- Bernig, Jörg: *Niemandszeit*. Stuttgart 2002.
- Bienek, Horst: *Beschreibung einer Provinz. Aufzeichnungen*. München 1986.
- Bienek, Horst: *Birken und Hochöfen. Eine Kindheit in Oberschlesien*. Berlin 1999.
- Bobrowski, Johannes: *Litauische Claviere*. Leipzig 1993.

- Brückner, Christine: *Jauche und Levkojen, Nirgendwo ist Poenichen. Die Quints*. Sammelband. Berlin 2005.
- Dückers, Tanja: *Himmelskörper*. Berlin <sup>2</sup>2005.
- Grass, Günter: *Im Krebsgang*. Eine Novelle. Göttingen <sup>7</sup> 2002.
- Hein, Christoph: *Landnahme*. Frankfurt am Main 2005.
- Höntsch-Harendt, Ursula: *Wir Flüchtlingskinder*. Leipzig 1985.
- Jirgl, Reinhard: *Die Unvollendeten*. München 2007.
- Kempowski, Walter: *Alles umsonst*. Roman. München 2006.
- Kirst, Hans Hellmut: *Gott schläft in Masuren*. München <sup>6</sup>1976.
- Lenz, Siegfried: *Heimatmuseum*. Roman. München<sup>11</sup>1997.
- Lenz, Siegfried: *So zärtlich war Suleyken*. Frankfurt am Main/Hamburg 1960.
- Schmidt, Arno: *Das steinerne Herz. Historischer Roman aus dem Jahre 1954 nach Christi*. Frankfurt am Main 2004.
- Surminski, Arno: *Jokehnen oder Wie lange fährt man von Ostpreussen nach Deutschland*. Reinbek 1997.
- Surminski, Arno: *Kudenow oder An fremden Wassern weinen*. Berlin <sup>3</sup>2004.
- Treichel, Hans-Ulrich: *Der Verlorene*. Frankfurt am Main 1999.
- Treichel, Hans-Ulrich: *Menschenflug*. Frankfurt am Main 2005.
- Wolf, Christa: *Kindheitsmuster*. München <sup>2</sup>2002.

### Untersuchungen zum Thema in Literatur und Film

- Feuchert, Sascha (Hg.): *Flucht und Vertreibung in der deutschen Literatur*. Frankfurt am Main 2001.
- Helbig, Louis E: «Das Flucht- und Vertreibungsgeschehen in Belletristik und Literaturforschung 1945-1985: 'Wie Menschen Geschichte erleben'», in: *Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau XXVII* (1986), S. 223-278.
- Helbig, Louis E: *Der ungeheure Verlust. Flucht und Vertreibung in der deutschsprachigen Belletristik der Nachkriegszeit*. Wiesbaden 1989.
- Helbig, Louis F./Johannes Hoffmann/Doris Kraemer (Hgg.): *Verlorene Heimaten – neue Fremden. Literarische Texte zu Krieg, Flucht, Vertreibung, Nachkriegszeit*. Dortmund 1995.
- Joachimsthaler, Jürgen/Walter Schmitz (Hgg.): *Verhandlungen der Identität. Literatur und Kultur in Schlesien seit 1945*. Dresden 2004.
- Keil, Ernst-Edmund (Hg.): *Vertrieben ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung. Eine Auswahl aus Romanen, Erzählungen, Gedichten, Tagebüchern und Zeichnungen der Jahre 1945-1985*. Bonn 1985.
- Kroll, Frank-Lothar (Hg.): *Flucht und Vertreibung in der Literatur nach 1945*. Berlin 1997.



- Mehnert, Elke (Hg.): *Landschaften der Erinnerung. Flucht und Vertreibung aus deutscher, polnischer und tschechischer Sicht*. Frankfurt am Main 2001.
- Schneiss, Wolfgang: *Flucht, Vertreibung und verlorene Heimat im früheren Ostdeutschland. Beispiele literarischer Bearbeitung*. Frankfurt am Main 1996.
- Stettner, Peter: «'Sind Sie denn überhaupt Deutsche?'. Stereotype, Sehnsüchte und Ängste im Flüchtlingsbild des deutschen Nachkriegsfilms», in: Rainer Schulze/Reinhard Rohde/Rainer Voss (Hgg.): *Zwischen Heimat und Zuhause. Deutsche Flüchtlinge und Vertriebene in (West) Deutschland 1945-2000*. Osnabrück 2001, S. 156-170.
- Stettner, Peter: «Flüchtlingsbilder im Dokumentarfilm. Geschichte und Geschichte 1945-1960», in: Irmgard Wilharm (Hg.): *Geschichte in Bildern. Von der Miniatur bis zum Film als historische Quelle*. Pfaffenweiler 1995, S. 129-155.
- Weigelt, Klaus (Hg.): *Flucht und Vertreibung in der Nachkriegsliteratur. Formen ostdeutscher Kulturförderung*. Melle 1986.

### Vertriebene in SBZ und DDR

- Amos, Heike: «Feindliche Organisationen. Die Sicht des MfS auf die Vertriebenenverbände der Bundesrepublik Deutschland», in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 20 (2006), S. 20-35.
- Christopeit, Gerald: «Verschwiegene vier Millionen. Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR», in: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde* 38 (1995), S. 222-251.
- Donth, Stefan: *Vertriebene und Flüchtlinge in Sachsen 1945 bis 1952. Die Politik der Sowjetischen Militär administration und der SED*. Köln/Weimar/Wien 2000.
- Foitzik, Jan: «Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 308-334.
- Grottendieck, Michael: «'Der Umsiedler soll nicht neben uns herlaufen'. Gesellschaftspolitische Konflikte im Kontext der Vertriebeneneingliederung in Mecklenburg-Vorpommern», in: Damian van Melis (Hg.): *Sozialismus auf dem platten Land. Mecklenburg-Vorpommern 1945-1952*. Schwerin 1999, S. 195-238.
- Grottendieck, Michael: «Egalisierung ohne Differenzierung? Die Unterdrückung von Vertriebenenorganisationen im Zeichen einer sich etablierenden Diktatur», in: Thomas Grossbölting/Hans-Ulrich Thamer (Hgg.): *Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR*. Münster 2003, S. 191-221.

- Hoffmann, Johannes/Johannes Wille/Wolfgang Meinicke (Hgg.): *Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands*. Wiesbaden 1993.
- Holz, Martin: *Evakuierte, Flüchtlinge und Vertriebene auf der Insel Rügen 1943-1961*. Köln/Weimar/Wien 2003.
- Hoorn, Heike van: *Neue Heimat im Sozialismus. Die Umsiedlung und Integration sudetendeutscher Antifa-Umsiedler in die SBZ/DDR*. Essen 2004.
- Kaltenborn, Steffi: «Der Versuch zur Wiederbelebung des Gablonzer Kunsthandwerks im Land Thüringen – Utopie oder reale Möglichkeit», in: Christoph Buchheim (Hg.): *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*. Baden-Baden 1995, S. 383-402.
- Kiessmann, Christoph/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Herde (Hgg.): *Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg*. Potsdam 2001.
- Königseder, Angelika/Christel Panzig: *Zweite Heimat. Flucht, Vertreibung und Integration Deutscher nach dem II. Weltkrieg in Sachsen-Anhalt*. Wittenberg 2004.
- Malycha, Andreas: «Wir haben erkannt, dass die Oder-Neisse-Grenze die Friedensgrenze ist». Die SED und die neue Ostgrenze 1945-1951 «, in: *Deutschland-Archiv* 33 (2000), S. 193-207.
- Mehlhase, Torsten: *Fluchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt. Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft*. Münster 1999.
- Merker, Paul: *Die nächsten Schritte zur Lösung des Umsiedlerproblems*. Berlin 1947.
- Oehlsen, Sven Olaf: *Vertriebenenlager in Brandenburg 1943-1933*. Potsdam 2006.
- Plato, Alexander von/Wolfgang Meinicke: *Alte Heimat – neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR*. Berlin 1991.
- Rothe, Wolfram: *Vertrieben und angekommen. Flüchtlinge und Umsiedler in Neubrandenburg. Dokumente aus den Jahren 1943-1948*. Neubrandenburg 1996.
- Schmidt, Ute: «Flüchtlingsmilieus in der SBZ/DDR. Formen kultureller Selbstbehauptung und Identitätsbewahrung am Beispiel der Deutschen aus Bessarabien», in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 20 (2006), S. 3-19.
- Scholze-Irrnitz, Leonore: «'Umsiedler' im Landkreis Beeskow-Storkow», in: Wolfgang Kaschuba/Thomas Scholze/Leonore Scholze-Irrnitz (Hgg.): *Alltagskultur im Umbruch*. Köln/Wien/Weimar 1996, S. 135-149.
- Schwab, Irina: «*Neue Heimat-Neues Leben?*» *Flüchtlinge und Vertriebene in Leipzig 1943 bis zum Beginn der 30er Jahre*. Leipzig 1999.

- Schwartz, Michael: «Tabu und Erinnerungen. Zur Vertriebenen-Problematik in Politik und literarischer Öffentlichkeit der DDR», in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003), S. 85-101.
- Schwartz, Michael/Dierk Hoffmann (Hgg.): *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR*. München 1999.
- Schwartz, Michael: *Vertriebene und «Umsiedlerpolitik». Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945-1961*. München 2004.
- Schwartz, Michael: ««Ablenkungsmanöver der Reaktion’. Der verhinderte Lastenausgleich in der SBZ/DDR», in: *Deutschland-Archiv* 32 (1999), s. 397-409-
- Ther, Philipp: *Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956*. Göttingen 1998.
- Wichert, Sven/Jana Romanski (Hgg.): *Schicksale. Erlebnisberichte von Flüchtlingen und Vertriebenen*. Bergen 2003.
- Wille, Manfred (Hg.): *50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in den Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR*. Magdeburg 1997.
- Wille, Manfred (Hg.): *Die Vertriebenen in der SBZ/DDR – Dokumente* (Bd.1: *Ankunft und Aufnahme 1945*. Bd. 2: *Massentransfer, Wohnen, Arbeit 1946-1949*. Bd. 3: *Parteien, Organisationen, Institutionen und die «Umsiedler» 1945-1955*). Wiesbaden 1996-2003.
- Wille, Manfred: *Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche*. Magdeburg 1993.

### Vertreibung, Vertriebene und kollektives Gedächtnis

- Aly, Götz: «Logik des Grauens», in: *Die Zeit* (1. Juni 2006).
- Bachmann, Klaus/Jerzy Kranz (Hgg.): *Verlorene Heimat. Die Vertreibungsdebatte in Polen*. Bonn 1998.
- Beer, Mathias: «Im Spannungsfeld von Politik und Geschichte. Das Grossforschungsprojekt «Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa’», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), S. 345-389.
- Bingen, Dieter/Włodzimierz Borodziej/Stefan Troebst (Hgg.): *Vertreibungen europäisch erinnern? Historische Erfahrungen – Vergangenheitspolitik – Zukunftskonzeptionen*. Wiesbaden 2003.
- Brumlik, Micha: *Wer Sturm sät. Die Vertreibung der Deutschen*. Berlin 2005.

- Christoph Cornelissen/Roman Holec/Jin Pecek: *Diktatur – Krieg – Vertreibung. Erinnerungskultur in Tschechien, der Slowakei und Deutschland seit 1945*. Essen 2005.
- Dietrich, Stefan: «Leichen im Geschichtskeller. Eine sehr deutsche Diskussion über ein europäisches Zentrum gegen Vertreibungen», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (12. Dezember 2002).
- Dietrich, Stefan: «Unfähig zur Versöhnung», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7. September 2006).
- Diner, Dan: «Eigentum und Erinnerung. Europa hat heute einen verbindlichen Wertekanon. So ist es möglich, der Verbrechen wie der Leiden der Vergangenheit zu gedenken», in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (j. April 2002).
- Faulenbach, Bernd/Andreas Helle (Hgg.): *Zwangsmigration in Europa. Zur wissenschaftlichen und politischen Auseinandersetzung um die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten*. Essen 2005.
- Gauger, Jörg-Dieter/Manfred Kittel (Hgg.): *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten in der Erinnerungskultur*. Sankt Augustin 2004.
- Giordano, Ralph: «Codewort Empathie. Rede vom 19.7.2004 in der Französischen Friedrichstadtkirche», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (30. Juli 2004).
- Giordano, Ralph: «Ein Herz für den geschlagenen Feind. Die Vertriebenenverbände haben deutsche Schuld oft verdrängt. Das ist aber kein Grund, das Verbrechen der Vertreibung zu verschweigen», in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (13. Juli 2003).
- Glötz, Peter: «Wider den Nationalismus», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11. August 2003).
- Hahn, Eva und Hans Henning: «Eine zerklüftete Erinnerungslandschaft wird geplant. Die Deutschen, 'ihre' Vertreibung und die sog. Benes-Dekrete, in: Transit», in: *Europäische Revue* 23 (2002), S. 103-116.
- Jeismann, Michael: «Flucht und Vertreibung. Tränen sind nicht aus Blei», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (5. Dezember 2005).
- Jeismann, Michael: «Zweierlei. Die gefühlte und die gewusste Geschichte der Vertreibung», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (2. Dezember 2005).
- Jessen, Jens: «Die Mitschuld der Opfer. Die Berliner Vertriebenen-Ausstellung ‚Erzwungene Wege‘ ist zu Unrecht umstritten», in: *Die Zeit* (17. August 2006).
- Kraus, Hans-Christof: «Nicht alles blieb unerzählt. Die Vertreibung im Gedächtnis der Deutschen», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (30. August 2002).
- Kruke, Anja (Hg.): *Zwangsmigration und Vertreibung – Europa im 20. Jahrhundert*. Bonn 2006.
- Lemberg, Hans: «Das Gedächtnis der Vertriebenen in Deutschland nach 1945», in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44 (2004), S. 509-523.

- Lotz, Christian: *Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948-19/2)*. Köln/Weimar/Wien 2007.
- Moeller, Robert G.: «Sinking ships, the lost Heimat and broken taboos: Günter Grass and the politics of memory in contemporary Germany», in: *Contemporary European History* 12 (2003), S. 147-181.
- Münz, Rainer: «Das Jahrhundert der Vertreibungen», in: *Transit. Europäische Revue* 23 (2002), S. 132-154.
- Naimark, Norman: «Strategische Argumente», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (21. Januar 2004).
- Pauer, Jan: «Das geringere Leid. Zur Umsiedlung der Sudetendeutschen gab es keine Alternative», in: *Süddeutsche Zeitung* (5. Juni 2002).
- Piskorski, Jan M.: *Vertreibung und deutsch-polnische Geschichte. Eine Streitschrift*. Osnabrück 2005.
- Rautenberg, Hans-Werner: «Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute», in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 53 (1997), S. 34-46.
- Reski, Petra: «Was vorbei ist, ist vorbei. Warum tun sich die Deutschen mit ihren Vertriebenen eigentlich so schwer? Eine Reise durch die Welt der Trachtenaufmärsche, Rübzahlgedichte und Opfer-Diskussionen», in: *Die Zeit* (13. November 2003).
- Rudolph, Hermann: «Das Ende eines deutschen Tabus. Die verlorenen Ostgebiete rücken wieder ins Bewusstsein – auch bei den Linken», in: *Der Tagespiegel* (11. April 2002).
- Rudolph, Hermann: «Vertreibung der bösen Geister. Umstrittenes Gedenken», in: *Der Tagesspiegel* (18. Juli 2003).
- Safranski, Rüdiger: «‘Der ganze Wahnsinn des zwanzigsten Jahrhunderts‘. Rüdiger Safranski über Vertreibung und die Unausgewogenheit von Erinnerung», in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (19. März 2006).
- Salzborn, Samuel: *Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände*. Berlin 2000.
- Schlögel, Karl: «Die Düsternis – in neuem Licht. Die Geschichte der Vertreibung passt nicht in ein Zentrum. Die Erinnerung muss gelebt werden», in: *Die Zeit* (24. Juli 2003).
- Schmiese, Wulf: «Lange Schatten. ‘Da endete immer die Geschichte‘. Die Enkel wollen mehr über die Vertreibung ihrer Grosseltern wissen», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (7. November 2006).
- Schwartz, Michael: «Dürfen Vertriebene Opfer sein? Zeitgeschichtliche Überlegungen zu einem Problem deutscher und europäischer Identität», in: *Deutschland-Archiv* 38 (2005), S. 494-505.
- Schwarz, Karl-Peter: «Erinnerung und Geschichte zusammenführen», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (11. August 2006).
- Schwarz, Karl-Peter: «Anker der Erinnerung. Die Ausstellung ‘Erzwungene Wege‘ in Berlin zeigt die europäische Dimension der Vertreibung», in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (10. August 2006).

- Seibt, Gustav: «Jenseits des Aufrechnens. Die Deutschen, der Luftkrieg und die Vertreibung», in: *Süddeutsche Zeitung* (26. Februar 2007).
- Steinbach, Erika: «Ein kaltes Herz bleibt gegen jedermann kalt», in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (3. Oktober 2004).
- Steinbach, Erika: «Leid und Leistung der Vertriebenen. Deutschland hat es nach 1945 geschafft, Millionen von Menschen aufzunehmen. Doch nicht alle sind sich dieser grossen Erfolgsgeschichte bewusst», in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (15. Mai 2005).
- Themenheft Friedensordnung Europa – Flucht und Vertreibung: Die Neue Gesellschaft. *Frankfurter Hefte* 12 (Dezember 2002), S. 720-745.
- Vogel, Sabine: «Aus deutscher Sicht: Die Vertriebenen-Lobby will in Berlin ein ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ etablieren. Der nötigen Erinnerung an Flucht und Unrecht würde dieses Zentrum kaum dienen», in: *Tageszeitung* (19. August 2003).

### Traumatisierung, psychische Folgen

- Ackermann, Volker: «Das Schweigen der Flüchtlingskinder – Psychische Folgen von Krieg, Flucht und Vertreibung bei den Deutschen nach 1945», in: *Geschichte und Gesellschaft* 30 (2004), S. 434-464.
- o Bode, Sabine: *Die vergessene Generation. Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen*. München 2006.
- Brandt, Ursula: *Flüchtlingskinder. Eine Untersuchung zu ihrer psychologischen Situation*. München 1964.
- Domansky, Elisabeth/Jutta de Jong: *Der lange Schatten des Krieges. Deutsche Lebensgeschichten nach 1945*. Münster 2000.
- Eckstaedt, Anita: «Vertriebenenschicksale – psychoanalytisch gesehen», in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 359-370.
- Engelhardt, Michael von: *Lebensgeschichte und Gesellschaftsgeschichte. Biographieverläufe von Heimatvertriebenen des Zweiten Weltkrieges*. München 2001.
- Heinl, Peter: «Maikäferflieg, dein Vater ist im Krieg...». *Seelische Wunden aus der Kriegskindheit*. Kempten 2003.
- Friesen, Astrid von: *Der lange Abschied. Psychische Spätfolgen für die 2. Generation*. Giessen 2000.
- Greb, Tillmann/Ursula Pilz/Ulrich Lamparter: «Das Erleben von Krieg, Heimatverlust und Flucht in Kindheit und Jugend bei einem Kollektiv bypass-operierter Herzinfarktpatienten», in: *Psychosozial* 26 (2003), Nr. 92. Kindheit im II. Weltkrieg und ihre Folgen, S. 39-44.
- Hinst, Klaus: *Das Verhältnis zwischen Westdeutschen und Flüchtlingen. Eine empirische Untersuchung*. Bern/Stuttgart 1968.

- Hirsch, Helga: *Schweres Gepäck. Flucht und Vertreibung als Lebensthema*. Hamburg 2004.
- Jerouschek, Günter: «Vertreibungsschicksale in Psychoanalysen», in: *Psychosozial* 26 (2003), Nr. 92. Kindheit im II. Weltkrieg und ihre Folgen, S. 45 bis 50.
- OKlier, Freya: *Verschleppt bis ans Ende der Welt. Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern*. Berlin 1998.
- Kluth, Karin: «Die Verarbeitung der Identitäts- und Integrationsprobleme der deutschen Heimatvertriebenen in der II. Generation», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* Bd. 28 (1985), S. 289-317.
- Langendorf, Uwe: «Heimatvertreibung – Das stumme Trauma. Spätfolgen von Vertreibung in der zweiten Generation», in: *Analytische Psychologie* 136 (2004), S. 207-223.
- Meister, Verena/Frauke Teegen: «Traumatische Erfahrungen deutscher Flüchtlinge am Ende des II. Weltkrieges und heutige Belastungsstörungen», in: *Zeitschrift für Gerontopsychologie und -psychiatrie* 13 (2000), S. 112-124.
- Neumann, Vera: *Nicht der Rede wert. Die Privatisierung der Kriegsfolgen in der frühen Bundesrepublik. Lebensgeschichtliche Erinnerungen*. Münster 1999.
- Stein, Bertram von der: «Charakteristische Abwehrformen bei Kindern von Flüchtlingen aus den ehemaligen Ostgebieten», in: *Psychosozial* 26 (2003), Nr. 92. Kindheit im II. Weltkrieg und ihre Folgen, S. 67-72.
- Steinberger, Karin: «Ein Flucht, die niemals endet», in: *Süddeutsche Zeitung* Nr. 90 (20. April 2005).
- Volkan, Vamik D.: *Das Versagen der Diplomatie. Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte*. Giessen 1999.
- Völklein, Ulrich: *«Mitleid war von niemand zu erwarten» – Das Schicksal der deutschen Vertriebenen*. München 2005.
- Wagnerová, Alena: *1945 waren sie Kinder. Flucht und Vertreibung im Leben einer Generation*. Köln 1990.

### Biographien, Erinnerungen und Reportagen

- Becher, Walter: *Zeitzeuge. Ein Lebensbericht*. München 1990.
- Bismarck, Klaus von: *Aufbruch aus Pommern. Erinnerungen und Perspektiven*. München 1992.
- Braun, Juliane: *Ein Teil Heimat seid Ihr für mich. Rundbriefe einer Mädchenklasse 1944-2000*. Berlin 2004.
- Dönhoff, Marion Gräfin: *Namen, die keiner mehr nennt. Ostpreussen – Menschen und Geschichte*. München 1988.

- Dohna-Schlobitten, Alexander Fürst zu: *Erinnerungen eines alten Ostpreussen*. Berlin 1989.
- Eiliger, Katharina: *Und tief in der Seele das Ferne. Die Geschichte einer Vertreibung aus Schlesien*. Reinbek <sup>3</sup>2006.
- Giordano, Ralph: *Ostpreussen ade. Reise durch ein melancholisches Land*. München 1997.
- Frisé, Maria: *Meine schlesische Familie und ich. Erinnerungen*. Berlin 2004.
- Glötz, Peter: *Von Heimat zu Heimat. Erinnerungen eines Grenzgängers*. Berlin 2005.
- Heye, Uwe-Karsten: *Vom Glück nur ein Schatten. Eine deutsche Familiengeschichte*. München 2006.
- Kent, Martha: *Eine Porzellanscherbe im Graben. Eine deutsche Flüchtlingskindheit*. Frankfurt am Main 2004.
- Krockow, Christian Graf von: *Die Reise nach Pommern. Bericht aus einem verschwiegenen Land*. Stuttgart 1991.
- Lachauer, Ulla: *Ostpreussische Lebensläufe*. Reinbek 2000.
- Lehndorff, Hans Graf von: *Ostpreussisches Tagebuch. Aufzeichnungen eines Arztes aus den Jahren 1945-1947*. München 1985.
- Normann, Käthe von: *Tagebuch aus Pommern 1945/46*. München 1984.
- Reski, Petra: *Ein Land so weit*. Berlin 2004.
- Reski, Petra: *Meine Mutter und ich*. München 2003.
- Schieb, Roswitha: *Reise nach Schlesien und Galizien. Eine Archäologie des Gefühls*. Berlin 2000.
- Schulz-Semrau, Elisabeth: *Suche nach Karalautsch. Report einer Kindheit*. Halle/Leipzig 1984.
- Seiler, Klaus: *Barackenkind. Vier Jahre Flüchtlingslager 1947-1951*. Berlin 2004.

### **Volkskundliche und soziologische Studien**

- Bausinger, Hermann/Markus Braun/Herbert Schwedt: *Neue Siedlungen. Volkskundlich-soziologische Untersuchungen des Ludwig-Uhland-Instituts Tübingen*. Stuttgart 1959.
- Braun, Thomas: «Ost- und westpreussische Fischer in Schleswig-Holstein – Ein Neubeginn», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 34 (1991), S. 340-353.
- Brelie-Lewien, von der, Doris/Reiner Schulze: «Flucht und Vertreibung – Aufnahme und Sesshaftwerdung. Neue Fragen und Ansätze für einen alten Themenbereich der deutschen Nachkriegsgeschichte», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 30 (1987), S. 94-119.



- Büttner, M.: «Neugnadenfeld und Füchtenfeld, zwei Flüchtlingssiedlungen im Emsland. Eine religionsgeographische Studie», in: *Westfälische Geographische Studien* (1976), S. 8 5-111.
- Cammann, Alfred: «Schlesier in Scheessel. Eine gruppensoziologische Untersuchung ostdeutscher Volkskunde», in: *Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau XIII* (1968), S. 321-363.
- Dröge, Kurt: *Alltagskulturen zwischen Erinnerung und Geschichte. Beiträge zur Volkskunde der Deutschen im und aus dem östlichen Europa*. München 1995
- Fendi, Elisabeth (Hg.): *Zur Ikonographie des Heimwehs. Erinnerungskultur von Heimatvertriehenen*. Freiburg 2002.
- Hanika, Josef: «Heimatverlust und Totenehrung. Auf Grund der Sammlung A. Karasek», in: *Bayerisches Jahrbuch für Volkskunde* 1955, S. 129-140.
- Jeggle, Utz: «Kaldaunen und Elche. Kulturelle Sicherungssysteme bei Heimatvertriebenen», in: Dierk Hoffmann/Marita Krauss/Michael Schwartz (Hgg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*. München 2000, S. 395-407.
- Kattner, Ellen: «Mikrokosmos Kirrlach. Wie werden aus Fremden Zugehörige? Zur Ethnologie der Integration in Deutschland», in: *Die Zeit* (2. Juni 1999).
- Köhle-Hezinger, Christel (Hg.): *Neue Siedlungen – Neue Fragen. Eine Folgestudie über Heimatvertriebene in Baden-Württemberg – 40 Jahre danach*. Tübingen 1995.
- Lehmann, Albrecht: «Flüchtlingserinnerungen im Erzählen zwischen den Generationen», in: *Bios* 2 (1989), S. 183-206.
- Leopold, Werner F.: «Ostdeutsche Speisennamen in Westdeutschland», in: *Rheinisch-Westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 9 (1962), S. 56-76.
- Schmidt-Ebhausen, Friedrich Heinz: «Neue Ortsnecknamen in Württemberg», in: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen* Bd. 3(1958), S. 151-161.
- Schwedt, Herbert: «Die Gross-Siedlung Giebel bei Stuttgart. Fragen und Ergebnisse einer neuen Feldforschung», in: *Jahrbuch für Volkskunde der Heimatvertriebenen* 4 (1958), S. 190-205.
- Tolksdorf, Ulrich: «Ermlandsiedlung Cloppenburg. Umsiedler in neuer Heimat». In: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 13 (1970), S. 307-318.
- Tolksdorf, Ulrich: «Essen und Trinken in alter und neuer Heimat. Zur Frage des Geschmacks-Konservatismus», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde*, Bd. 21 (1978), S. 341-364.
- Tolksdorf, Ulrich: «Die neuen Fischersiedlungen nach 1945 in Schleswig-Holstein», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 30 (1987), S. 56-93.
- Zerlik, Sigrid: «Die Neugemeinde Traunreut im Chiemgau in volkskundlicher Sicht. Versuch einer Bestandsaufnahme», in: *Jahrbuch für ostdeutsche Volkskunde* 8 (1964), S. 3-36.

# Personenregister

- Abel, Karl 70  
Adenauer, Konrad 165, 172f., 188,  
258, 274  
Ahonon, Pertti 165  
Albers, Pfarrer von Listrup 255  
Albert, Heinrich 238  
Albertz, Heinrich 96,108f., 166  
Albrecht von Brandenburg-Ansbach,  
Herzog von Preussen 238  
Anrich, Ernst 183  
Antalls, Jozsef 38  
Appelt, Rudolf 212  
Arendt, Hannah 18,43  
Armytage, H.W.H. 140
- Ballack, Michael 324  
Bartning, Otto 247  
Bartunek, Karl 140f.  
Bärwolff, Günter 351  
Barzel, Rainer 180, 267  
Bauer, Franz J. 89  
Baur, Georg 99, 105  
Becher, Walter 148, 187  
Bednarz, Klaus 339  
Benes, Edvard 34, 192, 282  
Benz, Wolfgang 41  
Bernig, Jörg 282  
Bertram, Adolf Kardinal 260
- Berwanger, Nikolaus 289  
Bevin, Ernest 84  
Bieneke, Horst 18, 278  
Biölek, Alfred 322  
Bismarck, Klaus von 153  
Bobrowski, Johannes 18, 296  
Bode, Sabine 334  
Böll, Heinrich 184  
Bolz, Lothar 215  
Borggraefe, Peter 159  
Brandt, Willy 152, 165, 172, 175-179,  
181, 189, 337  
Brauer, Max 164  
Breider, Theo 63  
Brichta, Emil 134  
Broszat, Martin 32  
Brückner, Christine 278f.  
Bruyn, Günter de 194  
Buchwitz, Otto 219  
Bugenhagen, Johannes 251  
Chmelirsch, Roland 90  
Christopeit, Gerald 193, 206  
Churchill, Winston 30f.  
Corinth, Lovis 18  
Czaja, Herbert 89,154, 180  
Dach, Simon 18,238  
Daerr, Theodor 248  
David, Kurt 294

- Degner, Arthur 279  
Demel, Rudolf 212  
Denk, Ludwig 256  
Dettmer-Besier, Helmut 192  
Dirks, Walter 12, 165  
Döblin, Alfred 18  
Dohna-Schlobitten, Alexander  
    Fürst zu 278  
Donelaitis, Christian 296  
Dönhoff, Marion Gräfin 161, 278,  
    335  
Dückers, Tanja 286,288  
Dünnebacke, Josef 157  
Dwinger, Edwin Erich 276  
Dzierzynski, Feliks 225
- Edding, Friedrich 168  
Ehmke, Horst 181  
Ehrenberg, Herbert 181  
Eichendorff, Joseph von 18, 344  
Eisner, Kurt 297  
Eiliger, Katharina 39, 48  
Erler, Fritz 175  
Exner, Paul 129, 131
- Fehse, Tassilo 244  
Fendi, Elisabeth 312  
Fest, Wilfried 190  
Fisch, Bernhard 228  
Fischer, Oskar 212  
Frey, Gerhard 179  
Friedrich I. Barbarossa,  
    röm.-dt. Kaiser 183  
Friedrich II., der Grosse, König von  
    Preussen 75  
Friedrich, Caspar David 21  
Frings, Josef Kardinal 258  
Fuchs (Flüchtlingskommissarin) 79
- Fühmann, Franz 294f.  
Furtwängler, Maria 274
- Gauck, Joachim 348  
Gerstenmaier, Eugen 93  
Giordano, Ralph 345  
Girnus, Wilhelm 297  
Glemp, Jozef Kardinal 268  
Glötz, Peter 41, 181, 288, 348  
Goetzendorff, Günther 134  
Gottschalk, Thomas 344  
Götz, Hermann 180  
Grass, Günter 9, 18, 69, 270f., 275-  
    278, 302, 323, 325, 334, 340, 342  
Grebing, Helga 13L  
Gross, Charles P. 65  
Grotewohl, Otto 219, 298  
Grothum, Brigitte 270  
Grundmann, Konrad 78  
Gryphius, Andreas 18, 240  
Gullasch, Hermann 143  
Gülzow, Gerhard 142  
Günther, Rudolf 313  
Gutwell, Anita 270
- Habel, Susanne 288  
Hagen, Carla 271  
Hanika, Josef 47  
Hanke, Gregor Maria 268  
Härtling, Peter 277  
Hartung, Hugo 276  
Hasenöhrl, Adolf 176  
Hauptmann, Gerhart 18, 273  
Hedwig von Andechs, Herzogin von  
    Schlesien 260  
Hegen, Josef 212  
Heiduczek, Werner 294  
Hein, Christoph 11, 207, 281 f.

Heigl, Peter 327  
 Heinrich, G. 242  
 Helbig, Louis Ferdinand 291  
 Helm, Walter 266  
 Henckels, Paul 272  
 Henlein, Konrad 35  
 Hennig, Otfried 181  
 Herberger, Valerius 240  
 Herde, Georg 188f.  
 Herder, Johann Gottfried 18  
 Herrmann-Neisse, Max 299f.  
 Heuss, Alfred 337  
 Heye, Uwe-Karsten 42, 289  
 Hirschfeld, Michael 116  
 Hitler, Adolf 30, 42, 75, 153, 299,  
 350  
 Hofer, Karl 204  
 Hofer, Klaus Jürgen 297  
 Hoffmann, E.T.A. 18  
 Höntsch-Harendt, Ursula 294, 297  
 Horney, Brigitte 271  
 Hornig, Ernst 252  
 Horster, Hans-Ulrich 276  
 Höss, Konstantin 183  
 Hrabovec, Emilia 34  
 Hüchel, Peter 293  
 Hupka, Herbert 175f., 180, 182  
  
 Ihlenfeld, Kurt 276  
  
 Jacob, Günther 3346  
 Jacoby, Johann 297  
 Jaksch, Wenzel 152, 175, 177, 186  
 Jänicke, Johannes 224  
 Janosch (Horst Eckert) 18, 289, 316  
 Jauernig, Edmund 186  
 Jeggler, Utz 135, 311  
 Jerouschek, Günter 333  
  
 Jirgl, Reinhard 195, 280f., 332  
 Johann II. von Diepenheim 161  
 Johannes von Saaz 266  
 Johnson, Uwe 277  
  
 Kafka, Franz 18  
 Kähler, Otto 75  
 Kaller, Maximilian 253  
 Kamphovener, Morten 74  
 Kant, Immanuel 173  
 Kanther, Manfred 181  
 Karmasin, Franz 183f.  
 Kästner, Erich 49  
 Kather, Linus 99, 140, 144  
 Kattner, Ellen 116  
 Kempowski, Walter 276, 334  
 Kennedy, John E 154  
 Keudell, Walter von 144  
 Kielmansegg, Peter Graf 109  
 Kinat, Richard 96  
 Kirst, Hans Hellmut 276  
 Klaer, Willi 112  
 Klemperer, Victor 196  
 Klepper, Jochen 229  
 Klose, Hans-Ulrich 181  
 Klose, Miroslav 323f.  
 Knakrick, Adolf 157f.  
 Koch, Erich 28  
 Koeppen, Wolfgang 280  
 Kogon, Eugen 12, 165  
 Kohl, Helmut 155  
 Kohl, Rudolf 53  
 Köhler, Horst 24  
 Kollwitz, Käthe 18  
 Kopelew, Lew 28, 280  
 Kopf, Hinrich Wilhelm 143  
 Kopp, Mila 272  
 Kosmalla, Dieter 205

Kostorz, Helmut 182  
Kraft, Waldemar 350  
Kraus, Karl 183  
Krockow, Christian Graf von 278  
Krottendorf, Ida 272  
Krüger (Flüchtlingskommissar) 61  
Krüger, Hans 182  
Krüger, Thomas 16  
Kugelman, Hans 238  
Kunze, Heinz Rudolf 113, 115  
Kurth, Paul 235, 246  
Kurz, Karl 82  
Kyrieleis, Gisela 132

Lachauer, Ulla 57  
Langendorf, Uwe 331  
Lau, Jörg 121  
Lehndorff, Hans Graf 278  
Lemberg, Eugen 168  
Lemmer, Ernst 101  
Lenin, Wladimir I. 28  
Lenski, Arno von 297  
Lenz, Rudolf 270  
Lenz, Siegfried 18, 276f.  
Leppich, Johannes 64  
Lippelt, Helga 278  
Lipski, Jan Jozef 345  
Löbe, Paul 174, 181  
Loch, Dr. 51  
Lucas, Friedrich 248  
Lüdemann, Hermann 72  
Lukas, Georg 213  
Lukaschek, Hans 144, 180, 338, 353  
Lukaschewitz, Mathilde 302  
Luther, Martin 248  
Lüthge, Bobby E. 269  
Lüttinger, Paul 89

Mann, Thomas 20  
Manteuffel-Szoego, Georg von 150  
Marchlewski, Julian 19  
Markus, Winnie 270  
Marmulla, Helmut 159  
Matzek, Oskar 56  
Meissner, Joachim Kardial 268  
Meister, Verena 328  
Mende, Erich 180f.  
Mendelsohn, Erich 18  
Merkel, Angela 323  
Merker, Paul 198, 219  
Metzner, Franz 313  
Meyer-Brockmann, Henry 102  
Mitscherlich, Alexander und  
Margarete 325, 332  
Mixa, Walter 268  
Mocker, Karl 176  
Möller, Gunnar 271  
Möller-Titel, Pfarrer von Kasnevit  
250  
Monse, Franz 255  
Mortensen, Tage 74f.  
Mosch, Ernst 317  
Moser, Tilmann 43  
Müller, Carl 319  
Müller, Heiner 193, 274, 291f.  
Müller, Herta 289  
Müller, Ludolf 224  
Münder, Fritz 134  
Munro, A.J. 139

Nahm, Peter Paul 60f., 99  
Naimark, Norman N. 348  
Nannen, Henri 154  
Napolitano, Giorgio 352  
Naumann, Reinhard 190  
Niethammer, Lutz 89

Nolewaika, Kurz 261  
 Nolte, Pfarrer von Nörten-Hardenberg 259  
 Normann, Käthe von 278  
  
 Oberländer, Theodor 168, 182f., 350  
 Ochetzki, Hedwig 302  
 Ohem, Hans 73  
 Ohlsen, Manfred 297  
 Olfers, Karl 143  
 Ollenhauer, Erich 165  
 Oppenheim, Margarethe 192  
 Otto, Egbert 175  
 Overmans, Rüdiger 41  
  
 Pastior, Oskar 289  
 Pauls, Volquart 75  
 Pellengahr, Astrid 132  
 Pfeil, Elisabeth 44, 82  
 Pfeiler-Iwohn, Christa 193  
 Pfitzmann, Günter 271  
 Picasso, Pablo 279  
 Pieck, Wilhelm 218, 223  
 Pieschl, Gerhard 268  
 Piontek, Ferdinand 232  
 Piszcz, Edmund 268  
 Pius XII., Papst 253f., 259  
 Platte, Rudolf 272  
 Podolski, Lukas 323f.  
 Prack, Rudolf 26, 59  
 Preussler, Otfried 277, 316  
 Probst, Victor 51  
  
 Raddatz, Carl 270  
 Rau, Johannes 350  
 Rauch, Johann 78  
 Rauchfuss, Hildegard Maria 294  
  
 Raup, Philipp M. 79  
 Rehs, Reinhold 175, 180  
 Reichling, Gerhard 41  
 Reimann, Manfred m Reinelt, Franz 85f.  
 Reinelt, Joachim 254  
 Reski, Petra 46,283f., 335  
 Reuter, Ernst 338  
 Rilke, Rainer Maria 18  
 Rohrs, Gottfried 236  
 Roosevelt, Franklin D. 30  
 Rossmeisl, Rudolf 212  
 Rüb, Karl 56, 59, 140  
 Rüdiger von Bechelaren 312f.  
 Russell, Bertrand 38  
  
 Safranski, Rüdiger 10  
 Sahnwaldt, Paul 210  
 Salzborn, Samuel 346  
 Sauer, Helmut 180  
 Schäuble, Wolfgang 181  
 Scheel, Walter 176  
 Schell, Maria 273  
 Schelle, Margarete 278  
 Schellhaus, Erich 153  
 Scheven, Karl von 252  
 Schieb, Roswitha 283  
 Schieder, Theodor 168, 189  
 Schily, Otto 9  
 Schlaffer, Joseph 215  
 Schlink, Bernhard 336  
 Schlögel, Karl 10, 18, 353  
 Schlögl, Alois 80,104  
 Schlüter, Andreas 18  
 Schmidt, Arno 280f.  
 Schmidt, Harald 344  
 Schmidt, Ute 207

Schmidt-Ebhausen, Friedrich Heinz  
135

Schmitt, Heinz 132

Schmolck, Benjamin 240

Schneider, Rolf 294

Schoeller, Wilfried E. 301

Schön, Heinz 2/off.

Schönherr, Dietmar 270

Schopenhauer, Arthur 18

Schulz-Semrau, Elisabeth 297, 300

Schumacher, Kurt 18, 25, 174, 216,  
219

Schuster, Rudolf 305

Schütz, Helga 294

Schwartz, Michael 15, 205

Schwarz, Hans-Peter 87

Schwarz, Karl-Peter 15

Schwarz, Pfarrer von Vilminitz 250

Seefeldt, Pastor an der Kreuzgemeinde  
in Witten 112

Seghers, Anna 202, 291

Seibt, Gustav 14

Seiler, Klaus 58

Seliger, Josef 174

Shakespeare, William 295

Siegl, Wigg 257

Silesius, Angelus (Johannes  
Scheffler) 240

Smagon, Albert 183

Söhngen, Oskar 250

Solschenizyn, Alexander 280

Solyom, Laszlo 352

Sorge, Richard 225

Springer, Axel Cäsar 191

Staffen, Rudolf 183

Stalin, Josef 30

Statzkowski, Andreas 190

Staudte, Wolfgang 273

Steegen, Frauke 328

Stein, Bertram von der 330

Steinbach, Erika 164, 348

Steinberg, Werner 294

Stennert, Doris 128

Stern, Fritz 29,336

Sterzinsky, Georg Kardinal  
267f.

Stettner, Peter 269

Stickler, Matthias 150

Stifter, Adalbert 18, 183

Stingl, Josef 180f.

Stolpe, Manfred 181

Strauss, Franz Josef 179

Stüdl, Johann 310

Sudermann, Hermann 296

Surminski, Arno 277

Syttkus, Berta 185

Sznaider, Natan 346

Tau, Max 158

Teschner, Melchior 240

Thadden, Rudolf von 17

Thiele, Rolf 272

Thienel, Hubert 260

Thierse, Wolfgang 181

Thilo, Valenthin 238

Tiedje, Johannes 73

Tiso, Jozef 183

Tito (Josip Broz) 37,40, 352

Tolksdorf, Ulrich 116f., 320

Töpfer, Klaus 181

Tourniers, Michel 289

Treichel, Hans-Ulrich 45, 102, 282

Truman, Henry S. 92

Tschechne, Martin 46

Valerius von Saragossa 266  
Vennamo, finn. Abgeordneter 99  
Vilsmaier, Joseph 274  
Vinzentius von Saragossa 266  
Virchow, Rudolf 18, 351  
Vladislav II., König von Böhmen  
183  
Voelkner, Benno 290  
Vries, Axel de 184  
  
Wagner, Christoph 236  
Wanke, Joachim 268  
Weber, Rolf 297  
Wehner, Herbert 165, 175  
Weissel, Georg 238  
Weizsäcker, Richard von 155, 335  
Welt, Jochen 159  
  
Welz, Helmut 297  
Werner, Ilse 270  
Wichert, Ernst 297  
Wiechert, Ernst 276  
Wilm, Ernst 113  
Wilson, Woodrow 26  
Windelen, Heinrich 181  
Wisbar, Franz 270f.  
Witzleben, Erik von 142  
Wolf, Christa 18, 279, 294  
Wurm, Theophil 53  
  
Ziemann, Sonja 269, 271  
Zobel, Franz 64  
Zöckler, Theodor 306  
Zollitsch, Robert 37, 268



# Bildnachweis

- ACSP der Hanns-Seidel-Stiftung, München (PI. 4435)  
167 links  
akg-images, Berlin  
21
- Archiv der Ev.-Luth. Kreuzgemeinde, Witten  
112
- Archiv des Neugablonzer Industrie- und Schmuckmuseums e.V.  
315
- Archiv der Stadt Espelkamp  
117
- Bayerische Staatsbibliothek, München  
242,257
- Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz, Berlin  
69 (© bpk), 195 (© Herbert Hensky), 204 (Staatsbibliothek zu Berlin –  
Preussischer Kulturbesitz, Foto Dietmar Katz, © VG Bild-Kunst, Bonn  
2008)
- Hartmut Boockmann, Göttingen  
25
- Bund der Vertriebenen, Bonn  
147
- Bundesarchiv Berlin (183-H1106-002 5-001 )  
225 (Foto Eva Brüggemann)
- Christa Camilleri, Berlin  
279
- Dänische Zentralbibliothek für Südschleswig e.V, Flensburg  
72
- Deutsche Bundespost, Berlin  
287
- Deutsches Historisches Museum, Berlin  
65 (Fotos Wolfgang Tischler), 203 (© Gerhard Gronefeld)
- Carsten Eggers, Berlin  
239, 321, 351

Herder Institut e.V, Marburg  
57,5 8 (Fotos Hans Brodt)  
Interfoto München  
273 (© Friedrich)  
Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde, Tübingen 264  
Katholische Pfarrkirche Maria Hilf, Trutzhain  
234  
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Sankt Augustin (Plakatsammlung) 167 rechts  
Kirchengemeinde Johannes, Lingen  
247  
Heinrich Klössler, Bietigheim-Bissingen  
285  
Andreas Kossert, Berlin und Warschau  
81  
Landesverband BdV Hessen, Wiesbaden  
141  
Richard Meinel, Stuttgart  
125  
Museum im Ritterhaus, Offenburg, Archiv  
76  
Uwe Neumärker, Berlin  
19  
Ostpreussisches Landesmuseum, Lüneburg  
339  
Pranger Verlag, München  
102  
*Schlesische Nachrichten*, Königswinter  
304  
Schlesisches Museum zu Görlitz  
341 (Foto Die Partner © Schlesisches Museum Görlitz)  
Senfkorn Verlag Alfred Theisen, Görlitz  
324  
Spiegel-Archiv, Hamburg  
51  
Staatsarchiv Bremen  
52 (Foto Karl Edmund Schmidt)  
Stadtarchiv Bremerhaven; 162,163  
Stadtarchiv Vreden, Fotosammlung  
130

Stadtarchiv Wangen im Allgäu

120

Stadt- und Hospitalarchiv Schwäbisch Gmünd

118 (© Familie Österreicher)

SV-Bilderdienst, München

11 (© AP), 104 (© SV-Bilderdienst), 137 (© H. Betzler),

237 (© C. Lasserre), 302 (© SV-Bilderdienst), 347 (© E Neuwirth)

ullstein bild, Berlin

99 (© ullstein bild – dpa), 115 (© ullstein), 143 (© ullstein bild – dpa), 149

(© ullstein bild – Axel Waldmann), 152 (© ullstein bild – dpa), 173 (© ull-

stein bild – dpa), 177 (© ullstein bild – dpa),

178 (© ullstein bild – R. Dietrich), 179 (© ullstein bild – R. Dietrich)

Unternehmensarchiv der Axel Springer AG, Berlin

191

Wiener Library, London

29

Zeitgeschichtliches Forum Leipzig

221 (Foto Kurt Klinger)

Folgende Abbildungen wurden Publikationen entnommen:

62, 91, 123 aus: Gesellschaft für Ostdeutsche Kulturarbeit Münster e.V. (Hg.)

*Neuanfang in Münster. Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen in  
Münster von 1945 bis heute.* Münster 1996

307 aus: *Chronik der Egerländer Gmoi in München 1910-1980.* München 1982

Trotz intensiver Recherche konnte der Rechteinhaber für die Abbildung auf Seite  
35 nicht ermittelt werden.